Liechtenstein-Institut
Forschung und Lehre

Wilfried Marxer

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 30

Fachbereiche Politikwissenschaft
Januar 2011

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut

Die Verantwortung für die Arbeitspapiere
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt:
Dr. Wilfried Marxer (wm@liechtenstein-institut.li)

Wilfried Marxer

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Fachbereiche Politikwissenschaft
Januar 2011

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
http://www.liechtenstein-institut.li - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 2
2 Überblick 3
3 Ereignisse im Zeitraum von März 2009 bis Ende 2010 - Chronologie 6
4 Interviews mit Vertreter/innen von Jugendtreffs 17
5 Tendenzen 19
6 Fazit 22
Literatur, Dokumente, Quellen 23
Links und Adressen 25
Interview-Leitfaden 26
Internet-Suche 27
Strafgesetzbuch 28

Abkürzungsverzeichnis

AG NAP	Arbeitsgruppe für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus
ASD	Amt für Soziale Dienste
CHF	Schweizer Franken
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
GSK	Gewaltschutzkommission
LGBl	Landesgesetzblatt
MAX	Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus
REX	Rechtsextremismus
SPD	Schulpsychologischer Dienst
SSA	Schulsozialarbeit
USD	US-Dollar
VLJ	Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen

1 Einleitung

Das Liechtenstein-Institut in Bendern wurde von der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung damit beauftragt, über einen Zeitraum von fünf Jahren eine jährliche Dokumentation über rechtsextreme Vorfälle zu erstellen. Die erste, nun vorliegende Dokumentation deckt den Zeitraum zwischen März 2009 und Ende 2010 ab und umfasst alle wichtigen Ereignisse. Der Dokumentationszeitraum wurde ins Jahr 2009 zurückverschoben, um die Ereignisse des Jahres 2010 besser einordnen zu können. Die künftigen Berichte werden jeweils den Zeitraum eines Kalenderjahres abdecken. Die Berichte dokumentieren Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund, etwa Gewaltakte oder politische Aktionen, aber auch Massnahmen und Kampagnen gegen den Rechtsextremismus, ferner auch Medienberichte in Zeitungen und Onlineplattformen. Ausserdem sollen die Tendenzen der rechtsextremen Szene aufgrund von Interviews mit Behördenvertretern/innen und Vertreter/innen der Jugendarbeit in Liechtenstein abgeschätzt werden.

Beim vorliegenden Bericht wirkte Christoph Selner im Rahmen eines Praktikums beim Liechtenstein-Institut tatkräftig mit. Für seine Recherchearbeiten und Interviewführungen sei ihm an dieser Stelle gedankt.

2 Überblick

In diesem Abschnitt werden die markantesten Ereignisse der Berichtsperiode dargestellt, geordnet nach Gewaltvorfällen, sonstigen Aktionen mit rechtsextremem Hintergrund, Gerichtsverhandlungen, sowie Studien, Massnahmen und Stellungnahmen.

Gewaltvorfälle

Im Zeitraum 2009/2010 kam es zu mehreren gewalttätigen Angriffen gegen türkische Imbissbuden bzw. Kebabläden oder deren Besitzer, über welche in in- und ausländischen Medien berichtet wurde.

Nach Meldung des schweizerischen Beobachters wurde am 16. Mai 2009 ein Ladenbesitzer im Dorfzentrum von Eschen attackiert.

Am 22. November 2009 kam es zu einem doppelten Brandanschlag auf zwei Häuser in Nendeln.

Am 12. Februar 2010 wurde ein 14-jähriger türkischstämmiger Junge in einem Bus angegriffen und mit einer Bierflasche verletzt. Es handelte sich um denselben Täter wie beim Anschlag vom 16. Mai 2009.

Am 26. Februar 2010 zerschlug eine Täterschaft die Fensterscheibe eines Kebabladens in Nendeln und warf einen Brandsatz hinein.

Sonstige Aktionen

Am 10. Oktober 2009 wurden Hakenkreuze an einem Zaun in Eschen festgestellt. Weitere rechtsradikale Symbole wurden am 9. September in Gamprin (Hakenkreuz auf Holzsitz bei Bendern-Post) festgestellt, Mitte September in Gamprin („Hitler 2.0"-Schriftzug mit Konterfei von Tilo Sarrazin, wobei die ideologische Stossrichtung unklar ist), am 1. Oktober 2010 in Balzers (Hakenkreuze auf Briefkasten, Fassade und zwei Garagentoren mit Sachschaden). Diese Liste dürfte unvollständig sein.

Am 14./15. November 2009 wurden in mehreren Gemeinden Flugblätter in Briefkästen eingeworfen. Sie liessen eine rechtsradikale Gesinnung erkennen, ohne das Strafgesetz tatsächlich zu verletzen. Es erfolgte eine Anzeige wegen fehlendem Impressum.

Gerichtsfälle

Im Februar 2010 wurde vor dem Schöffengericht der Fall des rechtsradikalen Clublokals „Amalek-Liechtenstein" in Triesen verhandelt, welches 2007 verboten worden war. Alle acht angeklagten 21- bis 28-Jährigen wurden zu Haftstrafen verurteilt, der Anführer als einziger mit einer unbedingten Haft (sieben Monate).

Am 17. Februar 2010 wurden die Urteile gegen zwei Täter im Oktoberfest-Prozess verkündet, in welchem eine Massenschlägerei anlässlich des Oktoberfestes vom 21. September 2008 in Mauren zur Verhandlung kam. Zwei Schweizer wurden zu bedingten Freiheitsstrafen und unbedingten Geldstrafen verurteilt.

Am 11. Juni 2010 fand ein Prozess gegen einen angeklagten Schweizer Bürger vor dem Schöffengericht statt. Er hatte auf einer öffentlich zugänglichen Internet-Seite zu Hass und Diskriminierung gegen Personen mit schwarzer Hautfarbe, geistig Behinderte oder Angehörige der slawischen Ethnie aufgehetzt. Er wurde zu einer bedingten einjährigen Haftstrafe verurteilt.

Am 29. September stand ein 21-jähriger Skinhead vor Gericht, weil er es versäumt hatte, einem Kontrahenten einer früheren Schlägerei die vor Gericht vereinbarte Schmerzensgeldzahlung zu leisten. Vor Gericht wurde ein Zahlungsmodus vereinbart und dies als letzte Chance für einen Ausgang des Verfahrens ohne Vorstrafe wegen schwerer Körperverletzung bezeichnet. Inwieweit die politische Gesinnung bei der Schlägerei eine Rolle gespielt hatte, ist nicht bekannt.

Am 5. Oktober stand ein 22-jähriger Angeklagter vor Gericht, der am 22. November 2009 und am 26. Februar 2010 Brandanschläge auf Häuser und auf einen Kebabladen in Nendeln verübt hatte und der am 25. Mai 2010 in U-Haft genommen worden war. Das Urteil lautete auf zweieinhalb Jahre unbedingter Haft.

Am 13. Oktober wurde zum erneuerten Mal der Fall rund um die Massenschlägerei auf dem Oktoberfest 2008 in Mauren vor Gericht gebracht. Das Obergericht bestätigte das Urteil gegen die zwei Schweizer Täter, welche in den gewaltsamen Vorfall verwickelt waren. In den vorangegangen Verhandlungen wurden die Täter in der Nicht-Verhinderung von strafbaren Handlungen bzw. in der Beitäterschaft an schwerer Körperverletzung freigesprochen. Diese Aspekte wurden vom Staatsanwalt angefochten, doch der zweite Senat behielt den Freispruch in diesen Punkten bei. Es blieb bei einer bedingten Freiheitsstrafe von vier Monaten und einer Geldstrafe von 1‘800.- CHF bzw. einer bedingten Haftstrafe von sechs Monaten und einer Geldstrafe von 5‘400.- CHF. Die Urteile sind rechtskräftig.

Studien, Massnahmen, Stellungnahmen

Am 2. November 2009 wurde die Studie Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein von Miryam Eser Davolio und Matthias Drilling, Fachhochschule Nordwestschweiz, vorgestellt. Die qualitative Studie war im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein erstellt worden.

Am 26. November 2009 und am 4. März 2010 setzte Innenminister Hugo Quaderer in Zeitungsberichten ein deutliches verbales Zeichen gegen den Rechtsextremismus. Ein Massnahmenkatalog wurde angekündigt.

Am 31. März verabschiedete die Regierung einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX), der anschliessend den Medien vorgestellt wurde (Berichte am 3. April 2010). Es wurden verschiedene Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen und gegenüber diversen Zielgruppen definiert.

Im Mai und Juni 2010 wurde die Inseratekampagne „Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt“ durchgeführt.

3 Ereignisse im Zeitraum von März 2009 bis Ende 2010 - Chronologie

In Liechtenstein fanden einige Ereignisse statt, welche im direkten oder indirekten, positiven (im Sinne von Massnahmen gegen den Rechtsextremismus) oder negativen Zusammenhang mit Rechtsextremismus stehen. Die Ereignisse umfassen Flugblattaktionen, Brandanschläge auf Wohnungen und Einrichtungen, Handgreiflichkeiten gegenüber Ausländern, Schmierereien mit rechtsradikalen Symbolen, aber auch Massnahmen gegen den Rechtsextremismus, Gerichtsverhandlungen, Informationsabende, Kampagnen und Stellungnahmen.

5. März 2009

Im Jugendtreff „No Limit“ in Ruggell fand ein Diskussionsabend über „RechtsRock“ statt. Dieser wurde von der Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Ruggell und Schellenberg in Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz veranstaltet und gründete aufgrund der Tatsache, dass die Jugendarbeit immer mehr mit „rechter“ Musik konfrontiert wird. Zu Gast bzw. als Vortragender war ebenfalls Jan Raabe[1] geladen, welcher als Experte im Bereich der „rechten“ Musik gilt.

16. Mai 2009

Laut dem schweizerischen „Beobachter“ (Anhang) attackierten Anhänger der rechten Szene am 16. Mai 2009 einen türkischen Imbissbudenbesitzer, Herrn Ayhan Gündogdu, im „Anatolia Dorf Imbiss“, welches im Dorfzentrum von Eschen liegt. Ein Täter verschaffte sich Zugang zum Laden, indem er vorgab, Zigaretten kaufen zu wollen. Herr Gündogdu öffnete ihm, obwohl schon Sperrstunde war. Daraufhin verständigte der erste seine zwei Komplizen mit dem Handy. Es entwickelte sich ein Kampf, bis Nachbarn wegen dem Lärm die Polizei verständigten, welche fünfzehn Minuten später eintraf. Der Haupttäter wurde in erster Instanz aufgrund der Verletzungen von Herrn Gündogdu zu einer Schmerzensgeldzahlung von 1000.- CHF verurteilt. Die Mittäter wurden freigesprochen.[2] In den liechtensteinischen Medien konnte kein Bericht über diesen Vorfall gefunden werden.

---

[1] Anm.: Jan Raabe ist Sozialpädagoge, Jugendarbeiter sowie Mitherausgeber des Buches „RechtsRock: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien (2002)“.

[2] Vgl. Haefely, Andrea: „Die Neonazis von nebenan“, in: Der Beobachter, Ausgabe 13/2010 vom 23.6.2010. Im Internet: http://www.beobachter.ch/justiz-behoerde/auslaender/artikel/rechtsextremismus_die-neonazis-von-nebenan/. Zugriff: 21.9.2010.

9. September 2009

Am 9. September 2009 sprengte eine unbekannte Täterschaft gegen 22:30 Uhr den Briefkasten eines in Triesen wohnhaften Ehepaars und legte einen abgetrennten Schafskopf davor. Ein Zeugenaufruf brachte keinen Erfolg, nur die Zusammenstellung des Sprengkörpers konnte ermittelt werden. Es ist nicht bekannt, ob es sich dabei um einen Anschlag mit rechtsextremem Hintergrund handelt.

Oktober 2009

Die Regierung beauftragte die Gewaltschutzkommission, die Studie über Rechtsextremismus in Liechtenstein (Eser Davolio u.a. 2009) zu prüfen und bis Ende März 2010 einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) zu erarbeiten.

10. Oktober 2009

In Eschen wird ein Zaun auf der Länge von etwa 20 Metern mit rechtsradikalen Symbolen (Hakenkreuzen) beschmiert.[3]

2. November 2009

Präsentation der Studie über Rechtextremismus in Liechtenstein (Eser Davolio u.a. 2009) durch Kriminalchef Jules Hoch, Innenminister Hugo Quaderer und Dr. Miryam Eser Davolio, Fachhochschule Nordwestschweiz.

Anfang November 2009

Anfang November 2009 wurden Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben warben, verunstaltet oder zerstört. Die Täterschaft und deren Motive sind unbekannt. Ein rechtsextremer Hintergrund muss nicht zwingend gegeben sein.

14./15. November 2009

Am Wochenende des 14. bzw. 15. Novembers wurden anonyme Flugblätter[4] in Liechtenstein verteilt, welche der rechten Szene zuzuordnen sind. In diesen wurden etwa Tendenzen wie „fehlende Heimatkunde und Traditionsbewusstsein“, „Umerziehung durch Politik“ und die „Einwanderung“ kritisiert. Gefordert wurden zum einen die För-

[3] Vgl. „Rechtsradikale Symbole angebracht“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 239 vom 21.10.2009. Im Internet: http://www.vaterland.li/index.cfm?id=5743&source=lv&ressort=liechtenstein. Zugriff: 21.9.2010.
[4] Flugblatt „Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein“ (im Anhang).

derung der eigenen Art, die Erhaltung der Kultur und die Wahrung der Nation, zum anderen ein sofortiger Einwanderungsstopp und die sofortige Rückführung von kriminellen Ausländern. Die Verfasser bezeichneten sich selbst als „Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein“.[5]

Schnell bildete sich eine starke Ablehnung in der Bevölkerung (im In- sowie im nahen Ausland) gegenüber diesen rechten Tendenzen, welche sich etwa in der Facebook-Gruppe „Gib der Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein keine Chance!“[6] widerspiegelt.

Daraufhin organisierte sich eine Pro-Gruppe und mit dem Namen „Gib der Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein eine Chance“, welche aber nicht mehr im Internet zu finden ist bzw. wieder gelöscht wurde.[7]

Das Liechtensteiner Vaterland führte eine Online-Umfrage durch, in welcher gefragt wurde, ob die Flugblattaktion verurteilt werden sollte oder nicht. 1´559 Stimmen wurden abgegeben, 59 Prozent verurteilten diese Aktion nicht. Die Umfrage ist jedoch weder repräsentativ noch zuverlässig, da bei dieser Umfrage theoretisch mehrmals abgestimmt werden konnte (alle 15 Minuten).[8]

2010 konnten die Verfasser des Flugblattes identifiziert werden. Liechtensteiner Vaterland vom 8. Juli 2010:

> *„Der Landespolizei ist ein weiterer wichtiger Ermittlungserfolg gelungen. Sie weiss, wer die anonymen Flugblätter mit ausländerkritischem Inhalt verteilt hat. Zehn rechtsradikale Personen werden nun angezeigt: Und zwar nicht, weil ihre Aussagen gegen das Anti-Rassismusgesetz verstossen, wie schon im vergangenen Jahr festgestellt werden musste. Aber wegen des Fehlens eines Impressums werden sie immerhin bei der Regierung nach dem Mediengesetz angezeigt. Nicht bewiesen werden kann, ob es sich bei den Verteilern gleichzeitig auch um die Verfasser der Flugblätter handelt. „Das können wir nicht beweisen. Die Urheberschaft wird allerdings ebenfalls in der rechten Szene vermutet“, so Tina Enz, Sprecherin der Landespolizei.“* [9]

22. November 2009

Ein besonders gewaltsamer Vorfall ereignete sich gegen Ende November. Am 22. November 2009, kurz nach Mitternacht, warfen Anhänger der rechten Szene Brandsätze

---

[5] Vgl. Brunhart, Richard: „Klare Hintergedanken von Rechts“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 262 vom 17.11.2009, S. 3., bzw. Flugblatt „Zukunft statt Zerstörung“.

[6] Siehe Facebook-Gruppe „Gib der Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein keine Chance!“. Im Internet: http://www.facebook.com/group.php?gid=204409366339&ref=ts. Momentan 579 Mitglieder. Zugriff: 21.9.2010.

[7] Anm.: Laut Kommentaren hatte diese knapp über 20 Mitglieder.

[8] Vgl. Köpfli, Janine: „Erschreckend“, Kommentar in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 269 vom 24.11.2009, S. 1. Anm.: Zeitraum der Umfrage „Verurteilen Sie die anonyme ausländerkritische Flugblatt-Aktion vom vergangenen Wochenende?“: 16.11 – 23.11. 2009. Im Internet: http://www.vaterland.li/page/service/umfrage/index.cfm?startrow=41. Zugriff: 21.9.2010.

[9] Vogt, Desirée: „Flugblätter stammen aus rechter Szene“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 151 vom 8.7.2010, S. 1.

gegen ein Haus in Nendeln. Die Brandsätze prallten vom Fenster ab und entzündeten sich an der Hauswand. Am frühen Morgen desselben Tages wurde ein weiterer Brandsatz auf einen Balkon geworfen, welcher dort einen Sachschaden anrichtete, indem mehrere Objekte abbrannten. Verletzt wurde niemand, da der Brand von den Bewohner/innen rechtzeitig entdeckt wurde. Im Polizeiarchiv kann folgende Meldung nachgelesen werden:

> *„Eine unbekannte Täterschaft warf gegen 02.00 Uhr einen solchen Brandsatz in der Schulstrasse an ein Fenster. Der Molotowcocktail zersprang dabei und brannte ab. Ein weiterer Brandsatz wurde gegen 05.00 Uhr in der Bahngasse auf einen Balkon geworfen. Dabei gerieten einige Objekte auf dem Balkon in Brand, welcher aber durch einen Bewohner selbstständig gelöscht werden konnte. Es entstand ein Sachschaden in noch unbekannter Höhe, Personen wurden keine verletzt.“* [10]

Der mutmassliche Täter, ein 22-jähriger Liechtensteiner, sass seit Mitte Mai 2010 in Untersuchungshaft. Er war bereits an der Flugblattaktion der Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein im November 2009 beteiligt gewesen.[11] Im Juli wurde die Untersuchungshaft um zwei Monate verlängert.[12] Kurz darauf wurde ein weiterer mutmasslicher Täter der Brandanschläge gefasst (Liechtensteiner Vaterland vom 17. Juli 2010).

Da sich dieser Vorfall kurz nach dem Erscheinen der Studie über Rechtsextremismus ereignete, bekam die ganze Debatte noch zusätzliche Brisanz, weiter angeheizt durch Leserbriefe, in welchen die Zurückhaltung der Politik(er) in Liechtenstein kritisiert wurde. Darin wurde dazu aufgerufen, dass die Politik ein Zeichen setzen solle bzw. müsse, da Rechtsextremismus nicht zu tolerieren sei.

Das Liechtensteiner Vaterland schrieb am 26. November 2009 in der Einleitung zu einem nachfolgenden Interview mit Innenminister Quaderer:

> *„In beiden Landeszeitungen ist der Regierung und den Parteien in Kommentaren vorgeworfen worden, dass sie zu aktuellen rassistisch motivierten Vorkommnissen schweige. Dies sei erschreckend und bedeute, dass sie sich aus der Verantwortung zu stehlen versuche.“* [13]

Am 5. Oktober 2010 fällte das Kriminalgericht ein Urteil gegen den 22-jährigen Angeklagten (siehe Eintrag 5. Oktober 2010).

---

[10] Landespolizei Fürstentum Liechtenstein: „Zeugenaufruf – Molotowcocktails gezündet“ (Archiv). Im Internet: http://www.landespolizei.li/News/Pressemitteilungen/tabid/850/articleType/ArticleView/articleId/973/Zeugenaufruf--Molotowcocktails-gezndet-.aspx. Zugriff: 21.9.2010.

[11] Vgl. Vogt, Desirée: „Flugblätter stammen aus rechter Szene“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 151 vom 8.7.2010, S. 1.

[12] Vgl. „U-Haft erneut verlängert“, in Liechtensteiner Vaterland, Nr. 152 vom 9.7.2010, S. 3.

[13] Beck, Heribert: „Kein Schweigen zu rechter Gewalt“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 270 vom 26.11.2009, S. 3.

26. November 2009

Aufgrund der Kritik am Schweigen der Politiker setzte Innenminister Hugo Quaderer in einem Interview mit dem Vaterland am 26. November 2009 ein deutliches verbales Zeichen gegen den Rechtsextremismus. Einerseits verurteile die Regierung rechtsextreme Phänomene, sie müsse sich aber nicht zu jedem Geschehnis öffentlich äussern, da diese untersucht würden und die Regierung zudem über die Erkenntnisse informiert werde. Des Weiteren wolle man dem Rechtextremismus nicht noch zusätzliche mediale Beachtung schenken.[14]

Januar 2010

Im Januar 2010 wurde laut „Eurorex-Watchblog"[15] eine Kundendatenbank von Vorarlberger und Liechtensteiner Kunden des Onlineshops Thor-Steinar[16] veröffentlicht. Diese Bekleidungsmarke gilt in der neonazistischen Szene als Erkennungsmerkmal. Die Kundendatenliste ist auf der Homepage von Indymedia[17] einsehbar. Laut dieser Liste sind verhältnismässig viele Einwohner/innen aus Liechtenstein Kunden bei Thor Steinar. Der Wahrheitsgehalt der Liste ist allerdings nicht überprüfbar. Zitat aus der Eurorex-Website:

> *„Auf dem österreichischen Ableger des internationalen alternativen Medienportals Indymedia wurde am 12. Januar 2010 eine Auswertung der gehackten Kundendatenbank des Onlineshops des in rechtsextremen Kreisen beliebten Klamotten-Labels Thor Steinar für Liechtenstein gepostet. Der anonyme Autor unter dem Kürzel ‚mk' schreibt dazu: ‚erwähnenswert: im nur 35.000 Einwohner zählenden Liechtenstein gibt es ungefähr gleich viel Thor Steinar Kunden wie im 370.000 grossen Vorarlberg…' Der Autor hofft, das Outing der Thor-Steinar-Kunden habe Konsequenzen und vielleicht nehme es sogar jemand zum Anlass, ‚aus der Szene auszusteigen'. Insgesamt verzeichnet er für Liechtenstein 32 Einträge. Seiner Zählung zufolge sind es für das österreichische Bundesland Vorarlberg nur 26." [18]*

Die Mehrzahl der Besteller/innen war im Unterland wohnhaft. Von den 17 Unterländern stammen acht aus Nendeln, vier aus Mauren, zwei aus Gamprin, zwei aus Ruggell und einer aus Eschen. Die 16 Oberländer verteilen sich auf Vaduz (elf), Schaan (vier) und Triesen (einer). Rund zwei Drittel dieser Kunden tragen typisch liechtensteinische Na-

---

[14] Vgl. Beck, Heribert: „Kein Schweigen zu rechter Gewalt", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 270 vom 26.11.2009, S. 3.

[15] Eurorex Watchblog: Informationen über Aktivitäten, Strategien und Netzwerke der extremen Rechten in Europa. Im Internet: http://www.eurorex.info/. Zugriff: 21.9.2010.

[16] Wikipedia über Thor Steinar: „Thor Steinar ist eine Bekleidungsmarke der MediaTex GmbH. Der Brandenburger Verfassungsschutz, einige zivilgesellschaftliche Organisationen und Antifa-Gruppen sowie die meisten Medienberichte sehen in Thor Steinar ein Erkennungsmerkmal der neonazistischen Szene. In der Öffentlichkeit wird Thor Steinar meist in diesem Zusammenhang thematisiert. Das Tragen von Thor-Steinar-Kleidung ist unter anderem im Deutschen Bundestag, im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, an der Universität Greifswald sowie in zahlreichen Fussballstadien verboten." Quelle: Wikipedia. Im Internet: http://de.wikipedia.org/wiki/Thor_Steinar. Zugriff: 21.9.2010.

[17] Kundendatenbank von Thor Steinar Einkäufen aus Vorarlberg und Liechtenstein, im Internet: Zugriff: 22.9.2010.

[18] „Liechtenstein: Überdurchschnittlich viele Thor-Steinar-Kunden" (12.1.2010). Im Internet: http://www.eurorex.info/2010/01/12/liechtenstein-uberdurchschnittlich-viele-thor-steinar-kunden/. Zugriff: 21.9.2010.

men, rund 90 Prozent sind männlich. Thor-Steinar-Kunden müssen allerdings nicht zwingend der rechtsextremen Szene angehören. Wie aus den Interviews mit den verschiedenen Jugendtreffs hervorgeht, ist das Tragen dieser Kleidungsstücke vielfach auch Modeerscheinung, da die Jugendlichen auffallen möchten.

Februar 2010

Im Februar 2010 wurden sieben Liechtensteiner und ein Österreicher (zwischen 21- und 28-jährig) vor dem Schöffengericht Vaduz zu drei bis sieben Monaten Haftstrafe verurteilt. Ihr Vergehen war die Gründung eines „Clublokals" im Jahr 2007 im Industriegebiet Triesen, welches „Amalek-Liechtenstein"[19] hiess. Dieses diente einerseits als Versammlungsort, wo unter anderem einschlägige Materialien (wie etwa Hitlerbilder oder Hakenkreuze) aufgehängt und rechtsgerichtete Musik gehört wurde. Andererseits wurde vermutet, dass auch eine Art Rekrutierungsarbeit geleistet wird. Das Liechtensteiner Volksblatt schrieb dazu:

> *„Das Clublokal diente für Festivitäten und lockere Zusammenkünfte und war – passend zur Gesinnung – mit Ku-Klux-Klan-Fahnen, deutschen Landserfahnen, einschlägigen rechten Postern und Plakaten und sogar einem Hitler-Bild «geschmückt». Von der Musikanlage im Clubraum lief Rechtsrock (von Bands wie «Words of Anger», «Rassenhass» oder «Landser»). Bei einem sogenannten «Novemberfest» 2007 und einer Geburtstagsfeier eines Clubmitglieds traten sogar drei einschlägige Bands live auf. Nach einer Meldung bei der Polizei und einer Hausdurchsuchung am 17. November 2007 flog der Neonazi-Club auf und zerfiel dann fürs Erste."* [20]

Der „Eurorex-Watchblog"[21] berichtet überdies, dass der Veranstaltungsort in der Zeit des Bestehens eine überregionale Bedeutung in der rechtsextremen Szene bekommen habe und dies die Höhe der ausgesprochenen Strafe stark beeinflusst haben soll.

Mit diesem Urteil setzte die Justiz in Liechtenstein ein klares Zeichen, dass Rechtsextremismus nicht tolerierbar ist und auch nicht toleriert werde, obwohl die Tat theoretisch in einem nicht öffentlichen Raum geschah. Das endgültige Urteil lautete für die jungen Erwachsenen jeweils bedingt zweimal drei Monate, viermal vier Monate, einmal sechs Monate und für den 28-jährigen Anführer der Gruppe, welcher auch schon vorbestraft war, sieben Monate unbedingte Haft.

12. Februar 2010

---

[19] Anm.: Der Begriff „Amalek" bedeutet so viel wie „Feind des Juden" oder „Judenfeinde".
[20] Mattivi, Johannes: „Spiel mit verbotenem Feuer", in: Liechtensteiner Volksblatt vom 5.2.2010, S. 5.
[21] Vgl. „Liechtenstein: Acht Neonazis zu Haftstrafen verurteilt" (5.2.2010). Im Internet: http://www.eurorex.info/2010/02/05/liechtenstein-acht-neonazis-zu-haftstrafen-verurteilt/. Zugriff: 21.9.2010.

Am 12. Februar 2010 wurde ein türkischstämmiger Junge (14) von einem jungen Erwachsenen, welcher der rechten Szene zuzuordnen ist, mit einer Bierflasche angegriffen. Obwohl sich die Polizei vorerst nicht zur „Szenenzugehörigkeit" äussern wollte, ist dieser der rechten Szene zuzuordnen, wie später bekannt wurde. Es handelte sich um denselben Täter, welcher im Sommer 2009 den Imbissbudenbesitzer in Eschen attackiert hatte.

Das Geschehnis ereignete sich um 7.15 Uhr, als der noch stark alkoholisierte rechtsextreme Jugendliche in den Bus stieg und einen ausländischen Schüler zuerst anpöbelte und ihm danach sein Getränk ins Gesicht schüttete. Daraufhin attackierte ihn der betroffene türkische Jugendliche verbal, woraufhin ihm der Rechtsextreme eine Bierflasche über den Kopf zog. Es entstand ein Tumult im Bus, aber die Polizei wurde nicht beigezogen. Der türkische Junge musste ins Spital gebracht und verarztet werden. Der Tatverdächtige wurde kurz danach von der Landespolizei einvernommen.[22] Das Ereignis wurde durch einen Leserbrief und einen Artikel im Liechtensteiner Vaterland rund eine Woche später öffentlich bekannt.

26. Februar 2010

Unbekannte Täter zerschlugen die Fensterscheiben der Imbissbude „Abra Kebabra" in Nendeln, welche kurz vor der Eröffnung stand, und warfen danach Molotowcocktails in das Gebäude. Verletzt wurde niemand, es entstand jedoch Sachschaden. Der Besitzer, Erhan Kilic, zeigte sich schockiert, denn dieser Anschlag mit Brandsätzen war bereits der dritte innerhalb der letzten drei Monate im Gebiet Eschen-Nendeln. Jules Hoch, der Chef der Kriminalpolizei, bestätigte, dass dieser Anschlag denen vom November 2009 ähnle.[23] Vgl. Eintrag zu 5. Oktober 2010.

Ende März 2010

Am 31. März 2010 präsentierte Innenminister Hugo Quaderer an einer Pressekonferenz einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX). Der Massnahmenkatalog beinhaltet Massnahmen auf sechs unterschiedlichen Ebenen, welche gezielt gegen den Rechtsextremismus greifen sollten und verschiedene Zielgruppen ansprechen.

Die erste Massnahmenebene ist eine genaue Dokumentation bzw. ein „Monitoring" des Rechtsextremismus durch das Liechtenstein-Institut. Dies betrifft das Auswerten von öffentlichen Quellen, die Dokumentation von Vorfällen (positiven und negativen), das Aufzeigen von rechtsextremen Strukturen sowie die Publikation der Befunde.

---

[22] Vgl. Frick, Bettina: „Flasche über den Kopf gezogen", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 38 vom 18.2.2010, S. 3.
[23] Vgl. Brunhart, Nora: „Erneuter Brandanschlag", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 46 vom 27.2.2010, S. 1.

Die zweite Massnahmenebene ist die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Erhöhung der Anzeigebereitschaft. Zuständig sind vor allem die Regierung und die Vorsteher, es ist aber auch Engagement von „opinion leaders“ wie dem Fürstenhaus, Unternehmern, Landtagsabgeordneten, Journalisten, Experten, Sportlern und anderen Persönlichkeiten gefordert. Es sollen Kampagnen (Statements, Interviews, Plakate etc.) gegen den Rechtsextremismus lanciert werden.

Die dritte Massnahmenebene ist die Repression und Prävention. Hier sollen vor allem die Landespolizei, Gemeinden, Veranstalter, Sicherheitsbedienstete, aber auch die Bewährungshilfe, Justiz und das Amt für Soziale Dienste tätig werden. Weiters sollen Fortbildungsmöglichkeiten für die jeweiligen Institutionen angeboten werden.

Die vierte Massnahmenebene ist die Optimierung von Anlauf- und Beratungsstellen. Bestehende Fachstellen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander setzen, sind etwa die Schulsozialarbeit (SSA), der Schulpsychologischer Dienst (SPD), das Amt für Soziale Dienste (ASD) und der Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen (VLJ).

Die fünfte Massnahmenebene ist die Früherkennung von rechtsextremen Haltungen und Sympathiebekundungen. Dies geschieht in der Schule (durch Schulleitung, SSA und SPD), in den VLJ (regelmässiger Lageaustausch der Treffleiter zur Früherkennung von rechtsextremen Haltungen und Sympathiebekundungen) und durch die Vernetzung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (VLJ, SSA, SPD und Kinder- und Jugenddienst [KJD]).

Die sechste Massnahmenebene betrifft den Wahrnehmungs- und Interpretationsrahmen. Hier sind der Integrationsbeauftragte, die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Kommission für Chancengleichheit gefragt. Die Aufgabe ist die Umsetzung bestehender Programme und Konzepte (z.B. Integrationsleitbild).

Mai 2010

Im Sinne von Sofortmassnahmen wurde die Gewaltschutzkommission Ende März damit beauftragt, eine Sensibilisierungskampagne mit dem Slogan „Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt“ durchzuführen, in welcher Liechtensteiner/innen gegen „Rassendiskriminierung“ und Rechtsextremismus aufrufen. Entsprechende Inserate wurden in den Tageszeitungen platziert (Bilder im Anhang).

Weiters wurde mit der Erarbeitung eines Beratungskonzepts für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene, für Eltern von Szenenangehörigen und für professionell in der Sozialarbeit Tätige begonnen. Zudem wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein-Institut über ein Monitoring des Rechtsextremismus in Liechtenstein abgeschlossen.

22. Juni 2010

Das Beratungskonzept, basierend auf dem Massnahmenkatalog MAX, wurde am 22. Juni von der Regierung mit dem Ziel verabschiedet, Aussteiger, Eltern und Sozialtätige zu unterstützen. Zitat aus der Mitteilung der Regierung:

> *„Die neue Fachgruppe Rechtsextremismus, bestehend aus Fachleuten aus dem psychosozialen Bereich und unter dem Vorsitz von Ludwig Frommelt vom Amt für Soziale Dienste, hat den Auftrag, Helfer, die mit der Thematik Rechtsextremismus konfrontiert sind, zu coachen und Beratungswissen aufzubauen."* [24]

Zudem verzichtete die Regierung bewusst auf die Schaffung einer speziellen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus. Betroffene sollen sich an Berater ihres Vertrauens wenden, welche wiederum von einer Fachgruppe bei rechtsextremismusspezifischen Fragestellungen im Beratungsprozess „gecoacht" werden.[25]

6. September, 9. September und 1. Oktober 2010

Am Vormittag des 6. September 2010 wurden beim Schulzentrum Unterland Aufkleber mit der Aufschrift „Dieses System bringt uns den Volkstod! Darum: Nationalen Sozialismus durchsetzen!" an einer Strassenlaterne und einem Abfalleimer festgestellt und zur Anzeige gebracht. Ein Internet-Link auf dem Aufkleber führt zur Website der Jungen Nationaldemokraten (JN). Diese versteht sich gemäss Selbstdeklaration als Kaderorganisation der Nationalen Bewegung und formaljuristisch als Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Zu Mittag des 9. Septembers sprayte eine unbekannte Täterschaft bei der Bushaltestelle „Gemeindehaus" in Gamprin mittels Schablone einen Kopf mit dem Schriftzug „Hitler 2.0" auf eine Wand.

Rund drei Wochen später wurde in Balzers in der Nacht auf den ersten Oktober bei einem Mehrfamilienhaus sowohl Briefkasten, Fassade als auch zwei Garagentore mit Hakenkreuzen beschmiert. [26]

5. Oktober 2010

---

[24] Regierung: „Massnahmen gegen Rechtsextreme" (22.6.2010). Im Internet: http://www.vaterland.li/index.cfm?id=9415&source=lv&ressort=home. Zugriff: 21.9.2010.
[25] Vgl. Ebd.
[26] Vgl. „Wieder rechtsradikale Sprayereien", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 224. vom 2.10.2010, S. 1.

Der mutmassliche Täter, welcher im Zusammenhang mit den drei Brandanschlägen steht (siehe Einträge zu 22. November 2009 und 26. Februar 2010), wurde am 5. Oktober zu einer Geldbusse von 3000.- CHF und zu einer zwei und halb jährigen unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Zu diesem strengen Urteil kam es unter anderem dadurch, dass der Täter die Brandanschläge aus rassistisch motivierten Gründen beging und dies laut Staatsanwalt erstens Angst und Schrecken in der Bevölkerung auslöste und andererseits der Täter kein reumütiges Geständnis ablegte. Dies belegt seine Aussage, in welcher er bestätigte, dass er nicht wolle, dass es zu viele Döner-Bistros im Unterland geben sollte. Zudem ist der Täter seit seinem zwölften Lebensjahr der rechten Szene zugehörig. Jedoch stritt er die Beteiligung an den zwei Brandanschlägen im November 2009 ab. Die Polizei konnte aber einen Fingerabdruck des Täters an einem der Tatorte sichern und beruft sich zudem auf eine Zeugenaussage. Ausserdem geht die Landespolizei von Mittätern aus. Der Täter nannte zwar einen Mittäter, bei diesem besteht nach Ermittlungen der Landespolizei aber kein dringender Tatverdacht.[27]

16./17. Oktober 2010

An diesem Wochenende fand wieder ein insgesamt vierseitiges Flugblatt[28] den Weg in die Briefkästen der Liechtensteiner/innen. Dieses ähnelt der Aufmachung des letzten Flugblattes, welches vor fast einem Jahr verteilt wurde. Das Flugblatt beschreibt einen „dritten“ Weg zwischen marxistischem Kommunismus und liberalem Kapitalismus und versucht damit, das rechtsextreme Image abzustreifen. Allerdings wird es auch wie beim letzten Flugblatt nur eine Anzeige aufgrund des fehlenden Impressums geben, da die Wortwahl auch in diesem Pamphlet sehr vorsichtig gewählt wurde und somit nicht in die Strafgesetznorm des §283 fällt.

24. November 2010

Kleine Anfrage im Landtag betr. Flugblatt „Nationaler Sozialismus“ mit Beantwortung der Anfrage am Ende der Landtagssitzung, 26. November 2010. Die Regierung gibt Auskunft, dass die Polizei wegen des Verdachts der Übertretung nach Artikel 93 Abs. 1 Buchstabe c des Mediengesetzes (fehlendes Impressum) ermittle. Der Inhalt des Flugblattes überschreite die vom Strafrecht gezogene Grenzen der freien Meinungsäusserung ansonsten nicht. Die Ermittlungen seinen schwierig und dauerten noch an, da auch ein Zeugenaufruf keine konkreten Hinweise auf die Täterschaft gebracht habe.

[27] Vgl. Köpfli, Janine: „Es erschien mir nicht angebracht“, in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 227 vom 6.10.2010, S. 3.
[28] Flugblatt „Nationaler Sozialismus“ (im Anhang).

25. November 2010

Eine unbekannte Täterschaft sprayte mit schwarzer und roter Farbe mittels einer Schablone rechts gerichtete Parolen an Glasscheiben bei drei Buswartehäuschen an der Landstrasse zwischen Vaduz und Schaan.[29]

27. November 2010

Rund 20 Personen aus der rechten Szene in Liechtenstein trafen sich im alten Jugendhaus im Malbun zu einem privaten Anlass. Da die Gemeinde Vaduz die Nutzungsbewilligung für das Gebäude widerrief, wurde die Veranstaltung aufgelöst. Es wurden eine Holzrune, nationalsozialistische Fahnen sowie Aufkleber mit rechtem Gedankengut festgestellt.[30]

29. November 2010

Im Rahmen eines Elternabends fand im Schulzentrum Eschen ein Informationsabend rund um das Thema der „Rechten Gesinnung" statt. Die Referenten waren Arno Dalpra (Psychotherapeut und Leiter des IfS Mühletor), Ludwig Frommelt (GSK), Harald Kreuzer (Schulsozialarbeit) und Marcel Lampert (Offene Kinder- und Jugendarbeit). Behandelt wurden vor allem die rechten Erkennungsmerkmale in der Musik (etwa Landser oder Frank Rennicke) und an der Kleidung (Marken wie Thor Steinar oder Londsdale) sowie an bestimmten Symbolen und Zeichen (z.B. 88)[31], welche auch für Aussenstehende nur schwer erkennbar sind.[32]

[29] Hinweis Jules Hoch, Gewaltschutzkommission/Landespolizei.
[30] Hinweis Jules Hoch, Gewaltschutzkommission/Landespolizei.
[31] Anm.: 88 steht in der rechten Szene für jeweils den achten Buchstaben des Alphabets und bedeutet „Heil Hitler".
[32] Vgl. Banzer, Ramona: „Der rechten Szene entgegenwirken", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 274 vom 1.12.2010, S. 2.

4 Interviews mit Vertreter/innen von Jugendtreffs

Allgemein

Nach Meinung von Vertreter/innen von Jugendtreffs in den liechtensteinischen Gemeinden ist Ausländerfeindlichkeit bei vielen Jugendlichen zwar latent verankert, mündet jedoch nicht zwingend in Rechtsextremismus oder Rechtsradikalismus. Ausländerfeindlichkeit zeige sich am häufigsten verbal in Form von Beschimpfungen. Zu Handgreiflichkeiten (oder sogar gewaltvollen Übergriffen) sei es in den Jugendtreffs indes nicht gekommen. Bemerkenswert ist ausserdem, dass eine gewisse Ausländerfeindlichkeit unter den Ausländern selbst existiere.

Bestimmte Kleidungsmerkmale (z.B. die Marken wie „Londsale“ oder „Thor Steinar“ [dazu mehr im Anhang]) sind öfters unter Jugendlichen zu finden, doch wird dies eher als Modeerscheinung und vor allem als eine Art Provokation gesehen und sollte nicht im Vorhinein in die Schublade „Rechtsextremismus“ gesteckt werden. Diese Kleidungsmerkmale seien primär gegen die Autorität (Eltern, Gesellschaft etc.) gerichtet und eigentlich nichts Neues. Dies könne auch als Selbstfindungsprozess und Ausprobieren der Jugendlichen betrachtet werden, denn ein gewisses Identifikationsproblem der Jugendlichen sei erkennbar

Rechts eingestellte Jugendliche sind in jedem Land vorhanden und sind somit kein explizites Liechtensteiner Phänomen. Die Angst oder Aggression richte sich vor allem gegen Ausländer aus dem südosteuropäischen Raum, wobei diese in Liechtenstein unterrepräsentiert sind. Die rechtsradikalen Tendenzen in Liechtenstein könne man als einen extrem starken Ausdruck des Patriotismus („Schutz der Heimat“ etc.) sehen, welcher nicht selten in Gewalt münde.

Hierbei spiele das Elternhaus eine grosse Rolle. Viele Jugendliche würden die Werte und Einstellungen der Eltern übernehmen. Besonders wenn diese von konservativen, chauvinistischen und rechten Werten geprägt sind. Oft würden die Aussagen der Eltern übernommen, wobei Jugendliche nicht immer hinter diesen stehen, sondern diese einfach gewohnt seien.

Die Jugendtreffs versuchen auf rechte Jugendliche zuzugehen und mit ihnen darüber zu diskutieren, warum sie ihre politische (und gesellschaftliche) Haltung vertreten und verfolgen. Hervorgehoben werden soll besonders, dass man die Jugendtreffs nicht als „Nazi-Treffs“ verleumden soll. Rechte Tendenzen, Äusserungen und Kleidung haben in Jugendtreffs sowieso nichts verloren und werden sofort sanktioniert. Jedoch möchte man einen Ausschluss von rechtsgerichteten Jugendlichen verhindern, denn damit wäre die Chance vertan, sie positiv zu beeinflussen. Zudem sollten rechte Tendenzen nüchtern betrachtet werden, es sollte kein allzu grosses Drama daraus gemacht und nicht

gleich die „Nazi-Keule“ geschwungen werden. Die Reaktionsmassnahmen seien oft zu extrem und dadurch würden rechte Jugendliche sofort im Mittelpunkt stehen, wovon sie zusätzlich profitierten, da dies oft deren Ziel sei. Jugendliche mit rechten Tendenzen sollten gleich behandelt werden, denn nur so sei es möglich, vernünftig mit ihnen zu reden und zu arbeiten, um sie im besten Fall „ins andere Boot“ zu holen.

Entwicklung

Die Entwicklung der rechten Tendenzen, bedingt durch die vielen (auch internationalen) Aspekte, sei momentan nicht viel anders als in anderen Ländern. Rechte Tendenzen haben sich laut Vertreter/innen von Jugendtreffs nicht verschlimmert. Jedoch wird betont, dass zurzeit viel versteckt und im Untergrund ablaufe, da sich die rechte Szene durch die vielen Repressionsmassnahmen nicht mehr öffentlich präsentieren könne. Zudem werde das ganze Thema grösser gemacht als es tatsächlich sei.

Die internationale Vernetzung sei durch die Verfügbarkeit des Internets in den letzten Jahren stark gestiegen. Auch die Beschaffung von einschlägigem Material sei einfacher geworden.

Aber in Liechtenstein sei es schwierig, sich öffentlich als dezidierter Rechtsextremer zu „outen“ (auch wenn viele davon wüssten). Durch die Kleinheit des Landes sei es nicht möglich, sich ausschliesslich in der rechten Szene zu bewegen. Rechtsextremismus zeige sich besonders bei grossen Veranstaltungen wie dem Fürstenfest, Jahrmärkten oder der WM-Meile, wo es auch zu Gewalt kommen kann. Konfliktpotentiale stellten ferner Bushaltestellen dar. Dort passiere viel, da sich oft verschiedene Jugendgruppen gegenüber stehen. Das werde aber oftmals nicht registriert.

Der Rechtsextremismus stelle allerdings kein grosses Gefahrenpotential dar, da keine politisch rechtsextreme oder rechtspopulistische Partei vorhanden sei. Dies wird als entscheidend angesehen.

Punkte, die laut Vertreter/innen von Jugendtreffs besonders verfolgt werden sollten, wären eine gezielte und klare Sensibilisierung der Gesellschaft durch die Politik, ferner die Aufforderung an Eltern, ihre konservativen und ablehnenden Einstellungen gegenüber dem „Fremden“ abzulegen bzw. nicht an ihre Kinder weiterzugeben, geschichtlich sollte (besonders in den Schulen) viel aufgearbeitet werden.

5 Tendenzen

Obwohl es schon seit länger Zeit eine rechtsextreme Szene in Liechtenstein gibt und es in der Vergangenheit immer wieder zu Vorfällen kam, ist der Rechtsextremismus vor allem aufgrund der Massenschlägerei zwischen Rechtsextremen und türkischen/liechtensteinischen Besuchern auf dem Oktoberfest 2008 in Mauren in den Fokus der breiten Öffentlichkeit gerückt. Dabei wurde auch ein Polizist verletzt.[33] Doch bereits davor sind rechtsextreme Übergriffe registriert und dokumentiert worden. Auch im Länderbericht Liechtenstein des „Büros für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen" (U.S. Department of State) über Menschenrechtspraktiken 2009 wird der Vorfall aus dem Jahr 2008 besonders vermerkt.[34]

> *„Bei einem öffentlichen Festival in der Gemeinde Mauren im September 2008 provozierte eine mit Steinen und Stöcken bewaffnete Gruppe von rund 20 Skinheads aus der Schweiz und aus Liechtenstein eine gewalttätige Konfrontation mit türkischen Besuchern. Letzten Endes waren mehrere Dutzend Personen an der Auseinandersetzung beteiligt. Die örtliche Polizei griff ein, um die Gewalt zu beenden. ein Polizist sowie ein Festival-Besucher mussten sich notfallmässig in medizinische Behandlung begeben. Zehn Rechtsextreme wurden festgenommen, von denen acht kurz danach wieder aus der Haft entlassen wurden.*
>
> *Am 19. November 2008 wurde ein Schweizer Skinhead zu einer Bewährungsstrafe von vier Monaten und einer Geldstrafe von 1'800 Schweizer Franken (ca.1'740 USD) verurteilt. Das Gericht senkte die Gefängnisstrafe eines zweiten Schweizer Skinheads von 10 Monaten auf eine Bewährungsstrafe von sechs Monaten und verurteilte ihn überdies zu einer Geldstrafe von 5'400 Schweizer Franken (5'210 USD). Drei Skinheads aus Liechtenstein wurden ebenfalls verurteilt und mussten Geldstrafen zahlen."*

Das schnelle Durchgreifen der Justiz kann in diesem Fall als präventive Repressionsmassnahme gesehen werden und wurde auch von Dr. Miryam Eser Davolio positiv im Kampf gegen Rechtsextremismus bewertet, da solche Verhandlungen normalerweise länger dauern.[35]

In den bereits früher erschienen Studien des Amtes für Soziale Dienste – „Rechtsradikalismus in Liechtenstein" (1999) und „Liechtensteinische Jugendstudie – Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein" (2006) – wurde gemäss Eser Davolio festgestellt, „dass rund 20 Prozent der Jugendli-

[33] Vgl. Beck, Heribert: „Massenkeilerei in Mauren", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 218 vom 22.9.2008, S. 1.
[34] Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.): Fürstentum Liechtenstein. Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2009. Washington (22. März 2010), S. 8 und 9 (deutsche Ausgabe). Im Internet: http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/eur/136041.htm. Zugriff: 28.12.2010.
[35] Vgl. Beck, Heribert: „Studie beleuchtet rechte Szene", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 250 vom 3.11.2009, S. 7.

chen [in Liechtenstein] mit nationalsozialistischen Ideen sympathisieren oder ambivalent eingestellt sind und 4 Prozent solche Ideen offen unterstützen."[36]

Am 2. November 2009 wurde die Studie „Rechtsextremismus in Liechtenstein" präsentiert.[37] Diese Studie wurde im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein durch Dr. Miryam Eser Davolio und Prof. Dr. Matthias Drilling von der Fachhochschule Nordwestschweiz (Basel) erstellt.

In der Studie wird bedauert, dass die Schulreform SPES I in einer Volksabstimmung gescheitert ist, da dies sowohl die Integration als auch das Zusammenleben zwischen Einheimischen- und Migrantenkindern gefördert hätte. Das Kleiderverbot (Bomberjacke etc.) in den Schulen sorge nur für eine geringe Wirkung. Zudem wird auch die Zurückhaltung der Eltern und Lehrpersonen im Bezug auf das Thema Rechtsextremismus beanstandet. Ein anderer Kritikpunkt ist die oft verbreitete Passivität der liechtensteinischen Bevölkerung, eventuell eine Folge der Kleinheit und sozialen Enge: Zeugen kennen meistens nicht nur Opfer und Täter, sondern auch deren Familien und möchten Konflikte vermeiden. Ausserdem möchte man gegenüber Jugendlichen Rücksichtnahme zeigen, um ihnen nicht die „Zukunft zu verbauen", wenn es sich um kleinere Delikte handelt. Auch werden Vorfälle nicht sofort gemeldet, sondern indirekt, etwa mittels Leserbrief kund gemacht. Bei Gewalttaten ist die Anzeigebereitschaft höher.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie ging man von rund vierzig registrierten aktiven Rechtsextremen und von etwa derselben Anzahl, die seit fünf Jahren nicht mehr in Erscheinung getreten ist, aus. Liechtenstein bietet aber kein politisches Sammelbecken für die rechte Szene, da weder eine „rechte" Partei noch eine Art „Führerperson" vorhanden ist. Die liechtensteinischen Behörden bekämen überdies viele Tipps über rechtsextremistische Tätigkeiten in Liechtenstein aus dem Ausland, etwa durch die schweizerische, deutsche oder österreichische Polizei.

Da in den liechtensteinischen Medien in letzter Zeit viel über den Rechtsextremismus berichtet wird, weist Innenminister Hugo Quaderer darauf hin, dass man dem Rechtsextremismus keine zu starke mediale Plattform bieten solle, damit er nicht noch mehr Beachtung findet.[38] Andererseits nimmt der Innenminister im Interview vom 23. August 2010 die Medien in die Pflicht. Gerade den Medien komme bei der öffentlichen Diskussion des Phänomens Rechtsextremismus und damit auch der Themen Rassismus und Antisemitismus eine wichtige Rolle zu. „Von daher begrüsse ich es, wenn Medien diese Themen aufgreifen und kritisch darüber berichten."[39]

---

[36] Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel, S. 9.

[37] Vgl. Ebd. S. 17; 28 und 57; 29; 31; 17 und 61; 20, 31 und 36; 29 und 30.

[38] Vgl. Beck, Heribert: „Kein Schweigen zu rechter Gewalt", in: Liechtensteiner Vaterland, Nr. 270 vom 26.11.2009, S. 3.

[39] Vgl. Benvenuti, Michael: „Totschweigen ist das Schlimmste", in: Liechtensteiner Volksblatt vom 24.8.2010, S. 3. Im Internet: http://www.volksblatt.li/?newsid=48023&src=vb&region=li Letzter Zugriff: 21.9.2010.

Nichtsdestotrotz hat gerade der Aspekt, die Medien im Kampf gegen den Rechtsextremismus in vielen Schweizer Gemeinden zu involvieren, einen fruchtbaren Ansatz gefunden, wie die Studie „Rechtsextremismus bekämpfen: wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden“ (2007) darlegt.

> *„Die Berichterstattung wurde zwar als belastend und als Imageverlust der Gemeinde empfunden – doch im Nachhinein wurde dieser Bewusstwerdungsprozess als hilfreich beschrieben. Folglich hatten die Medien eine Katalysatorfunktion. Bei der Umsetzung von Massnahmen gegen Rechtsextremismus erfüllten die Medien – in diesem Falle in erster Linie die Lokalmedien – ebenfalls eine wichtige Funktion, indem sie die Öffentlichkeitsarbeit der Intervention unterstützten und sie der breiten Bevölkerung bekannt machten. Allerdings kann die Medienberichterstattung auch kontraproduktiv sein, wenn sie Situationen verzerrt oder Rechtsextremismusexponenten eine Plattform verschafft.“* [40]

Es muss auf eine Berichterstattung geachtet werden, welche im richtigen Umfang, sensibilisierend und aufklärend berichtet. In der Studie über Rechtsextremismus (Eser Davolio u.a. 2009) wird den Medien einerseits zu Gute gehalten, dass sie nach rechtsextremistischen Taten durch eine hohe Sensibilität und durch häufige Informationsbeiträge aufklärten, andererseits wird ihnen vorgeworfen, dass sie dieses heikle Thema gerne als „medienträchtiges Ereignis ausschlachten“.[41] Somit werden die Medien durch die Polizei auch nur vorsichtig informiert. Aus diesem Grund wird der Polizei und der GSK oft der Vorwurf gemacht, dass „ihre Informationspolitik zu restriktiv und dem öffentlichen Problembewusstsein bezüglich Gewaltvorfällen abträglich ist.“[42]

---

[40] Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2007): Rechtsextremismus bekämpfen: wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden. Bern, S. 8. Im Internet: http://www.edi.admin.ch/shop/00019/00132/index.html?lang=de. Letzter Zugriff : 21.9.2010.

[41] Vgl. Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel, S. 30.

[42] Vgl. Ebd. S. 30.

6 Fazit

Rechtsextremismus ist in Liechtenstein wie in vielen anderen Ländern ein Problem. Durch die spezielle geographische Gegebenheit und durch den Faktor, dass „jeder jeden kennt", tritt dieser aber schneller an den Tag als anderswo, da die Anonymität nicht gegeben ist. In Liechtenstein gibt es zwar nicht das Verbotsgesetz wie in Österreich und Deutschland, aber die Rassismus-Strafnorm des schweizerischen Strafgesetzbuches von 1995, Artikel 261bis, bildete eine gesetzliche Vorlage gegen die „Rassendiskriminierung", welche durch den im Jahr 2000 eingeführten § 283 in das liechtensteinische Strafgesetzbuch übernommen wurde. Dies bildet eine Voraussetzung im Kampf gegen den Rechtsextremismus und ist auch ein gutes Mittel um strikt dagegen vorzugehen.

Der Vergleich zwischen Vorarlberg und Liechtenstein scheint ebenfalls erwähnenswert, da sich im östlichen Nachbarland die Anzahl des harten Kerns von Rechtsextremen laut dem ehemaligen Sicherheitsdirektor Marent auf etwa 25 beläuft, um den sich etwa 100 Sympathisanten/-innen scharen.[43]

Das vorliegende Problem des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit beschreibt Michael Benvenuti in einem Kommentar im Volksblatt:

> *„Liechtenstein zeigt sein hässliches Gesicht. Die Tendenz hin zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund oder Aktionen, die Minderheiten diskriminieren, ist unverkennbar."* [44]

Aber jeder einzelne ist in der Gesellschaft gefordert und sollte nicht wegschauen, wenn Diskriminierungen jedweder Art geschehen. Die Politik und auch das Fürstenhaus sollten zur aktiven Sensibilisierung aufrufen, klare Position gegen den Rechtsextremismus einnehmen und somit die Bevölkerung unterstützen und ermutigen, welche sich gegen den Rechtsextremismus auflehnt und diesen in jeglicher Form bekämpft. Auch andere Institutionen wie Eltern und Schule sind hier besonders gefordert und sollten den Kinder beispielhaft vorgehen.

---

[43] Vgl. orf.at/vorarlberg: „Rechtsextremismus-Anzeigen rückläufig" (19.2.2009). Im Internet: http://oesterreich.orf.at/vorarlberg/stories/343386/. Zugriff: 28.12.2010.

[44] Benvenuti, Michael: „Die Idylle trügt", Kommentar in: Volksblatt vom 27.2.2010, S. 1.

Literatur, Dokumente, Quellen

Literatur und Berichte in und aus Liechtenstein

Amt für Auswärtige Angelegenheiten Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2007): Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Bestandsaufnahme zu den Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf verfasst für die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. August 2007. Vaduz.

Amt für soziale Dienste (Hg.) (1999): Rechtsradikalismus in Liechtenstein. Analyse und Massnahmenkatalog. 1999. Schaan.

Amt für Soziale Dienste (Hg.) (2007): Liechtensteinische Jugendstudie 2006 „Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein“ Endbericht der standardisierten Fragebogenerhebung. März 2007. Wien.

Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen. Eine Studie im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel.

Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2008): Abschlussbericht „Respect bitte!“. Präventionskampagne Jugendgewalt der Gewaltschutzkommission. Dezember 2008. Vaduz.

Marxer, Wilfried (2005): Statistische Daten zu Rassismus und Diskriminierung im Fürstentum Liechtenstein – Anforderungen, Analysen, Perspektiven. Studie im Auftrag der Arbeitsgruppe für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (AG NAP). Teil 1. September 2005. Bendern.

Marxer, Wilfried (2008): Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein. Soziale und politische Dimensionen, in: Beiträge Liechtenstein Institut Nr. 41/2008. Bendern.

Marxer, Wilfried (2008): Religion, Religiosität und religiöse Toleranz in Liechtenstein: Empirische Befunde aus der Umfrageforschung, in: Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 22. September 2008. Bendern.

Dokumente in und aus Liechtenstein

Amt für Statistik Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Bevölkerungsstatistik 31.12.2008. 13. November 2009. Vaduz.

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein (Hg.): Jahresbericht 2009. Kriminalstatistik.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Länderbericht Liechtenstein. Dritter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 17. März 2009. Vaduz.

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, in: Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, Jahrgang 2000 Nr. 80, ausgegeben am 30. März 2000.

Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2003): Jahresbericht 2003 der Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) zu Handen der Regierung. 22. Dezember 2003.

Presse- und Informationsamt Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Pressebulletin Nr. 11/2009. Inneres. Aktuelle Studie "Rechtsextremismus in Liechtenstein" liegt vor. 3. Dezember 2009. Vaduz.

Landesverwaltung Fürstentum Liechtensteinstein (Hg.) (2010): Rechenschaftsbericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2009. Gewaltschutzkommission der Regierung (GSK). S. 140 und 141.

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2010): Massnahmenkatalog Rechtsextremismus. Version 26.3.2010.

Dokumente zu und über Liechtenstein

Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Hg.) (2007): Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Siebzigste Tagung 19. Februar – 9. März 2007. Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. 7. Mai 2007.

Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (1998): ECRI länderspezifischer Ansatz.

Bericht über Liechtenstein. März 1998. Strasbourg.

Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2008): Dritter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 14. Dezember 2007. 29. April 2008. Strassburg.

Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.) (2010): Fürstentum Liechtenstein Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2009.

Literatur Ausland

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2005): Wie sagen wir es den Medien? Gegen Rassismus und Diskriminierung, für bessere Integration – Anregungen für die Öffentlichkeitsarbeit. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2007): Rechtsextremismus bekämpfen: wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2009): Rechtsratgeber – Rassistische Diskriminierung, 2. Auflage, Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2010): Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schweiz – Akteure, Massnahmen und Debatten, 1. Auflage, Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (o.J.): Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger – Wie erfahren Jugendliche rechtsextreme Gewalt, welche biografischen Faktoren beeinflussen den Einstieg, was motiviert zum Ausstieg? Bern.

Zeitungen Liechtenstein (inkl. Onlineartikel)

Liechtensteiner Vaterland. http://www.vaterland.li/index.cfm

Liechtensteiner Volksblatt. http://www.volksblatt.li/default.aspx

LIEWO (Neue Liechtensteiner Woche). http://www.vaterland.li/page/liewo/index.cfm

Sportzeit. http://www.sportzeit.li/

Zeitungen Österreich

Presse (1 Artikel) http://diepresse.com/

Zeitungen Schweiz

Beobachter. www.beobachter.ch

Blick. www.blick.ch

Tagblatt. http://www.tagblatt.ch/aktuell/

Internetartikel

Eurorex Watchblog (International). http://www.eurorex.info/

Untergrund Blättle (Schweiz). http://www.untergrund-blättle.ch/

VOL – Vorarlberg Online (Österreich). http://www.vol.at/

Links und Adressen

Links Behörden

Landespolizei (Pressemitteilungen - Archiv): www.landespolizei.li
Landesverwaltung (Amt für Soziale Dienste): www.llv.li
Portal des Fürstentums Liechtenstein: www.liechtenstein.li
Regierung des Fürstentums Liechtenstein: www.regierung.li
Respect Bitte! (GSK 2007/2008): www.respect-bitte.li
Rechtsextreme Vorfälle in Liechtenstein (1991-2007): http://afabux.blogsport.de/vorfalle-im-farstentum/

Links und Adressen Jugendtreffs

AHA
Tipps & Infos für junge Leute (Jugendtreffs):
www.aha.li

Verein Liechtensteiner Jugend
Alle VLJ Mitglieder mit Hinweisen zu den Jugendtreffs unter:
http://www.euro26.li (Stand: Oktober 2010)

- Jugendtreff Papperlapapp, Mauren
- Camäleon Vaduz
- Offene Jugendarbeit Schaan
- Offene Kinder & Jugendarbeit Eschen/Nendeln
- Jugendtreff Stressless Eschen
- Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Schellenberg und Ruggell
- Jugendtreffpunkt Cosmos im Vereinshaus Gamprin
- Jugendtreff Ruggell
- Rock-Room Schellenberg
- Haus Gutenberg, Balzers, Jugend- & Bildungshaus
- Jugendtreffpunkt Pipoltr, Triesenberg
- Offene Jugendarbeit Balzers
- Jugendtreffpunkt Scharmotz, Balzers
- Jugendtreff Kontrast, Triesen
- Jugendtreff Zuber, Planken

Interview-Leitfaden

Fragen zu Rechtsextremismus an Jugendtreffs. Die Interviews werden mit Name des Gesprächspartners/der Gesprächspartnerin, Zeit, Ort und Datum dokumentiert sowie die wichtigsten Gesprächsergebnisse stichwortartig zusammengefasst.

1. Gibt es rechte Tendenzen in den Jugendtreffs bzw. wurde etwas beobachtet?

2a. Wenn ja: Nehmen die Tendenzen zu oder ab?

2b. Wenn nein, weiter mit Frage 5

3. Vorfälle (wie viele/Zeitraum 2009/10)?

4. Was ist passiert (verbale/physische Attacken)? Wie oft ist/sind diese vorgekommen?

5. Wie ist das Verhalten der Jugendlichen gegenüber der rechten Szene (Sympathie oder Abgrenzung)?

6. Beurteilung der allgemeinen Lage (rechten Szene) in Liechtenstein, positiv oder negativ? Wird genug getan? Wo müsste man mehr ansetzen? Wer genau wäre gefragt (Politik, Eltern, Schulen, Jugendorganisationen…)?

7. Wie äussert sich Rechtsradikalismus (vor allem Gewalttätigkeit)

8. Wahrgenommene Vorfälle (was ist aktenkundig, was nicht?)

9. Jugendzentren: Wahrnehmung von Rechtsextremismus, Einschätzung

10. Verlagerung der Tätigkeiten? Also zum Beispiel vom Aktionismus (Flugblätter) hin zu Gewalttaten?

11. Organisationsformen: Internationalisierung? Orientierung mehr ins Ausland (A/CH/D)?

12. Grösse der Gruppe(n), Ideologie, öffentliche Webauftritte, etwaige Konzerte?

13. Pläne/weiteres Vorgehen gegen Rechtsextremismus

14. Wie viele Straftaten/Anzeigen (im Zusammenhang mit Rechtsextremismus) wurden registriert

Internet-Suche

Die Abfrage im Internet erfolgt unter den folgenden Schlagworten (in Kombination mit Liechtenstein):

- Ausländer
- Gewalt
- Rechte Szene
- Rechtsextremismus
- Rechtsradikalismus
- Skin(heads)
- Neonazi
- Hakenkreuz

Strafgesetzbuch

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) vom 24. Juni 1987, Liechtensteinisches Landesgesetzblatt Jahrgang 1988 Nr. 37, ausgegeben am 22. Oktober 1988

§ 283 [abgeändert durch LGBl. 2000 Nr. 36]

Rassendiskriminierung

1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer

1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt,

2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,

3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

4. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert,

5. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien über-mittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen versucht,

6. eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,

7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die eine Rassendiskriminierung im Sinne von Abs. 1 zum Inhalte haben,

1. zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt,

2. öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt.

3) Abs. 1 und 2 kommen nicht zur Anwendung, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der sachgerechten Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Im Internet: *http://www.gesetze.li/get_pdf.jsp?PDF=1988037.pdf* (Seite 144)

Zugriff: 29.9.2010

* * * * * * *

ANHANG 1

zu

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Pressedokumentation

September 2009 bis 31. Dezember 2010

Liechtensteiner Vaterland

Liechtensteiner Volksblatt

Todesursache noch nicht geklärt

Im Falle der gefährlichen Briefkasten-Explosion vom Mittwoch, 9. September, in der Nähe der Bushaltestelle «Maschlina» in Triesen und dem anschliessend dort platzierten, abgeschnittenen Schafskopf laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. Wie Kriminalchef Jules Hoch gestern gegenüber dem «Vaterland» mitteilte, sind die notwendigen Abklärungen und Untersuchungen bezüglich des Kopfes in Absprache mit der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Zürich erfolgt und abgeschlossen. Im Moment sei aber noch offen, wie das Tier gestorben sei: «Da der Kopf keines der üblichen Schlachtungsmerkmale (Bolzenschuss, Strom) aufweist, kann zurzeit noch nicht gesagt werden, ob das Schaf auf eine andere Art geschlachtet worden oder aber einfach verendet ist», erklärte Jules Hoch. Woher es stammt, konnte aufgrund der entfernten Ohrmarke nicht festgestellt werden. «Auch aus der Bevölkerung sind keine verwertbaren Hinweise zur Herkunft des Schafkopfes eingegangen, somit konzentrieren sich die Ermittlungen aktuell auf Bereiche wie die Auswertung und Analyse der gesicherten Tatortspuren», so der Chef der Kriminalpolizei. Der Kopf wurde zwischenzeitlich mit Rücksprache der Staatsanwaltschaft entsorgt. *(bn)*

Nicht nur Oechsle sind entscheidend

Die Traubenschau der Vaduzer Winzergenossenschaft wurde sehr früh durchgeführt – nur 2003 wurde sie noch früher abgehalten. Heute soll mit dem Wimmeln begonnen werden.



Traubenschau der Vaduzer Winzergenossenschaft: Die Vaduzer Winzer sammeln sich um Felix Real und Kellermeister Geri Büchel (sitzend Mitte). Bild R. Schachenhofer

«Die Traubenreife hat mich schon vom physilogischen Standpunkt aus beeindruckt», erklärte Kellermeister Geri Büchel gestern in der Hofkellerei Vaduz. Reifezeichen seien beispielsweise, wenn der Traubenstiel verholze beziehungsweise braun werde oder wenn die Kerne nicht mehr so bitter schmeckten, wenn man sie zerkaue. Doch alleine darauf verlässt man sich nicht – auch die analytischen Werte müssen stimmen: Probemessungen bestätigten den Eindruck und zeigten besonders in der unteren Lage einen hohen Reifegrad.

Komplexe Bestimmung der Reife

So einfach, wie man landläufig den Zeitpunkt fürs Wimmeln bestimmen möchte – wenn die Oechslegrade nicht weiter zunehmen beziehungsweise der Zuckergehalt nicht weiter steigt –, ist es insbesondere in diesem Jahr nicht. Ein weiterer bedeutender Faktor ist der Säuregehalt. «Die Säure ist wichtig für die Struktur und Frische eines Weins, fehlt sie, wird der Wein flach und ist nicht mehr haltbar», heisst es in einem Artikel des «Bieler Tagblatts». In Vaduz geht man nach einer Formel vor, die Oechslegrad und Säure berücksichtigt.

Säure im Auge behalten

Die vom Kellermeister gemessenen und berechneten Werte sind vielversprechend – auch wenn er sich noch nicht festlegen will, ob es ein guter Jahrgang wird. Kritisch werden könnte in diesem Jahr jedoch ein zu hoher pH-Wert – über 3,4. «Kritisch bedeutet, dass wir Hilfsmittel in Form von Weinsäure anwenden müssen, um den Wein anzusäuern, damit er haltbar wird», so Büchel. Sollte der pH-Wert des fertigen Weins über 3,8 liegen, wirke die freie schweflige Säure nicht mehr. Beim Arbeiten müsste dann die Sterilität zu 100 Prozent stimmen. Das Problem sei vom Jahr 2003 bekannt. «Damals hat es sich um volle, fette Weine gehandelt, die beim Trinken eher gesättigt als dazu animiert haben, nochmals eine Flasche zu bestellen», sagte Büchel. Da ein Zeitfenster von nur rund zwei Wochen bleibt und die Wetteraussichten für die nächsten Tage nicht sehr gut sind, haben sich die Winzer dazu entschlossen, gleich heute in den unteren Lagen mit dem Wimmeln zu beginnen. In den oberen Lagen soll am nächsten schönen Tag die Traubenlese anfangen. *(rb)*

Schaaner VU-Senioren blicken in die Zukunft der Post



Stolze Teilnehmerzahl: Zahlreiche Schaaner VU-Anhänger folgten der Einladung zur Besichtigung des Betriebszentrums der Liechtensteinischen Post. Bilder Elma Velagic



Im Gedenken an Jakob Quaderer: Die Anwesenden ehrten den kürzlich verstorbenen Organisator der Schaaner VU-Senioren, Jakob Quaderer, mit einer Schweigeminute.

Rund 30 Schaaner VU-Senioren durfte Geschäftsführer Herbert Rüdisser gestern im Betriebszentrum der Liechtensteinischen Post begrüssen. Er erklärte seinen Gästen, wie sich die Anforderungen an die Post im Laufe der Zeit geändert haben.

Von Heribert Beck

Im Jahr 1817 wurde die erste Briefsammelstelle Liechtensteins in Balzers eröffnet. 1912 gab Liechtenstein seine erste eigene Briefmarke heraus. Damals und noch viele weitere Jahrzehnte war der Brieftransport das Kerngeschäft der Post schlechthin. «Aufgrund des zunehmenden Trends hin zur elektronischen Kommunikation hat sich dies geändert. Die Post befindet sich mitten in grossen Veränderungen und das Geschäft mit dem traditionellen Brief ist immer stärker in Gefahr.» Mit diesen Worten wandte sich Herbert Rüdisser, der Geschäftsführer der Liechtensteinischen Post, gestern an die Senioren der Schaaner VU-Ortsgruppe.

Informationen aus erster Hand

Die Schaaner VU-Senioren trafen sich gestern nicht wie gewöhnlich im Restaurant Forum, um mehr über die aktuellen Vorgänge in der Landespolitik zu erfahren. Dieses Mal trafen sie sich im Beisein der VU-Landtagsabgeordneten Harry Quaderer und Jürgen Beck im Logistikzentrum der Post, um sich aus erster Hand zu informieren, wie der «Gelbe Riese» auf die neuen Herausforderungen reagiert. Diese Idee kam bei den Mitgliedern offensichtlich gut an: Die rund 30 Teilnehmer sprachen für sich.

Neben dem traditionellen Postgeschäft sei es nötig, neue Geschäftsfelder zu erschliessen, erläuterte Rüdisser. «Das Bewährte wollen wir sichern, alles andere bewegen und verändern.» Daher setze die Liechtensteinische Post neben dem Kerngeschäft auf weitere Standbeine wie beispielsweise die Kundendienstleistungen, die Philatelie oder die Logistik.

Gedenkminute für Jakob Quaderer

Dass die Post für die anstehenden Herausforderungen bestens gerüstet ist und sich weiter rüstet, bewies Herbert Rüdisser seinen Gästen auf einem Rundgang durch das Betriebs- und Logistikzentrum in Schaan. Die Senioren machten sich unter anderem ein Bild von der Funktionsweise der Maschine, die bis zu 40 000 Briefe pro Stunde sortieren kann und sie so ordnet, dass der Postbote sie direkt in der Reihe der zu beliefernden Häuser erhält. Sie erhielten darüber hinaus einen Einblick in die imposante Kulisse der im Bau befindlichen Lagerhalle für die Logistikdienstleistungen der Zukunft und in viele weitere Arbeitsbereiche der Post. Den Ausklang des Anlasses stellte ein von der Post offerierter Imbiss dar.

Obmann Bruno Nipp freute sich denn auch zu Recht über ein äusserst gelungenes Seniorentreffen – ein Treffen allerdings, dass auch von einem Trauerfall überschattet wurde. «Leider ist Jakob Quaderer, der diesen Anlass ursprünglich aufgegleist hat, nicht mehr unter uns», sagte Nipp und verwies auf die grossen Verdienste, die sich der vor einigen Wochen Verstorbene um die VU und gerade auch um die Schaaner VU-Senioren erworben hat. Die Anwesenden ehrten Jakob Quaderer dementsprechend mit einer gemeinsamen Gedenkminute.

LESERBRIEF

Herzlichen Dank und Gratulation!

Gerade sind unsere Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrpersonen vom Parcours «Der Wald und seine Bewirtschaftung» der Liechtensteiner Waldtage 2009 zurückgekommen. Der Ablauf im Triesner Wald funktionierte reibungslos und war bestens organisiert, die einzelnen Posten sehr interessant präsentiert. Die gesamte Organisation beeindruckte die Teilnehmenden, Gross oder Klein, Jung und Alt.

Dafür möchten wir allen Verantwortlichen, den Planenden, Durchführenden und Betreuenden ein herzliches Dankeschön und ein grosses Kompliment aussprechen! Bei der Öffentlichkeitsarbeit und der pädagogisch aufbereiteten Information direkt vor Ort handelt es sich ja nicht um ein «Kerngeschäft» des Forstdienstes und wir wissen, wie schwierig es oft ist, unsere Kinder und Jugendlichen für etwas zu interessieren. Die Beschäftigten des Liechtensteiner Forstdienstes haben dies mit grossem Engagement geschafft!

Wolfgang Mittempergher, Schulleitung Oberschule Vaduz, Marianumstrasse 43, Vaduz

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
MITTWOCH, 21. OKTOBER 2009 | NR. 239 | CHF 1.80

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Confederation

Bundesamt für Kommunikation BAKOM
Office fédéral de la communication OFCOM
Ufficio federale delle comunicazioni UFCOM
Uffizi federal da communicaziun UFCOM
Federal Office of Communications OFCOM

INLAND

Das Schweizer Bakom zur technischen Machbarkeit einer Grenzwertsenkung. SEITE 5



SPORT

Der FC Vaduz siegt gegen Balzers II im FL-Cup klar und deutlich mit 0:8. SEITE 15

persönlich ...
beratend ...
kreativ ...
Das starke Foto-Team.
FOTO KAUFMANN

Rechtsradikale Symbole angebracht

Eine unbekannte Täterschaft beschädigte in Eschen einen Zaun und bemalte ihn mit rechtsradikalen Symbolen. Mit Gewalt wurde der Holzzaun auf einer Länge von über 20 Metern beschädigt und mit einem Hakenkreuz versehen. Weitere Symbole wurden an einer Holztüre des in der Nähe liegenden Jugendtreffs angebracht. *(lpfl)*

Autodieb gefasst

Die Landespolizei konnte dank Hinweisen aus der Bevölkerung einen Tatverdächtigen fassen. Der 16-Jährige ist am Wochenende in eine Autogarage in Eschen eingebrochen und hat unter anderem einen Personenwagen gestohlen. Der entwendete VW Golf konnte in der Schweiz aufgefunden werden. Der Jugendliche ist geständig und wird von der Landespolizei bei der Liechtensteiner Staatsanwaltschaft angezeigt. *(lpfl)*

105 Somalier haben um Asyl angesucht

Allein in den Monaten September und Oktober dieses Jahres haben 105 somalische Staatsangehörige in Liechtenstein um Asyl angesucht. 18 Somalier konnten inzwischen an Österreich und die Schweiz übergeben werden, 16 sind untergetaucht. SEITE 4



HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–10
Ausland	12
TV-Programme	13
Boulevard	14
Sport	15–18
Kinderland	19
Sicherheit	20
Marktplatz	21
Kultur	23
Wirtschaft	25–27
Die Letzte	28

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 30043

Regierungschef spricht mit OECD

Regierungschef Klaus Tschütscher traf gestern mit OECD-Generalsekretär Angel Gurría zu einem Arbeitsgespräch in Paris zusammen. Im Zentrum standen Fragen der weltweiten Umsetzung des OECD-Standards in Steuersachen.

Von Günther Fritz



Arbeitsgespräch in Paris: OECD-Generalsekretär Angel Gurria und Regierungschef Klaus Tschütscher (v. l.) erörterten gestern Nachmittag Fragen der weltweiten Umsetzung des OECD-Standards in Steuersachen. Bild pafl

Bereits als designierter Regierungschef hatte Klaus Tschütscher am 18. Februar angekündigt, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass Liechtenstein so bald als möglich vom Image der unkooperativen Steueroase wegkommt. Primär wolle er deshalb Kontakt mit der OECD suchen, um allen potenziellen Partnern verdeutlichen zu können, wie konkret und ernsthaft die liechtensteinischen Absichten sind. «Aufbauend auf dem dadurch gewonnenen Vertrauen sollte es möglich sein, den angestrebten Interessensausgleich zu finden», erklärte er als designierter Regierungschef.

Weisse Liste in greifbarer Nähe

Acht Monate später kann nun Regierungschef Klaus Tschütscher auf zehn unterzeichnete OECD-konforme Steuerabkommen verweisen. Zwölf sind notwendig, um von der grauen OECD-Liste der unkooperativen Steueroasen gestrichen und auf die weisse Liste geschrieben zu werden. Mit dem Vertrauensbonus von zehn Abkommen in der Tasche traf Liechtensteins Regierungschef am gestrigen Nachmittag den OECD-Generalsekretär Angel Gurría in Paris. Wie aus einer Pressemitteilung der Regierung hervorgeht, ging es bei diesem Arbeitsgespräch am OECD-Hauptsitz vor allem um die Fortschritte Liechtensteins bei der Implementierung des Standards im Rahmen von OECD-konformen Abkommen. Regierungschef Klaus Tschütscher informierte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die erfolgreich abgeschlossenen bilateralen Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) sowie Doppelbesteuerungsabkommen.

«Liechtenstein steht kurz vor der Streichung von der sogenannten grauen Liste der OECD», wird Regierungschef Klaus Tschütscher in der Pressemitteilung zitiert. Und weiter führt er aus: «Es besteht heute ein breiter Konsens mit der OECD in Bezug auf die Notwendigkeit der globalen Umsetzung der bestehenden Standards. Nur so können wir einen fairen Wettbewerb der Finanzplätze gewährleisten.»

Stärkere Einbindung Liechtensteins

Laut Mitteilung waren auch multilaterale Ansätze wie das Betrugsbekämpfungsabkommen zwischen Liechtenstein und der EU, das im aktuellen Entwurf den Steuerinformationsaustausch nach OECD-Standard vorsieht, Thema des Gesprächs. Klaus Tschütscher und Angel Gurría besprachen darüber hinaus künftige Möglichkeiten der stärkeren Zusammenarbeit und Einbindung Liechtensteins bei der Entwicklung von internationalen Initiativen in Fragen der Steuerkooperation und bei der internationalen Bekämpfung von Geldwäsche. Liechtenstein habe dabei seinen Willen zur Mitgliedschaft und aktiven Teilnahme am neu gegründeten OECD Global Forum on Taxation bekräftigt. Ausserdem sei vonseiten Liechtensteins auf den weiteren Ausbau der bestehenden engen Kooperation mit der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) hingewiesen worden.

Österreich und Luxemburg blockieren Betrugsabkommen

Österreich und Luxemburg blockieren den Abschluss des Betrugsbekämpfungsabkommens zwischen Liechtenstein und der EU, weil sie Nachteile für ihre eigenen Finanzplätze befürchten.

Von Günther Fritz

Der österreichische Finanzminister Josef Pröll begründete seinen Widerstand gegen das Abkommen damit, dass es keine klaren Vorschriften für die umstrittenen steuerrechtlichen Stiftungen in Liechtenstein vorsehe. Damit hätte Liechtenstein einen Standortvorteil, kritisierte Pröll. Der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden äusserte die Befürchtung, Luxemburg würde als Konsequenz aus dem Abkommen mit Liechtenstein seine eigene Steuerpolitik ändern müssen. Zu dem von Österreich und Luxemburg eingelegten Veto erklärte Regierungschef Klaus Tschütscher gestern Abend auf Anfrage des «Vaterlands»: «Wir verfolgen mit dem Abkommen eine unmittelbare Zielsetzung, nämlich die OECD-konforme Amtshilfe bei Steuerbetrug und Hinterziehung im Verhältnis mit den EU-Staaten zu verwirklichen. Ein Verhandlungsmandat in diese Richtung wurde ja vor einigen Monaten einstimmig von den EU-Finanzministern erteilt. Die Interessenslage innerhalb der EU ist vor dem Hintergrund der Diskussionen um eine Revision der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie unterschiedlich.»

Getrennte Fragen

Diese EU-interne Diskussion habe per se nichts mit dem Betrugsabkommen zu tun. Dass diese offensichtlich trotzdem ein Element des EU-internen Entscheidungsfindungsprozesses für das Betrugsabkommen ist, «haben wir nicht zu kommentieren», sagte der Regierungschef. Für Liechtenstein seien das Betrugsabkommen und mögliche Verhandlungen über die Reform der Zinsertragsbesteuerung getrennte Fragen. Das Abkommen sei weitestgehend ausverhandelt und aus liechtensteinischer Seite stehe einem baldigen Abschluss nichts entgegen.

Parallele Strategie

Zur Kritik des österreichischen Finanzministers in Bezug auf die liechtensteinischen Stiftungen führte Regierungschef Klaus Tschütscher aus: «Wer das Abkommen ansieht und studiert, sieht sofort, dass der OECD-konforme Informationsaustausch selbstverständlich auch Stiftungen und Trusts mitumfasst.» Was bedeutet nun aber die Blockade des Betrugsabkommens, das Liechtenstein 27 OECD-konforme Abkommen auf einen Schlag beschert hätte, für das Wegkommen von der grauen Liste sowie für die künftige internationale Steuerkooperation und die Reputation des Finanzplatzes? Dazu Regierungschef Klaus Tschütscher: «Das sehe ich recht gelassen. Wir verfolgen seit jeher eine Strategie, in der wir parallel bilateral und multilateral verhandeln. Deshalb gehen wir unseren Weg der internationalen Kooperation auf bilateraler Ebene auch konsequent weiter. Vor diesem Hintergrund ist die Streichung Liechtensteins von der grauen Liste auch absehbar. Diese Streichung ist ein wichtiger Schritt, aber der Weg zur Wiederherstellung der vollen internationalen Reputation für unseren Finanzplatz ist noch lang. Diesen Weg werden wir mit dem Abschluss von weiteren Abkommen – insbesondere auch von DBAs – und mit den notwendigen nationalen Massnahmen mit grosser Konsequenz und Kontinuität weitergehen.» SEITE 3

Studie beleuchtet rechte Szene

Eine gestern präsentierte Studie zum Rechtsextremismus in Liechtenstein zeigt Massnahmen auf, mit denen Regierung und Gewaltschutzkommission einer Ausbreitung der Szene entgegenwirken können.

Von Heribert Beck

Die rechte Szene tritt in Liechtenstein im Vergleich mit anderen Ländern eher dezent auf. Gewaltausbrüche sind selten. Dennoch kommt es hin und wieder zu aufsehenerregenden Vorfällen. In Erinnerung geblieben sind vor allem die Massenschlägerei am Monsterkonzert 2004 in Schaan, bei der Oi-Skins aus dem Raum Zürich sich mit Einheimischen aus dem rechten Spektrum prügelten, und die Auseinandersetzungen am Oktoberfest 2008 in Mauren. «Darüber hinaus war in den letzten Jahren die Tendenz eines Erstarkens der Szene festzustellen, was sich in einem selbstbewussteren Auftreten von Szeneangehörigen in der Öffentlichkeit äusserte», schreibt die Regierung in einer gestern veröffentlichten Pressemitteilung.

Liechtensteiner Sicht des Phänomens

Der Wunsch nach konkreten Handlungskonzepten gegen rechts habe die Regierung veranlasst, eine Studie mit dem Titel «Rechtsextremismus in Liechtenstein» bei der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag zu geben. Das Ziel der Studie sollte es sein, das soziale Phänomen Rechtsextremismus im liechtensteinischen Kontext zu beleuchten und die Motive und Beweggründe von rechts orientierten jungen Menschen zu eruieren. Die Ergebnisse konnten Innenminister Hugo Quaderer und Jules Hoch, der Vorsitzende der Gewaltschutzkommission, zusammen mit Myriam Eser Davolio von der Fachhochschule Nordwestschweiz gestern der Öffentlichkeit präsentieren.

In einem Methoden-Mix hatte das Forscherteam zuvor zur Datenerhebung Interviews mit Fachpersonen und Angehörigen der rechten Szene durchgeführt. Im Sinne einer Kontextstudie untersuchten die Experten ausserdem die Situation in Eschen und Triesenberg. Des Weiteren wurden zwei Diskussionsabende mit Jugendlichen sowie Expertenworkshops durchgeführt.

Moderates Verhalten im Inland

«Der Rechtsextremismus in Liechtenstein ist ein Phänomen in Wellenbewegungen», sagte Miryam Eser Davolio an der gestrigen Medienorientierung. Die Einschätzungen der Fachpersonen zeigten, dass Rechtsextremismus in Liechtenstein zwar im Rückblick weniger massiv und sichtbar in Erscheinung tritt, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Die Einschätzungen zeigten aber auch, dass es in unregelmässigen Abständen zu Vorfällen mit manifester Gewaltanwendung kommt. «Dies zeigt, dass die rechtsextreme Szene in Liechtenstein keinesfalls verschwindet, sondern sich sporadisch in der Öffentlichkeit präsentiert.»

Die Szeneangehörigen seien mit dem deutschsprachigen Ausland gut verknüpft – dort fielen Liechtensteiner zuweilen an Anlässen auch durch ihr Verhalten auf. Im Land selbst achte die Szene allerdings darauf, sich moderat zu verhalten, um die vermeintliche oder tatsächliche Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verspielen. Bezüglich dieser Akzeptanz haben die Forscher ambivalente Aussagen zusammengetragen. «Einem Grossteil der Bevölkerung wird eine ablehnende Haltung gegenüber Rechtsextremismus attestiert», so Eser Davolio. Allerdings komme es auch zu Sympathiebekundungen.

Zu diesem moderaten Verhalten im Inland beigetragen haben auch die Repressionsmassnahmen. Als Beispiel nannte Eser Davolio die schnelle Aburteilung der Hauptbeteiligten an den Ausschreitungen am Maurer Oktoberfest. «In anderen Ländern ginge dies sehr viel länger.»

Die nationale Identität als Motiv

Die Szeneangehörigen selbst seien im Unterschied zum benachbarten Ausland beruflich und sozial meist gut integriert und hätten nicht zwingend konkrete soziale Benachteiligungen erfahren. Als wesentliche Motive für ihre Haltung konnten ein starkes Heimatgefühl, verbunden mit der Angst, die nationale Identität und den sozialen Zusammenhalt durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren, festgestellt werden. Dies könne zusammen mit der ebenfalls vorhandenen Konfliktbereitschaft ausländischer Jugendlicher wiederum zu Auseinandersetzungen führen.

Repression und Prävention

Die Verfasser der Studie gaben schliesslich eine ganze Reihe von Empfehlungen ab, mit denen eine Ausbreitung der Szene verhindert werden soll. Sie reichen von einer verstärkten Sensibilisierung der Öffentlichkeit über eine verbesserte Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit und Polizei bis hin zur Schaffung einer Anlaufstelle für die Szeneangehörigen und ihre Verwandten.

«Wir sind nun als Gewaltschutzkommission gefordert, der Regierung bis Ende März konkrete Handlungsmassnahmen vorzuschlagen, die in Liechtenstein Sinn ergeben und festzulegen, wer was machen soll», sagte Jules Hoch. Dabei gelte es, nicht nur auf Repression, sondern auch auf Prävention zu setzen und eine gesellschaftliche Diskussion zu lancieren – beispielsweise zu Themen wie der Zuwanderung oder der Globalisierung, welche der Bevölkerung Angst machen und den Rechten Zulauf verschaffen. Auch eine aktive Ausstiegshilfe hält Jules Hoch für möglich.

Keine ideologisch motivierte Gewalt

«Das Phänomen Rechtsextremismus macht leider auch vor unseren Grenzen nicht halt», sagte Innenminister Hugo Quaderer. Dieses Thema gelte es ernst zu nehmen und es nicht zu verharmlosen. «Wir sollten es allerdings auch nicht künstlich aufbauschen.»

Auf keinen Fall dürfe der Staat aber ideologisch motivierte Gewalt in irgendeiner Form tolerieren. «Wir müssen auf Prävention setzen und hart durchgreifen, wenn etwas vorfällt», sagte Regierungsrat Quaderer. Es sei ausserdem wichtig, das Phänomen immer wieder an die Öffentlichkeit zu tragen und für die menschlichen und demokratischen Grundwerte einzustehen. «Dazu bedarf es einer stetigen Sensibilisierung der Einwohner dafür, dass rechtsextremes Gedankengut in Liechtenstein tatsächlich existiert.» Denn wenn eine Gefahr früh genug erkannt werde, gelinge es auch viel eher, sie in den Griff zu bekommen



Präsentieren die Studie zum Rechtsextremismus in Liechtenstein und mögliche Gegenmassnahmen: Jules Hoch, Kripochef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, Innenminister Hugo Quaderer und Miryam Eser Davolio von der Fachhochschule Nordwestschweiz (v. l.). Bild Elma Velagic

Gedächtnislücke wegen Alkohol?

Im Januar dieses Jahres kam es vor einem Nachtclub in Triesen zu einem Gerangel. Dabei wurde eine Person verletzt. Gestern musste sich ein 24-jähriger Mazedonier vor Gericht verantworten.

Von Manuela Schädler

Es ist die Nacht von Samstag auf den Sonntag des 18. Januars dieses Jahres. Drei Liechtensteiner betreten kurz vor vier Uhr morgens einen Nachtclub in Triesen. Es ist jedoch nichts mehr viel los und sie verlassen den Club wieder. Beim Hinausgehen kommt es zu einem Streit mit einer anderen Gruppe.

Dabei wird einer der Liechtensteiner mit einem Faustschlag ins Gesicht auf den Boden geworfen und mit Füssen getreten – mit einem Jochbeinbruch im Gesicht und Prellungen im Brustbereich wird er ins Spital eingeliefert.

Gestern musste sich ein 24-jähriger Mazedonier aus Sevelen für diese Tat vor dem Landgericht verantworten. Ein nicht ganz unbeschriebenes Blatt. Tätlicher Angriff, schwere Körperverletzung, Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz und Fahren ohne Führerschein stehen unter anderem auf dem Vorstrafenregister.

Kann sich nicht an die Tat erinnern

Zum Vorfall in Triesen gab der Beschuldigte an, dass er davon nichts mehr wisse, da er stark alkoholisiert gewesen sei. Er könne sich erst wieder daran erinnern, wie er mit einem Fingerbruch und Fingersehnenriss sowie eingerissenen Bändern ins Spital gebracht wurde. Er gab zu Protokoll, dass er bereits stark geschwankt habe, als er den Nachtclub betrat.

Laut Zeugenaussagen hat sich der Beschuldigte jedoch nicht betrunken benommen – er habe weder geschwankt noch gelallt.

Ein wildes Gerangel

Angefangen hat die Auseinandersetzung, als eine Freundin des Beschuldigten mit dem Liechtensteiner einen Streit anfing. Die Freundin sagte gestern aus, dass alles sehr schnell gegangen sei und es ein Gerangel gegeben habe. Sie hat gesehen, wie der Beschuldigte den Liechtensteiner ins Gesicht schlug. «Er wollte mir helfen, da der andere auf mich los ging. Dann gab es ein wildes Durcheinander», sagte sie. Der Liechtensteiner ging zu Boden und der Beschuldigte trat diesen mit den Füssen. Dann machte sich die Gruppe des Beschuldigten mit dem Auto davon.

Ein weiterer Zeuge konnte den Faustschlag ins Gesicht und die Tritte mit den Füssen bestätigen. Der Beschuldigte zeigte Reue vor dem Gericht, obwohl er angab, nichts mehr von dieser Tat zu wissen. «Allerdings habe ich schon früher Scheisse gebaut und habe eigentlich damit abgeschlossen.» So willigte er auch sofort ein, das geforderte Schmerzensgeld von 3800 Franken und die Gutachtenkosten von 700 Franken zu übernehmen.

Trotzdem sprach der Richter den 24-jährigen wegen schwerer Körperverletzung für schuldig. Bei der Aussage des Beschuldigten, er könne sich an nichts mehr erinnern, geht der Richter von einer Schutzbehauptung aus. Da der Beschuldigte bereit ist, die Schadensgutmachung zu bezahlen, fiel das Urteil mildernd aus: Sieben Monate Freiheitsstrafe. Davon werden drei Monate in eine unbedingte Geldstrafe von 180 Tagessätzen à 20 Franken umgewandelt. Die restlichen vier Monate spricht der Richter als Freiheitsstrafe aus, die auf eine Probezeit von drei Jahren bedingt nachgesehen wird. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.





HEUTE GROSSAUFLAGE

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

DIENSTAG, 3. NOVEMBER 2009 | NR. 250 | CHF 1.80



INLAND

Innenminister Quaderer präsentierte eine Studie zur rechten Szene Liechtensteins. SEITE 7



SPORT

Grandioser André Wille: Der Vaduzer wird beim World-Cup-Finale der Inliner Fünfter. SEITE 21

besser beraten
KÜHNIS
Buchs · Bahnhofstr. 21
Tel. 081 756 26 76
Pizolpark · Mels
Tel. 081 723 42 33
BRILLEN

Vaterland >>>> ONLINE
Vaduzer Medienhaus | Liechtensteiner Vaterland | Liewo Sonntagszeitung | Wirtschaft Regional

WOCHENUMFRAGE

Frage der letzten Woche:
Wie gefällt Ihnen das neue Erscheinungsbild des Regierungsviertels nach Fertigstellung des Landesarchivs?

Resultat der letzten Woche:
Sehr gut: 25 %
gut: 26 %
es geht so: 20 %
schlecht: 30 %
(Anzahl Stimmen: 352)

Frage dieser Woche:
Finden Sie es sinnvoll, dass die Stabsstelle für Chancengleichheit für den Respekt gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe wirbt?

Auch Ihre Meinung zählt! Beteiligen Sie sich an unserer Wochenumfrage unter:

>>Frage der Woche:
www.vaterland.li

Guter Hoffnung?
Schwangersein wirft viele Fragen auf.
Wir sind für Sie da.

schwanger.li
Wir beraten und helfen.
Tel. 0848-003344
beratung@schwanger.li
www.schwanger.li

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–12
Ausland	17
TV-Programme	19
Boulevard	20
Sport	21–31
Kultur	33–36
Wirtschaft	37–39
Die Letzte	40

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Marketing: marketing@vaterland.li

9 771818 920002 20045

Schmähung statt Dialog



Die Täter verstecken sich: Mit anonymen Schmierereien wird gegen Respekt gegenüber schwuler und lesbischer Liebe Stimmung gemacht. Bild Daniel Schwendener

Am Wochenende wurden gezielt Plakate, die für den Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, mit Hassparolen beschmiert. Die Ausfälle bestätigen, dass in Liechtenstein Handlungsbedarf besteht.

Von Richard Brunhart

In Leserbriefen wird seit geraumer Zeit kontrovers und teilweise diffamierend über die Stellung von gleichgeschlechtlichen Paaren diskutiert. Nun hat eine unbekannte Täterschaft ihre Meinung zu schwuler und lesbischer Liebe anonym kundgetan: Unter anderem mit «Fuck off» wurden Plakate in den Gemeinden Bendern, Schaan, Triesen und Vaduz beschmiert.

«Wie die Plakatschmierereien deutlich machen, besteht Handlungsbedarf», sagt Bernadette Kubik-Risch, Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit, die die Kampagne gemeinsam mit dem schwul-lesbischen Verein FLay durchführte. «Wir brauchen zu diesem Thema dringend Aufklärung, Information und den Dialog», so die Zuständige für den Bereich sexuelle Orientierung weiter. Die Täterschaft hingegen verweigere den Dialog. Sie gebe sich nicht zu erkennen und sei nicht couragiert genug, öffentlich ihre Meinung kundzutun. «Jede Möglichkeit, in ein Gespräch zu treten, wird dadurch genommen.»

Daniel Seger geht davon aus, dass von den Tätern oder dem Täter die Diskussion gar nicht gewünscht wird. Das Vorgehen zeuge nicht von Niveau oder Charakterfestigkeit, hält der FLay-Präsident fest.

Ein anderes Klima schaffen

Bernadette Kubik-Risch erklärt, es brauche nicht nur gesetzliche Regelungen, um Diskriminierungen wie die Plakatschmierereien zu verhindern, sondern auch «ein gesellschaftliches Klima, in dem das ‹Andere›, vielleicht bisher Unbekannte, nicht von vornherein als Bedrohung abgelehnt wird». Deshalb sollen Vorurteile in der Bildungs- und Aufklärungsarbeit aufgedeckt, die Bevölkerung sensibilisiert werden.

Anscheinend fühlen sich manche Personen durch die Forderung von Schwulen und Lesben für Gleichberechtigung bedroht. «Je nach Ausprägung spielen dabei Zerrbilder, Ängste, Vorurteile und eine ausgeprägte Antipathie von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und die Befürwortung von Diskriminierung mit», sagt Kubik-Risch.

Plakataktion ist beendet

Eine Anzeige ist bei der Polizei bis gestern nicht eingegangen. Laut Kubik-Risch werden die weiteren Schritte mit dem Ressort für Familie und Chancengleichheit abgesprochen. Nochmals neu aufgehängt werden die Plakate dieser Aktion nicht. Die Aktion lief nur bis zum gestrigen Tag.

WOCHENUMFRAGE, KOMMENTAR

KOMMENTAR

DAS ANDERE IST KEINE BEDROHUNG

Von Richard Brunhart

Solche Angriffe – anonym, respektlos, gegen die Normen – machen sprachlos. Sie werfen Fragen auf, auf die es kaum Antworten gibt. Denn was steckt anderes dahinter als Hass, wenn gegen Liebe – in welcher Form auch immer – mit Gewalt vorgegangen wird?

Es dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, sich auf einen moralischen Grundkonsens zu einigen: Gewalt ist schlecht. Und dort sollte auch die Grenze bei der Sexualität gezogen werden: Wenn physische oder psychische Gewalt ausgeübt wird. Gewalt lässt sich nach herrschendem Verständnis nur rechtfertigen, wenn es sich um Gegengewalt handelt. Aber wie üben Schwule und Lesben Gewalt aus, wenn sie Gleichberechtigung fordern? Wer ist so dreist zu behaupten, dass sie Gewalt gegen eine «Natur» ausüben, die von der Gesellschaft normiert wird?

Vielmehr erfahren Schwule und Lesben Gewalt – in Form struktureller Gewalt – wenn eine Mehrheit festlegt, dass eine Form von Liebe mit Privilegien begünstigt wird und eine andere nicht. Was ist Liebe, wenn schwule und lesbische Liebe widernatürlich sein sollten? Gegnern von gleichen Rechten für Schwule und Lesben geht es um die Verteidigung einer Identität, die durch jeden anderen Lebensentwurf als bedroht empfunden wird. Doch ist diese Identität es wert, verteidigt zu werden? Lässt sie Liebe überhaupt zu? Denn bedeutet Liebe nicht gerade, das Andere in seiner Andersheit zuzulassen?

Buch des Fürsten erscheint bald auf Deutsch

Das englische Buch «The State in the Third Millennium» soll in wenigen Monaten auf Deutsch erscheinen, wie Fürst Hans-Adam II. im «Vaterland»-Interview bestätigt. Das deutsche Manuskript liege bereits vor, es brauche nur noch ein Editing. Das Buch des Fürsten ist Anfang Oktober erschienen. Obwohl Fürst Hans-Adam II. ein kontroverses Thema behandelt und kritische Worte findet, um zu sagen, wie er sich den Staat im dritten Jahrtausend vorstellt, blieb es bis jetzt relativ ruhig um das Buch. Das könnte sich ändern, wenn «The State in the Third Millennium» auf Deutsch erscheint.

SEITE 5



Möchte mit seinem Buch für Gesprächsstoff sorgen: Fürst Hans-Adam II. spricht über «The State in the Third Millennium». Bild Daniel Schwendener

Ende der Tragödie

Afghanistan atmet nach den Betrügereien im ersten Wahlgang und dem darauffolgenden Wahlchaos auf. Hamid Karsai wurde zum Sieger ausgerufen.

SEITE 17

Lie-Haus®
www.lie-haus.li
K&P
KRANZ & PARTNER AG
GENERALUNTERNEHMUNG
Tel.: 399 40 50

HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
SAMSTAG, 7. NOVEMBER 2009 | NR. 254 | CHF 1.80



INLAND

Paola Ghillanis Wirken wurde gestern mit dem grossen Bindingpreis gewürdigt. SEITE 5



SPORT

FCV-Goalgetter Nick Proschwitz will gegen Wohlen sein Torekonto weiter erhöhen. SEITEN 17/18

GMEINER MULTIMEDIA ANSTALT
Fachgeschäft für Unterhaltungselektronik, Antennenbau, Verkauf und Service
Landstrasse 91, 9494 Schaan
Tel. +423 233 22 11, Fax +423 232 16 13
info@gmeiner.li, www.gmeiner.li

Anzeige gegen Plakatschmierer

Wenige Tage, nachdem zahlreiche Plakate der «Liebe ist ... immer zu respektieren»-Kampagne mit Hassparolen beschmiert wurden, haben die Stabsstelle für Chancengleichheit und FLay, der Verein für Schwule und Lesben, Anzeige gegen Unbekannt erstattet. «Uns war es wichtig, Anzeige zu erstatten», sagt Daniel Seger, Präsident des Vereins FLay. «Solch anonyme Schmierereien dürfen nicht einfach hingenommen werden.» Die Polizei hat inzwischen Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung aufgenommen. SEITE 3

Nicht am Song Contest 2010 dabei

Liechtenstein wird am Eurovision Song Contest 2010 nicht teilnehmen und hat vorerst nicht um eine Mitgliedschaft in der EBU angesucht. Dies, weil auf die Schnelle kein tragfähiges Konzept zur Finanzierung gefunden werden konnte. 100 000 Franken müsste 1FL TV aufbringen, um sich eine Teilnahme zu sichern Doch der Fernsehsender will nicht so schnell aufgeben und nach einer Lösung für 2011 suchen. SEITE 10

Heute
Eröffnung
8 bis 15 Uhr
APOTHEKE am Postplatz
Postplatz 2
FL-9494 Schaan
Tel. +423 233 55 55
Fax +423 233 55 56
E-Mail: info@apotheke-am-postplatz.li

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–15
Boulevard	16
Sport	17–22
Auto	23
Schnell gefunden	24
Kultur	25–27
Gesund & Vital	28
Ausland	29
TV-Programme	30, 31
Die Letzte	32

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li
9 771818 920002 60045

Abstimmungskampf ist eröffnet

In weniger als vier Wochen stimmen die Liechtensteiner über die Mobilfunkgrenzwerte ab: Die Abstimmungsunterlagen werden bis zum 20. November zugestellt. Jetzt laufen auch Befürworter und Gegner der Mobilfunkinitiative zur Höchstform auf.

Von Desirée Vogt und Manuela Schädler

Am 4. und 6. Dezember findet die Abstimmung über das Initiativbegehren zur Abänderung des Umweltschutzgesetzes – kurz Mobilfunkinitiative – statt. Dann werden die Liechtensteiner gefragt: «Wollt Ihr dem Entwurf der Initianten zur Abänderung des Umweltschutzgesetzes zustimmen?» Wer diese Frage mit einem Ja beantwortet, spricht sich dafür aus, dass die heute geltenden Anlagegrenzwerte von 6 Volt pro Meter (V/m) analog der Schweiz beibehalten werden. Wer Nein stimmt, bestätigt den Beschluss des Landtages, die Grenzwerte für Mobilfunkanlagen per Ende 2012 um das Zehnfache auf 0,6 V/m zu senken.

Broschüre wird beigelegt

Die Abstimmungsunterlagen müssen den Bürgerinnen und Bürgern fristgerecht zwei Wochen vor der Abstimmung vorliegen, wie die Regierungskanzlei erklärt. Somit werden sie im Laufe der nächsten Woche den Gemeinden zugestellt, die dafür zu sorgen haben, dass die Unterlagen bis spätestens 20. November in den Briefkästen der Liechtensteiner liegen. Ab diesem Zeitpunkt ist auch die briefliche Stimmabgabe möglich.

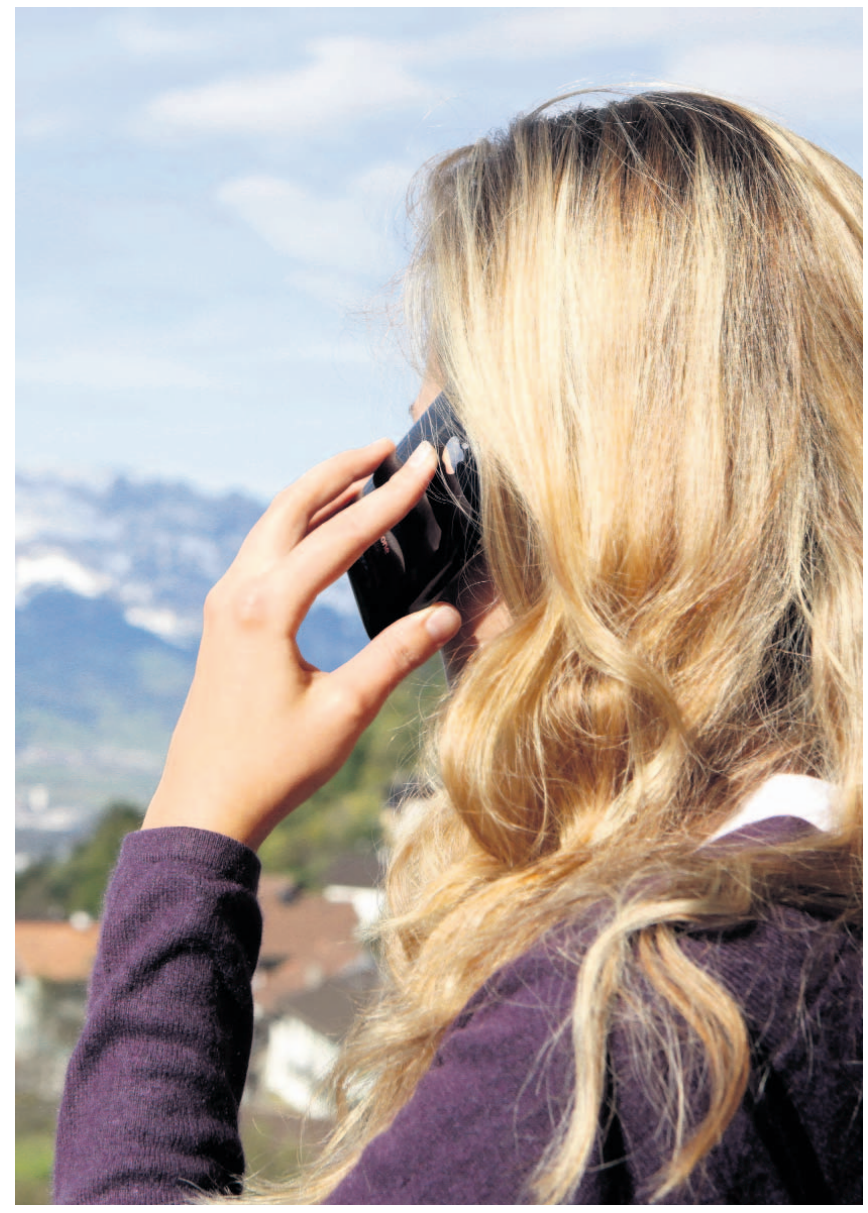
Wie Regierungsrätin Renate Müssner erklärt, wird den Unterlagen wie üblich eine Broschüre beigelegt, in welcher die verschiedenen Parteien ihre Empfehlungen abgeben. In diesem Fall wird also auf der einen Seite die Position des Initiativkomitees Mobilfunkversorgung, auf der anderen Seite die Situation des Landtages aufgeführt. Die Regierung selbst gibt keine Empfehlung ab.

Mit Interviews sachlich informieren

Um den Bürgerinnen und Bürgern das komplexe Thema Mobilfunk verständlicher zu machen und ihnen die Entscheidung zu erleichtern, haben bereits die Wirtschaftsverbände wie auch der Verein für gesundheitsverträglichen Mobilfunk (VGM) an Medienkonferenzen ihre Sicht der Dinge dargelegt. Das «Liechtensteiner Vaterland» möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Stimmbürger ein eigenes Bild zu diesem Thema machen können und sachlich über mögliche gesundheitliche Folgen oder technische Herausforderungen informiert werden. Dazu hat es eine Interviewreihe mit verschiedensten Experten aus den Bereichen Gesundheit und Technik gestartet. Das erste Interview mit Markus Riederer vom Schweizer Bundesamt für Kommunikation (Bakom) ist bereits am 21. Oktober veröffentlicht worden. Im heutigen Interview beleuchtet Umweltmediziner Gerd Oberfeld das Thema Mobilfunk aus Sicht der Gesundheit und empfiehlt den Liechtensteinern den zehnfach tieferen Grenzwert von 0,6 V/m.

Ärzte sind für Grenzwertsenkung

Ebenfalls über mögliche gesundheitliche Gefahren haben gestern die Ärzte Pepo Frick und Marco Ospelt anlässlich einer Pressekonferenz informiert. Dabei berichteten sie von eigenen Beobachtungen, die sie in den vergangenen 20 Jahren gemacht haben. Sie stellten unter anderem fest, dass Beschwerden wie Schlafstörungen, Ohrgeräusche, Kopfschmerzen oder Blutdruck- und Pulserhöhung zugenommen haben. Alles Erkrankungen, die durch Mobilfunkstrahlen ausgelöst werden können. Ein grosses Anliegen der Ärzte ist, die Bevölkerung sachlich über die Problematik Mobilfunk und Gesundheit aufzuklären. Dazu wird unter anderem nächsten Dienstag ein Ärzteforum zu diesem Thema durchgeführt. «Technische und wirtschaftliche Interessen müssen gegen die Gefährdung der Gesundheit abgewogen werden. Uns geht es um das Vorsorgeprinzip», sind sich beide Ärzte einig.



Mobil telefonieren, Ja, aber mit welchen Grenzwerten?: Die Liechtensteiner müssen sich mit einem komplexen Thema auseinandersetzen, um diese Frage beantworten zu können. Bild Daniel Schwndener

SEITEN 6 + 7

Am Dienstag wird das Dutzend voll

Das bereits paraphierte Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) zwischen Liechtenstein und den Niederlanden wird am kommenden Dienstag im Rahmen des Ecofin-Gipfels in Brüssel unterzeichnet. Unterschrieben wird das Abkommen von Regierungschef Klaus Tschütscher und dem niederländischen Finanz-Staatssekretär De Jager. Ebenso wird an diesem Treffen der EU-Finanzminister das am 26. Oktober paraphierte Steuerabkommen zwischen Liechtenstein und Belgien unterzeichnet. Damit kann Liechtenstein auf zwölf unterzeichnete OECD-konforme Steuerabkommen verweisen, womit der Streichung von der grauen Liste nichts mehr im Wege steht. *(güf)*

Nochmals neu verhandeln?

Die EU-Finanzminister werden am Dienstag über einen Kompromissvorschlag der schwedischen Ratspräsidentschaft in Steuerfragen diskutieren.

Im Text der schwedischen Ratspräsidentschaft sind Rechte und Pflichten für den Informationsaustausch in Steuerbelangen festgelegt. Darin wird unter anderem festgehalten, dass «der gleiche Grad» sowohl für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, als auch für jene mit Drittstaaten gelten soll. Weiter soll der Informationsaustausch in Steuerfragen (auf Anfrage) nach OECD-Standards angewandt werden. Dabei dürfen Auskünfte unter Berufung aufs Bankgeheimnis nicht allein deshalb verweigert werden, weil sich die Information bei einer Bank oder einem anderen Finanzinstitut befindet.

Möglich würde nach dem Vorschlag, dass Beamte eines Mitgliedstaates in einem anderen Mitgliedstaat administrative Untersuchungen durchführen dürften. «Einige Staaten» wollten sich nach Diplomatenangaben noch nicht zu dem Text äussern, bis ein «Paket von Massnahmen in guter Regierungsführung in Steuerfragen» verabschiedet ist. Dieses Paket würde sowohl die vorgesehenen Änderungen in der EU-Richtlinie zur Zinsbesteuerung beinhalten, als auch die geplanten (Neu-)Verhandlungen von Betrugsbekämpfungsabkommen unter anderem mit Liechtenstein. *(sda)*

Sieben weitere Eritreer eingereist

Am Donnerstag konnte die Landespolizei bei ihren Kontrollen sieben weitere Asylsuchende aus Eritrea aufgreifen. Die Männer beabsichtigten, mit dem Linienbus von Buchs und Sargans nach Liechtenstein einzureisen. Sie werden bis zu ihrer Rücküberstellung in die Schweiz im Asylzentrum untergebracht. *(lpfl)*

AAC Revision und Treuhand AG
Horst Büchel
Moritz Heidegger Manuela Gassner
T +423 263 00 33 · www.aac.li

Sicher nicht die letzte Kampagne

Kurz nachdem Plakate der «Liebe ist ... immer zu respektieren»-Kampagne mit Hassparolen beschmiert wurden, haben die Stabsstelle für Chancengleichheit und der Verein FLay für Schwule und Lesben Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Von Janine Köpfli



Zum Abschluss noch einmal ohne anonyme Schmierereien: Die Plakate «Liebe ist ... immer zu respektieren» der Stabsstelle für Chancengleichheit und des Vereins FLay sind von vielen Menschen in Liechtenstein positiv aufgenommen worden. Bild pd

Ob die Landespolizei der Täterschaft auf die Spur kommt, bleibt abzuwarten. Sollten die Plakatbeschmierer gefasst werden, müssen sie sich auf jeden Fall wegen Sachbeschädigung verantworten. «Uns war es wichtig, Anzeige zu erstatten», sagt Daniel Seger, Präsident des Vereins FLay. «Solch anonyme Schmierereien dürfen nicht einfach hingenommen werden.» Und das werden sie auch nicht. Die Spray-Aktion vom Wochenende löste in Liechtenstein und der Region eine Welle der Entrüstung aus. Daniel Seger und seine Vereinskollegen von FLay hörten von vielen Seiten, dass die Plakatschmierereien «das Letzte» seien.

Regierung verurteilt Schmierereien

Fast eine Woche, nachdem die auberginefarbigen Plakate unleserlich gemacht wurden, meldet sich auch die Regierung zu Wort. In einer Pressemitteilung verurteilt sie das Vorgehen der Sprayer und die Geisteshaltung, die hinter den aufgesprühten Parolen steht. Das Recht auf freie Meinungsäusserung dürfe nicht für die Verbreitung von diskriminierendem Gedankengut missbraucht werden.

Die Plakataktion «Liebe ist ... immer zu respektieren» warb während der letzten Wochen für Respekt und Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. «Mit der Sensibilisierungsaktion wurde ein aktiver Beitrag zum Abbau von Benachteiligung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften geleistet», heisst es in einer Pressemitteilung zum Abschluss der Kampagne. Obwohl viele der insgesamt 14 Plakate mit abwertenden Parolen überschrieben wurden, hätten sie viele Menschen in Liechtenstein positiv aufgenommen, heisst es vonseiten der Stabsstelle für Chancengleichheit. Mit Sicherheit war dies nicht die letzte Kampagne zum Thema. Auch die Mitglieder des Vereins FLay sind sich bewusst, dass die Aufklärung und Information auf keinen Fall abbrechen darf. Nicht jetzt, wo die Regierung kurz davor steht, das Partnerschaftsgesetz in die Vernehmlassung zu schicken.

Mit diesem Gesetz soll die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare erreicht werden. Das heisst, gleichgeschlechtliche Paare könnten sich ins Zivilstandsregister eintragen lassen und ihrer Beziehung dadurch einen rechtlichen Rahmen geben, ähnlich wie es bei einer Ehe der Fall ist.

«Verzögerungen im Fahrplan»

Noch wird am Partnerschaftsgesetz gearbeitet. Zwar sollte es im August in die Vernehmlassung gehen. Wie das Ressort Justiz mitteilte, gestalte sich die Materie jedoch äusserst umfangreich, weshalb «Verzögerungen im Fahrplan» möglich seien. Daniel Seger hofft, dass sich der Prozess nicht mehr allzu lange hinziehen wird. Gerade jetzt könnte das Partnerschaftsgesetz ein wichtiges Zeichen für Schwule und Lesben in Liechtenstein setzen, ist der FLay-Präsident überzeugt. Es würde Mut machen, wie er sagt und zeigen, dass anonyme Sprayaktionen wie sie am Wochenende passierten, nichts bringen.

Das Kreuz als Zeichen der Religionsfreiheit

Das Strassburger Urteil gegen Kreuze in italienischen Schulzimmern hat in weiten Teilen Europas für Empörung gesorgt. In Liechtenstein stehen die Kruzifixe nicht zur Disposition. Für Generalvikar Markus Walser sind sie unter anderem Zeichen für die Gewissensfreiheit.

Von Heribert Beck

In Italien wollen die Proteste gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht enden. Die Strassburger Richter hatten Anfang der Woche entschieden, dass ein Kruzifix im Klassenzimmer einer Staatsschule die Religionsfreiheit der Schüler verletze. Es sei zudem nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Dies will sich der italienische Staat aber nicht bieten lassen. Umgehend hatte die Regierung angekündigt, das Urteil anzufechten. Gestern hat Ministerpräsident Berlusconi nochmals ein Machtwort gesprochen: «Wir behalten das Kruzifix.» Das Urteil sei schliesslich kein «Zwangsurteil», sagte er. Daher würden die Kreuze in italienischen Klassenzimmern hängen bleiben – unabhängig vom Ausgang der Beschwerde seiner Regierung in Strassburg.

Ein Teil des öffentlichen Lebens

Für Unverständnis gesorgt hat das Urteil bei Kirchenvertretern und Politikern auch in weiten Teilen Europas. Der vatikanische Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone sprach davon, dass das Europa des dritten Jahrtausends die «wertvollsten Symbole» entferne und nur noch die «Kürbisse des Halloween-Festes» übrig lasse. In Österreich bezeichnete Kardinal Christoph Schönborn das Urteil wörtlich als «nicht akzeptabel». Der aus Vorarlberg stammende Bischof Klaus Küng sagte, wer religiöse Symbole aus dem öffentlichen Leben entferne, entferne am Ende die Religion aus dem öffentlichen Leben. Die deutsche Bischofskonferenz sprach von einem «einseitigen» Urteil.

Im Freistaat Bayern wendete sich die staatstragende CSU ebenfalls gegen den Urteilsspruch. Auch nach dem Strassburger Beschluss sollen die Kruzifixe in bayerischen Schulen hängen bleiben. Das bekräftigten am Mittwoch sowohl der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle als auch Europaministerin Emilia Müller. In Österreich setzt sich die ÖVP ebenfalls für die Kruzifixe in den Klassenzimmern ein. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll beispielsweise befürchtet einen «Werteverlust», sollten die Kreuze nicht mehr in den Schulen hängen.

Nicht die Augen verschliessen

In Liechtenstein hängen in den Klassenzimmern der öffentlichen Schulen ebenfalls Kreuze – und dass dies so sein soll, wurde bis heute auch nicht in grösserem Masse angezweifelt.

Dass die Kruzifixe in den heimischen Schulen präsent sind, ist auch im Sinne von Markus Walser, dem Generalvikar des Erzbistums Vaduz. «Ob man es will oder nicht: Europa ist bisher weitgehend vom Christentum geprägt, genauso wie Indien grossenteils vom Hinduismus geprägt ist. Jeden öffentlichen Bezug europäischer Staaten zum christlichen Glauben zu verbieten, heisst die Augen vor der Realität zu verschliessen», schreibt Generalvikar Markus Walser auf Anfrage.

«Der Kern grosser Freiheit»

«Noch vor jeder gesetzlichen Regelung in einzelnen gesellschaftlich wichtigen Belangen wie zum Beispiel der Familie ist schon das Verhältnis von Religion und Staat eine Angelegenheit, die wesentlich von der Religion abhängt. Für das Christentum ist von Anfang an klar, dass Religion und Staat zwei verschiedene Institutionen sind, bei denen es zwar gemeinsame Anknüpfungspunkte gibt, die aber nicht identisch sind. Bei anderen Kulturen sind Religion und Staat identisch. Ein Dalai Lama beispielsweise versteht sich als geistliches und weltliches Oberhaupt. Der Papst versteht sich ausschliesslich als geistliches Oberhaupt der katholischen Kirche. Die weltliche Autorität ist davon getrennt. Und genau in dieser Trennung liegt für den Einzelnen der Kern grosser Freiheit», so Walser.



Generalvikar Markus Walser: «Jeden öffentlichen Bezug europäischer Staaten zum christlichen Glauben zu verbieten, heisst die Augen vor der Realität zu verschliessen.» Bild Archiv

«Diese institutionelle Trennung von Staat und Religion ist eine höchst beachtliche kulturelle Leistung des Christentums, die es zu bewahren gilt. Insofern ist das Anbringen eines Kreuzes in öffentlichen Räumen christlich geprägter Staaten gerade kein Hinweis auf eine Einschränkung der Religionsfreiheit, sondern der Hinweis darauf, dass der Staat, in dessen Räumen ein solches Kreuz hängt, gebührend zur Kenntnis genommen hat, dass gilt: ‹Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört› (Mt 22,21 par). Wenn heute in einem christlich geprägten Land in einem öffentlichen oder staatlichen Gebäude ein Kreuz hängt, kann der Betrachter daraus schliessen, dass ihm in diesem Land von staatlicher Seite volle Religions- und Gewissensfreiheit zusteht.»

«Gefährliche Tendenz»

«Was passieren kann, wenn das Kreuz auf staatliche Anordnung hin aus öffentlichen Räumen verschwindet, konnte man im 20. Jahrhundert in vielen europäischen Ländern beobachten. So war in Deutschland beispielsweise vor 1933, als in vielen öffentlichen Räumen Kreuze hingen, die Religionsfreiheit besser gewahrt als danach. Das Entfernen der Kreuze läutete eine Verfolgung religiöser Menschen ein. Aber nicht nur die Religion wurde verfolgt. Es wurden auch all jene verfolgt, die anders dachten als die Staatsführung. Ähnliches war in vielen Ländern des sogenannten Ostblocks nach 1945 festzustellen. Hinter den jüngst ergangenen Urteilen, die das Anbringen von Kreuzen in öffentlichen Gebäuden verbieten, steht also die gefährliche Tendenz eines neuen laizistischen Staatstotalitarismus in Europa. Ein solcher würde den Staat wohl von jeder Religion befreien, im Endeffekt aber – wie schon gehabt – auch ein Ende der Religions- und der Gewissensfreiheit bedeuten.»

Kein Alleingang!



«Für den Wettbewerb brauchen wir gleich lange Spiesse wie die Schweiz. Auch beim Mobilfunk.»

Josef Fehr · Vorstandsmitglied des Liechtensteinischen Bankenverbandes

Ja zum Mobilfunk
Abstimmung 4./6.12.

Initiativ-Komitee Mobilfunk-Versorgung

SCHLÖSSLEKELLER

Sonnenscheinwelt



Preisgekrönt: Uta Köbernick gastiert heute im Schlösslekeller. Bild pd

Kabarett mit Uta Köbernick, der Trägerin des Deutschen Kleinkunstpreises 2009. Beginn: 20 Uhr.

Heute gibt es im Vaduzer Kleintheater ein Wiedersehen und -hören mit der Trägerin des Deutschen Kleinkunstpreises 2009, Uta Köbernick. Wie schon an früheren Gelegenheiten besingt Köbernick mit unschuldiger Miene und spitzer Zunge den Siegeszug des Scheiterns und führt ihr Publikum nebenbei aufs Glatteis menschlicher Abgründe. Ihr Programm «Sonnenscheinwelt» ist eine poetische Mischung aus schalkhafter Ironie, satirischem Ernst und musikalischer Schnörkellosigkeit. Die junge Kabarettistin jongliert virtuos mit Sprache und Musik. Da werden Beziehungskisten mit dunkelbuntem Humor schräg von unten beleuchtet und ganz nebenbei lustvoll das Leben seziert. Mit sicherem Gespür für abgründige Tiefe tanzt sie hoch oben auf dem Drahtseil der guten Unterhaltung: immer haarscharf an der Grenze zwischen Poesie und Realität. Mit einem einzigen Wimpernschlag landet sie dann sicher auf dem Boden der Tatsachen und verteilt bei Lagerfeuerromantik locker ein paar köbernicksche Sinnfallen im Saal. Ein kabarettistischer Heidenspass. *(pd)*

Restkarten sind ab 19 Uhr unter Tel. +423 230 10 40 oder an der Abendkasse erhältlich.

IMPRESSUM

Liechtensteiner Vaterland

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Quaderer
Redaktionsleitung: Günther Fritz (Chefredaktor), Janine Köpfli (Stv. Chefredaktorin, Ressortleiterin Inland), Valeska Beck (Ressortleiterin Wirtschaft), Piero Sprenger (Ressortleiter Sport), Isabell Mogliani (Ressortleiterin Beilagen/Specials).

Redaktion: Heribert Beck (Inland), Richard Brunhart (Inland), Desirée Vogt (Inland), Wolfgang Frey (Wirtschaft), Bettina Frick (Inland), Tamara Beck (Beilagen/Specials), Ernst Hasler (Sport), Elisabeth Huppmann (Kultur), Philipp Kolb (Sport), Andreas Krättli (Online), Shusha Maier (Inland), Bianca Negele (Inland), Hans Peter Putzi (Sport), Manuela Schädler (Inland), Patrick Stahl (Wirtschaft).

Foto-Journalisten:
Daniel Ospelt, Daniel Schwendener, Elma Velagic.

Redaktions-Sekretariat: Anita Oehri.

Marketing/Verkauf: Patrick Flammer (Leiter), German Beck (Stv.), Marina Beck, Patrick Greuter, Thomas Hoop, Simona Koller, Sonja Lüchinger, Sandro Mathis, Elke Tschütscher, Walter Weissenbach.

Abonnenten-Dienst: Sonja Wolfinger
Zustell-Hotline (Post): +423 399 44 44
Agenturen: SDA, AP, SI, AWP/dpa AFX
Auflage: 10'373 Expl. (Grossauflage 20'145 Expl.)

Adressen
Verlag: Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17
Redaktion: Tel. +423 236 16 23
Fax +423 236 16 17,
E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax
+423 236 16 69, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnenten-Dienst: Tel. +423 236 16 61,
E-Mail: abo@vaterland.li
Druck: SOPAG, 9469 Haag
Internet: www.vaterland.li

Muss der Liechtensteiner Staat jetzt sparen?

Auf Einladung der Stabsstelle für Chancengleichheit und der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann diskutierten die Landtagsabgeordneten an der sechsten Gesprächsrunde das Thema «Finanz- und Wirtschaftskrise: Muss der Liechtensteiner Staat jetzt sparen?»



Impulsreferent: Carsten Henning Schlag von der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein. Bild Archiv

Professor Carsten-Henning Schlag, Leiter der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFL), erläuterte in seinem Inputreferat die Entstehung und Ausprägung der Finanz- und Wirtschaftskrise aus globaler Perspektive, im europäischen Vergleich und liechtensteinischen Kontext. Er vertritt die Ansicht, dass sich schon vor der Krise eine nachlassende Haushaltsdisziplin abgezeichnet hat, die Krise die Haushaltsschieflage jedoch erheblich verschärft hat. Professor Schlag empfiehlt vor allem effizienzsteigernde Massnahmen, um das öffentliche Leistungsniveau aufrecht erhalten zu können. Eine weitere Herausforderung sei es, bürokratische Kämpfe zu vermeiden und wachstumsneutral zu sparen. Nähere Informationen zum Vortrag sind unter Top News auf www.kofl.li zu finden.

Staat muss sparen

Diese Ansicht vertraten die Frauen-Landtagsabgeordneten Gisela Biedermann, Doris Frommelt, Renate Wohlwend und die stellvertretenden Landtagsabgeordneten Helen Konzett Bargetze und Marion Kindle-Kühnis in der Gesprächsrunde. Einig sind sie sich, dass der Liechtensteiner Staat jetzt sparen muss. Und die Sparmassnahmen dürfen in keinem Fall im Bildungsbereich oder auf Kosten der sozial Schwachen passieren.

Die anschliessende Diskussion im Plenum legte verschiedene Themenbereiche frei, bei denen gespart werden könnte. Beispiele wären der Finanzausgleich mit den Gemeinden, der Bau von öffentlichen Gebäuden, der Strassenbau und die Gesundheitskosten. Weitere Anmerkungen zu den Sparmassnahmen verweisen auf die Betrachtung des Gesamtausgabenpaketes, die Folgekosten aus Gesetzesverabschiedungen, die Einforderung der EU-Fördergelder und die Tatsache, dass es sich bei 80 Prozent der Ausgaben um festgesetzte Beiträge handelt, die nicht ohne Gesetzesänderung gekürzt werden können, und sich dies auf den Spielraum auswirkt. Auch viele andere Frauen betonen, dass auf keinen Fall an der Bildung und im Sozialbereich gespart werden soll. Die nächste Gesprächsrunde findet im Frühjahr 2010 statt. *(pafl)*

Nähere Infos: Stabsstelle für Chancengleichheit, Tel. +423 236 60 60, info@scg.llv.li

POLIZEIMELDUNGEN

Auffahrunfall in Vaduz

Zu einem Auffahrunfall kam es am Donnerstagabend auf der Landstrasse in Vaduz. Eine Fahrzeuglenkerin bemerkte das verkehrsbedingte Anhaltemanöver der vor ihr fahrenden Fahrzeuglenker zu spät. Dadurch kollidierte sie mit dem Heck des Wagens vor ihr, welcher durch die Wucht des Aufpralles in den vorderen Wagen geschoben wurde. Es entstand Sachschaden. *(lpfl)*

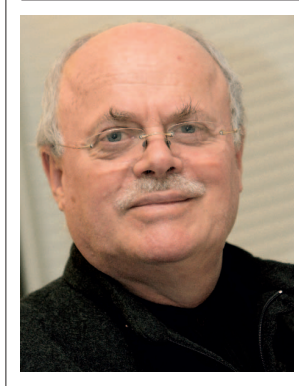
Kirchenkasse aufgebrochen

In der Kapelle in Malbun wurde eine kleine Kasse von einer unbekannten Täterschaft aufgebrochen. Im Zeitraum von Samstag bis Donnerstag wuchtete sie mittels eines Brechwerkzeuges die Kasse für die Kerzen auf und entnahm das darin enthaltene Bargeld. Die Täterschaft konnte unerkannt fliehen. *(lpfl)*

Senior verursacht Unfall in Weite

Ein 72-jähriger betrunkener Autofahrer hat am Donnerstagabend in Weite einen Unfall verursacht. Verletzt wurde laut Angaben der Polizei vom Freitag niemand. Der Mann war mit seinem Wagen auf die Gegenfahrbahn geraten und streifte dort ein anderes Fahrzeug. Der Fahrer dieses Personenwagens reagierte geistesgegenwärtig und konnte auf eine angrenzende Wiese ausweichen. Ganz konnte aber auch er eine Streifkollision nicht verhindern. Dem betrunkenen Senior wurde nach einer Blutprobe sofort der Führerausweis abgenommen. *(sda)*

NOTABENE



Von Manfred Schlapp*

HEROISCHER TROTZ

Reich an uraltem Menschheitswissen sind die Mythen, die von scheinbar längst vergangenen Zeiten künden. Wer sich mit der Mythologie beschäftigt, erfährt viel über die seelischen Verfassungen und somit über sich selbst. Es ist kein Zufall, dass sich Philosophen seit eh und je von mythologischen Gestalten inspirieren liessen und aus dem reichen Fundus der Mythen schöpften. Den Dichtern und Denkern besonders angetan haben es die zwei Hadesbüsser Sisyphos und Tantalos, die als Urbilder für den tieferen Sinn menschlicher Mühsal erscheinen. Diese Figuren, in denen man wie in einem Spiegel die eigene Daseinssituation sichtet, verkörpern eine Befindlichkeit, die zeitlos ist.

Tantalos, den einen Büsser, quält unstillbarer Durst. Zwar steht er in einem kristallklaren Gewässer, und saftige Äpfel hängen über seinem Kopf. Sowie er aber nach ihnen greift oder sich bückt, um Wasser zu schöpfen, schnellen die Äste nach oben und das Gewässer weicht zurück. Immer und immer wieder hascht Tantalos nach dem durstlöschenden Nass – getrieben von immer neuer Hoffnung. Doch die Hoffnungen erfüllen sich nicht. Unerlöst von seinem unstillbaren Durst bleibt Tantalos.

Noch mehr als Tantalos fasziniert die Dichter und Denker der andere Hadesbüsser: Sisyphos! Wer kennt ihn nicht, den Mann mit dem Stein! Im Schweisse seines Angesichtes stemmt Sisyphos einen Felsbrocken einen Abhang hinauf, wohl wissend, dass der Stein den Abhang zurückrollen wird, sowie er ihn auf die Hügelkuppe hinauf gestossen hat. Jahraus, jahrein rollt Sisyphos seine steinerne Last bergwärts. Doch seine Mühewaltung ist umsonst, sooft er sie auch unternimmt. Aller vergeblicher Mühsal zum Trotz resigniert er aber nicht! Er stemmt sich vielmehr erneut gegen den Stein, sobald er im Talgrund angekommen ist.

Sisyphos und sein heroischer Trotz fanden in der Kunst und in der Literatur seit jeher reichen Niederschlag, und eine grosse Renaissance erfuhr der Mann mit dem Stein in der Existenzphilosophie des 20. Jahrhunderts. In seinem «Mythos des Sisyphos» setzte der französische Existenzphilosoph Albert Camus diesem Heros ein bleibendes Denkmal. Auf den ersten Blick mag die Botschaft verwundern, die Albert Camus in den Sockel seines literarischen Sisyphos-Denkmals eingemeisselt hat: «Sisyphos ist ein glücklicher Mensch!» Zwar scheint er sich sinnlos abzumühen! Aber selbst die Aussichtslosigkeit lässt ihn nicht verzagen! Welch ein Triumph über all die Drangsal, die den Irdischen beschieden ist! An einem solchen Held Mass zu nehmen bedeutet, für die Zukunft gerüstet zu sein und mag diese noch so schwierig, ja aussichtslos erscheinen!

*Der Kolumnist Dr. Manfred Schlapp ist Professor für Philosophie und Präsident des PEN-Clubs Liechtenstein.

LESERBRIEFE

Anonyme Schmierereien

Wie man im 21. Jahrhundert noch solche Ansichten vertreten kann, ist mir zwar unbegreiflich, aber anscheinend Realität. Wir leben doch in einem Land, wo jeder seine Meinung frei mitteilen kann. Dies aber öffentlich und nicht versteckt hinter solchen absurden, anonymen Schmierereien. Hier mangelt es anscheinend am nötigen Mut. Es ist doch wesentlich mutiger, wenn sich Personen auch kritisch öffentlich zur Homosexualität äussern. Diese kritischen Meinungen teile ich zwar nicht und kann sie dementsprechend auch nicht nachvollziehen, aber immerhin ist deren Absender bekannt.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne einmal darüber aufgeklärt werden, was Pädophilie mit Homosexualität zu tun hat? Bedenkt, wir wissen alle nicht, was das Leben uns noch für Überraschungen bereithält. Vielleicht werden unsere Kinder oder Enkel homosexuell. Was solls, wenn es ihnen gut geht, gehts mir auch gut.

Sandra Lampert-Beck, Lavadina, Triesenberg

Liebe am Mobilfunk Interessierte

Antwort auf den Leserbrief/Forumsbeitrag der Mobilfunkbetreiber vom 4. November 2009

Im genannten Beitrag stellen die Mobilfunkbetreiber Verschiedenes infrage, weshalb ich meine wichtigsten Aussagen nachstehend belege. Die Zahl der Mobilfunkbetreiber in Liechtenstein wird künftig geringer sein (Projektinitiative Bodensee-Mobilfunk 19.10.2009). Sunrise hat sich schon längst aus Liechtenstein zurückgezogen und wird uns künftig von Räfis aus versorgen, mit Werten, die akzeptierbar sind (Gigaherz, 15.05.2009/Antennendaten können auf der Gemeinde eingesehen werden). Sunrise und Orange beabsichtigen, in der Schweiz Netze gemeinsam zu nutzen und damit Strahlenbelastung und Kosten zu reduzieren (NZZ online 21.10.2009).

Die Betreiber behaupten, man könne bei 0,6 V/m nur noch ausserhalb von Gebäuden telefonieren, die Versorgung würde nur noch mehr schlecht als recht funktionieren. Die Kleinzellenkonzept-Studie, die im Auftrag der Regierung erstellt wurde, sagt aber das Gegenteil. Warum sollen wir den Betreibern mehr glauben als den neutralen Verfassern der Studien? (Kleinzellenkonzept Studie S. 2 und 3) Die Betreiber erklären, sie hätten nach wie vor ein Betreiber- und Investitionsinteresse in Liechtenstein, relativieren aber, dass die Voraussetzungen attraktiv sein müssen. Attraktiv heisst für sie höhere Grenzwerte und da scheiden sich eben die Geister. Der einen Seite geht es primär ums Geld, der anderen Seite um die Gesundheit der Bevölkerung.

Weiter erklären die Betreiber, die Mobilfunkindustrie hätte in der Vergangenheit Millionenbeträge investiert. Dies stimmt wohl und ist wahrscheinlich auch der Hauptgrund, weshalb sie sich gegen neue Investitionen sträuben. Aus finanziellen Überlegungen die neuen Systeme ablehnen, die Grenzwerte wieder erhöhen und weiterhin die Risiken massiver Gesundheitsschädigung eingehen, war für die Mehrheit der Landtagsabgeordneten und ist auch für mich nicht akzeptierbar.

Bei dieser Gelegenheit nochmals ein Hinweis auf die missbräuchliche Verwendung des Namens VGM. Wer im Internet auf www.vgm.li klickt, landet auf der Webseite des Forums Mobil, einem Organ der Mobilfunkbetreiber. Diese bewusste missbräuchliche Verwendung eines fremden Namens ist rechtlich unzulässig. Die Wählerinnen und Wähler mögen entscheiden, ob sie den Unternehmen, die solches Geschäftsgebaren praktizieren, ihr Vertrauen schenken wollen.

Bruno Ospelt, Holdergasse 2, Vaduz

Ein Lob an die FL-Regierung

Im «Vaterland» vom 5. November war eine ausführliche Stellungnahme der Regierung zur Verkehrsplanung Feldkirch Süd. Es freut mich und meine Mitstreiter besonders, dass Verkehrsminister Meyer das Vorarlberger Paket aufgeschnürt hat und den südlichen Teil der Südumfahrung, den Letzetunnel, abgelehnt hat. Er hat sich der Argumentation der Vernunft angeschlossen, indem er den ÖPNV und die S-Bahn befürwortete und den Strassenbau, der nur Mehrverkehr bringen würde, auch unter Androhung von Rechtsmitteln verhindern will.

Wir danken Minister Meyer für seine klaren Worte, die auch bei den Bewohnern des südlichen Tisis grosse Erleichterung ausgelöst haben. Die grösste Entlastung für alle kann nur in einer Ableitung des Lkw-Transits bestehen, mit der 300 bis 400 Lkw täglich nördlich von Feldkirch direkt in die Schweiz geleitet werden. Die Pkw-Zahlen sind schon seit vielen Jahren rückläufig, deshalb ist eine Umfahrung überflüssig. Jetzt kann auch bei uns endlich eine zukunftsfähige Verkehrspolitik beginnen, die nicht die Interessen der Wirtschaftskammern in weiten Bereichen vertritt, sondern die der hier lebenden Menschen.

Ernst Seyringer, Liechtensteiner Strasse 132, Feldkirch-Tisis

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
MONTAG, 16. NOVEMBER 2009 | NR. 261 | CHF 1.80



INLAND

Erfolgreicher Start der VU-Veranstaltungsreihe «Punkt 5» für Jugendliche.

SEITE 7



SPORT

Liechtenstein verliert das letzte Länderspiel des Jahres gegen Kroatien mit 5:0.

SEITE 13



Flugblätter: Anzeige erstattet

Die Landespolizei erstattet Anzeige gegen die Urheber des anonymen ausländerkritischen Flugblatts. Das Flugblatt war in der Nacht auf Samstag in verschiedenen Gemeinden in Liechtenstein in private Briefkästen geworfen worden. Unterzeichnet ist es mit «Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein». Da auf dem Flugblatt ein eindeutiges Impressum fehlt, erstattet die Landespolizei Anzeige gegen unbekannt, und zwar aufgrund einer Übertretung des Mediengesetzes, wie Kripochef Jules Hoch gestern auf Anfrage von Radio L bekannt gab. Zudem wird das Flugblatt auch an die Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Beurteilung übermittelt. *(ehu)*

SEITE 3

Düstere Aussichten für Klimagipfel

Drei Wochen vor dem Weltklimagipfel in Kopenhagen sind die Aussichten düster. Dort sei kein verbindliches Abkommen zum weltweiten Kampf gegen den Klimawandel zu erzielen, erklärten die Teilnehmer des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) am Wochenende in Singapur.

SEITE 22



HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3 – 11
Boulevard	12
Sport	13 – 19
Kultur	21
Ausland	22
TV-Programme	23
Die Letzte	24

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 10047

Andy Konrad gewinnt «Prix Kujulie»

In Liechtenstein gibt es viele junge Talente, die besonders im Kulturbereich Dinge bewegen. Andy Konrad, einer dieser Kultur-Beweger, wurde gestern in Schaan mit dem «Kulturpreis Junges Liechtenstein», kurz «Prix Kujulie», ausgezeichnet.

Von Janine Köpfli



Der Preisträger zusammen mit der Jury: Patrick Greuter, Marketingleiter «KuL», Elisabeth Huppmann, «KuL»-Redaktorin, Janine Köpfli, «KuL»-Leiterin, Preisträger Andy Konrad, Monica Bortolotti Hug von der Liechtensteinischen Landesbank und Daniel Quaderer, Geschäftsführer Vaduzer Medienhaus (v. l.). Bild Eddy Risch

Er jubelt, hält das Diplom mit beiden Händen in die Höhe und schreit: «Yeah!» Allein schon, wie der 28-jährige Schauspieler den mit 1000 Franken dotierten Preis entgegennimmt, zeigt, wie viel Energie und Motivation im waschechten Triesenberger stecken. Nicht zuletzt deswegen hat er den Preis, der jedes Jahr von der Kulturzeitschrift «KuL» und der Liechtensteinischen Landesbank vergeben wird, verdient.

Aber es gibt noch mehr Gründe, warum sich die Jury dieses Jahr für Andy Konrad entschieden hat. «Da wäre zum Beispiel sein Durchhaltewillen, den er während den Wintermonaten als Platzwart des Malbuner Eisplatzes beweist», wie die «KuL»-Redaktorin Elisabeth Huppmann in ihrer Laudatio sagte. «Oder die Tatsache, dass er als waschechter Triesenberger ein komplett akzentfreies Hochdeutsch sprechen kann.» Vor allem aber soll der «Prix Kujulie» seine schauspielerische Leistung würdigen, und seinen Mut, sich mit dem Solostück «1499» an die heimische Öffentlichkeit zu wagen. Ein Stück, mit dem Andy Konrad Anfang dieses Jahres bewiesen hat, wie man sich kritisch-humorvoll mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen kann, wie Elisabeth Huppmann sagte. «Ja, mit ‹1499› beweist Andy Konrad auch, dass es für grosses Theater keiner grossen Bühne, aufwendigen Requisiten oder einer möglichst schockierenden Inszenierung bedarf, sondern dass neben Talent lediglich Kreativität und Vorstellungsgabe nötig sind.»

«KuL»-Brunch im Domus

Junge (unter 29 Jahren), talentierte Menschen, die etwas in der liechtensteinischen Kulturszene bewegen, die Freude an Kunst und Kultur vermitteln und die auf sich aufmerksam machen, ohne sich dabei zu wichtig zu nehmen – das sind die Anwärterinnen und Anwärter für den «Kulturpreis Junges Liechtenstein», kurz «Prix Kujulie», der seit vier Jahren jeweils im November vergeben wird. Die bisherigen Preisträger sind Moritz Schädler (Kabarettist), Oliver Frick (Frontman der Mundartband Rääs) und Anna Hilti (Künstlerin).

Der Kulturpreis wird im Rahmen des «KuL»-Brunches verliehen. Dieser fand gestern im Domus in Schaan statt. Medienhaus-Geschäftsführer Daniel Quaderer bedankte sich bei Albert Eberle vom Domus und seinem Team für das herrliche Frühstücksbuffet, das keine Wünsche – wirklich keine Wünsche – offen liess. Mal vom guten Essen und dem gemütlichen Zusammensein mit kulturinteressierten Personen abgesehen, wäre ein «KuL»-Brunch kein «KuL»-Brunch, wenn nicht noch ein kulturelles Intermezzo für gute Stimmung sorgen würde. Gestern gaben Mathias Ospelt und Marco Schädler eine Kostprobe der aktuellen Produktion von «Ospelt, Ospelt, Schädler», die zur Zeit im Schlösslekeller läuft, zum Besten. Als «Die Kapelle» verpacken sie ernste Themen wie Tod, Sterben und Abschiednehmen in Unterhaltung, die fröhlich macht und auch die «KuL»-Brunch-Gäste zu makaberfrechen Liedern mitschunkeln liess.

SEITE 3

Radikaler Kurswechsel: Schweizer Banken wollen kein unversteuertes Geld mehr annehmen

«Wir müssen uns auf Steuerehrlichkeit fokussieren», erklärt Patrick Odier, Präsident der Schweizer Bankiervereinigung in einem gestern in der «NZZ am Sonntag» veröffentlichten Interview.

Von Günther Fritz

«Fertig Steuerflucht! Banken wollen nur noch sauberes Geld» – so titelte gestern die «NZZ am Sonntag» auf ihrer Frontseite. Der Genfer Privatbankier Patrick Odier, der seit dem 17. September die Bankiervereinigung führt, will kein neues Schwarzgeld auf Schweizer Bankkonten mehr. Im Interview im Wirtschaftsteil sagt Odier: «Wir Banken müssen ein neues Geschäftsmodell einführen, bei dem die Steuerehrlichkeit bei Annahme von Neugeld das Ziel ist. An den Details werde noch gearbeitet. Es könnte beispielsweise auf eine Form von Selbstdeklaration hinauslaufen. Der Kunde würde dann mit seiner Unterschrift bestätigen, dass seine Gelder ordentlich versteuert sind. Laut Odier soll die Regelung für Gelder aus Ländern gelten, mit denen sich die Schweiz auf eine Abgeltungssteuer verständigt hat. Bei dieser würden die Gelder besteuert, ohne die Privatsphäre des einzelnen Bankkunden zu tangieren.

Vorbild für ein solches neues Geschäftsmodell könnte das Steuerabkommen zwischen Liechtenstein und Grossbritannien sein. Für Liechtenstein gelten mit diesem neuartigen Abkommen besonders vorteilhafte Konditionen bei der Selbstdeklaration britischer Finanzplatzkunden zwischen 2010 und 2015. Im Gegenzug verpflichtet sich Liechtenstein zur Sicherstellung der Steuerkonformität dieser Kunden. Das spezielle Offenlegungsprogramm steht nicht nur bestehenden, sondern auch neuen Kunden des liechtensteinischen Finanzplatzes zu, was für die Intermediäre neue Geschäftsfelder öffnet.

Lösung mit Steueramnestie

«Wir wollen die Abgeltungssteuer als Ersatz zum automatischen Informationsaustausch der EU etablieren», betont Bankierpräsident Odier. Trotz negativer Signale aus Brüssel gibt er sich überzeugt, dass das Ausland ein Interesse an der schweizerischen Abgeltungssteuer hat. Die Bankiervereinigung habe positive Signale aus Deutschland und Italien erhalten. Für die bereits auf den Schweizer Banken liegenden Steuerfluchtgelder müsste mit den interessierten Ländern eine Regularisierung vereinbart werden, zum Beispiel über eine Steueramnestie.

Zu Besuch im Haus St. Martin in Eschen

Das neue Pflege- und Wohnheim «Haus St. Martin» öffnete am Samstag für die Bevölkerung seine Türen. Mit seinen offenen Strukturen soll das Heim ein Ort der Begegnung werden. Die neuen Zimmer erleichtern die Pflege. Jedes hat einen Balkon und bekommt jeden Tag die Sonne zu sehen. Auch die Kinderspielgruppe Eschen findet Platz im neuen Haus und verbindet so Jung und Alt.

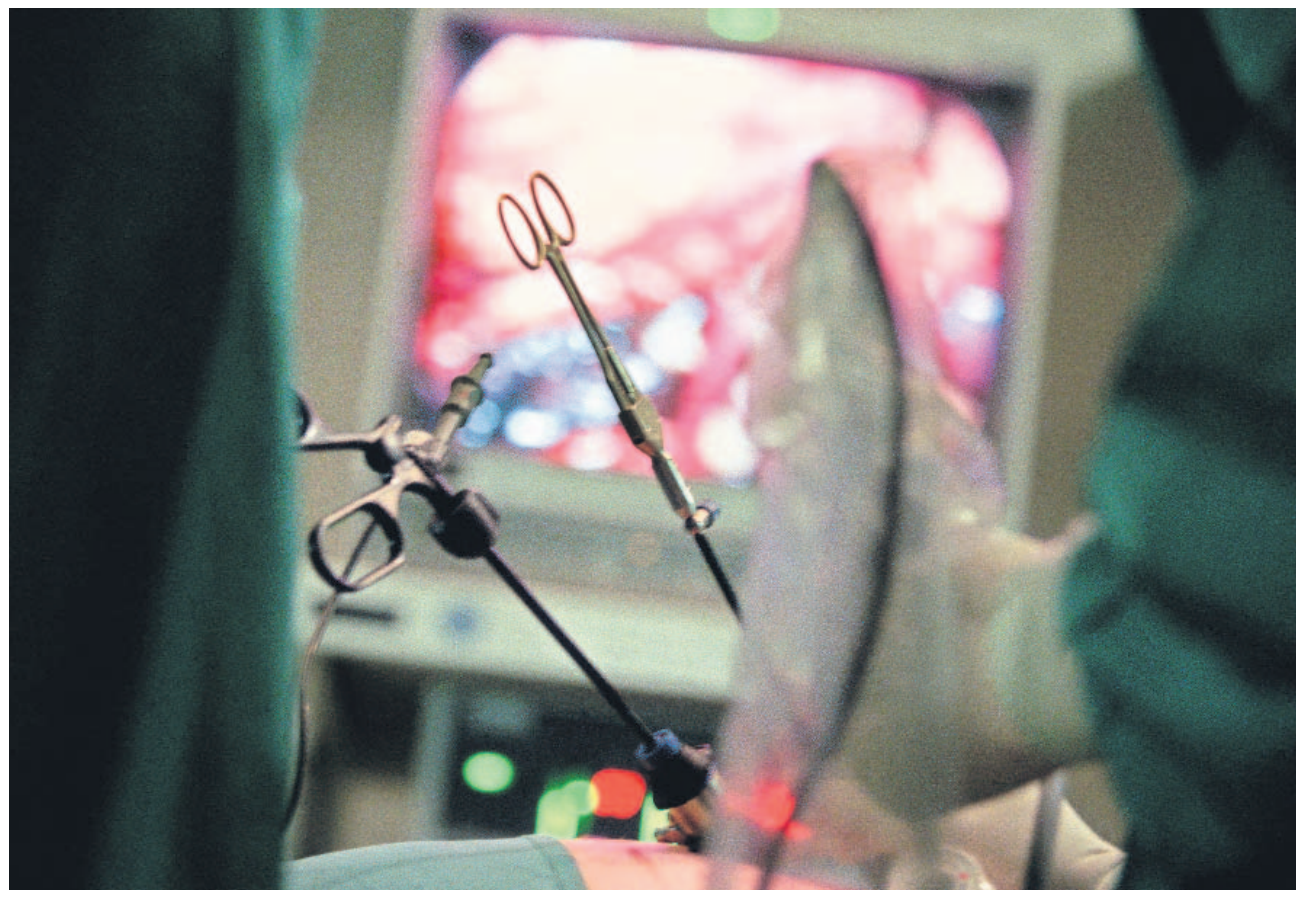
SEITE 5



Schlechte Chancen für Liechtenstein

Braucht eine in Liechtenstein wohnhafte Person ein Spenderorgan, wird sie auf die Warteliste der Schweiz gesetzt, Vorrang haben jedoch Schweizer Patienten. Eine Ungerechtigkeit, welche die Regierung schnellstmöglich zu beheben versucht.

Von Janine Köpfli



Nierentransplantation im Basler Universitätsspital: Letztes Jahr waren es 78. Die Chancen, dass in Liechtenstein wohnhafte Patienten in der Schweiz eine neue Niere bekommen, stehen zurzeit eher schlecht. Dies soll sich bald ändern. Bild Key

Liechtenstein hat kein eigenes System für die Transplantation von Organen, es werden auch keine Organtransplantationen im Land durchgeführt. Im Bereich der Transplantationsmedizin ist Liechtenstein auf ausländische, in der Regel schweizerische Spitäler angewiesen. Bis vor zwei Jahren bestimmten kantonale Regelungen der Schweiz auch das Transplantationswesen Liechtensteins.

«Unbefriedigende» Situation

Am 1. Juli 2007 trat in der Schweiz das Transplantationsgesetz in Kraft. Seither werden Personen, die in Liechtenstein leben, gegenüber Personen mit Wohnsitz in der Schweiz nicht mehr gleich behandelt, wenn es um die Zuteilung von Organen zur Transplantation geht. Personen aus Liechtenstein werden nur unter besonderen Voraussetzungen Organe zur Transplantation zugeteilt. Sie bekommen ein Organ nur dann, wenn es keine Person aus der Schweiz gibt, welche dieses Organ genauso dringend benötigt, wie es in einem Bericht und Antrag der Regierung heisst.

Liechtensteins Regierung möchte diesen Zustand schnellstmöglich beseitigen und strebt eine Vereinbarung mit dem Schweizerischen Bundesrat an, die Personen aus Liechtenstein und der Schweiz auf der Warteliste für Organspenden gleichstellt. Die momentane Situation sei «unbefriedigend», denn Personen mit Wohnsitz in Liechtenstein haben eine viel schlechtere Chance, bei der Zuteilung von Organen zur Transplantation berücksichtigt zu werden. Bedenkt man, dass in der Schweiz ein Mangel an Organspendern herrscht und rund 1000 Personen auf eine Spende warten, wird die Situation für Personen aus Liechtenstein noch ernster.

Betreuung für Spender optimieren

Die Vereinbarung soll nun die Integration Liechtensteins in das System der Schweiz für die Transplantation von Organen garantieren. Das Wichtigste sei die Gleichstellung von Personen mit Wohnsitz in Liechtenstein mit Personen mit Wohnsitz in der Schweiz, wie es im Bericht und Antrag heisst. Sollte die Vereinbarung zustande kommen, wird Liechtenstein gewisse Verpflichtungen übernehmen.

Dazu gehört zum Beispiel, dass das Landesspital und Liechtensteiner Ärzte melden, wenn die Voraussetzungen für eine Organentnahme erfüllt sind. Denn liechtensteinische Organe sollen zu Transplantationszwecken ebenfalls zur Verfügung stehen. Auch wird Liechtenstein die Betreuung von potenziellen Spenderinnen und Spendern optimieren und sich finanziell am Schweizer Modell für die Organspende beteiligen.

Weil der Ratifikationsprozess in der Schweiz längere Zeit in Anspruch nehmen wird, hat die Regierung mit dem Schweizer Bundesrat vereinbart, die Regelung bereits ab dem 1. April 2010 anzuwenden, was «zweifelsohne im Interesse Liechtensteins» liege. Jetzt muss nur noch der Landtag seine Zustimmung erteilen.

Einige Zahlen zur Organspende

Ende 2008 warteten in der Schweiz 942 Personen (+19 %) auf ein Spenderorgan. Die meisten davon (732) warteten auf eine Niere.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 486 Organe transplantiert. Mehr als ein Viertel dieser Transplantationen wurde durch Organe von Lebendspendern ermöglicht.

Insgesamt 31 Kinder wurden 2008 auf der Warteliste gezählt. Zwei Kinder starben, weil nicht rechtzeitig ein Herz bzw. eine Lunge gefunden werden konnte.

Die nächstgelegenen Transplantationszentren zu Liechtenstein sind das Kantonsspital St. Gallen und das Universitätsspital Zürich.

Die Schweizer Warteliste wird von der Schweizerischen Stiftung für Organspende und Transplantation (Swisstransplant) geführt.

In der EU warteten 2008 rund 63 300 Patienten auf ein neues Organ.

In Europa befindet sich die Schweiz mit 10,8 Spendern pro eine Million Einwohner auf den hinteren Rängen. Der EU-Durchschnitt liegt bei 16,1 Spendern. Spanien verzeichnete im Jahr 2007 sogar 34 Spender pro Million Einwohner.

Quellen: Bundesamt für Gesundheit, Jahresbericht Swisstransplant

Klare Hintergedanken von rechts

Am Wochenende wurden anonyme Flugblätter in Liechtenstein verteilt, in denen die Ausländerpolitik der Regierung kritisiert wird. Die Verfasser formulieren vorsichtig – die verfolgten Hintergedanken scheinen aber klar.

Von Richard Brunhart

Der Politikwissenschafter Wilfried Marxer vom Liechtenstein Institut vermutet hinter den Flugblättern Personen, die der rechtsextremen Szene in Liechtenstein zuzuordnen sind. Das sei zwar eine Spekulation, die Wortwahl – beispielsweise «völkisch» – deute aber darauf hin. Die Verfasser halten sich trotz dieses vermuteten Hintergrunds mit expliziten ausländerfeindlichen Aussagen zurück: «Bei der Formulierung ist eine gewisse Vorsicht festzustellen», so Marxer. Er zweifelt daran, dass das Flugblatt eine strafrechtliche Verfolgung legitimiert, über die die Staatsanwaltschaft noch entscheiden muss.

Diskutieren muss erlaubt sein

Den Verfassern könne man nicht verbieten, Forderungen wie Einwanderungsstopp in eine politische Diskussion einzubringen – auch wenn die Hintergedanken klar scheinen: Zur «positiv» formulierten Forderung nach «Förderung der liechtensteinischen Kultur» könne man sich die Negation – andere Kulturen sind unterlegen – dazu denken. «Implizit können damit Ressentiments gegen ausländische Bevölkerungsgruppen verbunden sein», sagt Marxer.

Die Überlegungen basierten auf einer völlig überholten Ideologie, wie in manchen Formulierungen zum Ausdruck komme. Marxer fragt sich unter anderem, wie die Verfasser von einer liechtensteinischen «Nation» sprechen können. Die Vorstellungen der Verfasser widersprächen der gesellschaftlichen und der Lebensrealität in Liechtenstein. Die materielle liechtensteinische Identität basiere zu einem grossen Teil auf der wirtschaftlichen Integration, Pendlern und Führungskräften aus dem Ausland.

Gegen die Werte der Gesellschaft

Brigitte Haas, stellvertretende Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), ist persönlich empört über die Aussagen der Verfasser des Flugblatts: «Das ist ein Angriff auf alle Werte unserer Gesellschaft.»

Auch im Namen der LIHK distanziert sie sich mehr als deutlich von den Forderungen der Verfasser. Die Forderungen könne man eigentlich gar nicht ernst nehmen, so weit wie sie an der Realität vorbeigingen. Eine Gesellschaft sei ständig im Wandel, ein Stillstand nicht möglich. Das Rad zurückzudrehen wäre zudem ein enormer Eingriff in die Wirtschaft, der kaum erwünscht ist. Das Land sei auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen, die in die Gesellschaft integriert werden sollten. Ebenso würden durch längst überholte Strukturen wie ein Familienernährermodell Kapazitäten verloren gehen. Menschen sollten sich selbst für einen Lebensentwurf entscheiden, den sie für sich wünschen: «Gemeinsame Grundwerte sind wichtig. Wir möchten weiterhin eine offene Gesellschaft, in der alle voneinander profitieren können», sagt Haas.

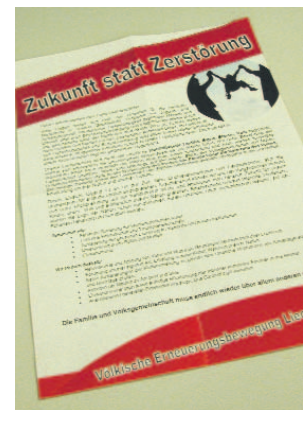
Klare Aussagen gefordert

Gemäss einer kürzlich vorgestellten Studie «Rechtsextremismus in Liechtenstein» braucht es deutliche Signale gegen rechtsextreme Tendenzen: «Solange Rechtsextreme das Gefühl haben, im Auftrag der Bevölkerung zu handeln, legitimieren sie sich als informelle Ordnungshüter und begründen damit auch einen Einsatz von Gewalt.» Die Verfasser der Studie empfehlen, «rechtsextreme Phänomene und Übergriffe, ob es sich nun um körperliche Gewalt, Anlässe, Flugblätter oder Beschmierungen handelt, öffentlich zu verurteilen». Dadurch soll die Bevölkerung auch ermutigt werden, Anzeige zu erstatten, wenn sie rechtsextreme Übergriffe beobachten.

Es scheint jedoch, dass sich die Politik in einem Dilemma befindet. In der Studie wird weiter ausgeführt, dass die Gewaltschutzkommission eher Zurückhaltung pflege, «da sie dem Rechtsextremismus keine Plattform bieten möchte».

Verfasser können kaum gefasst werden

«Die Aufdeckungswahrscheinlichkeit ist sehr gering», gibt Tina Enz, Mediensprecherin der Landespolizei wenig Hoffnung darauf, dass die Verfasser ausfindig gemacht werden. Die Polizei hat Anzeige erstattet, da ein eindeutiges Impressum fehlt, was nach dem Mediengesetz vorgeschrieben ist. Bei den Ermittlungen könnten Hinweise aus der Bevölkerung, die bisher ausgeblieben sind, helfen. Ob eine Druckerei in die Produktion des Flugblatts involviert ist – es wurde auf Hochglanzpapier gedruckt –, steht noch nicht fest. Ist dies der Fall, könnte die Druckerei ebenfalls zur Anzeige gebracht werden, erklärt Enz. Die Staatsanwaltschaft wird überprüfen, ob der Inhalt des Flugblatts zudem gegen die Rassismusstrafnorm verstösst und die Verfasser strafrechtlich verfolgt werden.



Rechtsextreme in Liechtenstein treten eher selten mit politischen Aussagen, die über Schmierereien hinausgehen, öffentlich in Erscheinung. Bis zum vergangenen Wochenende landete zum letzten Mal an Silvester 2006 ein anonymes Flugblatt, in dem gegen die Ausländerpolitik des Landes Stimmung gemacht wurde, in Liechtensteiner Briefkästen.

Aurelia Frick beim EWR-Rat in Brüssel

Beim EWR-Rat standen das Funktionieren des EWR und der Klimawechsel im Mittelpunkt. Regierungsrätin Aurelia Frick sprach insbesondere die kurz vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen an, welche die Verlängerung der Beitragszahlungen der EWR-EFTA-Staaten vorsehen, um weniger entwickelte Regionen in der EU mittels konkreter Projekte zu unterstützen. Sie bestätigte die liechtensteinische Bereitschaft, weiterhin an dieser EU-Politik teilzunehmen, meinte aber, dass die immer wiederkehrenden Erhöhungen der Beitragssätze die Frage eines Interessensausgleichs für Liechtenstein verstärkt in den Raum stellen. So erwarte man sich ein baldiges Inkrafttreten der Schengen- und Dublin Assoziation. *(pafl)*

www.promobile.li

ja, für eine mobilkommunikation mit zukunft in liechtenstein

facebook gruppe *ja zu mobilfunk*

Keine Experimente!



«Alle Abläufe in der Wirtschaft sind auf die mobilen Kommunikationsarten abgestimmt. Auch die Kunden der Banken nutzen den Mobilfunk für Geschäfte.»

Fredy Vogt · Vorstandsmitglied des Liechtensteinischen Bankenverbandes

Ja zum Mobilfunk
Abstimmung 4./6.12.

Initiativ-Komitee Mobilfunk-Versorgung

Oktoberfest: Schläger stehen vor Obergericht

Einmal mehr befasste sich das Gericht gestern mit den strafrechtlichen Folgen der Massenschlägerei in Mauren vor einem Jahr. Das Obergericht beriet sich zum zweiten Mal über das bereits ausgesprochene Urteil über die zwei Beschuldigten.

Von Bettina Frick

Dass sie über ein Jahr lang immer wieder an den einen Abend erinnert werden, daran hätten die beiden Schweizer bei ihrem Besuch am Oktoberfest in Mauren wohl nie gedacht. Mit weiteren Gleichgesinnten aus der rechten Szene kamen sie an jenem September-Abend mit einem Bus angereist.

Die ernüchternde Bilanz des Oktoberfestes: Eine Massenschlägerei zwischen rechtsradikalen Schweizern und Liechtensteinern und einer Gruppe junger Besucher mit türkischem Migrationshintergrund sowie ein schwer verletzter Polizist. Bei einer weiteren Auseinandersetzung am selben Abend wurde ein junger Mann aus Liechtenstein ebenfalls schwer verletzt.

Eine heikle Angelegenheit

In insgesamt vier Verhandlungen versuchte das Gericht zu klären, wer wie bei diesem Vorfall beteiligt war. Eine heikle Angelegenheit, wie der langwierige Prozessverlauf deutlich machte. Gestern fällte nun das Obergericht erneut ein Urteil – mit jeweils einer bedingten Freiheitsstrafe und einer unbedingten Geldstrafe könnte die Geschichte für die beiden nun ein Ende haben.

Oktober 2008: Der Erstbeschuldigte ist damals ursprünglich wegen seiner Beteiligung am Raufhandel, Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie wegen Sachbeschädigung zu einer bedingten Freiheitsstrafe von vier Monaten und einer unbedingten Geldstrafe von 1800 Franken verurteilt worden. Die gleiche Strafe wurde damals für den Zweitbeschuldigten ausgesprochen. Zwar wurde er nur wegen versuchten Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt, erschwerend war dabei allerdings seine Vorstrafe. Von dem Vorwurf, sich an dem Raufhandel beteiligt zu haben, wurde er vom Erstgericht freigesprochen.

In einem weiteren Prozess erhielten beide Beschuldigten eine Zusatzstrafe: Dem Erstbeschuldigten wurde ferner vorgeworfen, die strafbare Handlung seiner Kollegen nicht verhindert zu haben. Dafür kassierte er eine unbedingte Geldstrafe von 1200 Franken, womit seine gesamte Geldstrafe auf 3000 Franken anstieg. Dem Zweitbeschuldigten wurde zusätzlich zur Last gelegt, dass er die Gruppe mit Parolen zur Tat der schweren Körperverletzung angestachelt hätte. Zehn Monate unbedingt, lautete das zweite Urteil.

Die beiden Schweizer legten Berufung ein.

Verschwommene Erinnerung

Der Erstbeschuldigte begründete seine Berufung unter anderem damit, dass er den Vorfall nur ganz allgemein wahrgenommen habe. Wer auf wen einschlug, daran könne er sich nicht mehr erinnern. Der Verteidiger des Zweitbeschuldigten führte in seinem Plädoyer aus, dass sein Mandant von keinem Zeugen zu 100 Prozent als Schläger identifiziert wurde. Ein Zeuge bestätigte zwar, dass der Beschuldigte bei der Schlägerei dabei war, konnte aber nicht bezeugen, ober er auch geschlagen hatte. Dieselbe Aussage war auch von einem weiteren Zeugen zu hören.

Mit blauem Auge davongekommen

Der Senat entschied in seiner Beratung, den Erstbeschuldigten vom Vorwurf, die strafbare Handlung nicht verhindert zu haben, freizusprechen. Der gesetzliche Tatbestand dazu sei nicht erfüllt, lautete die Begründung, der Berufung Folge geleistet zu haben. Was ihm nun bleibt, ist die viermonatige bedingte Freiheitsstrafe sowie die unbedingte Geldstrafe in der Höhe von 1800 Franken.

Beim Zweitbeschuldigten entschied das Obergericht, diesen vom Vorwurf der Anstachelung zur Tat der Körperverletzung ebenfalls freizusprechen. Erstens könne sich niemand mehr an den genauen Wortlaut erinnern und zweitens sei davon auszugehen, dass seine Kollegen auch ohne diese angebliche Hetzerei zugeschlagen hätten, begründete der vorsitzende Richter das Urteil. Dennoch wertete der Senat sein Verhalten als Beteiligung am Raufhandel.

Seine Strafe wurde schliesslich von zehn Monaten unbedingter Haftstrafe auf 6 Monate bedingt herabgesetzt. Ausserdem muss er eine Strafe in der Höhe von 5400 Franken bezahlen.



Zum vierten Mal vor Gericht: Das Obergericht verurteilte gestern zwei Schweizer aus der rechten Szene zu jeweils einer bedingten Freiheitsstrafe sowie einer unbedingten Geldstrafe. Bild Archiv

LESERBRIEF

Höhere Grenzwerte sind nicht nötig

Die Interstaatliche Hochschule für Technik, Buchs (NTB) hat im Auftrag der Gemeinde Triesen Messungen von Mobilfunkstrahlen im Gemeindegebiet von Triesen, insbesondere im Umfeld der Antenne auf dem Gebäude der Fa. Swarovski gemacht.

Die Resultate wurden dem Gemeinderat im Jahre 2003 unterbreitet. Aus diesem Bericht ist unter anderem zu entnehmen, dass die derzeit gültigen Grenzwerte von 6,0 Volt pro Meter um mehr als den Faktor 10 unterschritten werden.

Diese Aussage lässt den Umkehrschluss zu, dass Mobilfunk mit einer Leistung von 0,6 V/m ohne Beeinträchtigung einwandfrei wie derzeit in Liechtenstein mit derselben Qualität und Anzahl Antennen funktioniert und demzufolge der im Gesetz ab 2013 vorgesehene Maximalwert von 0,6 V/m bereits jetzt eingehalten wurde und wird.

Ein weiteres Beispiel dafür ist die in Buchs/Räfis geplante Antenne der Firma Sunrise, welche gemäss Datenblättern Strahlenwerte von 0,26 V/m auf dem Rheindamm und 0,09 bis 0,15 V/m auf der Hauptstrasse Vaduz–Schaan aufweisen wird.

Hiermit beweist der Mobilfunkanbieter Sunrise, dass heute mit einem Wert, welcher um das Sechsfache unter dem vorgesehenen neuen Grenzwert von 0,6 V/m liegt, problemlos alle Mobilfunkdienste angeboten werden können.

Wieso sollen wir es akzeptieren, dass einige Mobilfunkanbieter entscheiden können, ob wir künftig einer vielfach höheren Strahlung als heute ausgesetzt werden?

Deshalb: Ein Nein zur Mobilfunkinitiative, da höhere Werte nicht nötig sind. Wir haben nur eine Gesundheit zu verlieren.

Uwe Bargetze, Poska 9, Triesen

TRIBÜNE

Deutschland macht ernst



Von Andreas Fuchs-Ospelt*

Liechtenstein hat mit Deutschland am 2. September 2009 ein Abkommen über die Zusammenarbeit sowie den Informationsaustausch in Steuersachen, kurz «TIEA» genannt, abgeschlossen.

Ab 1. Januar 2010, also in ca. sechs Wochen, wird Deutschland die Möglichkeit haben, die Identität des Stifters und/oder der Begünstigten einer liechtensteinischen Stiftung in Erfahrung zu bringen, sofern diese Informationen für eine in Deutschland bisher unterbliebene Besteuerung voraussichtlich relevant sind.

«Steuerhinterzieher» im Visier…

Nachdem davon auszugehen ist, dass die meisten deutschen Staatsbürger, welche entweder eine liechtensteinische Stiftung errichtet haben oder bei einer solchen begünstigt sind, die entsprechenden Vermögenserträge dieser Stiftung in Deutschland nicht gemäss § 49 Einkommenssteuergesetz Deutschland (EStG) deklariert haben, besteht für diesen Personenkreis ein nicht unerhebliches Risiko, in absehbarer Zeit mit den deutschen Steuerfahndern Bekanntschaft zu machen. Mit welchen Unannehmlichkeiten sowie Rechtsfolgen dies verbunden sein kann, haben uns verschiedene Presseberichte in der Vergangenheit deutlich aufgezeigt.

… aber auch deren Berater

Aber nicht nur der deutsche Steuerpflichtige mit «nicht deklarierten» Vermögenserträgen aus Liechtenstein hat sich vor den deutschen Strafverfolgungsbehörden in Acht zu nehmen, sondern auch diejenigen Personen in Liechtenstein, welche wussten bzw. sich mehr oder weniger bewusst waren, dass der deutsche Klient die in Liechtenstein erzielten Erträge (privat oder in einer Stiftung) nicht in Deutschland steuerlich deklariert hat. Hierbei ist zu bemerken, dass die im Rahmen des Zinsbesteuerungsabkommens anonym entrichtete Abgeltungssteuer die Abgabe einer Steuererklärung nicht ersetzt, d. h. ein deutscher Steuerpflichtiger mit steuerpflichtigen Einkünften aus einer liechtensteinischen Stiftung bleibt nach deutschem Recht weiterhin ein Steuerhinterzieher.

Neu: Steuerhinterziehung als Vortat

Die Nicht-Deklaration von Vermögenserträgen kann nach deutschem Recht eine Vortat zur Geldwäscherei sein. Ist an einer solchen Steuerhinterziehung nebst dem deutschen Steuerpflichtigen z. B. auch noch die Ehefrau (oder eine andere Person seines Vertrauens) und der liechtensteinische Berater (was ja in der Regel der Fall sein dürfte) beteiligt, dann spricht man von einer bandenmässigen Begehung einer Steuerhinterziehung. Findet die Hinterziehung mehrfach statt (was bei laufenden Vermögenserträgen immer der Fall ist), spricht man von «Gewerbsmässigkeit» der Steuerhinterziehung.

Freier Zugang zu Informationen?

Falls die deutsche Steuerfahndung also auf dem Wege des TIEA mit Liechtenstein nicht weiterkommt, dann werden sie versuchen, die gewünschten Informationen auf dem Wege der Rechtshilfe (Verdacht auf Geldwäsche wegen banden- sowie gewerbsmässiger Steuerhinterziehung) zu bekommen. Bestraft werden können auf diesem Wege nebst dem Klienten alle Personen, die nachweislich von der Steuerhinterziehung Kenntnis hatten und/oder diese irgendwie unterstützt haben.

«Russisch Roulette»?

Es gibt nun Akteure auf dem liechtensteinischen Finanzplatz, die versuchen, weiterhin nach dem «Prinzip Hoffnung» zu leben, d. h. sie geben dem deutschen Klienten zu verstehen, dass solange die deutschen Steuerfahnder keinen Beweis für eine Steuerhinterziehung finden, auch keine Nachforschungen betrieben werden können. Diese Art zu agieren sollte aus Verantwortung gegenüber dem deutschen Klienten sowie aus Gründen des Selbstschutzes nicht weiter verfolgt werden, denn wer spielt schon gerne freiwillig «Russisch Roulette»? Spätestens, wenn der Klient verstirbt und die Erben uneins sind, dann ist die Zeit der deutschen Steuerfahnder gekommen.

Alternative zur Selbstanzeige?

Aber auch bei der Umschichtung des bestehenden Vermögens auf «ertragsfreie Anlagen» ist Vorsicht geboten, denn eine solche Umschichtung muss, wenn sie sich für alle Beteiligten (Klienten, liechtensteinischer Finanzintermediär etc.) strafbefreiend auswirken soll, noch im Jahre 2009 erfolgen und darf für die Dauer von mindestens zehn Jahren nicht mehr umgestellt werden. Wird das Vermögen jedoch nach Ablauf dieser zehn Jahre wieder ertragswirksam angelegt und werden diese Erträge dann erneut nicht deklariert, dann ist alles wieder beim Alten. Also auch diese Regelung scheint nicht wirklich eine tragfähige Lösung für die deutschen Klienten zu sein.

Professionelle Hilfe

Der 2. Teil dieses Artikels erscheint in der «Vaterland»-Ausgabe vom kommenden Samstag, 21. November. Darin werden folgende Themen besprochen: Selbstanzeige einzig wirksamer Schutz für deutsche Klienten / Wichtig: professionelle Hilfe durch unbeteiligte Dritte / Verantwortung für deutsche Klienten wahrnehmen / Gründe, die für den Finanzplatz Liechtenstein sprechen.

*Andreas Fuchs-Ospelt ist Autor verschiedener Publikationen im Bereich Steuerrecht und Buchführung sowie Dozent an der Hochschule Liechtenstein. Als Inhaber der Steuerberatungskanzlei Bonatera Beratungs-Anstalt mit Sitz in Vaduz, Auring 52, ist er seit über 20 Jahren im Bereich der internationalen Steuer- und Unternehmensberatung tätig. In dieser Zeit hat er u.a. auch eine sehr enge Kooperation mit einer deutschen Steuerberatungskanzlei aufgebaut.

In der Rubrik Tribüne äussern sich Persönlichkeiten, die nicht der Redaktion angehören, in lockerer Folge zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Polizeimeldungen

Fehlgeschlagener Bancomaten-Aufbruch

MALBUN – Eine bisher unbekannte Täterschaft versuchte einen Bancomaten in Malbun aufzubrechen. Wann genau dies allerdings passiert ist, weiss die Polizei nicht: «Der Zeitraum der misslungenen Tat kann nicht näher eingeschränkt werden, er zieht sich über die vergangenen drei Monate», teilten die Ordnungshüter am Mittwoch mit. Es sei Sachschaden im Wert von mehreren Tausend Franken entstanden. (red/lpfl)

Molotowcocktails gezündet

NENDELN – In Nendeln wurden in der Nacht auf Sonntag zwei Wurfbrandsätze auf Häuser geworfen. Dies teilte die Landespolizei am Montag mit. Eine bis anhin unbekannte Täterschaft habe gegen zwei Uhr morgens einen solchen Brandsatz in der Schulstrasse an ein Fenster geworfen. Der Molotowcocktail zersprang dabei und brannte ab. Ein weiterer Brandsatz wurde gegen 5 Uhr in der Bahngasse auf einen Balkon geworfen. Dabei gerieten einige Objekte auf dem Balkon in Brand. Ein Bewohner konnte diesen jedoch selbstständig löschen. Es entstand ein Sachschaden in noch unbekannter Höhe; Personen wurden keine verletzt. Die Landespolizei bittet um sachdienliche Hinweise unter 236 71 11 oder info@landespolizei.li. (red/lpfl)

Selbstunfall wegen Wild



SCHAAN – Zu erheblichem Sachschaden nach einem Selbstunfall kam es in der Nacht auf Sonntag in Schaan. Wie die Landespolizei mitteilte, fuhr ein Fahrzeuglenker auf der Bendererstrasse Richtung Bendern, als plötzlich ein Reh die Fahrbahn überquerte. Der Fahrer musste stark bremsen – und kollidierte mit dem Zaun am Fahrbahnrand. Am Auto entstand erheblicher Sachschaden. (red/lpfl)

Steinwerfer in Vaduz: Museumsscheiben beschädigt

VADUZ – Am Wochenende wurden mehrere Fensterscheiben des Landesmuseums im Vaduzer Städtle beschädigt. Laut der Landespolizei warf eine bis anhin unbekannte Täterschaft Steine gegen die Fenster, die dadurch zu Bruch gingen. Die Höhe des Sachschadens kann noch nicht beziffert werden. Personen, die Angaben zur Täterschaft machen können, werden gebeten, sich mit den Ordnungshütern unter der Telefonnummer 236 71 11 oder info@landespolizei.li in Verbindung zu setzen. (red/lpfl)

Lampen zerstört – Tausende Franken Schaden

MAUREN – In der Freizeitanlage «Weiherring» in Mauren wurden zehn Beleuchtungskörpern zerstört. Wie die Landespolizei bekannt gab, entstand dadurch ein Schaden von mehreren Tausend Franken. Die Tat ist im Zeitraum vom 13. bis zum 17. November auf noch unbekannte Art und Weise begangen worden. (red/lpfl)

Staatsgerichtshof befasst sich mit 38 Fällen

VADUZ – Am 30. November und 1. Dezember wird der Staatsgerichtshof im Regierungsgebäude tagen. Zur Behandlung gelangen 38 Fälle, mit denen sich der Staatsgerichtshof zu befassen hat. Den Vorsitz führt in allen Fällen der Präsident Marzell Beck. Als ordentliche Richter fungieren in 38 Fällen Klaus Vallender, in 30 Fällen Hilmar Hoch, in 28 Fällen Siegbert Lampert sowie in 26 Fällen Peter Bussjäger. Als Ersatzrichter fungieren in 11 Fällen Peter Nägele, in 7 Fällen Ralph Wanger, in je 4 Fällen Bernhard Ehrenzeller und Markus Wille. Als Ad-hoc-Richter fungiert in 4 Fällen Alexander Ospelt. (pd)



FOTO VB

Menschentraube auf der Schlosswiese: Liechtensteins Bevölkerung wuchs laut der aktuellen Bevölkerungsstatistik um 0,7 Prozent oder 233 Personen.

Aus der Statistik

Ausländer nach ausgewählten Staaten

	2008	2007
Schweiz	3567	3606
Österreich	2039	2045
Deutschland	1241	1207
Italien	1157	1180
Türkei	792	849
Andere Staaten	2977	2975
Total	**11 770**	**11 862**
Davon EWR	5813	5827

Ständige Bevölkerung nach Gemeinden

	2008	2007
Vaduz	5111	5104
Triesen	4759	4712
Balzers	4513	4712
Triesenberg	2538	2549
Schaan	5758	5691
Planken	421	407
Eschen	4150	4136
Mauren	3836	3798
Gamprin	1524	1492
Ruggell	1937	1931
Schellenberg	1042	1029
Total	**35 589**	**35 356**

Quelle: Amt für Statistik
Stand: 31.12.2008

Liechtenstein wächst weiter

Bevölkerung hat um 233 Personen zugenommen – Insgesamt weniger Ausländer

VADUZ – Zwischen Schaanwald und Balzers lebten per Ende 2008 laut dem Amt für Statistik 35 589 Menschen. Das sind mehr als im Vorjahr. Die Gründe: Geburtenüberschuss und Zuwanderung.

• Daniel Banzer

Das Wachstum der ständigen Bevölkerung – das die Landesstatistiker zum 31. Dezember 2008 festgestellt haben – war mit 0,7 Prozent etwas höher als noch vor einem Jahr, als sich der Anstieg mit 0,5 Prozent vergleichsweise bescheiden ausnahm. 233 Menschen mehr haben nun ihren ständigen Wohnsitz im Fürstentum. Das liege, teilten die Statistiker mit, am Geburtenüberschuss (350 Geburten abzüglich 205 Todesfälle) und der Zuwanderung.

In den Unterländer Gemeinden war mit 0,8 Prozent mehr Bevölkerungswachstum festzustellen als in den Oberländer Kommunen mit 0,6 Prozent. In Zahlen gesprochen heisst das: Im Unterland wohnten am Stichtag 103 Personen (Total: 12 489) mehr; plus 130 waren es im Oberland (23 100). Nur in einer Gemeinde wurden Ende 2008 weniger Einwohner registriert als im Vorjahr: in Triesenberg. 11 Personen (0,4 Prozent) verliessen das höchst gelegene Dorf Liechtensteins.

Das stärkste Bevölkerungswachstum im Oberland stellten die Statistiker in Triesen fest: Am Stichtag lebten 47 Personen (1 Prozent) mehr in dem Ort.

Gamprin hat die Nase vorn

Im Unterland hat diesbezüglich die Gemeinde Gamprin mit einem Wachstum von 2,1 Prozent die Nase vorn. Schlusslichter sind Ruggell (plus 6 Personen) und Eschen (plus 14 Personen), wo die Landesstatistiker ein Bevölkerungswachstum von lediglich 0,3 Prozent verzeichnet haben.

Ebenfalls auffallend: Ende 2008 lebten in Liechtenstein weniger Ausländer. Waren es per Ende 2007 noch 11 862, umfasst die aktuelle Bevölkerungsstatistik deren 11 770 – ein Rückgang von 0,5 Prozent. Dies, zeigen die Statistiker auf, liegt unter anderem daran, dass die Zahl der hierzulande wohnhaften Personen mit einem Liechtensteiner Pass im gleichen Zeitraum um 325 Personen von 23 494 auf 23 819 wuchs. Im Vorjahr lag der Zuwachs mit 233 neuen Liechtensteinern tiefer.

138 Tage älter

Statistik: Altersdurchschnitt leicht höher

VADUZ – Die Bevölkerung in Liechtenstein wird immer älter. Laut der aktuellsten Bevölkerungsstatistik durchschnittlich um 138 Tage. So betrug das Durchschnittsalter der Bevölkerung Ende 2008 39,57 Jahre. Wobei festzuhalten ist, dass der Schnitt der Frauen mit 40,39 Jahren um 1,66 Jahre höher ist als jener der Männer mit 38,73 Jahren. Damit bleibt der Trend ungebrochen: Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich das durchschnittliche Alter der ständigen Bevölkerung um 2 Jahre und 212 Tage oder exakt 7 Prozent.



Zudem berichten die Statistiker davon, dass sich die prozentuale Aufteilung nach Altersgruppen in den letzten 28 Jahren deutlich verändert hat: 1980 betrug der Anteil der Altersgruppe unter 20 Jahre noch 30,8 Prozent; 28 Jahre später waren nur noch 22,5 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre alt. Wohingegen sich der Anteil der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren im gleichen Zeitraum von exakt 9 auf 12,9 Prozent erhöht hat und heutzutage 24,3 Prozent der Bevölkerung über 80 oder älter ist; 1980 waren es noch 15,4 Prozent.

Die älteste Liechtensteinerin war am 31. Dezember eine Dame im Alter von 100,9 Jahren; der älteste Mann war 98,6 Jahre alt. (db)

An Strategie festhalten

Klaus Tschütscher paraphiert Abkommen mit St. Kitts and Nevis

VADUZ – Liechtenstein ist nun zwar auf der weissen OECD-Liste. Die Abkommensbemühungen sind aber nicht zu Ende: Am gestrigen Montag haben Regierungschef Klaus Tschütscher und der Premier von St. Kitts and Nevis, Denzil Douglas, das TIEA zwischen Liechtenstein und St. Kitts and Nevis paraphiert. Tschütscher hatte bereits im Oktober gegenüber dem «Volksblatt» angekündigt, dass der eingeschlagene Weg in Sachen Finanzplatz auch dann konsequent fortgesetzt wird, wenn Liechtenstein bei der OECD als weiss gilt: «Wir werden die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen auch nach erfolgtem Delisting weiterhin konsequent weiterführen (...).» (db)

FL-Abkommen nach OECD-Standard

Bereits unterzeichnet

San Marino
Deutschland
USA
Grossbritannien
Luxemburg
Monaco
Andorra
Frankreich
St. Vincent und die Grenadinen
Irland
Belgien
Niederlande

Paraphiert

Barbuda und Antiqua
St. Kitts and Nevis

Einigung steht bevor

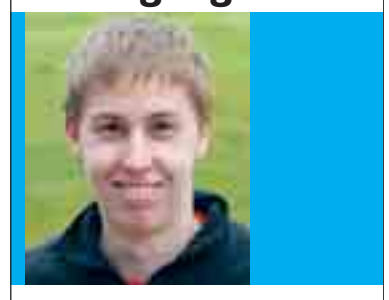
Italien
Österreich
Norwegen
Finnland
Dänemark
Schweden
Tschechien
Island
Ungarn
Mexiko
Argentinien
Russland und Panama
(Verhandlung erwünscht)

www.oecd.org



ANZEIGE

Kein Alleingang!



«Die ganze Welt ist auf Mobilfunk eingestellt. Nur wir sollen eine Insel werden. Schöne Aussichten!»

Richard Vogt · 20,
Lernender Automatiker, Balzers

Ja zum Mobilfunk
Abstimmung 4./6.12.

Initiativ-Komitee Mobilfunk-Versorgung

HEUTE GROSSAUFLAGE

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
DIENSTAG, 24. NOVEMBER 2009 | NR. 268 | CHF 1.80



INLAND

Nach einem Brand bei Oerlikon Solar wurden acht Personen hospitalisiert. SEITE 37



SPORT

Der Wettskandal weitet sich aus. Auch der FC Gossau suspendiert einen Spieler. SEITE 21

SIMONIS SEHCENTRUM
MIT BLICK FÜR SIE.
STÄDTLE 1, FL-9490 VADUZ
+423/262 70 70, WWW.SEHCENTRUM.LI

Neuer Lehrstuhl

An der Hochschule Liechtenstein wurde ein Stiftungslehrstuhl installiert. Inhaber ist Professor Francesco Schurr. SEITE 3

Vaterland >>>> ONLINE
Vaduzer Medienhaus | Liechtensteiner Vaterland | Liewo Sonntagszeitung | Wirtschaft Regional

WOCHENUMFRAGE

Frage der letzten Woche:
Verurteilen Sie die anonyme ausländerkritische Flugblatt-Aktion vom vergangenen Wochenende?

Resultat der letzten Woche:
Ja: 41 % Nein: 59 %
(Anzahl Stimmen: 1558)

Frage dieser Woche:
Finden Sie es gut, dass in Haupträumen eines Gastrobetriebes künftig nicht mehr geraucht werden darf?

Auch Ihre Meinung zählt! Beteiligen Sie sich an unserer Wochenumfrage unter:
>>Frage der Woche:
www.vaterland.li

AKTIONSWOCHE
23. bis 28. November
20% Rabatt
auf das gesamte Kinderwagen-Sortiment
(ausser auf wenige reduzierte Artikel)
Mo–Fr: 9–18.30 Uhr
Sa: 9–17 Uhr
HW Baby Center
Alles für Mutter und Kind
Autobahnausfahrt Bad Ragaz Nord
Heuteilstr. 20 • 7310 Bad Ragaz
Tel. 081 330 19 30
www.hw-babycenter.ch

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–17
Ausland	18
TV-Programme	19
Boulevard	20
Sport	21–25
Mittendrin	26
Kultur	33, 35
Wirtschaft	37–39
Die Letzte	40

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 20048

Brandanschläge in Nendeln





Turbulentes Wochenende: In Nendeln haben Unbekannte zwei Häuser mit Molotowcocktails beworfen. Bilder lpfl

Unbekannte haben vergangenes Wochenende in Nendeln zwei Molotowcocktail-Anschläge auf Wohnhäuser verübt. Auch in anderen Gemeinden hielten Vandalen die Polizei auf Trab.

Von Manuela Schädler

Zwei Molotowcocktail-Anschläge in Nendeln, zehn kaputte Beleuchtungskörper in Mauren, eingeschlagene Scheiben des Landesmuseums, aufgebrochener Bancomat in Malbun – dies die traurige Bilanz des vergangenen Wochenendes. In allen Fällen hat die Polizei noch keine Hinweise auf die Täter. Auch ob die Vandalenakte in irgendeiner Weise zusammenhängen, kann die Landespolizei nicht sagen.

Zwei Anschläge mit Wurfbrandsätzen

Vor allem im Fall der Molotowcocktails tappt die Polizei im Dunkeln. In der Nacht auf Sonntag, gegen 2 Uhr morgens, warf eine unbekannte Täterschaft den ersten Molotowcocktail gegen ein Haus in der Schulerstrasse in Nendeln. Der selbst gebastelte Wurfbrandsatz zersprang am Fenster, prallte jedoch ab und brannte ausserhalb des Hauses ab. An der Fassade des Hauses entstand erheblicher Sachschaden.

Drei Stunden später, gegen 5 Uhr, wurde ein weiterer Brandsatz in der Bahngasse auf einen Balkon geworfen. Dabei gerieten mehrere Objekte in Brand. Wie die Landespolizei gestern berichtete, konnten Hausbewohner die Flammen löschen. Auch hier entstand erheblicher Sachschaden an den Objekten und der Fassade.

Keine Spur von den Tätern

Die Landespolizei hat weder zu den Tätern noch zu den Hintergründen eine Spur. «Wir können noch nicht sagen, ob es sich um einen Bubenstreich handelt oder ob Motivhintergründe zum Anschlag geführt haben», sagte Tina Enz, Mediensprecherin der Landespolizei, auf Anfrage. Aus diesem Grund hat die Polizei einen Zeugenaufruf erlassen.

Zehn Leuchten beschädigt

In Mauren hat ebenfalls eine unbekannte Täterschaft zehn Beleuchtungskörper bei der Freizeitanlage «Weiherring» zerstört. Es entstand ein Schaden von mehreren Tausend Franken. Wann genau die Täter ans Werk gingen, kann die Polizei noch nicht sagen. «Die Leuchten wurden im Zeitraum zwischen 13. und 17. November beschädigt», teilte die Landespolizei mit. Auch die Art und Weise, wie die Leuchten beschädigt wurden, ist noch unbekannt.

Fensterscheiben eingeschlagen

Das Liechtensteiner Oberland blieb von Vandalenakten ebenfalls nicht verschont. Beim Landesmuseum haben unbekannte Täter über das Wochenende mehrere Scheiben mit Steinen beschädigt. Auch hier entstand Sachschaden in unbekannter Höhe.

Bancomat aufgebrochen

Ebenfalls mehrere Tausend Franken Schaden richteten unbekannte Täter in Malbun an: Sie versuchten einen Bancomaten aufzubrechen. Der Zeitpunkt der Tat ist unbekannt: «Dieser zieht sich über die vergangenen drei Monate», berichtete die Landespolizei.

Die Landespolizei sucht in allen Fällen Zeugen. Hinweise nimmt sie unter +423/236 71 11 oder info@landespolizei.li entgegen.

Molotowcocktail

Molotowcocktail ist eine Sammelbezeichnung für eine Vielzahl einfacher Wurfbrandsätze, wie sie bei Aufständen, Krawallen, Strassenschlachten oder in Guerillakriegen zur Verübung von Brandanschlägen verwendet werden. Der Name wurde 1939/40 von finnischen Soldaten und Zivilisten in Anlehnung an Wjatscheslaw Molotow, den damaligen sowjetischen Regierungschef und Aussenminister Stalins, benutzt, welcher für die sowjetische Invasion in Finnland beziehungsweise deren Verharmlosung und den folgenden «Winterkrieg» verantwortlich gemacht wurde. Die Finnen setzten Molotowcocktails erfolgreich gegen russische Panzer ein. Auf Turm oder Motor der damaligen Panzer geworfen, setzten sie diese häufig in Brand.

Referendum gegen Industriezubringer möglich

Der Landtag hat am vergangenen Mittwoch 15 Millionen Franken für den Bau eines Industriezubringers in Schaan bewilligt. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), der Verkehrsclub Liechtenstein (VCL) und die Freie Liste (FL) ziehen in Betracht, gegen den Entscheid des Landtags das Referendum zu ergreifen. LGU-Geschäftsführer Moritz Rheinberger erklärte auf Anfrage, dass noch kein Entscheid gefallen sei, ob eine der drei Interessengruppen und wer gegebenenfalls das Referendum ergreifen wird. Ein Entscheid könnte vorliegen, wenn die amtliche Kundmachung zum Finanzbeschluss des Landtags in den Zeitungen erscheint. Über den Finanzbeschluss müssten alle Stimmberechtigten Liechtensteins entscheiden.

Dem notwendigen Bodenerwerb des Landes für den Bau der Strasse müssten die Schaaner Stimmbürger zustimmen, wenn gegen einen Entscheid des Gemeinderates das Referendum ergriffen würde. Manuela Haldner-Schierscher, Schaaner Gemeinderätin für die FL, teilte mit, dass ein Referendum auf Gemeindeebene erst dann aktuell werde, wenn ein Referendum auf Landesebene nicht ergriffen worden oder gescheitert wäre und der Gemeinderat einer Bodenveräusserung zugestimmt hätte. *(rb)*

KOMMENTAR

ERSCHRECKEND

Von Janine Köpfli

Liechtenstein, ein Land, in dem man sich wohl und sicher fühlt? Das war einmal. Bombenanschlag in Triesen, Plakatschmierereien, die gegen Schwule und Lesben zielen, Flugblätter, die Ausländer und modern denkende Liechtensteiner verunglimpfen und jetzt auch noch Molotowcocktails, die gegen Wohnhäuser in Nendeln fliegen. Dies sind nur einige Zwischenfälle, die in letzter Zeit Menschen in Liechtenstein erschreckten.

Jetzt organisieren sich auch noch die rechten Strömungen im Land und bescheren der Online-Umfrage des «Vaterlands» eine Rekordbeteiligung. 1558 Stimmen, mehr gab es noch nie. Das Resultat: erschreckend. 59 Prozent verurteilen die Flugblatt-Aktion nicht. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Wer teilnimmt, kann mehr als einmal abstimmen, theoretisch alle 15 Minuten. Daher weiss man nicht, wie viele rechtsorientierte Zeitgenossen tatsächlich mitmachten.

Das Verfahren gegen die Flugblattverfasser wurde bereits eingestellt. Die Staatsanwaltschaft bewertete den Inhalt als nicht rassistisch. Strafrechtlich belangt werden die Autoren also nicht. Erschreckend ist vor allem, dass sich weder die Regierung noch andere öffentliche Personen zum Vorfall äussern, obwohl sie wissen, dass rechte Tendenzen vorhanden sind. Umso unerschrockener muss die Gesellschaft sein. Sie darf solche Tendenzen niemals dulden. Letztes Wochenende waren es Flugblätter, dieses Wochenende flogen Molotowcocktails. Was ist die nächste Reaktion auf die totalitäre Propaganda der Intoleranz und Unmenschlichkeit, die sich schleichend in Liechtenstein verbreitet, ohne dass jemand etwas dagegen tut? Wir lassen es besser nicht darauf ankommen!

Risch reinigt Rohre AG
Isch Not am Ma, am Risch lüt a!
0800 077 077

FORUM

Ja abstimmen! – Kein Alleingang und keine Experimente

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Bankenverbands.

Für eine leistungsfähige und gesundheitsverträgliche Mobilfunkversorgung. Etwas mehr als eine Woche besteht noch die Möglichkeit zur Abstimmung über die Mobilfunkinitiative der Wirtschaftsverbände. Das Initiativkomitee ersucht alle Stimmberechtigten, an der Abstimmung teilzunehmen und mit einem Ja für die Initiative zu stimmen.

In den letzten Wochen ist viel über den Mobilfunk diskutiert und geschrieben worden. Zu den vielen widersprüchlichen Ausführungen über die Initiative möchten wir hier nochmals festhalten:

Es geht den Wirtschaftsverbänden nur um die Beibehaltung des auch in Liechtenstein geltenden Schweizer Vorsorgegrenzwertes von 6,0 V/m. Nicht die Erhöhung dieses Grenzwertes steht zur Abstimmung, sondern die Weiterführung der bisherigen Be-stimmungen. Wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die heute gültigen gesundheitsverträglichen Vorsorgegrenzwerte wie in der Schweiz beibehalten wollen, stimmen sie mit Ja und sichern sich damit die Erreichbarkeit mit ihrem Handy überall in Liechtenstein.

Es sind im Wesentlichen drei Gründe, welche die Wirtschaftsverbände bewogen haben, die Initiative zu lancieren:

Kein Alleingang: Liechtenstein darf im Bereich des Mobilfunks keinen Alleingang wagen, sondern muss die Vorsorgegrenzwerte in Übereinstimmung mit der Schweiz festlegen. Keine Experimente: Liechtenstein darf sich als Kleinstaat im Mobilfunk keine Experimente leisten, die in eine unsichere Zukunft führen. Bei der Umstellung auf die neue Landesvorwahl war Liechtenstein schon einmal teilweise nicht erreichbar. Das darf sich nicht wiederholen. Keine Versorgungslücken: Liechtenstein darf aus Gründen der Versorgungssicherheit keine Abstriche an der bestehenden Versorgung durch das Mobilfunknetz vornehmen, die zu gefährlichen Versorgungslücken führen könnten.

Die Wirtschaftsverbände sind der festen Überzeugung, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Bevölkerung und auch die Besucher unseres Landes, als Geschäftspartner oder als Touristen, eine zukunftsgerichtete und leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur mit flächendeckender Erreichbarkeit brauchen.

Viele der Stimmberechtigten werden ihre Abstimmungspflicht schon erfüllt haben. Die Wirtschaftsverbände ersuchen alle anderen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, per Briefwahl abzustimmen oder am Freitag und Sonntag, 4. und 6. Dezember, an der Abstimmung teilzunehmen und empfehlen ihnen: Stimmen Sie für unsere Initiative, stimmen Sie mit Ja!

Das Initiativkomitee Mobilfunkversorgung: Liechtensteinischer Bankenverband (www.bankenverband.li), Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (www.lihk.li), Liechtensteinische Treuhändervereinigung (www.thv.li), Wirtschaftskammer Liechtenstein (www.wirtschaftskammer.li)

FORUM

Das Flugblatt und das «Vaterland»

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung der freien Liste, FL.

Es ist löblich, dass sich das «Liechtensteiner Vaterland» endlich zu einem kritischen Kommentar in Bezug auf das anonyme Flugblatt aufraffen konnte. Er bewirkt aber höchstens noch Schadensbegrenzung. Auf der Seitenspalte ist das Ergebnis der Wochenumfrage, ob man den «ausländerkritischen Inhalt» des anonymen Flugblatts befürworte oder nicht. Von 1558 Stimmen lehnten 59 Prozent den Inhalt nicht ab. Davon abgesehen, dass sich ein solches Ergebnis mit Leichtigkeit manipulieren lässt und von daher schon unglaubwürdig ist, unterstützt das «Vaterland» mit solchen Umfragen auf scheinbar harmlose Weise ein Gedankengut, das so rechts ist, dass einem angst und bange werden könnte.

Das «Liechtensteiner Vaterland» hat mit dieser Umfrage seinen Teil dazu beigetragen. Wenn auch der Staatsgerichtshof entschieden hat, dass der Inhalt nicht rassistisch sei, gibt es ausserhalb der juristischen Beurteilung noch eine moralische Beurteilung – eine, die dem gesunden Gerechtigkeitsempfinden entspringt.

Schon allein, dass das «Vaterland» den Inhalt als «ausländerkritisch» einstuft, ist eine Steilvorlage für alle, die ihre Ängste (welcher Art auch immer) auf Ausländerinnen projizieren.

Meinungsbildend sollen Medien sein – ja, gerne. Aber allein die Fragestellung ist manipulativ und verharmlost den faschistoiden völkischen Geist, der aus diesem Flugblatt spricht. Wir sollten uns daher mit der Rolle der Medien in einem solchen Fall intensiver auseinandersetzen als mit einem Flubblatt, dessen Verfasser zu feig sind, dies namentlich zu tun.

LESERBRIEFE

Liebe Landsleute

Im Oktober hat Oxfam, eine englische Hilfsorganisation, einen Bericht veröffentlicht, in dem erklärt wurde, wie Bolivien vom Klimawandel betroffen ist. Es ist nichts Neues, dass die Resultate nicht erbauend sind.
Es sind im Allgemeinen folgende, und alle machen sich bereits jetzt bemerkbar:
- Als Erstes und Wichtigstes, die Ernährungssicherheit ist nicht mehr gewährleistet.
- Es wird neue Krankheiten geben, da die Überträger in höheren Gebieten leben können.
- Waldbrände werden zunehmen.
- Wasser wird in vielen Gegenden knapp, da die Gletscher abschmelzen.
- Und die Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürreperioden werden noch mehr zunehmen.

Ebenfalls nicht neu ist die Erkenntnis, dass die entwickelten Länder die Hauptschuldigen sind an dieser Entwicklung. Was aber meiner Ansicht nach nicht bekannt ist, ist das Ausmass der Veränderungen, die nötig wären, um auf einen ökologischen Fussabdruck Œ1¹ zu kommen. Die Schweiz hat einen ökologischen Fussabdruck von 4.3, Liechtenstein sicher ein bisschen mehr. Um nun auf Œ1¹ zu kommen, müsste die Heizung auf höchstens 14 Grad heruntergeschraubt werden, mehr als 3000 km mit einem kleinen Privatauto liegen nicht drin, Flugreisen sind sowieso ausgeschlossen, der allgemeine Konsum müsste auf ein Minimum reduziert werden, und Fleisch und Milchprodukte wären auf dem Menüplan Ausnahmefälle.

Aber auch so wäre der persönliche ökologische Fussabdruck der LiechtensteinerInnen immer noch über Œ1¹. Das erklärt sich daraus, dass auch die öffentliche Hand nicht nachhaltig ist. Es wird sehr viel investiert, sehr viel gebaut, und all das belastet die Umwelt. Auch die öffentliche Hand müsste radikale Massnahmen treffen, wenn es das Ziel wäre, dass Liechtenstein im Ganzen nachhaltig leben würde. Sicher müsste der Benzinverbrauch um 50 Prozent gesenkt werden. Auch in öffentlichen Gebäuden müsste die Heizung auf höchstens 14 Grad heruntergeschraubt und die Investitionen müssten radikal gekürzt werden.

LiechtensteinerInnen, die versuchen möchten, nachhaltig zu leben, müssten also ihr Leben radikal ändern, und Politiker wählen, die versprechen, das öffentliche Budget um 50 Prozent zu kürzen. Wenn nicht ... siehe Bericht von Oxfam. Mit herzlichen Grüssen

Pedro Brunhart, Av. Ecuador 2286, La Paz, Bolivien

Nein zu Mobilfunkinitiative

Weil uns versprochen wurde, dass «keine Mobilantennen in der Nähe von Schulhäusern und Kindergärten» montiert werden. Grund war die Gesundheitsvorsorge! In Mauren steht seit zehn Jahren eine Antenne in unmittelbarer Nähe des Kindergartens. Weder Behörden noch Mobilfunkanbieter ändern etwas daran!

Nun muss ich handeln und Nein in die Urne werfen.

Heinrich Senti, Felbenweg 5, Mauren

Darum stimme ich Nein

Nachdem erwiesenermassen (Expertenbericht, von der Regierung vorgelegt im Oktober 09) ein qualitativ hochwertiger und quantitativ ausreichender Mobilfunkbetrieb ab 2013 auch bei dem vorgesehenen niedrigeren Anlagegrenzwert von 0,6 V/m sichergestellt ist und zudem derzeit bei uns im Land für sämtliche Mobilfunktelefon- und andere Dienstleistungen nur gerade 0,2 V/m benötigt werden, ist es doch gar nicht notwendig bzw. sogar absurd, unsere Gesundheit sinnlos dem Risiko einer Gefährdung durch unnötig hohe Strahlenbelastung, wie es der Anlagegrenzwert von 6 V/m darstellt, weiterhin auszusetzen.

Sind wir also uns, unseren Nachkommen und unserer Umwelt gegenüber nicht sogar verpflichtet, unser Möglichstes dafür zu tun, dass die Strahlenbelastung durch die Mobilfunktechnologie auf das niedrigstmögliche Mass reduziert wird?

Wir alle sind das Volk und haben die Gelegenheit, unsere Meinung mit Nachdruck kundzutun und uns für ein gesundheitsverträgliches Mass an Mobilfunkstrahlenbelastung einzusetzen, indem wir an diesem Wochenende bei der Mobilfunkinitiative mit Nein stimmen.

Hedi Matt, Essanestr. 113, Eschen



Darum stimme ich Nein

Die Gewalt hat anscheinend durch die letzten Föhntage bedingt Mauren erreicht. Dadurch wurde ein Doppelplakat samt Ständer total verwüstet.

Hier sind Helfershelfer am Werk, die die Folgen nicht abschätzen können. Rohe Gewalt, wenig Geist und Verstand. Durch solche Machenschaften den Gegner kaltzustellen und zu vernichten, um den Sieg davonzutragen, ist nicht die feine englische Art und gibt zu denken. Es geht darum, eine faire Bürgerabstimmung zu erreichen. Wir hoffen, dass die Bürger der Gesundheit den ersten Rang einräumen. Unbelehrbare Befürworter haben taube Ohren. Bevor ihnen nicht der Hammer auf den eigenen Kopf fällt, fühlen sie nichts. Hohn in meinen Ohren, wenn ich immer wieder hören muss: «Auch die Wirtschaft denkt an die Gesundheit», wo doch überall in Deutschland, Österreich und in der Schweiz gegen die zu hohen Grenzwerte starke Opposition besteht.

Der Liechtensteiner Bürger hat die grosse Chance, aufgrund der Kleinheit des Landes effektiver zu entscheiden. Bedenken wir doch, wir haben nur eine Gesundheit und diese können wir schneller als wir glauben, verlieren. Wenn Sie diese Ansicht teilen, stimmen Sie Nein.

Günther Wohlwend, Feldstrasse 14, Mauren

Des einen Freud, des anderen Leid

Ohne die Problematik verharmlosen zu wollen, möchte ich Folgendes festhalten: Verringert man die Sendeleistung der Mobilfunksender, erhöht man die Strahlungsintensität der Handys. Dies sollten sich die Damen und Herren Gegner der Initiative «Ja zum Mobilfunk» bewusst sein. Denn je schlechter die Verbindung, desto mehr nähert sich die tatsächliche Sendeleistung der Handys der maximal möglichen. Deshalb empfiehlt auch das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) unter anderem «möglichst nicht bei schlechtem Empfang telefonieren …» (www.krebsinformationsdienst.de). Die Strahlenbelastung für den einzelnen Handybenutzer würde bei Ablehnung der Initiative also sogar grösser. Dass Handystrahlen ursächlich für Krebs verantwortlich gemacht werden können, wird auf erwähnter Internetseite nicht bestätigt. Fakt ist auch: Niemand kann beweisen, dass etwas völlig unschädlich ist, kein ernst zu nehmender Wissenschaftler würden so etwas behaupten. Es wird immer Risiken geben, welche die Wissenschaft noch nicht entdeckt hat oder noch nicht beweisen konnte. Auch ist klar, dass gewisse Umwelteinflüsse Einzelne mehr belasten als andere (z. B. Abgasbelastung durch den Individualverkehr). Es ist aber keine Lösung, Grenzwerte zu fordern, welche nicht im Einklang mit dem Kenntnisstand der internationalen Forschungsgemeinschaft stehen. Dies ist unnütz und unklug. Eine gemeinsame Vorgehensweise mit der Schweiz oder Österreich wäre sinnvoller, schon aus Kostengründen. Deshalb hoffe ich auf ein deutliches Ja für die Initiative «Ja zum Mobilfunk».

Wolfgang Wachter, In der Fina 10, Schaan

Nein, weil weniger Strahlung besser ist

Die Mobilfunkindustrie kann nicht beweisen, dass der von ihr gewünschte Grenzwert die Gesundheit nicht schädigt. Der vom Landtag beschlossene niedrigere Grenzwert von 0,6 Volt pro Meter schützt unsere Gesundheit und die unserer Kinder besser. Deshalb kann ich der Initiative der Wirtschaftsverbände nicht zustimmen und werde ein Nein in die Urne legen.

Andrea Matt, Am Gupfenbühel 3, Mauren

ERWACHSENENBILDUNG

Potenzialtag
Berufliches Vorankommen verbindet man oft mit dem Ausmerzen der (vermeintlichen) Schwächen. Dieses Seminar geht hingegen den Weg der Stärken. Denn sie sind es, die einen beflügeln, einem Kraft verleihen und im entscheidenden Moment zum Erfolg führen. Die Teilnehmenden nehmen sich bewusst Zeit, ihr persönliches Potenzial zu erforschen. Dabei entdecken sie ihre einzigartigen Fähigkeiten, vielleicht manche bekannte, bestimmt einige neue und auch überraschende Kombinationen. Sie schaffen sich Raum für Ideen und individuelle Ziele. Die Seminarleiterin Christina Jacquat ist Inhaberin der Firma Jacom, arbeitet als Coach und Trainerin für Unternehmen. Das Tagesseminar (570) findet am Freitag, 4. Dezember, 8.30 Uhr im Seminarzentrum Stein Egerta, Schaan, statt.

Internet und E-Mail Kennenlernkurs für jedermann
Alles, was man schon immer wissen wollte, kann hier kurz und bündig gelernt werden: Was braucht man zum Surfen und E-Mailen? Wie surft man und wie schickt und empfängt man eine E-Mail? Wie findet man überhaupt etwas im Internet? Wie lädt man etwas vom Internet herunter?

Der Kurs (389) beginnt am Montag, 7. Dezember, 13.30 Uhr und findet in der Kunstschule Liechtenstein in Nendeln statt, dauert drei Montagnachmittage und steht unter der Leitung von Claudio Jäger. Er ist diplomierter PC- und Macintosh-Spezialist mit langjähriger Erfahrung in den Bereichen Erwachsenenbildung, Informatik und Internet. Mit Voranmeldung. *(pd)*

Informationen/Anmeldungen: Erwachsenenbildung Stein Egerta, Tel. +423 232 48 22, E-Mail: info@steinegerta.li

Kein Schweigen zu rechter Gewalt

In beiden Landeszeitungen ist der Regierung und den Parteien in Kommentaren vorgeworfen worden, dass sie zu aktuellen rassistisch motivierten Vorkommnissen schweige. Dies sei erschreckend und bedeute, dass sie sich aus der Verantwortung zu stehlen versuche.

Interview: Heribert Beck

Herr Regierungsrat Quaderer, was sagen Sie zu den Vorwürfen an die Adresse der Regierung und der Politik?
Innenminister Hugo Quaderer: Vor drei Wochen konnten wir zusammen mit der Gewaltschutzkommission die Ergebnisse der Studie «Rechtsextremismus in Liechtenstein» präsentierten. Bereits bei dieser Gelegenheit habe ich meine Meinung gegenüber ausländerfeindlichem und allgemein rassistischem Gedankengut deutlich formuliert: Ich lehne jede Form von Gewalt aufs Schärfste ab. Auf der Basis der Studienergebnisse ist die Gewaltschutzkommission von der Regierung beauftragt worden, nun einen konkreten Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten. Die Regierung stiehlt sich nicht etwa aus der Verantwortung. Sie muss aber nicht bei jedem einzelnen Anlassfall unverzüglich die Öffentlichkeit suchen, um das Geschehene jeweils sofort zu verurteilen und hartes Durchgreifen anzukündigen. Wir verfügen über bestens funktionierende staatliche Apparate. Alle Vorkommnisse werden mit grösster Aufmerksamkeit untersucht und die Regierung wird laufend und umfassend über die Erkenntnisse informiert. Jedes Mal vorauseilend die Stimme zu erheben, ist nicht zielführend. Zudem verdient die rechte Szene nicht noch mehr mediale Beachtung. Bisweilen besteht auch die Möglichkeit, dass gar keine rassistischen Motive hinter dem einen oder anderen Vorkommnis stecken.

«Ich lehne rechtsextreme Phänomene vollumfänglichlich ab»

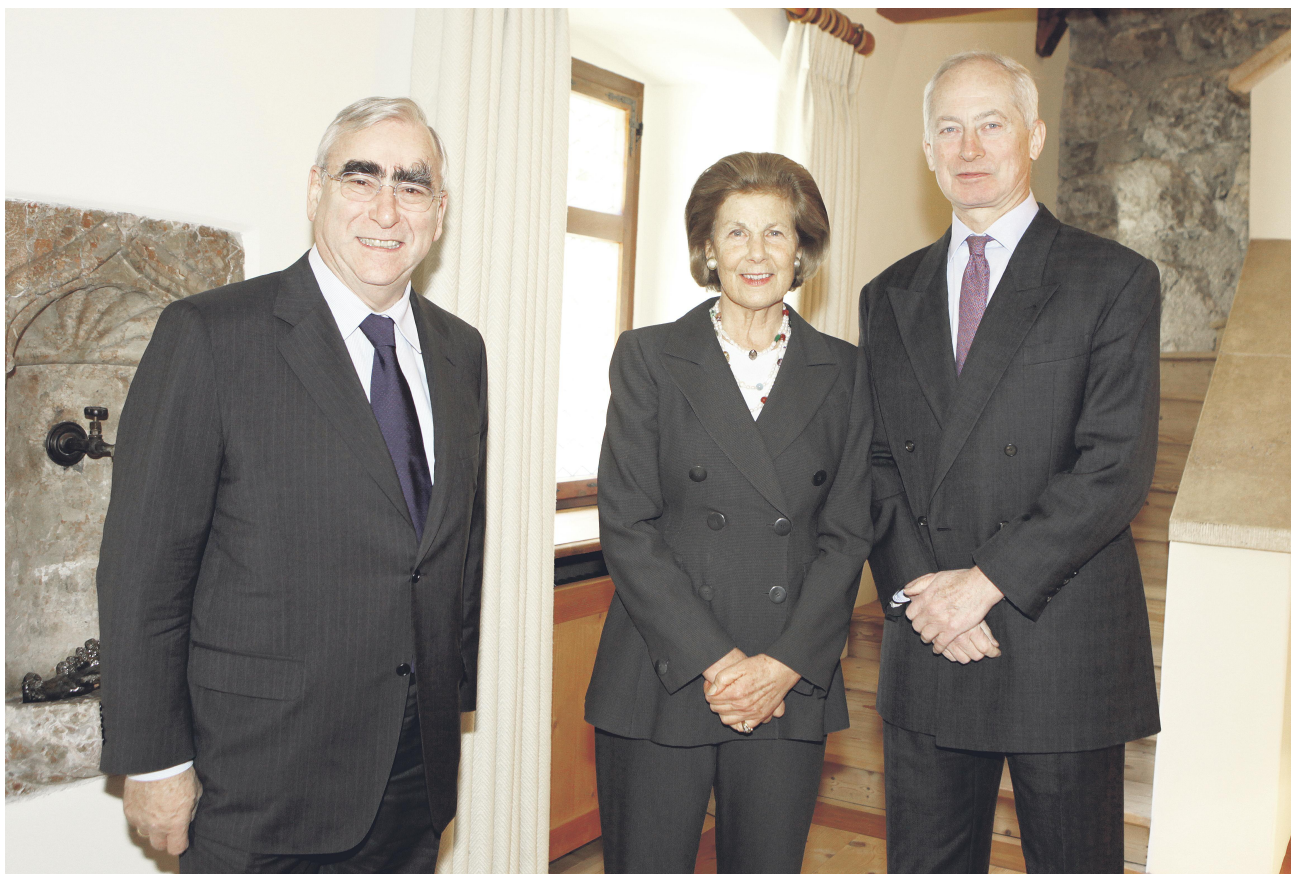
Gibt es Informationen zum aktuellen Stand der Ermittlungen?
Im Sinne eines besonnenen Vorgehens war im Falle des Flugblatts zunächst die Beurteilung durch die Staatsanwaltschaft abzuwarten. Da diese dann festgestellt hat, dass kein strafrechtlicher Tatbestand vorliegt, handelte es sich um eine freie, nicht strafbare Meinungsäusserung. Bezüglich der geworfenen Molotowcocktails stelle ich fest, dass die Ermittlungen noch laufen und eine Vorverurteilung eines bestimmten Personenkreises für die Regierung nicht in Frage kommt. Unsere Pflicht ist es, auch hier die Regeln des Rechtsstaates anzuwenden.

«Vorverurteilung kommt nicht in Frage»

Herr Regierungsrat Quaderer, eine letzte Frage: Haben Gewalt und Übergriffe eine Zukunft in Liechtenstein?
Die Regierung bekennt sich vollumfänglich zu Toleranz und Offenheit gegenüber allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes. Sie weiss auch, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung diese Haltung mit ihr teilt. Deshalb ermutige ich die Menschen in diesem Land, nicht wegzuschauen, sondern Beobachtungen vertrauensvoll der Landespolizei zu melden. In Bezug auf die konkreten Fälle ist festzuhalten, dass die Landespolizei an den Tatorten Spuren sicherstellen konnte, welche möglicherweise Rückschlüsse auf die Täterschaft liefern. Sofern es sich tatsächlich um gezielte Anschläge mit rassistischem Motiv handelt, verurteile ich diese aufs Schärfste. Da die Ermittlungen noch laufen, kann jedoch noch nichts Abschliessendes gesagt werden. Egal, ob es sich um körperliche Gewalt, Flugblätter oder Beschmierungen handelt, ich lehne rechtsextreme Phänomene und Übergriffe vollumfänglich ab.



Innenminister Hugo Quaderer: «Die Regierung stiehlt sich nicht aus der Verantwortung. Sie muss aber nicht bei jedem einzelnen Anlass unverzüglich die Öffentlichkeit suchen, um das Geschehene jeweils sofort zu verurteilen und hartes Durchgreifen anzukündigen.» Bild pafl



Theo Waigel besucht Schloss Vaduz

Im Rahmen des Wirtschaftsforums hielt sich der ehemalige deutsche Bundesfinanzminister im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Kohl und ehemalige CSU-Vorsitzende Theo Waigel gestern in Liechtenstein auf. Im Vorfeld des Wirtschaftsforums stattete Waigel (links) auch Fürstin Marie und Fürst Hans-Adam von und zu Liechtenstein einen Besuch auf Schloss Vaduz ab. Bild Daniel Schwendener

POLIZEIMELDUNG

Zeugenaufruf: Fahrzeug gerammt

Am frühen Dienstagabend kam es in Vaduz zu einer Streifkollision, bei welcher die unfallverursachende Lenkerin die Unfallstelle verliess. Eine Fahrzeuglenkerin fuhr gegen 17.20 Uhr von der Schweiz her kommend über die Rheinbrücke nach Vaduz und spurte sich auf der rechten Fahrspur ein. Auf der Strecke zwischen der Rheinbrücke und dem Kreisverkehrsplatz an der alten Holzbrücke fuhr ein silberner Personenwagen ebenfalls auf die rechte Fahrspur und kollidierte dabei mit der korrekt fahrenden Lenkerin. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, verliess die Unfallverursacherin nach der Kollision die Unfallstelle. Personen, welche Angaben zur fehlbaren Lenkerin machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter Tel. +423 236 71 11 oder info@landespolizei.li zu melden. *(lpfl)*

Krippenausstellung in Vaduz

Der Verein der Krippenfreunde lädt zur diesjährigen Krippenausstellung in den Vaduzer Saal. Die neue Kirchenkrippe für die Kirche Nendeln, welche von einigen Kurslehrern des Vereins gebaut wurde, wird ebenfalls gezeigt. Am Freitag findet um 19 Uhr eine kleine Eröffnungsfeier mit Krippensegnung statt. Öffnungszeiten: Freitag, 27. November, 17–21 Uhr; Samstag, 28. November 11–20 Uhr; Sonntag, 29. November 10–17 Uhr. *(pd)*

POLIZEIMELDUNG

Drei Unfälle mit neun Fahrzeugen





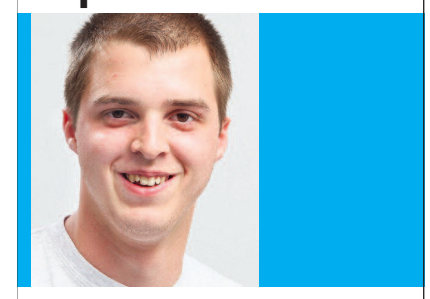
Blechschäden und Verletzte: Mehrere Unfälle ereigneten sich am Dienstag. Bild lpfl

Am Dienstag kam es zu mehreren Auffahrkollisionen, bei denen sich einige Verkehrsteilnehmer leicht verletzten. So bemerkte eine Fahrzeuglenkerin kurz nach 7 Uhr das Anhaltemanöver des vor ihr fahrenden Lenkers in Eschen zu spät und kollidierte mit dessen Fahrzeugheck. Knappe zwei Stunden später kam es in Bendern zu einem weiteren Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen. An den Autos entstand zum Teil erheblicher Sachschaden, die Lenkerinnen des mittleren und hintersten Wagens verletzten sich durch den Aufprall leicht. Um 12 Uhr ereignete sich ein weiterer Auffahrunfall, dieses Mal mit vier involvierten Fahrzeugen. Durch die Kollision in Schaan wurden keine Personen verletzt. Es entstand Sachschaden. *(lpfl)*

Botschafter akkreditiert

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein hat am gestrigen Mittwoch acht neue Botschafter zur Akkreditierung empfangen. Folgende Botschafter überreichten auf Schloss Vaduz ihre Beglaubigungsschreiben: John Mourikis, Hellenische Republik; Hans Klingenberg, Königreich Dänemark; El-Haoués Riache, Demokratische Volksrepublik Algerien; Peter Martin Tesch, Australien; Hazem Mohammad Karakotly, Königreich Saudi-Arabien; Juan Carlos Gamarra Skeels, Peru; Alpo Rusi, Finnland; Indulis Berzins, Lettland. Vor der Überreichung der Beglaubigungsschreiben statteten die Botschafter ausserdem Regierungsrätin und Aussenministerin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude ab. *(pafl)*

Keine Experimente!



«Weniger Feldstärke bedeutet mehr Funkmasten. In unserer schönen Landschaft? Da bin ich dagegen!»

Daniel Lageder · 19
Lernender Elektroinstallateur, Vaduz

Ja zum Mobilfunk
Abstimmung 4./6.12.

Initiativ-Komitee Mobilfunk-Versorgung

Studie gibt Aufschluss

Woher kommt das rechte Gedankengut, das derzeit die Gemüter erhitzt? Teilweise lernen Jugendliche in ihren Familien, rechts zu denken, wie es in der aktuellen Studie über Rechtsextremismus in Liechtenstein heisst.

Von Janine Köpfli

Es ist noch keinen Monat her, dass die Regierung und die Gewaltschutzkommission eine Studie präsentierten, die den Rechtsextremismus in Liechtenstein beleuchtet. Im Zuge der Vorfälle, die sich in den vergangenen Wochen ereigneten, rückt die Studie noch mehr ins Interesse der Öffentlichkeit. Verfasst von Miryam Eser Davolio und Matthias Drilling von der Fachhochschule Nordwestschweiz, zeigt die Studie den gesellschaftlichen Kontext, der zu rechtsextremistisch motivierten Haltungen und Handlungen führt, sowie die Beweggründe von rechtsorientierten Jugendlichen.

Ablehnende Haltung

Die Autoren der Studie sprachen unter anderem mit Fachpersonen über die Wahrnehmung von Rechtsextremismus in Liechtenstein. Interviewt wurden auch Schulleiter, Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende, Jugendarbeitende und ein Pfarrer. Die meisten von ihnen kennen Rechtsextremismus vor allem vom «Hörensagen», da sie sich kaum dort aufhalten, wo rechtsextreme Vorfälle passieren. Dass sie jedoch passieren, das bestreitet niemand. Die Szene sei jedoch verdeckt und trete, wenn überhaupt, nur an öffentlichen Anlässen wie Jahrmärkten, Bierfesten oder am Staatsfeiertag in Erscheinung. Rechtsextremismus werde kaum auf politischer Ebene, etwa in Form von Protestaktionen oder Propaganda wahrgenommen, schreiben die Autoren der Studie.

Ihre Untersuchungen zeigten, dass ein Grossteil der Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber Rechtsextremismus empfindet. Es gab aber auch Personen, die Rechtsextreme akzeptierten und das Thema Rechtsextremismus verharmlosten, es «quasi als normales Jugendgruppenphänomen» deuteten. Dazu komme, so die Autoren, dass es sich bei den liechtensteinischen Rechtsextremen in der Regel um gut integrierte Jugendliche handelt, die von der Bevölkerung als «sauber, fleissig und anständig» erlebt und eingeschätzt werden. Eine befragte Person sagte beispielsweise: «Er ist ein sauberer Kerli, ein ganz normaler Jugendlicher, arbeitet, verdient auch viel für sein Alter, und auch die anderen arbeiten und führen ein normales, anständiges Leben. Haben keine Ringe durch die Lippe oder so, sind keine Sozialfälle. Aber sie sind halt rechts. Obwohl sie gar nicht viel davon wissen, also gar nicht wissen, was eigentlich rechtsextrem bedeutet.»

«Konservative Wertelogik»

Die Studie beschreibt vor allem, wie es mit rechtsorientierten Jugendlichen steht, wo sie sich treffen, wer der Szene angehört und als wie gefährlich sie von der Polizei eingeschätzt wird. Weniger ist von Erwachsenen und ihren Einstellungen gegenüber Ausländern die Rede. Die Autoren kamen jedoch zum Schluss, dass die Haltung der Erwachsenen verfestigter scheint als jene der Jugendlichen, die teilweise eine offene Fremdenfeindlichkeit an den Tag legen, gleichzeitig aber mit Ausländern befreundet sind. Die Erwachsenen geben ihre Meinung weniger öffentlich preis.

Bei den Befragungen und Interviews war auch von Überfremdungsangst die Rede. «Als verstärkend für die Angst vor Überfremdung wird die geringe Grösse des Landes und der hohe Ausländeranteil angeführt», schreiben die Autoren. «Dies bewirkt bei einem Teil der Bevölkerung Furcht vor Identitätsverlust.»

Rechtsextremismus entstehe allerdings nicht nur aus dieser Angst heraus. «Zum Teil lernen die Jugendlichen gerade in ihren Familien, rechts zu denken. Die konservative Wertelogik zeigt sich auch in der sozialen Angepasstheit von Rechtsextremen, die unter der Woche in die Schule gehen, ihre Ausbildung oder ihren Job machen», heisst es in der Studie.

«Man kennt sich»

Was den gesellschaftlichen Umgang und die Zivilcourage bezüglich Rechtsextremismus angeht, führen die Autoren ambivalente Aussagen auf. Auf der einen Seite würden Gewaltvorfälle, bei denen Rechtsextreme involviert sind, relativ schnell zur Anzeige gebracht, auf der anderen Seite seien Zeugen bei anderen rechtsextremen Vorfällen zurückhaltend, diese bei der Polizei zu melden. Grund dafür sei die Kleinheit des Landes, so die Autoren. «Die Zeugen kennen meist nicht nur die Täter selbst, sondern auch deren Familien.» Man wolle ausserdem einem Liechtensteiner nicht die Zukunft verbauen, solange es sich nur um «geringfügige» Delikte handle. Als weiterer Grund für «die relative Passivität der Bevölkerung», wie es die Autoren nennen, wird Furcht genannt, dass eine Anzeige zu Drohungen oder Gewalt gegen Zeugen vonseiten der Rechtsextremisten führen könnte.

Zitate aus der Studie

Die Einschätzungen der Fachpersonen zeigen, dass Rechtsextremismus in Liechtenstein zwar im Rückblick weniger massiv und sichtbar in Erscheinung tritt, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war; die Einschätzungen zeigen aber auch, dass es in unregelmässigen Abständen zu Vorfällen mit manifester Gewaltanwendung kommt.

«Sie sind nur versteckt da.» (Aussage einer befragten Person)

«Sobald die Kerle in die Lehre gehen oder nach der Lehre arbeiten müssen, dann hat es bis jetzt immer wieder aufgehört. Automatisch aufgehört. Die werden älter und werden reifer.» (Aussage einer befragten Person)

Das Fehlen eines Anführers in der lokalen rechtsextremen Szene scheint einer der Gründe für deren geringe Ideologisierung darzustellen. Allerdings ist die Szene grenzübergreifend vernetzt, (...).

Dieser Gruppe gehört auch ein Wirtschaftsstudent an, der sich jedoch immer «geschickt heraushält», doch wurde er mittlerweile zwei Mal rechtskräftig verurteilt.

Bei vielen öffentlichen Anlässen sind Polizisten auch privat oder in Zivil anwesend und beobachten, ob Rechtsextreme auftreten.

Nicht alle sind äusserlich als Rechtsextreme identifizierbar, aber die Polizei weiss, wer dazugehört.

Am sichtbarsten sind die liechtensteinischen Rechtsextremen an Volksfesten, wo manchmal bis zu hundert rechtsgerichtete Jugendliche und junge Erwachsene anwesend sind.

Rechtsextremismus gerät nur bei aufsehenerregenden «Eruptionen» ins Bewusstsein der Öffentlichkeit, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass er zwischenzeitlich wieder verschwindet. Hier wäre es wichtig aufzuklären, dass es sich um ein dauerhaft bestehendes Problem handelt.

Die Studie kann heruntergeladen werden: www.polizei.li/Downloads/tabid/409/Default.aspx

Zwei Vorträge zum fünfjährigen Bestehen

Aus Anlass des fünfjährigen Bestehens des Europäischen Instituts für interkulturelle und interreligiöse Forschung (2004–2009) wird zu zwei Veranstaltungen geladen.

Zum einen findet in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche ein Vortragsabend über «Die friedliche Revolution 1989, die Kirchen und die Globalisierung» mit dem ehemaligen Erfurter Propst, Dr. Heino Falcke, am Freitag, 11. Dezember, um 19.30 Uhr, im Treffpunkt der Evangelischen Kirche statt.

War doch der politische Umbruch vor zwanzig Jahren keineswegs nur eine deutsche Angelegenheit, sondern hat die Nachkriegsgeschichte beendet und schon im Zeichen der Globalisierung gestanden. Die protestantischen Kirchen in Ostdeutschland haben die gewaltfreie Revolution massgeblich mitgestaltet. In seiner aktuellen Publikation «Wo bleibt die Freiheit? Christ sein in Zeichen der Wende», Kreuz Verlag, September 2009, legt Heino Falcke nun das spannende Dokument eines umfassenden politischen Umbruchs vor. Damit verbindet er eine gesellschaftspolitische Analyse in einer Zeit, in der der Neoliberalismus offenkundig scheitert und der interreligiöse Dialog notwendiger denn je ist. Ein Buch, das deutsch-deutsche Geschichte und die Rolle der Kirchen in der DDR erhellt und das Impulse für eine Gesellschaft bringt, die sich im rasanten Wandel befindet. Wo bleibt die Freiheit? Worauf kommt es hier und heute an? Mit seinen Einblicken zeigt Heino Falcke zugleich Perspektiven für die Zukunft auf.

Europa als Global Player

Zum anderen wird zu einem Vortrag der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Silvana Koch-Mehrin, über «Europa als Global Player» am Dienstag, 26. Januar, um 10.30 Uhr, in den Vaduzer Rathaussaal eingeladen. Dazu schreibt die Referentin: «Der Vertrag von Lissabon ist nun von allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ratifiziert worden. Damit können endlich wichtige Reformen in der EU angegangen werden. Denn Europa ist nur stark, wenn es geeint auftritt. Seine Stärke nach innen resultiert aus der wechselvollen Geschichte Europas. Die Erfahrungen aus Krieg, Vertreibung und überhöhtem Nationalstaatsdenken haben Europa zu einer Friedensgemeinschaft geeint. 60 Jahre Frieden auf unserem Kontinent sind der grösste und wichtigste Erfolg der europäischen Einigung. Aber auch nach aussen muss Europa stark auftreten, und dies gelingt nur, wenn es ein abgestimmtes Vorgehen gibt. Die Welt nimmt Europa nur dann wahr, wenn es geschlossen auftritt. Dafür bietet der Lissabon-Vertrag nun die Chance, die wir ergreifen müssen.» Alle Interessierten sind herzlich willkommen. *(pd)*

Fielmann feiert Weihnachten – feiern Sie günstig mit.



Im Taschenformat:
Fernglas Typ 10x25*
(Vergrösserung 10-fach), gummiarmiert, mit praktischer Tragetasche.
3 Jahre Garantie.

CHF 11,90

Funk-Wetterstation*
4 Funktionen in einem:
Uhr, Wecker, Innen- und Aussentemperaturmessung.
Kabellos. 3 Jahre Garantie.

CHF 12,90





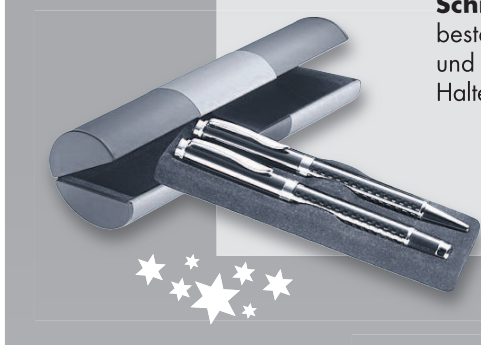
LED Leuchtlupe*
3-fache Vergrösserung, inkl. Leuchtdiode und Batterien.
3 Jahre Garantie.

CHF 5,90

Leuchtstarke
LED-Taschenlampe*
aus Aluminium mit 9 stromsparenden LEDs. Ideal für Camping, Haus und Auto. Dank Trageschlaufe und Aufbewahrungstasche immer griffbereit.
3 Jahre Garantie.

CHF 3,90





Elegantes
Schreibset mit Etui*
bestehend aus Kugelschreiber und Tintenroller. Wird ohne Stifte-Halterung zum modernen Brillenetui.

CHF 13,50



Alles dabei:
Kombigeldbörse*
aus Rindnappa-Leder. Mit vielen praktischen Extrafächern. 3 Jahre Garantie.

CHF 9,90

*Solange der Vorrat reicht.

Brille: Fielmann.

Gemeinde Schaan

Verein KiTa betreut künftig die Tagesstrukturen

SCHAAN – Im Haus Resch, dem ehemaligen Wohnheim Resch, werden künftig nach einem Grundkonzept der Primarschule Schaan ergänzte und erweiterte Tagesstrukturen angeboten. Mit der Betreuung des attraktiven Angebots hat der Gemeinderat auf Antrag des Gemeindeschulrats den Verein Kindertagesstätten (KiTa) betraut, der auch die Tagesstrukturen in Eschen und Triesen betreibt. Der Gemeinderat hat der neuen Nutzung des Hauses für die Kinderbetreuung im August zugestimmt. Gemäss dem neuen Konzept für das Haus Resch werden die Mittagstische der Tagesschule und des Gemeinschaftszentrums zusammengeführt. Die familiäre Atmosphäre des Hauses und insbesondere Küche und Nebenräume sind für die Betreuung der Kinder besonders gut geeignet. Die Gemeinde geht davon aus, dass der Bedarf an Tagesstrukturen weiter steigen wird. (pd)

Reglement über das Parkieren auf öffentlichem Grund

SCHAAN – Für das Parkieren auf öffentlichem Grund in der Gemeinde Schaan hat der Gemeinderat ein Reglement erlassen, das am 1. April 2010 in Kraft treten wird. Die Gemeinde hat die Parkplätze und Parkgaragen in vier Zonen eingeteilt. Bei den bewirtschafteten Parkplätzen wird zwischen der auf zwei Stunden begrenzten Kurzparkierung (Zone 1) und der Möglichkeit, einen ganzen Tag zu parkieren (Zone 2), unterschieden. Daneben gibt es Bereiche ohne Parkplatzbewirtschaftung, wo die erlaubten Parkplätze lediglich mit einer Signalisation gekennzeichnet sind (Zone 3) oder gar keine Begrenzung erfolgt (Zone 4). Die gebührenpflichtigen Parkplätze werden künftig von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 17 Uhr bewirtschaftet. Die erste Stunde ist kostenlos, für jede weitere Stunde wird eine Gebühr von 1.50 Franken verlangt. Zum Preis von 80 Franken pro Monat kann bei der Gemeindepolizei eine Parkkarte erworben werden. (pd)

Um- und Neugestaltung des Malarsch-Spielplatzes

SCHAAN – Der Spielplatz beim Kindergarten Malarsch wird im kommenden Jahr umgebaut und neu gestaltet. Die bestehenden Spielgeräte werden ersetzt und neu angeordnet. Der Gemeinderat hat für das Projekt einen Verpflichtungskredit von 130 000 Franken sowie einen darin enthaltenen Nachtragskredit von 15 000 Franken auf das Budget 2010 bewilligt. (pd)

Optimierung des Rüfe- und Hochwasserschutzes

SCHAAN – Die Gemeinde Schaan hat sich für die vom Land geplanten Massnahmen zur Optimierung des Rüfe- und Hochwasserschutzes ausgesprochen. Im Einzugsgebiet der Quaderrüfe sollen mit dem Ausbau der Sammleranlage Hochwasserspitzen besser abgefangen werden. Im Bereich der Forstrüfe ist geplant, das Gerinne zu optimieren und mit der Dammerhöhung beim «Plankner Wührle» baulich zu verstärken. Bei der Gamanderrüfe soll das Sammlergelände ausgebaut werden. (pd)

Anlieferung von Altholz in der Altstoffsammelstelle

SCHAAN – Ab dem nächsten Jahr können wöchentlich bis zu 30 Kilogramm Altholz kostenlos in der Altstoffsammelstelle der Gemeinde abgegeben werden. (pd)

Starke Nachfrage nach der «Tageskarte Gemeinde»

SCHAAN – Die vergünstigte Abgabe von Tageskarten für Zugfahrten und die Benützung anderer öffentlicher Verkehrsmittel durch die Gemeinde wird von der Bevölkerung nach wie vor stark nachgefragt. Gemäss einem Bericht an den Gemeinderat lag der Auslastungsgrad der Karten im vergangenen Jahr bei knapp 95 Prozent. (pd)



Ferienhotels in den Bergen ging es im Sommer 2009 weiterhin gut. Hotels im Tal bekamen die Wirtschaftskrise mit Gästerückgängen zu spüren.

Krise drückt auf Tourismus

Sommersaison 2009: Logiernächte um fast 10 Prozent zurückgegangen

VADUZ – Nach fünf erfolgreichen Saisons mit stetig steigenden Nächtigungszahlen musste der Sommertourismus 2009 einen kräftigen Dämpfer hinnehmen: Die Logiernächte gingen gegenüber 2008 um 9,2 Prozent zurück.

• Johannes Mattivi

In der jüngsten Sommersaison verbrachten ausländische – und vereinzelt einheimische – Gäste rund 64 000 Logiernächte in der Liechtensteiner Hotellerie (–9,2 Prozent). Vom Negativtrend ausgenommen blieben allerdings die Alpenhotels, die sich über 8,5 Prozent mehr Buchungen freuen konnten.

Alpenhotels trotzen Minustrend

Unterm Strich resultiert jedoch ein Minus, zu dem vor allem auch die sinkende Anzahl der Ankünfte und eine verkürzte Aufenthaltsdauer der Gäste beigetragen hat. Die Ankünfte gingen nach den gestern veröffentlichten Zahlen des Amts für Statistik um 8,3 Prozent auf 31 200 zurück. Die Aufenthaltsdauer nahm von durchschnittlich 2,1 Tagen auf 2 Tage ab.

Die Alpenhotels trotzten in Fortsetzung der erfolgreichen Vorjahre dem Trend und legten bei den Nächtigungen um 8,5 Prozent auf rund 18 000 Nächtigungen zu. Damit steigern die Alpenhotels ihren Anteil an den landesweiten Nächtigungen auf rund 28 Prozent.

In den Hotels im Rheintal wurden im Sommer 2009 rund 46 000 Übernachtungen gebucht – ein Minus von 14,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ein Rückgang auf den Stand, der zuletzt 2004 und 2005 erreicht wurde.

Kürzere Aufenthaltsdauer

In der Gesamtbilanz sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste von 2,1 Übernachtungen (2008) auf 2 Übernachtungen im Sommer 2009. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Berg und Tal. In den Alpenhotels stieg der Aufenthalt von 3,1 auf 3,3 Nächtigungen. In den Hotels im Tal blieben die Gäste durchschnittlich 1,8 Nächte.

Deutschland bleibt Nummer 1

Deutschland bleibt mit 31 Prozent unbestrittener Spitzenreiter bei der Herkunft der Sommertouristen in Liechtenstein. Mit etwas Abstand folgen die Schweizer Gäste mit 25,5 Prozent. Ab Platz 3 werden die Anteile deutlich schmäler. Belgier stellten im Sommer 2009 5,4 Prozent der Gäste, Briten 4,9 Prozent, dicht dahinter folgen die Österreicher mit 4,1 Prozent. Auf Platz 6 liegen die einheimischen Gäste mit 3,7 Prozent, US-Amerikaner und Italiener teilen sich Platz 7 mit jeweils 3,2 Prozent am Gästekuchen. Die restlichen knapp 20 Prozent der Gäste verteilen sich auf unterschiedliche weitere Länder.

Nur aus zwei Herkunftsländern rekrutierten sich im Sommer 2009 mehr Gäste. Mit einem unangefochtenen Plus von 17 Prozent die Briten, in weitem Abstand gefolgt von Liechtensteinern (+8,3 Prozent) als Gäste in der eigenen Hotellerie. Rückgänge gab es bei Gästen aus der Schweiz, Belgien, Deutschland, Italien und Österreich und am deutlichsten bei Gästen aus den USA, die 20 Prozent weniger Nächtigungen in Liechtenstein verbuchten.

FL verliert am meisten

Im regionalen Vergleich führt die Liechtensteiner Sommertourismus-Branche den Gästerückang mit 9,2 Prozent an. St. Gallen verlor im Sommer 1,9 Prozent, Graubünden 4,4 Prozent. Vorarlberg konnte seine Sommergästezahlen halten.

Gäste in Prozent

1. Deutschland (31)
2. Schweiz (25,5)
3. Belgien (5,4)
4. Grossbritannien (4,9)
5. Österreich (4,1)
6. Liechtenstein (3,7)
7. USA und Italien (je 3,2)

Andere Länder gesamt 19,1

Weihnachtsfrieden zwischen Schlägern

Betrunkener Skinhead prügelt Provokateur – Versöhnung mit Bewährungshilfe

VADUZ – Man sollte einen Skinhead nicht mit blöden Sprüchen provozieren. Besonders nicht, wenn dieser betrunken ist. Sonst riskiert man eine Faust auf die Nase und muss sich mit ihm vor Gericht wiedertreffen.

• Johannes Mattivi

Eine Schlägerei bietet sich von vornherein als klassischer Fall für einen aussergerichtlichen Tatausgleich an. Der war vom Staatsanwalt ursprünglich auch angestrebt worden – allerdings ohne Erfolg, weil der Beschuldigte sich bei der dafür eingeschalteten Bewährungshilfe partout nicht melden wollte. Und so wurde gestern vor Gericht ein zweiter Anlauf genommen.

Betrunkene Provokationen

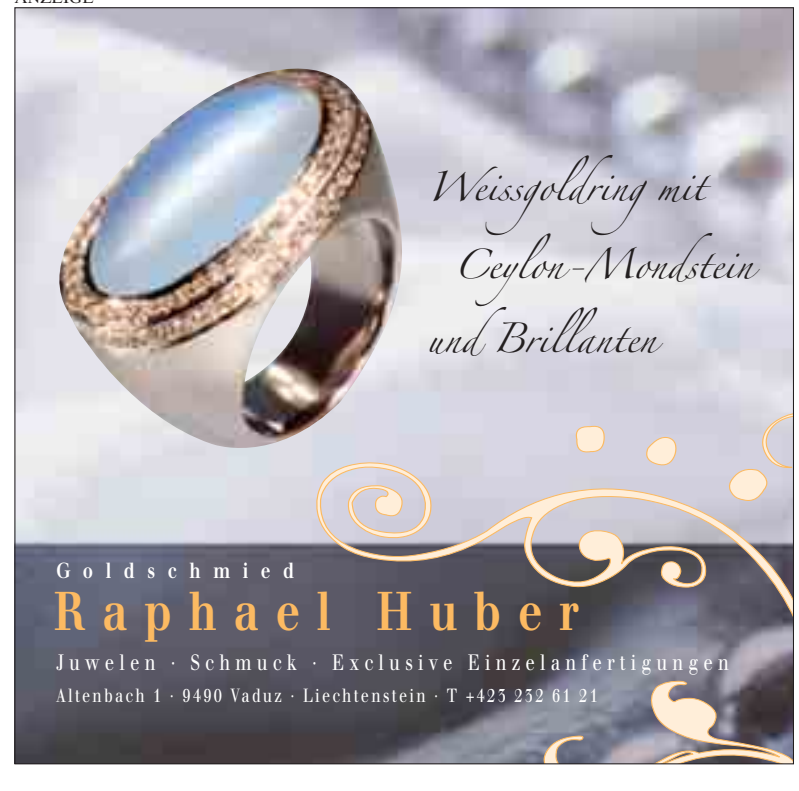
Vor Gericht ein 21-jähriger, gross gewachsener und breitschultrig gebauter Liechtensteiner. Die Frisur auf Stoppellänge rasiert, weisses Polo-Shirt mit schwarz-weiss-roten Streifen an Kragen und Ärmeln, Springerstiefel mit schwarzen Schnürsenkeln. Das klassische Outfit für einen so genannten «Oi»-Skin. Also nicht unbedingt von der rechtsradikalen politischen Sorte. Das sagte er auch zum Richter: «Wir sind nicht rechtsradikal. Wir tragen einfach diese Mode.» Aber provokativ sind das Outfit und die Erscheinung des jungen Mannes allemal. Zumindest für politisch anders Gesinnte.

So auch für jenen 32-jährigen Liechtensteiner, mit dem der Beschuldigte zweimal – im Januar und Februar dieses Jahres – tätlich aneinandergeraten war. Beide Mal frühmorgens in einem Café, das gerade fürs Frühstück geöffnet hatte und in dem die beiden letztlichen Kontrahenten jeweils nach einer durchzechten Nacht aufeinandertrafen. Es seien alle ziemlich betrunken gewesen, sagten der Beschuldigte, der Geschädigte und zwei bei den Vorfällen anwesende Kollegen des Beschuldigten vor Gericht. Und es begann mit einer Provokation seitens des Geschädigten draussen auf der Raucherterrasse des Cafés, als der 32-Jährige im Vorbeigehen zu dem 21-jährigen Skinhead – mit Blick auf sein Äusseres – sagte: «Dir hat deine Mama wohl als Kind zu wenig Liebe gegeben.» Mehr brauchte es nicht für einen handfesten Streit, der dann schliesslich in Tätlichkeiten überging. Beim zweiten Mal, am frühen Morgen des 8. Februar, allerdings heftiger als beim ersten Mal drei Wochen davor. Denn im Februar kassierte der 32-Jährige vom Beschuldigten einen so kräftigen Faustschlag ins Gesicht, dass seine Nase brach und operiert werden musste.

Opfer bietet Ausgleich an

Er wolle dennoch nicht, dass der Beschuldigte in so jungen Jahren einen Strafregistereintrag kassiere, sagte der Geschädigte vor Gericht. Der Richter bot dem 21-jährigen Beschuldigten daraufhin einen neuerlichen Tatausgleich an, den er nach einiger Überlegung annahm. Das Verfahren wurde gestoppt. Den Rest regelt die Bewährungshilfe.

ANZEIGE



Sekundarstufe I: «Künftige Reform in verschiedenen Phasen umsetzen»

Inwiefern wäre es für Sie denkbar, dass sich der Staat aus dem Spitalwesen zurückzieht und die stationäre Behandlung privaten Betreibern überlässt?
Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Dies wäre für mich denkbar, wir haben ja im Unterland das Beispiel, dass ein spezialisierter Arzt die Möglichkeit sieht, eine eigene Klinik zu betreiben. Es gibt ja international durchaus erfolgreiche Beispiele für solche privaten Kliniken. Deshalb bestünde vielleicht auch die Möglichkeit, das Landesspital an solche Betreiber zu übergeben. In diesem Fall müsste man aber davon ausgehen, dass das Angebot spezialisierter oder konzentrierter wäre als heute. Bestimmte Leistungen, die heute vom Landesspital angeboten werden, müssten dann wahrscheinlich stärker über die regionalen Spitäler abgedeckt werden.

Der Landtag hat erneut eine Erhöhung des Staatsbeitrags an die obligatorische Krankenversicherung um 5 Mio. auf 57 Mio. Franken beschlossen. Vor allem deshalb fällt die Prämienerhöhung mit 3,4 Prozent relativ moderat aus. Wie können die permanent steigenden Gesundheitskosten künftig noch finanziert werden?
Wir müssen das Krankenversicherungsgesetz (KVG) weitgehend reformieren, um die Gesundheitskosten nachhaltiger in den Griff zu bekommen, als dies in der Vergangenheit der

> «Wir müssen das KVG weitgehend reformieren»

Fall gewesen ist. Das KVG bietet meiner Ansicht nach zu viele Fehlanreize, die dazu führen, dass die Gesundheitskosten in die Höhe geschraubt werden. Wir müssen eine Reform schaffen, die einerseits mehr auf Eigenverantwortung setzt, andererseits aber eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau und die Solidarität mit den finanziell nicht so gut gestellten Personen sicherstellt.

Die Bildungsumfrage hat ergeben, dass der Reformbedarf auf der Sekundarstufe I auch nach dem Scheitern von SPES I unbestritten ist. Welchen Weg sollten hier die Bildungsverantwortlichen beschreiten?
Meiner Ansicht nach sollte die Regierung eine möglichst unabhängige Projektorganisation zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I aufstellen. Die entsprechende Projektleitung sollte unabhängig vom Schulamt und den SPES-Befürwortern, aber auch unabhängig von den SPES-Gegnern agieren können. Natürlich müsste sichergestellt werden, dass die verschiedensten Interessensvertreter in eine zukünftige Reform miteinbezogen werden. Eine solche unabhängige Projektleitung müsste dafür Sorge tragen, dass über eine zukünftige Reform schliesslich ein breiter Konsens erreicht werden kann.

Wenn ich mir die Analyse der SPES-Abstimmung anschaue, denke ich, dass es wahrscheinlich notwendig ist, die künftige Reform in verschiedenen Phasen umzusetzen. So könnten in einer ersten Phase jene Schulreformbereiche auf der Sekundarstufe I realisiert werden, die wenig Vorbereitung brauchen und über die bereits ein breiter Konsens besteht. In einer späteren Phase würde man dann jene Reformschritte angehen müssen, die etwas schwieriger sind und die mehr Vorarbeiten brauchen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass laut Analyse von einer breiten Mehrheit grosser Reformbedarf gesehen wird. Deshalb sollten wir auch mit der zweiten Phase nicht allzu lange zuwarten. Denn je früher wir ein gut aufgestelltes Bildungssystem haben, desto mehr profitiert der ganze Staat.

Welche Reformen sehen Sie in der ersten Phase? Beispielsweise die Stärkung der Autonomie der einzelnen Schulen?
Autonomie ist sicher ein gutes Beispiel für einen Bereich, wo ein breiter Konsens besteht und wo man gewisse Schritte recht bald setzen kann.

Das zu Ende gehende Jahr war aus gesellschaftspolitischer Sicht auch geprägt von denkwürdigen Ereignissen wie anonymen Schmierereien gegen Schwule und Lesben, ausländerfeindlichen Flugblattaktionen und Brandanschlägen mit Molotow-Cocktails in Nendeln. Durchlaucht, was ist los in Liechtenstein?
Ähnliche Schmierereien waren schon vor drei bis vier Jahren zu beobachten, damals gegen die Kirche und den Fürsten. Es gibt leider immer wieder Leute, die sich nur so zu aktuellen Themen äussern können. Die Person, die für die damaligen Schmierereien verantwortlich war, konnte zum Glück gefasst werden. Ich hoffe, dass dies auch im Zusammenhang mit den



Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: «Wir müssen eine Reform schaffen, die einerseits mehr auf Eigenverantwortung setzt, andererseits aber eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau und die Solidarität mit den finanziell nicht so gut gestellten Personen sicherstellt.» Bild Elma Velagic

jüngsten Schmierereien gelingen wird. Bei der genannten ausländerfeindlichen Flugblattaktion scheint mir wesentlich mehr Organisation da-

> «Wir haben leider eine gewisse Neonazi-Szene»

hinterzustecken. Wir haben leider auch in Liechtenstein eine gewisse Neonazi-Szene. Es ist wichtig, dass wir in nächster Zeit diesbezüglich sehr wachsam sind und rechtzeitig die nötigen Massnahmen setzen.

Das Schweizer Stimmvolk hat mit 57,5 Prozent die Anti-Minarett-Initiative angenommen. Welches Ergebnis würden Sie von einer analogen Abstimmung in Liechtenstein erwarten? Wie ist es um die Toleranz der Liechtensteiner gegenüber den muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bestellt?
Eine analoge Abstimmung in Liechtenstein dürfte meiner Ansicht nach kaum möglich sein, denn im Unterschied zur Schweiz kennen wir bei der Zulassung von Volksabstimmungen strengere Kriterien. Aufgrund der Rechte, die wir im Bereich der Religionsfreiheit vorsehen, dürfte es bei uns sehr schwierig sein, eine solche Volksabstimmung überhaupt zuzulassen. Die Integration der Muslime ist auch bei uns eine wichtige Aufgabe und eine entsprechende Toleranz der Liechtensteiner ist dazu nötig.

Wie sehen Sie die Perspektiven für die liechtensteinische Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt für das Jahr 2010?
2010 wird für die liechtensteinische Wirtschaft ein sehr schwieriges Jahr werden. Die Industrie wird wahrscheinlich vielfach weiterhin unter schwierigen Absatzmärkten zu leiden haben. Wir dürfen bis auf einige Ausnahmen keine zu grossen Sprünge erwarten. Was den Finanzplatz betrifft, so haben sich zwar die Börsen wieder etwas erholt, aber die Verunsicherung bei den Kunden ist nach wie vor gross, sodass die Finanzintermediäre noch wenig davon profitieren können. Gleichzeitig werden die negativen Auswirkungen des Transformationsprozesses für den Finanzplatz im 2010 stärker zu spüren sein als im 2009.

Liechtensteins Gewerbe wird sich aufgrund der negativen Entwicklungen in den Bereichen Industrie und Finanzdienstleistungen ebenfalls immer

> «Die Integration der Muslime ist auch bei uns eine wichtige Aufgabe»

noch schwer tun. Dazu kommt, dass gewisse Sektoren wie die Bauwirtschaft die Folgen einer Wirtschaftskrise immer erst etwas später spüren. Gesamthaft müssen wir uns also eher auf ein schwierigeres Jahr als 2009 einstellen. Auf den sozialen Bereich umgelegt bedeutet dies, dass wir damit rechnen müssen, dass der liechtensteinische Arbeitsmarkt im Jahr 2010 stärker unter Druck kommt, als dies im 2009 dank Kurzarbeitsprogrammen der Fall war. Es könnte auch zu mehr Entlassungen kommen.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich von der Politik und der Bevölkerung fürs neue Jahr?
Von den Politikern wünsche ich mir, dass sie bei der Realisierung der grossen Reformprogramme, insbesondere im Bereich der Sanierung des Staatshaushalts, konstruktiv zusammenarbeiten. Dies ist von zentraler Bedeutung. Die

> «Nur im Rahmen eines grossen Schulterschlusses»

von der Regierung gesteckten Sparziele können nur im Rahmen eines grossen Schulterschlusses realisiert werden.

Von der Bevölkerung wünsche ich mir, dass sie bereit ist, diese Reformen auch mitzutragen. Damit würden wir nicht zuletzt auch ein ganz starkes Signal nach aussen senden. Wir könnten unter Beweis stellen, dass Liechtenstein ein Land ist, das schnell und tiefgreifend sparen kann, wenn es muss. Dies würde unseren Ruf noch einmal ganz entscheidend zusätzlich verbessern.



Aus der Welt

2. November

Bei einem Selbstmordanschlag in Pakistan in der Garnisonsstadt Rawallpini werden 35 Menschen getötet.

3. November

Dubai will als erstes islamisches Land Frauen zu staatlich anerkannten Muftis ernennen.

4. November

Im Haus eines verurteilten Sexualstraftäters in Cleveland findet die Polizei zehn Leichen und einen Schädel.

5. November

Im Bodensee entdeckt ein Taucherarchäologe ein 600 Jahre altes Schiffswrack.

7. November

Bei einem Brückeneinsturz in Andorra kommen fünf Arbeiter ums Leben.

9. November

Mit Staatsgästen aus aller Welt feiert Deutschland in Berlin den Mauerfall vor 20 Jahren.

10. November

Der deutsche Fussball-Nationaltorwart Robert Enke stirbt im Alter von 32 Jahren durch Selbstmord.

11. November

Im US-Bundesstaat Virginia wird der «Heckenschütze von Washington» hingerichtet.

11. November

Ein Stromausfall legt Rio de Janeiro für zwei Stunden lahm. 60 Millionen Menschen sitzen im Dunkeln.

13. November

Die heftigsten Schneefälle seit Jahrzehnten kosten im Norden Chinas mindestens 40 Menschen das Leben und richten Schäden in Milliardenhöhe an.

16. November

Nach mehr als hundert ungeklärten Sexualverbrechen in 17 Jahren schnappt die Polizei in London den mutmasslichen Täter.

19. November

Die Liechtensteinische Landesbank eröffnet eine Banktochter in Wien.

22. November

Mindestens 26 Menschen kommen bei einem Fährunglück vor der indonesischen Insel Sumatra ums Leben.

22. November

Beim schwersten Grubenunglück in China seit zwei Jahren sterben mindestens 92 Bergarbeiter.

26. November

Der Unfallfahrer von Emmen, der 2007 vier Menschen getötet hat, wird zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

29. November

Das Schweizer Stimmvolk sagt Ja zur Anti-Minarett-Initiative und schockiert damit die islamische Welt.



Gewinner mit Zivilcourage

Ruhiye Eris, FLay und Rebecca Frick heissen die diesjährigen Sieger des Preises für Zivilcourage, der am 19. November verliehen wird. Ruhiye Eris, die Präsidentin des türkischen Frauenvereins, und der Verein FLay für Schwule und Lesben teilen sich den mit 10 000 Franken dotierten DemoGrazia-Preis, Schwester Rebecca Frick, die seit 1992 in Peru lebt und arbeitet, erhält den Publikumspreis. Das Bild zeigt Daniel Seger und Patrick Risch vom Verein FLay, Emmi Frick, die anstelle ihrer Schwester Rebecca Frick den Preis entgegennimmt, Bernadette Kubik-Risch vom Gleichstellungsbüro und Ruhiye Eris (v. l.). Bild sdb



Verrücktes Wetter im November

Im November ist es eigentlich viel zu warm für die Jahreszeit. Am ersten Adventssonntag fegt sogar ein heftiger Föhnsturm übers Land. Am letzten Novembertag ändert sich das Wetter aber schlagartig und es kommt zu massiven Schneefällen. Der Wintereinbruch führt zu Chaos auf den Strassen. Die Schneemassen lassen auch Bäume umknicken. Bild Daniel Schwendener



Weichen für die Zukunft stellen

Wie die Welt nach der Krise gestaltet werden soll, ist am 25. November Thema am Wirtschaftsforum in Vaduz. Die Referenten Thomas Held, Avenir-Suisse-Direktor, und Theo Waigel, ehemaliger deutscher Finanzminister, sagen, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss – dennoch raten sie zu Zuversicht statt Furcht. Auf dem Bild sind die Referenten und Diskussionsteilnehmer zu sehen: Herbert Büchel, Moderator Antoine Lemaire, Theo Waigel, Regierungschef Klaus Tschütscher, Thomas Held, Michael Lauber und Jürgen Hilti (v. l.). Bild Daniel Ospelt

Der «Lindaplatz» ist gesetzt

Ein Platz, der für die Bevölkerung da ist und auch den Schaaner Geschäften höheren Nutzen bringt – so lautete die Zielsetzung für den «Lindaplatz» im Dorfzentrum von Schaan. Anfang November wird der Platz eingeweiht.

Planken hat eigenen Friedhof

In einem feierlichen Akt wird der erste Friedhof auf Plankner Boden eigeweiht. Es war seit vielen Jahren ein Bedürfnis der Planknerinnen und Plankner, dass sie in ihrer Gemeinde die ewige Ruhe finden können. Bisher wurden die Verstorbenen in Schaan bestattet.

Schmierereien und Flugblätter

Anfang November verunstalten Unbekannte die Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben. Nur zwei Wochen später landen Flugblätter in einigen Briefkästen in Liechtenstein, die gegen Ausländer und gegen fortschrittlich und modern denkende Bewohnerinnen und Bewohner Liechtensteins Stimmung machen. Das Verfahren gegen die anonymen Verfasser des Flugblatts wird eingestellt, da die Staatsanwaltschaft den Inhalt als nicht rassistisch bewertet. Die Schmierereien wie auch die Flugblätter lösen in der Bevölkerung eine Welle der Empörung aus.

Brandanschläge in Nendeln

Ende November verüben Unbekannte zwei Molotowcocktail-Anschläge auf Wohnhäuser in Nendeln. Die Täter werden vorerst nicht gefasst.

Asylsituation fordert die Behörden

Aufgrund der Flut an Asylbewerbungen von Personen aus Somalia und Eritrea stösst Liechtensteins Flüchtlingswesen an seine Kapazitätsgrenzen. Polizei, Ausländer- und Passamt sowie Flüchtlingshilfe suchen nach Lösungen. Ende November entschärft sich die Situation langsam.

Der Impfstoff ist da

Der erste Impfstoff gegen die pandemische Grippe H1N1 erreicht Liechtenstein am 9. November. Bis Ende November haben sich zehn Prozent der Bevölkerung impfen lassen.

Zwanzig Jahre Staatsoberhaupt

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein feiert am 13. November sein 20. Regierungsjubiläum. Er übernahm am Todestag seines Vaters, am 13. November 1989, die Regentschaft.

Haus St. Martin eingeweiht

In Eschen wird nach zweijähriger Bauzeit das moderne Kompetenz- und Betreuungszentrum Haus St. Martin eröffnet.

Römischer Fund

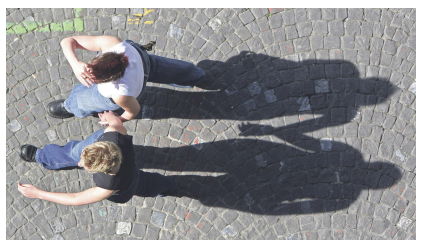
Auf dem Burghügel in Balzers finden Archäologen aller Wahrscheinlichkeit nach die Überreste eines römischen Raumes.

HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
SAMSTAG, 9. JANUAR 2010 | NR. 5 | CHF 1.80



INLAND

Das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft soll bald in die Vernehmlassung. SEITE 5



SPORT

Tina Weirather fährt bei der ersten Weltcup-Abfahrt in Haus auf den 26. Platz. SEITE 15

AAC
Revision und Treuhand AG
Buchhaltungen
T +423 263 00 33 · www.aac.li

Gute Prognosen fürs Börsenjahr 2010

Finanzmarktexperten gehen in einer Umfrage von «Wirtschaft regional» davon aus, dass die Börsenindizes im ersten Halbjahr weiter nach oben zeigen werden. «Auch 2010 wird ein gutes Börsenjahr», sagt VP-Bank-Chefökonom Jörg Zeuner. Wie die meisten Beobachter bewertet er das Umfeld für Aktien weiterhin als sehr positiv. Haupttreiber der Börsenentwicklung dürfte die fortschreitende Konjunkturerholung der Weltwirtschaft sein. «Viele Anleger unterschätzen noch immer das Potenzial bei den Unternehmensgewinnen», sagt Christian Zogg von der Liechtensteinischen Landesbank. Die Unternehmen dürften dank Kostensenkung für das Gesamtjahr 2009 bessere Zahlen präsentieren als erwartet. WIRTSCHAFT REGIONAL

Schwere Schlappe für Finma

Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Beschwerde von drei amerikanischen UBS-Kunden gegen die am 18. Februar 2009 von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma verfügte und durch die Grossbank UBS vollzogene Herausgabe von 255 Kundendossiers an die US-Justizbehörden gutgeheissen. Die Herausgabe der Kontendaten war rechtswidrig. Laut Bundesverwaltungsgericht hatte die Finma dafür weder eine Gesetzesgrundlage noch eine Notrechtskompetenz. Gegen den Entscheid der Finma gelangten betroffene Kunden ans Bundesverwaltungsgericht, das in einem Pilotverfahren die erste Beschwerde nun gutgeheissen hat. Das Urteil hat eine erhebliche politische Sprengkraft und wird möglicherweise weitere Verfahren nach sich ziehen.
WIRTSCHAFT REGIONAL

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–13
Boulevard	14
Sport	15–19
www.aktuell	20
Gesund und vital	21
Schnell gefunden	22
Kultur	23, 24
Ausland	25
TV-Programme	26, 27
Die Letzte	28

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 60001

FMA-Abgaben stehen fest

Im Zuge ihrer Sparbemühungen haben Regierung und Landtag den Staatsbeitrag an die Finanzmarktaufsicht limitiert. Nun muss die FMA ihre Aufwendungen zu einem wesentlichen Teil über Gebühren decken. Die Finanzmarktakteure nehmen dies mit gemischten Gefühlen auf.

Von Heribert Beck

Im Budget des vergangenen Jahres war für die Finanzmarktaufsicht (FMA) ein Staatsbeitrag von 13,9 Millionen Franken veranschlagt. Zu viel, wie Landtag und Regierung befanden. Für das laufende Jahr erhält die FMA noch 10,7 Millionen Franken. Bis 2013 wird der Staatsbeitrag schrittweise weiter auf acht Millionen reduziert. Mit diesem Beitrag sollen künftig die Grundstrukturkosten gedeckt werden. Die übrigen Aufwendungen sowie die Finanzierung angemessener Reserven muss die FMA über Bewilligungsgebühren und Aufsichtsabgaben decken. Die entsprechende Verordnung der Regierung ist am 1. Januar in Kraft getreten.

Bis zu 4000 Franken für Treuhänder

Die Aufsichtsabgabe für alle Finanzmarktakteure setzt sich gemäss Verordnung aus einer fixen Grund- und einer variablen Zusatzabgabe zusammen. Die Grundabgaben variieren dabei je nach Branche und Unternehmensgrösse. Für die Treuhänder beispielsweise macht sie gemäss Clemens Laternser, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Treuhänderverbands, zwischen 700 und 4000 Franken aus.

Die variable Zusatzabgabe wird schliesslich auf der Grundlage der jeweils im vergangenen Jahr entstandenen und nicht durch die Grundabgabe und den Staatsbeitrag gedeckten Kosten erhoben.

Ebenfalls per Verordnung angepasst wurde der Gebührenkatalog. «Gebühren fallen, von einigen Ausnahmen abgesehen, hauptsächlich nur noch für Bewilligungen oder den Entzug der Bewilligung beziehungsweise die Entlassung eines Finanzintermediärs aus der Aufsicht an», sagt Beat Krieger, der Medienverantwortliche der FMA. «Die Gebühren sind verursachergerechter. Das heisst, sie wurden – soweit möglich – den effektiv bei der FMA entstehenden Kosten angepasst.» Bei besonders aufwendigen Fällen kann die FMA die Kosten ausserdem direkt dem Verursacher in Rechnung stellen. «Damit wird vermieden, dass alle Beaufsichtigten für einen solchen Fall bezahlen müssen», sagt Beat Krieger.

«Man merkt die Sparbemühungen»

«Nicht ganz glücklich» sind die Treuhänder mit der neuen Lösung, wie Clemens Laternser sagt. Schliesslich haben Treuhänder, Anwälte, Patentanwälte oder Wirtschaftsprüfer bisher gar keine Aufsichtsabgabe geleistet. «Man merkt die Sparbemühungen der Regierung», sagt Laternser weiter. Auf einzelne Treuhänder kämen daher deutliche Mehrkosten zu. Auch aufgrund der teils drastischen Gebührenerhöhungen. Zwar sieht er die Mehrkosten noch als «vertretbar» an. «Aber sie kommen in einer Zeit auf uns zu, die ohnehin nicht ganz einfach ist.»

«Einsparungspotenziale prüfen»

Der Bankenverband wiederum steht der neuen Gebührenverordnung der Regierung vom System her grundsätzlich positiv gegenüber, wie Präsident Simon Tribelhorn mitteilt. Sollten sich die bei der FMA anfallenden Kosten in der gleichen Höhe wie im vergangenen Jahr bewegen, dann sei die Gebührenerhöhung für die Banken aber massiv. «Wir erwarten deshalb, dass die FMA allfällige Kosteneinsparungspotenziale prüft und nutzt», sagt Tribelhorn. Der Bankenverband sei auch guter Hoffnung, dass der neue FMA-Aufsichtsrat in dieser Frage die nötige Sensibilität aufbringe.



Zu mehr Eigenfinanzierung gezwungen: Wegen des reduzierten Staatsbeitrags muss die FMA mehr Kosten auf die Finanzplatzteilnehmer überwälzen. Bild Archiv

Das Thema habe auf jeden Fall hohe Priorität beim Bankenverband. «Wir sind derzeit daran, die genauen Auswirkungen zu analysieren und die nötigen Schlüsse für uns daraus zu ziehen. Anschliessend werden wir das direkte Gespräch mit der FMA suchen.»

Weitere Erhöhungen absehbar

Auch die FMA werde in der Umsetzung der Verordnung weiterhin den Dialog mit den Verbänden suchen, versichert Beat Krieger. Er hält es jedoch für wahrscheinlich, dass die Zusatzabgaben mit dem sinkenden Staatsbeitrag weiter steigen. «Eine konkrete Aussage über das Ausmass der Steigerung ist zurzeit aber nicht möglich. Dies wird von der allgemeinen Entwicklung und Struktur des Finanzplatzes, vom Auftrag des Gesetzgebers an die FMA wie auch von der internationalen Entwicklung im Bereich der Finanzmarktaufsicht und -regulierung abhängen.»

Da die Aufsichtsabgabe nach der neuen Regelung erst im kommenden Jahr rückwirkend berechnet wird, kann zur Gesamthöhe derzeit noch keine Angabe gemacht werden. «Wir arbeiten an internen Szenarien und werden voraussichtlich im Laufe des zweiten Quartals dieses Jahres Zahlen präsentieren», sagt Beat Krieger.



Wohnhaus in Schaan völlig ausgebrannt

Ein Bauernhaus in Schaan wurde gestern aus noch unbekannter Ursache ein Raub der Flammen. SEITE 4

Einbrüche geklärt

Der Einbruch in eine Autogarage von dieser Woche konnte geklärt werden. Die Ermittlungen der Landespolizei sowie der Kantonspolizei St. Gallen ergaben, dass zwei 16-Jährige in der Nacht auf Dienstag in eine Garage in Balgach CH sowie in Eschen eingebrochen sind. Die beiden Jugendlichen drangen in Eschen durch ein eingeschlagenes Fenster in die Garage und entwendeten ein Fahrzeug sowie diverse Schlüssel. Die beiden minderjährigen Täter werden durch die Landespolizei bei der Liechtensteiner Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. *(lpfl)*

Sprengmittel definiert

Das Sprengmittel, welches im September 2009 einen Briefkasten in Triesen beschädigte, konnte zwischenzeitlich definiert werden. Es handelte sich dabei um einen handelsüblichen pyrotechnischen Gegenstand, welcher von jedermann legal zu erwerben ist. Der Knallkörper wurde durch die unbekannte Täterschaft in einen Briefkasten gelegt, welcher durch die Detonation zerstört wurde. *(lpfl)*

Gemeinde Stäfa spricht sich für Eschner Pfarrer Burali aus

ESCHEN – Offenbar muss die Kirchgemeinde Eschen nach einem neuen Gottesmann Ausschau halten. Denn Pfarrer Adriano Burali, seit 12 Jahren in Eschen tätig, soll nach den Sommerferien nach Stäfa wechseln und dort die Nachfolge des Liechtensteiner Pfarrers Kurt Vogt antreten, der nach 17 Jahren am Zürichsee nach Schlieren wechselt (das «Volksblatt» berichtete bereits am 17. Dezember). Nachdem die Stäfner Pfarrwahlkommission Adriano Burali an der ausserordentlichen Kirchgemeindeversammlung vom 3. Februar zur Wahl vorgeschlagen hatte, wurde der Basler mit 135 zu 5 Stimmen zum neuen Stäfner Pfarrer gewählt, berichtet Radio Liechtenstein. Nach der Wahl braucht es nun noch die Zustimmung des Churer Bischofs Vitus Huonder. Und auch das Erzbistum hat ein Wort mitzureden. Erzbischof Wolfgang Haas muss einen Abgang in den Kanton Zürich bestätigen. (red)



SYMBOLFOTO VMH

Acht rechtsradikale junge Männer stehen seit gestern in Vaduz vor Gericht. Ihnen drohen bis zu zwei Jahre Haft, das Urteil wird für heute erwartet.

Spiel mit verbotenem Feuer

Aufgeflogene Neonazi-Gruppe wegen Rassendiskriminierung vor Gericht

VADUZ – Vor dem Schöffengericht Vaduz müssen sich seit gestern acht rechtsradikale Männer – sieben Liechtensteiner und ein Österreicher – verantworten.

• Johannes Mattivi

Liechtenstein hat zwar kein Verbotsgesetz (so wie Deutschland und Österreich), aber es hat einen Anti-Diskriminierungsparagrafen im Strafgesetzbuch (§ 283 StGB). Demnach ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen, wer unter anderem «öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt».

Soweit steht es bereits im ersten Absatz des mehrere Punkte umfassenden Anti-Diskriminierungsparagrafen des Liechtensteiner StGB, welcher zuletzt im Jahr 2000 aktualisiert wurde. Der Tatbestand scheint in Liechtenstein nicht oft angeklagt zu werden. Warum, darüber lässt sich nur spekulieren. Ist es, weil Verbrechen dieser Art im Land nicht oft vorkommen? Oder ist es, weil gegenüber hetzerischen rechtsradikalen Gesinnungen, Äusserungen und Aktionen allzu oft beide Augen zugedrückt werden? Weil der berüchtigte «Stammtisch» bzw. allzu weite Teile der Bevölkerung – und darunter vielleicht sogar manche öffentlichen Organe – solche Ansichten insgeheim oder offen bzw. mehr oder weniger deutlich teilen oder höchstens mit einem laschen Augenzwinkern tolerieren bzw. abtun?

Angeklagte lachen und spassen

Irgendeinen Grund muss es ja haben, dass jene acht 21- bis 28-jährigen Männer, die sich gestern und heute wegen des Vorwurfs der Rassendiskriminierung (eben besagter § 283 StGB) vor einem Schöffensenat am Landgericht Vaduz verantworten müssen, schon am ersten Prozesstag beständig zu Jux und Tollerei aufgelegt waren, dass es während der Einzelbefragung der Angeklagten durch das Gericht einige Male zu Grinsern oder sogar offenem Gelächter kam. Zumindest so lange, bis der Staatsanwalt und der vorsitzende Richter den Angeklagten klarmachte, dass hier ziemlich ernste Vorwürfe (mit Strafdrohung bis zu zwei Jahren Haft) verhandelt würden. Dann herrschte vorerst betroffene Ruhe im Saal. Vorerst. Bis zur ersten Rauchpause draussen vor der Tür …

Einschlägige Gesinnung

Die Vorwürfe und die ersten Beweise gegen die acht jungen Burschen waren sonnenklar. Alle acht sind zugegebenermassen rechtsradikal gesinnt. Im Jahr 2007 gründeten sie unter dem Namen «Amalek Liechtenstein» eine lose, freundschaftliche Vereinigung mit Clublokal im Industriegebiet Triesen. Das Clublokal diente für Festivitäten und lockere Zusammenkünfte und war – passend zur Gesinnung – mit Ku-Klux-Klan-Fahnen, deutschen Landserfahnen, einschlägigen rechten Postern und Plakaten und sogar einem Hitler-Bild «geschmückt». Von der Musikanlage im Clubraum lief Rechtsrock (von Bands wie «Words of Anger», «Rassenhass» oder «Landser»). Bei einem sogenannten «Novemberfest» 2007 und einer Geburtstagsfeier eines Clubmitglieds traten sogar drei einschlägige Bands live auf. Nach einer Meldung bei der Polizei und einer Hausdurchsuchung am 17. November 2007 flog der Neonazi-Club auf und zerfiel dann fürs Erste.

Dass die acht jungen Männer vor Gericht unisono auf «nicht schuldig» plädierten, war naturgemäss klar. Ebenso klar war, dass sie in der Befragung plötzlich nicht mehr wissen wollten, was für Textbotschaften Rechtsrock-Bands in der Regel transportieren, was ihr Clubname «Amalek» bedeutet (nämlich «grösster Feind der Juden») bzw. was Hetze gegen Ausländer, Juden und Schwarze bedeutet. Aber das wird das Gericht heute Freitag nach Anhörung einiger weiterer Zeugen beurteilen.

Aus der Regierung

Beitrag an Berufsfachschule

VADUZ – Die Regierung hat beschlossen, die von der Caritas Schweiz aufgebaute Berufsfachschule «Gjon Nikollë Kazazi» in Gjakova (Kosovo) von 2009 bis 2012 mit einem jährlichen Beitrag von 100 000 Franken zu unterstützen. Caritas Schweiz hat als Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Gjakova, der Diözese Prizren und dem Erziehungsministerium MEST von 2003 bis 2007 in Gjakova eine Berufsfachschule aufgebaut. Die Finanzierung erfolgte durch das Bistum Basel und die DEZA. Liechtenstein beteiligte sich von 2004 bis 2006 mit einem jährlichen Beitrag von 100 000 Franken an den Betriebskosten. Zuletzt besuchten pro Schuljahr rund 450 Schüler und Schülerinnen den Unterricht. Das Ausbildungsangebot umfasst Business Administration, Informatik, Landwirtschaft, Autoelektrik, Elektroinstallationen und Gemüseanbau. Eine vom Bistum Basel und Liechtenstein finanzierte Reorganisation führte zum Aufbau einer privaten Trägerschaft. Die neue, gemeinnützige Trägerorganisation «Association Vocational Training and Consultancy Gjon Nikollë Kazazi», der die Diözese Prizren, Caritas Schweiz und die Geschäftsfrauenorganisation She Era angehören, sichert einen innovativen und nachhaltigen Berufsbildungsbetrieb. In Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft sollen in naher Zukunft Praktika, betriebliche Fortbildungen und Erwachsenenbildung angeboten werden. (pafl)

Projekt für ethnische Minderheiten im Kosovo

VADUZ – Die Regierung hat beschlossen, die Vorarbeiten der Caritas Schweiz für ein Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für die Roma-Minderheit in Gjakova (Kosovo) mit einem Beitrag von 51 150 Franken zu unterstützen. In der RAE (Roma, Ashkali, Egyptean)-Siedlung «Ali Ibra» müssen rund 135 Familien mit ca. 700 Angehörigen von ethnischen Minderheiten seit den 1960er-Jahren in prekären Verhältnissen auf und neben der Mülldeponie leben. Hauptprobleme sind ungenügende Wohnbedingungen, prekäre Hygieneverhältnisse, ungenügende Einschulungschancen sowie fehlende Arbeitsmöglichkeiten. In Prizren konnte, auch mit finanzieller Unterstützung von DEZA und Liechtenstein, zwischen 2003 und 2005 für 50 RAE-Familien ein Häuserbauprogramm mit anschliessender Gemeinwesenarbeit (Einschulung und Infrastrukturverbesserungen) realisiert werden. Das geplante Umsiedlungs- und Gemeinwesenprojekt in Gjakova wird mit rund 1,8 Millionen Franken veranschlagt. Bevor das Projekt gestartet werden kann, sind Vorbereitungsarbeiten notwendig. Diese umfassen unter anderem weitere Verhandlungen der Caritas vor Ort, Fragen zur Zusammenarbeit in der Praxis zwischen den verschiedenen Organisationen und die Finanzierungssicherstellung. (pafl)

«ALV-Massnahmen nachvollziehbar»

Verhaltene Kritik der Wirtschaftskammer

VADUZ – Um die Arbeitslosenversicherung zu sanieren, plant die Regierung Leistungsanpassungen und Beitragserhöhungen. Die Wirtschaftskammer übt zwar Kritik, aber nicht allzu laut.

• Michael Benvenuti

Knapp 90 Millionen Franken betrug das Polster der Arbeitslosenversicherung Ende 2000, neun Jahre später sind nur mehr 23,9 Mio. übrig. In 18 bis 24 Monaten droht der ALV endgültig das Geld auszugehen. Dass Handlungsbedarf besteht, ist seit Jahren bekannt. Bereits 2006 stufte der damalige Wirtschaftsminister und jetzige Regierungschef Klaus Tschütscher eine Totalrevision der ALV als «prioritär» ein.


WK-Präsident Arnold Matt.

Dennoch brauchte es vier Jahre und einen Personalwechsel im Ressort, bis den Worten auch Taten folgten. Seit gestern befindet sich der vom jetzigen Wirtschaftsminister Martin Meyer ausgearbeitete Gesetzesentwurf in der Vernehmlassung, die ersten Reaktion sind durchaus positiv.

Forderung der WK erfüllt

«Aufgrund der Sachlage, dass die ALV dringend saniert werden muss, können die geplanten Massnahmen der Regierung sicher nachvollzogen werden», erklärte etwa Arnold Matt, Präsident der Wirtschaftskammer, auf «Volksblatt»-Anfrage. Zwar kämpfe die Wirtschaftskammer immer gegen Erhöhungen der Sozialleistungen, und damit gegen Erhöhungen der Lohnnebenkosten, «in diesem Fall können wir uns aber nicht wirklich wehren».

Positiv beurteilt Matt die Tatsache, dass der Beitragssatz in Liechtenstein trotz Erhöhung weit unter jenem in der Schweiz liegt und dass die Erhöhung des Beitragssatzes von 0,5 auf 1 Prozent zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werde.


FOTO KEYSTONE

Arnold Matt befürchtet für das Baugewerbe Verschlechterungen.

Selbst die geplanten Änderungen bei der Kurzarbeit, wo die Entschädigung der Arbeitnehmer von 84 auf 80 Prozent gesenkt werden soll, stossen bei Matt auf Zustimmung: «Dies mag auf den ersten Blick zwar schlecht sein, dient aber schlussendlich dem Erhalt von Arbeitsstellen.» Als «erfreulich» bezeichnet der WK-Präsident das Vorhaben der Regierung, die Unternehmer administrativ zu entlasten, indem in Zukunft sämtliche Abgaben an die AHV und die ALV direkt und mit nur einer Überweisung an die AHV erfolgen.

Auf Kritik stösst hingegen die geplante Wartefristverlängerung bei der Schlechtwetterentschädigung von einem Tag auf neu drei Tage. Diese Änderung sei nicht wirklich nachvollziehbar und könne besonders das Baugewerbe stark treffen, warnt Matt.

LIHK hält sich zurück

Deutlich zurückhaltender als die Wirtschaftskammer kommentierte die LIHK den Gesetzesentwurf. Da die Totalrevision eben erst zur Vernehmlassung ausgeschrieben worden sei, «ist es der LIHK derzeit noch nicht möglich, konkrete Aussagen zu machen», teilte LIHK-Präsident Josef Beck dem «Volksblatt» mit. Grundsätzlich sei eine Totalrevision der ALV aber «notwendig und im Interesse aller Beteiligten».

Stark beschädigte Madonnafigur



Grundlos umgefallen? Warum die Madonna auf den Altar stürzte, ist nicht bekannt. Bild pd

In der Kapelle Maria zum Trost auf Dux steht zur Zeit nicht die Original-Madonnafigur mit dem Jesuskind auf dem Arm, sondern eine Ersatzfigur. Grund: Am Dienstag, 2. Februar, stürzte die Marienstatue aus bisher ungeklärten Gründen auf den Altar vor ihr und nahm erheblichen Schaden. Die Landespolizei konnte nach ihren Ermittlungen keine eindeutige mutwillige Beschädigung feststellen, wie Tina Enz, Mediensprecherin der Landespolizei, gestern mitteilte. Es könne durchaus sein, dass die Statue von alleine umgefallen und so der Sachschaden entstanden sei.

An diese Theorie will Schaans Pfarrer Florian Hasler nicht recht glauben. Eine solche Statue falle nicht ohne Grund um, ist er überzeugt. Er vermutet vielmehr, dass sich jemand an der Madonnafigur zu schaffen machte und womöglich den Rosenkranz – ein Geschenk von Papst Johannes Paul II., das er bei seinem Besuch in Liechtenstein 1985 machte – stehlen wollte. «Der Rosenkranz war gerissen und hatte sich auf ungewöhnliche Weise um Marias Zepter gewunden», erzählt Florian Hasler. Der kaputte Rosenkranz sei aber das kleinste Problem. Die Schäden an der Madonnastatue und am Jesuskind seien viel gravierender. Der Sachschaden beläuft sich auf rund 4000 Franken.

Der Alarm ging am Dienstagmittag um 12.30 Uhr los. Das Sicherheitspersonal war wenige Minuten später vor Ort und fand die umgestürzte Statue vor. Gestohlen wurde in der Kapelle nach Angaben von Pfarrer Florian Hasler nichts.

Die Marienstatue und das Jesuskind, die um 1720 oder noch früher entstanden sind, sollen in den nächsten Tagen von einem Experten in Liechtenstein wieder instand gesetzt werden. In zwei Wochen soll «Unsere liebe Frau», wie das Gnadenbild auch genannt wird, wieder an gewohnter Stelle – im vergoldeten dreifachen Wolkenkranz – stehen. Zwar steht im Moment eine Ersatzmarienfigur aus der Pfarrkirche auf dem Altar der Duxkapelle, «aber das ist natürlich nicht das gleiche», sagt Florian Hasler und hofft, dass die Duxkapelle ihr Wahrzeichen möglichst schnell zurückbekommt. *(jak)*

Zwei Verkehrsunfälle mit Sachschaden

Am Mittwochnachmittag kam es zu zwei Verkehrsunfällen ohne verletzte Personen. Eine Fahrzeuglenkerin fuhr auf einer Nebenstrasse in Vaduz, mit der Absicht, auf die Landstrasse einzubiegen und missachtete dabei einen sich bereits auf der Hauptstrasse befindlichen Personenwagen. Dadurch kam es zur Kollision, es entstand Sachschaden. Zu einem weiteren Verkehrsunfall kam es beim Sonnenkreisel in Triesen, als ein Lenker eines Personenwagens den Vortritt missachtete und trotz eines sich bereits im Kreisel befindlichen Wagens in diesen einfuhr. An beiden Fahrzeugen entstand Sachschaden. *(lpfl)*

Die Kugel ins Rollen bringen

Im März befasst sich der Landtag mit der Zukunft des Glücksspiels in Liechtenstein. Bereits in absehbarer Zeit könnte das neue Geldspielgesetz dafür sorgen, dass die Roulettekugeln legal rollen und auch alle anderen Glücksspiele eine gesetzliche Grundlage besitzen.

Von Heribert Beck



Rechtssicherheit, Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, ein Plus an touristischer Attraktivität: Das neue Glücksspiel soll Liechtenstein gleich mehrfachen Nutzen bringen. Bild Bilderbox

Eine Reihe von Gründen hat gemäss Wirtschaftsminister Martin Meyer den Ausschlag gegeben, die Liechtensteiner Gesetzgebung in Bezug auf die verschiedensten Arten von Glücksspielen zu liberalisieren. So seien beispielsweise die derzeit noch gültigen gesetzlichen Grundlagen aus den Jahren 1923 und 1949 heute bei Weitem nicht mehr zeitgemäss. «Schliesslich ist die Entwicklung im Lauf der Jahrzehnte nicht stehen geblieben. Die Schweiz und auch andere Staaten haben ihre Verbote rund um die Geldspiele gelockert und in ganz Europa herrscht die Tendenz zu einer Liberalisierung», sagte Regierungschef-Stellvertreter Meyer an der gestrigen Pressekonferenz der Regierung.

Rechtssicherheit im Spielbereich

Ausserdem sei es der Regierung mit dem am Mittwoch verabschiedeten Bericht und Antrag zum neuen Geldspielgesetz darum gegangen, Vereinen und anderen Institutionen Rechtssicherheit zu bieten. So erfreuten sich zum Beispiel Tombolas zugunsten der Jugendarbeit oder sozialer Zwecke ungebrochener Beliebtheit. «Bisher ist dieser Bereich aber rechtlich nicht geregelt», sagte Martin Meyer.

«Darüber hinaus sieht die Regierung grosses wirtschaftliches Potenzial im Geldspielbereich», so Meyer weiter. «Gerade ein Casino hätte positive Auswirkungen auf den Tourismus, würde Arbeitsplätze schaffen und erhebliche Steuereinnahmen generieren.»

Klare Regeln für ein Casino

Gestützt auf internationale Erfahrungen habe sich die Regierung in ihrem Bericht und Antrag an den Landtag aber nicht nur auf den Spielbankenbereich fixiert. «Wir haben uns klar für einen integralen Ansatz entschieden, der alle Geldspielformen umfasst», sagte der Wirtschaftsminister. Reguliert werden also unter anderem auch die Online-Glücksspiele, Geschicklichkeitsspiele an Automaten oder verkaufsfördernde Massnahmen in Geschäften.

Dies ändert aber natürlich nichts daran, dass der Casinobereich einen wichtigen Bestandteil des Gesetzes ausmacht. «Für ein Casino in Liechtenstein werden wir nur eine Konzession vergeben», sagte Martin Meyer. Diese werde öffentlich ausgeschrieben und unterliege strengen Auflagen wie dem Vorhandensein eines Sicherheitskonzepts und eines Sozialkonzepts, um der Spielsucht entgegenzusteuern. «Wir orientieren uns dabei an höchsten internationalen Standards.» Dazu gehöre unter anderem auch, die von der FATF geforderte Unterstellung aktueller wie zukünftiger Anbieter von gewerbsmässigen Spielen unter die Geldwäscherei-Sorgfaltspflicht.

Grossteils in den Staatshaushalt

Der steuerliche Nutzen für den Staat belaufe sich bei einem Casino in Liechtenstein auf 3,5 bis 5 Millionen Franken, rechnete Wirtschaftsminister Martin Meyer den Medienvertretern vor. «Die genaue Summe hängt dabei vom Brutto-Spielertrag ab.» Mit 20 Prozent der Steuereinnahmen würde künftig ein Glücksspielfonds gespeist, mit dem gemeinnützige sowie wohltätige Zwecke verfolgt werden sollen, so die Pläne der Regierung. Die restlichen 80 Prozent sollten in den allgemeinen Staatshaushalt fliessen.

Wie genau das Gesetz schliesslich aber ausgestaltet ist, entscheiden die Landtagsabgeordneten, die sich bereits in wenigen Wochen erstmals mit der Gesetzesvorlage befassen werden.

«Todfeind Israels» – und keiner wills wissen

Gestern begann am Landgericht ein Prozess gegen acht Männer. Ihnen wird vorgeworfen, sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt zu haben, «deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen».

Von Richard Brunhart

Die jungen Männer im Alter zwischen 21 und 28 Jahren bekannten sich gestern am Landgericht alle nicht schuldig. Ein in Liechtenstein angemieteter Raum, der mit Fahnen, Postern und Plakaten mit nationalsozialistischem und anderem fremdenfeindlichen Symbolgehalt ausgestattet war, habe lediglich dazu gedient, einen Ort für private Treffen beziehungsweise eine kostengünstigere Alternative zum gewöhnlichen Ausgang zu haben, sagten die Angeklagten, sieben liechtensteinische und ein österreischischer Staatsbürger.

Verhandlung wird heute fortgesetzt

Die Staatsanwaltschaft wirft den jungen Männern vor, auch Dritte in den Raum eingeladen und ihnen damit nationalsozialistisches Gedankengut zugänglich gemacht zu haben. Insbesondere sollen sie diesen Dritten Musik mit rassendiskriminierenden Texten vorgespielt haben. Die Angeklagten sagten dagegen aus, Zugang zum Raum hätten nur Personen mit dem gleichen Gedankengut gehabt – «Leute, die man kennt».

Der Erstangeklagte erklärte, sie hätten darauf geachtet, dass niemand in den Raum kam, der sich durch die Inhalte verletzt gefühlt hätte. Zwar hätten auch «Nichtmitglieder» in den Raum eingeladen werden können. Aber wenn die betreffende Person nicht zum engsten Bekanntenkreis gehört hatte oder die Freundin eines der acht Kollegen war, hätten sie sich darüber abgesprochen, ob eine Einladung in Ordnung geht. Die Verhandlung wird heute mit der Einvernahme von Zeugen fortgesetzt, die Licht in diese Angelegenheit bringen sollten.

Eine Preisliste auf freiwilliger Basis

Der Staatsanwalt nahm die Aussage eines Zeugen vorweg, der zweimal eingeladen worden sei, aber ausgesagt habe, nichts mit der rechten Szene zu tun haben zu wollen. Ein Angeklagter räumte ein, dass an einer Geburtstagsparty mit 30 bis 40 Gästen wohl auch solche den Raum besuchten, die keine so extreme Gesinnung vertreten.

Aber die acht jungen Männer verwehrten sich dagegen, dass der Raum öffentlich war. Eine bei einer Hausdurchsuchung Mitte November 2007 sichergestellte Preisliste für Getränke – auf freiwilliger Basis, hob ein Angeklagter hervor – sollte die Besucher auf die Kosten der Getränkebesorgung aufmerksam machen. Es sei aber nicht so, dass so viele Personen den Raum besucht hätten, dass man sie nicht persönlich hätte informieren können.

Keine Vereinigung gegründet

Über die Gesinnung der acht Angeklagten bestehen kaum Zweifel. Sie hätten den Raum gemeinsam eingerichtet. Dass die gleichgesinnten jungen Männer eine Vereinigung gegründet hatten, bestritten sie aber. Hinweise auf eine Vereinigung wiesen sie mit öfters ähnlich lautenden Aussagen zurück. Sie beriefen sich gelegentlich auf die Ausführungen ihrer Kollegen. Mehr dazu könnten sie nicht sagen.

Weshalb sie den Raum, dessen Mietkosten sie unter sich aufgeteilt hatten, als «Clubraum» bezeichneten, erklärte keiner genauer. Möglich sei, dass sie den Raum so genannt hatten, weil es ein Clubraum für den Vormieter gewesen ist, sagte ein Angeklagter aus. Sie hätten aber nie vorgehabt, einen Club zu gründen.

Name ohne besondere Bedeutung?

Weshalb sie dem «Clubraum» weiter den Namen «Amalek Liechtenstein» gegeben hatten, beantwortete ebenfalls keiner der Angeklagten. Ebenso will niemand gewusst haben, was «Amalek» bedeutet. Erst nach der Hausdurchsuchung und der Einvernahme durch die Polizei und einen Untersuchungsrichter scheinen sie sich für die Bedeutung des Namens interessiert zu haben.

«Amalek» bedeute ungefähr «Todfeind Israels», erklärte einer der Angeklagten. Dies sei ihm zum Zeitpunkt der Namensgebung aber nicht bekannt gewesen. Soviel er wisse, sei in der Gruppe auch nicht über die Bedeutung gesprochen worden. Selbst als er gemäss seiner Aussage aus eigenem Entschluss T-Shirts mit dem Namen des Raumes bedrucken liess, fand die Bedeutung nicht sein Interesse. Gemäss der Staatsanwaltschaft sind solche T-Shirts auch verkauft worden. Dazu, wer den Namen vorgeschlagen hatte, machte keiner der Angeklagten Angaben. Sie könnten sich nicht erinnern.

Unordnung wird protokolliert

Auf die Existenz einer Vereinigung weist auch ein durch die Polizei sichergestelltes Protokoll hin. Die Angeklagten erklärten jedoch, dieses habe nur dazu gedient, die bei einer Besprechung gemachten Beschlüsse über die Raumnutzung den nicht anwesenden Kollegen bekannt zu machen. Da oft Unordnung geherrscht habe und gelegentlich Einrichtungsgegenstände zerstört worden seien, habe etwas unternommen werden müssen.

Im Protokoll wurde auch festgehalten, dass ein Novemberfest stattfinden sollte, «um am Ball zu bleiben und unseren Clubraum nicht in Vergessenheit geraten zu lassen». Das bedeute, dass sich die Gruppe nicht mehr so häufig im gemeinsamen Raum getroffen habe. Sie hätten damit den Vorsatz gefasst, sich öfter zu treffen, damit sich die Mietkosten auch lohnen. Wie viele und wer an dieser Sitzung teilgenommen hat, blieb gestern unklar. Nur der Verfasser und ein weiterer Angeklagter konnten sich daran erinnern, nicht aber, wer sonst noch anwesend war.

Entscheid heute möglich

Zu einer Entscheidung darüber, wie die Aussagen zu beurteilen sind, könnte das Gericht bereits heute gelangen. Einer der Angeklagten muss sich auch gegenüber dem Vorwurf verantworten, Gegenstände, die auf eine Rassendiskriminierung abzielen, weiterverbreitet zu haben. Auf die den jungen Männern zur Last gelegten Taten stehen bis zu zwei Jahre Freiheitsstrafe.

POLIZEIMELDUNGEN

Erneut Kupferdiebe am Werk

TRIESEN – Bei einer Baustelle in Triesen kam es am Donnerstagnachmittag erneut zu einem versuchten Diebstahl von Kupferteilen. Der vermeintliche Dieb war gerade damit beschäftigt, einen Firmenbus mit Kupfer zu beladen, als er entdeckt wurde. Der Zusammenhang mit dem Diebstahl von letzter Woche, bei dem ein Vermögensschaden von mehreren Tausend Franken entstand, ist noch nicht geklärt. Aus diesem Grund sucht die Landespolizei Personen, welche Angaben zu dem Kupferdiebstahl vom Donnerstag, den 28. Januar, machen können. Mehrere unbekannte männliche Personen luden gegen 7.45 Uhr beim Altersheim in Triesen Dachrinnen, Kupferrohre usw. auf einen Lieferwagen mit SG-Kontrollschildern und transportierten diese ab. Hinweise sind an die Landespolizei sind unter der Telefonnummer 236 71 11 oder per E-Mail an info@landespolizei.li erbeten. (red/lpfl)

Einbrecher treiben ihr Unwesen

ESCHEN/BALZERS – Zu einem Einbruchversuch in ein Wohnhaus sowie einem Fahrzeugeinbruch kam es in den vergangenen Tagen: So versuchte eine unbekannte Täterschaft in der Nacht auf Mittwoch in Eschen in ein Mehrfamilienhaus einzubrechen, was ihr aber misslang. In Balzers kam es am Donnerstagnachmittag zu einem Fahrzeugeinbruch, bei dem die Täterschaft die Fensterscheibe der Beifahrertür einschlug und die Handtasche aus dem Inneren entwendete. Es entstand ein Sach- sowie Vermögensschaden in noch unbekannter Höhe. (lfpl)



www.volksblatt.li
Die Info-Plattform Nummer 1

Stoppsignal gegen Rechts

Alle acht Neonazis der ehemaligen Vereinigung «Amalek» zu Haftstrafen verurteilt

VADUZ – Jene acht Neonazis, die sich seit Donnerstag vor einem Schöffensenat in Vaduz wegen Rassendiskriminierung verantworten mussten, bekamen gestern scharfe Urteile: Für alle acht setzte es mehrere Monate Gefängnis.

• Johannes Mattivi

Zweimal 3 Monate, viermal 4 Monate und einmal 6 Monate Gefängnis – jeweils bedingt auf eine Probezeit von drei Jahren. So lautete das Urteil für die ersten sieben Angeklagten. Der 28-jährige, mehrfach vorbestrafte Rädelsführer der Truppe erhielt 7 Monate unbedingte Haft. Damit setzte das Gericht ein deutliches Zeichen zur Abschreckung und Unterbindung von rechtsradikalen Aktivitäten in Liechtenstein.

Mitgliedschaft reicht

Rechtsextreme Ideen und Gesinnungen sind in Liechtenstein allein noch kein strafwürdiger Tatbestand. Strafrechtlich relevant wird das Ganze jedoch, wenn sich zwei oder mehr Personen zusammenschliessen mit dem Ziel, sich gegenseitig in ihren fragwürdigen Gesinnungen zu bestärken, vor allem wenn dabei gegen Angehörige anderer Rassen, Ethnien oder Religion gehetzt wird. Nach § 283 Abs. 7 des Liechtensteiner Strafgesetzbuches reicht also schon die Mitgliedschaft in einer rassendiskriminierenden Vereinigung aus, um mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden zu können. Erschwerend ist es naturgemäss, wenn eine solche Vereinigung auch noch öffentliche Propaganda betreibt und neue Mitglieder wirbt. Dieser Öffentlichkeitsgedanke steht hinter dem schweizerischen Strafgesetzartikel 261bis, welcher die Vorlage für den im Jahr 2000 in Liechtenstein eingeführten § 283 bildet. Liechtenstein-spezifisch ist die Hinzufügung des Absatz 7, der schon die Mitgliedschaft in einer rassendiskriminierenden Vereinigung unter Strafe stellt. Im österreichischen Strafrecht firmiert derselbe Paragraph unter dem Titel «Verhetzung», ein besserer, weil umfassender gewählter Begriff. Schliesslich geht es ja um Diskriminierung und Hetze nicht nur gegen fremde Rassen, sondern auch gegen andere Ethnien und Religionszugehörigkeiten.



FOTO WODICKA

Mit dem Urteil wollte der Senat zeigen, dass für rechtsradikale Aktivitäten in Liechtenstein kein Platz ist.

Ernst der Lage erkannt

Der gestrige zweite Verhandlungstag im Neonazi-Prozess verlief grundsätzlich gleich wie der erste. Nur dass die Angeklagten etwas weniger grinsten und feixten, weil ihnen wahrscheinlich langsam klar geworden war, dass dieses Gericht die Angelegenheit sehr ernst nahm. Schliesslich ist ein angedrohter Strafrahmen von bis zu zwei Jahren keine Lappalie.

Nachdem am ersten Tag die acht Angeklagten ausführlich zu allen Vorwürfen befragt worden waren, wurden am zweiten Tag insgesamt sechs Zeugen über die Vorfälle im ehemaligen Clubraum der Neonazis befragt. Und so wie die acht Angeklagten am ersten Tag logen und beschwichtigten, so logen am zweiten Tag auch die sechs Zeugen – allesamt Freunde der Angeklagten –, bis sich im Gerichtssaal alle Balken bogen, und bis der Staatsanwalt bei einem Zeugen sogar begann, im Strafgesetzbuch zu blättern, um nachzuschauen, ob man einen Zeugen, der ganz offensichtlich lügt, mitten im Gerichtssaal wegen Falschaussage festsetzen kann. Denn natürlich wussten die Zeugen – die grösstenteils und einbekanntermassen dieselbe Gesinnung wie die Angeklagten teilen – genauestens über die hetzerischen Inhalte der sogenannten «Rechtsrock»-Songs Bescheid, die im Clublokal des Öfteren neben Elvis-, Johnny-Cash- und Heavy-Metal-Scheiben liefen, natürlich wussten sie, was Hass und Hetze gegen Andersdenkende, gegen Juden, Schwarze, Linke, Punks, gegen den Staat bedeuten, was Nationalismus, so genannter Patriotismus und Hochjubeln der vorgeblich besseren «Weissen Rasse» bedeuten. Aber insgesamt fehlte den jugendlichen Gesinnungsfreundinnen und -freunden, die aus Gruppenzwang alle zugunsten der Angeklagten auszusagen versuchten, sichtlich ebenso wie den Angeklagten selbst das feste ideologische Fundament und das intellektuelle (wenn man es so nennen will) Unterfutter für ihre zum Ausdruck gebrachte Gesinnung. Alle Aussagen der anfangs 20-jährigen Zeugen – alle wie gesagt Freunde und Gesinnungsgenossen – der Angeklagten boten dasselbe erbärmliche, herumgedruckste Bild wie tags zuvor die Aussagen der Angeklagten. Man fühlte sich während der Befragung der Zeugen durch den Richter zuweilen wie in eine Prüfungssituation in einer Schulklasse zurückversetzt, wo die Prüflinge bei der Befragung durch den Lehrer am nicht gelernten Stoff herumdrucksen.

Nächste Runde eingeläutet

Als am Freitagnachmittag dann die Urteile verkündet wurden, meldeten vier der sieben anwesenden Verteidiger sogleich volle Berufung an. Drei Verteidiger erbaten sich vier Tage Bedenkzeit mit ihren Mandanten.

HINTERGRUND ZU DEN ANHALTENDEN VORWÜRFEN GEGEN DIE FMA UND REGIERUNGSCHEF TSCHÜTSCHER

Steuerzahler zahlen Zeche

Regierungschef Tschütscher schweigt zu FMA-Finanzierungsproblemen

VADUZ – Die neue FMA-Gebührenordnung der Regierung, die unbeantworteten Fragen rund um den gigantischen Mietvertrag der Finanzmarktaufsicht (FMA), den aufgeblähten Personalbestand und den millionenschweren Staatsbeitrag an die FMA empören nicht nur die Finanzintermediäre. Es rumort in der Bevölkerung: Es geht um ihre Steuergelder.

Der Streit um die Liechtensteiner Finanzmarktaufsicht eskaliert. Der Ursprung der Eskalation geht unter anderem auf Mitte des vergangenen Jahres zurück. Mit Wissen des finanzverantwortlichen Regierungschefs Tschütscher unterzeichnete die FMA am 1. Juli 2009 einen gigantischen Mietvertrag von 1,8 Millionen Franken pro Jahr bzw. 5000 Franken pro Tag, der ab Herbst 2010 mit Bezug der Mieträume seine Kostenwirksamkeit erlangt.

Im Mai- und Juni-Landtag 2009 forderten mehrere Parlamentarier den Regierungschef auf, diesen unkündbaren Mietvertrag auf 20 Jahre mit Gesamtkosten von 36 Millionen Franken rückgängig zu machen. Wie sich später herausstellte, wäre gar keine Rückgängigmachung erforderlich gewesen, da der vehement kritisierte Mietvertrag unmittelbar nach dem Juni-Landtag 2009 – am 1. Juli 2009 – unterzeichnet wurde. Darüber wurde der Landtag jedoch auf Nachfrage erst im September 2009 in Kenntnis gesetzt. Diese intransparente Vorgehensweise Tschütschers nahm in der Ausgestaltung und Nicht-Information über die Gebührenordnung seinen Fortgang.

Steuerzahler kommen für 10,7 Millionen Franken auf

Zudem liess die FMA die Personal-Spirale auf 80 Mitarbeiter hochschnellen. Von den 36 Neuangestellten stammen 90 Prozent aus dem Ausland. Um dies alles bezahlen zu können, wird der Steuerzahler kräftig zur Kasse gebeten. Der Staatskasse werden in diesem Jahr für die FMA 10,7 Millionen Franken entnommen. Im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten ist der Staatsbeitrag an die FMA in Liechtenstein masslos: In der Schweiz gibt es keinen Staatsbeitrag; in Österreich 3,5 Mio. Euro.

In Zusammenhang mit der Reduktion des Staatsbeitrages an die FMA forderte der Fraktionssprecher der FBP, Johannes Kaiser, von der Regierung ausdrücklich, den Restbetrag des horrenden FMA-Budgets 2010 (18,4 Mio. Franken) in Form von Gebühren nicht auf die Finanzintermediäre abzuwälzen, da dies nicht legitim sei. Die FMA müsse einhergehend mit der Reduktion des Staatsbeitrages, so Johannes Kaiser, den Personalbestand in einem zu definierenden Zeitfenster auf eine vernünftige Grösse von 40 bis 50 Personen reduzieren, die FMA-Fixkosten (zum Beispiel Miete) minimieren und endlich eine verantwortungsvolle Kosteneffizienz praktizieren.

Regierungschef und FMA vor Gericht

Der Regierungschef ignorierte diese Forderung und wälzt nun mit seiner neuen Gebührenordnung, die am 22. Dezember 2009 aufgesetzt und am 30. Dezember 2009 im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt veröffentlicht wurde, sämtliche FMA-Restkosten auf die Finanzintermediäre um. Mittels einer Popularbeschwerde ziehen die Treuhänder mit der Regierung nun vor den Staatsgerichtshof. In Vertretung der Treuhänder prangert Peter Monauni die «Gebührenanpassungen von bis zu 1000 Prozent» an. Zudem sei auch die fehlende Transparenz über Zusatzabgaben und die Unklarheit über die Höhe der zu zahlenden Beträge an die FMA «gesetzes- und verfassungswidrig». In ihrem Bestreben, gegen diese Gebührenordnung der Regierung Popularbeschwerde beim Staatsgerichtshof einzureichen, hätten sie grosse Unterstützung in allen Bevölkerungsschichten erhalten.



FOTO ZANGHELLINI

Seit Wochen schweigt Regierungschef Tschütscher zu den FMA-Vorwürfen.

Bis zu achtfach höhere Gebühren müssen auch die Vorsorgeunternehmen und Pensionskassen an die FMA zahlen. Dies sei nicht akzeptabel und gehe zudem zulasten der Versicherer, wie Bruno Matt, Geschäftsführer der LLB-Vorsorgestiftung, und Walter Fehr, Geschäftsführer des FL-Sozialfonds, mit grossem Unmut betonen. Die Versicherten der Vorsorgestiftungen beteiligen sich doppelt an dem verschwenderischen FMA-Finanzgebaren, als Steuerzahler und als Versicherte.

Antworten gefordert

Die Situation rund um die FMA eskaliert. Das Schweigen der FMA über die vielen offenen sowie ungereimten Fragen ist ihrer Arroganz zuzuschreiben. Für Regierungschef Klaus Tschütscher wäre es jedoch höchste Zeit, zu der massiv in Kritik stehenden Gebührenordnung und zu den offenen Fragen in Zusammenhang der FMA Stellung zu beziehen. Wurde die Gebührenordnung von der Regierung im Alleingang oder im Einvernehmen mit dem neuen FMA-Aufsichtsrat erlassen? Ist es überhaupt gesetzeskonform, einen Mietvertrag mit dieser gigantischen Kostendimension auf 20 Jahre unkündbar abzuschliessen? Wie ist die FMA im Kontext mit den jährlich absehbaren 160-Millionen-Defiziten mit dem heutigen Personalbestand von 80 Personen und einer Miete von 1,8 Millionen p.a. oder 5000 Franken pro Tag zu finanzieren? Es wird Zeit, dass die Beantwortung all dieser Fragen auf den Tisch kommt.

Heinz Zöchbauer

Hände waschen und viel trinken

Die gefürchtete Magen-Darm-Grippe, ausgelöst durch den Norovirus, geht wieder um. Eine Impfung, Medikamente oder spezielle Therapien gibt es nicht – Händewaschen bietet den besten Schutz.

Von Manuela Schädler

Der Norovirus treibt wieder sein Unwesen und zwingt viele Liechtensteiner ins Bett. Das Landesspital hat bereits Massnahmen getroffen und die Besuchszeit in den betroffenen Abteilungen eingeschränkt. Auch werden diese Stationen nicht weiter belegt. 10 Patienten sind von der Viruskrankheit betroffen. Sobald keine Neuerkrankungen mehr auftreten, werden die Sicherheitsmassnahmen aufgehoben. Das Landesspital vermutet, dass dies Anfang oder Mitte nächster Woche der Fall sein wird.

Das Spital Grabs bleibt hingegen vorerst vom Virus verschont – dort sind keine Patienten erkrankt. Auch der Ruggeller Hausarzt Manfred Oehry muss in seiner Praxis nicht überaus viele Magen-Darm-Erkrankungen behandeln. «Momentan klagen die Leute mehr wegen Heiserkeit, Husten oder Halsschmerzen», sagt er.



Oft Hände waschen: Gegen den Norovirus gibt es keine Impfung oder Medikamente. Fleissig die Hände waschen und auf die Hygiene achten sind die einzigen Vorbeugemassnahmen. Bild Wodicka

Hochansteckend

Während die Schweinegrippe meist glimpflich verläuft, schlägt der hochansteckende Norovirus mit voller Wucht zu. Bereits 100 Viruspartikel genügen, um die Magen-Darm-Krankheit auszulösen. Andere Infektionskrankheiten benötigen normalerweise 10 000 solcher Partikel, um ansteckend zu sein. Deshalb kommt es immer wieder dort zu gehäuftem Krankheitsauftreten, wo Menschen auf engem Raum zusammenleben, wie zum Beispiel Altersheime und Krankenhäuser. «Dort leben die Menschen nicht nur auf engem Raum, sondern sind oft auch geschwächt», sagt Dr. Manfred Oehry. Der Norovirus ist vor allem in den Wintermonaten aktiv und tritt in der kalten Jahreszeit 10 Mal häufiger auf als im Sommer, wie Oehry sagt. Grund dafür ist unter anderem, dass das menschliche Immunsystem im Winter eher geschwächst ist.

Fleissig die Hände waschen

Die Ansteckung erfolgt über den Mund durch verunreinigte Hände, durch in der Luft schwebende feine Tröpfchen nach Erbrechen, durch Kontakt mit durch den Norovirus verunreinigten Gegenständen oder durch Essen und Trinken von verunreinigten Lebensmitteln. Deshalb rät Manfred Oehry, sich fleissig die Hände zu waschen, auf Hygiene zu achten und auch immer wieder ein sauberes Handtuch zu benutzen. Eine Impfung oder Medikamente zur Vorbeugung gibt es nicht.

Viel trinken

Nützt auch alles Händewaschen nichts und die Magen-Darm-Grippe erwischt einen, ist vor allem viel trinken angesagt, da der Körper durch das Erbrechen und den Durchfall Flüssigkeit verliert. «Viel Wasser und Salz ist wichtig», sagt Dr. Oehry. So ist neben Tee auch eine Bouillon nicht falsch. Kann der Erkrankte nicht mehr genügend Flüssigkeit zu sich nehmen, sollte er einen Arzt aufsuchen. Vor allem Kinder und Senioren oder Menschen, die bereits an einer Krankheit leiden, dürfen nicht zu lange warten, da die Gefahr einer Austrocknung besteht. «Das kann sehr gefährlich werden», sagt Manfred Oehry. Beim Arzt kann mit einer Infusion der Flüssigkeitsmangel wieder aufbehoben werden. Ansonsten gibt es keine spezielle Therapie.

Norovirus überlebt 12 Tage

Der Norovirus ist nicht nur hochansteckend, sondern auch sehr resistent gegenüber Umwelteinflüssen. Eine Temperaturschwankung zum Beispiel macht ihm gar nichts aus. Er kann über 12 Tage lang auf verunreinigten Flächen ansteckend bleiben und auch ein infizierter Mensch kann ihn noch 14 Tage später ausscheiden und verbreiten. Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur die Hände fleissig gewaschen, sondern auch WC-Ränder, Eimer, usw. gereinigt und desinfiziert werden.

Norovirus – Krankheitsbild

12 bis 48 Stunden nach der Ansteckung beginnt die Krankheit meist abrupt mit oft schwallartigem Erbrechen, massivem Durchfall und auch Bauch-, Muskel- und Kopfschmerzen. Vereinzelt kommt noch Fieber dazu. Nach zwei bis vier Tagen ist die Krankheit überwunden. Als Behandlung ist vor allem auf genügend Flüssigkeit zu achten. Die Virusinfektion kann zu Hause auskuriert werden, deshalb den Hausarzt und nicht das Spital aufsuchen.

Drei bis sieben Monate Freiheitsstrafe für Rechtsextreme

Acht junge Männer befand das Landgericht gestern für schuldig, Mitglied einer Gruppe gewesen zu sein, die Rassendiskriminierung gefördert hat. Sie hätten die vorgefasste Gesinnung von sich selbst und diejenige enger Bekannter gefestigt.

Von Richard Brunhart

Das Landgericht musste gestern nach zwei Verhandlungstagen in einer rechtlich umstrittenen Frage ein Urteil fällen. Und voraussichtlich werden sich noch mehrere Instanzen damit befassen müssen: Einige der sieben Verteidiger kündigten umgehend nach der Urteilsverkündigung an, in Berufung zu gehen.

Fraglich war, ob es strafbar ist, Mitglied einer Vereinigung zu sein, die Rassendiskriminierung fördert, sich dabei aber nicht an die Öffentlichkeit wendet. Ein Verteidiger stellte klar, dass Privatsphäre und Versammlungsfreiheit hohe Güter sind und Liechtenstein kein Gesinnungsstrafrecht kennt. So heisst es im Strafgesetzbuch beispielsweise ausdrücklich, zu bestrafen sei, «wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt».

Öffentlichkeit nicht notwendig

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, «sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt» zu haben, «deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen». Dass sich die Gruppe an die Öffentlichkeit wenden muss, wird nicht explizit erwähnt und ist nach Ansicht des Gerichts auch nicht nötig. Der Verein, dem die Angeklagten angehörten, habe dazu gedient, Rassendiskriminierung zu fördern, erklärte der vorsitzende Richter.

Nicht nur die vorgefasste Meinung der Mitglieder hätten sie gefestigt – auch diejenige von Bekannten mit ähnlicher Gesinnung. Einige Bekannte wurden in einen von den acht Angeklagten gemeinsam gemieteten und mit rassendiskriminierenden Symbolen ausgestatteten Raum eingeladen. Unter anderem wurde Rechtsrock gehört. Zu den Textinhalten konnten oder wollten zwar weder die Angeklagten noch die Zeugen Genaueres sagen. Die bei einer Hausdurchsuchung im November 2007 sichergestellten Fahnen, Plakate und Bilder – unter anderem von Adolf Hitler –, lassen jedoch vermuten, dass die Texte zu Rassendiskriminierung aufrufen.

Moral ist nicht gleich Recht

Die Verteidiger distanzierten sich zwar von der Gesinnung ihrer Mandanten. Diese sei aber nicht Gegenstand des Verfahrens. In diesem Falle müsse man zwischen Moral und Recht unterscheiden. Sie plädierten für Freisprüche, da nach ihrer Ansicht der fragliche Abschnitt des Rassismusparagrafen im Lichte der anderen Abschnitte interpretiert werden sollte.

Strafbar wäre die Mitgliedschaft in einer Vereinigung demnach nur, wenn die Vereinigung öffentlich Rassendiskriminierung fördert. «Hier fehlt eindeutig die Öffentlichkeit», sagte ein Verteidiger. Sämtliche in den Raum eingeladenen Personen seien Freunde gewesen. Und wenn jemand seine Gesinnung gewandelt habe, sei dies kein Grund, ihn nicht zu den Freunden zu zählen und sich nicht zu treffen. Ein anderer ergänzte, dass die Gruppe gerade nicht öffentlich auftreten, sondern unter sich sein wollte. Eine Verteidigerin stellte zudem infrage, dass man von einer Vereinigung sprechen kann. Denn der angemietete Raum habe hauptsächlich dem Zweck gedient, eine günstigere Alternative zu öffentlichen Lokalen zu haben.

Wehret den Anfängen

Für den Staatsanwalt war zweifelsfrei erwiesen, dass es sich um eine Vereinigung handelte, die Rassendiskriminierung gefördert hat. Die Einrichtung des Raums lasse nur den Schluss zu, dass es sich um Verherrlicher des Dritten Reiches handle. Die Justiz dürfe nicht zulassen, dass eine solche Gruppierung straffrei ausgehe.

Für die vier vorbestraften Angeklagten – alle unter anderem wegen Körperverletzung – beantragte er unbedingte Haftstrafen. Die Texte von Rechtsrockbands deuteten darauf hin, dass es auch darum gehe, die körperliche Unversehrtheit anderer Menschen anzugreifen.

Unbedingte Strafe in einem Fall

Die Verteidiger argumentierten, dass allein die Systematik des Rechts dem widerspreche. Bei der Rassismusstrafnorm gehe es um die Wahrung des öffentlichen Friedens. Das Gericht sprach sich dann auch nur in einem Fall für eine unbedingte Haftstrafe aus. Die anderen sieben Strafen wurden bedingt auf drei Jahre ausgesprochen.

Der zu sieben Monaten unbedingt verurteilte Angeklagte organisierte im besagten Klubraum von «Amalek Liechtenstein» (siehe «Vaterland»-Ausgabe von gestern) eine Party, an der Rechtsrockbands auftraten und zu der 30 bis 50 Gäste kamen. Der vertrauliche Charakter habe dieser Veranstaltung gefehlt, erklärte der vorsitzende Richter. Deshalb wurde der mehrfach vorbestrafte Mann auch wegen Verbreitung rassendiskriminierender Inhalte verurteilt.

REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

JA

Industriezubringer Schaan
12./14. März 2010

Wohnquartiere von Schleichverkehr befreien

In den Gemeinden werden durch diese gezielte Verkehrslenkung die Wohnquartiere vom Schleichverkehr entlastet und geschützt.
Die Sicherheit und Lebensqualität für Familien, Kinder und die älteren Menschen wird erhöht.

Kurze Wege – grosse Wirkung wirtschafts- und umweltfreundlich

Aus dem Gericht

Professionell reumütig

VADUZ – Ein Gerichtsprofi, jener 30-jährige Schweizer, der gestern wegen Einbruchdiebstahls in einer Oberländer Autogarage vor dem Richter stand. Professionell geständig, reumütig, Besserung gelobend. Gut, der Vorfall war auch eine vollkommen bescheuerte Tat. Der Beschuldigte machte keinen Hehl daraus und schilderte alles ohne Vorbehalte. Also, der 30-jährige Schweizer ist Sozialhilfeempfänger, drogensüchtig (mit Vorstrafen) und in Pfäfers in Therapie, von wo er auch kräftige Antidepressiva verschrieben bekommen hat. Eine baldige stationäre Langzeittherapie strebt er auf freiwilliger Basis an. Im August 2009 hatte der Beschuldigte nach einem Streit mit seiner Freundin und zu seinen Pillen dazu wieder einmal kräftig gebechert (5 Liter Bier und eine Flasche Wodka). Und dann wusste er nicht mehr, was er tat. Brach bei einem Garagisten durchs Fenster ein und stahl ein Taschenmesser und eine Flasche Coca-Cola. Schaden am Fenster: 1000 Franken. 500 davon muss er nun laut Urteil zahlen, dazu 600 Franken aus einer früheren bedingten Strafe. Wenigstens sind die 8 Monate Haft, die er für den Einbruch bekam, bedingt ausgesprochen. (jm)

Interkultureller Zickenkrieg

VADUZ – Kontrastprogramm beim selben Richter: Gleich nach dem 30-jährigen Schweizer (s. oben) vor Gericht eine 45-jährige Putzfrau aus Guinea (Afrika), die wegen gefährlicher Drohung angezeigt worden war. Der Vorfall: Die Putzfrau hatte in der Weiterführenden Schule Triesen gearbeitet und eine neue Gruppenleiterin bekommen, mit der sie zunächst prächtig auskam. Doch urplötzlich kam es zu Konflikten. Die Putzfrau erhielt von ihrer Chefin den Vorwurf, zu langsam und nicht genau genug zu putzen. Es kam zum Streit mit anschliessender Krisensitzung beim Chef. Neuerlich mit Vorwürfen konfrontiert explodierte schliesslich die Afrikanerin und sagte zur Gruppenleiterin halb deutsch, halb französisch: «Wenn du mich nochmal als Trottel bezeichnest, je vais te couper la bouche.» Die Angesprochene verstand «Hals durchschneiden» und fühlte sich bedroht. Ein Missverständnis. Vor Gericht gaben sich beide entschuldigend die Hand. Verfahren somit per Diversion eingestellt. (jm)



Die Bürgergenossenschaft Balzers plant den Bau eines Holzheizwerks. Unser Foto zeigt eine vergleichbare Anlage in Götzis.

Grüne Wärme für Balzers

Bürgergenossenschaft plant den Bau eines Holzheizwerks

BALZERS – Es wird oft behauptet, dass Liechtenstein nur wenig tut, um seine CO_2-Bilanz zu verbessern. In Balzers sieht man dies ganz anders. Folgerichtig plant man aus eigener Kraft Grosses.

• Holger Franke

In Balzers soll schon bald ein grösseres Holzheizwerk, betrieben mit Holzhackschnitzeln aus liechtensteinischen Wäldern, entstehen. Wie das «Volksblatt» exklusiv erfahren hat, plant die Bürgergenossenschaft den zügigen Bau einer entsprechenden Anlage, die Teile der Gemeinde nachhaltig mit Wärme versorgen soll. Gut für die Umwelt und gut für die Erfüllung der Verpflichtungen Liechtensteins aus dem Kyoto-Protokoll.

Nachwachsende Rohstoffe selbst nutzen

«Die Industrie verwendet heute vorwiegend Gas oder Öl. Es gibt Betriebe in Balzers, die pro Tag bis zu 2500 Liter Heizöl verbrennen», erklärt Silvio Wille, Vorsitzender der Bürgergenossenschaft Balzers gegenüber dem «Volksblatt». Für ihn liegt der Nutzen eines Holzheizwerks für die Waldbesitzer in Liechtenstein auf der Hand: «Alle Waldbesitzer haben Überschüsse. Viele Holzabfälle liegen ungenutzt im Wald – Ein beachtlicher Brennholzanteil davon wird sogar nach Italien und Österreich abtransportiert.»

Allein der Transport ist ökologisch wenig sinnvoll, darum möchte man die nachwachsenden Rohstoffe künftig lieber selbst nutzen, um Teile der Gemeinde mit Wärme zu versorgen. Geplant ist die Versorgung der Gemeindebauten im Zentrum und der Betriebe im Industriegebiet Neugrüt. Auch der Industriekonzern OC Oerlikon könnte versorgt werden, eine verbindliche Zusage der Verantwortlichen steht aber noch aus. Entstehen soll die Anlage am nördlichen Ortseingang von Balzers. Geplant ist ein Investitionsvolumen in der Grössenordnung von etwa 8 bis 10 Millionen Franken für das Heizhaus und die nötigen Fernwärmeleitungen.

Landtag wird über die nötige Subvention entscheiden

Die Finanzierung ist zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht geklärt: Neben eigenen Mitteln und einer Subvention durch das Land müsste ein Teil vermutlich auch über einen Bankkredit finanziert werden. Hierbei zeigt sich die Bürgergenossenschaft aber optimistisch, die nötigen Gelder zusammenzubringen: «Wenn man bedenkt, dass die Öl- und Gaspreise in Zukunft wohl eher steigen werden, sehen wir unserem Projekt positiv entgegen», ist Silvio Wille überzeugt. In der Tat, das Volumen kann sich sehen lassen: «Machbarkeitsstudien haben ergeben, dass durch den Betrieb der Anlage ein Energieäquivalent von jährlich 1 bis 1,5 Millionen Liter Heizöl eingespart werden könnte», erklärt Wille.

Voraussichtlich im Frühjahr wird der Landtag über das entsprechende Subventionsgesuch entscheiden. Dann müssten Vorverträge mit den künftigen Bezügern abgeschlossen werden und die Genossenschaftsversammlung dem Projekt die Zustimmung erteilen. Wenn alles reibungslos klappt, könnte bereits Anfang kommenden Jahres mit dem Bau begonnen werden. Ein Jahr später könnten sich dann bereits erste Bezüger über die hausgemachte Wärme freuen.

Holzheizwerk

Ein Holzheizwerk stellt Wärme bereit, die als Fern- oder Nahwärme oder als Prozesswärme genutzt werden kann. Bei reiner Wärmebereitstellung spricht man von einem Holzheizwerk.

Als Rohstoff werden feste Brennstoffe (biogener Festbrennstoff) wie z. B. Reste aus der Holzverarbeitung, nicht als Nutzholz geeignetes Waldholz, eingesetzt. Ein Holzheizkraftwerk ist ein mit Holz betriebenes Heizwerk. Bei welchem zusätzlich durch die Verbrennung von Holz elektrische Energie erzeugt wird.

Massenschlägerei unter lauter «Pazifisten»

4. Runde im Maurer Oktoberfestprozess: Geldstrafen für zwei CH-Rechtsradikale wegen Schlägerei und Widerstand

VADUZ – Vorfälle mit Skinheads und Neonazis verlaufen immer nach dem gleichen Schema: Zuerst wird im Rudel gesoffen, dann geschlägert. Und vor Gericht sind dann alle plötzlich «unschuldig».

• Johannes Mattivi

Die Massenschlägerei zwischen rechtsradikalen und türkischstämmigen Jugendlichen beim Oktoberfest in Mauren im September 2008 gewinnt langsam, aber sicher die Dimension und Qualität, um in die Liechtensteiner Geschichtsbücher einzugehen. Jener unselige Festabend vor nun bald zwei Jahren hat inzwischen schon fast ein Dutzend Gerichtsverhandlungen inklusive Berufungsverhandlungen nach sich gezogen und die Aktenberge zu den Vorfällen füllen beinahe Schränke. Aus der Perspektive des Gerichts ist das allerdings logisch und unvermeidlich. Denn obwohl es im Tumult und der Verwirrung jenes Abends, an dem sich mindestens 40 Jugendliche gegenseitig eine Schlacht wie im tiefsten Mittelalter lieferten, schwierig ist, einzelne Täter und deren Taten letztgültig zu identifizieren, obwohl vor Gericht mit notorischer Regelmässigkeit Aussage gegen Aussage steht – die Justiz kann nicht und darf auch von Gesetzes wegen nicht schlampig ermitteln und verhandeln bzw. in globo urteilen und aburteilen. Das heisst, jedem Vorwurf und jedem Beschuldigten muss einzeln und «sine ira et studio» (= «ohne Zorn und Eifer») auf das Genaueste nachgegangen werden – inklusive der fair gewährten Chance zu jeglicher Gegendarstellung seitens der Angeklagten. Auch wenn schon nach fünf Minuten im Gerichtssaal für jeden klar ist, dass die Darstellungen der Angeklagten auf Punkt und Komma gelogen sind. Auch wenn noch die klarsten Beweise von den Angeklagten ohne mit der Wimper zu zucken oder schamrot zu werden von der offenen Hand weggeleugnet werden – und das dann auch noch regelmässig im frömmsten, friedlichsten Tonfall und mit der grössten, süsslichsten Unschuldsmiene vorgetragen.

Prügelnde Unschuldslämmer

Auch der gestrige Prozess gegen zwei Schweizer Skinheads, die an den Tumulten jenes Oktoberfestabends in Mauren tatkräftig beteiligt waren, verlief nach dem geschilderten, sattsam bekannten Drehbuch. Vor Gericht: der 22-jährige Dominik K., dem vorgeworfen wurde, er habe an jenem Abend einen 20-jährigen türkischstämmigen Liechtensteiner brutal verprügelt, sowie der 21-jährige Armin I., der sich gegen seine polizeiliche Verhaftung mit massiver Gewalt gewehrt hatte. Beide plädierten naturgemäss auf «nicht schuldig» und tischten dem Richter verschiedene Märchengeschichten auf. Sie kamen damit jedoch nicht durch. Zwei Stunden und drei Zeugen später das Urteil: 9600 Franken Geldstrafe für K. (davon 6000 Franken bedingt) und 8000 Fr. für I., zur Gänze bedingt. Vier Tage Bedenkzeit für beide Beschuldigte.

ANZEIGE

REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

JA
Industriezubringer Schaan
12./14. März 2010

Mehr Lebensqualität

Der Industriezubringer führt den Schwerverkehr und den Arbeitsverkehr direkt ans Ziel.
Damit werden Wohnquartiere entlastet und die Verkehrssicherheit gesteigert.

Kurze Wege – grosse Wirkung wirtschafts- und umweltfreundlich

Zeugenaufruf: LKW gesucht



Fiel durch Frontscheibe: Ein 2,5 kg schwerer Stein. Bild lpfl

Zu einem Unfall mit einer verletzten Fahrzeuglenkerin kam es am Mittwochnachmittag in Vaduz. Die Lenkerin fuhr um 13.30 Uhr vom Kreisel bei der alten Rheinbrücke kommend auf der Rheinstrasse in Vaduz Richtung Rheinpark Stadion, als ihr ein oranger LKW mit schwarzen Kontrollschildern entgegenkam. Der LKW verlor bei der Fahrt einen 2,5 kg schweren Stein, welcher die Frontscheibe des Personenwagens durchschlug, am Lenkrad abprallte und auf dem Rücksitz landete. Die Lenkerin wurde nicht vom Stein getroffen, erlitt aber Schnittwunden durch den Frontscheibenbruch im Gesicht. Personen, welche Angaben zu dem orangenen LKW machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter info@landespolizei.li oder +423 236 71 11 zu melden. *(lpfl)*

Zeugenaufruf: Beschädigung



Wurde beschädigt: Der Lieferwagen. Bild lpfl

Am Montagabend kam es in Mauren zu einer Beschädigung eines Lieferwagens. Ein unbekannter Fahrzeuglenker fuhr mit einem vermutlich hellgrünen Fahrzeug zwischen 17.30 und 20.30 Uhr gegen den am Strassenrand der Nebenstrasse Wegacker parkierten Lieferwagen. Dieser wurde durch die Kollision beschädigt. Personen, welche Angaben zum unfallverursachenden Lenker machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter info@landespolizei.li oder Tel. +423 236 71 11 zu melden. *(lpfl)*

Kulturelles Missverständnis

Eine in Liechtenstein wohnhafte Frau stand gestern vor Gericht. Ihr wurde vorgeworfen, eine Arbeitskollegin verbal bedroht zu haben. In einem Streit habe sie ihr gedroht, sie umzubringen, dabei habe sie mit der Hand eine Bewegung gemacht, die andeute, dass sie ihr die Kehle durchschneiden wolle. Die Beschuldigte erklärte, dass sie nie gesagt habe, dass sie ihre Kollegin umbringen wolle. Sie habe lediglich gesagt, dass sie sich Beschimpfungen in Zukunft nicht mehr gefallen liesse und sei mit dem Finger über ihren Mund gefahren. In ihrer Kultur bedeute dies, dass man den Mund halten bzw. wörtlich übersetzt «den Mund schneiden» soll. Es könne sein, dass die Kollegin diese Handbewegung falsch interpretiert habe. Das Verfahren konnte eingestellt werden und wird aussergerichtlich in Form eines Tatausgleichs geregelt, da sich die Beschuldigte bei ihrer Kollegin entschuldigte und diese die Entschuldigung annahm. *(jak)*

Flasche über den Kopf gezogen

Ein 20-jähriger Mann steigt morgens in einen Bus mit Schülern und zettelt dort eine Auseinandersetzung an: Er pöbelt einen 14-jährigen Schüler an und zieht ihm schliesslich eine Bierflasche über den Kopf. Ein Tumult bricht aus.

Von Bettina Frick

Es war der 12. Februar, der letzte Schultag vor den Sportferien: Augenzeugen berichten gegenüber dem «Liechtensteiner Vaterland», der 20-jährige Mann sei direkt von der Fasnacht gekommen und sturzbetrunken gewesen. Er soll in Liechtenstein als Rechtsradikaler bekannt sein. Gegen 7.15 Uhr sei er in Bendern zu den Schülern, die von Schellenberg und Gamprin zur Realschule Eschen fuhren, zugestiegen. Wie Zeugen berichten, habe er aus heiterem Himmel einen 14-jährigen Schüler aus Gamprin, der türkischer Abstammung sei, angepöbelt. Dann habe er ihm ein Getränk ins Gesicht geschüttet. Als der junge Türke sich daraufhin verbal gewehrt hätte, soll ihm der 20-Jährige eine Bierflasche über den Kopf gezogen haben. Die Zeugen berichten von einem ziemlichen Tumult, der aufgrund des Vorfalls in dem Bus ausgebrochen sei. Das Ganze sei aber ohne Polizeieinsatz abgelaufen.

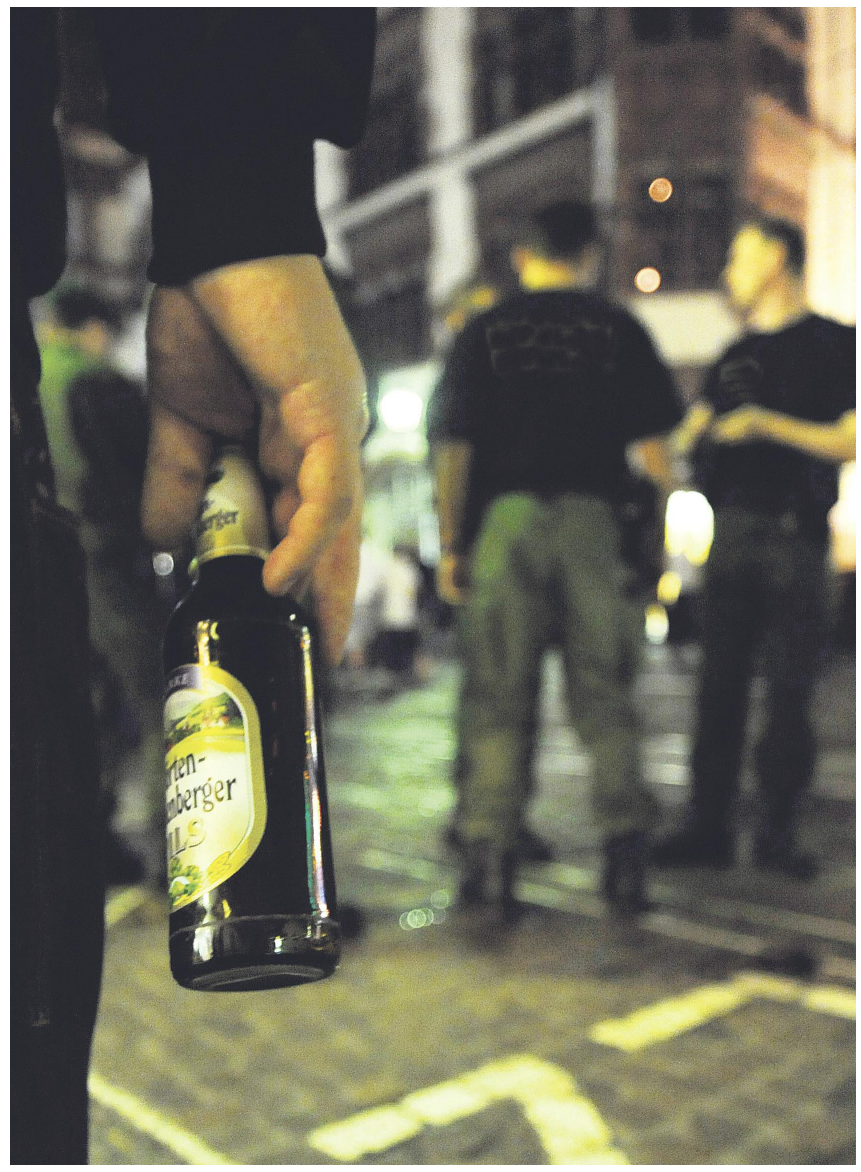
Angst vor Vergeltung

Die Polizei habe Kenntnis von diesem Fall, gibt Pressesprecherin Tina Enz auf Anfrage Auskunft, bestätigt den Ablauf aber nicht direkt. «Die Ermittlungen wurden bereits aufgenommen, der Tatverdächtige durch die Landespolizei auch schon einvernommen.» Wie Tina Enz sagt, werde er bei der Liechtensteinsteinischen Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. «Zur Gesinnung des Tatverdächtigen werden seitens der Landespolizei keine Angaben gemacht – weitere Abklärungen folgen.»

Der türkische Junge ist von dem Vorfall psychisch traumatisiert und wird gemeinsam mit seiner verängstigten Familie vom Kriseninterventionsteam betreut. Ausser diesen psychischen Wunden musste er gemäss Zeugen mehrere Schnittwunden am Kopf erleiden. Der Junge und seine Familie schweigen bislang zu diesem erschreckenden Vorfall – aus Angst vor Vergeltung.

Einzelfall

Wie Tina Enz sagt, erhalte die Landespolizei nur selten Meldungen über Vorfälle in Bussen. Auch Markus Biedermann, Verkehrsbeauftragter der Liechtensteinischen Bus Anstalt (LBA), sagt, dass es sich bei diesem Vorfall lediglich um einen Einzelfall handle. Einen exakten Notfallplan, wie sich Chauffeure in solchen Situationen zu verhalten haben, gibt es nicht. «Grundsätzlich ist der Wagenführer angehalten, in derartigen Fällen Hilfe von der Polizei anzufordern und dann die Situation – sofern möglich – zu beruhigen.» Dabei sei der Selbstschutz der Fahrgäste und Wagenführer wichtig. «Fahrgäste sollten auf jeden Fall den Wagenführer auf kritische Situationen aufmerksam machen», rät der Verkehrsbeauftragte. Der Wagenführer habe die Möglichkeit, jederzeit Hilfe anzufordern.



Zwischenfall im Bus: Ein 20-jähriger Mann zog einem 14-jährigen Schüler laut Augenzeugen eine Bierflasche über den Kopf – das Opfer erlitt Schnittwunden. Bild Keystone

Oktoberfest-Prozess: Zwei Schweizer verurteilt

Der Oktoberfest-Prozess ging gestern in die vierte Runde. Vor Gericht standen zwei junge Schweizer, denen vorgeworfen wird, bei den Vorfällen in Mauren im September 2008 involviert gewesen zu sein.

Von Janine Köpfli

Bei den Ereignissen rund um die Massenschlägerei, die sich am 21. September 2008 nach dem Oktoberfest in Mauren abspielte, nahmen sie eher eine Nebenrolle ein. Einem jungen Schweizer konnte dennoch nachgewiesen werden, dass er bei der «Schlacht», wie der Vorfall von einem Zeugen genannt wurde, dabei war und sich durch sein aggressives Verhalten schuldig machte. Sein Kollege, ebenfalls aus der Schweiz, leistete Widerstand gegen die Staatsgewalt, auch er wurde verzeigt. Der Richter schenkte gestern den Zeugen Glauben und verurteilte die zwei Beschuldigten zu Geldstrafen. Der 22-jährige Erstbeschuldigte musste sich wegen Körperverletzung und des Vergehens des Raufhandels verantworten. Er soll sich bei den Zwischenfällen in Mauren aktiv beteiligt und dabei einen Mann türkischer Abstammung angegriffen und geschlagen haben. Drei Zeugen, darunter zwei Polizisten, identifizierten den Erstbeschuldigten als einen der Männer, die aggressiv auf eine Gruppe türkischer Männer losgegangen seien, und die Einsatzkräfte der Polizei massiv bedrängt und verbal angegriffen haben. Auch der mit Füssen und Fäusten traktierte junge Türke gab an, dass der Erstbeschuldigte der Mann sei, der ihn zu Boden brachte und geschlagen habe. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch, da der Beschuldigte zwar in Mauren am Oktoberfest gewesen sei, sich jedoch nicht den Menschenmassen anschloss und auch niemanden angegriffen und geschlagen habe.

Der Richter kam stattdessen zum Schluss, dass sich der Erstbeschuldigte in beiden Anklagepunkten verantworten müsse. Er verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von insgesamt 9600 Franken. Davon muss der 22-Jährige 3600 Franken unbedingt bezahlen. Die restlichen 6000 Franken werden bedingt nachgesehen, sofern der Mann in den nächsten drei Jahren nicht straffällig wird. Zahlen muss er ausserdem 500 Franken Schmerzensgeld für den von ihm geschlagenen Mann, sowie die Gerichtskosten in Höhe von 1000 Franken.

Dem Zweitbeschuldigten, einem 21-jährigen Schweizer, wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Er war am besagten Abend Fahrer eines Kleinbusses und wollte seine Kollegen – einige von ihnen waren nachweislich beim Massenauflauf dabei und wurden auch verhaftet – nach Hause in die Schweiz bringen, als ihn Polizeibeamte aus dem Bus holten und ihm Handschellen anlegen wollten. Während der Beschuldigte aussagte, dass er sich nach einer Pfefferspray-Attacke ohne Widerstand festnehmen liess, gab ein Zeuge an, dass der Fahrer sehr wohl Widerstand leistete, wenn auch «passiven Widerstand». Der Schweizer sei mehrmals von den Einsatzkräften darauf hingewiesen worden, dass es sich um einen Polizeieinsatz handle, und dass er sich auf den Boden legen solle. Dieser habe aber mit «grosser Kraft» dagegengehalten und sich nicht festnehmen lassen. Zwei Polizisten seien nötig gewesen, um den Mann auf den Boden zu bringen, ein dritter und schliesslich ein vierter Kollege mussten einschreiten, um den Mann am Boden zu halten, da dieser sich mit «Wahnsinnskräften», wie es der Zeuge nannte, wieder hochstemmte. Schliesslich hätten die Einsatzkräfte einen Taser – eine Elektroschockpistole – eingesetzt, um dem Mann Handschellen anlegen zu können. Der Beschuldigte gab gestern an, sich nicht an einen Taser erinnern zu können. Sein Verteidiger plädierte auf Freispruch. Aber auch in diesem Fall glaubte der Richter den Darstellungen des Zeugen und verurteilte den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 8000 Franken. Diese wird jedoch bei einer Probezeit von drei Jahren bedingt nachgesehen. Die Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 1000 Franken muss der Beschuldigte jedoch bezahlen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Vom Gericht eine letzte Chance bekommen

Ein 30-jähriger Mann aus der Schweiz musste sich gestern vor dem Landgericht wegen teils versuchtem, teils vollendetem Einbruch verantworten. Der Mann zeigte sich geständig und erhielt eine letzte Chance.

Von Bettina Frick

Im August vergangenen Jahres war der Mann in eine Autogarage eingebrochen und entwendete eine Flasche Coca-Cola sowie ein Taschenmesser. Ausserdem versuchte er, weitere Wertgegenstände zu klauen, was ihm allerdings nicht gelang. Der 30-Jährige legte vor der Landespolizei wie auch gestern vor dem Gericht ein reumütiges Geständnis ab: «Es tut mir sehr leid und die Angelegenheit ist mir auch sehr peinlich», sagte er. Warum er diesen Einbruch begangen habe, wisse er nicht. «Ich war sehr betrunken, hatte mindestens fünf Liter Bier und ein paar Gläser Wodka intus.» Er habe sich zuvor mit seiner Freundin gestritten. Weil er jeden Morgen Antidepressiva zu sich nehme, habe er nach dem starken Alkoholkonsum einen Blackout erlitten. Im März wird er eine stationäre Behandlung in der Klinik in Pfäfers antreten.

Der Staatsanwalt wertete die teilweise eingeschränkte Zurechnungsfähigkeit des 30-jährigen Mannes sowie seine Reue und Einsicht als mildernd. Erschwerend allerdings sei, dass der Beschuldigte schon einschlägig vorbestraft ist: In der Schweiz wurde er wegen einer Übertretung des Betäubungsmittelgesetzes verurteilt und in Liechtenstein kassierte er bereits eine teilbedingte Geldstrafe wegen Sachbeschädigung. Weil der Mann sich mit dem Einbruch noch während der damals ausgesprochenen Probezeit erneut straffällig machte, beantragte der Staatsanwalt einen Widerruf der bereits verhängten teilbedingten Geldstrafe. Das bedeutet, dass der 30-Jährige den damals auf Probezeit angelegten Geldbetrag von 600 Franken nun bezahlen müsste. Aufgrund der Vorstrafen konnte der Richter nicht anders entscheiden, als die teilbedingte Geldstrafe zu widerrufen und dem Beschuldigten die 600 Franken aufzubrummen. Hinzu kommt eine Schadenersatzzahlung von 500 Franken. Ausserdem sprach der Richter eine bedingte Freiheitsstrafe von acht Monaten aus, angelegt auf eine dreijährige Probezeit. «Dies ist der unterste Strafrahmen, den das Gericht Ihnen nun verhängte», mahnte der Richter und machte dem 30-Jährigen bewusst, dass dies seine letzte Chance ist. «Das nächste Mal wandern Sie endgültig ins Gefängnis.»

Erwachsenenbildung

Schwangerschaftsyoga

MAUREN – Schwangerschaftsyoga bietet die Möglichkeit, ein besseres Vertrauen in die körperlichen und seelischen Veränderungen während der Schwangerschaft zu bekommen. Der Kurs 228 unter der Leitung von Tanja Wolf beginnt am Mittwoch, den 24. Februar, um 19.15 Uhr im Kindergarten Wegacker in Mauren.

Aquarellieren von Grund auf

SCHAANWALD – Einführung in die Grundlagen des Aquarells. Über einige zeichnerische Vorstufen und Farbmischübungen kommen wir anhand von Vorstudien zum eigentlichen Aquarell. Hildegard Unterweger demonstiert alle Aufgaben ausgiebig. Dieser Kurs bietet eine gute Basis für das Aquarellieren. Der Kurs 163 unter der Leitung von Hildegard Unterweger beginnt am Dienstag, den 23. Februar, um 19 Uhr in der Primarschule in Schaanwald.

Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan, Tel. 232 48 22 oder per E-Mail info@steinegerta.li. (pd)

FOTO ZVG



Checkübergabe

Beim traditionellen Kerzenziehen auf dem Schaaner Rathausplatz konnten 1681.30 Franken eingenommen werden. Der Bereich Freizeit und Kultur der Gemeinde Schaan spendet den ganzen Erlös dem Projekt «AAA», was für Austausch, Ausbildung und Arbeitsplatz steht. In Drencova, Rumänien, entsteht unter der Leitung von Stephan Mayenknecht ein Kurszentrum, in dem jungen Menschen handwerkliche Fähigkeiten vermittelt werden. Ziel des Projektes ist, die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Weitere Informationen zu diesem Projekt sind im Internet unter http://slowflow.ch zu finden. Das Foto zeigt (von rechts) Corinne Vogt und Daniel Walser, die Stephan Mayenknecht den Check für das Rumänienprojekt übergeben. (pd)

Angolo degli Italiani

Tempo di Quaresima

SCHAAN – La Quaresima inizia con il Mercoledì delle Ceneri (17 febbraio) e termina il Giovedì Santo. Dall'inizio della Quaresima fino alla Veglia Pasquale non si canta l'Alleluia. La Quaresima è «il tempo favorevole per la nostra salvezza» e cioè per la riscoperta della nostra vita cristiana. Le opere tradizionali ma sempre valide della Quaresima sono: il digiuno, la preghiera personale e comunitaria, le opere di carità. La Quaresima inizia con l' imposizione delle Ceneri. Mettendo sul capo dei fedeli un poco di cenere, il sacerdote dice: «Convertitevi e credete al Vangelo» oppure: «Ricordati, o uomo, che sei polvere e in polvere ritornerai». La cenere è il simbolo della caducità delle cose terrene e della morte di ogni creatura.

Per dare a tutti la possibilità di partecipare, il rito della imposizione delle ceneri verrà celebrato sabato 20 e domenica 21 febbraio a tutte le Messe.

Ghirlanda Musical e

Per il Tempo di Quaresima la Missione Cattolica vuole offrire alla comunità italiana e alla comunità di Buchs e Schaan due momenti di meditazione ed elevazione musicale. Avremo la fortuna di avere con noi il «Complesso Polifonico Ghirlanda Musicale» da Bergamo: sabato 27 febbraio alle ore 20.00 concerto nella chiesa parrocchiale di Buchs; domenica 28 febbraio ore 9.30 S. Messa nella chiesa parrocchiale di Schaan. Il complesso è composto da 27 cantori, che divulgano la polifonia sacra e profana del Rinascimento, la letteratura corale sacra del periodo barocco e del repertorio moderno. E' stato fondato a Bergamo nel 1987, sotto la guida del Maestro Marco Maisano. Ha eseguito concerti in diverse Paesi d'Europa: Italia (Duomo di Milano, Basilica di S. Marco), Austria, Francia, Germania, Ungheria. Ha partecipato a diverse trasmissioni televisive. Invitiamo tutti a partecipare.

Servizi sociali

Sportello consolare: a Schaan alla Missione Cattolica (Reberastrasse 1) ogni giovedì dalle ore 18 alle 20. Corrispondente consolare: Egidio Stigliano.

Patronato Acli: a Buchs ogni sabato dalle 9 alle 11 nella sala sotto la chiesa cattolica. Operatore sociale: Matteo Di Gennaro.

Messe in italiano

Ogni domenica e festa di precetto: a Buchs ore 9; a Schaan (S. Pietro) ore 11; a Mels (Cappuccini) ore 18, eccetto la prima domenica del mese; a Flums (Justuskirche) ore 18 la prima domenica del mese.

Domenica 21 febbraio a tutte le Messe verrà celebrato il rito delle imposizione delle sacre Ceneri. (pd)

Lesermeinungen

Genügend Gründe

Wir erachten es als selbstverständlich, dass die Schweiz mit der Rheintalautobahn für uns einen grossen «Zubringer» gebaut hat, dafür ihre eigenen Landreserven einsetzte und ihn uns für gerade einmal vierzig Franken im Jahr zur Verfügung stellt. Man stelle sich nur einmal vor, es gäbe diesen «Zubringer» nicht.

Der geplante Industriezubringer in Schaan macht die Arbeits- und Transportwege kürzer und entlastet die Wohngebiete. Somit bleiben wir als Standort für die Industrie interessant und Liechtenstein hat eine neue Chance für die Zukunft.

Karin Rüdisser-Quaderer,
Im Malarsch, Schaan

Achtung! Dringende Warnung an alle (Teil 2)

In der gestrigen Zeitungsausgabe habe ich erwähnt, dass gemäss der Marienbotschaft von Garabandal jeder Mensch bald eine «innere Seelenschau-Warnung» zu ertragen hat. Das Kommen dieser Warnung wird auch von anderen bestätigt: Etwa die seriöse Visionärin Gianna Sullivan, die sich den Priestern Fr. A. Pehrsson und Fr. J. B. Wang anvertraut hat, verkündete bereits vor knapp 14 Jahren, am 9. Mai 1996, unter anderem folgende Worte Mariens: «Wartet nicht, bis Gottes Warnung die Seele jeder Person auf dieser Welt erschüttert, denn es wird sehr schwierig sein zu reagieren und sich zu ändern. Bitte reagiert jetzt auf Gottes Ruf. Nach Gottes Warnung wird für das [innere] Reinigungsfeuer nicht mehr viel Zeit bleiben, auf euch zu wirken. Gewisse Ereignisse sind unvermeidlich. Betet aus ganzem Herzen dafür, dass ihr die Kraft haben werdet, im Glauben zu verharren und euch nicht von Gott abzuwenden. Empfangt die Sakramente [Eucharistie, Beichte], solange man noch kann.» Was macht Garabandal bzw. dessen Botschaften glaubwürdig? 1) Botschaften von Garabandal: nicht im Widerspruch zur Bibel; 2) Nie eine Ablehnung Garabandals durch die Kirche (siehe Bischof Del Val Gallo; Gallo betonte u. a. die Wichtigkeit der Garabandal-Botschaften – also auch der Warnung; siehe auch Äusserung des Erzbischofs C. Osoro-Sierra am 7. Mai 2007) 3) Papst Paul VI. spendete Conchita 1961 während einer persönlichen Audienz seinen Segen. 4) Papst Joh. Paul II. traf 1988 die Seherin Mari-Loli (> Photodokumente). 5) Mutter Teresa: «Garabandal ist echt.» (am 19. 1. 1992 u. a. zu Jacinta); 6) Die vier Seherinnen von Garabandal: bescheidene, seriöse, glaubwürdige Persönlichkeiten aus einfachen Verhältnissen; sie führen heute noch ein einfaches, bescheidenes Leben (Mari-Loli starb 2009). 7) Unerklärliche Wunderphänomene, viele Augenzeugen; seriöse, wissenschaftliche Prüfberichte 8) Besprechung zwischen Mutter Teresa und den Seherinnen von Garabandal: u.a. 1976 und 1992 mit Conchita, 1987 und 1997 mit Jacinta (> jeweils Photodokumente) 9) Der span. Priester R. G. de la Riva legt in seinem Buch: «Maria erscheint in Garabandal» von den Erscheinungen Zeugnis ab. 10) Enge Verbundenheit zwischen dem hl. Pater Pio und Garabandal: u. a. 1962 ein Brief direkt an die Seherkinder (als Dokument vorhanden): «Ich gebe euch nur einen Ratschlag: Betet und veranlasst andere zu beten, denn die Welt befindet sich am Rande der Verderbnis. Sie glauben weder euch noch an eure Gespräche mit der Lady in Weiss. Aber sie werden euch glauben, wenn es zu spät ist.» 11) Filmdokumente 12) Ein prophezeites gigantisches Wunder in Garabandal. Alles von vornherein als Unsinn abzutun erachte ich – sich selbst gegenüber – als unverantwortlich. Aber jedem seine freie Entscheidung.

Urs Kindle, Binzastrasse 51,
Schaan

Gewalttaten an Schülern zulassen und ignorieren?

Am Freitag, den 12. Februar 2010, kurz nach sieben Uhr früh ereignete sich ein Delikt im Linienbus von Bendern nach Eschen. Ein Schüler wurde unerwartet und grundlos von einem übernächtigten und alkoholisierten jungen Erwachsenen mit Alkohol begossen und danach auf das Massivste mit einem Glaskörper im Gesicht verletzt. Er zog sich grosse und tiefe Schnittwunden zu und musste hospitalisiert werden zum Nähen und Versorgen der Wunden. Hätte der Schüler keine Brille angehabt, wäre sein Auge mit grosser Wahrscheinlichkeit massiv verletzt worden. Der gewalttätige junge Erwachsene ist bekannt, wird der rechten Szene zugeordnet und hat schon im Sommer den Besitzer eines Imbissladens in Eschen verletzt; sodass er jetzt auf Bewährung ist, leider war er aber zum damaligen Zeitpunkt noch nicht volljährig. Bis jetzt muss er nicht mit grossen Konsequenzen rechnen, viele der Schüler, die aber mit dem Bus gefahren sind und alles miterlebt haben, sind traumatisiert.

Wir als Eltern trauen uns schon nicht mehr, unsere Kinder an ein gemütliches Monsterkonzert zu lassen, weil wir Angst vor solchen Übergriffen haben. Nun ist es schon so weit, dass die Schüler nicht einmal mehr in Ruhe zum Bus gehen können, um in die Schule zu gelangen. Dazu muss auch gesagt werden, dass die Schüler nicht mit dem Linienbus von Bendern nach Eschen fahren müssten, wenn wir genug Schulbusse im Unterland hätten! Das ist schon seit vielen Jahren ein leidiges Thema.

Sehr positiv hervorzuheben ist, wie sich viele Mitschüler trotz ihrer eigenen Panik um den Verletzten gekümmert und gesorgt haben und wie die Lehrer des Schulzentrums Unterland sofort zur Stelle waren.

Können wir es zulassen und müssen wir zuschauen, wie unsere Schulkinder solchen Attacken ausgesetzt werden? Was darf oder muss noch passieren, dass diesen Taten Einhalt geboten wird? Wie sollen unsere Kinder solche Gewalttaten verarbeiten, bei denen sie machtlos zusehen müssen. Wie kann man die Familien schützen, die Angst haben, eine Anzeige zu erstatten, da noch mehr Kinder in dieselbe Schule gehen und die öffentlichen Busse benutzen. Das sind nur ein paar kleine Fragen, die sich spontan bei dem ganzen Übergriff stellen.

Die Elternbeiräte der Realschule Eschen

Vortragsreihe «Recht im Alltag»

Recht im Alltag – Das gilt in der Ehe und Partnerschaft

SCHAAN – Der Vortrag ist Teil der Vortragsreihe «Recht im Alltag» – er behandelt die Rechte und Pflichten innerhalb der Ehe, das Partnerschaftsprinzip im Eherecht. Weiters wird die Referentin auf folgende Fragen eingehen: Was gilt im Konkubinat – Zusammenleben ohne Trauschein? Wem gehören Einkommen und Vermögen? Wer haftet für die Schulden? Was umfasst die elterliche Obsorge? Referentin ist Rechtsanwältin Sabine Mohr-Egger, sie ist als Partnerin in einer Rechtsanwaltskanzlei tätig und verfügt über umfassende und langjährige Erfahrung im Familienrecht. Der Vortrag (Kurs 177) findet am Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr im Seminarzentrum Stein Egerta in Schaan statt. Mit Voranmeldung. Auskunft und Anmeldung bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan, Tel. 232 48 22 oder per E-Mail an info@steinegerta.li. (pd)



TODESANZEIGE

Wir nehmen Abschied von

Albert Caminada

Er hat über Jahrzehnte als Vizepräsident die Entwicklung unseres Verbandes energisch gestaltet. Mitgefühl für Menschen mit Behinderungen war ihm ebenso eigen wie organisatorische Umsicht. Wir sind dankbar für seine Kraft, mit der er sich für unsere Mitglieder und unseren Verband eingesetzt hat.

Ein wahrhaft grosser Mann ist von uns gegangen. Wir werden seiner in Ehren gedenken.

Liechtensteiner Behinderten-Verband

Die Liechtensteiner Jugend mischt mit





Regierungschef Klaus Tschütscher redete vor einer grossen Jubel-Runde im Triesner Saal: «Jugendliche sind wahre Lebenskünstler. Sie haben den Mut, sich Problemen zu stellen und aus ihnen zu lernen. Engagement zeigen sie auch. Dies sollten wir Erwachsene von ihnen lernen.» Bilder Elma Velagic

Die dritte Vollversammlung der liechtensteinischen Jugend fand gestern im Gemeindesaal Triesen statt. Dort wurde schnell klar: die Jugend steckt voller Pläne.

Vierzehn Projekte sind es, die im Rahmen der Aktion Jubel vorgestellt wurden. Jubel bedeutet Jugend Beteiligung Liechtenstein und wurde im Jahr 2007 auf die Beine gestellt. Bei der diesjährigen Vollversammlung ging es darum, die neuesten Projekte der beteiligten Schüler vorzustellen.

Verschiedene Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft waren eingeladen, nicht nur um der lebhaften Präsentation zu lauschen, sondern auch, um sich an den Projekten zu beteiligen und den Jugendlichen beratend beizustehen. Neben Regierungschef Klaus Tschütscher interssierten sich auch Wirtschaftsminister Martin Meyer und Bildungsminister Hugo Quaderer, was die jungen Menschen zu sagen haben. «Lebenskunst bedeutet, Problemen nicht auszuweichen, sondern an ihnen zu wachsen», zitierte Regierungschef Klaus Tschütscher in seiner Eröffnungsrede einen antiken Philosophen. «Jugendliche sind wahre Lebenskünstler. Sie haben den Mut, sich Problemen zu stellen und aus ihnen zu lernen. Engagement zeigen sie auch. Dies sollten wir Erwachsene von ihnen lernen. Denn in der heutigen komplexen Welt, bleibt uns nichts anderes übrig, als Lebenskünstler zu sein.»

Gerade fehlendes Engagement ist aber ein Vorurteil, dass der heutigen Jugend anlastet. Die 1350 Schüler aus neun Schulen und mittlerweile 72 Klassen, die seit der Gründung von Jubel an den regelmässigen Projekttreffen teilgenommen haben, beweisen das Gegenteil. Denn die gesamte Veranstaltung wurde von ihnen moderiert, gefilmt und mit Powerpoint-Präsentationen anschaulich gemacht. Dies alles mithilfe des Projektleiters Achill Kind.

An Ideen fehlt es nicht

Acht Gruppen von Schülern kamen nacheinander auf die Bühne und stellten der interessierten Zuhörerschaft ihre Anliegen vor. Manche von ihnen waren schüchtern, andere zeigten sich sehr eloquent. Eines waren sie jedoch alle: hoffnungsvoll, dass ihre Ideen mithilfe der dort anwesenden Erwachsenen realisiert werden können.

Die angesprochene Thematik war breit. Das Organisieren von Konzerten mit lokalen Bands, Verbesserung der Busverbindungen und höflichere Buschauffeure wurden erwähnt. Ein Anliegen schien aber wiederholt aufzutreten: der Mangel an Ausgeh- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche unter 18 Jahren in Liechtenstein. Vorschläge, um dies zu verbessern, gab es natürlich auch, so beispielsweise der Bau einer Mehrzweckhalle, mit eingebautem Skaterpark und kleinen Läden oder die Gründung eines Jugendcafés, wo kein Alkohol oder Zigaretten zu kaufen sind und man sich mit Freunden nach der Schule treffen kann.

Blick über den Tellerrand

Auffallend war, dass nicht alle Gruppen sich klassischen Jugendthemen widmeten. Eine Gruppe verschrieb sich der Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, während eine andere den Abbau von Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen erreichen wollte. Dabei waren manche der Vorschläge zwar entwaffnend einfach, aber durchaus vielversprechend. Als Lösung des Flüchtlingsproblems schlugen die Schüler beispielsweise vor, einen Sporttag zu veranstalten mit Schülern, Eltern und Flüchtligen. Zum Essen gäbe es Hotdogs, zur Unterhaltung gute Gespräche.

Mit ihrer Geradlinigkeit, gepaart mit Entschlossenheit, machten sie vor, dass Lösungen manchmal unbeachtet vor der eigenen Nase liegen können. Dieser Überzeugung schien Achill Kind auch zu sein: «Jugendliche sollte man ernst nehmen», sagte er. Diese Bereitschaft sei unter Erwachsenen, nicht immer vorhanden. «Mir haben die Jugendlichen mit ihrem Elan viel Kraft gegeben. Dies ist ihre Stärke», fügt er noch hinzu. Eine Stärke, die man als Erwachsener gewiss gebrauchen kann. *(ri)*

Gezielt gegen Rechtsradikale

Der Vorfall, bei dem ein mutmasslicher rechtsradikaler Jugendlicher einen türkischen Jungen verletzte, hat grosse Wellen geworfen. Nun wollen die Behörden mit einem Massnahmenkatalog gegen Rechtsradikalismus vorgehen.

Von Janine Köpfli

Die Geschichte, die sich am letzten Schultag vor den Sportferien in einem Liechtensteiner Bus im Unterland ereignete, bewegte in den vergangenen Tagen die Gemüter der Bevölkerung. Ein 20-jähriger Mann steigt morgens betrunken in einen Bus mit Schülern, pöbelt einen 14-jährigen Jungen an und verletzt ihn mit einem gläsernen Gegenstand am Kopf. Augenzeugen berichteten, dass der 20-Jährige in Liechtenstein als Rechtsradikaler bekannt sei und schon öfters für Unmut gesorgt habe, jedoch nie richtig zur Verantwortung gezogen worden sei (das «Vaterland» berichtete am 18. Februar). Nach dem Vorfall im Bus meldeten sich besorgte Eltern der Realschule Eschen zu Wort und übten Kritik an Polizei und Behörden, dass zu wenig gegen Rechtsradikale in Liechtenstein getan werde.

«Thema wird ernst genommen»

Gestern nahm Jules Hoch, Chef der Liechtensteiner Kriminalpolizei, in einem Interview auf Radio L Stellung zu den Vorwürfen. Er könne die Sorge der Eltern verstehen und betonte, dass die Polizei und Behörden im angesprochenen Fall nicht untätig geblieben seien. «Rechtsradikalismus ist ein Thema, das wir sehr ernst nehmen», sagte Jules Hoch. Die Ermittlungen seien sofort aufgenommen, Tatverdächtiger und Opfer einvernommen worden. Zurzeit würden noch Zeugen befragt. Die Ermittlungen sollen laut Jules Hoch in den nächsten Tagen abgeschlossen sein.

Massnahmenkatalog in Arbeit

Um zu unterstreichen, dass Rechtsradikalismus ernst genommen werde, wird die Gewaltschutzkommission Ende März einen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Liechtenstein vorlegen. Dies bestätigte Jules Hoch als Mitglied der Kommission gegenüber Radio L. Der Polizei sei grundsätzlich der harte Kern der Rechtsradikalen in Liechtenstein bekannt. Es handle sich um 25 Personen, dazu kämen Mitläufer und Sympathisanten. Sorgen machen der Liechtensteiner Polizei allerdings die guten Kontakte der liechtensteinischen Rechtsextremen nach Vorarlberg. «Wir wissen, dass gerade die Generation der Rechten, die wir jetzt haben, sich sehr stark an der Szene in Vorarlberg orientiert. Das macht uns ein bisschen Bauchweh, wie ich schon öfters gesagt habe», sagte Jules Hoch im Radio-L-Interview. Im September letzten Jahres veröffentlichte die Gewaltschutzkommission eine Studie zum Rechtsextremismus in Liechtenstein. In der 85-seitigen Studie sind unter anderem rechtsextreme Vorfälle in Liechtenstein der letzten drei Jahre beschrieben.

Erwähnt ist das Oktoberfest in Mauren im September 2008, an dem sich rechtsextreme Jugendliche mit türkischen Jugendlichen eine Massenschlägerei lieferten. Im Frühjahr 2008 stiessen Globalisierungsgegner bei einer kleinen Kundgebung auf eine Gruppe der rechten Szene. Am Staatsfeiertag 2008 verletzte ein junger Rechtsextremer eine Touristin mit einer Flasche. 2007 wurden Plakate der Antirassismuskampagne «Ohne Ausgrenzung» mit Hakenkreuzen beschmiert und beschädigt.

Beängstigende Zwischenfälle

An einer Jungbürgerfeier soll ein Rechtsextremer mit dem Hitlergruss provoziert haben. An der Fasnacht 2008 sollen drei schwarz gekleidete und mit Palästinensertüchern maskierte Jugendliche mit Luftgewehren in eine Schule eingedrungen sein. Sie richteten ihre Gewehre auf einen dunkelhäutigen Schüler und bedrohten ihn. Ob dieser Vorfall einen rechtsextremistischen Hintergrund hatte, ist jedoch nicht eindeutig geklärt. In der Studie erwähnt sind auch eine Maturafeier einer Wirtschaftsklasse, bei der rechtsradikale Töne angeschlagen wurden und unwidersprochen blieben, sowie Schüler, die T-Shirts mit der Aufschrift «Hitler on Worldtour» trugen und unbehelligt den Unterricht im Gymnasium besuchen konnten.

Dazu kommen die Vorfälle im November vergangenen Jahres, die jedoch bis heute von offizieller Seite nicht eindeutig der rechten Szene zugeordnet wurden: Unbekannte verunstalten Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben. Zwei Wochen später landen Flugblätter in einigen Briefkästen in Liechtenstein, die gegen Ausländer und gegen fortschrittlich und modern denkende Bewohner Liechtensteins Stimmung machen.

Die Verfasser der Studie von der Hochschule für Soziale Arbeit in Basel kommen zum Schluss, dass «die Einschätzungen der Fachpersonen zeigen, dass Rechtsextremismus in Liechtenstein zwar im Rückblick weniger massiv und sichtbar in Erscheinung tritt, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war; die Einschätzungen zeigen aber auch, dass es in unregelmässigen Abständen zu Vorfällen mit manifester Gewaltanwendung kommt.»

Ob der 20-Jährige, der den türkischen Jungen verletzte, tatsächlich der rechten Szene zuzuordnen ist, ist bis heute unklar. Die Landespolizei hat zur Gesinnung des Tatverdächtigen keine Angaben gemacht. Wie der Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus aussehen soll und ob er den Eltern und Schülern die Angst nehmen kann, ist abzuwarten.

«Kleinschule Planken» wird weitergeführt



Erfolgreiches Schulprojekt: Die «Kleinschule Planken» wird in den normalen Schulbetrieb überführt. Bild Archiv

Die «Kleinschule Planken» wird weitergeführt. Die Regierung hat den Schlussbericht zum Projekt «Kleinschule Planken» zur Kenntnis genommen und beschlossen, das Schulprojekt in den normalen Schulbetrieb zu implementieren. Die «Kleinschule Planken» wird somit ab dem Schuljahr 2010/2011 nicht mehr als Projekt, sondern im normalen Schulbetrieb geführt.

Das Schulkonzept für die «Kleinschule Planken» war im Januar 2006 von der Regierung beschlossen worden. Das Konzept konnte erfolgreich umgesetzt werden, entsprechend hoch ist gemäss Schlussbericht die Zufriedenheit der Eltern und der Schülerinnen und Schüler. Da auch Kinder aus anderen Gemeinden die Schule in Planken besuchen, konnte Kontinuität in den Schülerzahlen und bei den Lehrerstellen geschaffen werden. Auch der Gemeinderat Planken hat die Überführung des Projekts in den normalen Schulbetrieb gutgeheissen. *(pafl)*

Liechtensteiner
VOLKSBLATT
DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN

Heute 3 14 | Morgen 10 17

www.volksblatt.li
Die Info-Plattform Nummer 1

Mit amtlichen Publikationen | 00423 237 51 51 | AZ 9494 SCHAAN | Samstag, 27. Februar 2010



Landesspital soll erhalten bleiben
Inland / 3


Balzner Schüler bei «1, 2 oder 3»
Inland / 9


Marina Nigg feierte Olympia-Debüt
Sport / 15

NEWSMIX

Die Schweiz könnte den UNO-Sicherheitsrat anrufen

BERN – Die Schweiz kann sich nach dem verbalen Angriff Libyens an den UNO-Sicherheitsrat wenden. Das sagt der Genfer Völkerrechtsprofessor Marcelo Kohen. Der Aufruf zum Dschihad durch Muammar Gaddafi sei nicht hinnehmbar, doch die Schweiz sei auch kein Unschuldslamm. Aggressive Äusserungen des Machthabers sind nichts Neues: So schlug Gaddafi der UNO-Generalversammlung im vergangenen September vor, die Auflösung der Schweiz auf die Traktandenliste zu nehmen, wie Kohen in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur SDA in Erinnerung ruft. (sda) **Seite 10**

Exportindustrie spürt Rezession

ST. GALLEN – Die Exportbetriebe im Kanton haben im vierten Quartal 2009 die Rezession gespürt und gegenüber dem Vorjahr Stellen abgebaut. Für die nahe Zukunft zeigt der Beschäftigungsbarometer jedoch wieder nach oben. Im exportgeprägten zweiten Sektor (Industrie und Gewerbe) ging die Zahl der Stellen (Vollzeit) um 3600 zurück. Im Dienstleistungssektor wurden mehr Personen beschäftigt. Insgesamt resultierte ein Rückgang der Beschäftigung um 2400 Vollzeitstellen (–1,2 Prozent). Für 2010 sind die Statistiker optimistisch. Im ersten Quartal seien die Beschäftigungsaussichten in Industrie und Gewerbe markant besser. (sda)

INHALT

Inland	2–9	Kultur	23
Ausland	10	Kino/Wetter	25
Wirtschaft	11–14	TV	26+27
Sport	15–19	International	28

www.volksblatt.li

60008
9 771812 601006

Fr. 2.00 | Tel. +423/237 51 51
133. JAHRGANG, NR. 46 | Verbund Südostschweiz

Brandanschlag auf Kebap-Bistro in Nendeln

Angriff mit Molotow-Cocktails – Geplante Eröffnung verschoben



Eigentlich hätte das «Abra Kebabra» nächste Woche eröffnet werden sollen. Daraus wird jetzt nichts.

NENDELN – Auf das Kebap-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln wurde in der Nacht auf Freitag ein Brandanschlag mit Molotow-Cocktails verübt. Im Lokal entstand erheblicher Sachschaden.

• Michael Benvenuti, Astrid Neururer

Stühle und Tische sind verbrannt, Fensterscheiben eingeschlagen, Wände und Fassade russgeschwärzt: Bei einem nächtlichen Brandanschlag wurde das Kebap-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln arg in Mitleidenschaft gezogen. Unbekannte Täter hatten mehrere Steine sowie Brandsätze durch eine Scheibe ins Innere und an die Fassade des Geschäftslokals geworfen.

«Zur Täterschaft und zum Motiv liegen bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Hinweise vor», schrieb die Landespolizei gestern Mittag in einer Aussendung. Doch der Verdacht, dass die Täter aus dem rechten Umfeld kommen, ist nahe liegend. Auch für Erhan Kilic, Inhaber des «Abra Kebabra»: «Mein erster Gedanke waren natürlich ausländerfeindliche Rechtsradikale.»

Und wie fühlt er sich nach dem feigen Anschlag? «Es ist traurig, himmeltraurig», sagt er im «VB Online»-Interview. Eigentlich war für das nächste Wochenende die Eröffnung des «Abra Kebabra» geplant – doch daraus wird nichts. Einschüchtern lassen will sich Erhan Kilic von den Tätern aber nicht: «Wir werden dieses Geschäft trotzdem öffnen.»

Eventuell sind bis dahin die Täter ja ausgeforscht. Die Kriminaltechnik der Landespolizei sicherte gestern jedenfalls die Spuren vor Ort und nahm die Ermittlungen zur Klärung des genauen Tatherganges auf. Personen, welche Hinweise zu dem Vorfall liefern können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter Telefon +423/236 71 11 oder per E-Mail info@landespolizei.li in Verbindung zu setzen.

Brandsätze im November

Der Anschlag auf das Kebap-Bistro ist übrigens nicht der erste dieser Art in Nendeln. Bereits am Ende November 2009 hatten unbekannte Täter in der Unterländer Gemeinde Molotow-Cocktails auf Wohnhäuser geworfen und dabei erheblichen Sachschaden angerichet. Von ihnen fehlt nach wie vor jede Spur.

www.volksblatt.li



Kommentar
mbenvenuti@volksblatt.li

Abgesehen vom noch immer angekratzten Image in der Finanzwelt wird Liechtenstein im Ausland als idyllisches Kleinod im Herzen der Alpen wahrgenommen.

Die Idylle trügt

Doch die Idylle trügt. Ein Sprengstoffanschlag und die Gründung einer rechtsradikalen Vereinigung in Triesen, das Beschmieren von Plakaten, die zu mehr Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben aufriefen, Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt, ein junger Mann, der ohne ersichtlichen Grund einem Schüler türkischer Abstammung eine Bierflasche über den Kopf zieht und nun erneut Molotow-Cocktails, die gegen Wohnhäuser und Geschäftslokale fliegen.

Liechtenstein zeigt sein hässliches Gesicht. Die Tendenz hin zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund oder Aktionen, die Minderheiten diskriminieren, ist unverkennbar.

Und dennoch: Anstatt diese Vorfälle öffentlich zu verurteilen und die Solidarität mit den Opfern zu bekunden, schweigen die Politiker und weite Teile der Bevölkerung. Den Intoleranten und Hetzern wird grosszügig das Feld überlassen.

Die Politiker wären gut beraten, sich für die Lösung gesellschaftlicher Probleme wie Fremdenhass oder Intoleranz mit ähnlich viel Herzblut einzusetzen, wie sie es etwa bei der Umsetzung wirtschaftlicher Projekte tun.

Michael Benvenuti

WEB-TV HEUTE



Newsshow: Anschlag auf Bistro

Täglich Filmbeiträge zu aktuellen Themen in Liechtenstein auf:
www.volksblatt.li

Erpresser muss zahlen

Gericht spricht LLB Schadensersatz zu

VADUZ/ROSTOCK – Der Hauptangeklagte im Erpressungsfall der Liechtensteinischen Landesbank muss neun Millionen Euro zurückzahlen. Seine Beute hält der Mann allerdings versteckt.

Etwas mehr als ein Jahr nach dem Ende des Strafprozesses vor dem Rostocker Landgericht verurteilte das Landgericht Hamburg den Mann nun in einem Zivilverfahren, Schadensersatz an das Kreditinstitut zu leisten. «Er muss der Klägerin die gesamten neun Millionen Euro nebst Zinsen erstatten», sagte ein Hamburger Justizsprecher am Freitag.

Die LLB teilte gegenüber dem «Volksblatt» auf Anfrage lediglich mit, dass man zu laufenden Verfahren keine Stellung nehme. «Wie aber bereits früher kommuniziert, macht die Liechtensteinische Landesbank im Zusammenhang mit dem Fall des in Rostock bereits verurteilten Erpressers ihre Rechte auf allen Ebenen geltend», erklärte Mediensprecher Cyrill Sele.

Von erpressten Geld fehlt bis auf wenige Scheine jede Spur. Der Beschuldigte hatte die LLB zusammen mit zwei Mittätern mit etwa 2300 Kontobelegen mutmasslicher deutscher Steuersünder erpresst. Von den geforderten 13 Millionen Euro hatte die LLB in den Jahren 2005 und 2007 rund 9 Millionen Euro gezahlt. Der Hauptangeklagte Michael Freitag war im Januar 2009 zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. (mb)

CD in deutscher Hand

Steuerdaten aus der Schweiz gekauft

BERLIN/STUTTGART – Der Streit um den Kauf gestohlener Schweizer Bankdaten über mutmassliche deutsche Steuerbetrüger geht in eine neue Runde.

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat den angekündigten Kauf vollzogen und ist nun im Besitz der umstrittenen Informationen. Die Daten-CD liege der Finanzverwaltung nun vor, teilte die Staatskanzlei in Düsseldorf mit. Die Finanzverwaltung werde die Daten der Justiz übergeben und das weitere Vorgehen mit der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf absprechen.

Zur Kaufsumme wollte eine Sprecherin des Finanzministeriums keine Angaben machen. Die «Süddeutsche Zeitung» und der «Tagesspiegel» sowie «Spiegel online» berichteten übereinstimmend, die Behörden hätten dem Informanten 2,5 Millionen Euro bezahlt.

Zahl der Selbstanzeigen steigt

Der Erwerb der Steuerdaten liess die Zahl der Selbstanzeigen in die Höhe schnellen. Binnen einer Woche habe sich die Zahl der Selbstanzeigen fast verdoppelt, teilte das Düsseldorfer Finanzministerium mit: Die Zahl sei von 572 Selbstanzeigen in der vergangenen Woche auf 1066 gestiegen. Auch in Bayern, das angekündigt hatte, den Kauf der Daten zu prüfen, verdoppelte sich die Zahl der Selbstanzeigen innerhalb einer Woche knapp. Mittlerweile haben sich 1229 Bürger selbst angezeigt. (sda) **Seite 10**

STANDPUNKT

JA ZUM INDUSTRIEZUBRINGER – ALS RESULTAT EINER GEWICHTUNG

Von Adolf Heeb,
VU-Parteipräsident

Redaktionelle Beiträge und Leserbriefe zur bevorstehenden Abstimmung über den Schaaner Industriezubringer haben in den letzten Wochen die Landeszeitungen gefüllt. Die Argumente sowohl der Befürworter als auch der Gegner sind bekannt und es liegt jetzt am Stimmvolk, eine Entscheidung in dieser Sachfrage herbeizuführen. Welches die Entscheidung der Mehrheit sein wird, scheint völlig offen. Welches aber die richtige Entscheidung für unser Land ist, wird die Zukunft weisen.

Aus zahlreichen Rückmeldungen weiss ich, dass viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger durch die von beiden Seiten sehr selbstbewusst und bestimmt vorgetragenen Argumente verunsichert sind. Auch mir geht es in gewissem Sinne so. Die hohen Kosten, die Umweltproblematik und die Fragezeichen bezüglich der künftigen Verkehrsentwicklung dürfen nicht ausgeblendet werden. Auch die Möglichkeit, dass mit dem Industriezubringer gewisse Weichen für eine eigentliche Umfahrung gestellt werden können, ist nicht von der Hand zu weisen. Über dieses Argument muss aber, wenn überhaupt, die nachfolgende Generation entsprechend der weiteren Verkehrsentwicklung entscheiden. Es ist nichts vorweggenommen.

Ich habe mich aber für ein Ja entschieden, weil ich im Schaaner Industriezubringer einerseits eine punktuelle Massnahme sehe, die zu einer geordneten Raum- und Verkehrsentwicklung beiträgt, und weil ich andererseits überzeugt bin, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität unseres Landes wichtig ist, jetzt aktiv unterstützend und investierend tätig zu werden.



VU-Parteipräsident Adolf Heeb: «Unsere Wirtschaft braucht die positiven Signale jetzt und unser Land braucht die Solidarität unter den Gemeinden, denn Schaan, das Nadelöhr des liechtensteinischen Strassenverkehrs, braucht eine Entlastung.» Bild Elma Velagic

Meine Entscheidung für ein Ja ist keine Ablehnung der Gegenargumente, sondern Resultat einer Gewichtung. Unsere Wirtschaft braucht die positiven Signale jetzt und unser Land braucht die Solidarität unter den Gemeinden, denn Schaan, das Nadelöhr des liechtensteinischen Strassenverkehrs, braucht eine Entlastung. Das überwiegt für mich und darum käme ein Nein einem zaghaften Verharren gleich, während ein Ja hingegen bedeutet, sich mutig für das Ermöglichen von Entwicklungen, insbesondere unseres Wirtschaftsstandortes einzusetzen.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Parteivorstand, Fraktion und Präsidium der Vaterländischen Union haben sich mit einer klaren Mehrheit dafür ausgesprochen, Ihnen als Empfehlung für die Abstimmung über den Schaaner Industriezubringer ein **JA** nahezulegen.

Auch ich möchte Sie an dieser Stelle nochmals bitten, sich mutig für die von der Regierung, der Mehrheit im Landtag und verschiedenen Interessensverbänden unterstütze Lösung zu entscheiden und deshalb ein entschlossenes **JA** in die Urne zu legen.

Machen Sie Gebrauch von Ihren Rechten zur Mitgestaltung unseres Landes und nehmen Sie teil an dieser wichtigen Abstimmung.



Eine Gewalttat jagt die andere

Der Anschlag auf ein türkisches Bistro in Nendeln steht in einer Reihe Gewalttaten, die in den vergangenen Monaten Liechtensteins Bevölkerung verunsicherten und verängstigten. Immer wieder ist auch von Rechtsradikalismus die Rede.

Von Janine Köpfli

Es ist gut drei Monate her, als zwei Brandanschläge in Nendeln für Schlagzeilen und ein ungutes Gefühl innerhalb der Bevölkerung sorgten. Es ist knapp vier Monate her, dass Unbekannte Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben warben, verunstalteten und dass Flugblätter verteilt wurden, die gegen Ausländer und gegen fortschrittlich und modern denkende Bewohner Liechtensteins Stimmung machten. Und es ist noch nicht einmal einen Monat her, dass ein Jugendlicher einen türkischen Jungen in einem Liechtensteiner Bus verletzte. Bisher ist offen, ob diese Zwischenfälle einen rechtsextremen Hintergrund haben oder nicht. Weder die Polizei noch sonst eine offizielle Stelle wollen mögliche Gerüchte in diese Richtung schüren. Dennoch, die Gerüchteküche brodelt, die Leute reden und erzählen beängstigende Zwischenfälle, die scheinbar nie an die Öffentlichkeit gelangt sind – sie reden von Gewalt an Ausländern, von Zwischenfällen mit mutmasslichen Rechtsextremen, von Drohungen, von Angst.

Längst meldeten sich besorgte Eltern von Schülern der Realschule Eschen zu Wort und übten Kritik an Polizei und Behörden, dass zu wenig gegen Rechtsradikale getan werde. Der jüngste Brandanschlag in Nendeln dürfte diese Diskussion erneut entfachen. Die Ermittlungen der Landespolizei laufen auf Hochtouren, wie Jules Hoch, Chef der Liechtensteiner Kriminalpolizei, bestätigt. Auch im Fall des Brandanschlags von Freitag werde in alle Richtungen ermittelt. Noch sei es zu früh, um Aussagen über die Täterschaft zu machen. Er verstehe die Sorge der Bevölkerung und auch er ist der Meinung, dass etwas gegen die rechte Szene im Land getan werden müsse. Vor wenigen Tagen betonte er in einem Interview auf Radio L, dass Rechtsradikalismus sehr ernst genommen werde. Aus diesem Grund will die Gewaltschutzkommission bis Ende März einen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Liechtenstein vorlegen.

Zeugenaufruf: Personen, die Hinweise zum Vorfall in Nendeln liefern können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter Tel. +423/236 71 11 oder info@landespolizei.li in Verbindung zu setzen.

Welle der Gewalt

- 26. Februar: Brandanschlag auf türkisches Bistro
- 12. Februar: Jugendlicher verletzt türkischstämmigen Jungen in LBA-Bus
- November 09: Zwei Brandanschläge auf Wohnhäuser in Nendeln
- November 09: ausländerfeindliche Flugblätter werden verteilt, Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, werden zerstört
- 9. September 09: Briefkasten einer Liechtensteiner Familie in Triesen wird gesprengt und ein Schafkopf wird hinterlassen
- September 08: Massenschlägerei zwischen Rechtsextremen und türkischen Jugendlichen am Oktoberfest in Mauren
- August 08: Rechtsextremer verletzt Touristin
- Frühling 08: Globalisierungsgegner stossen auf eine Gruppe der rechten Szene







Schock und Sachschaden nach Brandanschlag: Sekran Kilic zeigt, was die Molotowcocktails im Café-Bistro «Abra Kebabra», das nächste Woche hätte eröffnet werden sollen, angerichtet haben. Bilder Daniel Schwendener

HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
SAMSTAG, 27. FEBRUAR 2010 | NR. 46 | CHF 1.80



INLAND

Frauen und Männer lieben anders. Wie sie sich finden können, zeigt Patricia Matt. SEITE 11



SPORT

Marina Nigg erreichte beim Olympiaslalom in Whistler den guten 22. Schlussrang. SEITE 19

AAC
Revision und Treuhand AG
Buchhaltungen
T +423 263 00 33 · www.aac.li

Filmclub betreibt Schlosskino Balzers

Seit Monatsbeginn leitet der Filmclub im TaKino nun auch die Geschicke des Schlosskinos in Balzers. Für den Verein zwar ein gewagter Schritt, aber ein sehr logischer, sichert er doch die Möglichkeit, eine zweite Leinwand bespielen zu können. Markus Wille, Geschäftsführer des Filmclubs und Ruth Allgäuer, Leiterin Administration, erläutern im Gespräch Vor- und Nachteile des zweiten Standorts, die damit verfolgten Ziele und die derzeitigen Herausforderungen in der Kinolandschaft. *(ehu)*

SEITE 9

Späterer Termin für Lehrstellenvergabe

Die Schulabänger sollen mehr Zeit erhalten, sich seriös auf die Berufswahl vorzubereiten. Die Wirtschaftsverbände in Liechtenstein diskutieren zurzeit darüber, den 1. März als einheitlichen Stichtag für die Vergabe von Ausbildungsplätzen festzulegen. Seit einigen Jahren gilt der 1. November als frühester Zeitpunkt für Lehrstellenzusagen. An diese Spielregeln fühlen sich aber viele Unternehmen nicht gebunden. WIRTSCHAFT REGIONAL

Todesstrafe schnell abschaffen

Zum Abschluss des Weltkongresses gegen die Todesstrafe hat Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe aufgerufen. Die Schweiz werde weiter auf dieses Ziel hinarbeiten, sagte sie in Genf. Es sei unbestritten, dass die Zahl der Gegner der Todesstrafe zugenommen habe. *(sda)*

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–17
Boulevard	18
Sport	21–25
Multimedia	27
Weiterbildung	28, 29
Schnell gefunden	30
Kultur	31
Blickpunkt	32
Ausland	33
TV-Programme	34, 35
Die Letzte	36

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 60008

Erneuter Brandanschlag

In der Nacht auf Freitag haben Unbekannte einen Anschlag mit Steinen und Molotowcocktails auf ein Kebab-Bistro in Nendeln verübt. Es ist bereits der dritte dieser Art innerhalb von drei Monaten.

Von Nora Brunhart

Die Stimmung ist gedrückt im Café-Bistro «Abra Kebabra» in der Nähe des Bahnübergangs in Nendeln. Das Café wurde Opfer eines nächtlichen Anschlags. Die noch unbekannten Täter hatten zuerst die Fenster des Cafés mit Steinen eingeschlagen und anschliessend Molotowcocktails ins Innere geworfen. Erhan Kilic, der Inhaber des Café-Bistros «Abra Kebabra», ist über die Vorkommnisse schockiert. Das kann sein Bruder Sekran Kilic nur bestätigen: «Die Situation ist sehr schlimm für uns. Wir haben drei Monate etwas aufgebaut und jetzt stehen wir plötzlich wieder am Anfang.» Die Eröffnung des Cafés war für nächste Woche geplant.



Erneuter Brandanschlag in Nendeln: Die Aufräumarbeiten im Kebab-Bistro haben nach dem nächtlichen Anschlag mit Steinen und Molotowcocktails bereits begonnen. Bild Daniel Schwendener

Bereits der dritte Anschlag

Der Brandanschlag von Freitag ist nicht der erste dieser Art in Nendeln. Bereits Ende November gab es gleich zwei Brandanschläge mit Molotowcocktails in einer Nacht. Damals wurde zuerst ein Molotowcocktail gegen ein Haus geworfen. Der Wurfbrandsatz prallte damals am Fenster ab und brannte ausserhalb des Gebäudes ab. Trotzdem entstand erheblicher Sachschaden an der Hausfassade.

Kurze Zeit später wurde ein weiterer Brandsatz auf einen Balkon eines Wohnhauses geworfen. Dadurch gerieten mehrere Objekte in Brand. Die Hausbewohner konnten das Feuer rechtzeitig löschen. Auch hier entstand erheblicher Sachschaden.

Ermittlungen laufen

Die Polizei hat gestern Morgen die Ermittlungen aufgenommen. Die Spurensicherung hat am Tatort verschiedenste Spuren sicherstellen können. «Dieser Anschlag ähnelt den Anschlägen im November sehr», stellt Jules Hoch, Chef der Kriminalpolizei, fest. Es werde jetzt untersucht, ob die Molotowcocktails auf die gleiche Art und Weise hergestellt wurden wie jene, die bei den letzten beiden Anschlägen benutzt worden waren.

Wer hinter der Tat, beziehungsweise den Taten steckt, ist noch unklar. Es kursieren jedoch Gerüchte, wonach die Täter der rechten Szene angehören könnten. Jules Hoch kann das nicht bestätigen: «Wir ermitteln in alle Richtungen. Für Aussagen über die Täterschaft ist es noch zu früh.»

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben die Bevölkerung aufschrecken lassen. Besonders der tätliche Angriff auf einen türkischstämmigen Schuljungen in einem Bus löste bei vielen Eltern Ängste um ihre Kinder aus. Es werden immer mehr Forderungen laut, dass etwas gegen den Rechtsradikalismus in Liechtenstein getan werden muss. Auch Jules Hoch stimmt dem zu: «Sollten die Täter tatsächlich der rechten Szene angehören, so bestätigt der gestrige Vorfall den dringend notwendigen Handlungsbedarf.» Die Gewaltschutzkommission, der auch Hoch angehört, hat einen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Liechtenstein erarbeitet, der Ende März präsentiert werden soll.

Nicht aufgeben

Der Besitzer Erhan Kilic und sein Bruder Serkan sind über die Ereignisse von Freitag entsetzt. Zu denken gibt ihnen vor allem die Tatsache, dass im gleichen Haus auch zwei Familien leben und sie durch den Anschlag ebenfalls gefährdet wurden. Sie hoffen nun auf eine schnelle Aufklärung des Anschlags. Unterkriegen lassen wollen sie sich jedenfalls nicht. «Wir werden alles so schnell wie möglich renovieren und hoffentlich bald Eröffnung feiern», sieht Serkan Kilic bereits wieder positiv in die Zukunft. SEITE 3

Daten-CD gekauft

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland eine Daten-CD mit den Angaben zu deutschen Steuerflüchtlingen in der Schweiz gekauft. Die Informationen sind den Behörden 2,5 Millionen Euro wert.

Ob der Kauf solcher Daten legal ist, prüft nun das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dies berichtete «Welt Online» gestern Abend. Laut Finanzministerium in Düsseldorf sind die Verhandlungen über den Ankauf abgeschlossen. Die Daten-CD liege der Finanzverwaltung vor, hiess es laut «Welt Online» aus der Behörde. Die Daten von rund 1500 mutmasslichen Steuersündern würden der Justiz übergeben und das weitere Vorgehen soll mit der Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf abgesprochen werden. Die Kaufsumme soll 2,5 Millionen Euro betragen.

Bedenklicher Schritt

Der Steuerzahlerbund kritisierte den Ankauf. «Wir halten den Schritt für bedenklich, solange die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht abschliessend geklärt sind», sagte Bundesgeschäftsführer Reiner Holznagel. «Ich hätte mir gewünscht, NRW hätte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgewartet.» Datenschutz nach Kassenlage dürfe es nicht geben. Anders als Nordrhein-Westfalen will Baden-Württemberg vorgehen. Auch der dortigen Landesregierung waren Daten deutscher Steuersünder angeboten worden. Allerdings will Stuttgart die Entscheidung über einen Erwerb dem Bund überlassen. *(güf/wo)*

Kopftücher an Schulen

Immer wieder sorgen Muslimas, die Kopftücher an Schulen tragen, für Diskussionen. In Liechtenstein ist dies kein Problem, da die Schulverordnung eine Kopfbedeckung nicht verbietet.

Mädchen, die ein Kopftuch tragen, kommen an liechtensteinischen Schulen zwar nur vereinzelt, aber immer wieder vor. Vor allem im liechtensteinischen Unterland. Dies hat Walter Noser vom Schulamt beobachtet: «Weshalb genau, kann ich nicht sagen. Ich denke mir jedoch, dass es mit den Mietpreisen zusammenhängt.» Die traditionellen Muslime aus ländlichen Regionen wären eher ärmer als die «moderneren», die aus einer Stadt stammen würden. Eine Anfrage bei den weiterführenden Schulen in Triesen bestätigt die Tatsache, dass das Tragen von Kopftüchern im Oberland kein grosses Thema ist. «Wir haben zwar Muslime an der Schule, aber keine, die Kopftücher tragen. Das war noch nie der Fall», sagt Thomas Würbel, Leiter der Oberschule Triesen.

Schwierige Berufswahl

Momentan besuchen zwei Schülerinnen, die ein Kopftuch tragen, die Oberschule Eschen. Für Lehrer und Schüler ein gewohntes Bild. «Sie sind in den Klassen gut integriert», sagt die Schulleiterin Carolin Meier.

Schwieriger gestaltet sich für die Muslimas die Lehrstellensuche. Die Kopftücher schrecken viele Lehrmeister ab. Vor allem in Berufen mit Kundenkontakt. SEITE 7

«In keiner Form zu tolerieren»

«Rechtsextremismus ist in keiner Form zu tolerieren», sagte Innenminister Hugo Quaderer am gestrigen Mediengespräch der Regierung. Den jüngsten Brandanschlag auf ein Kebab-Bistro in Nendeln verurteilte er aufs Schärfste.

Von Günther Fritz



«Absolut nicht entschuldbar»: Innenminister Hugo Quaderer verurteilt den jüngsten Brandanschlag mit Molotow-Cocktails auf ein Kebab-Bistro in Nendeln auf Schärfste. Rechtsextremismus sei in keiner Form zu tolerieren. Bild Daniel Ospelt

Das aktuelle Gewaltdelikt in Nendeln vom vergangenen Freitag, bei dem eine noch unbekannte Täterschaft zuerst die Fenster des kurz vor der Eröffnung stehenden Cafés mit Steinen eingeschlagen und anschliessend Molotow-Cocktails ins Innere geworfen hatte, werde von der Landespolizei mit grossem personellen und auch materiellen Einsatz konsequent verfolgt. «Die Abklärungen und Untersuchungen laufen auf Hochtouren», sagte Innenminister Hugo Quaderer gestern vor den Medien in Vaduz. Der Anschlag sei auch unmittelbar nach der Tatbestandsaufnahme von der Landespolizei bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden.

Reihe von Gewalttaten

Der jüngste Brandanschlag ist nicht der erste dieser Art in Nendeln. Bereits Ende November 2009 gab es gleich zwei Brandanschläge mit Molotow-Cocktails in einer Nacht. Damals wurde zuerst ein Molotow-Cocktail gegen ein Haus geworfen. Der Wurfbrandsatz prallte damals am Fenster ab und brannte ausserhalb des Gebäudes ab. Trotzdem entstand erheblicher Sachschaden an der Hausfassade. Kurze Zeit später wurde ein weiterer Brandsatz auf einen Balkon eines Wohnhauses geworfen. Dadurch gerieten mehrere Objekte in Brand. Die Hausbewohner konnten das Feuer rechtzeitig löschen. Auch hier entstand erheblicher Sachschaden. Ein weiterer Anschlag ereignete sich vergangenen September in Triesen: Unbekannte sprengten den Briefkasten einer liechtensteinischen Familie und deponierten vor den Trümmern einen abgeschnittenen Schafskopf. In allen Fällen fand die Landespolizei keine Hinweise auf die Täterschaft, wie Sprecherin Tina Enz der Nachrichtenagentur SDA sagte. Daher könne man weder eine Verbindung zwischen den drei Fällen noch eine zu rechtsextremen Kreisen bestätigen.

Benzinkanister: Heisse Spur?

Inzwischen wurde in Nendeln ein Benzinkanister gefunden, der möglicherweise im Zusammenhang mit dem Brandanschlag vom Freitag auf das türkische Bistro stehen könnte. Gemäss Landespolizei könnte ein Tatzusammenhang bestehen.

Hinschauen und nicht wegschauen

Obwohl noch nicht eindeutig bewiesen werden konnte, dass die Brandanschläge mit Molotow-Cocktails von einer Täterschaft mit rechtsextremem Gedankengut verübt worden sind, sprechen die Umstände für solche Motive. Regierungsrat Hugo Quaderer appellierte an der Medienkonferenz an die Bevölkerung, solche Gewalttaten nicht zu verharmlosen und beherzt und engagiert «gegen jede noch so kleine rechtsextremistische Ideologie» vorzugehen. «Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft können wir keinen nachhaltigen Erfolg erzielen», sagte Quaderer. Die Regierung bitte die Bevölkerung, bei solchen Vorfällen hin- statt wegzusehen. «Wir sind jeden Tag aufs Neue gefordert, Mut und Zivilcourage zu zeigen.»

Keine Patentrezepte

Einen richtigen Königsweg bei der präventiven Bekämpfung extremistischen Gedankenguts gebe es leider nicht. Doch stehe fest, so Regierungsrat Quaderer vor den Medien, «dass nicht nur der Staat, sondern auch alle Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner aufgefordert sind, engagiert vorzugehen, wenn es darum geht, fremdenfeindlichen Äusserungen und Handlungen Einhalt zu gebieten.»

Verstärkte Aufklärung über Formen von Rechtsextremismus und breite bürgerschaftliche Netzwerkbildung würden helfen, rechte und gewalttätige Tendenzen im Keim zu ersticken. Das zeigten die Erfahrungen aus der Praxis. «Es gibt durchaus bewährte Aktionen gegen Rechtsextremismus, wenn auch keine Patentrezepte», führte Innenminister Hugo Quaderer weiter aus.

Massnahmenkatalog in Arbeit

Anfang November 2009 hat die Regierung zusammen mit der Gewaltschutzkommission die Ergebnisse der Studie «Rechtsextremismus in Liechtenstein» präsentiert. Auf der Basis der Studienergebnisse wird die Gewaltschutzkommission bis Ende dieses Monats einen konkreten Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus erarbeiten. Wie Regierungsrat Hugo Quaderer vor den Medien weiter ausführte, waren Vorfälle aus den Jahren 2004 (Massenschlägerei Monsterkonzert) und 2008 (Oktoberfest in Mauren) der Grund für die Studie und die daraus abzuleitenden Massnahmen.

Aufklärungsarbeit notwendig

Nach Ansicht von Regierungsrat Hugo Quaderer wäre es unzureichend, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nur auf repressive Massnahmen zu setzen. Insbesondere junge Menschen müssten im Umgang mit rechtsextremistischen Inhalten ausreichend sensibilisiert sein. Deshalb habe die geistig-politische Auseinandersetzung und die gesellschaftliche Aufklärung Vorrang. Toleranz und Weltoffenheit seien grundlegende staatliche Werte in Liechtenstein. «Deshalb dürfen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus keine Chance in Liechtenstein haben.»

Keinerlei Diskriminierungen im Bürgerrecht

Innenminister Hugo Quaderer verwehrt sich dagegen, dass das Bürgerrechtsgesetz ausländische Studenten diskriminiere. Im Gegenteil sorge eine im vergangenen Herbst vom Landtag beschlossene Neuerung für Rechtssicherheit und -gleichheit.

Von Heribert Beck

Im September und November des vergangenen Jahres beschäftigte der Landtag sich mit einer Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes. Das Ziel dieser Änderung war es vor allem, stillschweigend ausgebürgerten Liechtensteinern die Möglichkeit zu geben, wieder in den Bürgerverband zurückzukehren und solche Härtefälle künftig zu vermeiden. Zusätzlich wurde der Begriff des «ordentlichen Wohnsitzes» innerhalb dieses Gesetzes verankert und damit präzisiert.

Aufenthalt bleibt aufrechterhalten

Am vergangenen Dienstag verkündete nun das «Volksblatt», dass durch diese Neuerung ausländische Studenten «diskriminiert» würden. Der Hintergrund dieses Vorwurfs ist die Bestimmung, dass es für die erleichterte Einbürgerung Alteingesessener erforderlich ist, mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Liechtenstein zu leben, bevor die Staatsbürgerschaft erteilt wird. Dies wiederum bedeutet, dass Studenten an ausländischen Hochschulen nach ihrer Rückkehr fünf Jahre warten müssen, bevor sie den Pass beantragen können. Selbst wenn sie bereits die erforderliche Anzahl an Lebensjahren in Liechtenstein verbracht haben.

Dem steht ausländerrechtlich insofern nichts entgegen, da diese Studenten ihre Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung aufgrund ihres Studienaufenthalts nicht verlieren.

Das Stichwort heisst Integration

Neu ist aufgrund der Definition des ordentlichen Wohnsitzes lediglich, dass die Studienjahre nicht als Aufenthalt im Land gerechnet werden. «Zuvor wurden sie stillschweigend angerechnet», sagte Innenminister Hugo Quaderer am gestrigen Mediengespräch der Regierung.

Der Sinn und Zweck der Bestimmung, dass Ausländer vor der erleichterten Einbürgerung 30 Jahre in Liechtenstein Leben müssen, wobei die ersten 20 Lebensjahre doppelt zählen, sei ja gerade die Integration. «Und eben nicht, dass der Bewerber um das Bürgerrecht einige Jahre im Ausland verbracht hat.» Diskriminiert werde durch die Einführung der neuen Regelung aber sicher keine Personengruppe. «Die Änderung trifft alle, die ihre Aufenthaltsbewilligung oder Niederlassung während eines Auslandsaufenthalts beibehalten können. Studenten, Arbeitstätige oder Wehrdienstleistende», sagte Hugo Quaderer. Auf diese Weise werde im Gegenteil Rechtssicherheit geschaffen.

Der klare Wille des Gesetzgebers

«Die Änderung wurde dem Landtag im Bericht und Antrag zur ersten sowie der Stellungnahme zur zweiten Lesung breit erläutert», sagte der Innenminister weiter. Die Intention sei klar gewesen. Wortmeldungen habe es im Parlament keine gegeben. «Demzufolge war es der klare Wille des Gesetzgebers, diese Regelung im Gesetz zu verankern.»

Es sei überdies seit Jahren geltendes Recht, dass eine Person beim erleichterten Einbürgerungsverfahren neben der Frist von 30 Jahren ordentlichem Wohnsitz fünf Jahre vor der Antragstellung ununterbrochen in Liechtenstein leben muss. «Diesbezüglich wurde mit der Regelung keine neue Rechtslage geschaffen.»

Verkettung unglücklicher Umstände

Für die vom «Volksblatt» angesprochene Studentin besteht dennoch Hoffnung, da sie sich aufgrund einer Fehlinformation der Behörden nicht bereits vor der Gesetzesänderung einbürgern liess – wie sie es ursprünglich geplant hatte. «Es ist zwar nicht meine Aufgabe, die Arbeit der Amtsstellen zu kommentieren», sagte Hugo Quaderer. «Aber es handelt sich in diesem konkreten Fall um eine Verkettung unglücklicher Umstände. Die Einwohner sollten sich auf die Informationen der Behörden verlassen können. Daher habe ich die involvierten Stellen angewiesen, diesen Fall nochmals genau zu betrachten.»

«Atmosphärische Bereinigung» in der Bildungsdebatte

Die strukturierten Gespräche über die Zukunft des Liechtensteiner Bildungswesens sind inzwischen abgeschlossen. Bildungsminister Hugo Quaderer zieht eine positive Zwischenbilanz.

«Ende Februar hat das letzte der insgesamt neun Gespräche stattgefunden», sagte Regierungsrat Hugo Quaderer am gestrigen Mediengespräch. Zu den Gesprächspartnern des Ressorts Bildung gehörten dabei mit der Gruppierung «Schule mit Zukunft» und dem Verein für Bildungsvielfalt ausgewiesene Befürworter wie auch Gegner der vor einem Jahr vom Volk abgelehnten Bildungsreform SPES I. Ausserdem nahmen die Lehrervereine von Primar-, Ober- und Realschule sowie vom Gymnasium und drei Organisationen der Elternvereinigung teil.

Stillschweigen über Inhalt vereinbart

«Anhand eines Leitfadens wurden mit allen Gruppierungen die gleichen Themen besprochen», sagte Quaderer weiter. Die Gespräche seien protokolliert worden und die dabei entstandenen Mitschriften bildeten die Grundlage für einen Bericht an die Regierung, welcher derzeit ausgearbeitet wird. «Dies braucht ein wenig Zeit und wir haben ausgemacht, bis dahin inhaltlich nicht über die Gespräche zu informieren.» Es sei aber auf jeden Fall so, dass eine verstärkte Schulautonomie einen ganz wesentlichen Bestandteil künftiger Reformen im Bildungswesen darstellen werde.

Es könne gemäss Hugo Quaderer sein, dass nach dem Vorliegen der Ergebnisse noch weitere Diskussionsrunden stattfinden. Auf jeden Fall sei es aber geplant, den Bericht noch in diesem Monat der Gesamtregierung vorzulegen. Diese wiederum werde über weitere konkrete Schritte beraten.

Zukunftsgerichtetes System im Blick

Zwar nicht zum Inhalt, aber zum Ablauf der Gespräche konnte Bildungsminister Quaderer gestern durchaus Auskunft geben. «Sie sind in einem sehr konstruktiven Rahmen vonstatten gegangen.» Dies habe ihn sehr gefreut und zuversichtlich gestimmt, dass Liechtenstein in absehbarer Zeit trotz aller Zerwürfnisse im Vorfeld der SPES-Abstimmung ein zukunftsgerichtetes Bildungssystem erhalten werde. «Denn im Rahmen dieser Gespräche hat auch eine atmosphärische Bereinigung zwischen den Befürwortern und Gegnern der vom Volk abgelehnten Bildungsreform stattgefunden.» *(hb)*

Angst vor weiteren Anschlägen

Eine Reihe von Gewaltakten verunsichert und verängstigt zurzeit die Bevölkerung Liechtensteins. Der Anschlag auf das türkische Bistro in Nendeln war bereits der dritte in kurzer Zeit. Vor allem ausländische Familien haben Angst vor weiteren Gewalttaten.

Von Bianca Negele und Irina Radu



Die Aufräumarbeiten und Renovationen sind in vollem Gange: Das Kebab-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln eine Woche nach dem Anschlag. Bild bn

Ein Auto parkt vor dem Geschäft. Erdal Kilic schaut vorsichtig durch die Fenster des Kebab-Ladens. Erst letzten Freitag wurde auf das Bistro seines Bruders Sekran ein Molotowcocktailanschlag verübt. Ein mulmiges Gefühl begleitet die Brüder seither. Das Entsetzen über den Brandanschlag ist immer noch gross: «Der Sachschaden ist Nebensache, aber die Tatsache, dass im selben Haus noch zwei Familien leben und sie durch den Anschlag ebenfalls gefährdet wurden, finden wir sehr schlimm», erklärt Erdal Kilic. Natürlich werde man seither von einer gewissen Angst begleitet, dass so etwas wieder passiere könnte. «Wir wollen uns aber nicht einschüchtern lassen. Unser Ziel ist es, die Renovationen bis Ende Woche abzuschliessen und bald zu eröffnen», sagt Erdal Kilic. Ausserdem wollen die Brüder mit dem Installieren von Kameras die Sicherheit erhöhen.

Besonders gerührt hat die Brüder die Anteilnahme einiger Nachbarn und Einwohner Nendelns: «Sie sind vorbeigekommen, um zu fragen, wie es uns geht und haben gesagt, wie leid es ihnen tut, was mit unserem Bistro passiert ist», so Erdal Kilic.

Keine konkreten Hinweise

Auf die Frage, ob es schon Hinweise zum Tathergang und zur Täterschaft gebe, zuckt Erdal Kilic nur mit den Schultern und schüttelt den Kopf: «Wir haben seit dem Anschlag von der Polizei nichts mehr gehört und auch keine weiteren Informationen erhalten.» Die Brüder vermuten, dass der Anschlag zwischen 5.15 und 6 Uhr verübt worden ist, denn um 4.20 Uhr sei ein Bekannter mit dem Hund vorbeigegangen, da sei alles noch ruhig gewesen. Und auch um fünf Uhr, als sein Bruder zur Arbeit gefahren sei, habe dieser nichts Verdächtiges festgestellt. Erst kurz vor 6 Uhr habe dann ein Bekannter den schwarzen Fleck und den Rauch gesehen und anschliessend die Polizei verständigt. «Wir können wirklich von Glück sprechen, dass niemand zu Schaden gekommen ist», sagt Erdal Kilic mit ernstem Blick.

Bei der Landespolizei ist auch nicht mehr zu erfahren: «Bislang gibt es keine konkreten Hinweise auf die Täterschaft», sagte Tina Enz gestern auf Anfrage. «Es werden zurzeit diverse Hinweise überprüft und die Ermittlungen der Landespolizei werden mit Nachdruck geführt», so die Medienssprecherin. Der Anschlag auf das Kebab-Bistro in Nendeln war bereits der dritte innert kurzer Zeit. Bereits Ende November gab es gleich zwei Anschläge mit Molotowcocktails in einer Nacht. Die an der Hausfassade verursachten Schäden sind bis heute noch zu sehen und erinnern die Betroffenen täglich an die Gewalttaten. «Wir wissen nicht, ob das Haus irgendwann renoviert wird», sagt der Mann einer betroffenen Familie. Auch ob es zwischenzeitlich Hinweise auf die Täterschaft gebe, wisse er nicht. «Die Polizei war damals für Befragungen und zum Fotografieren da, danach haben wir nichts mehr von ihnen gehört.» Auch beim zweiten Wohnhaus haben die Betroffenen keine näheren Informationen seitens der Polizei erhalten. «Der Familienvater hat mir erzählt, dass sich seither kein Mensch mehr blicken gelassen habe. Ausserdem hat er gesagt, dass seine Frau seit dem Anschlag immer Angst habe», so eine Bewohnerin des Hauses. «Die Familie hatte grosses Glück, dass die Rolläden unten waren – wahrscheinlich wäre sonst Schlimmeres passiert», ist die Nachbarin überzeugt.

Tina Enz relativiert die Vorwürfe: «Die Ermittlungen im Fall vom November sind noch nicht abgeschlossen und es laufen immer noch Abklärungen», so die Medienssprecherin. «Natürlich verstehen wir das Bedürfnis der Betroffenen nach Informationen. Aus ermittlungstaktischen Gründen können wir die Geschädigten jedoch über die Ermittlungsergebnisse nicht laufend informieren.» Dies entspreche nicht der kriminalpolizeilichen Praxis.

Der Besitzer eines der beiden betroffenen Wohnhäuser will die Rückstände, die es durch die Molotowcocktails gegeben hat, baldmöglichst beseitigen: «Natürlich muss das wieder in Ordnung gebracht werden», sagte er auf Anfrage. Die Renovation sei in Planung.

«Die Polizei kann nicht überall sein»

Ob es bei den drei Anschlägen in Nendeln einen Zusammenhang gibt und ein rechtsextremer Hintergedanke mitgespielt hat, ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen.

«Ein Tatzusammenhang wird aufgrund des ähnlichen Tatvorgehens genau überprüft», so Tina Enz. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten keine weiteren Angaben zu den Hintergründen zur Tat bekannt gegeben werden. Die Landespolizei schätze aber die Mithilfe der Bevölkerung und die Reaktionen auf die Aufrufe sehr, diese unterstützten die Ermittlungen massgeblich. Der Möglichkeit eines Tatzusammenhangs mit dem Vorfall in Triesen, wo ein Briefkasten gesprengt und danach ein abgeschnittener Schafskopf deponiert wurde, werde ebenfalls nachgegangen. «Bislang gibt es aber keine Erkenntnisse, die auf eine gemeinsame Täterschaft hindeuten», erklärt die Medienssprecherin weiter.

Kursierende Gerüchte, wonach es sich bei allen Anschlägen um Täter aus der rechten Szene handelt, will sie weder bestätigen noch dementieren: «Die Landespolizei kann bislang keinen Zusammenhang zwischen den Anschlägen und der rechten Szene bestätigen. Bei den Ermittlungen wird jedoch keine Möglichkeit ausgeschlossen», so die Medienssprecherin.

Erdal Kilic und seine Brüder sind davon überzeugt, dass ein rechtsextremer Hintergedanke mitspielte, denn in den Häusern wohnten ausschliesslich ausländische Familien. Ausserdem sei vor einigen Wochen ein türkischer Junge im Bus von einem Mann angegriffen worden, und schon etwas länger sei der Angriff im Kebab-Laden in Eschen her, als der Besitzer von vier Jugendlichen – angeblich ebenfalls Rechtsorientierte – geschlagen wurde.

Vorsteher verurteilt Anschläge

Vorsteher Gregor Ott, der sich die vergangene Woche persönlich ein Bild über den Brandanschlag in Nendeln gemacht hat, zeigt sich erschüttert über die Tat: «Ich schliesse mich der Meinung der Regierung an, dass solche Anschläge aufs Schärfste zu verurteilen sind», sagte er gestern. Dieser Meinung seien auch die Einwohner, wie er persönlich vernommen habe. Es gebe aber auch Befürchtungen, dass solche Gewaltakte zukünftig vermehrt vorkommen würden. «Deshalb rufe ich alle Einwohner auf, dass sie hin- statt wegsehen – denn nur gemeinsam können wir etwas dagegen unternehmen», so der Vorsteher. Massnahmen befänden sich in Ausarbeitung, dabei wolle man in erster Linie eng mit zuständigen Stellen des Landes und dem Gemeindepolizisten zusammenarbeiten. Ausserdem sei Rechtsradikalismus ein Dauerthema in der Jugendarbeit. Das heisse aber nicht, dass er hinter dem Anschlag Jugendliche vermutet. Im Gegenteil. Er glaube, dass kein 12- bis 18-Jähriger zu einer solcher Tat im Stande sei.

Die Landespolizei plant keine Massnahmen aufgrund der Anschläge: «Wir sind regelmässig mit Patrouillen im ganzen Land präsent, aber wir können nicht immer überall sein», sagt die Medienssprecherin. Darum sei die Polizei auch auf Meldungen und Hinweise über verdächtige Vorfälle und Ereignisse durch die Bevölkerung angewiesen.





Angst, die bleibt: Die Spuren des Molotowcocktails erinnern die Betroffenen bis heute an den Anschlag im November 2009 in Nendeln. Bilder bn

Stimmen aus der Bevölkerung

• «Ich finde es sehr schlimm, dass es in Liechtenstein in der vergangenen Zeit vermehrt zu Anschlägen und Gewalttaten gekommen ist. Durch sie sieht man, dass die Welt auch in Liechtenstein nicht mehr nur heil ist, und dass es leider auch hier ausländerfeindliche Menschen gibt. Ob die Polizei genug unternehmen wird, damit so etwas nicht mehr passiert, wird sich herausstellen. Zurzeit laufen die Ermittlungen. Ich hoffe, dass sie die Täter finden und entsprechend verurteilen. Ich bin überzeugt, dass die Kriminalität in Zukunft zunehmen wird. Auch, dass es vermehrt zu Einbrüchen kommen wird. Diese führe ich auf die Grenzenöffnung zurück. Es wird immer schlimmer!»

• «Ich finde es schlimm, dass es solche Gewaltakte auch bei uns gibt. Es handelt sich dabei bestimmt um Rassendiskriminierung, denn von den Anschlägen waren in erster Linie ausländische Familien betroffen. Es macht mich traurig, dass die schwarzen Rückstände der Molotowcocktails bis heute noch zu sehen sind, und die Betroffenen dadurch täglich an die Anschläge erinnert werden. Ich finde, die Polizei könnte mehr unternehmen, zum Beispiel Zivilpolizisten platzieren und mehr Streife fahren. Ich habe nach den Anschlägen der vergangenen Monate grössere Angst und glaube, dass die Gewalttaten in Zukunft zunehmen werden.»

• «Es ist verwerflich. Jeder sollte jeden respektieren – ungeachtet seiner Herkunft!»

• «Ich vermute einen rechtsradikalen Hintergrund. Ich weiss nicht, was die Polizei dagegen unternehmen wird, aber es muss etwas geschehen, denn in letzter Zeit gab es zu viele Vorfälle. Ich dachte nie daran, dass es in Nendeln zu Anschlägen kommen wird und ich bin erschüttert darüber. Ich habe Angst, dass die Gewalt unter der Bevölkerung – egal, welcher Abstammung sie sind – zunehmen wird. Es ist ein ungutes Gefühl, das man hat, auch, dass es vielleicht nicht mehr nur bei Molotowcocktails bleibt und Personen ernsthaft zu Schaden kommen. Man spürt, dass es den Nendlern leid tut, was da geschehen ist – viele fühlen mit den betroffenen Familien mit.»

• «Ich finde es eine Schweinerei, was in Liechtenstein die vergangenen Monate geschehen ist. Ich vermute hinter den Anschlägen ausländerfeindliche Jugendliche. Ich komme aus dem Kanton Uri und wir haben auch Probleme mit jugendlichen Gewalttätern. Aber was kann man gegen sie tun? Das ist eine schwierige Frage. Als älterer Mensch ist die Angst gross. Ich verlasse mein Haus abends nach sechs Uhr nicht mehr – aus Angst, überfallen zu werden.»

• «Obwohl ich in Nendeln wohne, habe ich keine Angst vor weiteren Anschlägen und Gewalttaten. Ich denke, dass es in jeder Ortschaft zu solchen Vorfällen kommen kann. Komisch finde ich, dass der Anschlag vor der Eröffnung passiert ist. Es kommt mir so vor, als wollten diejenigen, die den Anschlag verübt haben, nicht, dass das Kebab-Bistro eröffnet. Ich finde die Landespolizei kann nicht viel machen, ausser die Leute suchen, die die Anschläge verübt haben.»

FOREN / LESERMEINUNG

VU Vaduz verweigert konstruktive Zusammenarbeit

Die Vaduzer VU-Gemeinderatsfraktion und ihr Präsidium werden nicht müde, gegen Bürgermeister Ewald Ospelt zu schiessen. Offensichtlich will man damit von der Realität ablenken, eine Haltung, die in den vergangenen Wochen und Monaten dazu geführt hat, dass die VU-Gemeinderatsfraktion öfters nicht mehr konstruktiv an der Gemeindepolitik teilnimmt. Mit ihrer negativen und destruktiven Einstellung zeigt die VU-Gemeinderatsfraktion, dass es ihr primär um einen populistischen Ansatz geht. Sie ist kein verlässlicher Partner mehr und lehnt vieles prinzipiell ab, was vom Bürgermeister und der FBP-Fraktion eingebracht wird.

Für die Vaduzer FBP-Fraktion ist dieses Verhalten nicht nachvollziehbar und entbehrt jeglicher Grundlage. Auf diese Weise ist eine zukunftsorientierte Arbeit im Gemeinderat zum Wohle der Gemeinde nur sehr schwer möglich. Die FBP-Fraktion wird sich künftig gut überlegen, ob sie überhaupt noch auf die unsachlichen Äusserungen der VU-Vertreter in der Öffentlichkeit reagieren will. FBP-Fraktion und FBP-Ortsgruppe Vaduz sind sich ihrer Verantwortung bewusst und werden sich auch weiterhin als verlässliche Partner für Vaduz und zum Wohle aller Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen.

Vaduzer FBP-Fraktion

Beitrag «Kassensturz» vom 16. März 2010

Am vergangenen Dienstag, den 16. März, hat die Konsumentenschutzsendung «Kassensturz» des Schweizer Fernsehens einen Beitrag zum Thema Arztlöhne ausgestrahlt. «Der Ärztetarif Tarmed hat versagt»: So lautet die zentrale Aussage des Beitrages. Tarmed hat dazu geführt, dass Spezialärzte bei dem Tarifsystem bevorzugt behandelt werden. Grundversorger bzw. Hausärzte hingegen werden benachteiligt. Der Kassensturz-Beitrag hat deutlich gezeigt, dass Tarmed ein fehlerhaftes System ist.

Vorstand der
Liechtensteinischen Ärztekammer

Brandanschläge in Nendeln

Ich bedanke mich bei Winfried Huppmann für seinen Leserbrief vom 16. März, in dem er sich über die Intensität der Auseinandersetzung um den Industriezubringer wundert, während der Brandanschlag in Nendeln gegen ein türkisches Lokal mehr oder weniger schweigend zur Kenntnis genommen wird.

Man weiss aus der Bundesrepublik, dass rechtsextreme Täter das Schweigen der Mehrheit als Billigung ihrer Gewalttaten deuten und sich, je unwidersprochener die rassistisch motivierten Brandanschläge, schweren Körperverletzungen oder Morde bleiben, desto stärker für weitere Taten legitimiert glauben. Für mich bedeuten die Nendler Brandanschläge, dass wir uns einzugestehen haben, dass es in Liechtenstein rechtsradikale, rassistische Gewalttaten gibt, die bewusst Menschenleben gefährden. Und damit habe ich ein grosses Problem, weil ich a) ausserhalb der 160 Quadratkilometer dauernd selber Ausländer bin und b) innerhalb der 160 Quadratkilometer sehr froh bin, nicht nur von Ribel, Fürstenhütchen und Sippensuppe leben zu müssen.

Was tun? Lassen Sie die Täter in öffentlicher Form wissen, dass Sie deren Taten nicht als patriotische Auswüchse, sondern als Verbrechen betrachten und in keiner Weise dulden. Lassen Sie unsere ausländischen Mitbürger wissen, dass Sie deren Arbeit und Anwesenheit schätzen und es Ihnen nicht egal ist, wenn ihnen Unrecht und Gewalt geschehen. Und gehen Sie regelmässig einen Döner Kebab essen, zum Beispiel in Nendeln.

Stefan Sprenger,
Im Malarsch 9, Schaan

Fastenopfer: Es wird geteilt

Unterstützung für Schwester Leoni Haslers Aids-Fürsorge-Zentrum in Namibia

VADUZ – «Wir teilen: Fastenopfer Liechtenstein» unterstützt seit zehn Jahren die in Namibia tätige Missionsbenediktinerin Leoni Hasler aus Ruggell. In «Sr. Leoni's Care Center» in Tsumeb betreut Hasler seit dem Jahr 2000 Aidskranke und deren Angehörige.

Namibia gehört zu den fünf am stärksten von Aids betroffenen Ländern. Rund 230 000 Personen oder 11 Prozent der Bevölkerung sind HIV-infiziert, darunter jeder fünfte Einwohner zwischen 15 und 49 Jahren. Aids ist die häufigste Todesursache in Namibia. 85 000 Kinder haben bereits ihre Eltern verloren. Mit der hohen Aids-Rate steigt auch die Kindersterblichkeit. Die Verwandten und Nachbarn sind oft kaum noch in der Lage, für die Kranken und für die verwaisten Kinder zu sorgen. Während des langen Leidensweges der Kranken verbrauchen Medikamente und Pflege oft die letzten Mittel der Familie. Stirbt der Versorger, verarmt die Familie erst recht. Zuschüsse für die Familien gibt es nicht.

Neben dem Leiden der betroffenen Menschen sind auch die langfristigen Folgen für das Land katastrophal. Diese Umstände verdeutlichen, wie wichtig die Arbeit in Leoni Haslers Aids-Fürsorge-Zentrum ist: Betreuung, Pflege und Unterstützung für die Infizierten, für deren Familien und für die Hinterbliebenen (Waisen) ermöglichen ein menschwürdiges Leben und Sterben im Zeichen von Aids. An mehrere Hundert Haushaltungen mit mehreren Tausend Personen gibt Sr. Leoni's Care Center monatliche Lebensmittelrationen ab. Durch medizinische Versorgung und die Abgabe von Hygienematerial steigt die Lebenserwartung. Auch werden Heimpflegerinnen ausgebildet. Mit menschlicher Wärme und christlicher Liebe werden Hoffnung, Würde und Überlebenswillen der Betroffenen gestärkt.

«Wirklich krank»

Im Advent 2009 schrieb Leoni Hasler: «Natürlich tun mir alle leid, die infiziert sind, aber für Kinder finde ich es noch schrecklicher. Dieses Jahr sind zwei Schüler gestorben, etwa 15 Jahre alt, einer vielleicht älter, diesen Zweiten hatte ich gekannt. Er wollte unbedingt sein Schlussexamen machen, er war längere Zeit wirklich krank, bis auf die Zähne, aber leider half alles nichts. Was für ein elendes Sterben. Bei Kindern weiss man nie, ob sie die Krankheit schon von der Mutter geerbt haben, ob sie sexuell missbraucht wurden, was leider nicht selten ist. Auf jeden Fall trifft es Unschuldige. Der kleine Leoni kränkelt auch ab und zu und ist auch positiv. Was steht ihm bevor? Sein jüngerer Bruder scheint noch ganz gesund, aber wie lange? Seine Mutter starb zehn Tage nach seiner Geburt (...).»

Auch in diesem Jahr soll Schwester Leoni wieder in ihrer Arbeit unterstützt werden. Für alle Spenden bedankt sich der Stiftungsrat von «Wir teilen: Fastenopfer Liechtenstein» herzlich. Spendenkonto: Liechtensteinische Landesbank AG, Vaduz, Konto: 218.075.56. (pd)



FOTO ZVG

In «Sr. Leoni's Care Center» in Tsumeb betreut Hasler seit dem Jahr 2000 Aidskranke und deren Angehörige.

Der Tod ist der Horizont
unseres Lebens,
aber der Horizont
ist nur das Ende unserer Sicht.
(Rudolf Nissen)

DANKSAGUNG

Beim Heimgang von unserer lieben Mama, Schwiegermama, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Kreszentia (Senta) Gassner

19. Februar 1927 – 13. Februar 2010

durften zahlreiche Beweise tief empfundener Anteilnahme empfangen.

Allen, die uns mit Schreiben, Blumen, Spenden und den gestifteten heiligen Messen ihre Verbundenheit ausdrückten, danken wir von Herzen.

Unser Dank gilt auch Herrn Dr. Hermann Bürzle für die medizinische Betreuung, dem Personal des Hauses St. Florin für die liebevolle Pflege wie auch Herrn Pfarrer Georg Hirsch für die würdevolle Gestaltung der Gedenkmessen und des Trauergottesdienstes.

Wir bitten, der lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken und ihr ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Triesenberg, im März 2010

Die Trauerfamilien

Es war schön, dich zu haben.
Gedanken, Gefühle und Augenblicke
werden mich immer an dich erinnern.
Deine Schritte sind verstummt,
doch die Spuren deiner Liebe und Arbeit sind überall.

TODESANZEIGE

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer lieben Mama, Schwester, Schwägerin, Tante und Gotta

Resi Kessler

19. Juni 1939 – 14. März 2010

Sie ist nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen. Ihr Lebenskreis hat sich geschlossen. Sie wird als Teil von uns immer in unseren Herzen sein.

Wilen/Wollerau, Mauren, den 14. März 2010

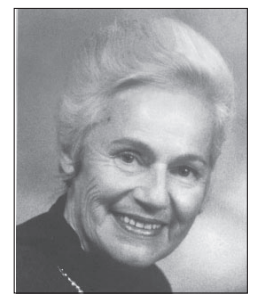
In tiefer Trauer:

Anton Kessler	*Gatte*
Freddy Kessler	*Sohn*
Ria Wagenthaller	*Schwester*
Harald Wagenthaller	*Schwager*
Brigitte Wagenthaller	*Nichte*

Sonja Wagenthaller-Ortler (Nichte) mit Markus Ortler
Verwandte und Bekannte

Die Abdankung und Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.
Traueradresse: Anton und Freddy Kessler, Äulenbachstrasse 62, 8832 Wollerau

Dem Auge so fern,
dem Herzen so nah,
in der Erinnerung
bist du immer da.



WIR DANKEN HERZLICH

für die vielen Zeichen der Verbundenheit und des Mitgefühls beim Abschied von unserem lieben Mami, Schwiegermami, Nani und Urnani

Maria Beck-Philipp

19. Dezember 1922 – 28. Januar 2010

Unser aufrichtiger Dank gilt:

Herrn Kaplan Bandel für die Gestaltung des Gottesdienstes sowie den beiden Messmern, Frau Frommelt und Herrn Büchel, für ihre Mithilfe.

Herrn Pfarrer Guntli für den geistlichen Beistand.

Frau Corinne Grendelmeier, dem Handharmonikaclub Schaan und Frau Tanja Plüss für die wunderschöne, musikalische Umrahmung der Trauerfeier.

Für die zahlreichen Karten und Briefe, die gestifteten hl. Messen, die grosszügigen Spenden an die Familienhilfe Schaan und an das Kloster St. Elisabeth, Schaan.

Frau Dr. Karin Walser für die jahrelange, gute ärztliche Betreuung.

Frau Maria Helena Fernandes-Carvalho sowie der Familienhilfe Schaan, die Mami die letzten Jahre liebevoll umsorgten.

Frau Dr. Stauber und dem Personal der Abt. Medizin 2, Spital Grabs, für ihr herzliches und mitfühlendes Dasein in den schweren Stunden des Abschiednehmens.

Wir danken allen, die Maria auf ihrem letzten Weg begleitet haben und sie in liebevoller Erinnerung behalten.

Nendeln, im März 2010 Die Trauerfamilien

Kleine Anfragen

Neues Asylgesetz geplant

VADUZ – Das neue Asylgesetzt lässt auf sich warten. Regierungsrat Hugo Quaderer (VU) rechnet damit, dass ein Entwurf frühestens zum Jahresende vor den Landtag kommt. Auf eine entsprechende Anfrage des Abgeordneten Pepo Frick (FL) sagt Quaderer: «Einleitend soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass das jetzige Asylgesetz durchaus Rechtssicherheit gewährt. Das bestehende Flüchtlingsgesetz ist eine genügende Grundlage, der aktuellen Asylsituation gerecht zu werden.» Dennoch soll der Vernehmlassungsbericht für ein neues Asylgesetz «in absehbarer Zeit» den betroffenen Stellen zur Vernehmlassung vorgelegt werden. «Nach Auswertung der Ergebnisse wird die Gesetzesvorlage für ein neues Asylgesetz im besten Fall und voraussichtlich Ende des Jahres dem Landtag in 1. Lesung vorgelegt werden können», schätzt Quaderer. (ky)

Teuerungsausgleich auf Kosten der Prämienzahler

VADUZ – Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) und die Liechtensteinische Ärztekammer (LAEK) verhandeln derzeit über einen neuen Tarif und einen möglichen Teuerungsausgleich für die ambulanten ärztlichen Leistungen. Laut Regierungsrätin Renate Müssner kämen bei einer eventuellen Erhöhung des Tarifs auch Kosten auf die Allgemeinheit zu: «Zusätzliche Kosten bei einem Teuerungsausgleich würden die Gesamtbruttokosten erhöhen und durch die beiden Träger der Gesamtbruttokosten, Staat und Versicherungsnehmer, gemeinsam getragen werden», erklärt Müssner auf Anfrage des Abgeordneten Wendelin Lampert. «Auch die Kosten von Tariferhöhungen im Bereich Spital stationär und ambulant mussten und müssen ebenfalls von Staat und Prämienzahler übernommen werden», sagt Müssner. (ky)

BMS bald mit Tagbetrieb

Umbau der Berufsmittelschule läuft – Neue Strukturen bis zum nächsten Schuljahr

VADUZ – Der Umbau der Berufsmittelschule Liechtenstein schreitet voran. Ab dem kommenden Schuljahr soll in Vaduz der Tagesbetrieb starten.



FOTO VB

Ab dem Schuljahr 2010/11 soll die Berufsmittelschule mit Tagbetrieb starten, erklärte Regierungsrat Hugo Quaderer im Landtag. Wie viel die Umsetzung des neuen Konzepts kosten wird, ist hingegen noch offen.

«Im vergangenen Jahr wurden die Grundzüge eines überarbeiteten berufsbegleitenden BMS-Modells sowie einer neuen Vollzeit-BMS erarbeitet, die weiterhin gleichwertig den Zugang zu den universitären Hochschulen in Liechtenstein und Österreich sowie zu den Fachhochschulen in der Schweiz gewährleisten sollen», erläutert Regierungsrat Hugo Quaderer auf Anfrage der Landtagsabgeordneten Peter Hilti (VU) und Gerold Büchel (FBP). Quaderer: «Für die Vollzeit-BMS wurde ein Schulversuch mit einem technischen und wirtschaftlichen Schwerpunkt in Erwägung gezogen.»

Der Einstieg in die Tages-BMS soll relativ zeitnah folgen: «Dank der kurzen Wege zwischen Schulen, Wirtschaft und Behörden in Liechtenstein war es möglich, die Grundzüge des vollzeitlichen BMS-Konzeptes an einem runden Tisch mit Vertretern der Wirtschaft, der Hochschule, des Ressorts Bildung und der Bildungsämter bereits im Januar 2010 zu diskutieren», sagt Quaderer. Die Konzeptidee fand demnach aufseiten aller Beteiligten grundsätzlich Zustimmung, «sodass ein Start auf Beginn des Schuljahres 10/11 möglich erscheint».

Kosten sind offen

Wie viel die Umsetzung des neuen BMS-Konzepts tatsächlich kosten wird, kann Quaderer noch nicht beanworten: «Zurzeit sind noch Abklärungen im Gange. Die Regierung wird voraussichtlich noch vor Ostern definitiv Beschluss fassen können. Hierbei stehen vor allem eine genauere Feststellung der Kostenfolgen sowie die definitive Klärung der Raumfrage im Mittelpunkt. Im Zusammenhang damit wird auch die Frage, ob eine oder zwei Klassen im Schulversuch geführt werden sollen, beantwortet werden müssen.» (ky)

Hintergrund: 21. März – Internationaler UNO-Tag gegen Rassismus

Rechter Sturm und braune Horden

WIEN/SCHAAN – Als hätten die vielen internationalen Schlagzeilen über Finanzjonglagen, Steueroasen und Steuerrückholklagen nicht schon gereicht – seit gestern ist Liechtenstein nun auch noch ein Hort für braune Horden, Neonazis und Fremdenhasser. Zu lesen in der Tageszeitung «Die Presse». In Wien. Und in ganz Österreich.

• Johannes Mattivi



ILLUSTRATION VB

WELTJOURNAL Die Presse 7

Rechter Sturm im Fürstentum

LIECHTENSTEIN. *Molotowcocktails gegen Kebabstände, Neonazibanden vor Gericht: Im kleinen, sauberen Finanzidyll jenseits von Vorarlberg eskaliert der Fremdenhass.*

«Rechter Sturm im Fürstentum» titelte gestern «Die Presse».

Nur zwei Tage, nachdem Regierungschef Klaus Tschütscher im Landtag mit der Verabschiedung eines «Mani pulite»-Gesetzes gegen verdächtige und kriminelle Finanzflüsse nach Liechtenstein den Finanzplatz nun endgültig und international vorauseilend für immer für blütenrein und ultraweiss erklärt hat, nur zwei Tage, nachdem die schwarzen Wolken über allen schwarzen und grauen Listen endgültig zugunsten des weissen Persilscheins vertrieben schienen, das Land gesichert, rein, will nun nur zwei Tage später ein neuer Tsunami gegen Liechtenstein aufziehen, der ins Herz der hiesigen Gesellschaft und des politischen Zusammenlebens zielt. Diesmal droht die braune Flut, der Güllekarren. Und die Gülle, die sich über Liechtenstein ergiesst, quillt aus der Tageszeitung «Die Presse», Wien. Am Freitag, den 19. März, auf Seite 7. Auf fast der ganzen Seite 7.

Etwas Besseres oder Schlimmeres hätte Liechtenstein am Vorabend zum Internationalen UNO-Tag gegen Rassismus (21. März) nicht passieren können als diese Schlagzeile («Rechter Sturm im Fürstentum») und dieser Text in der «Presse». So fängt er an: «Molotowcocktails gegen Kebabstände, Neonazibanden vor Gericht: Im kleinen, sauberen Finanzidyll jenseits von Vorarlberg eskaliert der Fremdenhass.» Und fährt dann weiter fort: «Da lagen die klugen Leute des Liechtenstein-Instituts, eines akademischen Thinktanks im 1400-Einwohner-Nest Bendern in Liechtenstein, wohl nicht so richtig: Vor wenigen Jahren hielt das Institut in einer Studie fest, dass es im Fürstentum trotz seines hohen Ausländeranteils (ca. 33 Prozent) keine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit gebe. In der letzten Zeit gerät die heile Welt aus den Fugen, und nicht nur wegen des angekratzten Rufs des Landes als Finanz- bzw. Steuerhinterziehungsplatz: Die Gewalt gegen Ausländer, vor allem nicht deutscher Muttersprache, wächst. Immer öfter gibt es Überfälle und Attentate. Neonazibanden flogen auf. Die Regierung rief auf, bei solchen Vorfällen Zivilcourage zu zeigen und einzugreifen.»

Als hätten wirs nicht schon gewusst …

… und dieser Tage wird es auch gesagt. Zuerst am Montag in einem Leserbrief von Prof. Dr. Winfried J. Huppmann, Eschen (s. «Volksblatt», Montag, 15. März, S. 6): «(…) In Nendeln wurde auf ein Bistro, das kurz darauf eröffnet werden sollte, ein Anschlag mit einem Molotowcocktail verübt: Ein direkter Angriff auf menschliche Grundrechte. (…) Und wie war die Reaktion der Öffentlichkeit nach diesem nicht tolerierbaren Vorfall, der noch dazu nicht als Einzelfall, sondern als Bestandteil einer Serie von Übergriffen angesehen wird? Erst Tage nach dem Vorfall bezieht der Innenminister in der regulären Pressekonferenz der Regierung Stellung. Die Öffentlichkeit schweigt, es gibt keine seitenlangen Leserbriefe, es bildet sich keine Initiativgruppe, es gibt keinen Aufruf mit der Bitte um sachdienliche Hinweise zur Täterschaft, es gibt keine Solidaritätsbeweise für die Betroffenen. Stimmt unser Wertesystem noch, wenn wir uns für Sachentscheide um ein Vielfaches mehr engagieren, als wenn es um die Unantastbarkeit der Würde und Freiheit von Mitmenschen geht?»

Die Reaktion von Schriftsteller Stefan Sprenger, Schaan, im «Volksblatt» vom Donnerstag, den 18. März, S. 8, nach einem Dank an den vorgenannten Schreiber: «Was tun? Lassen Sie die Täter in öffentlicher Form wissen, dass Sie deren Taten nicht als patriotische Auswüchse, sondern als Verbrechen betrachten und in keiner Weise dulden. Lassen Sie unsere ausländischen Mitbürger wissen, dass Sie deren Arbeit und Anwesenheit schätzen und es Ihnen nicht egal ist, wenn ihnen Unrecht und Gewalt geschehen. Und gehen Sie regelmässig einen Döner Kebab essen, zum Beispiel in Nendeln.»

Ja, es schmerzt …

… als Gerichtssaalreporter in einem Prozess um acht junge Neonazis (Gruppierung «Amalek») zwei Tage lang nur Lügen, Verleugnung und unterdrücktes und offenes Gekicher hören zu müssen. Dabei verstehen zu müssen, was die Autoren der Studie «Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein» (16. September 2009) meinen, wenn sie nach einigen Feldinterviews schreiben: «Die von uns befragten Rechtsextremen sind beruflich sowie sozial gut integriert. Und die Befragten gaben uns an, dass die berufliche und soziale Integration die rechtsextreme Szene insgesamt kennzeichne. Als wesentliches Motiv rechtsextremistischer Haltung wird der starke Heimatbezug angeboten; befürchtet wird, dass durch Einwanderung und fortschreitende ‹Überfremdung› die nationale Identität und der soziale Zusammenhalt aufgeweicht werden könnte.»

… in einem Dutzend Verhandlungen nach der Maurer Oktoberfestschlägerei zwischen jungen Neonazis und jungen Türken ebenfalls nur Lügen, Beschwichtigungen und Abwiegelungen nach der dumpfen Aufwiegelung zu hören.

… rechtsradikale Flugblätter im Briefkasten zu finden.

… von Brandanschlägen zu lesen.

Aber es freut dann auch …

… Leserbriefe zu bekommen wie von Prof. Dr. Winfried J. Huppmann oder Stefan Sprenger. Oder erst gestern von einer in Österreich lebenden Liechtensteinerin, die schreibt: «Es ist höchste Zeit, dass wir uns offen in Bewegung setzen gegen Rechts, gegen Diskriminierung, gegen Gewalt. Wir müssen uns endlich in Bewegung setzen für Chancengleichheit, für Respekt, für das Zusammenleben in der Vielfalt!» Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Regierung hat einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus verabschiedet und die Gewaltschutzkommission mit den Umsetzungsmassnahmen betraut. Als Sofortmassnahme soll eine Sensibilisierungskampagne gegen rechtes Gedankengut lanciert werden.

Ermittlungen sind weiterhin im Gange



Brandanschlag auf ein Kebap-Bistro in Nendeln: Die Ermittlungen laufen nach wie vor. Bild D. Schwendener

Die Ermittlungen im Falle des Brandanschlags mit Molotow-Cocktails auf ein kurz vor der Eröffnung stehendes Kebap-Bistro in Nendeln vom 26. Februar seien nach wie vor im Gange, erklärte Jules Hoch, Chef der Liechtensteiner Kriminalpolizei, anlässlich der Präsentation des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus am vergangenen Donnerstag in Vaduz. «Wir sind optimistisch, dass wir diesen Fall aufklären können», betonte der Kripo-Chef. Es sei nach wie vor so, «dass wir in der Öffentlichkeit nicht über mögliche Täterschaften spekulieren». Solange die Polizei keine Beweise habe, könne sie noch nichts Konkrets dazu sagen. «Natürlich schliessen wir die Variante, dass dieser Fall einen ausländerfeindlichen Hintergrund hat, nicht aus», erklärte Jules Hoch. Das sei ein Ermittlungsansatz, der sehr hoch bewertet werde. Trotzdem sei es nicht der einzige Ansatz. Professionelle kriminalpolizeiliche Arbeit bedinge, dass man von verschiedenen Ansätzen aus und in verschiedene Richtungen ermittelt und nicht von vornherein nur eine Option verfolgt. *(güf)*

Laufende Überwachung

Die Gewaltschutzkommission wurde mit der kontinuierlichen Überwachung von rechtsextremen Phänomenen in Liechtenstein beauftragt. Zu diesem Zweck soll sie eine Kooperation mit dem Liechtenstein Institut als unabhängige Forschungseinrichtung prüfen, um eine langfristige Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Phänomene durch das Institut sicherzustellen. Dies soll es der Gewaltschutzkommission ermöglichen, bedrohliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Gegenmassnahmen in die Wege zu leiten. *(güf)*

Lob für mutige Leserbriefautoren

Innenminister Hugo Quaderer rief an der Medienkonferenz die Bevölkerung erneut dazu auf, im Kampf gegen Rechtsextremismus Zivilcourage zu zeigen. Es reiche nicht aus, wenn nur die Politik rechte Gewalt und Extremismus jeder Art verurteile. Es brauche «ein Miteinander in der ganzen Gesellschaft». In diesem Zusammenhang dankte er insbesondere jenen Leserbriefautoren, welche rechtsextreme Strömungen in Liechtenstein klar verurteilt haben, auch wenn sie deshalb vielleicht Repressionen ausgesetzt werden. *(güf)*

IMAGEBERATUNG AUF
FEDERER
AUGENOPTIK
WWW.FEDERERBUCHS.CH

«Rechtsextremismus ist in keiner Form zu tolerieren»

Innenminister Hugo Quaderer hat anlässlich der Präsentation des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus erneut unmissverständlich festgehalten, dass die Regierung jede Form von Rechtsextremismus verurteilt und gezielt bekämpft.

Von Günther Fritz



«Wir müssen uns als Staat und als Gesellschaft klar gegen Rechtsextremismus positionieren»: Innenminister Hugo Quaderer anlässlich der Medienkonferenz vom vergangenen Donnerstag, an der er zusammen mit Kripo-Chef Jules Hoch (l.), dem Vorsitzenden der Gewaltschutzkommission, den Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus präsentierte. Bild Daniel Schwendener

Vaduz. – Regierungsrat Hugo Quaderer erinnerte an die Vorgeschichte des Massnahmenkatalogs, den er zusammen mit dem Vorsitzenden der Gewaltschutzkommission, Kripo-Chef Jules Hoch, am vergangenen Donnerstag nun den Medien in Vaduz vorstellen konnte.

Auf Basis der Studienergebnisse

Im Jahr 2007 hatte die Regierung eine Studie über Rechtsextremismus in Liechtenstein in Auftrag gegeben. So hatte ein Forscherteam der Fachhochschule Nordwestschweiz in den Jahren 2008/09 eine Studie zur Ergründung der Ursachen für Rechtsextremismus in Liechtenstein durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden von der Regierung im Herbst des letzten Jahres zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig beauftragte die Regierung die Gewaltschutzkommission, konkrete Massnahmen vorzuschlagen, wie man die Empfehlungen der Studie am besten in einer für Liechtensteins Verhältnisse grössenverträglicher Art umsetzen könnte. Dafür bekam die Gewaltschutzkommission vonseiten der Regierung Zeit bis Ende März 2010.

Vier Zielgruppen im Visier

Regierungsrat Hugo Quaderer dankte der Gewaltschutzkommission, dass sie diesen Termin eingehalten hat. So konnte die Regierung den von der Gewaltschutzkommission erarbeiteten Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus am vergangenen Dienstag verabschieden und die Gewaltschutzkommission wiederum mit den Umsetzungsmassnahmen betrauen. Der Chef der Kriminalpolizei, Jules Hoch, erklärte, dass die Gewaltschutzkommission verschiedene Workshops durchgeführt und vier Zielgruppen (siehe Kästen unten) definiert habe, auf welche die Massnahmen ausgerichtet sind.

Sensibilisieren und beraten

Neben einer kontinuierlichen Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Vorfälle wird nach den Ausführungen von Jules Hoch eine Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung für die Gefahren von Rechtsextremismus angestrebt. Angehörige und Bezugspersonen von rechtsextremen Personen sollen ein konkretes und fundiertes Beratungs- und Unterstützungsnetz erhalten. Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal sollen durch gezielte Weiterbildungsangebote für einen professionelleren Umgang mit rechtsextremen Tätern befähigt werden. Hierzu gehört auch die Bereitstellung spezifischer sozialpädagogischer Angebote für straffällige Rechtsextreme, damit die Bewährungshilfe gezielter mit verurteilten rechtsextremen Tätern arbeiten kann – auch im Rahmen der Diversion. Schliesslich soll die konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei beibehalten werden.

«Es braucht Zivilcourage»

Regierungsrat Hugo Quaderer liess – wie bereits anlässlich eines Mediengesprächs von Anfang März – keinen Zweifel daran, dass die Regierung rechtsextreme Einstellungen, die weit in die Mitte der liechtensteinischen Gesellschaft reichen, aufs Schärfste verurteilt. «Rechtsextremismus ist in keiner Form zu tolerieren», betonte Hugo Quaderer am vergangenen Donnerstag erneut vor den Medien in Vaduz. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus seien jedoch Probleme, welche nicht mit einer Einzelmassnahme von heute auf morgen gelöst werden könnten. Dafür seien die Ursachen viel zu komplex. Nicht nur der Staat, die Justiz und die Behörden müssten sich bei der Lösung dieser Probleme engagieren, sondern dazu sei die gesamte Bevölkerung aufgerufen: «Wir müssen uns als Staat und als Gesellschaft klar gegen Rechtsextremismus positionieren. Bei entsprechenden Vorfällen gilt es, hin- statt wegzusehen. Wir sind jeden Tag aufs Neue gefordert, Mut und Zivilcourage zu zeigen.»

ZIELGRUPPE 1

Gesamtbevölkerung sensibilisieren

Als Sofortmassnahme lanciert die Gewaltschutzkommission im Auftrag der Regierung eine Sensibilisierungskampagne gegen rechtes Gedankengut und rechte Gewalt. Wie Jules Hoch vor den Medien erklärte, sollen Meinungsführer aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für kurze Statements gegen rechte Ideologie und Gewalt gewonnen werden. Mit einer solchen «Testimonial»-Kampagne sollen Werthaltungen zentraler Persönlichkeiten der Liechtensteiner Gesellschaft sichtbar gemacht werden, um klarzustellen, dass rechtsextreme Positionen wie Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt als Problemlösungsmittel keine Akzeptanz in Liechtenstein finden. Dazu Jules Hoch: «Die Illusion der rechten Szene, mit ihrer Ideologie und ihren Taten die Unterstützung einer schweigenden Mehrheit in Liechtenstein zu haben und diese zu repräsentieren, soll als Selbsttäuschung entlarvt werden.» *(güf)*

ZIELGRUPPE 2

Fachpersonen weiterbilden

Gerade bei konkreten Vorfällen habe man gewisse Schwachstellen geortet, wenn es um das Auftreten gegenüber der rechten Szene geht, erklärte Kripo-Chef Jules Hoch. Deshalb sieht der Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) auch vor, durch gezielte Weiterbildungsangebote Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal für einen professionelleren Umgang mit rechtsextremen Tätern zu befähigen. Ein Teil dieser Massnahme ist auch die Bereitstellung spezifischer sozialpädagogischer Angebote für straffällige Rechtsextreme, damit die Bewährungshilfe – auch in enger Zusammenarbeit mit der Justiz im Rahmen der Diversion – gezielter mit diesen verurteilten Tätern arbeiten kann. Als Beispiel für solche Angebote nannte Jules Hoch «Antiaggressionstrainings». Ziel solcher Massnahmen ist es, dass Straffällige kein weiteres Mal straffällig werden. *(güf)*

ZIELGRUPPE 3

Bezugspersonen beraten

Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter und weitere Bezugspersonen von Rechtsextremen bilden die dritte Zielgruppe, auf welche konkrete Massnahmen ausgerichtet sind. Wie Jules Hoch ausführte, habe die Studie empfohlen, eine spezielle Beratungsstelle einzurichten. Die Gewaltschutzkommission habe sich klar dagegen ausgesprochen, weil das entsprechende Klientel zu klein sei. Die Kommission habe sich aber dafür entschieden, ein spezielles Beratungsangebot zu schaffen, das den hiesigen Grössenverhältnissen angepasst ist. So sollen bestehende Angebote optimiert und ein «Runder Tisch REX» kreiert werden. Dieses interdisziplinär zusammengesetzte Fachberatergremium soll Fachleute aus dem psychosozialen Bereich bei der Klientenarbeit coachen – ein Modell, das sich in Liechtenstein zum Beispiel im Fall der «Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch» sehr bewährt hat. *(güf)*

ZIELGRUPPE 4

Aussteigewillige unterstützen

Als vierte Zielgruppe hat die Gewaltschutzkommission natürlich die betroffenen Rechtsextremen selbst im Visier. Diese seien natürlich von einer ganzen Reihe von Massnahmen tangiert, sagte Jules Hoch an der Medienkonferenz. Bei der Sensibilisierungskampagne gehe es darum, dass die Rechtsextremen der Illusion beraubt werden, sie würden die schweigende Mehrheit in Liechtenstein repräsentieren. Auch von den sozialpädagogischen Massnahmen im Rahmen der Bewährungshilfe und der Diversion sind die Rechtsextremen betroffen. Das Beratungskonzept für Angehörige und Bezugspersonen soll direkt auch aussteigewilligen Rechtsextremen Hilfe anbieten. Dieses Beratungskonzept soll vom Amt für Soziale Dienste in Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzkommission bis Ende Mai 2010 vorgelegt werden, damit es bis Ende des laufenden Jahres auch umgesetzt werden kann. *(güf)*



Kommentar

mbenvenuti@volksblatt.li

Von einem harmonischen Verhältnis zwischen Landtag und Regierung kann seit Längerem nicht mehr gesprochen werden. Das Parlament fühlt sich immer öfters zu einer reinen Durchwink-Institution degradiert, bei der Regierung häufen sich hingegen die Klagen darüber, dass die Abgeordneten Projekte, die zuvor in der Koalition vereinbart wurden, platzen lassen.

Nagelprobe für den Landtag

Nun dürfte der Streit zwischen Landtag und Regierung einen neuen Höhepunkt erreichen. Grund der drohenden Eskalation: Obwohl der Landtag im Dezember Regierungsrätin Renate Müssner einstimmig und damit unmissverständlich aufgefordert hatte, bis zur April-Sitzung einen umfassenden Gesundheitsbericht zu erstellen, kam sie diesem Antrag nicht nach. Der Gesundheitsbericht, der eigentlich schon im Herbst 2009 hätte vorliegen müssen, wird nun frühestens im Mai-Landtag behandelt.

Das Pikante an der Geschichte: Es war VU-Fraktionssprecher Peter Hilti, der darauf beharrt hatte, dass der Bericht bis spätestens April vorliegen müsse. Nicht weniger delikat waren die Aussagen von Landtagspräsident Arthur Brunhart, der seine VU-Parteikollegin Müssner ausdrücklich gewarnt hatte: «Und wenn die Regierung bis dahin diesen Bericht und Antrag nicht vorlegt, dann müssten wir zu anderen Mitteln greifen.»

Die Sitzung im April wird nun zu einer Nagelprobe für den Landtag. Will die Volksvertretung eine ernstzunehmende Grösse bleiben, müssen die Abgeordneten ihren Worten auch Taten folgen lassen und die Regierung für ihre erneuten Versäumnisse zur Rechenschaft ziehen. Ansonsten dürfte es zur Gewohnheit werden, dass die Regierung Beschlüsse des Landtags ignoriert und den Abgeordneten auf der Nase herumtanzt.

Michael Benvenuti

POLIZEIMELDUNGEN

1991 kontrollierte Fahrzeuge



VADUZ – Im Monat März waren 13 Prozent der Autofahrer, die durch eine der insgesamt 14 Gechwindigkeitskontrollen der Landespolizei kontrolliert wurden, innerorts zu schnell unterwegs. Wie die Landespolizei mitteilte, haben die meisten Übertretungen den Geschwindigkeitsbereich 56 bis 60 Kilometer pro Stunde betroffen. Neben einem Fahrer, der in Balzers die Höchstgeschwindigkeit um fast 40 km/h überschritt, war die höchst gemessene Geschwindigkeit 87 km/h bei erlaubten 50 km/h. Halten Sie sich auch in Zukunft an die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten und helfen Sie so, Verkehrsunfällen vorzubeugen. (red/lpfl)

Verletzter Motorradfahrer

ESCHEN – Durch einen Zusammenprall mit einem Pkw wurde am Mittwochabend ein Motorradfahrer verletzt. Der Lenker des Personenwagens beabsichtigte aus einem Parkfeld auf die «St.-Luzi-Strasse» in Eschen einzubiegen, übersah dabei den vortrittsberechtigten Motorradfahrer wodurch es zur Kollision kam. Durch den Zusammenstoss kam der Motorradfahrer zu Fall und verletzte sich unbestimmten Grades. Er musste mit der Rettung ins Spital gebracht werden, an den Fahrzeugen entstand Sachschaden. (lpfl)



FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

Kripochef Jules Hoch (links) und Regierungsrat Hugo Quaderer sind sich einig: Liechtenstein muss den Rechtsextremismus in den Griff bekommen.

Mit MAX gegen Rechts

Regierung verabschiedet Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX)

VADUZ – Seit Monaten beschäftigt der Rechtsextremismus in Liechtenstein die Behörden. Am Donnerstag legte die Gewaltschutzkommission einen Massnahmenkatalog vor, um das Problem unter Kontrolle zu bringen.

• Christian A. Koutecky

Jules Hoch, Kripochef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission Liechtensteins, findet klare Worte: «Die Illusion der rechten Szene, mit ihrer Ideologie und ihren Taten die Unterstützung der schweigenden Mehrheit in Liechtenstein zu haben und diese zu repräsentieren, soll als Selbsttäuschung entlarvt werden.»

Prominente gegen Rechts

Um das künftig zu verdeutlichen, sollen «Meinungsführer aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik» dafür gewonnen werden, die sich in aller Deutlichkeit vom rechten Gedankengut distanzieren. Der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer hofft auch, dass sich nicht nur Prominente gegen den braunen Sumpf aussprechen: «Wir müssen uns als Staat und als Gesellschaft klar positionieren.» In diesem Zusammenhang bedankt sich Quaderer ausdrücklich bei denen, die bereits den Mut aufgebracht haben, sich in Leserbriefen zur Neonazi-Problematik zu äussern – in dem Wissen, dass es bisweilen zu Drohungen gegen diese Menschen gekommen ist. Der Regierungsrat fordert diese Zivilcourage vermehrt ein: «Es braucht Meinungen aus der Bevölkerung.»

Beobachtung und Schulung

Wichtig seien Bekenntnisse zu Toleranz, Meinungsfreiheit und Respekt. Quaderer betont, dass Respekt das Höchste sei, das man einem Menschen entgegenbringen könne. Wobei Quaderer in den vergangenen Monaten eine Veränderung in der Gesellschaft festgestellt haben will: «Ich glaube auch, dass das Problembewusstsein in der Bevölkerung ein anderes geworden ist.»

Der Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) beinhaltet aber nicht nur «Sofortmassnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung». Neben einer kontinuierlichen Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Vorfälle sowie dem Umgang mit diesem Phänomen sollen auch Angehörige und Bezugspersonen von rechtsextremen Personen ein «konkretes und fundiertes Beratungs- und Unterstützungsnetz» erhalten.

Eine weitere MAX-Zielgruppe sind diejenigen, die sich beruflich mit den Neonazis auseinandersetzen müssen, also «Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal». Diese sollen durch gezielte Weiterbildungsangebote für einen professionelleren Umgang mit rechtsextremen Tätern befähigt werden. «Hierzu gehört auch die Bereitstellung spezifischer sozialpädagogischer Angebote für straffällige Rechtsextreme, damit die Bewährungshilfe gezielter mit verurteilten rechtsextremen Tätern arbeiten kann – auch im Rahmen der Diversion.

Schliesslich soll die konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei beibehalten werden», erklärt Hoch. Grundsätzlich sei es wichtig, Wege aufzuzeigen, um dem braunen Sumpf zu entfliehen: «Es ist sehr, sehr schwer, wenn man tief in der Szene drin ist, da wieder auszusteigen.»

Aus der Mitte an den Rand

Der Massnahmenkatalog basiert auf Handlungsempfehlungen eines Forscherteams der Fachhochschule Nordwestschweiz, das in den Jahren 2008/09 eine Studie zur Ergründung der Ursachen für Rechtsextremismus in Liechtenstein durchführte. Die Studie war zum Schluss gekommen, dass Mitglieder der rechten Szene meist beruflich und sozial gut integrierte Leute sind, die nicht unbedingt Erfahrungen sozialer Benachteiligung machten. Ein starkes Heimatgfühl und die Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren, waren als Hauptmotive für rechtsextremisitische Handlungen ausgemacht worden.

Die Liechtensteiner Polizei schätzt den harten Kern der rechten Szene auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen. Viel Aufsehen erregt hatte im Oktober 2008 eine wilde Massenschlägerei am Oktoberfest in Mauren, bei der sich Rechtsradikale und türkische Festbesucher prügelten. Rassistisch motiviert dürfte der Vorfall vor einem Monat gewesen sein, als ein Kebap-Bistro in Nendeln durch Molotowcocktails verwüstet wurde. Es handelte sich um den zweiten Anschlag dieser Art innert dreier Monate. Bereits Ende November hatten Unbekannte Molotowcocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen.

www.volksblatt.li

Aprilwetter im März

Frostiger Beginn – Warmes Finale

VADUZ/ZÜRICH – Der März war ein Monat der Extreme: Nach einem frostigen Start gab es in der zweiten Hälfte Sonnenschein in Hülle und Fülle.

• Hubert Hasler

Auch wenn der April bereits mit seinem typischen Wetter Einzug hielt und Schnee bis in die tiefen Lagen brachte, konnten die Liechtensteiner in den letzten Wochen schönes Wetter geniessen. Denn mit 144 Sonnenstunden gab es im Monat März 23 Stunden mehr Sonnenschein als im langjährigen Mittel. Das entspricht einem Plus von 19 Prozent. Damit wurden bei der Messstation in Vaduz beispielsweise 27 Stunden mehr gemessen als in St. Gallen, vermeldete «Meteonews».

Sitten an der Spitze

Spitzenreiter in dieser Wertung war Sitten, das allgemein als Sonnenstube der Schweiz gilt, mit 176 Stunden vor Lugano (147), Genf (146) und Chur (145). Davon profitierten auch die Temperaturen, die im Schnitt bei 6,2 Grad lagen. Der Vergleichswert liegt bei 5,3 Grad. Und das obwohl die erste Hälfte des Monats noch sehr frostig ausfiel. Höhere Durchschnittstemperaturen wurden mit 7,4 Grad nur im mediterranen Lugano gemessen.

Übliche Niederschlagsmengen

Die Niederschlagsmengen hingegen lagen mit 43 Millimeter im üblichen Bereich. Da zeigten andere Messstationen in der Schweiz ein anderes Bild. Denn in den meisten Kantonen fiel weniger Niederschlag. Besonders in Luzern fiel das Ergebnis mit 29 Millimeter um 60 Prozent tiefer aus, als im Vergleich. Auch in Bern und Sitten (–44 Prozent), Aarau (–37) und St. Moritz (–34) gab es deutlich weniger Niederschlag. Mit 200 Millimeter verzeichnete «Meteonews» am meisten auf dem Säntis.



FOTO WODICKA

Nach dem frostigen Start in den März, stiegen die Temperaturen an. Zudem durften sich die Menschen über viel Sonne freuen.

MÄRZ 2010 IN ZAHLEN

Messstation Vaduz	
Temperaturmittel März 2010 (°C)	6,2
Langjähriges Temperaturmittel (°C)	5,3
Temperaturabweichung (°C)	+0,9
Niederschlagssumme März 2010 (mm)	43
Langjähriges Niederschlagsmittel (mm)	46
Niederschlagsabweichung (%)	–7
Sonnenstunden März 2010	144
Langjähriges Mittel der Sonnenstunden	121
Abweichung der Sonnenstunden (h)	+23

Quelle: MeteoNews CH

MFK-Statistik

Weniger Neuanmeldungen

VADUZ – Im März 2010 wurden in Liechtenstein insgesamt 237 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle neu angemeldet, davon waren 173 Personenwagen, gab das Amt für Statistik am Freitag bekannt. Somit sei im Jahresvergleich bei den Fahrzeugen ein Rückgang von 2,5 und bei den Personenwagen eine Erhöhung von 0,6 Prozent festgestellt worden. Von Januar bis März 2010 wurden 547 Neufahrzeuge zugelassen, davon waren 426 Personenwagen. Somit ergab sich bei den Fahrzeugen ein Rückgang von 0,2 und bei den Personenwagen eine Erhöhung von 6,5 Prozent. Die Marke VW stand mit 71 immatrikulierten Personenwagen (Januar bis März 2010) an erster Stelle, gefolgt von Audi (50), BMW (34) und Toyota (31). (db/pd)

Flurbrand am Rheindamm

RUGGELL – Am Rheindamm in Ruggell kam es am Freitagnachmittag unterhalb des Kanalauslaufes zu einem Flurbrand. Wie die Landespolizei mitteilte, brannte kurz nach 14 Uhr das Gras auf einer Länge von ca. 300 Metern auf der rheinzugewandten Seite ab. Die Feuerwehr Ruggell sowie der Grundkurs der Feuerwehren konnten das Feuer rasch unter Kontrolle bringen. Personen, die Hinweise zum Brand liefern können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei (E-Mail: info@landespolizei.li; Telefon: 236 71 11) in Verbindung zu setzen. (red/lpfl)



Europarat rügt Intoleranz

Kritik an Liechtenstein: Minderheiten werden vor Diskriminierung zu wenig geschützt

STRASSBURG/VADUZ – Liechtenstein müsse seine Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierungen, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit weiter verstärken. Dies fordert der Europarat.

• Michael Benvenuti

Der Beratende Ausschuss der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) lobt in seinem gestern präsentierten Bericht zwar die jüngsten Bemühungen Liechtensteins für einen verstärkten Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Intoleranz. Auch die Integration von Menschen mit einem anderen ethnischen, sprachlichen oder religiösen Hintergrund sei in den vergangenen Jahren verbessert worden. Allerdings, kritisiert die Organisation des Europarates, müsse Liechtenstein noch mehr tun.

Der Ausschuss ermahnte die Behörden in Vaduz, ihre Bemühungen für eine Lösung der Probleme der Ausländer in Bezug auf Wohnung, Arbeit und qualitativer Bildung weiterzuverfolgen. Darüber hinaus seien im Bereich des Sprachenunterrichts unterstützende Massnahmen nötig, die auch eine angemessene finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates beinhalten sollten. Nur mit Intensiv-Sprachkursen in Schulen sowie Nachhilfe und Sensibilisierungsmassnahmen für Familien könnten die bestehenden Sprachbarrieren behoben werden. Nicht zuletzt müsse auch das Bildungssystem angepasst werden.

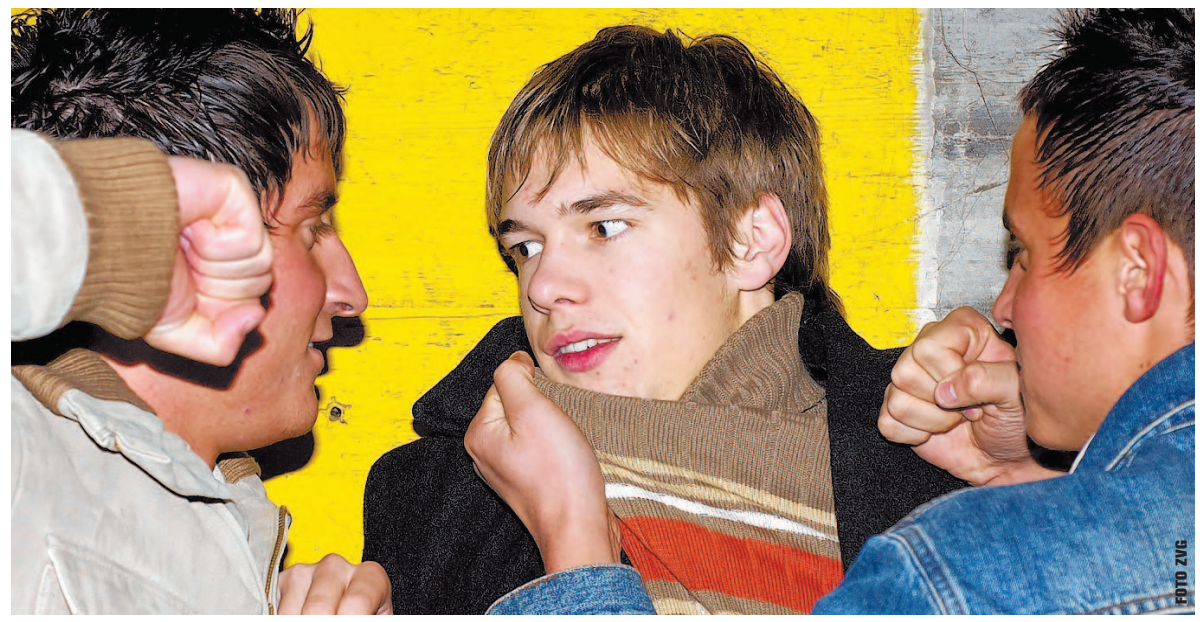


FOTO ZVG

Besonders bei Jugendlichen gebe es eine Zunahme fremdenfeindlicher und anderer extremistischer Tendenzen.

Geradezu besorgt äussert sich die Institution zum Schutz von Minderheiten über die zunehmende Gewalt in Liechtenstein besonders gegen Muslime und türkischstämmige Einwohner. Beunruhigend sei auch die Zunahme fremdenfeindlicher und anderer extremistischer Tendenzen bei Jugendlichen, klagt FCNM. Auch wenn Liechtenstein bei der Überwachung und Verhinderung solcher Vorkommnisse zuletzt deutliche Fortschritte gemacht habe, müsse noch mehr getan werden, um den Zuwanderern die volle Achtung ihrer Rechte zu gewährleisten.

www.coe.int/minorities

Auch Minderheiten haben ihre Rechte

Das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ist das erste rechtlich verbindliche multilaterale Abkommen zum Schutz nationaler Minderheiten. Es beinhaltet im Wesentlichen individuelle Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten in den Hoheitsgebieten des Vertragsstaates. Sie haben das Recht auf Erhalt ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und nationalen Identität. Sie dürfen nicht gegen ihren Willen assimiliert werden und haben das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Sie dürfen ihre Minderheitensprache pflegen. Der Vertragsstaat verpflichtet sich, die Kultur und Geschichte seiner Minderheiten zu erforschen und zu fördern.

Dem Ministerkomitee des Europarates obliegt die Überwachung der Durchführung des Übereinkommens in den Vertragsstaaten. Dazu fordert es in nicht festgelegten Abständen Berichte bei den Vertragsstaaten an, die vom Beratenden Ausschuss zum Schutz nationaler Minderheiten geprüft werden. (red)

«Volksblatt»-Interview mit dem Politologen Wilfried Marxer über das Thema Rechtsradikalismus

«Der Staat drückt die Augen nicht zu»

Wilfried Marxer bezweifelt, dass es einen rechten Ruck in Liechtenstein gegeben hat

SCHAAN – Die Oktoberfest-Schlägerei, ein fremdenfeindliches Flugblatt und Brandanschläge von mutmasslich rechtsradikalen Tätern: Liechtensteins Rechte haben auf sich aufmerksam gemacht. Dazu der Politologe Wilfried Marxer.

• Daniel Banzer

«Volksblatt»: Wie ist der Liechtensteiner? Konservativ, aber nicht extrem. Oder ist er so, wie es die letzte Zeit vermutet lassen könnte: Tendenziell rechtsradikal?

Wilfried Marxer: Liechtenstein kommt, historisch gesehen, eher aus einem ländlichen, konservativen Kontext, hat aber in den letzten 20, 30 Jahren einen starken Modernisierungsschub erlebt. Heutzutage sind die Liechtensteiner – wir sprechen hier ja vom Durchschnitt – eher weltoffen, modern und aufgeschlossen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass der Modernisierungsschub, den Liechtenstein erlebt hat, auch den Ausländern zu verdanken ist. Was nicht heisst, dass es keine Extreme gibt.

Der Status quo deckt sich also mit dem Bild, das Sie schon im Januar 2007 in ihrer Studie geschrieben haben. Wie kommt es denn, dass in der letzten Zeit viel mehr über rechte Aktivitäten bekannt wurde?

Es ist nichts Neues, dass es eine rechtsradikale Szene in Liechtenstein gibt. Das gab es jedenfalls die letzten 20, 25 Jahre immer. Nur manchmal bekommt man davon wenig mit. Die Rechten sind meist diskret, wollen nicht wirklich auffallen. Und dann gibt es auf einmal eine Serie von Vorfällen, wo es auffälliger wird. Vielleicht eine zufällige Häufung.

Soll heissen: Liechtenstein ist nicht rechtsradikaler geworden?

Man weiss es natürlich nicht genau, ob es Zufall ist, dass in letzter Zeit ein paar Vorfälle parallel geschehen sind, oder ob die rechte Szene das Ziel verfolgt, stärker in der Öffentlichkeit zu stehen. Es ist ganz schwierig, Einblicke in diese Szene zu gewinnen. Das zeigt ja auch die Studie über Rechtsextremismus aus dem Jahr 2009. Was ich jedenfalls bisher nicht feststelle, ist, dass irgendwo öffentlichkeitswirksam ein politisch relevanter Anspruch formuliert worden wäre. Die jüngsten Vorfällen sind ja meist strafrechtlich relevante Gewaltvorfälle.

Wenn es in Liechtenstein eine sehr rechte Partei gäbe, würde diese gewählt werden?

Damit man in den Landtag kommt, muss man landesweit 8 Prozent der Stimmen erhalten. Das ist für eine neue, kleine Partei eine hohe Hürde. Die Freie Liste hat auch drei Anläufe gebraucht. Und für eine deutlich rechts orientierte Partei wäre die Luft ganz, ganz dünn. Es gibt natürlich auch in Liechtenstein Leute, die eine solche Partei wählen würden. Aber insgesamt tendieren die Liechtensteiner eher zur Mitte und zur Mässigung. Hinzu kommt, dass gegen 80 Prozent der Wähler konservative Stammwähler sind. Sie bleiben bei den Roten, Schwarzen oder Weissen, sodass das Potenzial für neue Parteien beschränkt ist.

Die von Ihnen zitierte Studie besagt ja auch, dass die Rechtsradikalen sehr gut in die Gesellschaft integriert sind. Ist eine Gesellschaft wirklich mittig, wenn sie Rechtsradikalismus augenscheinlich akzeptiert?

Das kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich weiss einfach aus den regelmässigen Wahlumfragen, dass sowohl die Leute als auch die Parteien sich in einem riesigen Masse in der politischen Mitte platziert sehen. Auf einer Skala, bei der 1 ganz links und 10 ganz rechts ist, geben sich die meisten eine 5.



Angenommen, eine der grossen Parteien möchte sich nach rechts bewegen – wäre sie erfolgreich?

Schwer zu sagen. Falls sich eine der Parteien zu sehr nach links oder nach rechts bewegt, verliert sie auf der anderen Seite des Spektrums. Das heisst: Freuen würde sich die Partei, die in der Mitte bleibt, die dann für Beständiges, Vernünftiges, Mässigendes stünde. Mit der Folge: Die Partei, die nach rechts geht, verliert in der Mitte und links.

Wie werten Sie das jüngste Bekenntnis der Regierung gegen Rechts?

Ich glaube – und das hat auch die aktuellste Studie zum Thema Rechtsradikalismus gezeigt –, dass bei den Behörden und in der Politik eine grosse Sensibilität dafür da ist. Es ist nicht so, dass die Augen zugedrückt werden. Das hat ja auch die Staatsanwaltschaft gezeigt, so schnell, wie sie beim Prozess um die Schlägerei beim Oktoberfest vorgegangen ist. Und ich bin mir sicher, dass auch die Landespolizei beim Molotow-Cocktail-Wurf den Fall am liebsten schon geklärt hätte.

Aber: Beim eindeutig rechten Flugblatt wurde geschwiegen – und auf den Molotow-Cocktail-Wurf in Nendeln, bei dem nicht klar ist, ob Rechtsradikale dahinterstecken, sofort reagiert.

Beim Flugblatt stellt sich die Frage, inwieweit das mediale Echo nicht genau diesen Leuten hilft. Damit will ich nicht sagen, dass die Medien aufhören sollen zu berichten. Aber wenn jemand ein Flugblatt verschickt, und am nächsten Tag gibt es eine Staatskrisensitzung – dann ist es für diese Kreise doch super gelaufen. Daher finde ich es nicht notwendig, dass sich der Fürst, die Regierung oder der Landtag bei jedem Anlassfall öffentlich äussern.

Zudem war bei dem Flugblatt nur strafrechtlich relevant, dass es keine presserechtliche Verantwortlichkeit darauf gab. Es ist ja noch keine Hassschrift, wenn jemand politisch fordert, dass der Ausländeranteil reduziert werden soll. Das darf eine Partei oder Gruppierung in einer Demokratie behaupten. Das ist statthaft.

Ich würde eine Partei am rechten Rand zwar nicht wählen, man muss aber ideologische Strömungen, mit denen man nicht einverstanden ist, auch nicht gleich verbieten wollen.

**** Wilfried Marxer ist Politikwissenschaftler und Forschungsleiter für Politikwissenschaft beim Liechtenstein-Institut. Forschungstätigkeit zu: Parteien, Wahlen, Medien, Demokratie und weiteren gesellschaftspolitischen Fragen.***



Liechtensteiner

VOLKSBLATT

DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN

ROLEX

HUBER UHREN SCHMUCK

T +423 237 1414

Mit amtlichen Publikationen | 00423 237 51 51 | AZ 9494 SCHAAN | Mittwoch, 26. Mai 2010



Gesundheitswesen im Brennpunkt
Nachrichten / 3



Zweite KMU-Woche startet mit «Start-ups»
Wirtschaft / 13



Garzelli holt sich den Sieg am Kronplatz
Sport / 18

NEWSMIX

30-Grad-Marke am wärmsten Tag des Jahres gebrochen

ZÜRICH/VADUZ – Wie MeteoNews mitteilte, wurden auf der Alpennordseite gestern Dienstag die bisher höchsten Temperaturen des Jahres gemessen. Im Wallis wurde stellenweise sogar die Hitzemarke von 30 Grad gebrochen. In Sitten stieg das Quecksilber auf 30,4 Grad. Vaduz erreichte einen Höchstwert von 28,3 Grad. Heute gibt es noch 22 bis 24 Grad. Dazu gibt es nebst Sonne einige Regengüsse und Gewitter. (pd)

Verdächtige bleiben in Haft

VADUZ – Im Falle des Tötungsdeliktes in Vaduz hat das Gericht gestern entschieden, dass beide Tatverdächtige vorerst in Untersuchungshaft bleiben. «Bei der heutigen Haftprüfungsverhandlung hat der zuständige Untersuchungsrichter die Untersuchungshaft bei dem Verdächtigen bis 25. 7. und bei der Verdächtigen bis 15. 6. verlängert», erklärt der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner gestern gegenüber dem «Volksblatt». In beiden Fällen den bestehe weiterhin dringender Tatverdacht. Wie es vonseiten der Staatsanwaltschaft weiter heisst, sei die Voruntersuchung derzeit noch nicht abgeschlossen: «Es sind noch die psychiatrischen Gutachten und das Gutachten zu den Blutspuren ausständig», so Wallner. Zudem wird eine Tatortrekonstruktion stattfinden. (hf)

INHALT

Nachrichten	2–11	Kultur	27+29
Ausland	12	Kino/Wetter	30
Wirtschaft	13–16	TV	31
Sport	17–21	International	32

www.volksblatt.li

9 771812 601006 30021

Fr. 2.00 | Tel. +423/237 51 51

133. JAHRGANG, NR. 115 | Verbund Südostschweiz

«System im Kern gesund»

Gesundheitswesen zu wenig transparent, zu teuer? Ärztekammer weist Vorwürfe zurück

VADUZ – Ärztekammer und andere Leistungserbringer warnen davor, das Gesundheitswesen überhastet zu reformieren. Und sie kritisieren parteipolitisch motivierte Heckenschützen.

• Michael Benvenuti

Jahrelang wurden in Liechtenstein offensichtliche Probleme mit Millionen zugedeckt, anstatt aktiv nach Lösungen zu suchen. Erst jetzt, unter dem dringenden Sparzwang, werden Baustellen offener angesprochen, wird darüber diskutiert, sich von der bisher praktizierten Giesskannenpolitik zu verabschieden. Als einer der grössten Kostentreiber präsentierte sich die vergangenen Jahre das Gesundheitswesen.

Dennoch wehren sich Ärztekammer und weitere Leistungserbringer dagegen, das liechtensteinische Gesundheitssystem als kränkelnden Patienten zu bezeichnen. «Unser Gesundheitswesen ist kein kränkelnder Patient, und schon gar kein Notfallpatient», sagt Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian im «Volksblatt»-Interview. Das System sei im Kern gesund – und auch finanzierbar. «Es ist in Liechtenstein längst nicht so wie in anderen Ländern, wo das Gesundheitswesen ein Loch in die Staatskassen frisst, das nicht mehr zu flicken ist.»

Diese Meinung vertritt auch Hansjörg Marxer, Vorsitzender der Kosten- und Qualitätskommission. Er warnt deshalb davor, das Gesundheitswesen überhastet zu reformieren. «Die Erfahrung zeigt, dass immer dann, wenn Gesetze unter wirklichem oder künstlich erzeugtem Zeitdruck geändert werden, neue Probleme entstehen.»

Kein Spielball für Parteipolitik

Der Präsident des Dachverbands von Berufen der Gesundheitspflege appelliert daher auch an die verantwortlichen Politiker, das Gesundheitswesen nicht zum Spielball der Parteien zu machen: «Da müssen wir über die Parteigrenzen hinweg Lösungen finden.»

Hart ins Gericht mit einigen Landtagsabgeordneten geht Ruth Kranz-Candrian: «Wer wirklich Flurschäden anrichtet, sind diese Heckenschützen, die parteipolitisch motiviert einen guten Prozess dauernd torpedieren.» Wobei: Das deutliche Ja des Landtags zur anonymen Publikation der Umsätze von Ärzten wurde von VU- und FBP-Mandataren getragen.

Apropos Transparenz: Diese sei seit Jahren gegeben, betont Kranz-Candrian. Der geltende Arzttarif sei völlig transparent, bestätigt auch Marxer, allerdings hapere es an der Anwendung und Umsetzung. Dort müsse der Hebel angesetzt werden.

Und wer soll letztlich die entscheidenden Massnahmen zur Gesundheitsreform treffen: Der Landtag, der in der heute beginnenden Sitzung über den aktuellen Gesundheitsbericht diskutiert, oder doch die zuständige Regierungsrätin Renate Müssner? Das sei eigentlich klar geregelt, hält Marxer fest: «Gesetze werden von der Regierung erarbeitet und vom Landtag beschlossen.» **Seiten 6/7**



FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

LieGames 2011 An der gestrigen Delegiertenversammlung des Liechtensteinischen Olympischen Verbandes (LOSV) standen die LieGames im Mittelpunkt. **Seite 17**

ANZEIGE



Wer wird die neue Miss Casino Bad Ragaz 2010

Schauen Sie am 20. Juni bei uns vorbei und erleben Sie hautnah, wie die neue Miss Casino Bad Ragaz gewählt wird.

Es erwartet Sie ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm.

Der Eintritt ist frei, wir freuen uns auf Sie!

www.casinoragaz.ch
Casino Bad Ragaz AG • 7310 Bad Ragaz
Telefon +41 (0)81 303 39 39
casino@casinoragaz.ch

Eintritt frei! Kein Konsumationsaufschlag! Zutritt ab 18 Jahren, Ausweispflicht! Veston im Live Game erforderlich!

Schlag gegen die rechte Szene

Festnahme und Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit Brandanschlägen

VADUZ/NENDELN – In Zusammenhang mit den Brandanschlägen in Nendeln wurde gestern ein Tatverdächtiger festgenommen. Darüber hinaus gab es Hausdurchsuchungen – weitere Ermittlungen sind im Gange, wie es heisst.

• Holger Franke

«Die aufwendige kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit führte nun zur Festnahme eines 22-jährigen Mannes aus der rechten Szene. Er wird der versuchten Brandstiftung dringend verdächtigt», teilte die Landespolizei gestern schriftlich mit. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete das Landgericht zudem zwei Hausdurchsuchungen an, die ebenfalls gestern vollzogen wurden.

Politik wachgerüttelt

Damit kommt Bewegung in die Fälle der Brandanschläge in Nendeln. In der Nacht vom 22. November 2009 wurden mehrere Brandwurfsätze an ein Fenster sowie auf einen Balkon eines Wohnhauses in Nendeln geworfen, wobei Gegenstände in Brand gerieten. Nur dem Umstand, dass das Feuer von den Bewohnern bemerkt wurde, ist es zu verdanken, das Schlimmeres verhindert werden konnte. Zu einem weiteren Brandanschlag auf ein kurz vor der Eröffnung stehendes Geschäftslokal war es in der Nacht vom 26. Februar dieses Jahres gekommen, ebenfalls in Nendeln. Die Fenster wurden mit Steinen zertrümmert und Brandsätze ins Innere des Geschäftslokals geworfen. Es entstand Sachschaden.

Besonders dieser Fall hatte auch die Politik wachgerüttelt: Anfang März bezeichnete Innenmister Hugo Quaderer die Anschläge als «absolut nicht entschuldbar» und kündigte an, dass die Justiz mit allen rechtsstaatlichen Mitteln durchgreifen werde. Rechtsextremismus oder Antisemitismus dürften in Liechtenstein in keiner Form Platz haben, so Quaderer.

Wie die Landespolizei gestern weiter mitteilte, wurden der Tatverdächtige und weitere Personen aus der rechten Szene als Zeugen zu den Straftaten befragt. Weitere Ermittlungen seien im Gange. Worauf sich diese Ermittlungen konkret beziehen, wurde aber nicht mitgeteilt – der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner war für Medienanfragen am späten Nachmittag nicht erreichbar. Weitere Details sollen aber heute bekannt werden.



Auf dieses Bistro wurde im Februar ein Brandanschlag verübt.

HEUTE GROSSAUFLAGE

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
MITTWOCH, 26. MAI 2010 | NR. 115 | CHF 1.80



INLAND

Der «Schädler Shop» in Malbun ist verkauft – er wird «Mal besser. Malbuner.» SEITE 3



SPORT

Der LOSV führte erfolgreich seine DV durch. Es resultierte ein satter Gewinn. SEITE 23

LINSENSYSTEM
AB CHF 19.- IM MONAT
SIMONIS SEHCENTRUM
MIT BLICK FÜR SIE.
STÄDTLE 1, FL-9490 VADUZ
+423/262 70 70, WWW.SEHCENTRUM.LI

EU-Staaten ziehen die Notbremse

Im Kampf gegen die Schuldenkrise ringen sich immer mehr europäische Regierungen zu drastischen Sparmassnahmen durch. Nach Griechenland und Spanien kündigten nun Italien und Dänemark ein Sparpaket an. SEITEN 37 UND 39

Die Online-Umfrage

Finden Sie es richtig, dass nun auch das Liechtensteinische Landesspital über einen Computertomografen (CT) verfügt?

www.vaterland.li fragte letzte Woche:
Befürchten Sie nach Griechenland noch weitere Staatspleiten?

Ja	90%
Nein	10%

(475 Leserinnen und Leser haben geantwortet)

UMFRAGE DER WOCHE
www.vaterland.li

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–13
Persönlichkeiten	12
Gamprin-Bendern	14, 15
Ausland	20
TV-Programm	21
Boulevard	22
Sport	23–29
Auto	30, 31
Kinderland	32
Kultur	33–35
Wirtschaft	37–43
Die Letzte	44

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 40009



Informationen aus erster Hand

Mit dem Gesundheitsbericht und der Totalrevision des Steuerrechts berät der Landtag in dieser und der übernächsten Woche zwei Themen von zukunftsweisender Bedeutung. Im Vorfeld informierte die VU gestern ihren Parteivorstand über die Inhalte der beiden Vorlagen.

Von Heribert Beck



Grosses Interesse: Zahlreiche Mitglieder des VU-Parteivorstands informierten sich gestern über den Gesundheitsbericht der Regierung und den Bericht und Antrag zur Steuerreform. Bild sdb

«Wir wollen heute von den zuständigen Regierungmitgliedern und den beigezogenen Fachexperten einen Gesamtüberblick über zwei für Liechtenstein besonders wichtige Themen erhalten», sagte VU-Parteipräsident Adolf Heeb gestern zur Begrüssung der zahlreich versammelten Mitglieder des Parteivorstands. Auf dem Programm der Sitzung stand dementsprechend zum einen der Gesundheitsbericht von Regierungsrätin Renate Müssner, den der Landtag in seiner heute beginnenden Sitzung behandelt. Zum anderen wurde die Totalrevision des Steuerrechts vorgestellt, welche Regierungchef Klaus Tschütscher in einer Sondersitzung des Landtags am 8. Juni vertreten wird. Eine zweite Behandlung beider Themen im Parteivorstand soll gemäss Adolf Heeb nach den Landtagssitzungen stattfinden.

Am gleichen Strick ziehen

«Der Landtag hat mir den Auftrag erteilt, eine Gesamtschau des Liechtensteiner Gesundheitswesens zu erstellen», sagte Regierungsrätin Renate Müssner. Bei der Erstellung des Berichts sei es ausserdem darum gegangen, festzuhalten, was zur Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen künftig machbar wäre und welche Auswirkungen die jeweiligen Entscheidungen und allfälligen Gesetzesanpassungen auf das System hätten.

Um die Gesundheitskosten in einem erträglichen Rahmen halten zu können, müssen gemäss Christian Wolf, der an der Ausarbeitung des Berichts beteiligt gewesen ist, auf jeden Fall alle Interessengruppen am gleichen Strick ziehen. Massnahmen müssten sowohl bei den Versicherten und Leistungserbringern als auch bei den Krankenkassen und den Systemstrukturen ansetzen.

Den Standort Liechtenstein stärken

Regierungschef Klaus Tschütscher wies seinerseits darauf hin, welche zentrale Bedeutung die geplante Steuerreform für die Zukunft Liechtensteins als attraktiver Finanz- und Wirtschaftsplatz hat. «Das Ziel der Regierung war es, einerseits die internationalen Entwicklungen zu berücksichtigen und andererseits attraktive Rahmenbedingungen für natürliche wie auch juristische Personen zu schaffen», so der Regierungchef.

Politisch jedenfalls stünden die Bemühungen um eine Totalrevision des Liechtensteiner Steuerrechts, das in seinen Grundzügen teilweise bis in die 1920er-Jahre zurückreicht, auf einer soliden Basis. «Schliesslich ist eine rasche Umsetzung der Reform bereits im Koalitionsvertrag zwischen VU und FBP festgehalten.» SEITE 7

Brandanschläge: Mann aus rechter Szene verhaftet

Die Landespolizei ist bei der Aufklärung der drei Brandanschläge in Nendeln einen Schritt weitergekommen. Sie verhaftete gestern einen 22-jährigen Tatverdächtigen aus der rechten Szene.

Von Günther Fritz

Der gestern Festgenommene wird dringend der versuchten Brandstiftung verdächtigt, wie die Liechtensteinische Landespolizei in einer Medienaussendung am Dienstag mitteilte. Ausserdem ordnete das Landgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft zwei Hausdurchsuchungen an. Diese wurden ebenfalls gestern vollzogen. Derzeit werden der Tatverdächtige und weitere Personen aus der rechten Szene als Zeugen zu den Straftaten befragt. Weitere Ermittlungen sind laut Mitteilung der Landespolizei im Gange.

Anschläge mit Molotowcocktails

Die Brandanschläge hatten in Liechtenstein grosses Aufsehen erregt. Die ersten beiden Anschläge ereigneten sich in derselben Nacht. So warf eine unbekannte Täterschaft in der Nacht auf Sonntag, 22. November 2009, gegen 2 Uhr morgens einen Molotowcocktail gegen ein Haus in der Schulerstrasse in Nendeln. Der selbst gebastelte Wurfbrandsatz zersprang am Fenster, prallte jedoch ab und brannte ausserhalb des Hauses ab. Drei Stunden später, gegen 5 Uhr, wurde ein weiterer Brandsatz in der Bahngasse auf einen Balkon geworfen. Dabei gerieten mehrere Objekte in Brand. Nur dem Umstand, dass das Feuer von den Bewohnern bemerkt wurde, ist es zu verdanken, das Schlimmeres verhindert werden konnte. Die Hausbewohner konnten das Feuer rechtzeitig löschen. In beiden Fällen entstand erheblicher Sachschaden.

Der dritte Brandanschlag wurde in der Nacht auf Freitag, 26. Februar 2010, ebenfalls in Nendeln verübt. Hierbei hatten Unbekannte zuerst die Fenster eines kurz vor der Eröffnung stehenden Kebab-Bistros eingeschlagen und anschliessend Molotowcocktails ins Innere des Gechäftslokals geworfen. Auch in diesem Fall entstand erheblicher Sachschaden. Personen wurden keine verletzt.

Die allgemeine Vermutung, dass die Täter der rechten Szene angehören und Fremdenfeindlichkeit ihr Motiv ist, wollte die Landespolizei bisher nicht bestätigen. Dies sei sicher ein wichtiger Ermittlungsansatz, aber nicht der Einzige, hiess es immer wieder.

Rechte Szene im Visier

Den 22-jährigen Tatverdächtigen, der gestern festgenommen wurde, ordnet die Landespolizei aber nun doch der rechten Szene zu. Auch die weiteren Ermittlungen deuten auf Mitbeteiligte aus dem rechtsextremen Milieu hin. Über die näheren Umstände der Fahndungserfolge und die genauere Einordung der Täterschaft konnte gestern nichts mehr in Erfahrung gebracht werden, weil der zuständige Leitende Staatsanwalt nicht mehr erreichbar war.



ZEUGENAUFRUF

Überholversuch führte zu Unfall

SCHAAN – Ein versuchtes Überholmanöver hat am Dienstagabend zu einem Unfall geführt. Eine Fahrzeuglenkerin fuhr gegen 21.50 Uhr auf der Bendererstrasse in Schaan in nördliche Richtung. Zur selben Zeit versuchte ein ihr entgegenkommender Motorradlenker einen Personenwagen vor ihm zu überholen. Die Frau wurde von diesem Versuch überrascht und leitete ein Ausweichmanöver nach rechts ein, wobei sie mit einem Zaun am Strassenrand kollidierte. Sie wurde dabei leicht verletzt, am Personenwagen entstand erheblicher Sachschaden. Personen, welche Hinweise zum Unfallhergang oder dem Motorradfahrer machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter der Telefonnummer +423/ 236 71 11 oder per E-Mail an info@landespolizei.li zu melden. (lpfl)

2010er-Telefonbuch erschienen

SCHAAN – Das neue, offizielle Telefonbuch 2010 des Fürstentums Liechtenstein, ist bei der Gutenberg AG erschienen. Das Werk ist übersichtlich gestaltet und in einem handlichen und benutzerfreundlichen Format gehalten. Ergänzt wird es mit einem Branchenverzeichnis sowie einem zusätzlichen ausführlichen Informationsteil über Regierung, Landtag, Gemeinden und vielem mehr. Im Fürstentum Liechtenstein ist es das bekannteste und am meisten verwendete Telefonbuch. Es erscheint bereits seit 1941 in einem jährlichen Turnus. Eine aktuelle Studie der WEMF (AG für Werbemedienforschung) zeigt auf, dass 82 Prozent der Bevölkerung das gedruckte Telefonbuch regelmässig nutzt. Jeder Haushalt und jede Geschäftsadresse in Liechtenstein wird mit einem kostenlosen Exemplar beliefert. Zusätzliche Exemplare können für 12 Franken an verschiedenen Verkaufsstellen bezogen werden – oder direkt bei der Gutenberg AG, Feldkircher Strasse 13, Schaan, Telefonnummer 00423 239 50 50. (pd)



STUDIE

Liechtenstein am sichersten

LONDON/SCHAAN – Die Menschen in Bangladesch, Indonesien und im Iran leben einer britischen Untersuchung zufolge mit der grössten Gefahr, Opfer einer Naturkatastrophe zu werden. In Bangladesch kamen in den vergangenen drei Jahrzehnten über 191 000 Menschen durch Stürme, Überschwemmungen, Erdbeben und andere Katastrophen ums Leben, wie die britische Beratungsfirma Maplecroft in einer Risikostudie feststellte. In Indonesien gab es fast genauso viele Tote, die meisten beim Tsunami im Dezember 2004. Frankreich und Italien als Industriestaaten mit «sehr hohem Risiko» liegen mit tödlichen Hitzewellen im Sommer 2003 und 2006 auf Platz 17 beziehungsweise 18. In Indien seien zwischen 1980 und 2010 allein durch Erdbeben 50 000 Menschen ums Leben gekommen. Insgesamt starben auf dem Subkontinent in dieser Zeit 141 000 Menschen bei Naturkatastrophen. Der Iran sei besonders wegen seiner Erdbeben gefährlich – 74 000 Menschen wurden der Übersicht zufolge bei Erdstössen getötet. Am sichersten vor Katastrophen lebt es sich gemäss den Berechnungen demnach unter anderem in den Kleinstaaten Liechtenstein und Andorra sowie im Fürstentum Monaco an der Cote d'Azur, in Katar sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten. (apa/afp)

«Schockierende Aussage»

Staatsanwaltschaft beantragt Untersuchungshaft – Verdächtiger bestreitet die Tat

VADUZ – Im Falle der Brandanschläge in Nendeln hat die Staatsanwaltschaft Untersuchungshaft gegen den am Dienstag festgenommenen Verdächtigen beantragt. Dieser bestreitet die Tat. Seine Aussagen sind jedoch schockierend.

• Holger Franke

Voraussichtlich am heutigen Donnerstag wird der zuständige Untersuchungsrichter über den Antrag der Staatsanwaltschaft entscheiden, den am Dienstag festgenommenen Tatverdächtigen in Untersuchungshaft zu nehmen. Wie der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner gestern gegenüber dem «Volksblatt» ausführte, bestehe aus Sicht der Staatsanwaltschaft Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr. «Beim Verdächtigen handelt es sich um einen nicht vorbestraften liechtensteinischen Staatsangehörigen – er bestreitet die Tat», so Wallner. Das Vorverfahren richte sich auch gegen noch unbekannte Täter, die Staatsanwaltschaft gehe nämlich davon aus, dass es mehrere Mittäter gebe. Vor diesem Hintergrund werden aus ermittlungs- und verfahrenstaktischen Gründen keine weiteren Angaben gemacht.



«Die zitierte Aussage des Haupttatverdächtigen ist schockierend und aufs Schärfste zu verurteilen. Eine solche Geisteshaltung ist nicht zu akzeptieren und zeigt, wie notwendig die Massnahmen gegen rechte Gewalt sind.»

Hugo Quaderer
Regierungsrat

Mitglied der rechten Szene

Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, sei der Verdächtige nach Erkenntnissen der Landespolizei aktives Mitglied der rechten Szene: «Er bezeichnet sich als ‹Nationalsozialisten› und die Türken als ‹die Juden der Neuzeit›», so Wallner. Die Staatsanwaltschaft gehe davon aus, dass das Motiv für die Tat Fremdenhass ist, der sich speziell gegen in Liechtenstein wohnhafte türkische Staatsangehörige richtet. Aussagen, die nachdenklich stimmen und die Frage aufwerfen, wie tief der Hass bei dem 22-Jährigen sitzen muss.

«Aussage auf das Schärfste zu verurteilen»

Innenminister Hugo Quaderer hob gegenüber dem «Volksblatt» gestern ausdrücklich hervor, dass bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung immer die Unschuldsvermutung gilt. Doch die Aussagen liessen auch ihn offenbar nicht kalt: «Die zitierte Aussage des Haupttatverdächtigen ist schockierend und auf das Schärfste zu verurteilen. Eine solche Geisteshaltung ist nicht zu akzeptieren und zeigt, wie notwendig die Massnahmen gegen rechte Gewalt sind.» Der Innenminister bekräftigte seine Aufforderung, dass die gesamte Gesellschaft gefordert ist, gegen rechte Gewalt konsequent vorzugehen und kündigte an, dass die von der Gewaltschutzkommission zur Umsetzung vorgeschlagenen Massnahmen gemäss dem Massnahmenkatalog gegen rechte Gewalt zügig umgesetzt würden. «Es ist wichtig, dem Phänomen der rechten Gewalt auch mit konkreten präventiven Massnahmen mit aller Kraft entgegenzutreten», so Quaderer.

Klare Position der Staatsanwaltschaft

Im Falle des Tatverdächtigen wird die Voruntersuchung wegen Verdachtes des Verbrechens der versuchten Brandstiftung in 3 Fällen (zwei Mal in der Nacht zum 22. November 2009 am selben Objekt in Nendeln und einmal in der Nacht zum 26. Februar 2010 ebenfalls in Nendeln) geführt. Der Strafrahmen: Freiheitsstrafe von 1 bis 10 Jahre, wie Robert Wallner ausführte. Der Leitende Staatsanwalt liess gestern keine Zweifel daran, dass die Staatsanwaltschaft auch künftig alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen werde: «Der Rechtsstaat wird auch in Zukunft alle im Gesetz vorgesehenen Mittel ausnutzen, um feige Verbrechen wie die Brandanschläge in Nendeln aufzuklären und zu verfolgen», so Wallner.


VOLKSBLATT
TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN
Samstag, 27. Februar
Spitalal soll erhalten bleiben
Balzner Schüler bei «1, 2 oder 3»
Marina Nigg feierte Olympia-Debut
NEWSMIX
Brandanschlag auf Kebap-Bistro in Nendeln
Angriff mit Molotow-Cocktails – Geplante Eröffnung verschoben
Eigentlich hätte das «Abra Kebabra» nächste Woche eröffnet werden sollen. Daraus wird jetzt nichts.

Das «Volksblatt» berichtete am 27. Februar über den Brandanschlag auf das Bistro in Nendeln.

Landtag erhöht Mehrwertsteuer

Liechtenstein erfüllt damit staatsvertragliche Verpflichtung gegenüber der Schweiz

VADUZ – Der Landtag ist gestern der Regierungsvorlage zur Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes gefolgt. 24 der 25 Abgeordneten stimmten der Mehrwertsteuererhöhung zu.

• Christian A. Koutecky

Die Mehrwertsteuersätze werden analog den schweizerischen Mehrwertsteuersätzen angehoben. Liechtenstein hat wegen der staatsvertraglichen Verpflichtung gegenüber der Schweiz diese Steuersatzerhöhungen zu übernehmen, was durch Abänderung der Artikel 25, 28 und 37 des Mehrwertsteuergesetzes zu erfolgen hat. Die Steuersatzerhöhungen sollen wie in der Schweiz zum 1. Januar 2011 in Kraft treten.

So soll ab dem nächsten Jahr der Normalsatz von 7,6 auf 8,0 Prozent, der reduzierte Satz von 2,4 auf 2,5 Prozent und der Sondersatz von 3,6 auf 3,8 Prozent in die Höhe geschraubt werden. Was den Konsumenten weniger gefallen wird, dürfte beim finanzverantwortlichen Regierungschef Klaus Tschütscher für Freude sorgen. Denn die wenigen Zehntel-Prozentpunkte sind Balsam für den Staatshaushalt. Für das Jahr 2011 rechnen Tschütschers Finanzexperten im Vergleich zu 2009 (206,6 Millionen Franken) mit Mehreinnahmen von 8,3 Millionen Franken, ab 2012 sogar mit 10,3 Millionen Franken jährlich. Die Steuersatzerhöhung ist – zumindest in der Schweiz – bis zum 31. Dezember 2017 befristet. Sollte die Schweiz die Steuersätze wieder senken, würde die liechtensteinische Regierung dem Landtag eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten.


FOTO WODICKA

Jetzt rattern die Rechenmaschinen im Land – Die Mehrwertsteuer steigt am 1. Januar um 0,4 Prozent.

Keine Zweckbindung

In der Schweiz werden die Mehreinnahmen aus der Steuererhöhung für die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung verwendet. In Liechtenstein gibt es hingegen keine Zweckbindung: Eine entsprechende Motion der FBP, die Mehreinnahmen zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu verwenden, war im Herbst 2009 vom VU-Block im Landtag abgewürgt worden. Wirtschaftsminister Martin Meyer (FBP): «Der Landtag hat jedoch letztes Jahr mit den Stimmen der Vaterländischen Union einen zweckgebundenen Einsatz der Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung abgelehnt. Mein Handlungsspielraum wurde dadurch eingeengt.» So fliessen die Millionen ungebunden in den allgemeinen Staatshaushalt – um dort das 160-Millionen-Franken-Loch ein wenig zu stopfen.

Steuersätze ab 1. Januar 2011

Normalsatz 8,0 %
(bisher 7,6 %)
Reduzierter Satz 2,5 %
(bisher 2,4 %)
Sondersatz 3,8 %
(bisher 3,6 %)

Ein wichtiges Signal ausgesendet

Die Festnahme eines 22-jährigen Liechtensteiners ist ein wichtiges Signal dafür, dass Rechtsextremismus in keiner Form toleriert wird. Besonders für Migranten aus Südosteuropa ist das konsequente Vorgehen der Behörden wichtig.

Von Desirée Vogt

Der Polizei ist der «harte Kern» der Rechtsradikalen in Liechtenstein bekannt. Kripo-Chef Jules Hoch bestätigte im Februar dieses Jahres, dass es sich dabei um 25 Personen handelt. Dazu kommen noch Mitläufer und Sympathisanten. Ob der festgenommene 22-Jährige zu erster oder letzterer Gruppe gehört, ist bisher nicht bekannt. Fakt ist allerdings, dass besonders Migranten aus Südosteuropa einen schweren Stand in Liechtenstein zu haben. Sprich: Türken, Ex-Jugoslawen oder etwa Albaner geniessen ein geringeres Ansehen als etwa Österreicher, Schweizer oder Deutsche, wie die Studie aus dem Jahr 2009 aufzeigt.

So auch im aktuellen Fall, bei dem ein 22-Jähriger vornehmlich türkische Mitbürger als Störenfriede im Visier hatte. Ihm wird vorgeworfen, in der Nacht auf den 22. November 2009 gegen 2 Uhr morgens einen Molotowcocktail gegen ein Haus in der Schulerstrasse in Nendeln geworfen zu haben. Drei Stunden später wurde ein weiterer Brandsatz in der Bahngasse in Nendeln auf einen Balkon geworfen. Mehrere Objekte gerieten dabei in Brand. Nur weil die Bewohner das Feuer bemerkten, konnte Schlimmeres verhindert werden. Der dritte Brandanschlag erfolgte in der Nacht auf den 26. Februar dieses Jahres – ebenfalls in Nendeln. Das Fenster eines kurz vor der Eröffnung stehenden Kebab-Bistros wurde eingeschlagen und anschliessend ein Molotowcocktail ins Innere des Lokals gewofen. Es entstand erheblicher Sachschaden. Als Motiv wird Fremdenhass vermutet, der sich speziell gegen türkische Staatsangehörige richtete.

Forderung Rechnung getragen

Die türkischen Vereine Liechtensteins hatten sich bereits im Oktober 2008 zu Wort gemeldet, als in Mauren eine Massenschlägerei zwischen Skinheads und türkischen Besuchern dermassen ausartete, dass ein Polizist schwer verletzt wurde. Seitdem ist auf der Homepage www.turkbirligi.li zu lesen: «Der Anstieg der Provokationen und Beleidigungen an den türkischstämmigen Mitbewohnern hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Frauen werden auf offener Strasse von Jugendlichen angespuckt, die Kinder werden auf dem Schulweg verbal angegriffen. Dennoch haben wir, die türkischen Vereine, unsere Mitglieder um Vernunft und Geduld gebeten.» Weiter heisst es: «In letzter Zeit werden die Drittstaatsangehörigen immer wieder mit den Worten ‹fördern und fordern› konfrontiert. Wir bemühen uns stark, dem entgegenzukommen, aber jetzt, liebe Regierung, möchten wir auch eine Forderung stellen: Wir wollen mehr Sicherheit für unsere Kinder, Jugendliche, Frauen. Wir wollen als türkische Staatsbürger und als Liechtensteiner türkischer Abstammung in Liechtenstein friedlich leben und uns dabei sicher fühlen.» Dieser Forderung haben die Regierung und alle involvierten Behörden nun konsequent Rechnung getragen – und wollen es auch weiterhin tun. Bleibt zu hoffen, dass das harte Durchgreifen auch ein entsprechend starkes Signal in die richtige Richtung aussendet.



Brutales Vorgehen: Beim Brandanschlag auf das Café Bistro «Abra Kebabra» in der Nacht des 26. Februar entstand hoher Sachschaden. Bild Archiv

Rechtsextreme Vorfälle

September 2008: Oktoberfest in Mauren. Rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene liefern sich mit türkischen Jugendlichen eine Massenschlägerei. Ein Polizist wird schwer am Kopf verletzt.

Frühjahr 2008: Eine Kundgebung von meist ausländischen Sympathisanten der Antiglobalisierungsbewegung provoziert eine Gegenkundgebung, der sich etwa 100 bis 150 Personen anschliessen. Die Polizei muss eingreifen.

Staatsfeiertag, 15. August: Ein alkoholisierter junger Rechtsextremer wirft mit Flaschen um sich und verletzt eine Touristin.

Antirassismuskampagne «Ohne Ausgrenzung» 2007: Plakate werden mit Hakenkreuzen beschmiert und beschädigt.

Jungbürgerfeier Balzers: Ein Rechtsextremer provoziert mit einem Hitlergruss, wird aber gebremst und vor die Türe gestellt. Als rund 20 rechte Jugendliche versuchen, den Eingang zum Saal zu blockieren, greift der Regierungschef ein.

Schule: Auch die Schule wird wiederholt mit Vorfällen konfrontiert. Während der Fasnacht 2008 dringen drei schwarz gekleidete und mit Palästinensertüchern maskierte angetrunkene Jugendliche mit Luftgewehren in die Schule ein und bedrohen einen dunkelhäutigen Schüler.

Quelle: Studie «Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein»

«Heinrich Kieber» – Film der Rekorde

«Heinrich Kieber – Datendieb» ist auf dem besten Weg, der bisher erfolgreichste Film Liechtensteins zu werden. Bis heute haben über 2500 Personen die Produktion von Sebastian Frommelt und Sigvard Wohlwend gesehen – und es werden täglich mehr.

Von Janine Köpfli

Schaan. – Seit Wochen wird in Liechtenstein vor allem ein Thema diskutiert: Heinrich Kieber. Wer die 52-minütige Dokumentation von Sebastian Frommelt und Sigvard Wohlwend gesehen hat, kann die Geschichte des ehemaligen Heimkindes, das sich mit Lügen, Schummeleien und Betrügereien durchs Leben schlägt, und schliesslich mit dem Verkauf der gestohlenen Daten den Finanzplatz Liechtenstein Kopf stehen lässt, kaum glauben. «Henry ist immer für eine Überraschung gut», sagt Heinrich Kieber in einer Szene des Films. Tatsächlich liefert er mit seiner Geschichte Stoff für einen Agentenfilm, eine Tragödie und einen Thriller zugleich. Eine Geschichte, die nur darauf wartete, aufgedeckt und verfilmt zu werden.

Praktisch alles ausverkauft

Bis heute gab es im TaKino in Schaan rund 35 Vorstellungen des Dokumentarfilms «Heinrich Kieber – Datendieb» – praktisch alle waren ausverkauft. Seit der Premiere am 7. Mai haben über 2500 Personen den Film gesehen. Noch nie hatte eine liechtensteinische Filmproduktion einen ähnlichen Erfolg. Markus Wille vom Filmclub im TaKino weiss zwar, dass liechtensteinische Produktionen generell einen «Heimbonus» haben und meistens aussergewöhnlich gut laufen, der Film von Sebastian Frommelt und Sigvard Wohlwend bricht jedoch alle Rekorde.

Wenn auch die restlichen Vorstellungen nahezu ausverkauft sind – und danach sieht es aus – wird «Heinrich Kieber – Datendieb» die besten Chancen haben, zum bisher erfolgreichsten Film Liechtensteins zu werden. Markus Wille hat die Procinema Zahlen seit 1995 nachgeschlagen und festgestellt, dass der Dokumentarfilm bereits jetzt der dritterfolgreichste Film ist, der seit 1995 in einem Liechtensteiner Kino zu sehen war. Das heisst, der Film über den Mann, der sich selbst am liebsten «Henry» nannte, zog mehr Besucherinnen und Besucher an als erfolgreiche Filme wie «Finding Nemo», «Herr der Ringe» oder «Shrek». «Wenn man die Reservationen dazurechnet und man davon ausgeht, dass wir nochmals drei Vorstellungen anhängen werden, ist Platz Nummer 1 ein realistisches Ziel», sagt Markus Wille.

Guter Recherchejournalismus

Der Film ist sehr gut gemacht und basiert auf qualitativ gutem Recherchejournalismus. Für Markus Wille und Ruth Allgäuer vom Filmclub im TaKino ist dies einer der Hauptgründe für den Erfolg des Films. «Er übernimmt in diesem Fall die Rolle, welche die Landeszeitungen nicht ausgefüllt haben», sagt Markus Wille. Die zwei Filmemacher Frommelt und Wohlwend haben tief gegraben – und das weltweit und monatelang –, um aufzuzeigen, wer dieser Heinrich Kieber eigentlich ist und warum er die Daten geklaut und weiterverkauft hat. Es ist ein Film, der nicht wertet, sondern anhand von Fakten zeigt, was wirklich passiert ist. Vor der Premiere gab es zahlreiche negative Stimmen. Diese scheinen verstummt zu sein. Zu Recht, denn der Film über den Datendieb Heinrich Kieber ist ein wertvolles Dokument über eine einschneidende Episode in der Geschichte Liechtensteins und über eine Person, die sich wie kaum eine andere in das Bewusstsein der Bevölkerung gedrängt hat.

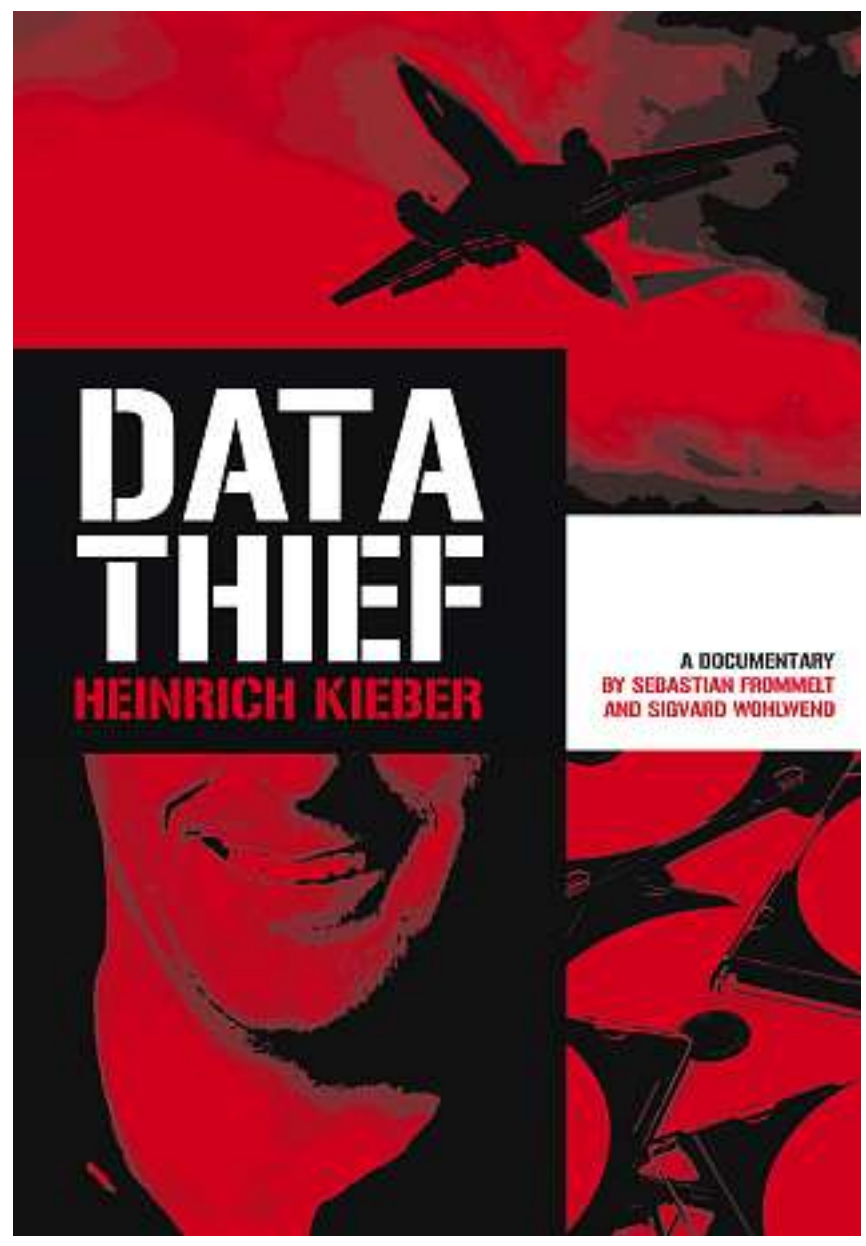
«Viele Menschen haben Heinrich gekannt oder meinten ihn zu kennen und waren überrascht, als sie hörten, was er gemacht hat», sagt Markus Wille. Der «Gwunder» hat wohl die meisten von ihnen ins Kino getrieben. Die Reaktionen der Besucher auf den Film sind ähnlich. «Der Film reiht Fakten aneinander und die Besucher realisieren, wie dieser Fall wirklich abgelaufen ist. Sie sehen, welche Rolle die LGT, aber auch das Fürstenhaus in der Sache spielen. Die meisten sind überrascht und erschüttert», sagt Markus Wille.

Jedem eine Henry-Geschichte

Zahlreiche Personen, die den Film in den vergangenen Wochen gesehen haben, haben ihre eigene Geschichte und Anekdoten zu Heinrich Kieber. «Seine extrovertierte Art und sein geöltes Mundwerk hinterliessen bei den Leuten bleibende Erinnerungen – am Arbeitsplatz, in der Freizeit, im Sportstudio, im Schwimmbad, im Ausgang, an der Fasnacht», sagt Ruth Allgäuer.

Der Fall Heinrich Kieber hat Liechtenstein nachhaltig aufgewühlt und wird Dank des Films wohl nicht so schnell in Vergessenheit geraten.

Es gibt nur noch wenige Möglichkeiten, den Film im TaKino in Schaan zu sehen: 28. und 31.5. sowie 1., 2. und 10.6. jeweils um 18.30 Uhr und 11.6. um 12.15 Uhr. Reservationen unter www.filmclub.li



Erfolgreichste liechtensteinische Filmproduktion: Wenn der Andrang im TaKino anhält, haben bis zum Wochenende 3000 Personen den Film «Heinrich Kieber – Datendieb» gesehen. Bild pd

Eine kleine, aber feine Universität

Gemäss einem unabhängigen Expertenteam erfüllt die Hochschule Liechtenstein die Qualitätsstandards einer Universität. Die Ergebnisse einer Evaluation des Expertenteams wurden gestern in Vaduz vorgestellt.

Von Richard Brunhart



Freuen sich über das positive Ergebnis der Evaluation: Prorektor Hansjörg Hilti, Rektor Klaus Näscher, Regierungsrat Hugo Quaderer, Präsident des Hochschulrats, und Hochschulratsmitglied Georg Wohlwend (v. l.). Bild Daniel Ospelt

Vaduz. – Die Expertengruppe bestätige in ihrer Evaluation, dass die Hochschule Liechtenstein die Qualitätsstandards, wie die schweizerischen Universitäten sie festgelegt haben, vollumfänglich erfüllt, erklärte Hochschulrektor Klaus Näscher an einer Medienorientierung. «Und zwar ohne Auflagen», betonte Näscher.

Überzeugende Konzepte

Die Expertengruppe habe die Bereiche Strategie und Organisation der Hochschule, die Studienangebote, die Forschung, die Qualifikation der Mitarbeitenden und der Studierenden, die Vernetzung in der internationalen Forschungslandschaft sowie die Infrastruktur bewertet. Auf der Basis einer Selbstevaluation der Hochschule habe eine Kommission mit Professoren aus Deutschland und der Schweiz die Hochschule an drei Tagen vor Ort untersucht.

Von einer detaillierteren Einschätzung hob Näscher hervor, dass die relativ kleine Hochschule über ein grosses Entwicklungspotenzial verfüge. Das Studiengangskonzept mit Bachelor-, Master- und Doktoratsstudium sei als überzeugend wahrgenommen worden. Prorektor Hansjörg Hilti ergänzte, dass die Hochschule den «Spagat zwischen Forschung und Praxis» geschafft habe. Positiv aufgenommen worden sei auch das Forschungskonzept – wie die Studierenden in die Forschung eingebunden und die Doktoratsstudenten gefördert werden.

Ein besonderer «Geist» in Vaduz

Als vorbildlich werteten die Experten das didaktische Konzept. Oft werde Universitäten vorgeworfen, frontal zu unterrichten, führte Klaus Näscher weiter aus. «Bei uns versuchen wir schon seit längerer Zeit, die Studierenden ins Zentrum zu rücken», so der Rektor. Die Studierenden sollten «abgeholt» werden, auch selbst etwas erarbeiten und aktiv eingebunden werden.

Klaus Näscher erklärte, dass das Expertenteam vom Engagement und vom «Geist», der an der Hochschule herrsche, beeindruckt gewesen sei. Das werde als grosses Plus der Hochschule Liechtenstein gewertet. Positive Kritik habe die Hochschule auch bezüglich der internationalen Vernetzung – derzeit bestünden 68 Kooperationsvereinbarungen mit Universitäten – und der regionalen Einbindung erhalten. Die enge Zusammenarbeit zeige sich insbesondere darin, dass vier Lehrstühle durch Dritte getragen werden. Vor allem die Wirtschaft und die Regierung haben die Hochschule während ihres bald 50-jährigen Bestehens stark unterstützt.

Wie Hansjörg Hilti ergänzte, werde die notwendige universitäre Unabhängigkeit für Lehre und Forschung nichtsdestotrotz akzeptiert.

Spitzenkräfte an die Hochschule

Ein wesentlicher Schritt hin zur Universität sei durch eine konsequente Personalpolitik erfolgt. Hilti erklärte, dass 2002 mit universitären Professorenberufungen begonnen worden sei – Berufungen durch internationale Gremien. Es sei nicht mehr im engeren Umfeld der Hochschule bestimmt worden, wer Professor wird. Regierungsrat Hugo Quaderer, Präsident des Hochschulrats erklärte, dass der Schritt zur Universität auch dazu führen sollte, für Spitzenkräfte noch interessanter zu werden (siehe Kasten).

Wie Klaus Näscher ausführte, formulierten die Experten auch einige Empfehlungen, obwohl die Hochschule alle Bedingungen ohne Auflagen erfülle. Insbesondere sollten Entscheidungen formalisiert werden – bei einer informellen Kommunikationskultur, wie sie an einer kleinen Hochschule wie auch jener in Liechtenstein vorherrscht.

Liechtenstein als Wissenschaftsstandort stärken

Mit einer Universität Liechtenstein habe der Standort Liechtenstein noch bessere Möglichkeiten als mit einer Hochschule, sich als attraktiver Wissenschaftsplatz zu positionieren, ist Regierungsrat Hugo Quaderer überzeugt.

Vaduz. – «Der Regierung war es wichtig, dass diese Schule höchste Qualitätsstandards erfüllt», erklärte Hugo Quaderer anlässlich der Vorstellung eines Expertenberichts, der der Hochschule die Qualitäten einer Universität attestiert. Deshalb sei auch das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen mit diesem Gutachten von der Regierung betraut worden. Liechtenstein könne als souveräner Staat selbst die Kriterien für den Status einer Universität bestimmen, führte Quaderer weiter aus. Als 2008 der Hochschule bewilligt wurde, ein Doktoratsstudium anzubieten, sei sie auch faktisch zu einer Universität geworden – formell sollte dieser Schritt, eine Namensänderung, im kommenden Jahr vollzogen werden. Die Evaluation sollte absichern, dass der Universitätsstatus vor allem schweizweit Anerkennung findet. Zudem sollte eine unabhängige Stelle von aussen die Hochschule evaluieren.

Vorteile für das Land sieht der Regierungsrat insbesondere darin, dass noch talentiertere Studierende nach Liechtenstein geholt werden können und vertieft geforscht werden kann – insbesondere in Bereichen, die für das Land von Bedeutung sind. Das aktuelle Beispiel Steuerdiskussion zeige, wie die Hochschule mit ihrem Know-how dem Land etwas zurückgeben könne.

Das Hochschulratsmitglied Georg Wohlwend hob hervor, dass der von der Hochschule durchlaufene Prozess nicht nur eine Akkreditierung, sondern eine für die Wirtschaft spürbare Qualitätsverbesserung gebracht habe. Die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft lohne sich. «Damit die Wirtschaft zu Talenten kommt, braucht es gute Schulen und Universitäten mit erstklassige Spitzenpositionen», sagte Wohlwend.

Von rechtsextremistischer Gesinnung distanziert?

Ein 22-jähriger Mann musste sich gestern vor dem Schöffengericht verantworten. Weil er unter anderem die Öffentlichkeit gegen bestimmte Menschengruppen aufhetzte und pornografisches Material besass, kassierte er eine bedingte einjährige Haftstrafe.

Von Bettina Frick

Auf einem Videoportal richtete sich der Angeklagte – ein Schweizer – eine persönliche Internetseite ein, die für jeden Internetbenutzer frei zugänglich war. Auf dieser Seite hetzte er die Öffentlichkeit gegen Personen mit schwarzer Hautfarbe, geistig Behinderte oder Angehörige der slawischen Ethnie zu Hass oder Diskriminierung auf. Weiters veröffentlichte er darauf Aussagen eines rechtsextremes Netzwerks, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Neonazi-Bands miteinander zu koordinieren und die nationalsozialistische Ideologie zu verbreiten. Der Angeklagte bezeichnet sein Denken und seine Gesinnung selbst mit «Rechtsextremismus». Entsprechend wurden bei der Hausdurchsuchung Fotos gefunden, die den Angeklagten im Kampfanzug mit einem nachgestellten Hitler-Bart oder beim «Heil-Hitler-Gruss» zeigten. Sein Mandant habe sich inzwischen von dieser rechtsextremistischen Gesinnung distanziert, betonte sein Verteidiger.

Kontrollschild als Wandbehang

Neben dem Vergehen der Rassendiskriminierung wurde dem Angeklagten vorgeworfen, eine Urkunde unterdrückt zu haben, indem er sein Kontrollschild nicht bei der Motorfahrzeugkontrolle abgab. Stattdessen verwendete er das Schild in seiner Wohnung als Wandbehang. Letztlich verwendete er es dafür, ein falsches Motorradkennzeichen herzustellen: Er zerstückelte das Schild und kreierte durch absichtlich falsches Zusammensetzen eine neue Nummer. So gab er vor, dass sein Motorrad über einen Versicherungsschutz und ein amtliches Kontrollschild verfügte.

Der 22-Jährige flog deshalb auf, weil er in der Schweiz einen Verkehrsunfall verursachte. Aufgrund der Hausdurchsuchung sind auch verbotene pornografische Videofilme und Bilder auf den Dateien des Angeklagten festgestellt worden. Gemäss Anklageschrift wird ihm vorgeworfen, Dateien mit Gewaltszenen und pornografischen Darstellungen von Unmündigen heruntergeladen und abgespeichert zu haben.

«Scheiss gebaut»

Der Angeklagte legte ein vollumfängliches Geständnis ab. Er habe «Scheisse gebaut» und bitte um eine zweite Chance, sagte er vor dem Untersuchungsrichter. Die zweite Chance hat er gestern erhalten: Der Richter verhängte eine einjährige Haftstrafe, die während einer Probezeit von drei Jahren bedingt aufgeschoben wird. Der 22-Jährige wurde in allen Anklagepunkte schuldig gesprochen ausser bei dem Vorwurf, pornografisches Material besessen zu haben, auf welchem Unmündige zu sehen sind. Das Alter der Darstellerinnen könne nicht genau bestimmt werden, begründete der Richter.

Urteil ist noch nicht rechtskräftig

Lässt sich der Angeklagte nun drei Jahre lang nichts mehr zuschulden kommen, ist er mit einem blauen Auge davongekommen. «Nun können Sie zeigen, ob Ihre Beteuerung, sich von der rechtsextremistischen Gesinnung distanziert zu haben, auch richtig ist», forderte der Richter den Angeklagte auf. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig – der Staatsanwalt wie auch der Verteidiger gaben gestern keine Erklärung dazu ab.



Gemeinde Planken

Gemeinderat genehmigt die Gemeinderechnung

PLANKEN – Der Gemeinderat in Planken hat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig die Gemeinderechnung genehmigt und den Organen Entlastung erteilt. Die laufende Rechnung für das Jahr 2009 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 72 705.23 Franken ab. Die Nettoinvestitionen 2009 belaufen sich auf 1 953 552.55 Franken und in der Gesamtrechnung resultiert ein Deckungsüberschuss von 527 588.93 Franken. Die Einzelheiten zur Gemeinderechnung 2009 wurden von der Gemeindekassierin Erika Sprenger erläutert. Dieser Beschluss wird zum Referendum ausgeschrieben. (red)

Gemeindesteuerzuschlag auf 150 Prozent festgelegt

PLANKEN – Nachdem in Planken der Gemeindesteuerzuschlag für das Steuerjahr 2009 im November 2009 provisorisch auf 150 Prozent festgesetzt wurde, hat der Gemeinderat diesen Satz in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen. Im Gemeinderatsprotokoll heisst es zur Begründung: «Das Rechnungsergebnis 2009 ist erfreulich. Die eigenen Mittel der Gemeinde Planken haben sich gegenüber dem Vorjahr um 72 705.23 Franken erhöht und betragen per 31. Dezember 2009 14 099 507.68 Franken.» Der Beschluss wird zum Referendum ausgeschrieben. (red)

Umweltschutz

Bodensee-Anrainer wollen Seeforelle besser schützen

LANGENARGEN – Die Seeforelle im Bodensee und seinen Zuflüssen soll besser geschützt werden. Die Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (IBKF) hat dafür ein grenzüberschreitendes Projekt gestartet. Um die natürliche Fortpflanzung der Wanderfische zu verbessern, sollen in den Zuflüssen die Laichgründe erfasst und kartiert werden. Ausserdem werden die Überlebensraten der Seeforelle in den ersten Monaten in diesen Gewässern überprüft. Ziel ist es, die Fischart zu erhalten und neue Strategien zur Bewirtschaftung zu entwickeln. Partner des Projekts sind Liechtenstein, Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg sowie die Kantone Thurgau, St. Gallen und Graubünden. (red)

Hochschule mit Uni-Niveau

Positives Gutachten des SUK-Expertenteams für die Hochschule Liechtenstein



Sie freuen sich über die bevorstehende «Beförderung» zur Universität: Hansjörg Hilti (Prorektor), Klaus Näscher (Rektor), Bildungsminister Hugo Quaderer (Präsident Hochschulrat) und Georg Wohlwend (Mitglied Hochschulrat).

VADUZ – Die Hochschule Liechtenstein erfüllt vollumfänglich die von der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) festgelegten Qualitätsstandards einer Universität. Vor allem das Engagement und der ambitionierte «Spirit» aller Beteiligten hat beeindruckt.

• Jan Miara

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 11. Mai den Vernehmlassungsbericht zur Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein verabschiedet. Dies betraf vor allem den Namen, der von Hochschule Liechtenstein in Universität Liechtenstein geändert wird. Eine Namensänderung reichte der Regierung aber nicht aus. Deshalb wurde dem Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizer Hochschulen (OAQ) der Auftrag erteilt, ein Gutachten von einem Expertengremium zu erstellen. «Der Regierung war es sehr wichtig, dass die Hochschule Liechtenstein die höchsten Qualitätsstandards erfüllt. Diese wurden vollumfänglich verwirklicht», sagt der Regierungsrat und Präsident des Hochschulrats Hugo Quaderer. Das Verfahren bestand aus einer Selbstbeurteilung, einer Vor-Ort-Visite durch die Expertengruppe sowie einem Schlussbericht.

Hohes Entwicklungspotenzial

Die Evaluation der Qualität umfasste die Strategie, Organisation und das Qualitätsmanagement der Institution. Weiter wurde das Studienangebot, die Forschung, das wissenschaftliche Personal, die Studierenden, die Infrastruktur und die Kooperation mit anderen Hochschulen und Universitäten inspiziert. Die Experten waren von der Hochschule Liechtenstein beeindruckt. «Bei der Hochschule Liechtenstein handelt es sich um eine kleine Universität mit hohen Entwicklungspotenzialen», so ein Experte, der weiter ausführt: «Die Studiengangskonzepte aller Bachelor-, Master- und Doktoratsgänge sind praxis- und forschungsorientiert ausgerichtet.» Besonders beeindruckt waren die Experten von den Entwicklungsplänen, welche für Doktoranden entwickelt wurden, vom Freiraum der Doktoranden in ihrer Forschung, der Vereinbarung von Projektarbeiten sowie den kooperativen Promotionsverfahren mit anderen Hochschulen. Zudem imponierte das Engagement.

Die Hochschule Liechtenstein hat in den vergangenen 20 Jahren eine sehr dynamische und erfolgreiche Entwicklung vom einstigen Abendtechnikum Vaduz über die Liechtensteinische Ingenieurschule und Fachhochschule Liechtenstein hin zur Hochschule Liechtenstein mit universitärer Ausrichtung hinter sich. Der Weg zur universitären Hochschule wurde vor rund zehn Jahren eingeschlagen. Die Berufung von Professoren nach internationalen universitären Standards, die Rekrutierung wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter aus dem universitären Umfeld, die weltweite internationale Vernetzung im Hochschul- und Forschungsbereich, der konsequente Auf- und Ausbau der Forschung durch Zweit- und Drittmittelakquisition, die internationale Akkreditierung aller Bachelor- und Master-Studiengänge universitären Zuschnitts und die Einführung des Doktoratsstudiums sind bedeutende Massnahmen dieser Entwicklung.

«Wir sind klein, aber fein»

All diese Punkte sollen schliesslich dazu führen, dass die am besten qualifizierten Studenten den Weg an die künftige Universität Liechtenstein finden. «Wir sind, wenn man es so sagen will – klein, aber fein», sagt Quaderer und fügt an: «Die Universität Liechtenstein soll auf der ganzen Welt wahrgenommen werden. Es soll ein Begriff für Topqualität an Lehre und Forschung sein.» Nur so können noch besser Talente nach Liechtenstein geholt werden, wovon schliesslich das Land und die Wirtschaft profitieren soll.

www.volksblatt.li

Signal gegen Verhetzung

Ein Jahr bedingte Haft für 22-jährigen Rechtsradikalen

VADUZ – Rechtsradikale Gesinnung und Hetze wird hierzulande allzu oft als Kavaliersdelikt behandelt. Klar, Liechtenstein hat kein Verbotsgesetz und keine Anschluss-Vergangenheit mit dem ehemaligen «Dritten Reich». Aber es gibt seit zehn Jahren einen Rassendiskriminierungsparagrafen im Strafgesetz.

• Johannes Mattivi

Der aus dem Schweizer Recht übernommene § 283 Strafgesetzbuch (in der geltenden Fassung nach LGBl. 2000 Nr. 36) besagt, dass «mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen (ist), wer 1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt, 2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind, 3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt, 4. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert, 5. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen versucht, 6. eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert, 7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die eine Rassendiskriminierung im Sinne von Abs. 1 zum Inhalte haben, 1. zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt, 2. öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt».

Hetzparolen im Internet verbreitet

Ziel des schweizerischen Anti-Rassismus-Paragrafen ist nicht Gesinnungsschnüffelei, sondern die Erhaltung des Landfriedens und der sozialen Ordnung. Deshalb geht es im Wesentlichen darum, dass eine Person mit rechsradikaler Gesinnung daran gehindert wird, ihre bedenklichen Ansichten öffentlich kundzutun, um damit unbeteiligte Dritte aufzuhetzen bzw. in ihre Richtung umzupolen.

Der 22-jährige, derzeit arbeitslose ehemalige Lehrling, der gestern wegen Rassendiskriminierung vor Gericht stand, hat nach Ansicht des Gerichts genau das getan. Er hat seine Gesinnung auf einer eigenen Webseite in Youtube öffentlich gemacht, er hat hetzerische T-Shirts getragen und war Mitläufer bei der Vorarlberger Neonazi-Gruppierung «Blood and Honour». Weiter wurde dem jungen Mann vorgeworfen, dass er ein Motorradkontrollschild, das er als verloren gemeldet hatte, nicht bei der MFK abgegeben, sondern daraus vielmehr später ein gefälschtes Schild gebastelt hatte und dann mit seinem Motorrad in die Schweiz gefahren war (wo er nach einem Unfall aufflog). Dritter Vorwurf: Der 22-Jährige hatte zu Hause etliche Pornovideos mit Gewaltszenen gehortet, wie eine Hausdurchsuchung ergab. Das Urteil – ein Jahr Haft bedingt auf drei Jahre Bewährung – ist noch nicht rechtskräftig. Vier Tage Bedenkzeit.

ANZEIGE

Liechtensteinische Ärztekammer Dachverband der Gesundheitsberufe



Forum Gesundes Liechtenstein

Sozial – kompetent – persönlich

In den letzten Wochen wurde in der politischen Diskussion das Gesundheitswesen in Liechtenstein systematisch krank geredet. Die Liechtensteinische Ärztekammer und der Dachverband der Gesundheitsberufe laden Sie ein: Wir wollen Sie informieren – ehrlich und ungeschminkt. Investieren Sie bitte jetzt ein wenig Zeit, damit wir auch noch morgen für Sie da sein können. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Haben Sie auch viele Fragezeichen im Kopf?

Wir informieren Sie, wie sich die Kosten im Gesundheitswesen zusammen setzen und was Qualität im Gesundheitswesen ausmacht.

Wir kommen zu Ihnen

09. 06. 2010 Restaurant Falknis, Balzers
17. 06. 2010 Rathaussaal, Vaduz
22. 06. 2010 Kleiner Saal, SAL, Schaan
06. 07. 2010 Restaurant Freihof, Mauren

Jeweils um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei – für Ihr leibliches Wohl ist gesorgt. www.gesundesliechtenstein.li

Im Kampf gegen rechte Gewalt

Wer zum ersten Mal ernsthaft mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontiert wird, ist meist überfordert. Deshalb soll eine Fachgruppe nun professionelles Coaching und Beratung bieten. Dies ist eine weitere Massnahme der Regierung im Kampf gegen rechte Gewalt.

Von Desirée Vogt



Dem Vormarsch von rechter Gewalt Einhalt gebieten: Nach einer Sensibilisierungskampagne hat die Regierung jetzt weitere Massnahmen gegen den Rechtsradikalismus ergriffen. Bild Archiv

Liechtenstein kämpft gegen den Rechtsextremismus: Mit den Brandanschlägen in Nendeln und der Verhaftung eines Verdächtigen hat das Thema in Liechtenstein mehr denn je an Aktualität gewonnen. Dies ist zwar nicht der Auslöser für die Massnahmen, die jetzt gegen rechte Gewalt getroffen werden. Dennoch hat der aktuelle Fall dafür gesorgt, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus einen wichtigen Stellenwert erhalten hat. Nach der Sensibilisierungskampagne «Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt» hat die Regierung gestern neue Massnahmen beschlossen. Zum einen hat sie ein Beratungskonzept verabschiedet. Zum anderen wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein Institut in Bendern geschlossen.

Ratsuchenden Unterstützung bieten

Künftig sollen Aussteiger aus der rechten Szene, Eltern von Szenenangehörigen, Arbeitgeber, Lehrpersonen und Sozialtätige die Möglichkeit erhalten, sich professionell beraten zu lassen. Dazu wird eine neue «Fachgruppe Rechtsextremismus» gebildet, die aus Fachleuten aus dem psychsozialen Bereich besteht. Den Vorsitz übernimmt Ludwig Frommelt vom Amt für Soziale Dienste.

«Wird jemand mit dem Thema konfrontiert, fühlt er bzw. sie sich meist unsicher. Und bis heute gab es keine fixe Anlaufstelle», erklärt Jules Hoch, Vorsitzender der Gewaltschutzkommission die Gründung der Fachgruppe. Das Beratungskonzept gehe davon aus, dass eine Gruppe von Leuten sich Fachwissen aneigne bzw. aufbaue und das Wissen im Sinne von Coaching weitergebe. «Zugunsten eines niederschwelligen Ansatzes wird bewusst auf die Schaffung einer speziellen Bereatungsstelle verzichtet», so Hoch weiter. Das bedeutet, dass Betroffene sich an eine Person ihres Vertrauens wenden sollen. Dieser wird dann seinerseits von der Fachgruppe gecoacht. Ein ähnliches Modell gibt es übrigens bereits im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen. Auch hier wurde eine Fachgruppe eingesetzt. Was den Aufbau des Fachwissens im Bereich Rechtsextremismus betreffe, so müsse sicher vorerst von einem Lernprozess gesprochen werden – auch was die Weitergabe und die Vermittlung des Wissens betrifft. Allerdings können laut Hoch bei Bedarf auch externe Experten beigezogen werden.

Jährliche Berichterstattung

Künftig soll sich auch das Liechtenstein Institut vermehrt mit dem Thema auseinandersetzen. Deshalb hat die Regierung vorerst für die Dauer von fünf Jahren eine Leistungsvereinbarung mit dem Institut abgeschlossen. Damit soll gewährleistet werden, dass eine regelmässige Berichterstattung und Dokumentation über relevante Themen und Vorfälle im Zusammenhang mit Rechtsextremismus durch eine unabhängige Einrichtung erfolgt. «Die jährliche Berichterstattung soll eine kontinuierliche Beurteilung der Rechtsextremismussituation in Liechtenstein ermöglichen, um rechtzeitig auf neue Entwicklungen reagieren zu können», schreibt die Regierung.

S-Bahn soll Rückgrat des öffentlichen Verkehrs werden



Informierten über die Arbeit des Vereins «Agglomeration Werdenberg–Liechtenstein»: Ewald Ospelt, Regierungsrätin Renate Müssner, Vereinspräsident Daniel Gut, Gregor Ott (vorne v. l.) und Ueli Strauss, Jacques Feiner, Donath Oehri, Rudolf Lippuner, Remo Looser, Stephan Erne (hinten v. l.).



Den Wohn- und Arbeitsraum mitgestalten: Das Thema Siedlungs- und Verkehrsentwicklung lockte gestern Abend viele interessierte Gemeinderäte und Landtagsabgeordnete in den Gemeindesaal Eschen. Bilder R. Schachenhofer

Was die Autobahn A13 für den Auto- und Lastwagenverkehr ist, soll die S-Bahn FL.A.CH von Feldkirch über Schaan und Buchs nach Sargans für den öffentlichen Verkehr werden – ein zentrales Element für die Erreichbarkeit der Region.

Von Richard Brunhart

Eschen. – Der Bewegungsraum der Menschen ist in den vergangenen Jahrzehnten enorm angewachsen. Moderne Verkehrsmittel erlauben, in der gleichen Zeit längere Wege zurückzulegen. Und diese Möglichkeit wird auch genutzt: Bereits 70 Prozent der erwerbstätigen Schweizer arbeiten nicht in ihrer Wohngemeinde. Die politischen Strukturen haben diese Entwicklung nicht in allen Bereichen mitgemacht – insbesondere in der Siedlungsentwicklung.

Da sich diese Strukturen nicht so rasch ändern werden, sind die Gemeinden angehalten, in der Siedlungs- und Verkehrspolitik zusammenzuarbeiten – auch grenzüberschreitend. Die Gemeinden Liechtensteins und Werdenbergs haben zu diesem Zweck vor einem guten halben Jahr den Verein «Agglomeration Werdenberg–Liechtenstein» gegründet. Wie wichtig diese Zusammenarbeit ist, um die Entwicklung zu optimieren und Fehlentwicklungen gegenzusteuern, wurde gestern an der ersten Informationskonferenz, die vor allem die Gemeinderäte ansprechen sollte, vielfach hervorgehoben.

Erreichbarkeit ist regionale Aufgabe

Regierungsrätin Renate Müssner erklärte, dass vor allem für ein Land wie Liechtenstein, in das viele Arbeitskräfte aus dem Ausland einpendeln, die Erreichbarkeit eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft ist. Doch alleine könne Liechtenstein dies nicht sicherstellen. Nur wenn die umliegenden Regionen über eine Verkehrsanbindung an die Metropolitanzentren – insbesondere Zürich, München oder Mailand – und internationale Flughäfen sicherstellen könnten, könne auch Liechtenstein von diesen Verbindungen profitieren und sich im internationalen Wettbewerb behaupten.

«Es liegt also im Interesse Werdenbergs und auch im Interesse Liechtensteins, uns zu koordinieren und mit einer Stimme nach aussen aufzutreten», sagte Müssner. Wenn beide gemeinsam sprechen, könnten sie in Bern mehr Gehör erhalten. Die Regierungsrätin erwartet, dass dieser Wechsel der Sichtweise im Bereich Raumentwicklung von innen nach aussen schwierig wird. Die aufgrund der Strukturen während langer Zeit eingeübte Sichtweise bricht jedoch langsam auf.

Der Hausherr Gregor Ott, Gemeindevorsteher von Eschen, erklärte, dass verschiedene Beispiele aus anderen Bereichen zeigen, wie erfolgreich die Zusammenarbeit in der Vergangenheit war – beispielsweise führte sie zum Bau der Dampfleitung von Buchs nach Schaan. Er ist zuversichtlich, dass auch im Agglomerationsprojekt eine erfolgreiche, konstruktive Zusammenarbeit gelingen wird.

Den öffentlichen Verkehr verbessern

Den Test aufs Exempel, wie weit bei den Gemeinderäten das Denken über den Tellerrand verbreitet ist, machte Remo Looser vom Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft. Er fragte die zahlreich erschienenen Gemeindevertreter, wer von ihnen die Petition zum Doppelspurausbau Buchs–Sargans bereits unterschrieben hat. Jene, die dies noch nicht getan haben, rief er dazu auf, dies nachzuholen. «Denn eines ist sicher: Liechtenstein profitiert erheblich, wenn diese Initiative in Bern Gehör findet und Erfolg hat», sagte Looser.

Zusammen mit der Verbindung von Feldkirch bis Buchs sollte diese S-Bahn das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Region bilden. Denn, wie Vereinspräsident Daniel Gut, Gemeindepräsident von Buchs, eines der Ergebnisse der bisherigen Arbeit festhielt, liegt das grösste Verbesserungspotenzial der Region in einer optimaleren grossräumigen Anbindung im Bereich öffentlicher Verkehr.

Standortqualität bietet Chancen

Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit im Detail stellte Stephan Erne vom Ingenieurunternehmen ewp AG vor. Als Stärken der Region bezeichnete Erne die intakten Naturräume – ein Standortfaktor, der immer mehr an Gewicht gewinne –, den kleinräumigen Verkehr mit relativ viel Binnenpendlern und die Autobahn A13 – ein leistungsfähiges Rückgrat für den motorisierten Individualverkehr. Ein Pendant im öffentlichen Verkehr fehlt jedoch, was als eine der Schwächen ausgemacht wurde. Zudem gebe es Engpässe im grenzüberschreitenden Verkehr und die Siedlungsdichte sei gering.

Wächst die Anzahl Arbeitsplätze in der Region weiter an, drohen Verkehrsüberlastung und Attraktivitätsverluste von Zentren. Zudem könnte das Problem der Zersiedelung verschärft werden, was eine geringere Dichte des öffentlichen Verkehrs zur Folge hätte. Diese würde ihrerseits zu mehr Stauereignissen führen, was die Zentren noch weniger attraktiv macht und die Zersiedelung weiter antreibt – ein Teufelskreis. Ausserdem ist diese Entwicklung nicht nachhaltig.

Insbesondere mit einem Rückgrat S-Bahn soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Bei einem gut ausgearbeiteten Konzept könnten dazu auch Bundesmittel über die Grenze fliessen, hielt Ueli Strauss vom Amt für Raumentwicklung und Geoinformation St. Gallen fest. An der S-Bahn sollten sich neben dem Verkehr auch weitere Teilstrategien orientieren. Unter anderem ist eine Ansiedelung von Gewerbe- und Industriestandorten an der S-Bahn erwünscht. Zudem sollten regionale Zentren dichter werden, sodass kurze Wege vorherrschen und viel Verkehr vermieden werden kann. Nicht vermeidbarer Verkehr sollte möglichst auf öffentlichen Verkehr verlagert oder verträglich gestaltet werden.

Natur und Technik in Malbun

Schon zum achten Mal findet zurzeit das Computercamp in Malbun statt. Das Konzept, Kindern sowohl Computer als auch die Natur nahezubringen, ist ein voller Erfolg.



Volle Konzentration: Die Kinder des Computercamps in Malbun sind ganz bei der Sache. Bild Elma Korac

Nur das eifrige Klicken der Computertastaturen ist im eigens fürs Camp eingerichteten Computerraum im Alpenhotel Malbun zu hören. Die Kinder sind offensichtlich mit Begeisterung bei der Sache. 14 Jungen und Mädchen im Alter von 8 bis 15 Jahren geniessen diese Woche das abwechslungsreiche Programm des Camps, und auch die nächste Woche ist schon ausgebucht.

Bewegung kommt nicht zu kurz

Wer sich unter einem Computercamp eine eher träge Sache vorstellt, bei der die Kinder den ganzen Tag vor dem PC sitzen, liegt falsch. Dem Initiator David Gerstel ist es wichtig, den Kindern sowohl die Grundkenntnisse am Computer beizubringen als auch viele sportliche Aktivitäten mit ihnen in der prächtigen Bergkulisse von Malbun zu unternehmen. So werden die Kinder jeweils morgens in zwei Gruppen eingeteilt, Anfänger und Fortgeschrittene, um alles mögliche rund um den PC zu lernen, von nützlichen Tastenkombinationen, Internet und E-Mail über die Programmierung eines Roboters auf dem Bildschirm bis zur Erstellung einer eigenen Homepage. Sogar ihr eigenes Geld haben die Kinder entworfen. Für ihre eigene «Malbuner» Währung haben sie Einer-, Zweier- und Fünfernoten kreiert, auf denen sie selbst beim Bogenschiessen oder vor den Computern zu sehen sind und mit denen sie in den Malbuner Geschäften tatsächlich bezahlen können.

Am Nachmittag dann geht es nach draussen in die Natur, wo verschiedenste Aktivitäten wie Tennis, Fussball und Hockey ausgeübt werden. Auch das Absolvieren eines Bogenschiessparcours, einer Klettertour und ein Orientierungslauf mit GPS-Geräten stehen auf dem Programm. Für schlechtes Wetter sind die Organisatoren ebenfalls bestens gerüstet; im hoteleigenen Schwimmbad kann geplantscht werden, daneben steht ein Tischfussballkasten.

Die Idee des Camps ist es, den Kindern auf der einen Seite die neue Technik und die verschiedenen Möglichkeiten des Computers näherzubringen, aber zum andern auch mit ihnen nach dem Unterricht am Morgen raus in die Natur zu gehen, wo sie sich so richig austoben und spannende neue Dinge kennenlernen können, wie zum Beispiel die Flugshow der Falknerei Galina. «Die Leitidee und der Ablauf haben sich bewährt», erzählt David Gerstel. Daher wurde das Konzept der letzten Jahre auch weitgehend beibehalten.

Die Kinder sind begeistert

Den Kindern macht das Camp sichtlich Spass. Die meisten kommen aus Liechtenstein, aber auch aus Basel und Österreich sind Kinder dabei. Ein Junge ist sogar extra aus Colorado angereist, um die Ferien in der Heimat seiner Mutter zu verbringen. Fünf Leiter betreuen die 14 Kinder, so ist gewährleistet, dass niemand zu kurz kommt.

Dass viele Kinder schon mehrmals dabei waren, beweist, wie viel Spass ihnen das Camp macht. So zum Beispiel der zehnjährige Dominik, der das Camp zum zweiten Mal besucht und der am liebsten seinen Roboter auf dem Computer programmiert. Auch die ebenfalls zehnjährige Gina erzählt, dass sie die Zeit im Camp am liebsten vor dem Computer verbringt.

Als es jedoch heisst, «Regenjacke und gute Schuhe anziehen, wir gehen nach draussen», springen die Kinder von ihren Stühlen auf und stürmen in ihre Zimmer, um für die anstehende Olympiade, bei der sie sich unter anderem im Rodeln auf der Wiese und im Hockey messen können, gerüstet zu sein. Die Taktik der Leiter geht also auf; am Morgen wird spielerisch gelernt und am Nachmittag steht sportlicher Spass auf dem Programm, auf den sich die Kinder nach dem langen Sitzen sichtlich freuen. *(ah)*

Korrigenda

Schaan. – Die Bauarbeiten, derentwegen die Bendererstrasse vom Restaurant Central bis zur Specki gesperrt sind, werden nicht, wie gestern auf Seite 1 irrtümlich berichtet, sechs, sondern nur zwei Wochen dauern, wie Philipp Patsch, der zuständige Projektleiter beim Tiefbauamt, bestätigte. Ausserdem legen die Anwohner Wert auf die Feststellung, dass während der gesamten Bauzeit die Zufahrt zum Parkplatz des Restaurants Central gewährleistet bleibt.

Vaterland

Serie: Persönlichkeiten, die Liechtenstein prägten



Maria Grabher-Meyer, geb. Kaufmann (1898-1969), ist in Schaan aufgewachsen und in Feldkirch verstorben. Sie war eine bekannte Heimatdichterin und beschrieb ihre Jugend in «Dorf meiner Kindheit».

Mehr über ihr Lebenswerk: Dienstag, 13. Juli 2010, im «Liechtensteiner Vaterland»

Auftritt des LED in Bern

Der LED durfte letzte Woche zusammen mit der DEZA die fünfte Jahrestagung der Social Performance Task Force eröffnen. 200 Fachleute aus rund 50 Ländern kamen für mehrere Tage zusammen.



Fünfte Jahrestagung: Ein Teil der Fachleute, die sich in Bern getroffen haben, um die soziale Seite von Microfinance vorwärtszubringen. Bild pd

Ziel dieses Gremiums ist die Stärkung der sozialen Wirkung von Microfinance durch mehr Transparenz und besseres Management. Die Kommerzialisierung von Microfinance wird von der Entwicklungszusammenarbeit mit zunehmender Sorge betrachtet.

Mit über 650 Mitgliedern aus allen Bereichen von Microfinance, d. h. Microfinance-Institutionen, Netzwerke, Entwicklungsorganisationen, Ratingagenturen, Investoren und Geber ist die Social Performance Task Force das weltweit führende Gremium dieser Branche. Sie setzt die Standards. Der LED arbeitet seit drei Jahren mit, weil er will, dass Microfinance eine gute Sache für die Armen bleibt und Etikettenschwindel vermieden wird. Wer in Microfinance investiert, sucht neben der finanziellen Rendite auch einen sozialen Nutzen. Doch dieser stellt sich nicht automatisch ein. Er muss gemanagt und gemessen werden. Es geht um doppelte Transparenz:

Transparenz für Kunden

Örtliche «Kleinbanken» für Arme können gewinnbringend betrieben werden. Das ist eine gute Nachricht. Es gibt aber auch Akteure, denen es nur um Profit geht – auch auf Kosten der Armen. Man muss also sichtbar machen, welcher Microfinance-Anbieter welchen sozialen Nutzen oder Schaden für die Kunden bringt. Der LED unterstützt die (Weiter-)Entwicklung von Instrumenten, mit denen die soziale Wirkung der Microfinance-Institute gemessen werden kann.

Transparenz für Anleger

Wer für Investments in Microfinance mit der Behauptung wirbt, Arme würden davon profitieren, der steht in der Beweispflicht. Sonst verliert er die Glaubwürdigkeit. Für Anleger ist es schwer, einen Überblick zu gewinnen, welcher Fond wie sozial ist. Die Eigenschaftswörter «nachhaltig», «sozial» und «ethisch» täuschen zu oft darüber hinweg, dass die finanzielle Rendite im Vordergrund steht. Der LED unterstützt die Entwicklung von Audits über die sozialen Aspekte solcher Fonds. Er verfolgt mit Interesse die ersten Pilotversuche, Microfinance-Fonds auf ihre finanzielle, aber auch soziale Leistungsfähigkeit hin zu bewerten.

Wahrnehmung des Engagements

Die Microfinance Initiative Liechtenstein (MIL) durfte sich neben der DEZA als Mit-Gastgeberin dieser wichtigen Jahrestagung präsentieren. Die Gastgeberrolle und die gezielte Unterstützung von wegweisenden Projekten durch den LED bescheren der MIL Bekanntheit und Anerkennung.

Genaueres über die vielfältigen Aktivitäten des LED und der MIL für Microfinance ist im «Blickwechsel» vom September 2010 zu lesen. Er kann beim LED kostenlos abonniert werden. *(pd)*

AUS DER REGION

Aldrovandi wieder in der Region

Mario Aldrovandi, der ehemalige Intendant von Radio L, ist wieder in der Region tätig. Momentan hilft er einer Medienmitteilung zufolge der Redaktion von Tele Ostschweiz, sich weiterzuentwickeln. André Moesch, Leiter elektronische Medien der St. Galler Tagblatt AG, wünscht sich von der TVO-Redaktion, dass sie wieder vermehrt eigene Themen aufgreife und «weniger von Medienkonferenzen berichtet wird». Dafür werden die Fernsehreporter momentan von Ex-SF-Mann Mario Aldrovandi intern weitergebildet, heisst es.

Aldrovandi ist in Liechtenstein bekannt, weil er im März 2005 nach zehn Monaten bei Radio L fristlos entlassen wurde. Wegen angeblich gestohlener Daten wurde Aldrovandi angeklagt, vom Gericht jedoch freigesprochen. Zuletzt war er im Raum Zürich tätig. *(jak)*

Diebstahl von Maschinen

In den vergangenen Tagen wurden in Triesenberg verschiedene Maschinen gestohlen. Im Zeitraum von Freitag bis Dienstag wurden eine Kettensäge sowie ein Kleidungsstück aus einem Container entwendet. Im ähnlichen Zeitraum wurden ab einer Baustelle im Zentrum von Triesenberg eine mittels

FÜR IHRE SICHERHEIT:
sauter
sicherheit mit system
TEL. +423 237 57 37 | WWW.SAUTER.LI

Drahtseil und Schloss gesicherte Montageeinheit sowie Nägel gestohlen. Es entstand insgesamt ein Schaden von mehreren Hundert Franken. *(lpfl)*

Der Pass spielt meist keine Rolle

St. Gallen/Vaduz. – In Meldungen der St. Galler Polizei und der Justizbehörden soll zukünftig die Staatsangehörigkeit von Tätern genannt werden. Das fordert das Volksbegehren «Sicherheit durch Transparenz». Bei Tätern und Tatverdächtigen, die eingebürgert sind, soll zudem deren ursprüngliche Staatsangehörigkeit genannt werden, wird verlangt.

In Liechtenstein gibt die Polizei die Staatsangehörigkeit von Verdächtigen oder Tätern grundsätzlich nicht bekannt, erklärt Tina Enz, Mediensprecherin der Landespolizei. In speziellen Fällen könne die Polizei die Staatsangehörigkeit aber kommunizieren. So gaben die Behörden im Falle der Brandanschläge in Bendern, die auf Ausländer zielten, bekannt, dass ein Liechtensteiner aus der rechten Szene verhaftet worden war. Die Staatsangehörigkeit des mutmasslichen Täters erhalte in diesem Fall eine andere Gewichtung, hält Enz fest.

Die St. Galler Regierung empfiehlt dem Kantonsrat, die Initiative abzulehnen. Bereits heute macht die St. Galler Kantonspolizei bei schweren Delikten Angaben zur Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen. Die Regierung will nun im kantonalen Polizeigesetz eine Rechtsgrundlage für die Informationstätigkeit der Polizei schaffen. Die Polizei soll den Spielraum haben, um jene Informationen bekannt zu machen, die im konkreten Fall verfügbar und angemessen sind. *(sda/rb)*



Liechtensteiner

VOLKSBLATT

GROSSAUFLAGE

DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN

ROLEX

HUBER UHREN SCHMUCK

T +423 237 1414

Mit amtlichen Publikationen | 00423 237 51 51 | AZ 9494 SCHAAN | Donnerstag, 8. Juli 2010



Regierung bremst bei ALV
Inland / 3



Autohaus wird Ende des Jahres eröffnet
Inland / 7



Die neue Brasil-Connection beim FC Vaduz
Sport / 19

NEWSMIX

Gewissheit: Rechte Flugblätter von Rechtsradikalen verteilt

VADUZ – Im Zuge der Ermittlungen zu den Brandanschlägen in Nendeln konnte ein weiterer «Ermittlungserfolg» erzielt werden. Wie die Landespolizei mitteilte, wurde festgestellt, dass die Flugblätter in den Jahren 2006, 2007 und 2009 (u. a. von der «Völkischen Erneuerungsbewegung») von Angehörigen der rechten Szene verbreitet wurden. Die Folge: Zehn Rechtsradikale werden aufgrund des Fehlens eines Impressums angezeigt. Einer der Beteiligten sitze derzeit aufgrund der Brandanschläge in U-Haft. Nicht ermittelt werden konnte die Urheberschaft der Flugblätter. «Diese wird aber ebenfalls in der rechten Szene vermutet.» (red/lpfl)

Einbruch: Hoher Sachschaden

BALZERS – Eine unbekannte Täterschaft war in der Nacht auf Mittwoch in Balzers auf Diebestour: Die Täterschaft brach zwischen 3 bis 6.15 Uhr in das Vereinshaus des Schrebergartenvereins, das Tennishaus sowie die Sportanlage ein. Dabei zerstörte sie in allen Fällen Fenster und Türen, teilweise mit einer Axt. Etliche Gegenstände wie Spiegel, Lampen, Bewegungsmelder wurden zerstört und Verkaufsgegenstände wie Tennisschläger entwendet. Es entstand ein Sach- sowie Vermögensschaden von mehreren Tausend Franken. Die Landespolizei bittet um Hinweise aus der Bevölkerung. (red/lpfl)

INHALT

Inland	2–9	Kultur	25–29
Ausland	10	Kino/Wetter	30
Wirtschaft	11–16	TV	31
Sport	17–20	International	32

www.volksblatt.li

9 771812 601006 40027

Fr. 2.00 | Tel. +423/237 51 51

133. JAHRGANG, NR. 151 | Verbund Südostschweiz

ANZEIGE



Reformkurs korrigiert

Kehrtwende bei Sportschule: Bildungsminister nun auf FBP-Linie

VADUZ – Rund 15 Monate nach dem negativen Volksentscheid zu SPES I hat die Regierung erste Weichen für eine Sekundarschulreform gestellt. Die Pläne klingen vielversprechend.

• Michael Benvenuti

Eine gross angelegte Umfrage, strukturierte Gespräche mit SPES-Befürwortern und -Gegnern und zuletzt eine Grossgruppenkonferenz: Dass die Regierung nach dem Nein der Bevölkerung zu SPES I überhastet gehandelt hat, kann man ihr nun wirklich nicht vorwerfen.

Gestern, rund 15 Monate nach der Volksabstimmung, präsentierte Bildungsminister Hugo Quaderer erste nennenswerte Pläne für die Sekundarstufe 1. So soll etwa die Sportschule im Schulgesetz verankert, die Autonomie der einzelnen Schulen ausgeweitet und ein zweiter Selektionszeitpunkt nach der 8. Schulstufe eingeführt werden. Bei der Volksbefragung und den weiteren Gesprächen hätten sich diese Punkte als «relativ unbestritten» herauskristallisiert und könnten daher einer Umsetzung zugeführt werden, erklärte Quaderer vor den Medien.

Zuerst dagegen, jetzt dafür

Ganz neu sind diese Pläne, die Quaderer laut Regierungsentscheid bis 20. September in die Vernehmlassung schicken soll, aber nicht. Eine gesetzliche Verankerung der Sportschule hatte die FBP bereits im Mai-Landtag 2009 gefordert. Der VU-Fraktionsblock lehnte diesen Antrag allerdings ab und verlängerte stattdessen den Schulversuch um weitere drei Jahre. Mehr Autonomie für die Schulen und eine spätere Selektion, die zu einer höheren Durchlässigkeit zwischen den Schultypen führen soll, werden ebenfalls seit Jahren von verschiedensten Bildungsexperten gefordert.

Parallel zur Vernehmlassung soll zudem ein separates Projekt gestartet werden, dass sich Reformvorschlägen, bei denen die Meinungen noch weit auseinandergehen, widmen wird. Denn für die Umsetzung gewisser Ideen, wie etwa Bildungsfinanzierung, weitergehende Autonomie, Elternmitsprache oder Verselbstständigung der Schulen, «ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt», hielt Quaderer fest. Dies müsse noch eingehender diskutiert werden.

Kommentar und Seite 3

www.volksblatt.li



FOTO REUTERS

Spanien hat mit einem verdienten 1:0 (0:0) gegen Deutschland das Endspiel der Fussball-Weltmeisterschaft erreicht und trifft dort am Sonntag auf die Niederlande. **Seite 17 und 18**



Kommentar

mbenvenuti@volksblatt.li

Erinnern Sie sich noch an den Mai-Landtag 2009? Damals hatte die FBP-Fraktion die gesetzliche Verankerung der Sportschule gefordert, um Schülern, Eltern und Lehrpersonen Planungssicherheit zu bieten. Doch der VU-Block schmetterte den FBP-Antrag ab und verlängerte stattdessen den Schulversuch um weitere drei Jahre.

Spät, aber doch

Mehr als 13 Monate, eine Umfrage, strukturelle Bildungsgespräche und eine Grossgruppenmoderation später hat Bildungsminister Hugo Quaderer nun «seine» Lösung präsentiert: Die Sportschule soll gesetzlich verankert werden!

Erinnern Sie sich noch an die Landtagssitzung vergangene Woche? Die FBP hatte einen Bericht über die Schulhaus- und Schulraumplanung gefordert. Doch die VU-Fraktion lehnte das Postulat als «kontraproduktiv» ab.

Gestern, also nur acht Tage später, präsentierte Bildungsminister Hugo Quaderer nun «seine» Lösung: Im Rahmen des jährlichen Hochbautenberichts soll es künftig auch eine detaillierte Schulhaus- und Schulraumplanung geben!

Die VU betreibt hier ein allzu durchsichtiges Spiel: Zuerst wird der offenbar zielführende Vorschlag des Regierungspartners abgewürgt, um dann zu versuchen, eben diesen Vorschlag später als eigene tolle Idee zu verkaufen.

Eine verantwortungsvolle, respektvolle und faire Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner sieht freilich anders aus. *Michael Benvenuti*

Kantone fordern EU-Abkommen

Bilateraler Weg soll mit Rahmenabkommen verbunden werden

BERN – Die Idee eines Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU erhält neuen Schub. Nun fordern auch die Kantonsregierungen eine solche Vereinbarung, welche die Zusammenarbeit mit der EU grundsätzlich regeln soll.

Der bilaterale Weg müsse «kurz- und mittelfristig» mit einem Rahmenabkommen verbunden werden, verlangt die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Die Kantonsregierungen informierten am gestrigen Mittwoch in Bern über ihre Haltung zu Europa-Fragen. Ein revidiertes Papier dazu hatten sie Ende Juni verabschiedet.

Das geforderte Abkommen solle institutionelle Fragen klären, hält die KdK fest. Wenn die EU verlange, dass die Schweiz EU-Recht automatisch übernehme, müsse dafür ein Mechanismus verankert werden. Es gehe nicht an, dass solche Fragen für jedes Dossier neu verhandelt werden müssten.

Mitsprache der Kantone im Abkommen sichern

Zudem müsste das Abkommen die Mitsprache der Kantone sichern, heisst es weiter. Dafür stellen sie sich einen Gemischten Ausschuss vor, in dem sie auch vertreten wären. Auch in der Schweiz verlangen sie eine besser verankerte Mitwirkung in der Europapolitik. Was sich genau ändern soll, wollen die Kantone noch diskutieren.

Bilateralen Weg weitergehen

Nichts ändern soll ein allfälliges Rahmenabkommen laut KdK aber an den bestehenden bilateralen Verträgen, die sich aus ihrer Sicht bewährt haben. Der Umsetzung dieser Abkommen räumen die Kantone denn auch die vorerst höchste Priorität ein. (red/sda)

Ermittlungen bis ins 19. Jahrhundert

DORNBIRN – Die Testamentsfälschungsaffäre am Bezirksgericht Dornbirn nimmt immer grössere Dimensionen an. In einigen der über 20 Verdachtsfälle reichten die Ermittlungen bis ins 19. Jahrhundert zurück, um so die Geschädigten feststellen zu können, erklärte Heinz Rusch, Sprecher der Staatsanwaltschaft Feldkirch. Die Ermittler sehen sich einem riesigen Aktenberg gegenüber. Die Untersuchungen werden voraussichtlich bis mindestens Ende dieses Jahres dauern, so Rusch. (red)

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
DONNERSTAG, 8. JULI 2010 | NR. 151 | CHF 1.80



INLAND

Die Gemeinde Schellenberg will eine Obstbaumwiese realisieren.

SEITE 3



SPORT

Spanien besiegt Deutschland und trifft im Finale auf Holland.

FUSSBALL-WM SEITEN 15 BIS 18

Lett
Restaurant · Bar · Vinothek
Lett AG, Lettstrasse 3, Vaduz
Tel 00423 232 50 52, info@lett.li
WWW.LETT.LI

Zusammenhalt stärken

Vaduz. – Afghanistan ist in den vergangenen Jahren zu einem der Schwerpunktländer der liechtensteinischen Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) geworden. Gestern wurden zwei von Liechtenstein unterstützte Projekte näher vorgestellt. *(rb)*

SEITE 5

Sicher mit dem Auto in die Ferien

Ferienzeit heisst auch Reisezeit. Gerade die Ferienreise mit dem Auto erfreut sich grosser Beliebtheit, doch wer sicher ans Reiseziel und wieder zurück gelangen möchte, sollte sein Auto vorher einem gründlichen Check unterziehen. Dabei werden Reifen, Bremsen, Motorenöl, Scheibenwischer und Klimaanlage sowie Kühlflüssigkeits- und Scheibenwaschmittelniveau kontrolliert. *(ah)*

SEITE 10

Politprovokateur verstorben

Berlin/Frankfurt. – Der Alt-68er Fritz Teufel ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Dies bestätigte seine Freundin Helene Lollo. Der Mitbegründer der legendären Berliner Kommune 1 litt seit Jahren an Parkinson und starb am Dienstag in einer Pflegeeinrichtung. «Er war schwer krank», sagte die Freundin. Teufel war ab Ende der 60er-Jahre bekannt für seine provozierenden Polit-Aktionen und Vorbild der Sponti-Bewegung. Er verbüsste diverse Haftstrafen, unter anderem als Mitglied der terroristischen Bewegung 2. Juni. *(sda)*

Reformen kommen gut voran

Nach dem knappen Volksnein zu SPES I im vergangenen März verlangten alle Beteiligten einen neuen, breiten und ergebnisoffenen Reformprozess für die Sekundarstufe I. Nun liegen erste konkrete Resultate vor.

Von Heribert Beck

«Die Regierung und das Ressort Bildung haben sich des Reformprozesses auf der Sekundarstufe I seit dem vergangenen März sehr sorgfältig und behutsam angenommen», sagte Bildungsminister Hugo Quaderer am gestrigen Mediengespräch der Regierung. So wurde eine Umfrage in der Bevölkerung in Auftrag gegeben, strukturierte Bildungsgespräche mit einem breiten Kreis von Interessenvertretern geführt und eine Grossgruppenmoderation mit über 100 Teilnehmern abgehalten. «Am Dienstag hat die Regierung nun das weitere Vorgehen festgelegt», so Regierungsrat Quaderer.

Drei Ebenen, ein gemeinsames Ziel

Das Ziel einer bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler wird gleich auf drei Ebenen verfolgt. Die erste Ebene bezieht sich auf die Schulen selbst beziehungsweise auf Richtlinien und Verordnungen, die von Regierung oder Schulamt direkt umgesetzt werden können. Diesbezüglich wurde direkt nach der Volksabstimmung im vergangenen Frühjahr angesetzt.

Diese Ebene beinhaltet beispielsweise Massnahmen wie einen flexibleren Übertritt von der Sekundarstufe I ins Berufsleben. «Wir haben den Schulen mehr Freiräume gegeben, wenn es darum geht, individuell auf Schüler einzugehen, die vielleicht noch Defizite in Bezug auf ihren Wunschberuf vorweisen», sagte Hugo Quaderer. Ausserdem sei für eine stärkere Verzahnung zwischen Wirtschaft und angehenden Lehrlingen gesorgt worden, damit beide Seiten genauer wissen, was sie erwartet.

Gesetzesgrundlage für Sportschule

Bei der zweiten Ebene handelt es sich um den Gesetzgebungsprozess. «Das Ressort Bildung wurde beauftragt, bis Mitte September einen Vernehmlassungsbericht auszuarbeiten, damit der Landtag im März kommenden Jahres die erste Lesung durchführen kann», sagte Hugo Quaderer. Dieser Bericht betreffe diejenigen Punkte, die sich in Umfrage, Gesprächen und Grossgruppenmoderation als relativ unstrittig herauskristallisiert hatten.

So herrsche beispielsweise ein breiter Konsens, dass die Sportschule langfristig nicht mehr nur auf Basis eines Schulversuchs geführt werden soll. «Eine entsprechende Grundlage im Gesetz soll aber so allgemein gehalten werden, dass die Möglichkeit zur Profilbildung auch anderen Schulen offensteht, sofern ihr Konzept zu überzeugen vermag.»

Weiter soll der Vernehmlassungsbericht die Ausweitung der Autonomie der einzelnen Schulstandorte beinhalten und sich mit einem zweiten Selektionszeitpunkt am Ende der achten Schulstufe befassen. «Ausserdem geht es um die Übertragung von Kompetenzen vom Schulamt hin zu den Schulen und es wird rechtlich verbindlich festgelegt, dass alle Schulen öffentlich über ihre Tätigkeit Bericht erstatten müssen.»

Teils weitere Diskussionen nötig

Naturgemäss gibt es in einem umfangreichen Reformprozess aber auch Punkte, in denen nicht ohne Weiteres ein Konsens zwischen allen Beteiligten erzielt werden kann. Daher wird parallel zur Vernehmlassung ein separates Projekt gestartet. Darin werden in einem breiten Diskurs Grundlagen erarbeitet, auf welche Weise mit Bereichen wie der weitergehenden Autonomisierung bis hin zur Verselbstständigung von Schulen oder der Elternmitsprache verfahren werden soll.

Aber das beste Schulsystem nützt wenig ohne die geeigneten Räumlichkeiten. Neben der Reformpolitik standen daher gestern auch Informationen über die Schulbauten auf der Tagesordnung der Pressekonferenz.

SEITE 7



Bildungsminister Hugo Quaderer zu den nächsten Reformschritten: «Das Ressort Bildung wurde beauftragt, bis Mitte September einen Vernehmlassungsbericht auszuarbeiten.» Bild Elma Korac

Flugblätter stammen aus rechter Szene

Die Landespolizei konnte im Zuge der Ermittlungen zu den Brandanschlägen in Nendeln ermitteln, wer die anonymen Flugblätter in den Jahren 2006, 2007 und 2009 verteilt hat. Dabei handelt es sich um Angehörige der rechten Szene.

Von Desirée Vogt

Der Landespolizei ist ein weiterer wichtiger Ermittlungserfolg gelungen. Sie weiss, wer die anonymen Flugblätter mit ausländerkritischem Inhalt verteilt hat. Zehn rechtsradikale Personen werden nun angezeigt: Und zwar nicht, weil ihre Aussagen gegen das Anti-Rassismusgesetz verstossen, wie schon im vergangenen Jahr festgestellt werden musste. Aber wegen des Fehlens eines Impressums werden sie immerhin bei der Regierung nach dem Mediengesetz angezeigt. Nicht bewiesen werden kann, ob es sich bei den Verteilern gleichzeitig auch um die Verfasser der Flugblätter handelt. «Das können wir nicht beweisen. Die Urheberschaft wird allerdings ebenfalls in der rechten Szene vermutet», so Tina Enz, Sprecherin der Landespolizei.

Wie die Polizei den «Verteilern» auf die Spur gekommen ist, kann sie aus ermittlungstaktischen Gründen nicht sagen. Da sich dieser Erfolg aber im Zuge der Ermittlungen zu den Brandanschlägen eingestellt hat, liegt es nahe, dass der seit Mai in U-Haft befindliche 22-jährige Liechtensteiner «geplaudert» bzw. weitere Geständnisse abgelegt hat. Dies will Tina Enz weder bestätigen noch dementieren. Dennoch spricht alles dafür, denn der 22-Jährige war selbst bei der Verteilung der Flugblätter dabei.

Hintergedanken scheinen klar

In den Flugblättern, die in den Jahren 2006, 2007 und 2009 in verschiedenen Gemeinden verteilt wurden, beklagen die Verfasser den «Verfall der natürlichen Identitätskette Familie, Sippe, Stamm, Volk». Die Urheberschaft ruft dazu auf, sich auf «traditionelle Werte und Strukturen» zu besinnen um eine «bessere Zukunft für unsere Kinder, unser Volk und schliesslich unsere Nation» zu gestalten. Sie prangern eine «fehlende Heimatkunde und Traditionsbewusstsein» und fordern eine «Förderung der eigenen Art», und einen «generellen Einwanderungsstopp» ein. Zwar formulieren die Verfasser vorsichtig, die verfolgten Hintergedanken scheinen aber doch klar.



Die Verteiler sind bekannt: Die Flugblätter wurden von Angehörigen der rechten Szene verbreitet. Bild Archiv

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–10
Ausland	12
TV-Programm	13
Boulevard	14
Sport	15–20
Cinema	21
Kultur	23
Wirtschaft	25–27
Die Letzte	28

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 40027

U-Haft erneut verlängert

Vaduz. – Der 22-jährige Liechtensteiner, der die Brandanschläge in Nendeln begangen haben soll, verbleibt für mindestens zwei weitere Monate in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft hat die U-Haft in der Verhandlung vom 7. Juli um zwei weitere Monate verlängert, wie der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner mitteilt. Der 22-Jährige war auch bei der Verteilung von anonymen Flugblättern mit ausländerkritischem Inhalt beteiligt, wie die Polizei am 7. Juli mitteilte. *(dv)*

Tödlicher Arbeitsunfall

Steg. – Zu einem Arbeitsunfall mit tödlichem Ausgang kam es am Donnerstagmorgen in Grosssteg. Ein Chauffeur war mit dem Abladen von Holzfertigelementen für ein Haus beschäftigt. Beim Lösen der Spannsets, mit welchen die Elemente befestigt waren, lösten sich zwei solche von der Ladefläche und fielen auf den Mann. Der 39-jährige Mann zog sich schwere Kopfverletzungen zu und verstarb noch an der Unfallstelle. *(lpfl)*

Gefährliche Auto-Manöver

Vaduz. – Aufgrund des WM-Halbfinales von Mittwochabend ging es nach dem Spiel auf den Strassen im Vaduzer Städtle rund. Auf der Aeulestrasse kam es zu einem Autokorso mit vielen hupenden Fahrzeugen und einigen gefährlichen Manövern in bzw. auf den Autos. So mussten regelmässig Personen beobachtet werden, welche sich mit dem ganzen Oberkörper aus den Autofenstern lehnten oder gar auf dem Autodach sassen. Solche Handlungen sind verboten und können bei einem Unfall für einen selbst sowie andere Verkehrsteilnehmer sehr gefährlich werden. Die Landespolizei wird auch bei den beiden Finalspielen vom Wochenende vor Ort sein und solche Manöver ahnden. (*lpfl*)

Kind von PKW erfasst

Schaan. – Am Mittwochabend kam es in Schaan zu einem Verkehrsunfall mit einem Kind. Ein Personenwagenlenker fuhr gegen 20 Uhr auf der Hauptstrasse Im Bretscha, als plötzlich ein Kind auf die Strasse sprang. Der 8-jährige Junge, welcher einem Ball nachrannte, wurde trotz Vollbremsung des Lenkers auf die Motorhaube und schliesslich auf die Strasse geschleudert. Der Junge erlitt diverse Schürfungen sowie Prellungen. (*lpfl*)

Zwei Kletterer verletzt

Bregenz. – Zwei Bergsteiger im Alter von 51 und 37 Jahren sind am Mittwoch in Vandans in Vorarlberg durch Steinschlag verletzt worden. Die Männer mussten mit einem Helikopter geborgen und in ein Spital geflogen werden, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Beide Männer erlitten Rissquetschwunden, der ältere der beiden Kletterer zudem eine Gehirnerschütterung. Die Bergsportler waren auf einer Kletterroute auf den Saulakopf unterwegs, als sie unvermittelt von herunterfallenden Felsbrocken getroffen wurden. *(sda)*

Asylpolitik im Fokus

Die bilaterale Zusammenarbeit im Asylwesen funktioniert bestens – und so soll es auch bleiben. Dies bekräftigten die Schweizer Bundesrätin Widmer-Schlumpf und Liechtensteins Innenminister Hugo Quaderer bei ihrem gestrigen Treffen.

Von Heribert Beck



Informieren über ihr Arbeitsgespräch: Barbara Janom Steiner, Justiz- und Sicherheitsministerin des Kantons Graubünden, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Innenminister Hugo Quaderer und Karin Keller-Sutter, Justiz- und Sicherheitsministerin des Kantons St. Gallen (v. l.). Bilder pafl/Brigitt Risch

Vaduz. – «Wir haben uns intesiv über die Asylsituation und die Asylwelle im vergangenen Herbst unterhalten», sagte Innenminister Hugo Quaderer gestern vor den Medien. Vorausgegangen war ein Arbeitsgespräch mit der Schweizer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, der St. Galler Justiz- und Sicherheitsministerin Karin Keller-Sutter und ihrer Bündner Amtskollegin Barbara Janom Steiner.

Schweizer Hilfe hat sich bewährt

«Unser Gespräch verlief in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre und ich konnte mich im Namen der Liechtensteiner Regierung herzlich für die gute Zusammenarbeit über die Jahre hinweg bedanken», so Regierungsrat Quaderer. Ohne die Unterstützung der Schweiz wäre es nicht möglich gewesen, die grosse Zahl von Asylanträgen im vergangenen Jahr so reibungslos abzuwickeln. «Wir haben einmal mehr festgestellt, dass das Rückübernahmeabkommen das richtige Mittel bei der Behandlung der Gesuche ist», sagte Hugo Quaderer. Er sei froh, dass zwischen ihm und den Schweizer Politikerinnen Einverständnis darüber herrsche, dass dieses Instrument auch in Zukunft angewandt werden soll.

Ausdrücklich gelobt hat Regierungsrat Quaderer an der gestrigen Medienorientierung auch die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Grenzwachtkorps. «Nicht zuletzt dank der Unterstützung der Grenzwache ist es uns gelungen, der Situation im Asylbereich wieder Herr zu werden.»

Bilaterale Zusammenarbeit bekräftigt

Neben dem Schwerpunktthema Asyl und den aktuellen gesetzlichen Revisionsbestrebungen im Asylbereich diskutierten die Minister weitere relevante Aspekte des Ausländerrechts. So unter anderem den neuen Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich des Visumverfahrens, der Einreise und des Aufenthalts sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum. Dieser Rahmenvertrag regelt die gängigsten Aspekte des Migrationsrechts und dient als Grundlage für die Ausgestaltung der künftigen bilateralen Zusammenarbeit.

Weitere Gesprächsthemen stellten insbesondere das künftige Vorgehen beim Abschluss von Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen und die Bedürfnisse der Region in Bezug auf die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung dar. «Wir wurden von Wirtschaftstreibenden vermehrt darauf hingewiesen, dass sich in der Praxis Probleme ergeben. Daher haben wir uns darauf verständigt, diesbezüglich in Kontakt zu bleiben und gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Gerade auch mit den Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden», so Regierungsrat Quaderer.

In den Startlöchern für Schengen

Pragmatische Lösungen hätten Liechtenstein und die Schweiz auch in Zusammenhang mit der Schweizer Schengen-Mitgliedschaft gefunden. Die bilaterale Zusammenarbeit hätte dazu beigetragen, dass die Erfahrungen mit der Schengen-Aussengrenze zu Liechtenstein sehr positiv seien.

«Wir hoffen, dass Liechtenstein in einem Jahr auch Mitglied des Schengen-Raums ist», sagte Hugo Quaderer. Diesbezüglich hänge aber alles vom Ratifikationsprozess innerhalb der Europäischen Union ab. «Wir sind jedenfalls startbereit und warten nur noch auf grünes Licht aus Brüssel. Wenn dies kommt, können wir innerhalb eines halben Jahres beitreten.» Derzeit sei es aber so, dass der Liechtensteiner Beitritt nach wie vor von den Schweden blockiert wird, die auf dem Standpunkt stehen, dass Liechtenstein zunächst ein Abkommen im Finanzbereich mit ihnen schliessen müsse. «Wir haben zwar versucht, ein entsprechendes Paket mit allen nordischen Staaten zu schnüren, diese Verhandlungen sind aber leider gescheitert», sagte Hugo Quaderer.

Unterstützung in Brüssel zugesagt

«Auch wir sind froh, wenn Liechtenstein bald Schengen-Mitglied wird», sagte Bundesrätin Widmer-Schlumpf. Denn die Zusammenarbeit werde zunehmend komplizierter. So zum Beispiel im Zusammenhang mit der Vergabe von Visa oder im Bereich der Rücküberstellungen, bei denen Liechtenstein noch keinen Zugriff auf die Eurodac-Datenbank hat. «Wir unterstützen Liechtenstein jedenfalls bei seinen Gesprächen in Brüssel und versuchen, gewisse Widerstände auszuräumen.»

Dass Liechtenstein die Schweizer Hilfe zu schätzen weiss, bekräftigte Regierungsrat Quaderer zum Abschluss der Medienkonferenz: «Ich möchte mich in den jeweiligen Bereichen der Migrationspolitik für die ausgezeichnete Kooperation und Unterstützung durch die Schweiz ausdrücklich bedanken.»





Höflichkeitsbesuche der Bundesrätin: Eveline Widmer-Schlumpf zusammen mit Regierungschef Klaus Tschütscher (linkes Bild) und Erbprinz Alois.

Guter Erfolg bei der Staatskundeprüfung

Am 26. Juni wurde zum zweiten Mal in diesem Jahr die Staatskundeprüfung durchgeführt.

Vaduz. – Das Ausländergesetz enthält Anforderungen, welche für die Erteilung der Niederlassung von Angehörigen der Nicht-EWR-Staaten zu erfüllen sind. Neben dem Nachweis von Kenntnissen der deutschen Sprache, müssen auch Kenntnisse des staatlichen Aufbaus, der Rechtsordnung, des Schulsystems und der Geschichte nachgewiesen werden.

Auch für die Staatsbürgerschaft

Auch für die Verleihung der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft ist eine Prüfung in Staatskunde erforderlich. Für die Niederlassung umfasst der Test 21 Fragen mit jeweils drei Antwortmöglichkeiten. Die Prüfung gilt als bestanden, wenn 14 Fragen richtig beantwortet werden. Für die Staatsbürgerschaft sind die Anforderungen höher, da mindestens 18 von 27 Fragen mit jeweils vier Antwortmöglichkeiten richtig beantwortet werden müssen.

21 von 23 haben bestanden

Zur Prüfung für die Niederlassung sind 23 Personen angetreten, davon haben 21 Personen den Test bestanden. Ein Teilnehmer aus Senegal hat alle 21 Fragen richtig beantwortet. Von den 19 Personen, welche die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erwerben möchten, haben 14 die Prüfung bestanden. Ein Teilnehmer aus der Schweiz hat alle 27 Fragen richtig beantwortet, drei Teilnehmende haben lediglich eine Frage nicht korrekt beantwortet.

Geschenk vom Landesmuseum

Der Test wurde erneut im Liechtensteinischen Landesmuseum durchgeführt. Die Teilnehmenden, welche alle Fragen richtig beantwortet haben, erhalten vom Landesmuseum einen freien Eintritt offeriert. Die nächsten Staatskundeprüfungen finden am 27. August und am 20. November statt. *(pafl)*

HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
SAMSTAG, 17. JULI 2010 | NR. 159 | CHF 1.80



INLAND

Das Film Fest Vaduz ist gestartet und bietet an 15 weiteren Tagen Filmvergnügen. SEITE 3



SPORT

Daniel Rinner plagen Krämpfe: Nur Rang 39 an der U23-EM im Zeitfahren. SEITE 13

AAC
Revision und Treuhand AG
Buchhaltungen
T +423 399 03 03 · www.aac.li

Liechtenstein lockt Chinesen an

Die aufstrebende chinesische Mittelschicht wird in Europa allmählich zum Wirtschaftsfaktor. Die Tourismusbranche setzt auf die noch kleine, aber schnell wachsende Gruppe fernöstlicher Gäste. Auch im Vaduzer Städtle buhlen Geschäftsleute um die zahlungskräftigen Chinesen, die dort meist auf Reisen quer durch Europa einen Halt einlegen. Unterdessen rührt man am Liechtensteiner Expo-Pavillon in Shanghai die Werbetrommel für die Destination Liechtenstein. WIRTSCHAFT REGIONAL

Stellungnahmen eingegangen

Vaduz. – Gestern ist die Vernehmlassungsfrist zum Partnerschaftsgesetz abgelaufen. In den nächsten Wochen wird die Regierung die eingegangenen Stellungnahmen sichten und in den Gesetzesentwurf einarbeiten, um einen Bericht und Antrag dem Landtag vorlegen zu können. Noch kann Justizministerin Aurelia Frick nichts zum Inhalt und Grundton der eingegangen Stellungnahmen sagen. Bekannt ist einzig, dass die Gemeinde Schellenberg die Idee, dass gleichgeschlechtliche Paare ihre Partnerschaft in Zukunft eintragen lassen können, nicht befürwortet und den Vernehmlassungsentwurf als «sehr problematisch» ablehnt. *(jak)*

Abschiedsfest in Brüssel

Brüssel. – Botschafter Prinz Nikolaus verabschiedete sich mit einem prächtigen Empfang von Brüssel, wo er 14 Jahre arbeitete. SEITE 3

Brandanschläge: Zweite Verhaftung

Am vergangenen Montag wurde ein 19-jähriger Liechtensteiner wegen versuchter Brandstiftung festgenommen. Auch er stammt aus der rechten Szene. Der Untersuchungsrichter hat noch am selben Tag die U-Haft verhängt.

Von Desirée Vogt

Vaduz/Nendeln. – Im Fall der Brandanschläge in Nendeln hat es in dieser Woche eine weitere Festnahme gegeben. Wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wurde der 19-Jährige bereits am vergangenen Montag festgenommen und muss vorerst bis zum 26. Juli in Untersuchungshaft bleiben. Er wird dringend verdächtigt, an den Brandanschlägen vom 22. November 2009 (Wohnhäuser an der Schulerstrasse und in der Bahngasse in Nendeln) und am 26. Februar 2010 (Kebab-Bistro in Nendeln) beteiligt gewesen zu sein. Damit sitzt bereits der zweite mutmassliche Täter in U-Haft. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass es noch weitere Mittäter gibt.

Ermittlungen laufen weiter

Mehrere Indizien und die Aussage des bereits inhaftierten 22-Jährigen haben zur Verhaftung des 19-Jährigen geführt, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt. Während der 22-Jährige bereits ein Teilgeständnis abgelegt hat, ist unklar, ob auch der 19-Jährige inzwischen gestanden hat. Aus ermittlungstaktischen Gründen will die Staatsanwaltschaft dazu keine Auskunft geben. Auch über die Ermittlungen bezüglich möglicher weiterer Mittäter kann vorerst nichts gesagt werden. Wie es mit den zwei in U-Haft befindlichen jungen Männern weitergeht, ist noch unklar. Über die Dauer der U-Haft entscheidet das Gericht. Auch ob und wer angeklagt wird, steht noch nicht fest. «Darüber entscheidet nach Abschluss der Untersuchung die Staatsanwaltschaft», wie Staatsanwalt Frank Haun mitteilt. Der Strafrahmen für die den Männern angelastete Tat beträgt eine Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren.



Erneut ein klares Zeichen gesetzt: Die Behörden haben durchgegriffen und einen zweiten jungen Mann verhaftet, der aus der rechten Szene stammt und an den Brandanschlägen in Nendeln beteiligt gewesen sein soll. Bild Archiv

Musik, die klare Sprache spricht

Inzwischen zirkuliert per E-Mail auch ein Facebook-Bild des 22-Jährigen Liechtensteiners, der bereits am 25. Mai verhaftet wurde. Darauf zeigt er den «Stinkefinger» und trägt ein T-Shirt, auf dem noch die Worte «Die Braunen Stadtmusikanten» erkennbar sind. Vermutlich handelt es sich dabei um die Band «Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten». In der Ankündigung auf ihre CD «Braun is beautiful» nimmt die Band Bezug auf die sogenannten «Zillertaler Türkenjäger». Wie diese spreche auch die neue CD eine klare Sprache, ist dem Internet zu entnehmen. Die Produzenten nutzen die Popularität der Hits vergangener Jahre, um Stimmungslieder mit inakzeptablem Inhalt auf den Markt zu bringen. So wird beispielsweise zur Musik von Rudi Carrells Sommerschlager «Wann wird's mal wieder richtig Sommer» gesungen: «Wir hatten früher noch echte Staatsmänner. Ein einig Volk von Kärnten bis nach Sylt.» Dieser Verweis auf vergangene Zeiten, und zwar die Zeit des Nationalsozialismus, findet sich auch in anderen Textzeilen. Kopf der Band ist Daniel «Gigi» Giese, der 1995 die Rechtsrock-Band «Stahlgewitter» gegründet hat.

Die U-Haft des 22-Jährigen wurde erst vor Kurzem, am 7. Juli, um zwei weitere Monate verlängert. Zudem wurde bekannt, dass er bei der Verteilung der anonymen Flugblätter mit ausländerkritischem Inhalt beteiligt war. Ob auch der 19-Jährige an dieser Aktion beteiligt war, ist nicht bekannt.

Vorübergehend geschlossen

Die erste gute Nachricht seit drei Monaten. BP-Ingenieuren konnten das Ölleck schliessen. Doch Experten warnen vor zu grossen Hoffnungen.

Baton Rouge. – Es sind die Worte, auf die Millionen Amerikaner an der Golfküste seit Monaten gewartet haben. «Seit 14.20 Uhr (Ortszeit, 21.20 Uhr MESZ) fliesst kein Öl mehr in den Golf von Mexiko», verkündete BP-Manager Kent Wells. Nach all den Fehlschlägen, all den zerstörten Hoffnungen und nicht gehaltenen Versprechungen endlich ein Lichtblick für die Menschen. Selbst Präsident Barack Obama meldete sich aus der Ferne zu Wort und sprach von einem «positiven Zeichen».

Auch am Freitag zeigten Live-Videos von der Quelle eines nicht mehr: die fürchterliche, rost-braune Ölfontäne. Stattdessen herrliche Ruhe in 1500 Metern Meerestiefe. Trügerische Ruhe? Es ist, als wollten selbst die Experten von BP ihrem eigenen Erfolg nicht recht trauen.

Zwar gelang es den Ingenieuren, mit Hilfe von ferngesteuerten Robotern alle drei Ventile eines meterhohen Auffangzylinders zu schliessen – ohne Zweifel der erste echte Durchbruch im dreimonatigen Kampf gegen die schwerste Ölpest der US-Geschichte. Seit dem Untergang der Bohrinsel «Deepwater Horizon» flossen Tag für Tag bis zu 8200 Tonnen Rohöl ins Meer.

Noch lange nicht am Ziel

Doch BP-Topmanager Doug Suttles betont: «Wir sind noch längst nicht an der Ziellinie.» Von einem endgültigen Sieg gegen die Plage könne keine Rede sein. Zunächst bleibe die Abdichtung lediglich zu Testzwecken geschlossen. Diese Prüfung könne bis zu 48 Stunden oder gar länger dauern – sie ist entscheidend für das weitere Vorgehen. «Wir befinden uns erst am Anfang», sagt Wells.

Bei den Tests soll geklärt werden, ob das fast vier Kilometer lange Steigrohr im Meeresgrund Lecks hat. Alle sechs Stunden wollen die Experten den Druck messen. Je länger die Messungen dauern, desto besser – denn das würde heissen, die Quelle hält dem Druck stand. Diese «Integritäts-Tests», wie sie die Experten nennen, sind hoch kompliziert. «Niedriger Druck bedeutet schlechte Nachrichten», heisst es. Der Thriller an der Golfküste geht weiter. Noch Stunden vor dem Durchbruch hatte es erneut Pannen gegeben, waren die Rettungsarbeiten abermals zurückgeworfen worden. Ein Leck in einer Leitung an dem Zylinder hatte den mit so viel Spannung erwarteten Testlauf zunächst über Stunden verzögert. *(shu)*

Ermittlung gegen 70 LGT-Mitarbeiter

Die «Süddeutsche Zeitung» (SZ) vermeldete in ihrer gestrigen Ausgabe, dass in Deutschland derzeit Ermittlungen gegen rund 70 Mitarbeiter der LGT wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung laufen. «Es wird damit gerechnet, dass die Vaduzer Bank und die Bochumer Strafverfolger in diesem Fall einen Kompromiss finden werden. Üblich ist in solchen Fällen die Einstellung der Verfahren gegen Zahlung einer Millionensumme», heisst es in der «SZ.» Liechtensteins Regierung lässt dazu verlauten, dass die laufenden Gespräche über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens und weiterführender Lösungen mit Deutschland aufgrund der Ermittlungen nicht beeinträchtigt werden. Im Gegenteil würden die Gespräche konstruktiv geführt und eine Lösung sei weiter in beiderseitigem Interesse. *(hb)*

WIRTSCHAFT REGIONAL

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–11
Boulevard	12
Sport	13–17
Schnell gefunden	18
Ausland	19
Film Fest Vaduz	20
Kultur	21
TV-Programme	22, 23
Die Letzte	24

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 60028

Erste Julihälfte: Zu warm, zu trocken und zu sonnig

ZÜRICH/VADUZ – Die erste Julihälfte verlief dieses Jahr deutlich zu warm, in den meisten Regionen zu trocken und vielerorts überdurchschnittlich sonnig, schreibt «MeteoNews» in einer Mitteilung. Die Temperaturabweichung beträgt zwischen 4 Grad in Lugano und Aarau und knappen 6 Grad auf dem Säntis. Diese Zahlen erstaunen nicht weiter, denn in den ersten 15 Tagen des Monats wurden beispielsweise allein in Zürich 8 Hitzetage mit einem Temperaturmaximum von über 30 Grad registriert. Der bisher heisseste Tag war auf der Alpennordseite verbreitet der 14. Juli mit Höchsttemperaturen von 36 Grad in der Region Basel, dicht gefolgt vom 10. Juli. Im Vergleich zum Juli aus dem Jahrhunderthitzesommer 2003 fiel der Juli 2010 bisher deutlich wärmer aus. Der Überschuss ist fast doppelt so gross. Allerdings war im Jahr 2003 nicht nur der Juli für den Jahrhundertsommer verantwortlich, sondern auch der Juni und der August verliefen damals ausserordentlich warm, daher fällt ein Vergleich zum jetzigen Zeitpunkt gemäss «MeteoNews» schwer. Die meisten Messstationen verzeichneten bisher einen sehr trockenen Juli. In Genf zum Beispiel fielen in den ersten 15 Tagen des Monats erst 0,2 Liter Regen pro Quadratmeter. Mehr Niederschlag fiel derweil in Luzern mit 106,6 mm. Grund für die regional sehr grossen Unterschiede sind die hauptsächlich konvektiven Niederschläge oder eben die Gewitter. Vor allem am 10. und 12. Juli richteten heftige Gewitter mit Sturmböen und Hagelschlag in einigen Regionen – auch in Liechtenstein – teils grössere Schäden an. Andererseits zeigte sich fast in der ganzen Schweiz und in Liechtenstein die Sonne bisher überdurchschnittlich häufig. (red/pd)

Rechter Täter in U-Haft

19-jähriger Liechtensteiner wegen Brandanschlag in Nendeln unter Verdacht

VADUZ – Beim Brandanschlag auf das Nendler Kebab-Bistro «Abra Kebabra» vom 26. Februar dieses Jahres geht die Staatsanwaltschaft von insgesamt vier Tätern aus. Zwei Verdächtige sitzen inzwischen in U-Haft.

• Johannes Mattivi



Im Februar flogen Molotowcocktails gegen das Kebab-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln. Zwei des Anschlags verdächtigte junge Männer aus der rechten Szene sitzen inzwischen in U-Haft.

Der erste Verdächtige, ein 22-jähriger Liechtensteiner und Angehöriger der hiesigen rechten Szene, sitzt schon seit einigen Monaten in U-Haft. Wie die Staatsanwaltschaft vergangene Woche mitteilte, wurde die U-Haft gegen den 22-Jährigen mittlerweile um mindestens zwei Monate verlängert.

Eventuell doppelter Täter

Am Montag dieser Woche gelang der Staatsanwaltschaft ein weiterer Zugriff. Ein 19-jähriger, ebenfalls rechtsradikaler Liechtensteiner wurde wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft beim Nendler Brandanschlag vorläufig bis 26. Juli in U-Haft genommen. Der Tatverdacht gegen den 19-Jährigen stützt sich auf mehrere im Laufe der umfangreichen Ermittlungen gesammelten Indizien und auf die Aussage des bereits in Haft befindlichen 22-Jährigen.

Der 19-Jährige könnte überdies auch an den vorhergehenden Brandanschlägen in Nendeln vom 22. November 2009 beteiligt gewesen sein. Damals hatten unbekannte Täter Molotowcocktails auf Wohnhäuser geworfen. Beim Brandanschlag auf das Kebab-Bistro in Nendeln waren ebenfalls Molotowcocktails im Spiel gewesen.

Ermittlungen auf Hochtouren

Beide inzwischen inhaftierten Jugendlichen sind nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft bislang gerichtlich unbescholten. Bedeckt gibt sich die Staatsanwaltschaft auf «Volksblatt»-Anfrage, ob insgesamt nur von Liechtensteiner Tätern ausgegangen wird oder ob auch weitere Täter aus der benachbarten Region Schweiz und Vorarlberg involviert sein könnten bzw. inwieweit Kontakte zwischen Mitgliedern der rechten Szenen in der Region bestehen. «Dazu kann aus ermittlungstaktischen Gründen keine Auskunft gegeben werden», heisst es lapidar seitens der Staatsanwaltschaft. Dass grenzüberschreitende Kontakte innerhalb der verschiedenen rechten Szenen bestehen, wurde allerdings spätestens seit den Gerichtsverhandlungen zur Maurer Oktoberfestschlägerei oder zur aufgeflogenen Neonazi-Gruppierung «Amalek» deutlich.

Gegen zwei weitere mutmassliche Täter des Nendler Brandanschlags vom Februar wird also nun noch ermittelt. Die Arbeit liefe «auf Hochtouren», heisst es seitens der Staatsanwaltschaft.

ANZEIGE



HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
SAMSTAG, 14. AUGUST 2010 | NR. 183 | CHF 1.80



INLAND

Morgen feiert Liechtenstein sich selbst. Das Programm zum Staatsfeiertag. SEITEN 6–8



SPORT

Peter Jehle hat seine Verletzung überstanden und steht Vaduz wieder zur Verfügung. SEITE 17

AAC
Revision und Treuhand AG
Buchhaltungen
T +423 399 03 03 · www.aac.li

Wirtschaft fordert mehr Einwanderung

Vaduz. – Die wichtigsten Wirtschaftsverbände in Liechtenstein verlangen nach einer gelockerten Zuwanderungspolitik für ausländische Fachkräfte. Die restriktive Haltung des Landes in Sachen Aufenthaltsbewilligungen sei der «Standortnachteil Nummer eins», heisst es etwa bei der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer. Auch andere Verbände stossen ins gleiche Horn und fordern die Regierung auf, Schritte zu unternehmen, um die Zuwanderung von ausländischen, hoch qualifizierten Arbeitskräften zu erleichtern. WIRTSCHAF REGIONAL

Liveübertragung der Feldmesse

Vaduz. – Auch in diesem Jahr wird der offizielle Teil des Staatsfeiertags live im Landeskanal übertragen. Dadurch wird es allen Einwohnerinnen und Einwohnern Liechtensteins, die nicht am Vormittagsprogramm teilnehmen können, ermöglicht, die Feldmesse und die anschliessenden Ansprachen im Landeskanal mitzuverfolgen.

Die Liveübertragung am Staatsfeiertag, 15. August, beginnt um 9.15 Uhr und endet ca. um 11.30 Uhr. Die aufgezeichnete Sendung wird am Mittwoch, 18. August, ab 19 Uhr, und am Donnerstag, 19. August, ab 12.30 Uhr, nochmals im Landeskanal ausgestrahlt.

Informationen zum Staatsfeiertag sind im Landeskanal oder im Internet unter www.pia.llv.li (Staatsfeiertag) abrufbar. *(pafl)*

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–13
TV-Programme	14, 15
Boulevard	16
Sport	17–22
What's up	23
Regio Tipp	24, 25
Schnell gefunden	27
Blickpunkt	28
Ausland	29
Kultur	31
Die Letzte	32

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 60032

Brandanschläge: Anklage erhoben

Der 22-jährige Liechtensteiner, der seit dem 25. Mai in U-Haft sitzt, wird wegen versuchter Brandstiftung angeklagt. Der zweite Verdächtige, ein 19-jähriger Liechtensteiner, wurde am 3. August aus der U-Haft entlassen – die Ermittlungen gegen ihn laufen jedoch weiter.

Von Desirée Vogt



Einer der drei Tatorte: Dieses kurz vor der Eröffnung stehende Kebap-Bistro in Nendeln wurde in der Nacht auf den 26. Februar 2010 durch einen Brandanschlag zerstört. Bild Archiv

Nendeln. – Der 22-jährige hatte bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein Teilgeständnis abgelegt, sodass davon auszugehen war, dass eine Anklage gegen ihn zustande kommen würde. Jetzt bestätigt die Staatsanwaltschaft, dass gegen den jungen Mann wegen versuchter Brandstiftung hinsichtlich dreier Brandanschläge in Nendeln Anklage erhoben wird.

Die ersten beiden Brandanschläge fanden in der Nacht auf den 22. November statt. Die Täterschaft warf gegen 2 Uhr morgens einen Molotowcocktail gegen ein Haus in der Schulstrasse in Nendeln, wobei der selbst gebastelte Wurfbrandsatz am Fenster zersprang, abprallte und ausserhalb des Hauses abbrannte. Drei Stunden später, gegen 5 Uhr, wurde ein weiterer Brandsatz auf einen Balkon eines Wohnhauses in der Bahngasse geworfen. Dabei gerieten mehrere Objekte in Brand. Der dritte Brandanschlag wurde in der Nacht auf den 26. Februar 2010 verübt. Die Täter schlugen die Fenster eines kurz vor der Eröffnung stehenden Kebap-Bistros ein und warfen einen Molotowcocktail ins Innere des Lokals. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Freiheitsstrafe droht

Rechtskräftig ist die Anklageschrift zwar noch nicht, dennoch ist davon auszugehen, dass der 22-Jährige, der sich nach wie vor in Untersuchungshaft befindet, nicht umhinkommen wird, sich vor Gericht zu verantworten. Allerdings kann gegen die Anklage noch Einspruch erhoben werden, wie Staatsanwalt Frank Haun informiert. Rechtskräftig sei diese Anklageschrift erst binnen 14 Tagen nach Zustellung an den Beschuldigten. Davon hänge dann auch der Termin der Schlussverhandlung ab. Der Strafrahmen für die dem Mann angelastete Tat beträgt ein bis zehn Jahren Haft.

Aus der Haft entlassen

Seit dem 3. August nicht mehr in Untersuchungshaft befindet sich der zweite Verdächtige, ein 19-jähriger Liechtensteiner. Dieser ebenfalls der rechten Szene zugeordnete Mann wurde am 12. Juli aufgrund einiger Indizien und der Ausssage des 22-Jährigen verhaftet. «Die U-Haft wurde zwischenzeitlich aufgrund einer von ihm erhobenen Beschwerde wieder aufgehoben», heisst es in der Pressemitteilung. Wie diese Beschwerde aussah bzw. welche konkreten Beweise tatsächlich vorliegen, kann die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen nicht sagen.

Es heisst einzig, dass das Obergericht den dringenden Tatverdacht verneint habe. Allerdings werden die Ermittlungen vom Untersuchungsrichter und von der Landespolizei gegen den Beschuldigten weitergeführt.

Neun EU-Länder fordern: Staatsdefizit muss anders berechnet werden

Angesichts der geplanten härteren Strafen für Schuldensünder verlangen neun EU-Staaten eine neue Berechnungsgrundlage für das Haushaltsdefizit.

Brüssel. – Die Reform der Rentensysteme müsse künftig auf die Schulden der Staaten angerechnet werden, fordern die überwiegend osteuropäischen und jüngsten EU-Mitglieder in einem am Freitag bekannt gewordenen Brief an die EU-Kommission.

Viele Länder reformieren wegen des demografischen Wandels derzeit ihre Rentenkassen und stehen vor erheblichen Zusatzkosten. Das schlägt sich in einer wachsenden Neuverschuldung und einem steigenden Staatsdefizit nieder. «Wird der derzeitige Ansatz für die Schulden- und Defizit-Statistik aufrechterhalten, führt dies zu einer Ungleichbehandlung der Mitgliedsstaaten und bestraft Reformländer», heisst es in dem Brief, der der Deutschen Presse-Agentur in Brüssel vorliegt. «Dies schreckt davor ab, eine Rentenreform anzugehen.»

Zur Not Subventionen streichen

Der Brief ist von den Finanzministern aus neun EU-Staaten unterschrieben. Dazu gehören die osteuropäischen Länder Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei sowie Schweden.

Die EU-Kommission bestätigte den Eingang des Briefes, wollte das Schreiben aber nicht kommentieren. Defizitsünder in der EU sollen künftig härter bestraft werden. Die EU-Kommission will notfalls Zahlungen aus Brüsseler Agrar- oder Regionaltöpfen streichen. Im Grundsatz haben die nationalen Regierungen solchen Plänen zugestimmt.

Grundlegende Ungerechtigkeit

Die neun Staaten schreiben einschränkend, Voraussetzung für eine solche Verschärfung der Sanktionen sei, dass die «grundlegende Ungerechtigkeit und Ineffizienz im bestehenden Stabilitäts- und Wachstumspakt korrigiert wird.»

Der Vertrag von Maastricht schreibt als Grenzen vor, dass das Haushaltsdefizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen und die gesamtstaatliche Verschuldung 60 Prozent des BIP nicht übersteigen soll. *(sda)*

Krisensicherer Arbeitgeber

Rom. – Die Mafia ist auch in Krisenzeiten Italiens stärkstes Unternehmen. Das organisierte Verbrechen erwirtschaftet in Italien jährlich 90 Milliarden Euro. Das entspricht sieben Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts. Das Hauptgeschäft machen Drogenhandel, Wucher und Erpressungen aus, wie einem Bericht des italienischen Handelsverbandes «Confesercenti» hervorgeht. Allein damit verdienen die Clans jährlich 40 Milliarden Euro. Die reichste Mafia-Organisation ist die kalabresische 'Ndrangheta, die mit ihren kriminellen Geschäften 2009 einen Umsatz von 44 Milliarden Euro generierte. Das Geld stamme vor allem aus dem Drogenhandel, so einer der angesehensten Mafiaxperten. Die kalabresische Mafia verdiene damit jährlich so viel, wie Estland und Slowenien zusammen erwirtschafteten. *(sda)*

Bundesrat setzt nicht auf den EWR

Ein Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ist in der Schweiz in den vergangenen Wochen verstärkt diskutiert worden. Doch nun hat sich der Bundesrat gegen diese Option ausgesprochen, die manch ein Liechtensteiner begrüsst hätte.

Von Richard Brunhart



Zwei Wirtschaftsräume in der Zollunion: Der Rhein bildet weiterhin eine Hürde im Warenverkehr. Der Schweizer Bundesrat spricht sich gegen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum aus.

Bild Archiv/Danile Ospelt

Vaduz. – Liechtenstein ist zwar dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beigetreten, obwohl das Nein der Schweiz zum EWR im Jahr 1992 bekannt war. Viele Liechtensteiner hätten es aber begrüsst, diesen Schritt gemeinsam mit der Schweiz zu gehen. Und auch ein möglicher «verspäteter» EWR-Beitritt der Schweiz stösst in Liechtenstein auf Interesse.

Doppelte Gesetzgebung sparen

So wird in Liechtenstein die Diskussion in der Schweiz aufmerksam mitverfolgt. Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR, erklärt, dass ein EWR-Beitritt der Schweiz die Gesetzgebung in Liechtenstein im Bereich des Warenverkehrs vereinfachen könnte. Eine parallele Gesetzgebung wäre dann nicht mehr nötig, um die Verkehrsfähigkeit liechtensteinischer Produkte in der Schweiz und im EWR zu gewährleisten. Sie hält allerdings auch fest, dass Liechtenstein aufgrund der Nichtmitgliedschaft der Schweiz Chancen hatte und hat. Liechtenstein kann für Schweizer Unternehmen durch eine Niederlassung im Land einen besseren Zugang zum Binnenmarkt bieten. Die Unternehmen können aufgrund ihrer liechtensteinischen Niederlassung von den durch die EWR-Mitgliedschaft sich bietenden neuen Geschäftsfeldern, beispielsweise in den Bereichen Fonds und Versicherungen, profitieren.

Auch Wilfried Pircher, Leiter des Amts für Handel und Transport, führt aus, dass ein EWR-Beitritt der Schweiz zu Vereinfachungen führen würde. Unter anderem dürfen nach Liechtenstein Waren eingeführt werden, die den technischen Standards im EWR entsprechen beziehungsweise anerkannt werden. Da diese Produkte aber nicht unbedingt den schweizerischen Bestimmungen entsprechen, muss der Markt überwacht werden. Wäre die Schweiz im EWR, wäre eine Überwachung des sogenannten Umgehungsverkehrs nicht mehr nötig.

Hindernisse abbauen

Auch die Wirtschaftsverbände beobachten die Situation in der Schweiz. Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer, erwartet, dass ein eventueller EWR-Beitritt der Schweiz zu mehr Einheitlichkeit bezüglich der Gesetzesvorlagen der beiden Länder führen würde. «Auch im Moment bestehende, länderübergreifende Hindernisse wie der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr oder die versicherungstechnische Unterstellung könnten so vermutlich wieder abgebaut werden», sagt Nigg.

Josef Beck, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, führt ebenfalls an, dass ein EWR-Beitritt der Schweiz einheitliche Rechtsvorschriften in den beiden Wirtschaftsräumen – EWR und Binnenmarkt Schweiz-Liechtenstein – und damit zusammenhängende Vereinfachungen mit sich bringen würde. «Mit einem Beitritt der Schweiz würde der EWR durch ein weiteres Mitglied gestärkt, was für Liechtenstein sicher positiv wäre», so Beck weiter.

Bundesrat setzt auf bilateralen Weg

Die Vorteile für Liechtenstein bei einem EWR-Beitritt der Schweiz sind mit dem Entscheid des Bundesrats vom Mittwoch in die Ferne gerückt. «Bundesrat setzt im Verhältnis zur EU auf Kontinuität und führt den bilateralen Weg fort», titelt eine Pressemitteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements von gestern. Die Fortsetzung des bilateralen Wegs sei zwar schwieriger geworden. Aber er sei gangbar, innenpolitisch am besten abgestützt und trage den Interessen beider Seiten Rechnung.

Völlig vom Tisch ist damit ein EWR-Beitritt nicht. «Selbstverständlich werden die anderen europapolitischen Instrumente wie bisher einer ständigen Überprüfung unterzogen, damit je nach Entwicklung Anpassungen vorgenommen werden können», heisst es in der Pressemitteilung weiter.

Gesetzesentwicklung mitverfolgen

Zudem ist die Diskussion um den EWR nicht ohne Grund neu aufgeflammt. Insbesondere forderten EU-Vertreter immer lauter, «dass mit der Schweiz nur noch Verträge abgeschlossen werden, wenn sie neues EU-Recht künftig automatisch übernimmt», meldet die Nachrichtenagentur SDA. Der Bundesrat habe jedoch bekräftigt, davon nichts wissen zu wollen.

Die Schweizer werden sich aber darauf einstellen müssen, dass Veränderungen auf sie zukommen: «Kurzfristig ist eine Anpassung des bilateralen Wegs unumgänglich», sagte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gestern an einer Pressekonferenz. Neben Ideen, wie die Rechtsentwicklung vollzogen werden könnte, müsste unter anderem geklärt werden, wer die Umsetzung der Abkommen überprüft und wer bei Unstimmigkeiten entscheidet. Denn derzeit führt ein fehlender Gerichtshof an den politischen Verhandlungstisch.

Wie Andrea Entner-Koch erklärt, ist es für das kleine Land Liechtenstein von Vorteil, nicht alle Entwicklungen politisch diskutieren zu müssen. Liechtenstein könne seine Interessen aufgrund der klaren Regelung bei der Übernahme neuer EU-Rechtsakte in den EWR wahren. Insgesamt sei der EWR für Liechtenstein die beste Lösung.

Carl Baudenbacher, Präsident des Efta-Gerichtshofs, sieht den EWR auch als «eigentlich für die Schweiz massgeschneidert». Insbesondere würde der EWR der Schweiz ein effizientes Überwachungs- und Justizsystem und damit eine Entpolitisierung von Konflikten und folglich Rechtssicherheit bieten, erklärte Baudenbacher in einem Interview mit dem «Vaterland».

EU analysiert Situation

Wie die EU den Entscheid des Schweizer Bundesrats auffasst, ist noch nicht klar. EU-Botschafter Michael Reiterer erklärte gegenüber der SDA, die Position des Bundesrats müsse zuerst analysiert werden.

Die Ergebnisse dieser Analyse und die Entwicklung des Verhältnisses der Schweiz mit der EU werden in Liechtenstein auch mit Interesse erwartet: «Durch die enge Verknüpfung ist für die liechtensteinische Wirtschaft eine offene Grenze zur Schweiz und deren gutes Verhältnis zur EU sehr wichtig», sagt Josef Beck.

LEITARTIKEL

DER EINZIGE «ALTE, ROTE HERR» IST DER CHEFREDAKTOR

Von Günther Fritz

Ist eine Landeszeitung verpflichtet, mit jedem liechtensteinischen Schriftsteller, der ein neues Buch herausbringt, ein Interview zu führen und darüber eine umfangreiche Buchrezension zu verfassen? Bis jetzt ging der Autor dieses Leitartikels davon aus, dass eine Redaktion mit Blick auf das Leserinteresse immer noch selber entscheiden kann, wie und in welchem Umfang über eine Buchneuerscheinung berichtet wird. Im Fall des Autors Armin Öhri und seines Buches «Die Entführung» hat das «Vaterland» bereits am 18. Juni auf die interessante Neuerscheinung, von der auch das Cover abgebildet wurde, hingewiesen. Von einem Boykott kann also keine Rede sein.

Richtig ist, dass der Chefredaktor des «Vaterlands» die Redaktion angewiesen hat, dem Ansuchen von Armin Öhri, mit ihm ein Interview zu führen und eine Buchrezension zu schreiben, nicht zu entsprechen. Als Entscheidungsgrundlage für diesen einsamen und mit niemandem sonst abgesprochenen Entscheid dienten dem Chefredaktor seine Erfahrungen, die er mit im «Vaterland» erschienenen Beiträgen über die «Rotter-Affäre» in den vergangenen zwanzig Jahren gemacht hat. Die entsprechende Kritik vonseiten vieler Leserinnen und Leser, der Redaktion fehle bei solchen historischen Themen die notwendige Sensibilität, hat ihn gelehrt, Zurückhaltung zu üben. Beweggrund für diese Entscheidung war also nichts anderes als der in der Vergangenheit gewonnene Eindruck, dass sensible Themen in Liechtenstein mit besonderem Fingerspitzengefühl behandelt werden sollten.

Diesen Entscheid des Chefredaktors wollten Armin Öhri und sein Verleger Frank van Eck jedoch nicht akzeptieren. Mit Verbissenheit liessen Autor und Verleger nicht locker und wollten von der Redaktion immer und immer wieder wissen, welche Exponenten der VU hinter dieser «Abwendung» stünden. Der Autor drohte der Redaktion zudem, sich an das «Volksblatt» zu wenden, wenn ihm keine Plattform im «Vaterland» gewährt werde. In einer vertraulichen E-Mail schrieb ihm dann ein aus der gemeinsamen Schulzeit befreundetes Redaktionsmitglied seine persönlichen Einschätzungen über die Hintergründe der ablehnenden Haltung des Chefredaktors. Der Inhalt dieser E-Mail beruht teilweise auf kolportierten Äusserungen, welche vergangene Erfahrungen von Redaktionsmitgliedern betreffen, und teilweise aus ganz persönlichen Mutmassungen.

Wenn in dieser vertraulichen E-Mail an einen alten Schulkameraden davon die Rede ist, dass das «Vaterland» nun einmal eine Parteizeitung sei und «die alten, roten Herren (noch) am längeren Hebel sitzen», dann meinte dieses Redaktionsmitglied damit irgendwelche ihm unbekannte VU-Anhänger aus der Vergangenheit, deren damalige Reaktionen den Chefredaktor heute noch zur Vorsicht bei diesem Thema mahnen. Mit «den alten, roten Herren» waren keine Mandatsträger aus heutigen Gremien wie dem Verwaltungsrat der Vaduzer Medienhaus AG, des Stiftungsrats der Vaterländischen Union oder des VU-Parteipräsidiums gemeint. Um in der Diktion der E-Mail zu bleiben, gibt es einen einzigen «alten, roten Herrn, der (noch) am längeren Hebel sitzt», und dieser heisst Günther Fritz, seines Zeichens Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterlands». Zudem muss festgehalten werden, dass weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart das Befassen mit der «Rotter-Affäre» jemanden beinahe den Job gekostet hätte.

Die vom «Volksblatt» genüsslich ausgebreitete Verschwörungstheorie von Armin Öhri, dass die VU heute Mühe habe, sich mit der «Rotter-Affäre» auseinanderzusetzen, entbehrt somit jeder Grundlage. Über den Entscheid des «Vaterland»-Chefredaktors kann das Vaduzer Medienhaus nun glücklich sein oder nicht. Er hat einen Entscheid nach seinen Erfahrungen aus der Vergangenheit und in der Überzeugung getroffen, im Leserinteresse gehandelt zu haben. Dem Autor, der vom «Volksblatt» eine vertrauliche E-Mail eines aus der gemeinsamen Schulzeit bekannten «Vaterland»-Redaktionsmitglieds ausschlachten lässt, sei für den Erfolg seiner zukünftigen Bücher viel Glück gewünscht. Das «Vaterland» wird sich jedenfalls auch in Zukunft nicht mit der Drohung, sich sonst ans «Volksblatt» zu wenden, zum Führen eines Interviews mit einem profilsuchenden Autoren erpressen lassen!

MARKTPLATZ

LLB erweitert Privatvorsorge-Angebot

Die Liechtensteinische Landesbank (LLB) erweitert ihr Angebot in der privaten Vorsorge. Mit der Tria Altersrente lässt sich das Einkommen lebenslang sichern.

Vaduz. – Herbert N., 60 Jahre alt, geht Ende Jahr in Pension. Ergänzend zur staatlichen und betrieblichen Vorsorge (1. und 2. Säule) hat er auch privat (3. Säule) gespart. Sein Finanzvermögen beträgt CHF 600 000.–. Er bezieht die AHV-Rente vor und wünscht ein zusätzliches Einkommen von CHF 2000.– pro Monat.

Dennoch ist er verunsichert, was die finanzielle Planung im Ruhestand betrifft: Wie viel Geld kann er tatsächlich jährlich ausgegeben? Wird das Vermögen ausreichen, wenn die Ausgaben höher sind als die Einnahmen? Kann er den gewohnten Lebensstandard weiterführen? Wie geht es finanziell weiter, sollte er im Alter zum Pflegefall werden. Er will vermeiden, dass auf die Familie zurückgegriffen wird. Schliesslich müssen die Kosten auch bei Pflegebedürftigkeit gedeckt sein.

Finanziell sorgenfrei im Ruhestand

Bei der LLB findet Herbert N. die Lösung: Dank der neuen Tria Altersrente (Versicherung) kann er das verfügbare Kapital in der Rentenaufschubzeit mit einem Etappenplan (Bank) bis zum Rentenbeginn bewusst verbrauchen. Der Kapitalverzehr lässt sich dadurch gezielt planen und das Einkommen lebenslang absichern. «Das bedeutet vor allem für jene Personen Planungssicherheit,die keine Pensionskasse haben oder das Altersguthaben, beispielsweise aus erbrechtlichen oder anderen Gründen, in Kapitalform beziehen wollen», sagt Roland Matt, Mitglied der Geschäftsleitung der LLB sowie Präsident des Verwaltungsrates der Elips Life AG. «Der grosse Vorteil der Tria Altersrente besteht darin, dass sich der Kunde im Alter nicht mehr um Finanzanlagen kümmern muss, sondern frei über die monatlichen Rentenzahlungen verfügen kann», ergänzt Ralph Bieri, Bereichsleiter Finanzplanung & Vorsorge der LLB.

Aufgeschobene Altersrente

Die Bedingungen dieser Versicherung sind für LLB-Kunden so ausgestaltet, dass sich eine besonders hohe Rentenleistung ergibt: Zahlt Herbert N. nun einen Teil des vorhandenen Kapitals als Einmalprämie ein, erhält er dafür ab einem vorbestimmten Alter – frühestens ab dem 80. Lebensjahr – die bei Vertragsabschluss vereinbarte Rente. Sollte Herbert N. den Rentenbeginn nicht erleben, wird keine Leistung fällig.

Für die Aufschubdauer vor der zehnjährigen Sperrphase (zwischen dem 70. und 80. Lebensjahr) kann er jedoch eine Rückgewährsoption (Prämienrückzahlung im Todesfall) und/oder eine Rückkaufsoption (Prämienrückzahlung wegen Kündigung) vereinbaren. Zusätzlich kann Herbert N. auch eine Pflegerente abschliessen für den Fall, dass er pflegebedürftig werden sollte.

«Vorsorgelücken schliessen»

Im Rahmen der neuen Produktlinie Tria sollen künftig weitere Leistungen angeboten werden, um die wachsenden Kundenbedürfnisse in der privaten Vorsorge im Bereich Todesfallrisiko, Invalidität und Alter (Tria) abdecken zu können.

Bereits heute bietet die LLB ein umfassendes Leistungsangebot in der privaten sowie beruflichen Vorsorge an und unterstreicht damit ihre führende Marktstellung in Liechtenstein. «Mit den neuen Tria-Vorsorgeprodukten können Risiken gezielt abgedeckt und vorhandene Lücken geschlossen werden», fasst Ralph Bieri zusammen.

Im Mai dieses Jahres hat die LLB in Zusammenarbeit mit der seit 2008 tätigen Lebensversicherungsgesellschaft Elips Life die Vorsorgeprodukte Tria-Todeskapital und Tria-Invalidenrente auf den Markt gebracht. Diese sichern insbesondere finanzielle Verpflichtungen, die durch Hausbau, Familiengründung oder Selbstständigkeit entstehen, gegen Todesfall und Invalidität ab. Diese beiden kostengünstigen Tria-Risikoversicherungen können mit LLB-Hypotheken kombiniert werden.

Für ein persönliches Beratungsgespräch und ein unverbindliches Angebot stehen die Kundenberater und Vorsorgespezialisten der Liechtensteinischen Landesbank – insbesondere auch während der Lihga (Liechtensteinische Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung) vom 4. bis 11. September in Schaan – gerne zur Verfügung. *(pd)*

Kurzporträt

Die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) ist das traditionsreichste Finanzinstitut im Fürstentum Liechtenstein. Mehrheitsaktionär ist das Land Liechtenstein. Die Aktien sind an der SIX Swiss Exchange kotiert (Symbol: LLB).

Die LLB-Gruppe bietet ihren Kunden umfassende Dienstleistungen im Wealth Management an: als Universalbank, im Private Banking, Asset Management sowie bei Fund Services und Trust Services. Mit 1054 Mitarbeitenden ist sie in Liechtenstein, der Schweiz, Österreich, den Vereinigten Arabischen Emiraten (Abu Dhabi und Dubai), auf den Cayman Islands und in Hongkong präsent. Per 31. Dezember 2009 verwaltete die LLB-Gruppe ein Kundenvermögen von CHF 49,5 Mia. *(pd)*

ERWACHSENENBILDUNG

Die Glarner Hauptüberschiebung

Auf der Wanderung von der Alp Obersiez über den Augstchamm zur Alp Walabütz kann die Glarner Hauptüberschiebung sowohl im Detailaufschluss studiert als auch im grossartigen Panorama grossräumig verfolgt werden. Dieses geologische Phänomen ist das zentrale Element der am 8. Juli 2008 ins Unesco-Weltkulturerbe aufgenommenen Tektonikarena Sardona im Grenzgebiet der Kantone St. Gallen, Glarus und Graubünden. Kurs 220 unter der Leitung des Geologen David Imper-Filli findet am Sonntag, 19. September (Eidg. Bettag), im Weisstannental statt. Die mehrstündige Wanderung erfordert Trittsicherheit und eine gewisse Kondition. Mittagsverpflegung aus dem Rucksack. Die Anreise erfolgt im Kleinbus ab Rheinpark Stadion Vaduz. Abfahrt um 8 Uhr. Anmeldeschluss: 9. September.

Spanisch am Morgen

Dieser Kurs ist für Personen gedacht, die keine oder nur geringe Vorkenntnisse in der spanischen Sprache haben. Kurs 543 wird von Betty Hummel geleitet und beginnt am Mittwoch, 1. September, um 9 Uhr morgens. Er findet an 18 Mittwochvormittagen zu je eineinhalb Stunden im Sitzungszimmer des Gemeindesaals Mauren statt. Mit Voranmeldung. *(pd)*

Anmeldung/Auskunft: Tel. +423 232 48 22

FOTOGRAF EDDY RISCH IN BERLIN

Bild 40



Zeitzeugen. Die Russen waren da. Klar, weiss jeder. Und auch 18 Jahre nach ihrem Abzug aus der ehemaligen DDR findet man immer noch kleine Zeugen ihres Wirkens. Diese russische Zeitung vom 3. März 1985 lag im Garten der Heilstätten von Beelitz, in denen die lungenkranken Berliner sich von ihrem Leiden erholten. Von 9. Oktober bis 4. Dezember 1916 war auch der Gefreite Adolf Hitler da. *Eddy Risch, Künstleratelier Berlin*

MARKTPLATZ



Feierliche Fahrzeugübergabe

Beim Steinbruch der Baustoffe Schollberg AG fand am Freitagabend eine Fahrzeugübergabe der etwas anderen Art statt. Die Meisterbau AG, Teil der Vogt Generalbau Gruppe, konnte einen Volvo-LKW mit Ladekran entgegennehmen. Der Spezialist in Sachen Hoch-, Tief- und Spezialbau wurde von der Nufa AG beliefert. Anschliessend stiessen die Beteiligten auf die gute Zusammenarbeit an. Text sl/Bild Daniel Ospelt

LESERBRIEF

Kein Interesse an ernsthafter Aufarbeitung

Es ist schon erstaunlich, wie die Liechtensteiner mit ihrer Vergangenheit umgehen. Was Herr Günther Fritz da als Leitartikel im «Vaterland» schreibt, mag zwar eine individuelle Stimme sein, aber es ist kein Zweifel, wenn man die Liechtensteiner Zeitungen liest, dass da ziemlich viel von der Stimme des Volks mitspricht. Im Unterschied zu manchen anderen Ländern, wo Nationalsozialismus und Faschismus entweder an die Macht gekommen oder doch sehr populär waren (ad eins Deutschland, ad zwei die Schweiz, wozu auch Liechtenstein zu zählen wäre), hat es in Liechtenstein bis heute keine ernsthafte öffentliche Auseinandersetzung mit der prozentual sehr starken nationalsozialistischen Bewegung in Liechtenstein gegeben. Es wird alles mehr oder weniger unter den Teppich gekehrt und man nennt das dann, so Herr Fritz, «Fingerspitzengefühl».

Als vor einiger Zeit junge Rechtsradikale Brandbomben warfen, haben sich die Leitartikel der Zeitungen mit Recht empört. Aber die Empörung hatte einen ziemlich schalen Geschmack: Man hatte endlich einen gegenwärtigen Blitzableiter gefunden, um davon abzulenken, dass der Sumpf, aus dem das kam, eine lange und ziemlich kontinuierliche Tradition hatte. Der erste Judenmord im Namen des Nationalsozialismus geschah in Liechtenstein, angeführt von einem Liechtensteiner, der nie ernsthaft zur Rechenschaft gezogen wurde und vor noch gar nicht so viel Jahren in höchsten Ehren zu Grabe getragen wurde.

Keiner von den liechtensteinischen Nazi-Sympathisanten wurde je ernsthaft in Frage gestellt. Und ebenfalls vor noch gar nicht so vielen Jahren luden Liechtensteiner Politiker den österreichischen Rechtsradikalen Jörg Haider ins Ländle ein, um hier seine frohe Botschaft zu verkünden.

Selbstverständlich gibt es nicht die geringste Bemühung im Lande, eine ernsthafte Untersuchung über die Bankkonten dieses Herrn Haider in Liechtenstein und deren mögliche Verknüpfung mit liechtensteinischen Politkern zu unternehmen.

Und da wundert man sich, dass es in Liechtenstein eine Neonazi-Szene gibt?

Rainer Nägele, Professor of German and Comparative Literature, Yale University, New Haven, CT 06520, USA

POLIZEIMELDUNG

Autos und Haus beschädigt

VADUZ – In den Liechtensteiner Gemeinden Schellenberg und Balzers waren am Wochenende Vandalen und Diebe unterwegs. Sie beschädigten zwei Autos und ein Hausfenster. Eines der Autos räumten sie aus. In Schellenberg zertrümmerten Unbekannte in der Nacht auf Sonntag eine Autoscheibe und stahlen aus dem Fahrzeug ein Radio, ein Navigationsgerät und Bargeld. Zudem flogen Steine gegen ein Fenster eines Hauses. Ein Tatzusammenhang sei wahrscheinlich, teilte die Liechtensteiner Landespolizei am Montag mit. In der gleichen Nacht wurde die Karosserie eines Personenwagens in Balzers auf allen Seiten zerkratzt. Die Deliktsumme und den Sachschaden bezifferte die Polizei auf insgesamt mehrere Tausend Franken. (sda/lpfl)

Frontalkollision auf Kreuzung

SCHAAN – Am Sonntagabend kam es in Schaan zu einer Frontalkollision. Ein Fahrzeuglenker beabsichtigte, wie die Landespolizei mitteilte, bei der Lindenkreuzung von der Feldkircherstrasse auf die Landstrasse einzufahren. Dabei missachtete er das Vortrittsrecht des von der Landstrasse kommenden Lenkers und es kam zur Kollision. Verletzt wurde niemand, an den Autos entstand Sachschaden. (red/lpfl)

Ladenöffnungszeiten: Bescheidene Ausweitung

ST. GALLEN – Unter der Woche eine Stunde länger, bis 20 Uhr, einkaufen: Für diese «bescheidene» Ausweitung der Ladenöffnungszeiten setzt sich ein breit abgestütztes Pro-Komitee ein. Das Wochenende bleibt unangetastet. Die Gesetzesänderung kommt am 26. September vors Volk. «Eine entscheidende Stunde mehr» heisst es vonseiten der Interessengemeinschaft (IG) aus Vertretern der BDP, CVP, FDP, SVP, Grünliberalen, Jungparteien, Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK), Wirtschaft Region St. Gallen (WISG), des Kantonalen Gewerbeverbands St. Gallen (KGV) und des Konsumentenforums Ostschweiz (KFO). Längere Öffnungszeiten seien ein klares Kundenbedürfnis, sagte Gewerbepräsident und SVP-Kantonsrat Hans Richle am Montag vor den Medien. Die Gesetzesänderung nehme auf die veränderten Lebensgewohnheiten Rücksicht. Die Geschäfte sollten nach dem Willen der Motionäre unter der Woche bis 21 Uhr (heute bis 19 Uhr) und am Samstag bis 18 Uhr (17 Uhr) geöffnet bleiben dürfen. Die Vorlage kommt am 26. September vors Volk. 1996 und 2003 hatten die St. Galler Stimmberechtigten längere Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Die Bedenken im Volk seien aufgenommen worden, sagte CVP-Kantonalpräsident Jörg Frei. Der Samstag und Sonntag bleibe unangetastet. Der Vergleich mit den Nachbarkantonen zeige, dass die Beschränkungen der Ladenöffnungszeiten nirgends restriktiver sei als im Kanton St. Gallen, sagte Richle. «Viele Konsumentinnen und Konsumenten weichen heute am Abend auf Tankstellenshops oder Bahnhofläden aus oder kaufen in den Nachbarkantonen ein», sagte KFO-Präsidentin Rosmarie Rüegg-Marti. Das St. Galler Gewerbe dürfe nicht länger benachteiligt werden. Das Verkaufspersonal bleibe durch das Arbeitsgesetz geschützt. Die moderate Ausweitung der Ladenöffnungzeiten schaffe zusätzliche Arbeitsplätze, betonte FDP-Kantonsrat Franz Mächler. Flexiblere Öffnungszeiten machten auch flexiblere Arbeitszeiten möglich. (sda)



«Totschweigen ist das Schlimmste»

Die «Rotter»-Affäre: Geschichte aufarbeiten

VADUZ – Themen wie Rassismus oder Antisemitismus müssen öffentlich diskutiert werden, fordert Regierungsrat Hugo Quaderer. Die Medien nimmt er dabei besonders in die Pflicht.

• Michael Benvenuti

Mehr als 77 Jahre ist es her, dass die jüdischen Eheleute Alfred und Gertrud Rotter, gehetzt von Liechtensteiner und deutschen Nationalsozialisten, in den Felsen unterhalb von Gaflei den Tod fanden. Obwohl historisch von Peter Geiger längst aufgearbeitet und dokumentiert, sorgt dieses dunkle Kapitel der Liechtensteiner Geschichte seit Tagen für Aufregung. Es ist aber weniger die «Rotter»-Affäre an sich, die hohe Wellen wirft, als vielmehr die Rolle der Medien. Wie dürfen oder müssen sich diese bei der Aufarbeitung der Geschichte verhalten?



«Ich begrüsse es, wenn Medien dieses Themen aufgreifen und kritisch berichten.»

Hugo Quaderer, Bildungs- und Innenminister

Für Regierungsrat Hugo Quaderer ist die Antwort auf diese Frage klar: Gerade den Medien komme bei der öffentlichen Diskussion des Phänomens Rechtsextremismus und damit auch der Themen Rassismus und Antisemitismus ein wichtige Rolle zu. «Von daher begrüsse ich es, wenn Medien diese Themen aufgreifen und kritisch darüber berichten», sagt Quaderer im «Volksblatt»-Interview. Denn Werte und Überzeugungen – auch jene, auf denen ganze Staatswesen gründen – müssten immer wieder benannt, damit transparent gemacht und eingefordert werden.

Müssen Geschichte aufarbeiten

Auch Edmund Banzer, Lehrer für Geschichte am Gymnasium in Vaduz, macht sich für einen Umgang mit der Geschichte stark: «Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn man die eigene Geschichte totschweigt», warnt Banzer. In seinen Augen wäre es deshalb wichtig, die aktuelle Diskussion um das Buch zur Affäre «Rotter» zum Anlass für eine breite Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse zu nehmen. «Sonst schläft das Ganze wieder ein und es kommen erneut solche unguten Situationen heraus, dass niemand etwas weiss und Angst vor der Geschichte hat. Angst davor, dass etwas rauskommen könnte, was nicht so angenehm ist.»

Für Banzer gehört es «deshalb einfach dazu, dieses Thema im Unterricht zu erwähnen» – auch wenn die «Rotter»-Affäre sehr viele Narben hinterlassen habe. Bei der Aufarbeitung der Geschichte müsse es um Aufklärung gehen, niemals um Verurteilung. «Für mich ist wichtig, dass die jungen Leute verstehen, was damals passiert ist.»

Dass Liechtenstein zu wenig in die Aufarbeitung seiner Geschichte während des Nationalsozialismus' investiere, verneint Regierungsrat Hugo Quaderer: «Das Thema Liechtenstein und Judentum wird auf verschiedene Arten thematisiert. Die Ausstellung zum Thema ‹Zuflucht auf Raten – Liechtenstein und die Juden›, die aktuell im Küefer-Martis-Huus in Ruggell präsentiert wird, zeigt dies beispielhaft. Der Umgang mit jüdischen Mitbürgern während der dunklen Jahre des Nationalsozialismus wird da offen und sehr kritisch aufgearbeitet.» Darüber hinaus seien bereits zahlreiche Publikationen gerade auch zum Fall der Gebrüder Rotter veröffentlicht und Vorträge gehalten worden. «Zudem», sagt Bildungsminister Quaderer, «hat das Schulamt auch ein spezielles Lehrmittel zu Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust entwickelt, das bereits Schülern eine intensive Auseinandersetzung mit diesen Themen ermöglicht.»



ST 2010 VOLKSBLATT | INLAND 5

hin Öhri kämpft gegen Zensur

tor der Erzählung «Die Entführung» spricht über den «roten Widerstand» gegen sein Buch

Armin Öhri, Autor der Erzählung «Die Entführung», erzählt von seinen Erfahrungen im «VB Online»-Interview mit Redaktorin Jessica Nigg.

Das auf der «Rotter»-Affäre basierende Buch «Die Entführung» von Armin Öhri lässt seit Tagen die Wellen hochgehen.

«VOLKSBLATT»-INTERVIEW MIT DEM HISTORIKER PETER GEIGER

«Aufregung finde ich unnötig»

Politik, Medien und jede Person sollen helfen, die «Unwissenheit» zu verkleinern

SCHAAN – 1997 wurde von Peter Geiger die Rotter-Affäre geschichtlich aufgearbeitet. Damals stiess der Historiker auf keinen Widerstand – im Gegensatz zum Liechtensteiner Autor Armin Öhri.

• Heinz Zöchbauer

«Volksblatt»: Herr Geiger, als Sie 1997 den Rotter-Überfall historisch aufarbeiteten, gab es damals Widerstand in der Bevölkerung oder in den Medien?

Peter Geiger: Nein. Der Rotter-Überfall wurde 1997 im Buch «Alsleben» von Andreas Bellasi und Ursula Riederer sowie in meinem Werk «Krisenzeit» ausführlich und detailgenau publiziert, aufgrund der Quellen im Landesarchiv und auch der Zeitungen von 1933. Damit war Klarheit geschaffen, alle Interessierten können sich seither in den beiden Darstellungen informieren. Probleme gab es keine.

Gab es Teile der Bevölkerung, welche mitgearbeitet haben?

Ich habe auch zwei der Rotter-Entführer als Zeitzeugen befragt. Sie haben gerne Auskunft erteilt und nichts beschönigt. Der tödliche Ausgang des Überfalls hat sie immer belastet.

Verstehen Sie die Aufregung um den Roman von Armin Öhri, der ja nichts Neues aufgedeckt hat, sondern bereits Bekanntes einfach literarisch verpackt hat?

Die Aufregung finde ich unnötig. Wenn der Roman erschienen sein wird, kann man ihn besprechen und über Form und Inhalt diskutieren. Bei der jetzigen Auseinandersetzung geht es aber gar nicht um den Rotter-Fall.

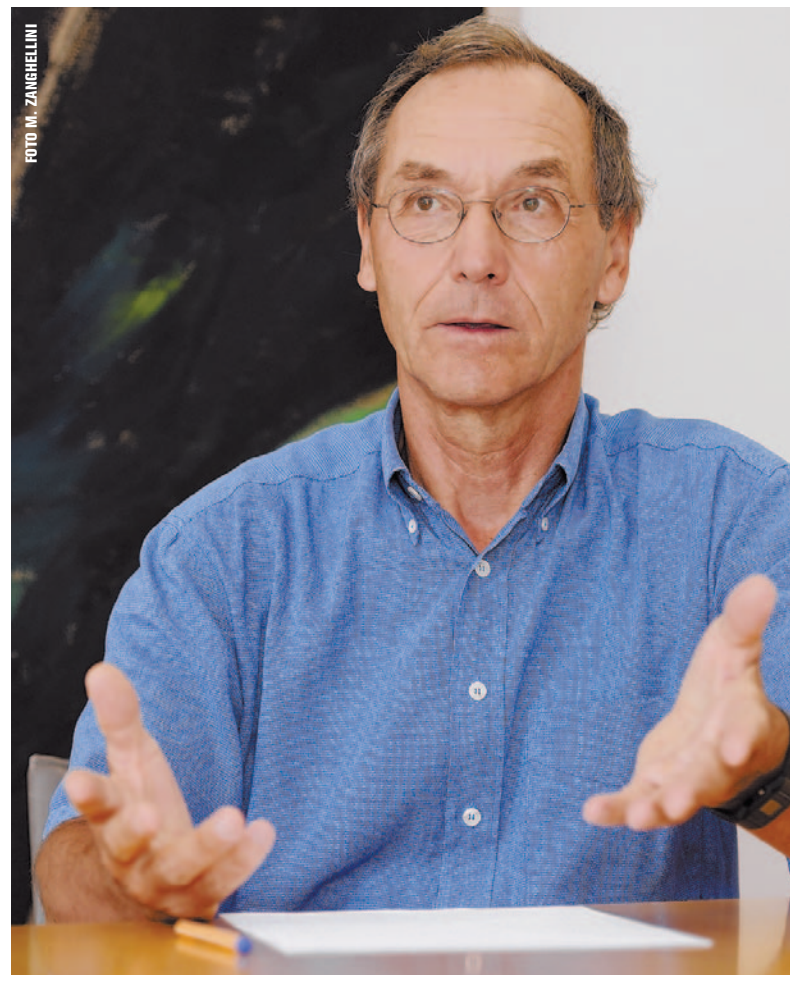


FOTO M. ZANGHELLINI

Historiker Peter Geiger zur «Rotter»-Affäre: «‹Emotionslos› bleiben solche Themen nie, denn es ging auch um Leben und Tod.»

Inwieweit wurde die Rotter-Affäre in Liechtenstein aufgearbeitet?

Die Fakten und Zusammenhänge sind bis ins Detail bekannt und publiziert.

Angeblich steht die Rotter-Affäre nicht auf dem Stundenplan in Liechtensteins Schulen. Würde es überhaupt Sinn machen, diese Affäre etwa in der Schule aufzuarbeiten?

Auf dem geschriebenen Stundenplan stehen wohl keine Einzelereignisse. Lehrkräfte der Real- und Gymnasialstufe sind aber durchaus informiert und in der Lage, den Rotter-Entführungsversuch im Geschichtsunterricht zu thematisieren.

Kann man im Jahr 2010 in unserem Land keine emotionslose Diskussion über Liechtensteins Rolle im 2. Weltkrieg führen?

In unserem Land kann man heute sehr wohl sachlich über Liechtenstein im Zweiten Weltkrieg reden. «Emotionslos» bleiben solche Themen nie, denn es ging auch um Leben und Tod. Aber man muss unterscheiden: Gilt das Interesse den Fakten, der geschichtlichen Erkenntnis? Oder geht es um aktuelle Instrumentalisierung durch verschiedene Seiten?

Pauschale Urteile sind hier fehl am Platz

Welche Rolle spielen die Medien in der Aufarbeitung von folgenden Themen: Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus?

Unaufgeregte Aufklärung, argumentative Diskussion und menschliche Wertevermittlung sind hier wichtig. Pauschale Urteile sind fehl am Platz.

International werden die Themen Rechtsextremismus und Wirtschaftskrise häufig in Zusammenhang gebracht. Beobachten Sie auch bei uns eine Zunahme rechtsradikalen Gedankenguts seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008?

Dies kann ich nicht beurteilen. Ich glaube aber nicht.

Was sollten die Politik, Medien, aber auch jeder Bürger im Kampf gegen Rechtsextremismus beitragen?

Peter Kaiser sagte: «Die Mutter grosser und unsäglicher Übel ist die Unwissenheit. Politik, Medien und jede Person sollen helfen, die ‹Unwissenheit› zu verkleinern. Auch einseitige Weltbilder sind solche des Unwissens.»

Aus der Regierung

Hochschule wird zur Uni

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 24. August den Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein zuhanden des Landtags verabschiedet. Mit der Gesetzesanpassung soll die Hochschule Liechtenstein zur Universität umgewandelt und der Name von «Hochschule Liechtenstein» zu «Universität Liechtenstein» geändert werden. In einem mehrjährigen Prozess hat sich die (Fach-)Hochschule Liechtenstein zur universitären Hochschule entwickelt. Das universitäre Berufungsverfahren für Professuren seit 2002, die Durchführung von «kooperativen Doktoratsstudiengängen» seit 2004, das Promotionsrecht und die Akkreditierung aller Bachelor- und Master-Studiengänge im Jahr 2008 sowie der signifikante Ausbau der Forschung auf universitärem Niveau sind Merkmale einer Universität. Die beiden höchsten akademischen Qualifikationsstufen, das Promotionsrecht und das Recht auf Erteilung der Lehrbefähigung, drücken die besondere wissenschaftliche Prägung von Lehre und Forschung aus. Dass die Hochschule die Qualitätskriterien, die an eine Universität gestellt werden, erfüllt, hat die vom Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizer Hochschulen (OAQ) durchgeführte Evaluation bestätigt. (pafl)

Regierung bewilligt Doktoratsstudiengänge

VADUZ – Die Regierung hat Doktoratsstudiengänge in Architektur und Raumentwicklung an der Hochschule Liechtenstein bewilligt. Die beiden Doktoratsstudiengänge sind wie diejenigen in den betriebswirtschaftlichen Studiengängen in der Graduate School zu führen und werden in die im Jahr 2013 stattfindende Evaluation der Graduate School miteinbezogen. Im Jahr 2008 hat die Regierung der Hochschule die Durchführung von Doktoratsstudiengängen grundsätzlich mit der Auflage bewilligt, diese institutionell in einer Graduate School zu strukturieren und die Doktoratsstudiengänge in den betriebswirtschaftlichen Fachrichtungen zeitlich zu priorisieren. Die neu bewilligten Doktoratsstudiengänge an der Hochschule haben keine finanziellen Folgen für den Staat; eine solche Bewilligung führt nicht zu einer Erhöhung des Staatsbeitrags. Der bewilligte Beitrag für das Jahr 2011 beläuft sich auf 12,8 Millionen Franken. (red/pafl)

«Das Schwein ist eine Sauerei»

Das von Schweizer Firmen vertriebene «Liechtenschwein» erhitzt weiter die Gemüter

VADUZ – Ein kleines schwarzes Porzellanschwein sorgt für Entrüstung. Das «Liechtenschwein» sei eine Sauerei, geschmacklos und nicht lustig, ärgern sich Liechtensteiner und Touristen.

• Jessica Nigg

Das ist nun wirklich eine Sauerei! Das «Liechtenschwein» spukt auch nach dessen Verbannung aus den Ostschweizer Coop-Regalen in den Gedanken der Leute herum. Das «VB Online» ist bei seiner Umfrage auf wenig Verständnis für das Scherz-Sparschwein gestossen:

Erfinder – ein Spinner

«Das muss ein Spinner sein, der dieses Schwein ‹erfunden› hat», erklärte Adrian Dill vom Souvenirgeschäft «Central Plaza» in Vaduz, und schimpft: «Niemals im Leben würde ich das ‹Liechtenschwein› in meinen Laden stellen!» Seine Konkurrenz auch nicht: «Ich begreife nicht, dass man so etwas macht. Bei mir gibt es dieses Schwein ganz bestimmt nicht zu kaufen», versichert Eugen Seger vom Souvenirgeschäft «City Shop» in Vaduz. Auch Touristen aus Deutschland sind befragt worden. Sie äusserten sich aber nicht etwa schadenfroh, sondern voller Mitgefühl: «Das schwarze Schwein weist auf Schwarzgeld hin, das kann man natürlich so auslegen. Da verstehe ich doch sehr gut, dass das den Liechtensteinern nicht gefällt», erklärt Hella Kargwil, eine Touristin aus Gera.



Kunden ärgern sich schwarz

Die Hans Buff und Co. AG in Balgach vertreibt im Internet Sparschweine mit der Aufschrift «Liechtenschwein». Liechtensteiner Kunden ärgerten sich schwarz, als sie das «Liechtenschwein» in Ostschweizer Coop Filialen entdeckten. Coop reagierte sofort auf die Reklamationen von verärgerten Kunden und verbannte das «Liechtenschwein» – auch auf Initiative von dem Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer – per sofort aus den Regalen, um nicht noch mehr Kunden zu verprellen. «Da ist uns leider ein peinlicher Fehler unterlaufen», entschuldigte sich Coop-Sprecherin Sara Kretschmer bei den Liechtensteiner Kunden. Während hierzulande den Kunden beim Anblick des «Liechtenschweins» das Lachen im Halse stecken blieb, haben andere beide Augen zugedrückt oder der Schadenfreude freien Lauf gelassen.

Falls Sie es doch lustig finden:
http://www.abacuscity.ch/abashop?s=395&p=hierarchyoutline&hi=15.00&hl=1&hs=shop

«VB Online»-Umfrage: Was halten Sie vom «Liechtenschwein»?



Es war mir nicht bekannt, dass es dieses Schwein gibt. Auf alle Fälle finde ich es nicht anständig und ich finde auch, dass dies dem Namen «Liechtenstein» sicherlich nichts Positives antut. Ich begreife nicht, dass man so etwas macht. Bei mir gibt es dieses Schwein ganz bestimmt nicht zu kaufen.

Eugen Seger, Souvenirgeschäft «City Shop», Vaduz



Der Fürst hat dem Land den Namen «Liechtenstein» gegeben, schon allein darum würde ich das «Liechtenschwein» niemals in meinen Laden stellen. Das muss ein Spinner sein, der dieses Schwein «erfunden» hat. Man schiebt alles, was die Schweiz verbergen will, dem Land Liechtenstein zu.

Adrian Dill, Souvenirgeschäft «Central Plaza», Vaduz



Ich würde es nicht kaufen. Liechtenstein ist Liechtenstein – und das Schwein als solches muss nicht «Liechtenschwein» heissen. Ich finde das einfach nicht schön. Das schwarze Schwein weist auf Schwarzgeld hin, das kann man natürlich so auslegen. Da verstehe ich doch sehr gut, dass das den Liechtensteinern nicht gefällt.

Hella Kargwil, Touristin aus Gera



Es gibt ja überall schwarze Schafe. Aber ich finde, der Spass sollte irgendwo auch seine Grenzen haben. Ich persönlich finde das auch nicht unbedingt lustig. Das «Liechtenschwein» würde ich persönlich nicht kaufen, aber natürlich gibt es immer Menschen, die so etwas lustig finden und es dann auch kaufen.

Renate Eckermann, Touristin aus Thüringen



An sich stört mich dieses «Liechtenschwein» nicht, das ist ja mehr ein Gag, das sollte man nicht so ernst nehmen, das Ganze. Ich als Schweizer kann sagen, wir sind da vielleicht auch in derselben Situation. Ich würde das «Liechtenschwein» aber nicht kaufen, denn daheim kann man das Ding ja auch nicht wirklich gebrauchen.

Cedric Nussbaumer, Tourist aus Zürich



Gastkommentar
Wilfried Marxer *

Kaum zu glauben: Vor mehr als 77 Jahren trieben liechtensteinische und deutsche Nationalsozialisten Berliner Theaterleute auf Gaflei in den Tod – und das wirft hohe Wellen bis in die Gegenwart. Die Wunde eitert, bis heute. Ich will mich in diesem Kommentar nicht zur sogenannten «Rotter-Affäre» äussern. Wer sich genauer dafür interessiert, findet genügend Untersuchungen und Darstellungen, die sich im Detail und vor allem in der Wertung der Ereignisse unterscheiden. Der Sachverhalt ist aufgrund der Gerichtsakten relativ eindeutig.

Flashback «Rotter-Affäre»

Strittiger ist hingegen die Frage, ob die Schuldigen, die die jüdischen Eheleute Alfred und Gertrud Rotter in einer Hetzjagd in den Tod trieben und Fritz Rotter mit Begleiterin verletzten, eine genügend hohe Strafe erhalten haben. Erst recht brisant ist die Frage, ob die nationalsozialistischen Umtriebe in Liechtenstein zu jener Zeit eine gesellschaftliche Randerscheinung waren oder ob sie in der Bevölkerung eventuell doch beachtliche Unterstützung fanden. Schliesslich muss im Kontext des Schicksals dieser jüdischen Emigranten auch nach dem Grad antisemitischer Gesinnung in Liechtenstein gefragt werden.

Die Analysen überlasse ich gerne den Historikern und Kennern der damaligen Zeit, die sich mittels Quellenstudien, Zeitzeugeninterviews usw. intensiv damit befasst haben. Wenn man die Arbeiten und Aufsätze von Peter Geiger, Andreas Bellasi, Ursula Riederer, Peter Kamber, Jürgen Schremser, Norbert Haas, Hansjörg Quaderer, Klaus Biedermann, Pius Heeb oder Ursina Jud über die 1930er-Jahre oder teilweise speziell die Rotter-Hetzjagd liest, kann man sich ein Bild machen. Darin eingeschlossen das vom Richter unterbundene Plädoyer des Rotter-Anwalts Wladimir Rosenbaum im Gerichtsverfahren. Hinzu kommen noch mehrere Arbeiten aus dem Forschungsteam der Historikerkommission, die 2005 erschienen sind.

Angesichts der Ressourcenschwäche Liechtensteins, speziell auch in der Wissenschaft, ist es beachtlich, wie intensiv die nationalsozialistische Epoche beforscht wurde. Es stimmt keinesfalls, dass diese schwierige Zeit systematisch aus der historischen Aufarbeitung ausgeklammert wird.

Zahlen, Daten, Fakten sind bekannt, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Daher verblüfft es dann doch, wenn der Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterlands» im Umgang mit dieser Zeit «Fingerspitzengefühl» einfordert. Zudem liegen die Ereignisse bald 80 Jahre zurück. Wenn nun ein Liechtensteiner Literat eine Erzählung im Umfeld dieser Ereignisse der 1930er-Jahre ansiedelt, könnte man sich heute getrost auf deren literarischen Wert konzentrieren. Selten genug, dass ein literarisches Werk aus einheimischer Feder stammt. Es ist daher rational nicht begründbar, die neueste Erzählung von Armin Öhri weitgehend aus der Berichterstattung einer Landeszeitung ausklammern zu wollen.

Um es noch deutlicher zu sagen: Es ist beschämend, wenn ein Chefredaktor in seiner Zeitung ein weitgehendes Schreibverbot zu einem neu erscheinenden Buch verhängt. Beruf verfehlt, müsste man normalerweise sagen, wenn dies nicht vielleicht doch ein Markenzeichen des einheimischen Journalismus wäre. So wie es aussieht, hat der Chefredaktor Angst vor ein paar kritischen Reaktionen aus dem eigenen politischen Umfeld, also wohl der eigenen Partei.

Diese leidet offenbar bis heute darunter, dass die Parteienfusion zwischen dem tendenziell braunen Liechtensteiner Heimatdienst und der Christlich-sozialen Volkspartei 1936 der neu formierten Vaterländischen Union einen braunen Anstrich beschert hat. Das irritiert. Kann es wirklich sein, dass die Vaterländische Union und das «Liechtensteiner Vaterland» im Jahr 2010 irgendwie Rücksicht auf Nazisympathisanten oder Antisemiten nehmen müssen? Aufwachen! möchte man da rufen. Klar müssen Volksparteien einen breiten Spagat machen, um viele Interessen abzudecken und eine breite Klientel zu bedienen. Aber irgendwo an den Rändern muss eine Volkspartei auch eine Grenze ziehen.

Was ist das für ein Journalismus, der bei kritischen Reaktionen gleich die Fühler einfährt, statt die Antennen auszufahren? Das ist Schneckenjournalismus – um es in einem Bild auszudrücken –, der Schleimspuren hinterlässt. Das hat die liechtensteinische Leserschaft nicht verdient.

Medien haben in einer Demokratie eine wichtige Funktion als Kontrollinstanz. Dass dies mit einer Parteipresse nur beschränkt möglich ist, wissen alle zur Genüge. Was sich der Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterlands» im vorliegenden Fall indes an verordneter Nicht-Berichterstattung erlaubt, ist selbst für hiesige Verhältnisse ein starkes Stück. Da würde ich mir etwas Rebellion in den Reihen dieser Zeitung wünschen. Was sagen denn die dort beschäftigten Medienschaffenden dazu? Ist die Verlagsleitung glücklich über eine selbstverhängte Zensur? Wünscht sich die Partei diese Form von Journalismus, die ja auch einen Schatten auf die eigene Partei wirft? Und dann ist da noch eine Medienkommission, die grosszügig Prämien für Qualitätsjournalismus verteilt. Welchen Journalismus?

**** Wilfried Marxer ist Politikwissenschaftler und Forschungsleiter für Politikwissenschaft beim Liechtenstein-Institut. Forschungstätigkeit zu: Parteien, Wahlen, Medien, Demokratie und weiteren gesellschaftspolitischen Fragen.***

*****

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

POLIZEIMELDUNGEN

In Wohnung eingeschlichen

SCHAANWALD – Zu einem Einschleichdiebstahl kam es am Donnerstagnachmittag in Schaanwald. Eine unbekannte Täterschaft begab sich in eine unverschlossene Wohnung und durchsuchte die Räumlichkeiten. Die Täterschaft entwendete Schmuck und Bargeld sowie weitere Objekte. Die Höhe des entstandenen Schadens ist derzeit nicht bekannt. (lpfl)

Vandalenakte im Unterland

ESCHEN – In den vergangenen Tagen wurden im Unterland zwei Sachbeschädigungen begangen. Einerseits sprayte am Donnerstagmittag bei der Bushaltestelle «Gemeindehaus» in Gamprin eine unbekannte Täterschaft mittels einer Schablone und schwarzer Farbe einen Kopf mit den Worten «Hitler 2.0» auf eine Wand (siehe Foto). Zuvor, am Dienstagabend, wurden in einer Tiefgarage in Eschen 22 Leuchtstoffröhren aus der Verankerung geschraubt und bei einem weiteren Tiefgarageneingang in der Nähe zerschmettert. 4 weitere Röhren wurden durch die zwei unbekannten Täter, die mit ihren Mofas unterwegs waren, vermutlich während der Fahrt weggeworfen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Hundert Franken. Personen, welche Angaben zu den beiden Beschädigungen in Eschen und Gamprin machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter Tel. 236 71 11 oder per E-Mail an info@landespolizei.li zu melden. (lpfl)



FBP gegen Steuererhöhung

Tschütscher will Mindestertragssteuer um 80 % erhöhen – FBP sieht Finanzplatz gefährdet

VADUZ – Eigentlich sollte die Steuerreform den heimischen Finanzplatz stärken. Mit der geplanten Erhöhung der Mindestertragssteuer werde allerdings das Gegenteil erreicht, warnt die FBP.

• Michael Benvenuti



Die FBP wehrt sich gegen die von Regierungschef Tschütscher geplante 80-prozentige Steuererhöhung.

Regierungschef Klaus Tschütscher geht einmal mehr auf Konfrontationskurs mit dem heimischen Finanzplatz. Trotz grosser Bedenken will Tschütscher an der Erhöhung der Mindestertragssteuer für juristische Personen von heute 1000 auf 1800 Franken festhalten.

Für die Fortschrittliche Bürgerpartei kommt eine Steuererhöhung um 80 Prozent allerdings nicht in Frage. «Wir lehnen diesen Vorschlag ab und befürworten eine gemässigtere Anhebung auf 1200 Franken», sagte FBP-Präsident Alexander Batliner im «Volksblatt»-Interview. Die von Regierungschef Tschütscher vorgeschlagene Erhöhung gefährde die Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Liechtenstein, warnt Batliner. «Zumal Staaten, mit denen sich der Finanzplatz Liechtenstein konkurrenziert, noch tiefere Mindestertragssteuersätze kennen als die heute bei uns geltenden 1000 Franken.»

Tschütscher nicht nachhaltig

Es sei zu vermuten, dass langfristig die Steuereinnahmen trotz höherer Steuern geringer ausfallen würden als mit einer moderaten Erhöhung der Mindestertragssteuer. Denn es bestehe die Gefahr, dass bei einer Mindestertragssteuer von 1800 Franken mehr Sitzgesellschaften dem Land den Rücken kehren als mit der moderaten Erhöhung auf 1200 Franken. «Die von Regierungschef Tschütscher vorgeschlagene Erhöhung ist nicht nachhaltig und eine Gefährdung für das Finanz- und Treuhandwesen unseres Landes», kritisiert Batliner.

Des Weiteren sorgt sich das FBP-Präsidium um das Vertrauen der ausländischen Kundschaft des Finanzplatzes in den Staat Liechtenstein. Denn lange Zeit wurde den Kunden die Erhöhung der Mindestertragssteuer auf 1200 Franken angekündigt, zumal auch in der Vernehmlassungsvorlage diese Erhöhung von der Regierung bevorzugt wurde. «Dieser Meinungsumschwung des Regierungschefs mindert das Vertrauen in den Standort Liechtenstein», ist Batliner überzeugt. Dies habe wiederum nachteilige Folgen für den Finanzplatz Liechtenstein, da Stabilität und Verlässlichkeit wichtige Eckpfeiler eines erfolgreichen Finanzplatzes sein müssten.



«Die vorgeschlagene Erhöhung gefährdet das Finanz- und Treuhandwesen.»
Alexander Batliner, FBP-Präsident

Treuhänder gegen Tschütscher

Unterstützung erhält die FBP unter anderem von der Treuhändervereinigung. Sie stehe einer Erhöhung der Mindestertragssteuer in der geplanten Höhe «sehr skeptisch gegenüber», sagt THV-Geschäftsführer Clemens Laternser. «Die Mitglieder befürchten eine zunehmende Abwanderung von Kunden in preiswertere Jurisdiktionen.» Da etliche Kunden ohnehin verunsichert seien ob der Veränderungen am Finanzplatz Liechtenstein, biete eine solche Steuererhöhung einen weiteren Beweggrund, Liechtenstein zu verlassen oder zumindest auf Gesellschaften anderer Anbieter zurückzugreifen. «Insofern ist letztlich davon auszugehen, dass die Steuererhöhung im Endeffekt nicht zu einer Zunahme, sondern zu einem Rückgang der absoluten Steuererträge führen würde», befürchtet Laternser. Damit würde das Ziel der Erhöhung ins Gegenteil verkehrt – die Staatsrechnung würde nicht ent- sondern belastet.

«VOLKSBLATT»-SERIE: 20 JAHRE UNO-MITGLIEDSCHAFT LIECHTENSTEINS UND IHRE GESICHTER

VADUZ – Das Fürstentum Liechtenstein feiert am 18. September den 20. Jahrestag seines Beitritts zu den Vereinten Nationen. Anlässlich dieses Jubiläums stellt das «Volksblatt» in einer kurzen Serie Menschen vor, die Liechtenstein bei der UNO vertreten. Den Anfang macht Stefan Barriga.

• Christian A. Koutecky

Stefan Barriga ist seit 2009 stellvertretender Ständiger Vertreter Liechtensteins bei den Vereinten Nationen. Ein wichtiger Meilenstein des gebürtigen Bregenzers war seine Tätigkeit als Referent für Menschenrechtsangelegenheiten beim österreichischen Bundeskanzleramt (Oktober 1999 bis Juli 2001). Für seine Mitwirkung an der Ausarbeitung des «Washingtoner Abkommens», in dem die Restitution für Holocaust-Verbrechen geregelt wurde, erhielt er das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich. Zuvor wirkte er als interimistischer Pressesprecher für die Menschenrechtsorganisation Amnesty International in Wien. 2002 wechselte der heute 36-Jährige als Rechtsberater für die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der UNO nach New York.

«Volksblatt»: Herr Barriga, können Sie kurz umreissen, wie der Tagesablauf eines stellvertretenden Ständigen Vertreters Liechtensteins bei den Vereinten Nationen aussieht?

Stefan Barriga: Der Tag beginnt mit dem Blick in das UN Journal, in dem täglich Dutzende Sitzungen und informelle Beratungen angekündigt werden – weit mehr, als wir mit unserem begrenzten Personal abdecken können. Zudem landen stapelweise UNO-Dokumente, Berichte, Resolutionsentwürfe und Ähnliches auf dem Tisch. Als kleine Mission kann man in dieser Informationsflut leicht untergehen. Eine meiner wichtigsten Aufgaben ist daher, den Botschafter bei der Prioritätensetzung zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sich Liechtenstein in ausgewählten Bereichen aktiv und sichtbar einbringt. Das Aufbauen von persönlichen Netzwerken und effizientes Informationsmanagement ist besonders wichtig, damit man bei den vielschichtigen Verhandlungsprozessen immer am Ball bleibt. Der Tag endet oft auf sozialen Anlässen, Empfängen und Ähnlichem, wo die neuesten Informationen ausgetauscht werden. Als «Deputy» ist man in der hierarchischen Welt der Diplomatie in einer etwas eigenartigen Position, da man sich mit einem Fuss in den Kreisen der Botschafter bewegt und mit dem anderen auf der sogenannten «Arbeitsebene». Zudem sehe ich zu, dass die missionsinternen Abläufe möglichst reibungslos funktionieren, damit sich der Ständige Vertreter selbst möglichst ganz auf seine Kernaufgabe konzentrieren kann.

Gibt es Momente während Ihrer Zeit bei der UNO, die Sie besonders beeindruckt/geprägt haben?

Besonders prägend waren jene Momente, in denen unsere kleine Delegation entscheidend zum Fortschritt beitragen konnte. Der absolute Höhepunkt war in dieser Hinsicht die Konferenz in Kampala heuer im Juni, bei der unter dem Vorsitz von Botschafter Christian Wenaweser eine Einigung zur Definition des Verbrechens der Aggression gelang. Wir haben sieben Jahre lang hart für diesen historischen Durchbruch im Völkerrecht gearbeitet, den fast niemand für möglich gehalten hatte.

Werden Vertreter aus Liechtenstein bei der UNO ebenso behandelt wie beispielsweise Diplomaten aus den USA oder Russland – oder haben diejenigen, die aus den mächtigeren Staaten kommen, Vorteile?

Die Arbeit in der multilateralen Diplomatie ist stark davon geprägt, dass man sich auf der persönlichen Ebene mit Respekt begegnet, unabhängig von der Herkunft. Zugleich ist es aber natürlich schon so, dass das politische Gewicht eines UNO-Mitgliedslandes bei Verhandlungen eine Rolle spielt – vor allem, wenn es in die entscheidende Schlussphase geht. Es gibt aber durchaus Mittel, dies zu kompensieren. Ich bin auch nach acht Jahren Tätigkeit an der UNO immer wieder erstaunt, wie sehr es in Verhandlungen auf den Einsatz und die persönliche Überzeugungskraft von einzelnen Delegierten ankommt.

Welche Rolle haben Sie bei den österreichischen Restitutionsverhandlungen für Holocaust-Verbrechen gespielt?

Ich war bis Mitte 2001 Rechtsberater im österreichischen Bundeskanzleramt und habe die Regierungsdelegation vor allem zu verfassungsrechtlichen Fragen beraten. Die Schlussrunde der Verhandlungen führte im Januar 2001 zum Abschluss des Washingtoner Abkommens, das Holocaust-Opfern Restitution und Ersatz für erlittene materielle Schäden ermöglichte. Zuhause angekommen, mussten wir innert kürzester Zeit einen Entwurf der Umsetzungsgesetzgebung liefern. Wir haben uns in einem kleinen Team ein paar Nächte um die Ohren geschlagen und in Rekordzeit den Text des Entschädigungsgesetzes produziert, der wenig später im Parlament angenommen wurde.



Stefan Barriga ist stellvertretender Ständiger Vertreter bei der UNO.

Inwieweit hat Sie Ihre Zeit bei Amnesty International geprägt?

Bei Amnesty International bekam ich erste praktische Einblicke in den Ablauf des politischen Dialogs, der zum Thema Menschenrechte, aber auch in anderen Bereichen der internationalen Beziehungen zwischen oft sehr ungleichen Akteuren stattfindet. Meine Zeit bei AI, aber auch meine darauf folgende Tätigkeit auf der Regierungsseite haben mir gezeigt, wie wichtig dieser Dialog ist, und wie wichtig insbesondere die Kontrolle und die Zurufe einer aktiven Zivilgesellschaft sind. Dabei geht es letztlich nicht einmal so sehr darum, wer wirklich Recht hat, sondern dass Standpunkte und Ideen ausgetauscht werden und so Prozesse in Gang gesetzt werden. Bei den Vereinten Nationen wird natürlich auch viel geredet und man fragt sich oft, ob sich dadurch etwas ändert. Klar ist aber, dass sich nur das verändern kann, worüber auch diskutiert wird. Und an der UNO können langwierige und manchmal ausweglos scheinende Diskussionen zu handfesten Veränderungen führen, wenn die Zeit reif ist. Man darf sich nur nicht zu rasch entmutigen lassen.

Fortsetzung folgt

**** Das «Volksblatt» stellt in einer Serie Menschen vor, die für Liechtenstein bei den Vereinten Nationen tätig sind – oder waren.***

Zeugenaufruf: Beschädigung



Mit Nazi-Symbol beschmiert. Bild pd

Eschen/Gamprin. – In den vergangenen Tagen kam es im Unterland zu zwei Sachbeschädigungen. So wurden am Dienstagabend in einer Tiefgarage in Eschen 22 Leuchtstoffröhren aus der Verankerung geschraubt und bei einem weiteren Tiefgarageneingang in der Nähe zerschmettert. Vier weitere Röhren wurden durch die zwei unbekannten Täter, welche mit ihren Mofas unterwegs waren, vermutlich während der Fahrt weggeworfen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Hundert Franken. Eine weitere Beschädigung ereignete sich am Donnerstagmittag bei der Bushaltestelle Gemeindehaus in Gamprin. Eine unbekannte Täterschaft sprayte mittels einer Schablone und schwarzer Farbe einen Kopf mit den Worten «Hitler 2.0» auf eine Wand.

Personen, welche Angaben zu den beiden Beschädigungen in Eschen und Gamprin machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter Tel. +423 236 71 11 oder info@landespolizei.li zu melden. *(lpfl)*

Zeugenaufruf: Schlägerei in Vaduz

Vaduz. – Ein Mann wurde am Donnerstag bei einer Auseinandersetzung in Vaduz verletzt. Das Opfer fuhr mit seinem Personenwagen durch Vaduz, als mehrere Männer die Strasse trotz Rotlicht uberquerten. Der Mann hielt daraufhin seinen Wagen an, um die Personen auf ihr Fehlverhalten hinzuweisen, was jedoch zu einer tätlichen Auseinandersetzung führte. Dabei wurde er von den Verdächtigen unbestimmten Grades verletzt und musste sich im Spital behandeln lassen.

Personen, welche Angaben zum Tathergang machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter Tel. +423 236 71 11 oder info@landespolizei.li zu melden. *(lpfl)*

In Wohnung eingeschlichen

Schaanwald. – Zu einem Einschleichdiebstahl kam es am Donnerstagnachmittag in Schaanwald. Eine unbekannte Täterschaft begab sich in eine unverschlossene Wohnung und durchsuchte die Räumlichkeiten. Die Täterschaft entwendete Schmuck und Bargeld sowie weitere Objekte. Die Höhe des entstandenen Schadens ist derzeit nicht bekannt. *(lpfl)*

FÜR IHRE SICHERHEIT:
sauter
sicherheit mit system
TEL. +423 237 57 37 | WWW.SAUTER.LI

MISS CH TIPPEN + GEWINNEN AUF
FEDERER
AUGENOPTIK
WWW.FEDERERBUCHS.CH

Massive Steuereinbussen zu befürchten

Im Rahmen der Steuerreform möchte Regierungschef Klaus Tschütscher die Mindestertragssteuer im Sinne des Finanzhaushalts in vertretbarem Rahmen anheben. Die FBP spricht sich für eine wesentlich geringere Anpassung aus.

Von Heribert Beck

Vaduz. – Vor beinahe 50 Jahren hat Liechtenstein die Besondere Gesellschaftssteuer für juristische Personen eingeführt. Deren Höhe wurde damals auf 1000 Franken festgelegt. An diesem Betrag hat sich bis heute nichts geändert. Ändern soll er sich nun aber im Zuge der Totalrevision des Steuergesetzes, mit der sich der Landtag in der übernächsten Woche in zweiter Lesung beschäftigt. Die Besondere Gesellschaftssteuer soll gemäss Stellungnahme der Regierung durch die Mindestertragssteuer in Höhe von 1800 Franken ersetzt werden – was allerdings bereits im Rahmen der ersten Lesung für Debatten über den genauen Betrag gesorgt hatte.

FBP fordert 1200 Franken

Gestern meldete sich nun das Präsidium der FBP zu diesem Thema zu Wort. Es fordert gemäss einer Pressemitteilung eine Erhöhung auf lediglich 1200 Franken. Mit der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung sieht die FBP «die Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Liechtenstein gefährdet, zumal Staaten, mit denen sich der Finanzplatz Liechtenstein konkurrenziert, noch tiefere Mindestertragssteuersätze kennen als die heute bei uns geltenden 1000 Franken».

Es sei zu vermuten, dass langfristig die Steuereinnahmen trotz höherer Steuern geringer ausfallen werden als mit einer geringeren Erhöhung der Mindestertragssteuer. Es bestehe die Gefahr, dass bei einer Mindestertragssteuer von 1800 Franken mehr Sitzgesellschaften Liechtenstein den Rücken kehren als mit der Erhöhung auf 1200 Franken. Darüber hinaus bemängelt die FBP in ihrer Pressemitteilung, dass im Rahmen der Vernehmlassung zur Steuerreform zunächst von eben diesen 1200 Franken die Rede gewesen war und die Erhöhung auf 1800 Franken erst im Bericht und Antrag zur ersten Lesung thematisiert worden ist.

130 Millionen an Mindereinnahmen

In ihrer Stellungnahme zur zweiten Lesung nimmt sich die Regierung der Höhe der Mindestertragssteuer ausführlich an. Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass eine solche von 1200 Franken allein in den kommenden vier Jahren – bei gleichbleibender Anzahl juristischer Personen – Mindereinnahmen von insgesamt beinahe 130 Millionen Franken zur Folge hätte.

Regierungschef Klaus Tschütscher hat überdies bereits mehrfach ausgeführt, dass ein paar Hundert Franken Steuer mehr oder weniger pro Jahr für einen Kunden kein realistischer Grund sind, sich gegen den Finanzplatz Liechtenstein zu entscheiden. «Der Kunde der Zukunft entscheidet sich vielmehr aufgrund seiner Zufriedenheit mit der Qualität der Dienstleistungen und Rahmenbedingungen für einen Standort», sagte der Regierungschef vor rund zwei Wochen in einer Pressekonferenz zur Steuerreform.



1800 oder 1200 Franken?: Die Höhe der Mindestertragssteuer hat deutliche Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der kommenden Jahre. Bild Bilderbox

Der Landtag hat das letzte Wort

Darüber hinaus stellt es die Regierung in ihrer Stellungnahme deutlich in Frage, ob eine Vernehmlassung Rechtssicherheit schaffen könne. Die Steuerreform sei schliesslich nicht die erste Vorlage, bei der ein Bericht und Antrag aufgrund veränderter Rahmenbedingungen von der Vernehmlassung abweiche.

Wie die Höhe der Mindestertragssteuer am Ende festgelegt werden soll, muss nun in zwei Wochen der Landtag entscheiden. Schliesslich macht er die Gesetze und nicht die Regierung oder der von der FBP in ihrer Pressemitteilung angesprochene Regierungschef.

Moderne Familienpolitik für Liechtenstein

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 7. September das neue «familienpolitische Konzept» zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, den bestehenden Familienrat zu modifizieren.

Vaduz. – «Eine moderne, zukunftsgerichtete Familienpolitik ist Teil einer umfassenden Generationenpolitik und damit eine zentrale und aktuelle Herausforderung der heutigen Zeit. Wir werden die Familienpolitik noch weiter ins Zentrum unserer Arbeit rücken und für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik sorgen. Liechtenstein macht damit auf dem Weg zu einer familiengerechten Gesellschaft einen wichtigen Schritt nach vorne. Wir sind bereit, neue Wege zu gehen und neue Akzente zu setzen», erläuterte Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher.



Ein wichtiger Schritt hin zu einer familiengerechten Gesellschaft.

Klaus Tschütscher
Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein

Investition in die Zukunft

Die Regierung hat ausserdem beschlossen, die Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Trägern entsprechend zu überarbeiten. Dies geschieht schrittweise und nach Massgabe des Ressorts Familie und Chancengleichheit. Künftig wird bei den Leistungsvereinbarungen mit Wirkungszielen und Indikatoren gearbeitet. Damit ist gewährleistet, dass im beiderseitigen Interesse unternehmerisch mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen wird und das Land auch effektive Kontrollinstrumente zur Verfügung hat.

In Liechtenstein besteht ein komplexes System an Leistungen, Trägern und Massnahmen im Bereich der Familienpolitik. Damit familienpolitische Leistungen bei den Anspruchberechtigten bedarfsgerecht ankommen, sind Überprüfungen der Wirkungsbeziehungen des familienpolitischen Leistungsspektrums und Kontrolle der einzelnen Leistungen notwendig. «Die Familie ist auch für den Nachwuchs verantwortlich, den wir im Zeitalter der alternden Gesellschaft so dringend brauchen. Vor diesem Hintergrund sehen wir die staatlichen Unterstützungen der Familien auch als Investition in die Zukunft. Familienpolitik sollte so wenig wie möglich Vorgaben machen, sondern Handlungsfreiheit für Familien schaffen», betonte Klaus Tschütscher.



Eine Investition in die Zukunft: «Familienpolitik sollte so wenig wie möglich Vorgaben machen, sondern Handlungsfreiheit für Familien schaffen», sagt Regierungschef Klaus Tschütscher. Bild Bilderbox

Neue Wege und neue Akzente

In einem weiteren Schwerpunktthema finalisiert das Ressort Familie und Chancengleichheit in den kommenden Wochen zielorientierte Leitsätze der Liechtensteiner Familienpolitik. Aufbauend auf das Konzept wird weiters ein transparentes Familienleitbild Liechtenstein erstellt. Die Modifizierung des Familienrates führt zu einem neuen Fachgremium, welches sich aus ausgewiesenen Experten aus dem deutschsprachigen Raum und Liechtenstein zusammensetzen wird und die Regierung (Ressort Familie und Chancengleichheit) in Familienfragen berät. Um auch die verschiedenen Partner und Organisationen in die Familienpolitik einzubinden, werden Round-Table-Gespräche eingeführt sowie die Ressorts und Ämter bei Bedarf und zur Abstimmung beigezogen. Dadurch wird eine effiziente und fundierte Themenbearbeitung in Familienfragen gewährleistet. *(pafl)*

Sechs «Grand Cru Liechtenstein»-Auszeichnungen an der Lihga

Zehn offiziell angemeldete Liechtensteiner Weine wurden dieses Jahr von der Weindegustationskommission nach dem internationalen 100-Punkte-System beurteilt.

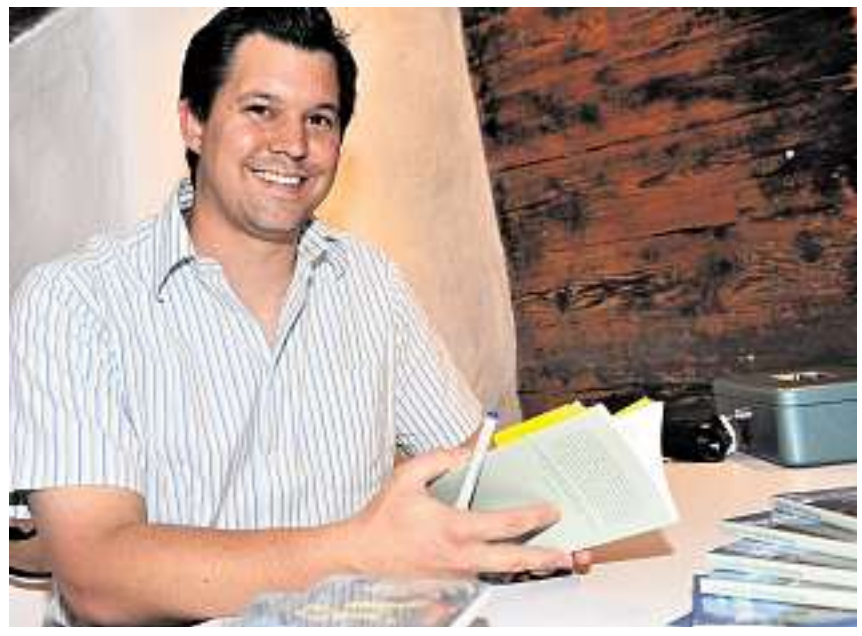
Schaan. – Sechs Weine liechtensteinischer Winzer und heimischer Provenienz erreichten eine Punktzahl von mindestens 85, was die wesentlichste von mehreren Voraussetzungen für eine Auszeichnung mit dem Prädikat «Grand Cru Liechtenstein» ist.

Erfolgreiche Winzer

Den erfolgreichen Winzern überreichte gestern, Donnerstag, Regierungsrätin Renate Müssner an der Lihga in Schaan die Urkunden und Auszeichnungsetiketten: Hubert Gstöhl vom Weingut Castellum Eschen mit den Weinen Symphonie Cuvée Castellum AOC 2009, 87 Punkte, und Blauburgunder Feuergold Castellum AOC 2009, 87 Punkte; Marco und Ewald Frick, Balzers, mit dem Wein Balzner AOC Pinot Noir 2008 Barrique, 87 Punkte; der Hofkellerei Vaduz, mit den Weinen Vaduzer Pinot Noir Abt AOC «Sélection Liechtenstein» 2008, Barrique, 88 Punkte, und Vaduzer Pinot Noir Bocker AOC «Sélection Liechtenstein» 2008, Barrique, 88 Punkte und Harry Zech vom Weingut Harry Zech Weinbau, dessen Wein Sauvignon Blanc Haberwald AOC Mauren 2009 mit 85 Punkte bewertet wurde. *(pafl)*

«Die Entführung» – den Falschen vertraut

Armin Öhris zweites Buch «Die Entführung» schlug Wellen in Liechtenstein. Allerdings nicht wie anfangs gedacht wegen dessen Inhalt, sondern in erster Linie wegen der medialen Diskussion drum herum.





Lesung mit Nebengeräuschen: Armin Öhri las am Freitag aus seinem Werk «Die Entführung». Zur Sprache kam dann aber nicht zuletzt die mediale Vorgeschichte seiner Veröffentlichung. Bilder Sven Beham

Ruggell. – Rund einen Monat, nachdem der junge Schriftsteller Armin Öhri für Aufsehen in den liechtensteinischen Medien gesorgt hatte, nahm er am vergangenen Freitag die erste Lesung seines Werks «Die Entführung» im Küefer-Martis-Huus in Ruggell vor. Die Gäste hörten aufmerksam zu, als er einige Kostproben gab. Mehr noch: Man konnte fast eine Stecknadel fallen hören, als er die entscheidenden Momente der versuchten Rotter-Entführung anhand einer Passage rund um das Hotel Gaflei streifte.

«Die Entführung» vermag den Leser durchaus zu fesseln. Es handelt sich um eine interessante Erzählung über historische Ereignisse eines vom Autor umfassend recherchierten dunklen Kapitels der jüngeren Liechtensteiner Geschichte – gespickt mit fiktiven Details aus der Perspektive der 14-jährigen Deutschen Anna Sontheim, die eine zarte Liebesgeschichte mit ihrer Schulfreundin Ingeborg Schacht durchlebt. Im Ganzen erwartet den Leser eine spannende Rahmenhandlung und scheinbar ganz nebenbei ein Einblick in die liechtensteinische Geschichte.

Die Wahl der Erzählperspektive ist geglückt, da es auf diese Weise ermöglicht wird, die Geschichte einfach zu erklären, sodass auch der Nicht-Historiker folgen kann bzw. ein Leser, der sich nicht mit der Rotter-Affäre auskennt. Umso bedauerlicher ist es, dass die Erzählperspektive der jungen Anna gegen Ende des Werks stellenweise nicht konsequent durchgezogen wird. Als sich die Ereignisse überschlagen, kann Anna nicht mehr überall offen oder im Verborgenen dabei sein und plötzlich führt zuweilen ein allwissender Erzähler durch die Geschichte.

Mutige Sichtweise zum Schluss

Alles in allem sind die Schilderungen Armin Öhris sehr detailverliebt. So beispielsweise, als Anna einen Brief ihrer Freundin Inge begutachtet, der sie im Jahr 1972 wieder an die Ereignisse im Liechtenstein des Frühjahrs 1933 erinnert: «Dem Umschlag war nichts Aussergewöhnliches anzumerken, als sie ihn betastete. Er war nicht wattiert, besass keine besondere Einlage oder Polsterung und entsprach der gängigen Norm. Wenigstens der Poststempel würde ihr verraten, wo man das Kuvert aufgegeben hatte. Ein kreisrunder Abdruck schob sich teilweise über die Briefmarke. Auf dem Stempel waren zwei, drei Buchstaben schlecht zu erkennen», heisst es im Buch.

Allerdings verstrickt sich Armin Öhri in seiner Detailverliebtheit manchmal auch in Widersprüche: So ist die 53-jährige Anna nach der Lektüre des Briefs plötzlich wieder das «unbedarfte vierzehnjährige Mädchen», das nochmals jenen April 1933 «vor beinahe dreissig Jahren durchlebte». Ein anderes Mal entpuppt sich der unter den Füssen der Protagonisten knirschende Neuschnee, in dem die Reifen eines Autos breite Spuren hinterlassen haben, innerhalb von ein paar Zeilen als lediglich wenige Zentimeter hohe Verwehung.

Diese Widersprüche schliessen aber keinesfalls aus, dass die detaillierten Beschreibungen Öhris durchaus zu gefallen wissen. Was weniger den Geschmack der Liechtensteiner Leser treffen dürfte, ist Öhris Generalabrechnung mit seinen Landsleuten des Jahres 1972. Da werden nicht – wie im Rest des Buchs – lediglich die Täter von 1933 gebrandmarkt. Stattdessen greift der Autor zu pauschalen Vorurteilen, wie sie auch der bundesdeutschen Presse aus dem Frühjahr 2008 entstammen könnten, als Liechtenstein plötzlich zum Schurkenstaat oder Raubritternest degradiert worden ist.

In der «Entführung» genügen Anna im Jahr 1972 «ein paar Telefonate», um das Kriegschicksal der Familie Schacht in Erfahrung zu bringen. «Ausser bei den Liechtensteinern. Da beisst man auf Granit. Die halten dicht, das ganze Pack. Ein funktionierender Finanzplatz verträgt wohl keine Aufregung.» Ohnehin seien die Liechtensteiner – zumindest jene von 1972 – «Weltmeister im Verdrängen. Mitglieder der Regierung und Parlamentarier, Wirtschaftskapitäne, Zeitungsredakteure und Anwälte – unter allen finden und fanden sich alte Nazis».

Widerstände waren zu erwarten

Auf Widerstände gestossen sei Öhri aber nicht nur in den Medien. So sei ihm auch im Triesenberger Walsermuseum jegliche Auskunft mit dem Hinweis verweigert worden, dass einer der im Buch genannten Haupttäter ein angesehener Bürger der Gemeinde sei.

Wer ein wenig im Bilde ist über die Rotter-Affäre, bestreitet kaum, dass dies ein delikates und sensibles Thema ist. Vor allem, da es in Familienstrukturen hineingreift. Der Umstand, dass Liechtenstein ein Land ist, in dem jeder jeden kennt, erschwert Recherchen zusätzlich. Deshalb wäre es wohl bereits im Voraus nicht ganz abwegig gewesen, mit einer zögerlichen Haltung des Umfelds und der Nachkommen der Verantwortlichen zu rechnen.

Traurige Ironie

«Ein einsames Alphotel im Schnee. Finstere Gestalten mit Messern und Pistolen. Ein jüdisches Brüderpaar, das für den Konkurs mehrerer Theater verantwortlich gemacht wird. Und jemand, der noch eine Rechnung mit ihnen begleichen will ... April 1933 – Die vierzehnjährige Anna fährt mit ihrer Schulfreundin und deren Eltern nach Liechtenstein. Doch ihr Aufenthalt in dem kleinen Land mündet in eine Katastrophe, und sie wird Zeugin einer menschlichen Tragödie», heisst es im Klappentext zu Öhris Buch rund um die Geschehnisse der Rotter-Affäre. Geschehnisse, in deren Rahmen die Rotter-Brüder von liechtensteinischen NS-Sympathisanten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Gaflei gelockt worden sind, um sie dort zu überwältigen und sie der reichsdeutschen Justiz zuzuführen. Der Versuch scheitert zunächst am Widerstand der beiden Brüder und endet mit dem Tod von Alfred Rotter und seiner Frau.

Es vermag aufgrund der Vorgeschichte allerdings wenig zu überraschen, dass am Freitag nicht das Buch selbst im Vordergrund stand. Vielmehr drehte sich ein wesentlicher Teil der als Lesung angekündigten Veranstaltung um Öhris Versuche, sein Werk vor dessen Erscheinung medial zu bewerben. Dass er im Fall des «Vaterlands» nach mehrmaligem Nachfragen per E-Mail eine abschlägige Antwort erhalten hat und mit dieser zur Konkurrenz gegangen ist, kommentierte er mit den Worten: «Wie blöd kann man sein, so etwas auch noch schriftlich zu geben?» So sei er «ja fast gezwungen gewesen, damit zum ‹Volksblatt› zu gehen». Für diese sei es schliesslich ein «gefundenes Fressen» gewesen.

Man kommt nicht umhin, eine gewisse Ironie festzustellen: Gerade ein Schriftsteller, der sich mit dem Rotter-Thema intensiv beschäftigt hat, bei seinen Recherchen mit vielen Menschen geredet und ihre Meinung erfahren hat, selbst keine Probleme darin sieht, Mitmenschen, die ihm im guten Glauben Persönliches anvertraut haben, ans Messer der medialen Konkurrenz zu liefern. *(rba)*

Austausch von Ideen und Lösungen

«Dinge, die wir lernen müssen, bevor wir sie tun können, lernen wir, indem wir sie tun», meinte Regierungsrätin Renate Müssner in Anlehnung an Aristoteles und leitete damit den letzten Tag des Kongresses Lisdar an der Hochschule Liechtenstein ein.

Vaduz. – Die nachhaltige Entwicklung regionaler Ressourcen stand im Mittelpunkt. Dabei wurde anhand von Wiesen und Wäldern, Mooren und Weinbergen erläutert, wie diese Entwicklung aussieht und aussehen sollte. Professorin Carmen de Jong von der Universität Savoie zeigte auf, wie wichtig die Feuchtgebiete in den Alpen als CO_2-Speicher sind und welche Folgen der Einsatz von Schneekanonen nach sich zieht. Vor allem Aushebungen für die Wasserspeicherbecken wie auch Lift- und Strassenbau hinterlassen massive Spuren in der Energiebilanz. «Die Idee einer klimaneutralen Alpenregion muss vorangetrieben werden», meinte de Jong.

Die Bedeutung der Moore

Wie sehr diese Bilanz gestört werden kann, wurde bei den folgenden Referaten klar. Andreas Grünig vom Schweizer Bundesamt für Landwirtschaft Agroscope sprach über die Bedeutung der Moore. «Ein Moor wächst im Jahr einen Millimeter in die Höhe», erklärte er und wies darauf hin, dass weltweit immer mehr Moore drainiert werden. Diese entwässerten Moore waren dieses Jahr ein Grund für die riesigen Brände rund um Moskau. Hans-Peter Schmidt von der Forschungsstelle Delinat-Institut brachte in einer «kleinen Flasche Hoffnung» Holzkohle mit und sagte: «In dieser Biokohle ist ein Kühlschrank, den nur Mikro-Organismen öffnen können um sich die Mineralien zu holen.» Sein Versuch mit der Biokohle im Weinbau hat gezeigt, dass die Wasserspeicherfähigkeit des Bodens enorm zunimmt. «Es geht nicht nur um Schmetterlinge. Die kommen, wenn die Basis stimmt», meinte Schmidt und wies darauf hin, dass in diesem Weinberg-Prototyp dank Biodiversität jeder bei jedem tankt.

Energie – Gewinn und Verbrauch

Wie eng Energieverbrauch und Energiegewinnung miteinander verknüpft sind, zeigten drei weitere Referate. René Müller, Vorstand der Solarcomplex AG, präsentierte sein Unternehmen, bei dem Energie, Technik und Bürgerkapital vereint wurden und so eine zentrale Kraft für erneuerbaren Energien im westlichen Bodenseeraum entstand. In der Region entstanden kleine Bioenergiedörfer, Solarparks, Biogasanlagen, Wasserkraftwerke und Holzschnittheizungen. Was mit 20 Bürgern gestartet ist, hat heute 700 Gewerkschafter, aus den 37 000 Euro Grundkapital entstanden in zehn Jahren 5 Millionen Euro.



Kongress für Nachhaltigkeit: Regierungsrätin Renate Müssner zusammen mit Felix Näscher, Amtsleiter beim Amt für Wald, Natur und Landwirtschaft. Bild Sven Beham

Auch Karl-Heinz Kaspar vom Grossen Walsertal wies darauf hin, dass jeder Weg mit dem ersten Schritt beginnt und der Weg das Ziel ist. In seiner Heimat haben sich sechs Dörfer mit 3600 Einwohnern zusammengeschlossen, um einen Biosphärenpark zu schaffen. In Liechtenstein wird derzeit eine räumliche Potenzialanalyse erstellt, um die regenerative Energiegewinnung abzuklären. Dieter Genske, Gastprofessor an der Hochschule Liechtenstein, stellte dieses Projekt vor. «Wir können bereits erkennen, dass wir den Energieverbrauch senken können, wenn wir die Produktion erneuerbarer Energien stimulieren», meinte er. Ein Vortrag über den Talente-Tauschkreis in Vorarlberg von Rolf Schilling sowie drei Workshops beendeten diesen zweiten Liechtenstein Kongress für Nachhaltigkeit. Mit ihm wurde das internationale Netzwerk der Anstrengungen zum nachhaltigen Umgang mit regionalen Ressourcen wieder etwas dichter verwoben und Liechtenstein hat einen wichtigen Teil dazu beigetragen. *(agr)*

FORUM

«Dankeschön»: Überparteiliche Bürgerinitiative pro Landesspital

VADUZ – Die überparteiliche «Bürgerinitiative pro Landesspital» dankt für das rege Interesse, das ihr aus allen Kreisen der liechtensteinischen Bevölkerung entgegengebracht wird. Ein Dankeschön gilt auch allen, die sich mit den Zielsetzungen der Bürgerinitiative solidarisieren und ihre Bemühungen um eine schnelle Realisierung des schon jahrelang geplanten Neubaus des Landesspitals in Vaduz unterstützen.

Wir danken den liechtensteinischen Medien für die faire Berichterstattung über die erste Medienkonferenz, die am vergangenen Freitag in Vaduz stattfand. Die Bürgerinitiative pro Landesspital verfolgt mit grossem Interesse die weiteren Schritte; im Sinne der Parteiprogramme zur Landtagswahl 2009 und der Koalitionsvereinbarung zwischen VU und FBP am 13. März 2009 vereinbarten Beschlüsse. Die überparteiliche «Bürgerinitiative pro Landespital» strebt in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Landesspital Vaduz die Einrichtung eines Internet-Forums an, über das im weiteren Verlauf der Woche berichtet werden wird. (pd)

ANZEIGE


KURSE

Bevor die Römer kamen

VADUZ – In dieser Führung durch die aktuelle Ausstellung «Bevor die Römer kamen – Späte Kelten am Bodensee» des Liechtensteinischen Landesmuseums wird den Teilnehmenden viel Wissenswertes rund um die frühesten Bewohner dieser Region vermittelt. Themen der Ausstellung sind Siedlungen, Wirtschaft, Religion, Tod und Bestattungssitten sowie das Ende der keltischen Eigenständigkeit. In einer kleinen Sonderschau wird zudem ein Querschnitt von Objekten aus der gesamten Eisenzeit in unserem Land präsentiert. Kurs 221 unter der Leitung von Marianne Lörcher findet am Samstag, den 25. September, ab 10 Uhr im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz statt. Mit Voranmeldung. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan; Telefon: 232 48 22; E-Mail: info@steinegerta.li. (pd)

Porträtzeichnen und -malen

MAUREN – Die Teilnehmenden beginnen zuerst mit den Grundformen, Proportionen und der Anatomie des Kopfes. Anschliessend fliessender Übergang zum Porträt nach Modell. An den letzten zwei Abenden werden auch Farben verwendet. Der Kurs 160 unter der Leitung von Hildegard Unterweger beginnt am Mittwoch, den 22. September, um 19 Uhr im Gemeindesaal in Mauren im Sitzungszimmer. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan; Telefon: 232 48 22; E-Mail: info@steinegerta.li. (pd)

Seelenklänge

MASESCHA – Eine Klangmassage löst im Körper Schwingungen aus, die wie feine Wellen auf der Wasseroberfläche sanft durch den Körper gleiten. Energien können wieder frei fliessen und es gibt Platz für Veränderungen und für sich selbst. Nada Brahma – der Mensch ist Klang. Der Kurs 233 unter der Leitung von Andrea Rodel-Sutter findet am Donnerstag, den 23. September, von 18 bis 20 Uhr im Klangraum, Marchamguadstr. 48, Masescha statt. Anmeldung und Auskunft bei der Erwachsenenbildung Stein Egerta in Schaan; Telefon: 232 48 22; E-Mail: info@steinegerta.li. (pd)

«Die Entführung»

Armin Öhris erste Lesung aus dem Buch, das schon im Vorfeld für Kontroversen sorgte

RUGGELL – Kaum ein literarisches Werk spaltete die öffentliche Meinung in den letzten Jahren so, wie «Die Entführung». Eine fiktive Erzählung von Armin Öhri mit bekannten und wahrheitsgetreuen Details liechtensteinischer Geschichte.

• Mia Frick


FOTO MIA

Signierstunde eines «Skandalbuches» im Küefer-Martis-Huus: Autor Armin Öhri (links) und Johannes Inama.

Die Handlung der Erzählung dreht sich im Eigentlichen um ein heranwachsendes Mädchen zu Zeiten des aufkeimenden Nationalsozialismus, das auf einer Urlaubsreise in Liechtenstein in die dunklen NS-Machenschaften des Landes gerät. Der hinlänglich bekannten Rotter-Affäre. Nationalsozialistisch gesinnte Liechtensteiner versuchten, zwei jüdische Brüder, Alfred und Fritz Rotter, die mit ihren Frauen in Liechtenstein Zuflucht gesucht hatten, an Nazi-Schergen auszuliefern. Am 5. April 1933 sind die jüdischen Eheleute Alfred und Gertrud Rotter, gehetzt von einer Bande liechtensteinischer und deutscher Nationalsozialisten, in den Felsen unterhalb von Gaflei ums Leben gekommen. Fritz Rotter, der Bruder Alfreds, und seine Begleiterin kamen bei dem Attentat mit Verletzungen davon. Kein rühmliches aber ein wahres und daher wichtiges Kapitel der Landesgeschichte.

«Wir wussten nicht, dass diese Erzählung schon im Vorfeld so viel Staub aufwirbeln wird», und in manchen Fällen gar der Zensur zum Opfer fiel. Johannes Inama, Leiter des Ruggeller Küefer-Martis-Huus, kann diesem Umstand aber auch Positives abgewinnen, da die Debatten um dieses Thema zum kollektiven Erinnern beitragen – gegen das Vergessen durch Totschweigen, obwohl sich das, wie die Reaktionen gezeigt haben, einige im Land nach wie vor wünschen würden.

Warnsignal für die Gesellschaft

Diese erste Lesung fand im Küefer-Martis-Huus statt, was insofern stimmig ist, weil dort noch bis Dezember die Ausstellung «Zuflucht auf Raten – Liechtenstein und die Juden» zu sehen ist.

Armin Öhri ist daher nicht nur als Ruggeller, sondern auch wegen der zur Ausstellung passenden Problematik der Rahmenhandlung seines neuen Buchs, ein willkommener Gast. Der studierte Germanist und Historiker verwebt gekonnt die Geschichte um die Befindlichkeiten einer jungen Frau mit belegten historischen Fakten, bei denen nur wenige der dichterischen Freiheit zum Opfer fielen. Alle Fakten sind bekannt und nachzulesen, bis auf die eigentliche Geschichte in diesem Buch, die nämlich ist fiktiv und neu.

Nationalstolz versus Wahrheit

Das kleine Buch ist ein trauriger Beweis dafür, dass die Schandtat um die versuchte Entführung der Familie Rotter zwar bestens aufgearbeitet worden ist, jedoch noch längst nicht verarbeitet – und das nach bald 80 Jahren. Ein Warnsignal für die Gesellschaft. Eine geplante Lesung im Walser Museum in Triesenberg etwa, kam von vornherein nicht zustande, denn das Museum beherbergt viele Exponate des Künstlers Rudolf Schädler. Da dieser aber in der Erzählung «Die Entführung» nicht nur als der geniale Wurzelschnitzer, sondern auch als Nazi-Scherge auftritt, wurde eine Lesung daraus von den Museumsbetreibern als «Unding» abgelehnt. Das Andenken Rudolf Schädlers soll ein positives bleiben: Den historischen Tatsachen will man sich offenbar auch 2010 noch nicht stellen. Wer in dieser Debatte den Gegenweg antreten will, findet das Buch im van Eck Verlag.

Wer nicht tanzt, ist selber schuld

Der «Tanz Plan Ost» förderte das Publikum

SCHAAN – Am dritten und letzten Tag wurde das Tanzprojekt des «Tanz Plan Ost 2010» präsentiert, doch auch das tanzbegeisterte Publikum durfte, nach kurzer Anleitung, sein Können unter Beweis stellen.

• Mia Frick

Ganze vier Jahre lang planten Gisa Frank und ihr Team das Tanzförderprojekt, dessen grandiose Premiere in Schaan gefeiert wurde. Bevor der «Tanz Plan Ost» jedoch auf seiner Tour durch die Ostschweiz weiterzog, zeigte er sich im Theater am Kirchplatz ein letztes Mal von seiner atemberaubendsten Seite.

Nicht still, ergriffen

Höhepunkt des letzten Abends bildete das Tanzprojekt, das Choreograf Philippe Saire mit acht Tänzern aus der Region in Schaan erarbeitet hat. «Les affluents Op.2», lautet der Titel des Projekts, das an alle Stationen des «Tanz Plan Ost» zu sehen sein wird. Die Zusammenflüsse, wie der Titel übersetzt lautet, ist zwar eine Wiederaufnahme jedoch in seiner Art ganz neu. «Diese zweite Aufführung ist genauso schön wie die erste», schwärmt Saire in der anschliessenden Gesprächsrunde. Philippe Saire setzt in seinem Stück auf die Probleme von zwischenmenschlichen Zusammenkünften. Individuen stehen Gruppen gegenüber, Selbstdarstellern versus Herdentieren. Die acht Tänzer, unter ihnen auch Susana Beiro, zeigen auf der Bühne ein volles Repertoire an Befindlichkeiten, zwischen der Suche nach Nähe und Anerkennung bis zu Sex und roher Gewalt. Es ist nicht gerade wenig, was Saire von seiner Truppe abverlangt, die sich jedoch professionell durch noch so provokative Szenen tanzt – und durch einen Haufen Schuhe auf der Bühne. Das Publikum war von der Darbietung danach zu ergriffen, um Fragen zu stellen. Einzig ein: «Danke schön, das war wunderschön», entkam seinen Lippen.

Wunderschön waren allerdings auch die beiden Kurzstücke zu Beginn des Abends. Hideto Heshiki beeindruckte in seinem Stück «Dawn» durch seine faszinierende Körperbeherrschung. Begleitet von zwei Musikern auf der Bühne schlängelt er sich fliessend und passend zur Musik auf der Bühne, hält inne, springt in die Luft. Es scheint, als fliesse die Musik direkt durch seinen Körper und suche sich ihren Weg selbst.

Schüttelt euren Speck

Im direkten Anschluss folgte ein Streitgespräch eines Paares. «Ab und Zu(-stände) zu zweit», nennt sich das Programm von «crucible» aus Berlin. Zu einem eingespielte


FOTO MAURICE SHOUROT

Beziehungskonflikt einmal anders: «Ab und Zu(-stände) zu zweit».

Gespräch lotet das Tanzpaar auf der Bühne seine Beziehung aus, klettert kunstvoll auf sich herum, bevor es sich wieder wegstösst. Liebe, unerfüllte Träume und der Zweifel an dem anderen in einer Partnerschaft, versinnbildlicht anhand der kunstvollen Bewegungen, mal zärtlich, mal aggressiv, wie im echten Leben. Auch die Paradoxie an dieser Art von Streit, bei dem beide eigentlich das Gleiche wollen, wurde gezeigt: Bei dem aufkeimenden Streitgespräch in Dauerschleife wechseln die beiden nämlich den Text. Die Vorwürfe von ihr wirft nun er ihr an den Kopf, eine interessante Art dieser Vermittlung. Und dann war es für das Publikum endlich so weit: Tanzbegeisterte waren an diesem Tag schon früher ins TaK gekommen, um von den Tänzern eine kleine Choreografie zu lernen, mit der sie beim Ballvergnügen nach der Vorstellung punkten konnten. Nicht wenige verzichteten auf die Chance, sich von den Profis etwas abschauen zu können und tanzten begeistert durch das TaK-Foyer. Zwar durfte bei dem Ball jeder auf seine Art mittanzen, doch ebenfalls eine Choreografie zu können, hatte eindeutig seinen Reiz und verblüffte die Spätergekommenen.

Dass Tanzen eine interessante und ernst zu nehmende Tätigkeit ist, versuchen die Initiatoren des Festivals auch im Gesetz zu verankern, per Petition, die unterzeichnet werden kann.

Aus der Regierung

Änderungswünsche teilweise übernommen

VADUZ – Die Regierung hat zuhanden des Landtags eine Stellungnahme zur Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes verabschiedet. Sie beantwortet damit die Fragen, die von den Landtagsabgeordneten während der ersten Lesung der Gesetzesvorlage aufgeworfen wurden. Der Landtag begrüsste es grundsätzlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit eine Arztpraxis oder eine Praxis eines Gesundheitsberufes in Form einer juristischen Person geführt werden kann. Die von den Landtagsabgeordneten aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen betrafen speziell die Abrechnungsmodalitäten mit den Krankenkassen, die erlaubten Rechtsformen und die Berufsausübungsvarianten. Weiter hat der Landtag konkrete Änderungen vorgeschlagen, die von der Regierung geprüft und zum Teil in die Gesetzesvorlage übernommen wurden. Diese Änderungsvorschläge betrafen beispielsweise bestimmte Formulierungen, die Verfahrensabläufe und Fristen, die Bedarfsplanung oder die Mindestversicherungssumme bei der Berufshaftpflicht einer Ärztegesellschaft. (pafl)

«Wer ist wer» im Internet

SCHAAN/TRIESEN – Das im Triesner van Eck Verlag erschienene Nachschlagewerk «Wer ist wer? Wer tut was? 2009» ist nun als E-Book kostenlos im Internet auf http://magazin.volksblatt.li verfügbar. Auf der neuen Magazine-Plattform des «Liechtensteiner Volksblatts» kann «Wer ist wer» «durchgeblättert» sowie heruntergeladen



werden. Das Handbuch bietet umfassende Informationen für alle, die wissen wollen, wer im Land die Politik, die Verwaltung, die Industrie, das Gewerbe und die Kultur massgeblich beeinflusst. Überdies wurden in der 5. Auflage Vereine aufgenommen, welche im Land aktiv sind sowie Liechtensteiner Vereine im Ausland. Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland und die ausländischen Botschaften und Konsulate in Liechtenstein sind am Schluss des Buches aufgeführt. (vb)

Aus dem Gericht

Betrunkener «Spass» in einer Gärtnerei

VADUZ – «Ich sehe ja ein, dass ich einen Blödsinn gemacht habe», gab ein 23-jähriger Student gestern vor Gericht zu. Im Juli dieses Jahres war er nächtens mit einem Kollegen im Ausgang gewesen und hatte einiges über den Durst getrunken. Mindestens 1,7 Promille hatte er im Blut, wie sich nachträglich herausstellte, als er morgens gegen drei Uhr mit seinem Kollegen nach Hause wankte und dabei in Vaduz an einer Gärtnerei vorbeikam. Zuerst habe er sich eine der Selbstschnittblumen gepflückt, sagte der 23-Jährige, und habe sie auch bezahlt. Aber dann stand da noch ein motorisierter Arbeitskarren der Gärtnerei herum, bei dem der Schlüssel steckte. «Wir wollten einfach ein bisschen Spass haben», erklärte der Beschuldigte, warum er den Karren dann in Betrieb setzte, um damit ein wenig herumzufahren. In einem Blumenbeet wenige Meter weiter war dann aber Schluss. Ohne sich um den angerichteten Schaden zu kümmern, gingen beide anschliessend nach Hause. Ein teurer «Spass», wie vor Gericht dann deutlich wurde. Zu den 1200 Franken bedingter Geldstrafe kamen für den 23-Jährigen dann noch 3000 Franken Busse für betrunkenes Fahren, 500 Franken Verfahrenskosten und 400 Franken für die polizeilichen Ermittlungen dazu. Den Schaden in der Gärtnerei muss er ebenfalls ersetzen. Das Urteil ist rechtskräftig. (jm)

Verwirrung um Gebühren

MasterCard-Gebühren in Liechtenstein in der Kritik

VADUZ – Gleicher Wirtschaftsraum, gleiche Währung und Zollvertrag. Vieles verbindet Liechtenstein mit der Schweiz. Nur bei bestimmten Kreditkarten kann Liechtenstein zum Ausland werden – selbst für Liechtensteiner.

• Holger Franke

«Vorsicht MasterCard-Halter in Liechtenstein», titelte Ueli Siegfried in einem Leserbrief, den das «Vaterland» gestern veröffentlichte. Siegfried wurden offenbar beim Einsatz seiner MasterCard Transaktionsgebühren in Höhe von 1,5 Prozent verrechnet, als er seine Kreditkarte in Liechtenstein eingesetzt hat. Kaum zu glauben: Hätte er in der Schweiz eingekauft, wäre ihm das trotz identischer Währung nicht passiert. «Werden wir in Liechtenstein gemobbt von MasterCard oder hat da vielleicht ein übereifriger Bürolist in der Zentrale versucht, sich zu profilieren?», macht Siegfried seinem Ärger Luft.

Unterschiede bei den Karten

Ganz so einfach ist der Fall jedoch nicht. Wie die Kreditkartengesellschaft Viseca Card Services SA in der Schweiz gegenüber dem «Volksblatt» erklärt, verrechnet sie keine Transaktionsgebühren, wenn die Transaktionswährung der Kartenwährung entspricht. «Das heisst, wenn Sie von uns eine Karte in Schweizer Franken besitzen und dann eine Zahlung im In- oder Ausland in Schweizer Franken durchführen, Ihnen keine zusätzliche Transaktionsgebühr belastet wird», heisst es in einer schriftlichen Stellungnahme. Doch woher kommt nun diese Gebühr, die Liechtensteiner in Liechtenstein glatt zum Ausländer macht? «Wir vermuten, dass dieser Kunde eine Karte von der GE Money Bank Schweiz besitzt (z. B. Migros Cumulus MasterCard oder direkt bei GE), welche ab dem 9. August 2010 eine Gebühr für jegliche Zahlungen im Ausland (unabhängig von der Währung) eingeführt hat. GE Money Bank ist nach unserem Wissen aktuell die einzige Kartenherausgeberin in der Schweiz, die diese Gebühr verrechnet», heisst es vonseiten der Viseca. Eine Version, die Leserbriefverfasser Ueli Siegfried gegenüber dem «Volksblatt» bestätigt. Ärgerlich für ihn ist jedoch, dass die GE Money Bank diese Transaktionsgebühr neu eingeführt hat, was in den Schweizer Medien bereits für Schlagzeilen sorgte.

Angebote vergleichen

Festgehalten werden muss jedoch, dass die genannte Migros Cumulus MasterCard gratis zu haben ist, was sich je nach Jahresumsatz der Karte durchaus rechnen kann. Einzelne Kartenanbieter verlangen teils kräftige Jahresgebühren, die aber ab bestimmten Umsätzen auch wieder entfallen können – der Verbraucher sollte hier also vergleichen, auch im Hinblick auf mögliche Zusatzleistungen der einzelnen Kreditkartenherausgeber. Aus zeitlichen Gründen war es gestern nicht mehr möglich, eine Stellungnahme der GE Money Bank einzuholen. Das «Volksblatt» wird dies heute nachholen und voraussichtlich in der morgigen Ausgabe weiter über diesen Fall berichten. Für den Leserbriefverfasser ist aber eines schon heute klar: «Ich werde für hohe Beträge die Karte in Liechtenstein nicht mehr einsetzen», so Ueli Siegfried gegenüber dem «Volksblatt».


FOTO SSI

Verbraucher aufgepasst: Je nach Kartenanbieter können teils saftige Gebühren anfallen – ein Vergleich lohnt sich also.

Zum Frieden gezwungen

21-jähriger Schläger erhält neuerlich Chance auf Tatausgleich

VADUZ – Ob aus persönlicher oder auch politischer Antipathie liegen sich ein 21-jähriger Skinhead und ein 32-jähriger Kontrahent schon seit bald zwei Jahren teils tätlich in der Wolle. Gestern stand der 21-Jährige schon wieder vor Gericht.

• Johannes Mattivi

Zweimal hatte das Gericht bereits einen Tatausgleich zwischen den beiden Kontrahenten versucht. Beim zweiten Mal kurz vor Weihnachten 2009 schien er im Rahmen einer Gerichtsverhandlung dann zu glücken. Der 21-jährige Skinhead erklärte sich vor der Bewährungshilfe bereit, seinem Kontrahenten, dem er bei einer Schlägerei die Nase gebrochen hatte, 7500 Franken zu bezahlen und damit die Sache ohne Gerichtsurteil und potenzielle Vorstrafe aus der Welt zu schaffen. Weil der 21-Jährige dann aber nicht bezahlte, musste er erneut vor den Richter treten. Der gross gewachsene und breitschultrig gebaute Beschuldigte erschien gestern wie schon bei seiner ersten Verhandlung in eindeutigem Skinhead-Outfit. Und mit einem blauen Auge. Aber das stamme nicht von einer neuerlichen Schlägerei, erklärte er dem Staatsanwalt, der ihn darauf ansprach. Das komme vom Rugbyspielen.

Strenger Ehrbegriff

Sein Kontrahent habe sich einfach nicht an seinen Teil der Vereinbarung gehalten, begründete der 21-Jährige dann vor dem Richter das Ausbleiben der Zahlung. «Wir hatten ganz klar ausgemacht, dass wir uns künftig aus dem Weg gehen», sagte der Beschuldigte. «Aber dann habe ich ihn wieder im Ausgang getroffen und er hat mich wüst als Arschloch und Wichser beschimpft. Und beim WM-Finale im Städtle kam er mit zwei Kollegen auf mich zu, um mich zu beschimpfen.» Ob sein Kontrahent denn auch tätlich geworden sei, wollte der Richter wissen. Das nicht, gab der Beschuldigte zu. Aber er müsse sich doch nicht alles gefallen lassen. Und wenn einer den ersten Schlag austeile, müsse er doch zurückschlagen dürfen, erklärte der 21-Jährige darüber hinaus, warum er immer wieder in tätliche Auseinandersetzungen gerät. Meist natürlich im Ausgang und unter massivem Alkoholeinfluss.



«Notwehr und Rache sind zwei verschiedene Dinge», versuchte der Richter dann zu erklären, warum zuschlagen nicht die richtige Reaktion auf Provokationen sei. Und wenn sein Kontrahent ihn provoziert habe, hätte er ihn halt einfach ignorieren und ihm aus dem Weg gehen sollen.

Um Höhe gefeilscht

Dann erörterte der Richter mit dem jungen Beschuldigten noch einmal eindringlich die Möglichkeit zu einem allerletzten Tatausgleich. Die Konsequenz wäre sonst eine Vorstrafe wegen schwerer Körperverletzung. Eine Weile feilschten der Richter und der Beschuldigte um die Höhe der Ratenzahlung an den geschädigten Kontrahenten herum. Dabei stand der Beschuldigte ständig auf der Kippe, doch das Verfahren über sich ergehen zu lassen und die Vorstrafe zu kassieren. Denn die angebotenen Summen könne er sich nicht leisten. Bei 800 Franken pro Monat willigte der Beschuldigte dann mehr oder weniger zähneknirschend ein. In zehn Raten bezahlt wären damit die vereinbarten 7500 Franken an den Kontrahenten plus die neuerlichen 500 Franken Gerichtskosten erbracht.

Der 21-jährige Beschuldigte hatte seinen ersten Tatausgleich wegen Nichtzahlung an seinen Kontrahenten platzen lassen. Der neuerlich erzielte Ausgleich ist allerdings seine letzte Chance.

HEUTE
WIRTSCHAFT
REGIONAL

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
SAMSTAG, 2. OKTOBER 2010 | NR. 224 | CHF 1.80



INLAND

Menschenrechtsschutz: Mark Villiger stellt Liechtenstein ein gutes Zeugnis aus. SEITE 5



SPORT

Beim heutigen Heimspiel des FCV steht auch die Geselligkeit im Vordergrund. SEITEN 17/18

AAC
Revision und Treuhand AG
Buchhaltungen
T +423 399 03 03 · www.aac.li

Hilti schafft die Trendwende

Schaan. – Der Bautechnologiekonzern Hilti hat den Abwärtstrend gebrochen: In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres stieg der Umsatz erstmals seit Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise wieder an. Auch beim Reingewinn konnte das Unternehmen deutlich zulegen. Im Interview mit «Wirtschaft regional» spricht CEO Bo Risberg über die wohl schlimmste Krise der Firmengeschichte und erklärt, warum weniger Stellen abgebaut mussten, als ursprünglich angenommen.

WIRTSCHAFT REGIONAL

Strafanzeige gegen LGT-Chefs

Ein deutscher Steuersünder hat Strafanzeige wegen schweren Betrugs gegen die Chefs der LGT-Gruppe eingereicht. Der norddeutsche Unternehmer wirft zwei ehemaligen Geschäftsleitungsmitgliedern der vom Datenklau betroffenen LGT Treuhand sowie weiteren, nicht genannten Personen aus der Chefetage vor, sie hätten das Institut unrechtmässig bereichert, indem sie die Kunden nicht über den Datenklau informierten und weiter Honorare in Rechnung stellten. WIRTSCHAFT REGIONAL

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–13
TV-Programme	14, 15
Boulevard	16
Sport	17–22
www.aktuell	23
Gesund & Vital	24
Schnell gefunden	28
Kultur	29, 30
Ausland	31
Die Letzte	32

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 60039

«Danken, loben und sich freuen»

Mit einem Festakt übergab die Gemeinde Gamprin-Bendern gestern Abend das neue Schulgebäude seiner Bestimmung. Im Mittelpunkt standen Dank, Lob und grosse Freude.

Von Elisabeth Huppmann



Symbolischer Akt der Freude: Architekt Martin Erhart überreicht Gemeindevorsteher Donath Oehri und der stellvertretenden Schulleiterin Annelies Bruhin den Schlüssel zum neuen Schulgebäude (v. l.). Bild Daniel Ospelt

Gamprin-Bendern. – Vor zehn Jahren begann, was mit der gestrigen Feierstunde und dem heutigen Tag der offenen Tür nun seinen Abschluss findet: das Projekt «Neubau Primarschule und Kindergarten Gamprin-Bendern». «Kein Schnellschuss», wie Vorsteher Donath Oehri in seinen Begrüssungsworten betonte, sondern Ergebnis langjähriger Abwägungen, Diskussionen und Planung. Umso grösser ist die Freude darüber, dass es mit dem Architekten Martin Erhart und seinem Team gelang, nicht nur «irgendein Schulgebäude, sondern einen neuen Massstab im Schulbau» Wirklichkeit werden zu lassen. Somit stand der Dank, das Lob und die Freude über das gemeinsam Erreichte bei der gestrigen Eröffnungsfeier im Mittelpunkt.

Für Familien noch attraktiver

«Die spinnen, die Gampriner», eröffnete Oehri den Festakt, nachdem Pfarrer Roland Casutt das Haus und alle, die darin ein- und ausgehen, gesegnet hatte. Damit nahm Oehri auf die Tatsache Bezug, dass eine Gemeinde wie Gamprin-Bendern in Zeiten sinkender Geburtenraten einen derartigen Schulbau verwirklicht. «Wir wollen uns dem Schicksal nicht ergeben», lauteten seine klaren Worte, denn «wir wollen, dass auch noch in Jahrzehnten unsere AHV-Beiträge eingezahlt werden», witzelte Oehri und löste bei den anwesenden Vertretern von Regierung und Landtag sowie zahlreichen Amtsleitern fröhliches Gelächter aus.

Mit der Eröffnung der Kindertagesstätte mit Tagesstrukturen im Januar 2011 sei es möglich, dass die Bevölkerung von Gamprin-Bendern ihre Kinder bei Bedarf elf Jahre lang an die gleiche Adresse schicken könne. «Das macht die Gemeinde für Familien noch attraktiver.» Nach der Anspielung, dass sogar schon Regierungsmitglieder nach Gamprin ziehen würden, um hier Zwillinge zur Welt zu bringen – wie dies bei Regierungsrat Martin Meyer der Fall war – zeigte sich Donath Oehri äusserst zuversichtlich. «Wir werden auch in Zukunft alles daran setzen, dass Kinder zu intelligenten, leistungsstarken und sozial kompetenten Menschen heranwachsen», schloss Oehri.

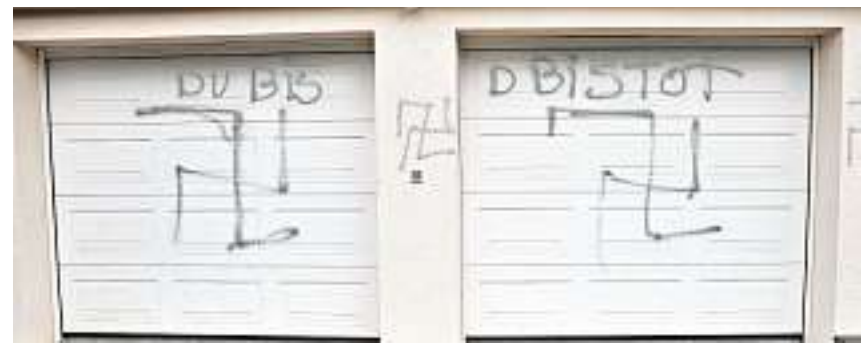
Zeitzeuge der Bildungsentwicklung

Bildungsminister Hugo Quaderer bezeichnete das Gebäude als «Zeitzeuge der Bildungsentwicklung», für die es Weitsicht und Zukunftsperspektiven benötige. Und dennoch müsse ein Schulgebäude vor allem zeitlos sein, da auch zukünftige Generationen davon profitieren sollen. Weiters beglückwünschte Hugo Quaderer die Gemeinde und die Projektverantwortlichen zur Umsetzung des gelungenen Baus, der mit dem Standort mitten in der Gemeinde und der Verbindung von Tagesstrukturen und Primarschule «zukunftsweisend» sei. «Dies sind Topvoraussetzungen, um sich der Herausforderung des Lehrens und Lernens anzunehmen.»

Mit unterschiedlichen Darbietungen brachten die neuen Hausherrn – die Kindergartenkinder und Primarschüler – ihre grenzenlose Freude über das neue Schulgebäude zum Ausdruck. Projektleiter, Architekt und die stellvertretende Schulleiterin nutzten ebenfalls die Gelegenheit, zu danken. Beim anschliessenden Rundgang konnte man sich vom Schulgebäude, das neuesten Bildungsansprüchen gerecht wird, selbst ein Bild machen. Genauso wie am heutigen Tag der offenen Tür. SEITE 7

Wieder rechtsradikale Sprayereien

Balzers. – In der Nacht auf Freitag trieb eine unbekannte Täterschaft mit Spraydosen ihr Unwesen in Balzers. Sie besprayte bei einem Mehrfamilienhaus den Briefkasten, die Fassade sowie zwei Garagentore mit Hakenkreuzen und einem silbrigen Schriftzug. Der entstandene Schaden beläuft sich auf mehrere Tausend Franken. Erst vor drei Wochen wurde in Gamprin ein Kopf mit den Worten «Hitler 2.0» auf eine Wand gesprayt. *(pd)*



Mutmasslicher Spion in U-Haft gestorben

Bern. – Der Tod eines 42-jährigen Untersuchungshäftlings in Bern hat einen hochbrisanten politischen Hintergrund: Der Österreicher war im Zusammenhang mit der Steuerdaten-Affäre von Anfang Jahr inhaftiert. In der Affäre geht es um den Diebstahl von Bankkunden-Daten und deren Verkauf an Deutschland. Einzelheiten aus der laufenden Strafuntersuchung könnten nicht bekannt gegeben werden. *(sda)*

«Welche Banknoten sind 17-sprachig?»

Die indischen Banknoten sind in 17 verschiedenen Sprachen beschriftet. Ein Sinnbild für ganz Asien, wo fast zehnmal mehr Sprachen gesprochen werden als bei uns in Europa. Mit der neuen Publikation «Fokus Asien» beleuchten wir den vielfältigen Kontinent und untermauern die globale Ausrichtung unserer Anlagetätigkeit. Mehr unter www.wegelin.ch/fokusasien.

Wissen schafft Werte. In Finanzfragen. Und darüber hinaus.

WEGELIN & CO.
PRIVATBANKIERS SEIT 1741

HEUTE GROSSAUFLAGE

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

WWW.VATERLAND.LI
DIENSTAG, 5. OKTOBER 2010 | NR. 226 | CHF 1.80



INLAND

Baubeginn der Tiefgarage in Malbun ist frühestens in zwei Jahren.

SEITE 3



SPORT

Die Nordic-Club-Athleten erhalten nun doch noch einen LSV-Sonderkaderstatus.

SEITE 19



Grossbanken rüsten sich für Zukunft

Bern. – Die Grossbanken UBS und Credit Suisse müssen ihre Kapitalbasis wegen ihrer zentralen Rolle für die Schweizer Volkswirtschaft stärken. Das fordert die Expertenkommission zum «Too big to fail»-Problem. Die Schweizer Regeln sollen über internationale Standards hinausgehen. SEITEN 30 UND 31

Die Online-Umfrage

Historisch tiefer Eurokurs: Gehen Sie vermehrt nach Vorarlberg einkaufen?

www.vaterland.li fragte letzte Woche:

Würden Sie es befürworten, wenn die Landespolizei vermehrt Grosskontrollen durchführen würde?

Ja	45%
Nein	55%

(675 Leserinnen und Leser haben geantwortet)

UMFRAGE DER WOCHE
www.vaterland.li



HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–11
Wir gedenken	13
Ausland	15
TV-Programme	17
Boulevard	18
Sport	19–23
Kultur	27, 29
Blickpunkt	30, 31
Wirtschaft	33–35
Die Letzte	36

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 20040

Brandstifter vor Gericht

Heute hat sich der 22-jährige Liechtensteiner, der seit dem 25. Mai in U-Haft sitzt, wegen versuchter Brandstiftung vor dem Kriminalgericht in Vaduz zu verantworten. Der Strafrahmen beträgt ein bis zehn Jahre Haft.

Von Desirée Vogt



Vor dem Kriminalgericht: Der wegen des Verbrechens der versuchten Brandstiftung in U-Haft befindliche 22-jährige Liechtensteiner hat sich heute zu verantworten. Bild Archiv/Daniel Ospelt

Vaduz. – Seit über vier Monaten sitzt der 22-Jährige, der bei insgesamt drei Brandanschlägen in Nendeln dabeigewesen sein soll, in Untersuchungshaft. Heute Nachmittag wird er das Gefängnis für einige Stunden verlassen, um vor dem Kriminalgericht zu erscheinen. Er ist des Verbrechens der versuchten Brandstiftung angeklagt. Die Verhandlung beginnt um 13.30 Uhr und wurde für die Dauer von vier Stunden angesetzt. Den Vorsitz übernimmt Richter Thomas Schmid. Die Staatsanwaltschaft wird durch Frank Haun vertreten und will sich vorab nicht zu der von ihr geforderten Strafe äussern. «Der Staatsanwalt wird sein Plädoyer nach Abschluss des Beweisverfahrens stellen», schreibt der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner dazu.

Die drei Brandanschläge

«Wer an einer fremden Sache ohne Einwilligung des Eigentümers eine Feuersbrunst verursacht, ist mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen», heisst es im Strafgesetzbuch unter §169, Absatz 1.

Die ersten beiden Brandanschläge fanden in der Nacht auf den 22. November 2009 statt. Die Täterschaft warf gegen 2 Uhr morgens einen Molotowcocktail gegen ein Haus in der Schulstrasse in Nendeln, wobei der selbst gebastelte Wurfbrandsatz am Fenster zersprang, abprallte und ausserhalb des Hauses abbrannte. Drei Stunden später, gegen 5 Uhr, wurde ein weiterer Brandsatz auf einen Balkon eines Wohnhauses in der Bahngasse geworfen. Dabei gerieten mehrere Objekte in Brand.

Der dritte Brandanschlag wurde in der Nacht auf den 26. Februar 2010 verübt. Die Täter schlugen die Fenster eines kurz vor der Eröffnung stehenden Kebab-Bistros ein und warfen einen Molotowcocktail ins Ladeninnere. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Der 22-Jährige hat bereits ein Teilgeständnis abgelegt – anlässlich der heutigen Verhandlung wird sich zeigen, welche Handlungen der junge Mann nicht begangen haben will.

«Unsere Vorteile sind Qualität und Stabilität»

Regierungschef Klaus Tschütscher äussert sich im gestern erschienenen «Spiegel» über die Entwicklungen auf dem Liechtensteiner Finanzplatz. Er ist überzeugt, dass sich das Land auf dem besten Weg hin zu einer «Stabilitätsoase» befindet.

Von Heribert Beck

Vaduz/Hamburg. – Heinrich Kiebers Datenklau in der LGT-Treuhand habe «den Umbau Liechtensteins nicht ausgelöst, sondern allenfalls beschleunigt», sagt Regierungschef Klaus Tschütscher im Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin «Der Spiegel». Inzwischen sei dieser Wandlungsprozess bereits weit fortgeschritten. «Das Thema Datenklau dürfte ab dieser Woche der Vergangenheit angehören», sagt der Regierungschef beispielsweise im Zusammenhang mit dem Abkommen zum Steuerinformationsaustauch mit der Bundesrepublik Deutschland, das Ende des Monats in Kraft treten soll. Infolge einer Abgeltungssteuer für deutsche Kunden auf dem Liechtensteiner Finanzplatz werde «es sich schlicht nicht mehr lohnen, Geld für dubiose CDs auszugeben».

«Die Hausaufgaben gemacht»

International anerkannt sei aber auch die Liechtensteiner Strategie zur Missbrauchsbekämpfung. «Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht», sagt Klaus Tschütscher. Gerade im heiklen Bereich der Finanzdienstleistungen müsse sich aber auch jeder seiner eigenen Verantwortung noch mehr bewusst werden.

Die Aufgabe des Staates sei es in diesem Zusammenhang, der notwendigen Veränderung einen Rahmen zu geben. Liechtensteins Vorteile seien dabei «Qualität und Stabilität». Die heimischen Geldinstitute hätten selbst in den härtesten Phasen der Finanzkrise nie staatliche Hilfen benötigt und die Eigenkapitalquote der Liechtensteiner Banken betrage 15 Prozent und mehr, führt der Regierungschef aus.

Darüber hinaus verwies Klaus Tschütscher auf das AAA-Rating der Agentur Standard & Poor's, das Liechtenstein gerade in der vergangenen Woche höchste Kreditwürdigkeit attestiert hat. «Wir wandeln uns also derzeit von einer Steuer- zu einer Stabilitätsoase.»

Über die Legislatur hinaus denken

Dass Klaus Tschütscher mit seiner Finanzplatzpolitik gegen die Treuhandlobby regiere, verneint er explizit. Es sei sicher nicht immer für alle einfach, lieb gewonnene Dinge über Bord zu werfen. Liechtensteins Politik habe sich aber bereits im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Fürstenhaus für den eingeschlagenen Weg entschieden. «Ich will, ich muss jedenfalls Politik machen, die sich nicht an den Grenzen der nächsten Legislaturperiode orientiert», sagt der Regierungschef. Diesbezüglich sei aber gerade die Kleinheit des Landes ein Vorteil: «Je kleiner man ist, umso schneller lässt sich reagieren.»



POLIZEIMELDUNGEN

Radfahrer bei Sturz verletzt

VADUZ – Zu einem Selbstunfall mit einem verletzten Radfahrer kam es am Montagabend in Vaduz. Ein 40-jähriger Mann war mit seinem Velo auf dem Radweg beim Rheindamm unterwegs und beabsichtigte über das Holzprovisorium zu fahren. Aufgrund des zu hohen Tempos verlor er die Beherrschung über das Rad und kam zu Sturz. Er zog sich eine Gehirnerschütterung sowie eine Rissquetschwunde zu und wurde ins Spital gebracht. (lpfl)

Motorrad prallt in Wohnwagen



SCHAAN – Am Montagnachmittag ereignete sich in Schaan ein Auffahrunfall zwischen einem Motorfahrrad und einem Wohnwagen. Ein 17-Jähriger fuhr mit einem nicht betriebssicheren Motorfahrrad auf der Landstrasse in Schaan und bemerkte das verkehrsbedingte Anhaltemanöver des vor ihm fahrenden Autos mit angehängtem Wohnwagen zu spät. Daraufhin kam es zur Auffahrkollision, es entstand lediglich Sachschaden. (lpfl)

Landwirtschaftsgesetz in der Vernehmlassung

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Vernehmlassungsbericht über die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 3. Dezember 2010. Das Landwirtschaftsgesetz ist am 1. Juli 2009 in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um ein Rahmengesetz; die detaillierten Vollzugsbestimmungen sind von der Regierung mit Verordnung näher zu regeln. Bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen wurde festgestellt, dass ein paar wenige Präzisierungen und Ergänzungen notwendig sind. Das Landwirtschaftsgesetz soll in folgenden Bereichen abgeändert werden: Bodenverbesserungen, Förderung von Weinbau-Neuanlagen und Vollzug der Weinqualitätsverordnung, Meldepflichten, Verwaltungshilfe, Hagelversicherung und Förderung von Alpinfrastrukturen. Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei oder über deren Homepage (www.rk.llv.li – Vernehmlassungen) bezogen werden. (pafl)

Wetter trübt Sommerbilanz

Rückgang bei den Nächtigungen – Deutlich mehr Tagestouristen besuchen Liechtenstein

VADUZ – Vor allem das schlechte Wetter und der starke Franken haben den Hoteliers im Sommer die Bilanz verregnet. Doch es gibt auch gute Nachrichten: Besonders aus dem Talgebiet.

• Holger Franke



FOTO ZANGHELLINI

So schön war es in Malbun im Sommer nicht immer, was sich in den Touristenzahlen widerspiegelt.

«Der Sommer kann als durchzogen bewertet werden», fasst Patrik Schädler, Marketingleiter von Liechtenstein Tourismus auf «Volksblatt»-Anfrage zusammen. Unter dem Strich 6,35 Prozent weniger Nächtigungen als noch im Jahr zuvor. Auffällig: Besonders Triesenberg und Malbun mussten in diesem Sommer bisher ein Minus von mehr als 22 Prozent hinnehmen. Nach rund 16 400 Nächtigungen im Vorjahr wurden in diesem Sommer bislang nur noch 12 720 Nächtigungen verbucht (s. Kasten). Besonders das schlechte Wetter habe den Hotels im Alpengebiet im Juni und August zu schaffen gemacht. «Dazu hat rein statistisch die Komplettrenovation des Hotels Gorfion von April bis Juni ein Minus beschert», analysiert Patrik Schädler. Aber auch der starke Franken wird so manchen Urlaubs- und Freizeitgast bei der Wahl seiner Feriendestination beeinflusst haben: «Wie gross dieser Einfluss sein wird, ist schwer abzuschätzen und hängt auch davon ab, ob das heutige Kursniveau über längere Zeit stabil bleibt.»

Talgebiet legt zu

Erfreulich ist jedoch, dass im Talgebiet teils solide Zuwächse verzeichnet wurden, die das Minus gesamthaft abgefedert haben. Und noch ist es nicht ganz zu spät. Auch wenn der September und der Oktober die Sommerbilanz kaum noch auf den Kopf stellen werden, ist der Sommer aus touristischer Sicht noch nicht ganz vorüber: «Wir gehen derzeit von einem sehr guten September aus, nicht zuletzt auch aufgrund der zusätzlichen Übernachtungen durch das internationale Walsertreffen», so Schädler. Schwierig abzuschätzen ist jedoch der Oktober: «Die Hotels im Alpengebiet sind im Herbst einfach auf gutes Wetter angewiesen. Das Wetter beeinflusst die kurzfristigen Buchungen in erheblichem Masse.» Bleibt zu hoffen, dass das Wetter in den verbleibenden Monaten mitspielt. Denn im Hinblick auf die ersten acht Monate diesen Jahres steht bei den Logiernächten gesamthaft ein Minus von 5,84 Prozent. Wurden in den Monaten Januar bis August des Jahres 2009 noch rund 87 300 Nächtigungen gezählt, sind es im gleichen Zeitraum in diesem Jahr nur rund 82 200 Nächtigungen. Der Rückgang ist fast in allen touristischen Gebieten Liechtensteins spürbar. Die Ausnahme bildet jedoch das Unterland, dass bei den Logiernächten in den ersten acht Monaten des Jahres um mehr als 3 Prozent zulegen konnte.

Tagestourismus im Aufwind

Sehr positiv ist weiterhin die Entwicklung im Bereich Tagestourismus in Vaduz. Von Ostern bis zum 3. Oktober wurden am Busterminal in Vaduz 5348 Busse gezählt (2009: 3969). Mit diesen Bussen sind insgesamt 183 310 Personen angekommen (2009: 128 958 Personen). Somit haben in diesen 185 Tagen durchschnittlich pro Tag 990 Personen Vaduz besucht.

Hoffen auf den Winter

Im Hinblick auf die kommende Wintersaison zeigt man sich bei Liechtenstein Tourismus verhalten optimistisch. Dann werde sich spätestens zeigen, wie stark sich die Gäste aus der Schweiz bei der Wahl ihrer Urlaubsdestination vom günstigeren Euro beeinflussen lassen. Positiv stimmt aber, dass «die Hotels in Malbun über Weihnachten/Neujahr schon heute praktisch ausgebucht sind», so Patrik Schädler. Zudem sind die Winterferien in den Schweizer Kantonen breiter verteilt, als etwa in der letzten Wintersaison. Davon könnte dann auch das Tal profitieren: «Bei der Talhotellerie gehe ich davon aus, dass wir die Talsohle der Wirtschaftskrise durchschritten haben und sich im kommenden Jahr eine Erholung abzeichnet», so Schädler. Weiteres Potenzial erhofft man sich durch eine Verbesserung der Online-Buchbarkeit der einzelnen Betriebe.

Doch auch Liechtenstein Tourismus selbst bleibt nicht untätig: «Die Nebensaisons in Malbun versuchen wir mit einem neuen Produkt, den Sparfuchs-Wochen (www.sparfuchs.li), zu beleben und nebst den Familien auch Gäste anzusprechen, welche ihren Skiurlaub flexibel planen können.» Darüber hinaus soll im November ein neues Online-Buchungstool auf die Homepage aufgeschaltet werden, von dem alle Betriebe kommissionsfrei profitieren können.

LOGIERNÄCHTE MAI-AUGUST IM VERGLEICH

	2010	2009	Abweichung
Vaduz	10 903	10 319	5,66 %
Balzers/Triesen	9645	8912	8,22 %
Triesenberg/Malbun	12 720	16 392	–22,40 %
Schaan/Planken	4359	4812	–9,41 %
Unterland	2802	2735	2,45 %
Liechtenstein gesamt	40 429	43 170	–6,35 %

AUS DEM GERICHT

Rassistische Motive zugegeben

Zweieinhalb Jahre Haft für rechten Brandstifter



VOLKSBLATT
DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN
www.volksblatt.li Die Info-Plattform Nummer 1
Mit amtlichen Publikationen 00423 237 51 51 AZ 9494 SCHAAN Samstag, 27. Februar 2010

Landesspital soll erhalten bleiben
Inland / 3

Balzner Schüler bei «1, 2 oder 3»
Inland / 9

Marina Nigg feierte Olympia-Debüt
Sport / 19

NEWSMIX

Die Schweiz könnte den UNO-Sicherheitsrat anrufen

BERN – Die Schweiz kann sich nach dem verbalen Angriff Libyens an den UNO-Sicherheitsrat wenden. Das sagt der Genfer Völkerrechtsprofessor Marcelo Kohen. Der Aufruf zum Dschihad durch Muammar Gaddafi sei nicht hinnehmbar, doch die Schweiz sei auch kein Unschuldslamm. Aggressive Äusserungen des Machthabers sind nichts Neues: So schlug Gaddafi der UNO-Generalversammlung im vergangenen September vor, die Auflösung der Schweiz auf die Traktandenliste zu nehmen, wie Kohen in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur SDA in Erinnerung ruft. (sda) Seite 10

Exportindustrie spürt Rezession

ST. GALLEN – Die Exportbetriebe im Kanton haben im vierten Quartal 2009 die Rezession gespürt und gegenüber dem Vorjahr Stellen abgebaut. Für die nahe Zukunft zeigt der Beschäftigungsbarometer jedoch wieder nach oben. Im exportgeprägten zweiten Sektor (Industrie und Gewerbe) ging die Zahl der Stellen (Vollzeit) um 3600 zurück. Im Dienstleistungssektor wurden mehr Personen beschäftigt. Insgesamt resultierte ein Rückgang der Beschäftigung um 2400 Vollzeitstellen (–1,2 Prozent). Für 2010 sind die Statistiker optimistisch. Im ersten Quartal seien die Beschäftigungsaussichten in Industrie und Gewerbe markant besser. (sda)

Brandanschlag auf Kebap-Bistro in Nendeln

Angriff mit Molotow-Cocktails – Geplante Eröffnung verschoben

Eigentlich hätte das «Abra Kebabra» nächste Woche eröffnet werden sollen. Daraus wird jetzt nichts.

NENDELN – Auf das Kebap-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln wurde in der Nacht auf Freitag ein Brandanschlag mit Molotow-Cocktails verübt. Im Lokal entstand erheblicher Sachschaden.

Landespolizei gestern Mittag in einer Aussendung. Doch der Verdacht, dass die Täter aus dem rechten Umfeld kommen, ist nahe liegend. Auch für Erhan Kilic, Inhaber des «Abra Kebabra», «[illegible] erung des genauen Tatherganges auf. Personen, welche Hinweise zu dem Vorfall liefern können, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter Telefon +423/236 71 11 oder per E-Mail info@landespolizei.li in

Kommentar

Abgesehen vom noch immer angekratzten Image in der Finanzwelt wird Liechtenstein im Ausland als idyllisches Kleinod im Herzen der Alpen wahrgenommen.

Die Idylle trügt

Doch die Idylle trügt. Ein Sprengstoffanschlag und die Gründung einer rechtsradikalen Vereinigung in Triesen, das Beschmieren von Plakaten, die zu mehr Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben aufriefen, Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt, ein junger Mann, der ohne ersichtlichen Grund einem Schüler türkischer Abstammung eine Bierflasche über den Kopf zieht und nun erneut Molotow-Cocktails, die gegen Wohnhäuser und Geschäftslokale fliegen. Liechtenstein zeigt sein hässliches Gesicht. Die Tendenz hin zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund oder Aktionen, die Minderheiten diskriminieren, ist unverkennbar. Und dennoch: Anstatt diese Vorfälle öffentlich [illegible]

Das «Volksblatt» berichtete am 27. Februar dieses Jahres über den Brandanschlag auf das Kebap-Bistro in Nendeln.

VADUZ – «Ich wollte nicht, dass in Nendeln ein Dönerladen errichtet wird. Ich finde es nicht angebracht, dass es im Unterland so viele Dönerläden gibt. Ich bin gegen die türkische Kultur, aber nicht gegen bestimmte Personen», bekannte der 22-jährige Angeklagte gestern vor dem Kriminalgericht die Motive seiner Tat. Und diese Tat hatte er mindestens zwei Tage lang vorbereitet.

Vor Gericht schilderte der 22-Jährige ohne Umschweife den Ablauf des Brandanschlags auf das Ende Februar kurz vor der Eröffnung stehende Kebap-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln. Das Geständnis dazu hatte ihm die Polizei erst mühsam entlocken müssen, nachdem sie ihn in akribischer Recherche ausgeforscht und am 25. Mai in U-Haft genommen hatte, wo der Angeklagte seither einsitzt. Nach der Schilderung des Angeklagten hatte er zunächst mit Flaschen, Benzin und Zeitungspapier als Lunten mehrere Molotowcocktails hergestellt. In der Nacht zum 26. Februar begab er sich dann zusammen mit einem Mittäter zu besagtem Kebap-Bistro in Nendeln und sammelte auf dem Weg noch mehrere Steine ein, um die Schaufenster des Bistros einzuwerfen. Der erste Stein prallte noch an der Scheibe ab, der zweite Stein hinterliess ein Loch, durch den einer der vier Molotowcocktails ins Innere der Bar fiel und ein kleineres Feuer am Inventar entfachte, das sich jedoch glücklicherweise nicht zum Vollbrand entwickelte. Die übrigen Molotowcocktails flogen gegen die Fassade des Hauses. Dass noch Menschen in dem Haus wohnten, die zu Schaden kommen hätten können, will der Angeklagte nicht gewusst haben. «Sonst hätte ich die Tat nicht begangen.» Der zweite Täter ist bislang noch nicht dingfest gemacht worden. Der vom Angeklagten angegebene Kollege aus der rechten Szene kommt nach einem Befund des Obergerichts als Verdächtiger nicht infrage. Ein Zeuge will am nächtlichen Tatort allerdings sogar drei bis vier Täter gesehen haben.

Weiterer Anschlag nachgewiesen

In der Verhandlung ging es noch um zwei weitere nächtliche Brandanschläge gegen zwei von ausländischen Familien bewohnte Mehrfamilienhäuser in Nendeln vom 22. November 2009. In jener Nacht war in der Wohnung des Angeklagten wieder einmal ein kleinerer Freundeskreis versammelt, um zu trinken, zu rauchen, zu reden. So wie jedes Wochenende, seit der Angeklagte kurz nach seinem 18. Geburtstag mehr oder weniger freiwillig von zu Hause ausgezogen war, nachdem er sich mit seinem Vater wegen seiner rechten Gesinnung immer wieder in die Haare geraten war. Zwei Zeuginnen, die an jenem Abend dabei waren, wollen nicht gesehen haben, dass der Angeklagte jemals die Wohnung verlassen hatte. Eine der beiden Zeuginnen war jedenfalls die Freundin des 22-Jährigen. Sie behauptete, sie habe ihren Freund nie aus den Augen gelassen und in jener Nacht auch in der Wohnung übernachtet.

Wie auch immer, in jener Nacht flogen einmal gegen 2 Uhr früh und ein weiteres Mal gegen 5 Uhr Molotowcocktails derselben Bauart, wie sie später beim Anschlag auf das Kebap-Bistro verwendet wurden, gegen Wohnhäuser in Nendeln, in denen mehrere ausländische Familien nichts ahnend schliefen. Die erste Attacke traf nur die Fassade des Wohnhauses, bei der zweiten Attacke prallte der Brandsatz vom Balkon des Hauses ab und verursachte einen lauten Knall, von dem die schlafenden Bewohner geweckt wurden. Das Feuer auf dem Balkon konnten sie anschliessend rasch löschen. Mindestens an diesem zweiten Anschlag muss der Angeklagte beteiligt gewesen sein, denn die Polizei fand auf einer der nicht vollständig verbrannten Papierlunten eines Brandsatzes einen Handballenabdruck des 22-Jährigen.

Für zwei versuchte Brandstiftungen wurde der 22-jährige Angeklagte schliesslich aufgrund des Geständnisses und der Beweislage zu zweieinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt. Nach der Urteilsverkündung erbat sich der Angeklagte Bedenkzeit.

Johannes Mattivi

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
MITTWOCH, 6. OKTOBER 2010 | NR. 227 | CHF 1.80



INLAND

Wie in 60 Jahren ein Hauptbahnhof in Vaduz aussehen könnte.

SEITE 3



SPORT

Tschechiens Aufgebot ist bekannt: Es fehlen mehrere bekannte Namen.

SEITE 13

GMEINER MULTIMEDIA ANSTALT
Fachgeschäft für Unterhaltungselektronik, Antennenbau, Verkauf und Service
Landstrasse 91, 9494 Schaan
Tel. +423 233 22 11, Fax +423 232 16 13
info@gmeiner.li, www.gmeiner.li

Haftstrafe für Zauberlehrling

Paris. – Ein Pariser Gericht hat dem Ex-Wertpapierhändler Jérôme Kerviel die volle Schuld für die milliardenschweren Fehlspekulationen bei der Grossbank Société Générale gegeben. Kerviel wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, zwei davon werden auf Bewährung ausgesetzt. Ausserdem soll der heute 33-Jährige der Société Générale die 4,9 Mrd. Euro zurückzahlen, die die Bank durch seine Geschäfte 2008 verlor. Es ist die höchste Schadensersatzsumme, die je ein französisches Gericht einem Einzelnen aufgebrummt hat. Der Richter befand Kerviel des Vertrauensmissbrauchs, der Fälschung und der betrügerische Eingabe von Daten ins Computersystem für schuldig. Die Bank habe von Kerviels Tun keine Kenntnis gehabt. *(sda)*

SEITE 21

Mindestens vier Tote

Budapest. – Eine Schlammlawine mit giftigen Stoffen hat in West-Ungarn nach einem Unfall in einer Aluminiumfabrik mindestens vier Menschen in den Tod gerissen. Die ungarische Regierung rief in drei westlichen Bezirken den Notstand aus. Ein Auffangbecken mit Bauxitschlamm in der Stadt Ajka nördlich des Plattensees war am Montag zerborsten. Bis Dienstag hatten sich über eine Million Kubikmeter einer giftigen roten Schwermetallbrühe über ein Gebiet von geschätzten 40 Quadratkilometern ergossen.

SEITE 12

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–8
Ausland	10
TV-Programme	11
Boulevard	12
Sport	13–16
Kinderland	17
Senioren	18
Kultur	19
Marktplatz	20
Wirtschaft	21–23
Die Letzte	24

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 30040

Brandstifter muss ins Gefängnis



Brandanschlag mit rassistischem Hintergrund: Der Angeklagte gab gestern zu, die Molotowcocktails aus rassistischen und ausländerfeindlichen Gründen auf das Kebab-Bistro in Nendeln geworfen zu haben. Bild Archiv

Das Kriminalgericht hat gestern einen 22-jährigen Liechtensteiner der versuchten Brandstiftung schuldig gesprochen. Er muss für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis.

Von Janine Köpfli

Vaduz. – Zwei Brandanschläge werden dem Liechtensteiner, der seit dem 25. Mai in U-Haft sitzt, zur Last gelegt. Zum einen soll er in der Nacht auf den 26. Februar 2010 die Fenster eines kurz vor der Eröffnung stehenden Kebab-Bistros in Nendeln eingeschlagen und zwei Molotowcocktails ins Ladeninnere geworfen haben. Beim Anschlag entstand erheblicher Sachschaden. Zum anderen soll er in der Nacht auf den 22. November 2009 einen Molotowcocktail gegen ein Wohnhaus in Nendeln geworfen haben. Personen wurden keine verletzt, es entstand aber grosser Sachschaden. Einen weiteren Brandanschlag, der in der besagten Novembernacht in Nendeln begangen wurde, konnte das Kriminalgericht aufgrund mangelnder Beweise dem Angeklagten nicht anrechnen.

Der 22-jährige Liechtensteiner war teilweise geständig. Er gab zu, den Anschlag auf das Kebab-Bistro zusammen mit einem Mittäter verübt zu haben. Er begründete die Tat damit, dass er nicht gewollt habe, dass es «zu viele Döner-Läden im Unterland gibt». In diesem Zusammenhang gab er auch zu, seit seinem 12. Lebensjahr eine rechtsradikale Gesinnung zu haben. Er stritt jedoch bis zum Schluss ab, in irgendeiner Form in die Anschläge im November verwickelt zu sein. Das Richtergremium vermutete jedoch, dass er dies aus taktischen Gründen behauptete. Weil die Beweislage bei den November-Anschlägen eher dünn ist, habe der Angeklagte seine Schuld in diesem Zusammenhang verschwiegen. Der Richter verurteilte den 22-Jährigen zu zweieinhalb Jahren unbedingter Freiheitsstrafe. Als besonders erschwerend habe sich der Umstand ausgewirkt, dass es sich um mehrere Verbrechen mit einem rassistischen Hintergrund gehandelt habe. Dies sieht das Gericht als «verwerflich» an.

SEITE 3

«Naked Cowboy» will Präsident werden

New York. – Der «Naked Cowboy», ein Strassenkünstler vom New Yorker Times Square, will für die Präsidentschaft in den USA kandidieren. Der 39-Jährige, mit bürgerlichem Namen Robert John Burck, will seine Kandidatur heute, Mittwoch, offiziell auf einer Pressekonferenz ankündigen, wie er am Dienstag auf seiner Website mitteilte. Burck tritt seit gut zehn Jahren als «Naked Cowboy» in New York auf. Mitten auf dem belebtesten Platz New Yorks steht er mit seiner Gitarre und macht Musik. Ganz nackt ist er dabei zwar nicht. Aber selbst bei seinen Auftritten im Winter trägt er lediglich einen weissen Slip zu Cowboyhut und Westernstiefeln. Über Burcks politische Ambitionen ist wenig bekannt, er gilt aber als konservativ. *(sda)*

Teilstopp angekündigt

Stuttgart. – Der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus hat einen Teilstopp der Abrissarbeiten beim umstrittenen Bahnhofsprojekt «Stuttgart 21» angekündigt. Gleichzeitig erneuerte er sein Gesprächsangebot an die Projektgegner.

Der Südflügel des Bahnhofs solle vorerst nicht abgerissen und weitere Bäume erst ab Frühjahr gefällt werden, sagte Mappus am Dienstag in Stuttgart. Der Regierungschef bezeichnete dies als «starkes Signal» an die Projektgegner. Umweltministerin Tanja Gönner präzisierte, die 80 Bäume rund um den Nordflügel sollten wie geplant bis Februar fallen. Einen kompletten Baustopp, wie ihn die «Stuttgart 21»-Gegner fordern, lehnten Gönner und Mappus erneut ab. «Wir sind zum Dialog bereit, aber es ist für uns äusserst schwierig, dort einen Baustopp anzubieten», sagte Gönner am Montagabend. Mappus kündigte für Mittwoch in seiner Regierungserklärung ein weiteres «Massnahmenbündel» an, um Gespräche mit den Gegnern des Bahnhofsumbaus auf den Weg zu bringen.

Grünen-Bundesvorsitzender Cem Özdemir wertete den Abrissstopp als Chance, dass Befürworter und Gegner des Projekts ins Gespräch kommen könnten. Die Grünen-Fraktionschefin im Bundestag, Renate Künast, sagte, Grundlage für ein echtes Gesprächsangebot sei, dass die Arbeiten an dem Projekt tatsächlich und auch rechtlich unterbrochen würden.

SEITE 10

KOMMENTAR

EIN STARKES ZEICHEN

Von Janine Köpfli

«Eine strenge Strafe, um ein Zeichen zu setzen» forderte der Staatsanwalt bei der Verhandlung rund um die Brandanschläge in Nendeln. Ein Zeichen hat das Kriminalgericht dann auch gesetzt und den Angeklagten Liechtensteiner zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Wie stark das Zeichen wirklich ist, wird sich zeigen. Ein 22-jähriger Mann hat eine happige Strafe kassiert, die nicht zuletzt deswegen so hoch ausfiel, weil er aus rassistischen und ausländerfeindlichen Gründen gehandelt hat. Dies werde als «verwerflich» angesehen, wie der Richter sagte – nicht nur vom Kriminalgericht, sondern auch von der Bevölkerung. Dennoch: Die Tatsache allein, dass ein Liechtensteiner aus der rechten Szene ein Verbrechen zugibt und dafür bestraft wird, wird rechtsradikale Tendenzen, rechte Gesinnungen und ausländerfeindliches Gedankengut in unserem Land nicht von heute auf morgen verschwinden lassen.

Ein Urteilsspruch allein wird nicht ausreichen, um zu vermeiden, dass an manchen Mittagstischen Eltern vor ihren Kindern über Ausländer schimpfen. Er wird auch nicht verhindern, dass ungute Vorkommnisse mit ausländerfeindlichen Hintergründen möglichst unter den Teppich gekehrt werden oder dass liechtensteinische Vermieter das Gefühl haben, dass ausländische Mieter den Wert ihrer Wohnung mindern.

Um ein richtig starkes Zeichen zu setzen, sind viele kleine Zeichen nötig. Ausländerfeindlichkeit beginnt nicht dort, wo Brandsätze an Hauswänden oder in Ladenlokalen explodieren. Ausländerfeindlichkeit beginnt dort, wo Vorurteile bedenkenlos übernommen werden, wo ausländerfeindliche Aussagen, auch wenn es nur kleine Sticheleien sind, unkommentiert stehen gelassen werden. Dort, wo Leute wegschauen.

Auch wenn es nicht bewiesen werden konnte, geht die Polizei davon aus, dass es bei den Brandanschlägen in Nendeln Mittäter gab. Die Bevölkerung von Liechtenstein – wir alle – sind gefordert, damit wir nicht in irgendeiner Form zu Mittätern werden. Wir alle müssen Zeichen setzen.

Motorfahrrad prallt in Wohnwagen

Schaan – Am Montag ereignete sich in Schaan ein Auffahrunfall zwischen einem Motorfahrrad und einem Wohnwagen. Ein 17-Jähriger fuhr mit einem nicht betriebssicheren Motorfahrrad auf der Landstrasse in Schaan und bemerkte das verkehrsbedingte Anhaltemanöver des vor ihm fahrenden Autos mit angehängtem Wohnwagen zu spät. Es kam zur Auffahrkollision. Es entstand Sachschaden. *(lpfl)*

Radfahrer verletzt

Vaduz – Zu einem Selbstunfall mit einem verletzten Radfahrer kam es am Montagabend in Vaduz. Ein 40-jähriger Mann war mit seinem Velo auf dem Radweg beim Rheindamm unterwegs und beabsichtigte, über das Holzprovisorium zu fahren. Aufgrund des zu hohen Tempos verlor er die Beherrschung über das Rad und kam zu Sturz. Er zog sich eine Gehirnerschütterung sowie eine Rissquetschwunde zu und wurde ins Spital gebracht. *(lpfl)*

Taizé-Erntedank

Schaan – Wer hat auch geerntet? Gemeint ist nicht nur Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten. Danken kann man für die Lebensmittel und Güter, die einem zur Verfügung stehen. Aber auch andere Arten von Arbeit bringen Früchte hervor: Familien- und Erziehungsarbeit, Heilen und Pflegen, Forschen und Herstellen, Bauen und Handeln. Alle sind eingeladen zum Danken für vielerlei Ernten beim Taizégebet, heute, Mittwoch, um 19.30 Uhr im Kloster St. Elisabeth. *(pd)*

Gesetz präzisieren

Vaduz – Die Regierung hat den Vernehmlassungsbericht über die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes verabschiedet. Die Vernehmlassung läuft bis 3. Dezember. Das Gesetz ist am 1. Juli 2009 in Kraft getreten. Es handelt sich um ein Rahmengesetz, die detaillierten Vollzugsbestimmungen sind von der Regierung mit Verordnung näher zu regeln. Es sind ein paar Präzisierungen und Ergänzungen notwendig. Das Gesetz soll in den Bereichen Bodenverbesserungen, Förderung von Weinbau-Neuanlagen und Vollzug der Weinqualitätsverordnung, Meldepflichten, Verwaltungshilfe, Hagelversicherung und Förderung von Alpinfrastrukturen abgeändert werden. *(pafl)*

Vaterland

Serie: Persönlichkeiten, die Liechtenstein prägten



Meinrad Lingg hat während fast drei Jahrzehnten die liechtensteinische Landwirtschaftspolitik geprägt und die Bauern schätzten Meinrad Lingg als kompetenten Berater und Gesprächspartner.

Mehr über sein Lebenswerk: Dienstag, 12. Oktober 2010, im «Liechtensteiner Vaterland»

«Es erschien mir nicht angebracht»

Abschrecken habe er die Türken wollen, die in Nendeln planten, ein Kebab-Bistro zu eröffnen. Der 22-jährige Liechtensteiner gab zu, den Brandanschlag in Nendeln aus rassistischen Gründen geplant und ausgeführt zu haben.

Von Janine Köpfli

Vaduz. – Es war eng im Gerichtssaal 2, als gestern Nachmittag die Verhandlung gegen den Liechtensteiner begann, der drei Brandanschläge in Nendeln verübt haben soll. Gekommen waren vor allem Freunde und Verwandte des Angeklagten, aber auch Betroffene der Anschläge – Personen, die in den Wohnungen wohnten, die im November 2009 mit Molotowcocktails beworfen wurden oder die das Kebab-Bistro in Nendeln eröffnen wollten. Sie alle kamen mit dem Schrecken davon, denn die Brandanschläge endeten in Sachbeschädigungen. «Zum Glück», betonte der Staatsanwalt immer wieder. Auch in der Anklageschrift war von «glücklichen Umständen» die Rede, dass nichts Schlimmeres passierte, und es beim Versuch der Brandstiftung geblieben war.

Teilgeständnis

Laut Staatsanwaltschaft schmälerten die «glücklichen Umstände» aber keinesfalls die Schuld des Angeklagten. Er habe gewusst, dass in den Wohnungen ausländische Familien schliefen, die infolge eines Feuers hätten sterben können. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 22-jährigen Liechtensteiner vor, dass er sowohl an den Brandanschlägen im November als auch am Anschlag auf das Kebab-Bistro im Februar beteiligt gewesen sein soll. Die Taten seien aus rassistischen und fremdenfeindlichen Gründen begangen worden.

Der Angeklagte legte ein Teilgeständnis ab. Er sei verantwortlich für den Anschlag auf das Kebab-Bistro, habe mit den anderen zwei Anschlägen aber nichts zu tun. Auf die Frage des Richters, warum er auf die Idee gekommen sei, Brandsätze in das Ladenlokal zu werfen, sagte der 22-Jährige, dass er nicht wollte, dass in Nendeln ein «Kebab-Laden» eröffne. Es erschien ihm nicht angebracht, wie er sagte, dass es «im Unterland so viele Döner-Läden» gebe. Aus diesem Grund habe er sich längere Zeit Gedanken gemacht, wie er die türkischen Inhaber von der Eröffnung abhalten könnte. «Ich wollte sie abschrecken», sagte der Liechtensteiner, der zugegeben hat, seit seinem 12. Lebensjahr in der rechten Szene zu verkehren. Er habe sich vorbereitet, die Molotowcocktails präpariert, habe dann aber den geplanten Anschlagstermin verschlafen. Erst eine Nacht später habe er sich mit dem Mittäter um 2 Uhr morgens getroffen. Zusammen seien sie zum Ladenlokal gegangen, er habe die Scheibe mit Steinen eingeschlagen und beide hätten die Brandsätze geworfen. Der Angeklagte blieb bei seiner Aussage, dass es nur einen Mittäter gab.

Mehrere Mittäter?

In diesem Punkt passt das Geständnis des Angeklagten nicht mit den Untersuchungsergebnissen der Landespolizei überein. Diese gehen von mindestens drei Mittätern aus. Zum einen will ein anonymer Zeuge in jener Nacht im Februar vier Männer beobachtet haben, die Brandsätze auf ein Gebäude warfen, zum anderen fand die Polizei Indizien, die auf mehrere Täter hindeuten.

Zwar nannte der Angeklagte einen Mittäter, Ermittlungen ergaben jedoch, dass gegen die Person kein dringender Tatverdacht besteht. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der Angeklagte die wahren Mittäter schützt. Klarheit konnte in diesem Zusammenhang auch die gestrige Verhandlung nicht bringen.

Was geschah im November?

Weil der Angeklagte den Anschlag auf das Bistro zugegeben hatte, ging es in der Schlussverhandlung vor allem um die Nacht auf den 22. November 2009. Zeugen sagten aus, dass sie am Vorabend mit dem Angeklagten in dessen Wohnung in Nendeln gefeiert hätten und dass es kaum möglich gewesen wäre, dass er unbemerkt für einige Zeit hätte verschwinden können. Mit absoluter Sicherheit konnte jedoch kein Zeuge sagen, dass der Angeklagte rund um die Uhr anwesend gewesen ist. Am Ende stützte sich das Richtergremium auf einen am Tatort gesicherten Fingerabdruck des Angeklagten und auf eine Aussage eines Zeugen. Dieser sagte aus, dass der Angeklagte ihm gegenüber einmal erwähnte, dass er etwas mit den Anschlägen zu tun gehabt habe. Da zum Zeitpunkt des Gesprächs der Februar-Anschlag noch gar nicht passiert gewesen war, hätte es sich wohl um die Anschläge im November gehandelt.

Sinneswandel

Zu seiner Verteidigung gab der Angeklagte an, ausser dem Brandanschlag auf das Kebab-Bistro nie eine Straftat aus rassistischen Gründen begangen zu haben. Er habe auch seine Einstellung geändert. Ihm sei in den vergangenen Monaten klar geworden, dass «alles, was ins Radikale geht», nicht gut für ihn und seine Familie sei. Mit Hilfe seiner Familie und seiner Freundin wolle er ein neues Leben beginnen. Er sei froh, dass beim Anschlag kein Vollbrand entstanden und nicht mehr passiert sei. Er habe nicht gewusst, dass im Gebäude Familien wohnten. Hätte er es gewusst, hätte er die Tat nicht begangen, so der Angeklagte in seinem Schlusswort.

«Grosse kriminelle Energie»

Der Staatsanwalt forderte einen Schuldspruch mit unbedingtem Freiheitsentzug – eine «strenge Strafe, um ein Zeichen zu setzen». Der Angeklagte habe mit seiner Tat Angst und Schrecken in der Bevölkerung ausgelöst. Als einzigen Milderungsgrund sah der Staatsanwalt die Unbescholtenheit des jungen Mannes. Er habe jedoch weder ein reumütiges Geständnis abgelegt noch habe der Angeklagte zur Wahrheitsfindung beigetragen. Erschwerend sei die grosse kriminelle Energie mit der er gehandelt habe sowie der rassistische Hintergrund der Tat.

«Der Schein trügt»

Der Verteidiger stellte sich auf den Standpunkt, dass «der Schein trügt» und machte auf einige Ungereimtheiten aufmerksam. Er ersuchte um ein mildes Urteil für einen jungen Mann, der bisher einen ordentlichen Lebenswandel führte. Die Tatsache, dass der Angeklagte bis zum Anschlag nicht straffällig geworden sei, obwohl er sich seit seinem 12. Lebensjahr in der rechten Szene bewegte, sei auch eine Leistung, sagte der Verteidiger und löste mit dieser Aussage verwunderte Blicke im Publikum aus.

Noch nicht rechtskräftig

Nach einer rund einstündigen Beratung sprach das Kriminalgericht den Angeklagten des Verbrechens der versuchten Brandstiftung in zwei der drei Anklagepunkte schuldig. Der 22-Jährige muss für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis und für die Kosten des Strafverfahrens in Höhe von 3000 Franken aufkommen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Verteidigung hat Bedenkzeit angemeldet, um zu entscheiden, ob sie das Urteil annehmen oder anfechten will.

Ein Hauptbahnhof für Vaduz – Zukunftsmusik?

Ein Hauptbahnhof mitten in Liechtenstein – eine Vision, die durchaus machbar ist. Und wie das Symposium «Vision Hauptbahnhof Vaduz» in der Hochschule zeigte, auch notwendig, um weiterhin als Standort attraktiv zu bleiben.

Von Manuela Schädler



Sprachen über die Zukunft Liechtensteins: Dietrich Schwarz, Prinz Michael von und zu Liechtenstein, Alain Thierstein, Stefan Güldenberg und Thomas Schönig (v. l.). Bild sdb

Vaduz. – Wie sieht Liechtenstein im Jahr 2068 aus? Wie leben die Menschen? Und kann das Land gegenüber anderen Region wettbewerbsfähig bleiben? Diese Fragen wurden gestern in der Hochschule Liechtenstein von fünf Referenten aufgeworfen und diskutiert.

Ausgangslage für das Symposium «Vision Hauptbahnhof Vaduz» war die Studie «Twentysixtyeight», welche von Prinz Michael von und zu Liechtenstein in Auftrag gegeben wurde. Diese zeigt Szenarien auf, wie sich Liechtenstein entwickeln, wie die Menschen wohnen und womit sie ihre Freizeit verbringen könnten. Die Verfasser, Angelus Eisinger, Professor für Geschichte und Kultur der Metropole der Hafencity-Universität Hamburg, und Alain Thierstein, Professor für Raumentwicklung an der Technischen Universität München, regen mit ihren provokativen Ideen zum Nachdenken an.

Wandel zur Wissensgesellschaft

Gestern wurde vor allem ein Punkt der Studie herausgehoben: Die internationale Vernetzung Liechtensteins durch den öffentlichen Verkehr. Denn will Liechtenstein auch in Zukunft ein attraktiver Standort bleiben und den Wohlstand sicherstellen, ist ein effizienter öffentlicher Verkehr unabdingbar – dies zeigt die Studie auf und auch die Experten sind sich einig.

So ist Stefan Güldenberg, Professor am Institut für Entrepreneurship, überzeugt, dass sich die Gesellschaft von einer kapital- und rohstoffgetriebenen Industriegesellschaft zu einer von Ideen und Talenten getriebenen Wissensgesellschaft wandelt. «Versuchte man in den letzten Jahren, Kapital und Unternehmen nach Liechtenstein zu ziehen und dafür attraktive Standorte zu schaffen, wird es in Zukunft um die Frage gehen, wie Talente und Wissen in das Land geholt und möglichst dauerhaft gehalten werden können», sagte er in seinem Referat. Und um wettbewerbsfähig zu bleiben und die sogenannten «Wissensarbeiter» nach Liechtenstein zu holen, sei unter anderem eine globale Erreichbarkeit notwendig. Auch Alain Thierstein, Verfasser der Studie, ist überzeugt, dass Liechtenstein sich zu einem Innovations- und Finanzdienstleistungsstandort mausern muss. Siedlungsdichte und Städtebau würden zu so einem Standort gehören und ein gut funktionierender öffentlicher Verkehr mit Hauptbahnhof, der einen Anschluss an die wichtigsten Metropolen in der Region, Zürich, Stuttgart und München, gewährleistet.

Drei Visionen

Eine Bahnlinie von Sargans nach Feldkirch mit dem Hauptbahnhof in Vaduz. Dietrich Schwarz, Professor für Sustainable Design an der Hochschule, hat dieses Szenario aus der Studie herausgezupft und den Master-Studenten als Grundlage für das Studio vorgelegt. Gestern konnte er drei mögliche Varianten präsentieren, wie man diese Vision verwirklichen könnte: Im Berg, unter der Stadt und am Binnenkanal entlang. Die Variante «Im Berg» führt die Schienen in einem Tunnel unter dem Schloss Vaduz durch. Der Nachteil: Die Siedlungssituation wäre sehr beengt. Bei der Variante «Unter der Stadt» fährt der Zug unterirdisch. Ein Hauptgebäude bei der Giessenstrasse mit Shopping-Mall, Hotel und Wohnräumen bildet den Hauptbahnhof. Das Projekt «Am Binnenkanal» führt die Schienen dem Binnenkanal entlang, der die Siedlungsgrenze bildet. Die Studentin hat noch weiter gedacht und ein Fotovoltaik-Kraftwerk integriert. «So könnte der öffentliche Verkehr mit erneuerbarer Energie kombiniert werden», sagte Schwarz.

Die drei Projekte zeigten auf, dass solche Visionen nicht nur Zukunftsmusik sind, sondern sie durchaus in die Realität umgesetzt werden können.

MAX MOTZ MEINT

BEKENNTNISSE EINES UNANGEPASSTEN

Mit Hakenkreuzen, noch dazu falsch rum, haben Gehirnamputierte in Balzers auf ihren geistigen Notstand aufmerksam gemacht. Psychologen werden das sicher richtig deuten können, nämlich als stummen Hilfeschrei von spätpubertären Typen, die im dumpfen Gefängnis ihres hohlen Kopfes unbewusst nach Wissen und Denkfähigkeit suchen.

Die Armen, die. Werden sich halt gedacht haben: «Andere machen es ja auch, warum nicht auch wir?» So ganz falsch liegen sie damit ja einerseits auch nicht: Wer Blödsinn verzapft, hat die Aufmerksamkeit der Medien und damit der Massen. Bei einigen Staaten hat sich dieses Prinzip ja schon bis in die höchsten Führerkreise durchgesetzt.

Und es scheint so, als greife diese eigentlich undenkbare Denkweise mehr und mehr um sich, aber nur dank der eifrigen Anpasser. Die erobern wie Pilzsporen alle Ebenen der menschlichen Gesellschaft. Und wer öffentlich manches vielleicht Fragwürdige zu hinterfragen wagt, der muss damit rechnen, mit denen verglichen zu werden, die vor nicht allzu langer Zeit genau mit solchen Methoden andere zum freiwilligen Verzicht auf lautes Nachdenken verführten. Für als verstockt und minderwertig Eingestufte gabs ja dann die Möglichkeit, zusammen mit anderen Unangepassten zu lernen, was Konzentration bedeutet.

Apropos Anpassung: Letzthin las ich was Interessantes: Weil sie im islamischen Fastenmonat Ramadan tagsüber bei der Arbeit auf einer Baustelle ein paar Schluck Wasser tranken, müssen zwei Christen in Algerien 3 Jahre Gefängnis befürchten. Vorwurf: «Schädigung der Staatsreligion». Während des Ramadans sollen Muslime vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang fasten. Dies umfasst Speisen, Getränke, aber etwa auch das Rauchen und Geschlechtsverkehr.

Wer dann an Nierenversagen stirbt, hat dafür das Glück, als Märtyrer zu sterben.

Und vor allem: Wer Christ, also «Ungläubiger» ist, hat sich gefälligst wie ein Moslem zu benehmen.



Konsequenterweise müssten allerdings ja auch alle Mütter, die neun Monate nach dem Ramadan ein Kind bekommen, zumindest in den Knast. Väter natürlich nicht. Und auch nur, wenns ein Mädchen wird.

Und Heinrich K. müsste, wärs bei uns auch so, um seine Hände fürchten, weil er sicher beidhändig die Tastatur beim CD-Brennen bedient hat.

Nun warte ich aber erst mal darauf, dass unsere christlichen Kirchen sich ein Beispiel daran nehmen und uns beibringen, was Glaubenseifer heissen kann. Ein wenig Schiss haben einige allerdings, was die kommende Fastenzeit angeht, wenn die Kirchenoberen dann durchgreifen wollten. Nicht so sehr wegen Wassertrinkens zwar, denn das hat keine neun Monate später sichtbaren Folgen.

Stellt euch mal vor, unsere Kirchen wären wirklich so streng und hätten den Staat als Komplizen und wir wären alle so angepasst:

Mit Kondom im Handschuhfach bei der Einreise erwischt?: Kastration!

In der Fastenzeit zwei Stangen reingezogen?: 20 Peitschenhiebe!

Am Aschermittwoch oder Karfreitag mit Fleischkäsbrötle erwischt?: 3 Tage Landtagsbesuch, 2 Zwangsführungen nacheinander durch Vaduz City und eine Nacht im Frauenhaus mit einem Schild um den Hals: «Frauen zurück an den Herd!»

In der Rubrik «Notabene» las ich was von «Integration» und «Assimilierung». Soweit ich das verstanden hab, lehnen Islamisten es vehement ab, sich den Spielregeln der Ungläubigen anzupassen, in deren Land sie zu Gast sind, um denen bei etwas zu helfen. Drum bestehen jene auf Ganzkörperschleier und Kopftuch. Die zwei ungläubigen, weil christlichen Wassertrinker auf einer Baustelle in Algerien haben ja, wenn sie bald, statt am Bau zu arbeiten, im Bau sitzen, Zeit genug, über eine verbesserte Integration und Assimilierung ihrer Landsleute an die Spielregeln nachzudenken. Inklusive Geschlechtergleichheit, Handabhacken bei Diebstahl, Fasten und Kinderzeugen.

Nun ist Fanatismus ja kein allgemeines Verhalten religiöser Menschen und anderer, sieht man ja zum Beispiel an den Philippinen: Wer die Nationalhymne nicht im Tempo eines Marsches, mit zu wenig Inbrunst oder falschen Tönen singt, muss mit umgerechnet 2200 Franken Busse oder zwei Jahren Gefängnis rechnen. Ich sehs direkt vor mir, wärs bei uns am Staatsfeiertag, Schlosswiese, nach der Feldmesse auch so: Polizeigrosseinsatz, Räumung der Wiese, Zwischenlagerung der Dissidenten im Fussballstadion, Schnellgerichte.

Und der Staat kann aufgrund der Bussgelder endlich wieder den Rentnern ihre Elektroräder subventionieren.

Falls man genug LHPs (= Landes-Hymnen-Provokateure) einsammeln konnte! Denn wenn wir auch noch wie in der Ukraine im Grossen Haus und unseren Ämtern Frauen im kurzen Rock, mit knalligem Lippenstift und Stöckelschuhen, Kleidern mit Blümchen, Tupfen, Zeichnungen oder Texten als Muster oder Kleider aus durchsichtigem Stoff oder mit «aufreizendem Ausschnitt» strafverfolgen, bricht unser Staatswesen eh zusammen. Die Frauen mit Hosen sind schon vorher einkassiert worden und sitzen, in Kartoffelsackkleider gehüllt, deren vorherige Inhalte schälend, in Containern am Stadion, damit die dort auf ihre Aburteilung wartenden Sünder die Suppe bekommen, die sie sich selber eingebrockt haben in ihrer Verstocktheit, meint Euer bestimmt noch immer höchst mangelhaft integrierter

Max

Jugendarbeit am Bremimart

Eschen. – Am heutigen Bremimart in Eschen ist der Stand von «smartconnection» und der Kinder- und Jugendarbeit Eschen-Nendeln direkt vor dem Festzelt, im Dorfzentrum von Eschen, zu finden. Es werden heute, Samstag, 9. Oktober, ab 12 Uhr verschiedene alkoholfreie Cocktails und der spritzige Jugenddrink KenniDi angeboten. Wer ab 23 Uhr den Alkoholblastest besteht, wird mit Punkten belohnt, die auf www.smartconnection.li für Prämien eingetauscht werden können. Am Nachmittag und Abend gibt es auch feine Waffeln und eine PSP2-Spielstation mit Fifa 2010.

Der Unterländer Jahrmarkt ist nicht nur für die Einwohnerschaft von Eschen, sondern für Jung und Alt aus dem gesamten Unterland ein beliebter und gern besuchter Treffpunkt. Der Bremimarkt ist ein Brauchtum: Für die Kinder und Jugendlichen ist der Markt wegen seiner Attraktionen seit über 75 Jahren immer ein besonderes Erlebnis. Eschen ist Markt- und Schauplatz des durchgeführten Jahrmarktes, bei welchem Waren aller Art angeboten werden. Die Landwirte des Unterlandes führen ihre schönsten Kühe, Schafe und Ziegen vor, die prämiert werden. *(pd)*

SMART CONNECTION

ÖFFENE KINDER & JUGENDARBEIT ESCHEN/NENDELN

StarClass – Occasionen mit Klasse.



Angebot der Woche bei Garage Weilenmann AG



MERCEDES-BENZ CLC 200

Fahrzeugart	Kompressor Coupé
Kilometer	700
Aussenfarbe	silber
Preis	**CHF 48 900.–**



MERCEDES-BENZ A200

Fahrzeugart	Limousine
Kilometer	34 000
Aussenfarbe	silber
Preis	**CHF 28 500.–**



MERCEDES-BENZ E350 4MATIC

Fahrzeugart	Limousine
Kilometer	67 000
Aussenfarbe	schwarz
Preis	**CHF 45 800.–**



MERCEDES-BENZ S400 HYBRID

Fahrzeugart	Limousine
Kilometer	5000
Aussenfarbe	schwarz
Preis	**CHF 147 500.–**

Garage Weilenmann AG
Im Rietacker 6, FL-9494 Schaan, Tel. 00423 238 10 80
Fax 00423 238 10 89, www.weilenmann.li, info@weilenmann.li

Mercedes-Benz

MUSIKSCHULE

Mundharmonikakurse im November
Anfänger, Fortsetzungskurs, leicht Fortgeschrittene, Fortgeschrittene. Der Kurs, der im Musikschulzentrum Oberland, Triesen, durchgeführt wird, steht unter der bewährten und kompetenten Leitung von Mundharmonikavirtuose Walter Buchinger aus Laakirchen/Oberöstereich.

Kurs 1, Anfänger (ohne Vorkenntnisse): Montag, 22. November, und Mittwoch, 24. November (2 Kursabende); Gruppe A: 17 bis 19 Uhr, Gruppe B: 19.30 bis 21.30 Uhr. Kurs 2, Fortsetzungskurs des Anfängerkurses vom März 2010: Dienstag, 23. November, 17.45 bis 19.45 Uhr. Kurs 3, leicht Fortgeschrittene: Dienstag, 23. November, 20 bis 22 Uhr. Kurs 4, Fortgeschrittene: Donnerstag, 25. November, 19 bis 21 Uhr.

Instrument: Chromatische Mundharmonika in der Grundstimmung C (z. B. Hohner Chromonica 270/48 oder das Anfängerinstrument Melody Star). *(pd)*

OPEL

*** www.frickauto.li ***

Opel Corsa 1.2 Enjoy 05.04 / silber met. / 123 500 km	**Fr. 7 200.–**
Opel Corsa 1.8i GSi 03.02 / grün met. / 49 500 km	**Fr. 9 450.–**
Opel Tigra Cabrio 1.8 05.06 / blau met. / 7 600 km	**Fr. 16 400.–**
Opel Astra Sport Turbo 03.08 / grau met. / 24 500 km	**Fr. 24 650.–**
Opel Vectra 3,2-V6 Kombi 06.04 / blau met. / 62 000 km	**Fr. 18 500.–**
Kia Sorento 2,5 CDTI 02.09 / silber met. / 25 000 km	**Fr. 32 800.–**

*** info@frickauto.li ***

Garage David Frick
9496 Balzers • Tel. +423 384 15 55

Plenarversammlung von PostEurop

Schaan. – Nächste Woche findet die jährliche Plenarversammlung von PostEurop in Liechtenstein statt. PostEurop ist die Vereinigung der europäischen Postgesellschaften. Die Liechtensteinische Post ist Gründungsmitglied dieser Vereinigung, welche 1993 in London statuarisch formiert wurde mit dem Ziel, die gemeinsamen Interessen der Postgesellschaften nach aussen zu vertreten. Ursprünglich waren Mitglieder aus 26 Ländern in PostEurop vereinigt, heute zählt PostEurop 48 Postorganisationen aus Europa als Mitglieder. Diese Postgesellschaften beschäftigen in Europa 2,1 Millionen Mitarbeiter und betreiben rund 175 000 Kundenschalter, was die Bedeutung der Post unterstreicht.

An der Plenarversammlung, welche im SAL in Schaan stattfindet, nehmen 160 Personen aus den meisten Mitgliedsländern sowie Vertreter des Weltpostverbandes teil. Die wichtigsten Traktanden sind die Neuwahlen in das Management Board, die zukünftigen Herausforderungen der Postindustrie und die mittelfristige Finanzierung und Organisation der Vereinigung. Für die Liechtensteinische Post AG ist es eine grosse Ehre, die diesjährige Plenarversammlung als Gastgeber durchführen zu können. Diese Plenarversammlung ist ein hervorragender Anlass, um die Vielfalt der liechtensteinischen Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft den internationalen Entscheidungsträgern zu präsentieren. *(pd)*

Liechtensteinische Post AG

POST EUROP

POSTEUROP PLENARY ASSEMBLY
SCHAAN / VADUZ, LIECHTENSTEIN
12 - 14 October 2010
listening to the future!

ERWACHSENENBILDUNG

Figürliches Modellieren mit Ton
Die Auseinandersetzung mit dem menschlichen Körper ist seit jeher eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration für alle. Die Teilnehmenden lernen plastische Grundbegriffe der traditionellen Bildhauertechnik und werden mit der Anatomie des menschlichen Körpers vertraut gemacht. Der Kurs 134 unter der Leitung von Katharina Bierreth beginnt am Donnerstag, 21. Oktober, um 8.30 Uhr im GZ-Resch in Schaan. Mit Voranmeldung.

Information/Anmeldung: Erwachsenenbildung Stein Egerta, Tel. +423 232 48 22, E-Mail: info@steinegerta.li

2,2 Prozent mehr Pkw im September

Vaduz. – Im September 2010 wurden in Liechtenstein insgesamt 186 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, davon waren 140 Personenwagen. Somit ergab sich im Jahresvergleich bei den Fahrzeugen eine Erhöhung von 3,3 Prozent und bei den Personenwagen eine Erhöhung von 2,2 Prozent. Bei den Personenwagen verzeichnete die Marke VW im September 2010 mit 22 Fahrzeugen am meisten Neuzulassungen, gefolgt von Toyota (12), Audi, BMW und Ford (je 10). Der Anteil mit Dieselkraftstoff betriebener Personenwagen betrug 35,7 Prozent. 61,4 Prozent der neu zugelassenen Personenwagen wiesen Benzinmotoren auf.

Von Januar bis September 2010 wurden 1863 Neufahrzeuge zugelassen, davon waren 1356 Personenwagen. Somit ergab sich bei den Fahrzeugen eine Erhöhung von 0,6 Prozent und bei den Personenwagen eine Erhöhung von 6,7 Prozent.

Die Marke VW stand mit 194 immatrikulierten Personenwagen (Januar bis September 2010) an erster Stelle, gefolgt von Audi (128), BMW (109) und Toyota (108). In den ersten neun Monaten des Jahres 2010 betrug der Anteil mit Dieselkraftstoff betriebener Personenwagen 36,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 29,9 Prozent. *(pd)*

Solidaritätsaktion abgeblasen

Feldkirch. – Die Personalvertretung der Stadt Feldkirch hat am vergangenen Donnerstag alle Mitarbeiter eingeladen, eine Solidaritätserklärung für Bürgermeister Wilfried Berchtold (ÖVP), gegen den wegen Vergewaltigung ermittelt wird, zu unterschreiben. Ausgelöst wurde die Unterstützungsaktion durch eine Aussage von Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP). Er hatte im Regierungsfoyer gesagt, Berchtold sei für die Partei eine Belastung, worüber die Personalvertretung «schockiert» gewesen sei.

Die Stadtbediensteten wurden daraufhin eingeladen, Berchtold mit ihrer Unterschrift den Rücken zu stärken. Dies geschah per Mail über den Computer von Stadtamtsdirektor Christian Suitner. Dieser sagte, das Ganze sei eine Aktion der Personalvertretung gewesen, er habe durch die Bereitstellung des Computers nur zeigen wollen, dass er über die Aktion informiert sei und ihr zustimme. Es sei nicht darum gegangen, Berchtold für schuldig oder unschuldig zu erklären, sondern darum, ihn moralisch zu unterstützen.

Die Aktion, die öffentlich und politisch diskutiert worden war, wurde am Montag allerdings wieder eingestellt. Sie drohte, «dem Bürgermeister auf den Kopf zu fallen», sagte einer der Initiatoren gemäss ORF Vorarlberg. Es habe ausserdem Bedenken gegeben, dass sich die Mitarbeiter unter Druck gesetzt fühlen könnten. Die Unterschriftenliste soll verbrannt werden. *(pd)*

Karton wird gesammelt

Eschen/Nendeln. – Am Samstag, 16. Oktober, findet in Eschen und Nendeln die Kartonsammlung statt. Die Jugendharmonie Eschen bittet, den Karton gebündelt oder in Schachteln verpackt gut sichtbar ab 8 Uhr an die Strasse zu stellen. Es muss beachtet werden, dass beim Karton kein Abfall mitverpackt werden darf. *(pd)*

Obergericht bestätigt Urteil

Noch immer zieht die Schlägerei am Oktoberfest in Mauren vor zwei Jahren strafrechtliche Folgen mit sich. Die Geschehnisse wurden gestern erneut vor dem Obergericht aufgerollt.

Von Bettina Stahl-Frick



Massenschlägerei mit Folgen: Die Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremen und einer Gruppe von Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergund beschäftigt das Gericht noch immer. Bild Archiv

Vaduz. – «Einmal mehr befasste sich das Gericht gestern mit den strafrechtlichen Folgen der Massenenschlägerei in Mauren vor einem Jahr» (Vaterland, Ausgabe vom 19. November, 2009). Mit diesem Satz könnte auch dieser Artikel beginnen – nur muss es diesmal heissen: «... vor über zwei Jahren». Denn noch immer konnte der Fall nicht ad acta gelegt werden. Zum wiederholten Male wurden die Geschehnisse in der besagten Nacht vom 20. auf den 21. September 2008 aufgerollt, während die Erinnerungslücken der Beteiligten immer grösser werden. Der gesamte Prozess wurde verfahrensmässig aufgegliedert und zwischenzeitlich konnten auch schon einige Berufungspunkte erledigt werden. Wer genau wie und wo in der Massenschlägerei involviert war, konnte bislang nicht vollständig aufgeklärt werden. So auch der Fall von zwei Schweizern, die in jener Nacht als mutmassliche Rädelsführer des Raufhandels verhaftet wurden. Beide erschienen gestern zur Berufungsverhandlung.

Eine lange Prozessgeschichte

Die zwei Angeklagten haben bereits eine lange und für sie unvergessliche Prozessgeschichte hinter sich: Mehrmals wurden sie zu dem Sachverhalt vernommen, sassen in Untersuchungshaft und mussten Schuldsprüche über sich ergehen lassen. Ausser bei der vergangenen Berufungsverhandlung, bei der die Geschichte für den Erstbeschuldigten gut ausging: Vom Vorwurf, eine strafbare Handlung nicht verhindert zu haben, wurde er im November vergangenen Jahres freigesprochen. Doch auch dieser Freispruch ersparte ihm einen weiteren Gang ins Gericht nicht: Der Staatsanwalt akzeptierte den Entscheid des Senats nicht und legte beim Obersten Gerichtshof Berufung ein. Dieser verfasste eine rechtliche Beurteilung, worauf sich gestern der zweite Senat des Berufungsgerichtes stützen konnte. Letzterer kam schliesslich zum Entscheid, dass die Beweislage für einen Schuldspruch nicht ausreicht und es demnach für den Erstbeschuldigten beim Freispruch bleibt. Ganz ungeschoren kam er allerdings nicht davon: Wegen Beteiligung am Raufhandel, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung wurde der junge Mann in einer vorgängigen Verhandlung zu einr bedingten Freiheitsstrafe von vier Monaten und einer bedingten Geldstrafe von 1800 Franken rechtskräftig verurteilt.

Urteil bestätigt

Härter fiel die Bestrafung für den Zweitbeschuldigten aus: Wegen Beteiligung am Raufhandel kassierte er eine bedingte Haftstrafe von sechs Monaten. Ausserdem muss er eine Geldstrafe von 5400 Franken bezahlen. So entschied das Obergericht im November vergangenen Jahres. Wegen Beitragstäterschaft der schweren Körperverletzung wurde der Zweitbeschuldigte damals freigesprochen. Auch dieser Entscheid wurde vom Staatsanwalt angefochten, er konnte gestern aber nichts erreichen. Der zweite Senat beliess es beim Freispruch, womit es auch bei der einst verhängten Strafe von 5400 Franken und dem bedingten Freiheitsentzug bleibt.

Ob damit der Fall nun endgültig als verhandelt gilt, steht noch nicht fest. Legt der Staatsanwalt oder die Verteidigung erneut Revision ein, geht der Prozess vor dem Obersten Gerichtshof weiter.

Streit eskaliert

Auslöser für die nun schier unzähligen Verhandlungen ist das Oktoberfest in Mauren vom September 2008. Während des Festes eskalierte ein Streit zwischen einer Gruppe von Rechtsextremen und einer Gruppe von Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund. Ein Polizist, der in die Auseinandersetzung eingreifen wollte, wurde durch einen Steinwurf am Kopf verletzt. Ebenfalls zog sich ein junger Mann aus Liechtenstein schwere Verletzungen zu.

Zweimal zu viel Regen für die Äpfel

Die Apfelernte in der Region fällt in diesem Jahr unterdurchschnittlich aus. Besonders die Witterung im Frühling und im Herbst waren ungünstig.

Von Richard Brunhart



Ungünstige Witterung: In diesem Jahr fällt die Apfelernte unter dem Durchschnitt aus. Bild Wodicka

Vaduz. – Auf die Apfelernte haben verschiedene Faktoren Einfluss, erklärt Helmut Schwendinger von der Mostereigenossenschaft Schellenberg. Wie ergiebig sie ausfällt, schwanke von Jahr zu Jahr. Unter anderem gebe es Apfelsorten, die nur jedes zweite Jahr Früchte tragen. Und in diesem Jahr habe zudem die Witterung einen negativen Einfluss auf die Ernte, sodass sie unter dem Durchschnitt ausfallen werde. Es habe aber auch schon schlechtere Jahre gegeben, hält Schwendinger fest.

Bienen zu wenig geflogen

Verantwortlich für die Ernteausfälle ist der Regen. «Wenn es im Frühling, zur Blütezeit, viel regnet, können die Bienen nicht fliegen», sagt Helmut Schwendinger. Zu wenige Blüten sind dementsprechend bestäubt worden. Zudem schadete der Regen im Herbst den Äpfeln. Einige Äpfel seien bereits vor der Erntezeit an den Bäumen verfault.

Diese Erfahrung macht auch Annelies Gerner von der Mosterei Gerner in Eschen. Gerade die Tage im Herbst könnten den Zuckergehalt der Äpfel noch etwas anheben, wenn das Wetter passen würde. Auf den geliebten Most – insbesondere bei Familien liege das natürliche Getränk im Trend – müssten die Konsumenten allerdings nicht verzichten, versichert Annelies Gerner. Beim Bauern, bei dem sie ihren Rohstoff beziehen, mache die Menge nicht sehr viel aus. Die Nachfrage könne also befriedigt werden.

Potenzial liegt brach

Ausserdem würde in Liechtenstein ein gewisses Potenzial brachliegen. «Manche Bäume werden nicht gepflegt und das Obst bleibt liegen», sagt Gerner. Eigentlich gäbe es viele, die die Äpfel anderer gerne auflesen und zu einer Mosterei bringen würden. Doch allzuoft passiert dies nicht – und nicht nur in Liechtenstein. So gibt es in den deutschsprachigen Ländern Streuobstbörsen, wo sich Eigentümer von Apfelbäumen und Sammelwillige finden können.

Dass der Obstbau in Liechtenstein nicht an erster Stelle steht, zeigt sich auch in der Statistik. Zwar wird nicht zentral erfasst, wie die Obsternte ausfällt. Aber der aktuellen Landwirtschaftsstatistik ist zu entnehmen, dass die Obstbauflächen in den vergangenen Jahren stetig abgenommen hat. Von 1984 bis 2008 hat zwar auch die Landwirtschaftsfläche abgenommen – um 8,6 Prozent. Die Obstbaufläche dagegen liegt um 44,5 Prozent unter dem Wert von 1984.

Obstproduzenten, die sich darauf spezialisiert haben, wissen sich dafür auch bei widrigen Umständen zu helfen, wie Helmut Schwendinger erklärt. Beispielsweise werde in Südtirol mit Gebläsen der Bestäubung nachgeholfen, wenn die Bienen zu wenig fliegen.

«Apfelsaft wirkt fabelhaft»

Früchte sind gesund und auch Fruchtsäfte sind gut für die Gesundheit, denn ein Teil der gesundheitsfördernden Inhaltsstoffe – Vitamin C und Vitamine der B-Gruppen sowie ein Teil der Mineralstoffe und der phenolischen Verbindungen – bleiben im Saft erhalten. Zudem lässt der in Fruchtsäften hohe Gehalt an Fructose den Blutzuckerspiegel weniger rasch ansteigen als bei Getränken mit ähnlichem Energiewert.

Aus dem Gericht

Oktoberfest-Urteil bestätigt

VADUZ – Zwei Schweizer Skinheads, die zu den Rädelsführern der Oktoberfest-Schlägerei in Mauren im September 2008 zählen, beschäftigen die Liechtensteiner Gerichte immer noch. Nach mehreren Gerichtsverhandlungen, Berufungsverfahren und zuletzt auch einer Urteilsrevision durch den Obersten Gerichtshof standen der 24-jährige M. und der 23-jährige G. gestern erneut vor dem Obergericht. Zum Teil waren die beiden nach der seinerzeitigen Massenschlägerei zwischen rechten und türkischstämmigen Jugendlichen wegen Raufhandels bzw. Widerstands gegen die Staatsgewalt schon rechtskräftig verurteilt worden. Beim 24-jährigen M. galt es noch einmal zu klären, inwiefern er es unterlassen hatte, seine Kollegen von Prügeln gegen einen Triesenberger Festbesucher am frühen Abend jener gewalttätigen Nacht abzuhalten. Das Obergericht entschied, dass für eine solche Unterlassung nicht genügend Beweise vorliegen. Der Zweitbeschuldigte G. hatte nach Zeugenaussagen die Prügel gegen das Opfer aus Triesenberg mit Zurufen angefeuert. Auch das konnte zwei Jahre nach der Tat nicht mehr genau geklärt werden. Damit wurde gestern ein Obergerichtsurteil vom 18. November 2009 bestätigt: 4 Monate bedingte Haft und 1800 Franken Geldstrafe für M., 6 Monate bedingte Haft und 5400 Franken Geldstrafe für G. (jm)



Fahrzeugstatistik

Volkswagen bleibt vorn – mehr Zulassungen als 2009

SCHAAN – Volkswagen hat die Spitzenposition in Liechtenstein verteidigt. Nach der Fahrzeugstatistik vom September liegt VW mit 24 Immatrikulationen vor seinem Tochterunternehmen Audi (17). BMW folgt mit 10 Neuzulassungen gemeinsam mit Toyota auf Rang drei. Ford und Mazda (je 8) sowie Opel und Renault (je 7) liegen auf den weiteren Plätzen. Mercedes-Benz liegt mit 5 Neuzulassungen auf Rang neun. Insgesamt wurden im September 2010 in Liechtenstein 186 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, davon waren 140 Personenwagen. Somit ergab sich im Jahresvergleich bei den Fahrzeugen ein Zuwachs von 3,3 Prozent, bei den Personenwagen von 2,2 Prozent. Der Anteil der Dieselautos lag bei 35,7 Prozent. 61,4 Prozent der neu zugelassenen Pkws werden von Benzinmotoren angetrieben. Von Januar bis September 2010 wurden in Liechtenstein 1863 Neufahrzeuge zugelassen, davon waren 1356 Personenwagen. VW belegt in diesem Zeitraum mit 172 immatrikulierten Personenwagen Platz eins, gefolgt von Audi (118), BMW (99), Toyota (96) und Ford (56). (ky)

Arbeitsplätze in Gefahr

THV fordert von der Regierung Tschütscher Entschleunigung bei Abkommenspolitik

VADUZ – Besser ausgehandelte DBA, Lockerung der Zuzugsbeschränkungen und mehr Zeit – das sind nur einige der Forderungen der Treuhändervereinigung (THV) an Regierungschef Klaus Tschütscher. Offenbar sind nun auch Jobs in Gefahr.

• Holger Franke



FOTO VB

Die Treuhändervereinigung befürchtet Entlassungen in der Branche, sofern der Umsatzrückgang anhält.

«Weder die Treuhändervereinigung noch der Finanzplatz als Ganzes können mit der bisherigen Abkommensstrategie glücklich werden», erklärt Clemens Laternser, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung (THV) gegenüber dem «Volksblatt». Die Abkommen würden den Einsatz von liechtensteinischen Gesellschaften, Stiftungen und Trusts für ausländische Kunden mehrheitlich unattraktiv machen – zulasten der gesamten Volkswirtschaft.

«Ich frage mich schon, wie ein langjähriger Kunde darauf reagiert, wenn er je länger, je mehr in der offiziellen Kommunikation Liechtensteins als Altlast dargestellt wird.»

Clemens Laternser, Geschäftsführer, THV

Es ist kein Geheimnis, dass die Treuhandbranche, wie der gesamte Finanzdienstleistungssektor, unter Druck steht. Da die Treuhandbranche ein wichtiger Zuträger für Banken, Vermögensverwalter, Fonds und Versicherungen ist, wirkt sich ein Umsatzrückgang im Treuhandbereich direkt auf die anderen Finanzdienstleister aus. Eine Studie der Universität St. Gallen hat im vergangenen März ergeben, dass rund 3200 Arbeitsplätze im Inland direkt oder indirekt vom Treuhandsektor abhängig sind: «Wenn der Umsatzrückgang anhält, werden wir im kommenden Jahr wohl erste Entlassungen erleben müssen», befürchtet Laternser.

Unter Wert verkauft?

In der Vergangenheit hatte Regierungschef Klaus Tschütscher immer wieder den «Einbezug aller Kräfte» betont. Angesichts der langen Liste der konkreten Forderungen der Treuhänder muss man sich allerdings die Frage stellen, wie produktiv dieser «Einbezug aller Kräfte» auch tatsächlich ist. Bei der Treuhändervereinigung zeigt man sich in diesem Punkt bedeckt: «Vielleicht haben wir ja miteinander geredet, aber uns gegenseitig nicht wirklich zugehört. Das kommt in den besten Familien vor. Unser Verhältnis zur Regierung wird allerdings zusehends besser», so Laternser. Dennoch bestehe «Optimierungsbedarf». Es ist besonders die Abkommenspolitik, die den Treuhändern sauer aufstösst. «Wenn wir Abkommen verhandeln, die über OECD-Standards hinausgehen, dann dürfen und müssen wir auch eine Gegenleistung verlangen», so Laternser. Der Verhandlungsspielraum hänge dabei vom jeweiligen Verhandlungspartner ab: «Wenn wir aber wenig verlangen, bekommen wir auch wenig.» Dies dürfte auch für das in Aussicht gestellte DBA mit Deutschland gelten, das richtungsweisend für weitere Abkommen mit grossen Industriestaaten sein dürfte: «Das Abkommen mit Deutschland muss – wie übrigens auch alle weiteren Abkommen – einhergehen mit dem Abbau von Diskriminierungen und dem Aufbau von Rechts- und Planungssicherheit für liechtensteinische Produkte und Dienstleistungen», fordert die Treuhändervereinigung. Anerkannt wird jedoch der Reputationsgewinn Liechtensteins – allerdings dürfe sich nicht auf dem Erfolg ausgeruht werden, meint Clemens Laternser: «Von Reputation allein können wir leider nicht leben. Jedes neue Abkommen verunsichert unsere Kunden. Jedes neue Abkommen bringt bestehende Kunden dazu, den Platz zu verlassen. Gerade hier hängt vieles von der Kommunikation ab.» Seite 4

Mehr Zeit nötig

Treuhänder unter Druck

SCHAAN – Im Gespräch mit dem «Volksblatt» führt Clemens Laternser aus, was seiner Ansicht nach nun nötig sei.

«Volksblatt»: Was fordern Sie konkret von der Regierung?



Clemens Laternser: Vor allem müssen die Verbände noch stärker in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Und wir brauchen Zeit, um den Markt, seine Teilnehmer und Produkte auf die neuen Gegebenheiten umzustellen. Wir brauchen deshalb eine Entschleunigung bei den Abkommensverhandlungen.

Wie würde ein kleinstaatenverträgliches DBA aussehen, das Sie akzeptieren könnten?

Es kommt auf den Verhandlungspartner an. Mindestvoraussetzungen sind die Aufhebung bestehender Missbrauchsbestimmungen gegenüber Liechtenstein und dessen Dienstleistungen, weitgehende Rechts- und Planungssicherheit für inländische Strukturen und Finanzdienstleistungen im internationalen Verkehr sowie die Entkriminalisierung unserer Mitarbeiter und Kunden.

Wieso sollten Ihrer Meinung nach die Zuzugsbeschränkungen gelockert werden?

Doppelbesteuerungsabkommen sind immer so gut, wie es die inländischen Rahmenbedingungen zulassen. Da grundsätzlich nur Inländer oder inländische Gesellschaften von Abkommen profitieren können, müssen wir uns öffnen. Nicht nur wie bisher für ausländisches Kapital, sondern vielmehr auch für dessen Eigentümer, Unternehmer und Unternehmen. Insofern kommen wir nicht um eine Lockerung der Zuzugsbeschränkungen herum. (hf)

Auf einen Blick

Weder die Treuhändervereinigung noch der Finanzplatz als Ganzes könnten mit der bisherigen Abkommensstrategie glücklich werden, heisst es vonseiten der Treuhändervereinigung. Zu deren Hauptforderungen gehören folgende Punkte:

- Eine kleinstaatenverträgliche Abkommenspolitik
- Die Lockerung der Zuzugsbeschränkungen
- Rechts- und Planungssicherheit für inländische Dienstleistungen
- Abbau der Diskriminierung Liechtensteins im Ausland
- Ausreichend Zeit

ANZEIGE

TELECOM Liechtenstein

AKTION FÜR DIE GENERATION 50+.

Angebote gültig vom 11. bis 23. Oktober 2010

Handy

Swissvoice MPO3
- grosse beleuchtete Tasten
- einfach zu bedienen
- SOS-Notruftaste

Handy mit LIMO simply Abo (CHF 3.–/Monat).

jetzt CHF 89.– ohne Abo CHF 149.–

Festnetzgerät

Swissvoice Aeris 196T
- Lautstärke einstellbar
- bedienerfreundlich
- integrierter Anrufbeantworter

jetzt CHF 99.– statt CHF 149.–

Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten. Nur solange Vorrat. Detailinfos siehe www.telecom.li

Shop: Austrasse 77 . LI-9490 Vaduz . Gratisnummer LI 800 22 22
Montag bis Freitag 9–12 Uhr, 13.30–18.30 Uhr . Samstag 9–13 Uhr

www.telecom.li

Liechtensteiner
VOLKSBLATT
DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN

Weekendbilder

www.volksblatt.li
Die Info-Plattform Nummer 1

Mit amtlichen Publikationen | 00423 237 51 51 | AZ 9494 SCHAAN | Montag, 18. Oktober 2010


Planken: FBP nominiert fünf Kandidaten
Inland / 3



Werkhof in Ruggell öffnet die Pforten
Inland / 5 und 7


Julia Hassler mit starkem Weltcup-Debüt
Sport / 11

NEWSMIX

Umwelttag lockt viele Teilnehmer nach Balzers

BALZERS – Über 100 begeisterte Teilnehmer sind gestern nach Balzers gekommen, um sich in der Natur zu bewegen – trotz Kälte und Regen. Die Umweltkommission mit Gemeinderätin Christel Kaufmann, Sven Bürzle, Pascal und Ronald Kaufmann, Karl Malin und Peter Vogt hat zusammen mit der Gemeinde, dem Imkerverein, der Jagdgesellschaft, der LGU, der Renat AG, dem Tiefbauamt und Wilfried Kaufmann den Umwelttag 2010 in die Tat umgesetzt – ganz zur Freude der Teilnehmer. **Seite 4**

«Gloria» vor eventuellem Schritt nach Deutschland

DORNBIRN – Die Dornbirner Messegesellschaft als Veranstalterin der Kirchenmesse «Gloria» will ihren Aktionsradius ausweiten. «Es kann gut sein, dass es nächstes Jahr eine «Gloria» auch in Deutschland geben wird», deutete Messe-Geschäftsführer Dietmar Stefani zum Abschluss der 11. «Gloria» an, die am Samstag nach drei Tagen in Dornbirn zu Ende gegangen ist. «Wir stehen mit mehreren potenziellen Veranstaltern in Kontakt», erklärte Stefani im vorläufigen Abschlussbericht. Die Verbindung zwischen dem klassischen Messegeschäft und ökumenischem Treffpunkt werde von Ausstellern und Besuchern gleichermassen geschätzt. (apa)

INHALT

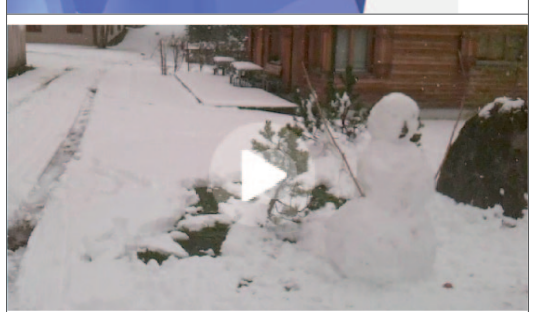
Inland	2–9	Kino/Wetter	18
Ausland	10	TV	19
Sport	11–17	International	20

www.volksblatt.li

9 771812 601006 10042

Fr. 2.00 | Tel. +423/237 51 51
133. JAHRGANG, NR. 237 | Verbund Südostschweiz

WEB-TV HEUTE



Wintereinzug in den Bergen

Täglich Filmbeiträge zu aktuellen Themen in Liechtenstein auf:
www.volksblatt.li

Franken bedroht Tourismus

Starker Franken: Speziell Gäste aus dem Euroraum könnten ausbleiben

VADUZ – Der starke Franken bereitet dem Tourismus Sorgen. Während in der Schweiz die Sorgenfalten beachtliche Tiefen erreichen, sind die Gesichter in Liechtenstein etwas entspannter.

• Christian A. Koutecky

Ein Drittel der Gäste in Liechtenstein kommt aus der Schweiz – ist also «währungsneutral». Die meisten Touristen, die den Weg ins Fürstentum finden, kommen aus dem Euro- und Dollarraum und werden mit einem starken Franken konfrontiert, der für sie alles teurer macht.

Dennoch hat Martina Michel-Hoch, Pressesprecherin von Liechtenstein Tourismus, bis dato noch nicht festgestellt, dass die Buchungen eingebrochen seien: «Aufgrund der ersten Rückmeldungen für die Winterferien sieht die Buchungslage noch relativ gut aus», erklärt sie auf Anfrage des «Volksblatts», «im Berggebiet wird vor allem entscheidend sein, wie die Zwischensaison gebucht wird». Wobei auch Michel-Hoch davon überzeugt ist, dass der Einbruch noch kommt: «Es ist zu erwarten, dass sich der hohe Franken verzögert negativ vor allem auf die Buchungen aus Deutschland auswirken wird.» Die Verzögerung beträgt erfahrungsgemäss vier bis sechs Monate.

Etwas schlechter sieht die Situation in der Eidgenossenschaft aus. Jürg Schmid, Chef des Branchenverbands Schweiz Tourismus, befürchtet bereits einen Rückgang bei den Buchungen im Spätherbst und im Winter. Schmids Begründung ist einleuchtend: Als Folge des schwachen Euro sei die Schweiz für ausländische Touristen um rund 15 Prozent teurer geworden, «ohne dass wir um 15 Prozent besser geworden wären».

Angebote gegen Franken

Die Touristiker müssen reagieren – auch in Liechtenstein: «Wir vermarkten attraktive Angebote wie die Familienpackung, das Weekend Special und die Sparfuchs Wochen im deutschen Raum. Unsere Marketingaktivitäten für Deutschland wurden gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Dem starken Franken kann vor allem mit attraktiven Angeboten von guter Qualität und fokusierten Marketingaktivitäten entgegengewirkt werden», erläutert Martina Michel-Hoch. So reagiert auch das Parkhotel Sonnenhof in Vaduz laut dessen Chef Hubertus Real mit «attraktiven Pauschalen», auf den Franken-Nachteil, um für Gäste aus dem Euroraum attraktiv zu bleiben. Gegebenenfalls könnte Real sich auch vorstellen, Touristen aus dem Euroraum mit Rabatten ins Land zu locken.

Eine Gästerückgang wegen des starken Frankens konnte Real jedenfalls bislang noch nicht feststellen. Für ausbleibenden Besucher gäbe es eher eine andere Ursache: «Ich denke, bei uns ist es eher die Liechtenstein-Krise.»


FOTO MAURICE SHOUROT

Worldcup-Countdown Der Liechtensteinische Skiverband hat am Samstag im Gemeindesaal in Balzers die Saison 2010/11 feierlich eröffnet. **Seiten 5 und 15**

Neues Nazi-Flugblatt

«Nationaler Sozialismus» propagiert

VADUZ – Mit einem neuen Machwerk ist die rechte Szene Liechtensteins in Erscheinung getreten. «Nationaler Sozialismus – Bürgerinformation für Liechtenstein» ist der vierseitige Erguss überschrieben, der am Wochenende in vielen Briefkästen zu finden war.

Farblich sowohl im bundesdeutschen «Schwarz-Rot-Gold» wie im Reichsdeutschen «Schwarz-Weiss-Rot» gehalten, bemühen die Verfasser der «Bürgerinformation» teils Floskeln aus der Entstehungszeit des deutschen Nationalsozialismus, greifen andererseits im Wortlaut auf Formulierungen zurück, die von Kameradschaften in Deutschland und Österreich gebraucht werden, um die eigene Ideologie als «einzige Alternative» zu Kapitalismus und Kommunismus darzustellen und vom Image des «Ewiggestrigen» wegzukommen. Ein Impressum existiert nicht. (red)



Abkommen mit EU

Betrugsbekämpfungsabkommen in Sicht

VADUZ – Schon am Dienstag könnten die Finanzminister der Europäischen Union dem Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein zustimmen. Österreich und Luxemburg zeigen sich kooperationsbereit und geben Widerstand auf.

Die EU-Finanzminister könnten auf ihrer Tagung am Dienstag kommender Woche eine Einigung über die Amtshilfe in Steuerangelegenheiten erzielen. Aus Österreich und Luxemburg, die bisher einen generellen Vorbehalt hatten, dürfte es zuletzt zustimmende Signale zum Vorschlag der belgischen Präsidentschaft für die Richtlinie zur Amtshilfe und der Einführung eines automatischen Informationsaustausches für verfügbare Daten gegeben haben, verlautete am Sonntag aus Ratskreisen in Brüssel. Von österreichischer Seite wurde betont, dass das Bankgeheimnis damit in keiner Weise berührt sei.

Abkommen mit Liechtenstein

Somit könnte auch die Verabschiedung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit Liechtenstein, die auf der Tagesordnung steht, Realität werden.(red/apa)

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
MONTAG, 18. OKTOBER 2010 | NR. 237 | CHF 1.80



INLAND

Die Private Universität verleiht erfolgreichen Absolventen ihre Zeugnisse.

SEITE 5



SPORT

Los gehts: Die Weltcup-Saison ist mit dem Weltcup-Countdown eröffnet.

SEITEN 11 UND 12



Der Winter lässt grüssen

Bern. – Der Altweibersommer dürfte endgültig vorbei sein. Nach mehreren Nebeltagen brachte am Wochenende das Tief «Roswitha» die ersten Schneeflocken auf bis 800 Meter über Meer. Ansetzen konnte der Schnee in den tieferen Lagen allerdings nicht stark. Der Boden ist von den letzten warmen Herbsttagen noch relativ warm. Weiter oben hingegen schmolzen die Schneeflocken nicht weg. Generell fielen oberhalb von 2000 Metern über Meer zwischen 15 und 30 Zentimeter, wie es bei MeteoSchweiz hiess. Der Säntis in der Ostschweiz (2502 Meter über Meer) bekam 15 Zentimeter Schnee. Das Mittelland dürfte die ersten Schneeflocken Mitte Woche sehen. Die Meteorologen erwarten ab Dienstagabend noch kühlere Luft aus dem Norden. Der definitive Wintereinbruch sei dies aber noch nicht, teilte SF Meteo mit. Auf Monatsende oder zu Beginn des Monats November könne ein «Martinisömmerchen» erwartet werden. *(sda)*

SEITE 10

Tausende nahmen Abschied

Gotthardpass. – Trotz Kälte, Nebel und Eisregen haben am Sonntag Tausende Fans aus der Schweiz und ganz Europa auf der Gotthard-Passhöhe Steve Lee gedacht. Der Frontmann der Band «Gotthard» war am 5. Oktober in den USA bei einem unverschuldeten Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Der Aufmarsch der Fans begann schon am frühen Sonntagmorgen. Ihre Anzahl wurde auf 3000 geschätzt. Sie kamen vor allem aus der Deutschschweiz, aber auch aus dem Tessin, der Romandie, Italien, Deutschland, Österreich und sogar Holland. *(sda)*

SEITE 19

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–7
Ausland	8
TV-Programm	9
Boulevard	10
Sport	11–18
Kultur	19
Die Letzte	20

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 10042

Bewegung im EU-Steuerdossier

Widerstand vonseiten Österreichs und Luxemburgs hat bisher eine Zustimmung Brüssels zum Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein verhindert. Jetzt kommt Bewegung ins EU-Dossier «Steuern und Bankgeheimnis».

Von Günther Fritz

Brüssel/Wien/Vaduz. – Im EU-internen Streit um Steuern und Bankgeheimnis haben Österreich und Luxemburg ihre Blockadehaltung weiter gelockert. Die EU-Finanzminister könnten auf ihrer Tagung am kommenden Dienstag eine Einigung über die Amtshilfe in Steuerangelegenheiten erzielen.

Zustimmende Signale

Aus Österreich und Luxemburg, die bisher einen generellen Vorbehalt hatten, dürfte es zuletzt zustimmende Signale zum Vorschlag der belgischen Präsidentschaft für die Richtlinie zur Amtshilfe und der Einführung eines automatischen Informationsaustausches für verfügbare Daten gegeben haben, verlautete am Sonntag in Ratskreisen in Brüssel. Dies berichtete gestern die österreichische Nachrichtenagentur apa. Von österreichischer Seite sei betont worden, dass das Bankgeheimnis damit in keiner Weise berührt sei. Der belgische Vorschlag sieht einen automatischen Informationsaustausch für acht Kategorien vor – mit der Einschränkung, dass ein Land die Daten auch zur Verfügung hat. Bei den acht Punkten handelt es sich um unselbstständige Einkommen, Dividenden, Kapitalerträge, Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen, Einkünfte aus Lizenzen und Tantiemen, Pensionen, Einkünfte aus Miete und Verpachtung sowie Lebensversicherungen.



Brüssel: Die EU-Finanzminister könnten auf ihrer Tagung am kommenden Dienstag eine Einigung über die Amtshilfe in Steuerangelegenheiten erzielen. Bilderbox

Paket wird aufgeschnürt

EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta hatte zuletzt gegenüber der Schweizer Nachrichtenagentur sda gemeint, dass die Kommission den belgischen Kompromissvorschlag unterstütze. Österreich und Luxemburg hätten bisher versucht, das Ganze zu blockieren, kritisierte er. Semeta lobte die «bedeutenden Anstrengungen» der belgischen Präsidentschaft, das Paket Punkt für Punkt aufzuschnüren, dies sei ein Fortschritt.

Die weiteren Teile des Pakets sind die Verabschiedung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit Liechtenstein, eine Revision der Richtlinie zur Zinsbesteuerung sowie ein Mandat für die EU-Kommission zur Neuverhandlung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit der Schweiz und fünf anderen nicht-EU-Ländern sowie den USA. Gerade letzterer Punkt ist im Zusammenhang mit der Zinsbesteuerungsrichtlinie wichtig für Österreichs Bankgeheimnis. So müssen Österreich und Luxemburg ihr Bankgeheimnis für EU-Ausländer aufgeben und zu einem automatischen Informationsaustausch über Zinseinkünfte dieser Personen übergehen, sobald die EU mit den fünf europäischen Drittstaaten Liechtenstein, Schweiz, Andorra, San Marino und Monaco sowie den USA Abkommen über die Auskunftserteilung nach OECD-Standards schliesst.

Extreme Rechte streut erneut anonymes Flugblatt

«Der Nationale Sozialismus zeigt einen dritten Weg jenseits der verstaubten Ideologien auf», wirbt die extreme Rechte erneut in einem anonymen Flugblatt für ihre «Weltanschauung und Lebenshaltung».

Von Günther Fritz

Vaduz. – «Nationaler Sozialismus – Bürgerinformation für Liechtenstein» – so heisst es im Titelkopf des neuerlichen anonymen Pamphlets, das farblich im «Schwarz-Rot-Gold» der deutschen Bundesflagge gehalten ist. Aufmachung und Diktion erinnern an das in der Nacht auf Samstag, 14. November 2009, verteilte Flugblatt der ausländerkritischen «Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein», das als inhaltliche Fortsetzung anonymer Flugblätter aus den Jahren 2006 und 2007 eingestuft werden konnte. Dem wahrscheinlich erneut aus der rechtsextremen Szene stammenden Flugblatt, das am vergangenen Wochenende in vielen liechtensteinischen Briefkästen und auch vor Haustüren zu finden war, fehlt ebenso ein Impressum.

Nicht mit der «Liewo» verteilt

Zum Teil wurde die vierseitige Schrift am Sonntagmorgen zusammen mit der «Liewo» aus den Briefkästen entnommen. Daniel Quaderer, Verlagsleiter der die «Liewo» herausgebenden Vaduzer Medienhaus AG, hält auf Anfrage ausdrücklich fest, dass die Verteilung des Flugblatts in keinem Zusammenhang mit der Distribution der liechtensteinischen Sonntagszeitung stehe. Das Vaduzer Medienhaus würde ein solches Flugblatt nie einem seiner Produkte beilegen oder separat verteilen. Wie Recherchen des «Liechtensteiner Vaterlands» ergaben, sind dem «Liewo»-Austräger in der Gemeinde Mauren am frühen Sonntagmorgen zwischen 1 und 2.30 Uhr auf seinem Weg zu den Haushalten auffallend viele Jugendliche begegnet. Als der «Liewo»-Austräger die Briefkästen bediente, steckte das anonyme Flugblatt oft schon drinnen. Seine Beobachtung hat der «Liewo»-Austräger noch in derselben Nacht einem Wachdienstmitarbeiter des Sicherheitsdienstes Argus gemeldet.



«Nationaler Sozialismus»: Das neueste Pamphlet aus der rechtsextremen Szene.

Die Landespolizei ermittelt

Wie Stabschef Uwe Langenbahn am Sonntagabend auf Anfrage des «Vaterlands» erklärte, habe die Landespolizei Kenntnis vom anonymen Flugblatt erhalten. Am Montag werde die Schrift dem Spezialdienst übergeben und die entsprechenden Ermittlungen würden aufgenommen. Zur Frage, ob das aktuelle Pamphlet der gleichen Urheberschaft wie bei dem vor einem Jahr verteilten Flugblatt mit ausländerkritischem Inhalt zuzuordnen ist, wollte sich Langenbahn ohne aufgenommene Untersuchung noch nicht äussern.

Das Vokubalur des ohne Impressum herausgegebenen «Infoblatts 1/2010» lässt aber zweifellos auf den gleichen Urheberkreis schliessen, der diesmal den Versuch unternimmt, sich vom Image der «Ewiggestrigen» zu verabschieden: «Wenn wir heute vom Nationalen Sozialismus hören, ist uns vermeintlich klar, um was es geht. Ewiggestrige, welche Ausländer und andere Minderheiten hassen und sich nichts mehr wünschen, als die Wiederauferstehung des Dritten Reiches. Der Nationale Sozialismus hat jedoch nicht die Wiederherstellung vergangener Zustände zum Ziel, sondern die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft in natürlichen Verhältnissen.»

Die unverkennbare Nähe des «Nationalen Sozialismus» zum Begriff «Nationalsozialismus» ist ganz offensichtlich gewollt und ruft die Terminologie des Dritten Reiches wieder wach, obschon die Formulierungen auch diesmal wieder ausgesprochen vorsichtig gewählt sind, sodass es wie beim letzten Flugblatt schwierig sein dürfte, den Verfassern einen Verstoss gegen die Rassismusstrafnorm nachzuweisen. Wahrscheinlich wird es auch im aktuellen Fall wegen des fehlenden Impressums bei einer Anzeige wegen Verstosses gegen das Mediengesetz bleiben. Wegen diesem Vergehen wurden im Fall des anonymen Flugblatts vom November 2009 nach langwierigen Ermittlungen schliesslich zehn rechtsradikale Personen angezeigt, welche die ausländerfeindliche Schrift verteilt hatten.



Flugblatt: Die Ermittlungen laufen

Gerade wurde ein ausländerfeindlicher 22-jähriger Liechtensteiner wegen versuchter Brandstiftung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Damit wurde ein starkes Signal gesetzt. Und doch ist wieder ein Flugblatt mit rechtem Gedankengut aufgetaucht.

Von Desirée Vogt

Vaduz. – Schon wieder ist ein anonymes Flugblatt aus der rechtsextremen Szene in Liechtensteins Briefkästen gelandet. Dies, obwohl die Behörden und auch ein Grossteil der Bevölkerung in den vergangenen Monaten verstärkt klare Signale gesetzt haben, dass rechtsextreme Phänomene nicht toleriert werden. Die Verfasser des Schreibens drücken sich erneut sehr vorsichtig aus – ein Verstoss gegen die Rassismusstrafnorm liegt deshalb vermutlich nicht vor. So kann die Staatsanwaltschaft auch in diesem Fall nicht aktiv werden. Allerdings werden die unbekannten Verfasser bei der Regierung angezeigt – denn wieder fehlt ein Impressum, was gegen das Mediengesetz verstösst.



Eine neue «Bürgerinformation» flatterte am Sonntag in die Briefkästen: Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln, ob der Inhalt des neuen Schreibens (links) gegen die Rassismusstrafnorm des Strafgesetzbuches verstösst. Wie bei dem Flugblatt, das Ende 2009 verteilt wurde, fehlt ein Impressum. Das ist ein Verstoss gegen das Mediengesetz und zieht in jedem Fall eine Anzeige bei der Regierung nach sich. Bild manu

Zeugen gesucht

Dass die Verfasser mit einer Anzeige wegen des Verstosses gegen das Mediengesetz rechnen müssen, bestätigt Tina Enz, Sprecherin der Landespolizei. Die Ermittlungen laufen und das Schreiben müsse nun noch genau auf den Inhalt geprüft werden. «Noch ist unklar, ob ein Straftatbestand vorliegt», so Enz. Dies entscheide die Staatsanwaltschaft. Falls ja, werde die Polizei in jedem Fall mit den weiteren Ermittlungen beauftragt. Die Landespolizei sucht derzeit nach Personen, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag Verdächtiges beobachtet haben oder Hinweise zu den Verteilern machen können. Hinweise werden unter der Telefonnnummer 236 71 11 entgegengenommen.

«Wir warten die Anzeige der Landespolizei ab», so der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner, der das Flugblatt auch im eigenen Briefkasten vorgefunden hat. Nach erster Sichtung des Textes des neuen Flugblattes könne der Verdacht auf Rassendiskriminierung nicht bestätigt werden. «Eine abschliessende Beurteilung nehmen wir aber erst nach Vorliegen der Anzeige der Polizei vor», so Wallner.

Nicht mit der «Liewo» verteilt

Das Flugblatt wurde nicht nur mit der «Liewo» aus den Briefkästen genommen, sondern war in einigen Fällen sogar in der «Liewo» eingesteckt. Bereits am Sonntag hielt die Vaduzer Medienhaus AG ausdrücklich fest, dass die Verteilung der «Liewo» in keinem Zusammenhang mit dem Flugblatt stehe. Eine Leserin meldete sich gestern beim Vaduzer Medienhaus und teilte mit, dass sie die Ermittlungen in diesem Fall unterstützen möchte, indem sie bei der Polizei Anzeige gegen Unbekannt erstatten werde. Dem «Liewo»-Austräger waren in der Nacht auf Sonntag in Mauren auffallend viele Jugendliche begegnet.

Vertrauen in die Kraft der Demokratie

Einer der Liechtensteiner, der das Flugblatt nicht im Briefkasten vorgefunden hat, ist der Politologe Wilfried Marxer. Er vermutet, dass die Flugblätter aus dem gleichen Kreis stammen wie in den Jahren 2006, 2007 oder 2009. Auch er geht nicht davon aus, dass die Rassismusstrafnorm des Strafgesetzbuches dieses Mal verletzt wurde. «Diese ist bspw. dann verletzt, wenn gegen Personen oder Gruppen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufgereizt wird», so Marxer. «Wenn die Formulierungen vorsichtig gewählt sind, sind sie zulässig, selbst wenn man rassistische Motive vermuten kann.»

Der Politologe glaubt nicht, dass sich solche Flugblattaktionen in Zukunft wirklich verhindern lassen. «Ich denke auch, dass die Demokratie solche Sichtweisen aushalten muss, solange sie in gewaltfreier Weise vorgetragen werden. Ich will die rechtsradikalen Tendenzen keineswegs verharmlosen, habe aber auch Vertrauen in die Kraft der Demokratie.»

Zeichen setzen

Dass so kurz nach der Verhaftung eines 22-jährigen Brandstifters aus der rechtsextremen Szene erneut ein solches Flugblatt kursiert, erstaunt Marxer nicht wirklich. «Wir wissen, dass es in Liechtenstein über Jahre hinweg einen teilweise wechselnden Personenkreis von 30 bis 40 Personen mit rechtsradikaler Gesinnung gibt.» In den letzten Jahren habe es immer wieder Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund gegeben, seien es Brandanschläge, Raufhandel, Körperverletzung oder auch Flugblattaktionen. «Man kann nicht damit rechnen, dass dieser Personenkreis plötzlich nicht mehr existiert. Es ist daher sehr wichtig, dass der Staat und die Gesellschaft klare Zeichen gegen den Rechtsextremismus setzen. Die Verhaftungen und raschen Verurteilungen der letzten Zeit, aber auch Stellungnahmen von Politikern, waren ein solches Zeichen.»

156 neue Betten für Malbuntouristen?

Seit Jahren schon kämpft Malbun um mehr Wochenferiengäste. Die Bergbahnen Malbun AG präsentierten an der Generalversammlung eine mögliche Lösung für dieses Problem: Ein Familiengästehaus mit integriertem Jugendhaus soll für mehr «warme» Betten sorgen.

Von Manuela Schädler

Schaan. – Die Zahlen sprechen für sich: Vergangenen Winter verzeichneten die Bergbahnen Malbun AG an 90 Wochentagen halb so viele Fahrten wie an 36 Wochenendtagen. «Wir brauchen mehr warme Betten für Wochenferiengäste», sagte Angelika Moosleithner, Präsidentin des Verwaltungsrates der Bergbahnen, bereits in ihrer Begrüssung zur Generalversammlung im Kleinen SAL-Saal in Schaan. Seit drei Jahren befasst sich der Verwaltungsrat mit diesem Thema und konnte gestern eine mögliche Lösung den versammelten Aktionären vorstellen: Ein Familiengästehaus mit integriertem Jugendhaus.



Informierten: Der Verwaltungsrat der Bergbahnen Malbun AG: Gemeindevorsteher Triesenberg Hubert Sele, Peter Sparber, Norman Wohlwend, Erich Sprenger, Gabriel Marxer, Anita Banzer, Geschäftsführer Rainer Gassner und Präsidentin Angelika Moosleithner (v. l.). Bild Daniel Ospelt

Ein Gästehaus bei der Tälistation

«Der Staat steht vor dem Auftrag, das Jugendhaus zu sanieren. Deshalb haben wir bereits ein Vorprojekt mit einem renommierten Partner erstellt», sagte Verwaltungsrat Peter Sparber, der das Projekt präsentierte. Der Partner heisst «Jufa Gästehäuser» und betreibt 42 Jugend- und Familiengästehäuser in Österreich und Deutschland. Idealer Standort für das Gästehaus in Malbun wäre laut Sparber bei der Talstation Täli. 156 Betten umfasst das Familiengästehaus plus 54 Betten das integrierte Jugendhaus. Wellnessbereich, Aufenthaltsräume, Kino, Kinderecke mit Kletterwand, Billard und Fitnessraum würden zum Angebot im Haus gehören. Auch über die Strategie, wie die Gäste nach Malbun gelockt werden könnten, haben sich die Beteiligten bereits Gedanken gemacht.

Vor allem im Sommer ist das eine grosse Herausforderung. Hier schweben den Visionären sogenannte Themenwochen vor, die «Jufa» bereits in anderen Gebieten anbietet: Gesundheitswochen für übergewichtige Kinder, Ferien ohne Allergiebeschwerden oder Fit in den Skiwinter. Zielgruppe für das Projekt sind Kinder, junge Familien, Vereine und Schulen.

Mehr Umsatz dank mehr Betten

«Kann das Projekt umgesetzt werden, ist das eine Win-Situation für alle», ist Peter Sparber überzeugt. «Mit diesen zusätzlichen Betten könnten die Bergbahnen 250 000 Franken mehr Umsatz machen. Finanziert würde das Projekt durch Gemeinde, Land, Bergbahnen und «Jufa».

Kritische Stimmen wegen Sareis

An der Generalversammlung wurde jedoch nicht nur in die Zukunft, sondern auch zurückgeblickt. Vor allem auf die vergangenen 18 Monate – das verlängerte Geschäftsjahr. Einen gewichtigen Punkt stellte dabei das Bergrestaurant Sareis dar, für das ursprünglich ein Neubau geplant war. Zwei Projekte wurden entworfen, wobei Planungskosten von 400 00 Franken aufliefen. Beide Entwürfe sprengten jedoch das Budget von zwei Millionen Franken. Deshalb hat sich der Verwaltungsrat der Bergbahnen vergangenen Frühling entschlossen, das bestehende Gebäude einer Totalsanierung unterziehen zu lassen. Die Kosten für die Entwürfe der zwei Neubauprojekte berappen sich auf 400 000 Franken. Das liess gestern an der Generalversammlung einige Stimmen laut werden. Wieso man nicht von Anfang an eine Renovation in Betracht gezogen habe? «Wir sind in die falsche Richtung gegangen und zu diesem Fehler stehen wir», sagte Präsidentin Angelika Moosleithner. Das zweite Projekt sei ursprünglich im Budget gelegen, aber bei einer Nachrechnung habe sich herausgestellt, dass es um einiges mehr kosten würde. Nach dem Weichenwechsel, das Bergrestaurant zu sanieren, musste alles schnell gehen. Im Juni wurde mit den Arbeiten begonnen – pünktlich zur Saisoneröffnung im Dezember sollen sie fertig sein. «Bis jetzt läuft alles nach Plan», sagte Sparber. Mit Silke Beck konnte auch eine neue Wirtin gefunden werden.

Als nächstes Projekt steht aber bereits eine Sanierung oder ein Neubau des Restaurants Schneeflucht an.

Uno hat Geldsorgen

New York. – Zweieinhalb Monate vor Ende des Jahres haben erst 13 der 192 Uno-Länder ihre Beiträge für die Vereinten Nationen voll bezahlt, darunter die Schweiz und Liechtenstein. Insgesamt fehlen der Uno fast 4,1 Milliarden Dollar. 3,2 Milliarden davon wären für Einsätze von Uno-Friedenstruppen bestimmt. Der gesondert geführte Haushalt für die Blauhelmeinsätze liegt bei 7,3 Milliarden Dollar. Damit fehlt der Uno fast die Hälfte der Gelder für die Einsätze der Friedenstruppen in diesem Jahr. Im ordentlichen Uno-Jahreshaushalt von etwa zwei Milliarden Dollar wiederum fehlen nach Angaben der Uno-Managementabteilung noch fast 780 Millionen Dollar, also mehr als ein Drittel. Weitere 84 Millionen Dollar fehlen für die Renovation des Uno- Hauptquartiers in New York. Das Gebäude war 1953 nach Plänen mehrerer berühmter Architekten, darunter des Schweizers Le Corbusier, fertiggestellt worden und müsste dringend erneuert werden. Die Uno würden jetzt «Erinnerungen» an viele Mitgliedsstaaten schicken, sagte die Untergeneralsekretärin für Management, Angela Kane. Grund für die ausstehenden Zahlungen sei die Finanzkrise. Die Uno sehe «durchaus die schwierige Lage für viele Länder», jedoch sei auch für die Uno «die Situation nicht einfach». Viele Länder hätten zwar einen Teil ihrer Verpflichtungen beglichen, etwa ein Drittel habe aber noch gar nicht bezahlt. Fast ein Drittel des ganzen Fehlbetrags geht auf Kosten der USA. Washington überweist traditionell spät, weil auch der US-Haushalt immer erst im Herbst verabschiedet wird. *(sda)*

GUTE SICHT AM PC
FEDERER
AUGENOPTIK
WWW.FEDERERBUCHS.CH

HINTERGRUND: «NATIONALER SOZIALISMUS» ALS TÜRÖFFNER FÜR BRAUNES GEDANKENGUT

«Schule kann nicht alles»

VADUZ – Immer wieder geraten vor allem Jugendliche in den Fokus rechter Aktivitäten. Welche Rolle die Schule in der politischen Bildung ausfüllen kann, erklärt Eugen Nägele, Rektor am Liechtensteinischen Gymnasium.

«Volksblatt»: Wie beurteilen Sie das Interesse der Jugendlichen am rechten Gedankengut – können Sie solche Tendenzen feststellen?

Eugen Nägele: Eine Tendenz kann ich nicht feststellen. Wir «müssen» nur Einzelfälle behandeln und die sind auch noch selten.

Brandanschläge, rechte Schmierereien und Flugblätter: Werden solche aktuellen Vorfälle von den Lehrern im Unterricht aufgegriffen?

Unterricht soll aktuell sein und wo es passt, werden solche Themen aufgenommen. Teilweise werden solche Themen auch direkt von den Jugendlichen angesprochen. Dabei sind vor allem die Fächer Deutsch, Geschichte, Philosophie und Ethik gefordert. Es kann aber auch sein, dass in der Klassenstunde über solche Themen diskutiert wird.

Welche Rolle spielt die Schule generell bei der politischen Bildung bei Jugendlichen?

Das Fach politische Bildung gibt es leider nicht. Die politische Bildung läuft in verschiedenen Fächern ab. Zuerst denkt man natürlich an Geschichte, was auch stimmt. Politische Bildung kann aber in vielen Fächern ablaufen. Natürlich Deutsch, Philosophie und Ethik, Wahlpflichtkurse. Aber auch in den Fremdsprachen, wo sich die Schüler mit verschiedenen Texten und Themen auseinandersetzen müssen. Politische Bildung ist ja auch Bewusstseinsbildung – Wo stehe ich? – und die läuft oft bei der Diskussion von Texten ab.

Kann die Schule ein Abdriften der Jugendlichen in extrem rechte oder linke Lager verhindern und ist es überhaupt ihre Aufgabe?

Was ist die Aufgabe der Schule heute? Das wäre ein ganz anderes Thema, das vor allem die Politik und das Schulamt beantworten sollten. Für mich ist es klar, dass die Schule nicht alles kann. Wir haben aber sicher auch eine Erziehungsaufgabe. Viele Aufgaben können nur im Zusammenspiel mit dem Elternhaus und der Umgebung gelöst werden. Glücklicherweise interessieren sich viele Eltern für das, was ihre Kinder tun. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird es schwierig. Die angesprochene Auseinandersetzung hilft sicher bei dieser Aufgabe. Verhindern kann man es nicht, da Jugendliche immer wieder Extreme suchen und Grenzen ausloten wollen. Ich denke aber, dass Veranstaltungen zum Tag der Menschenrechte und zum Holocaust-Gedenktag hier helfen können. Das Liechtensteinische Gymnasium versucht immer wieder, Persönlichkeiten einzuladen, die den Jugendlichen etwas «erzählen» können. (hf)



Wolf im Schafspelz

«Nationaler Sozialismus»: Nun auch hierzulande – Rechtsextreme missbrauchen Sozialthemen

VADUZ – Wieder geistert ein Flugblatt durchs Land. Auf den ersten Blick erscheint manches sogar plausibel. Doch dahinter verbirgt sich mehr. Rechtsextreme greifen nun soziale Themen auf, um breitere Schichten der Bevölkerung zu erreichen.

• Holger Franke

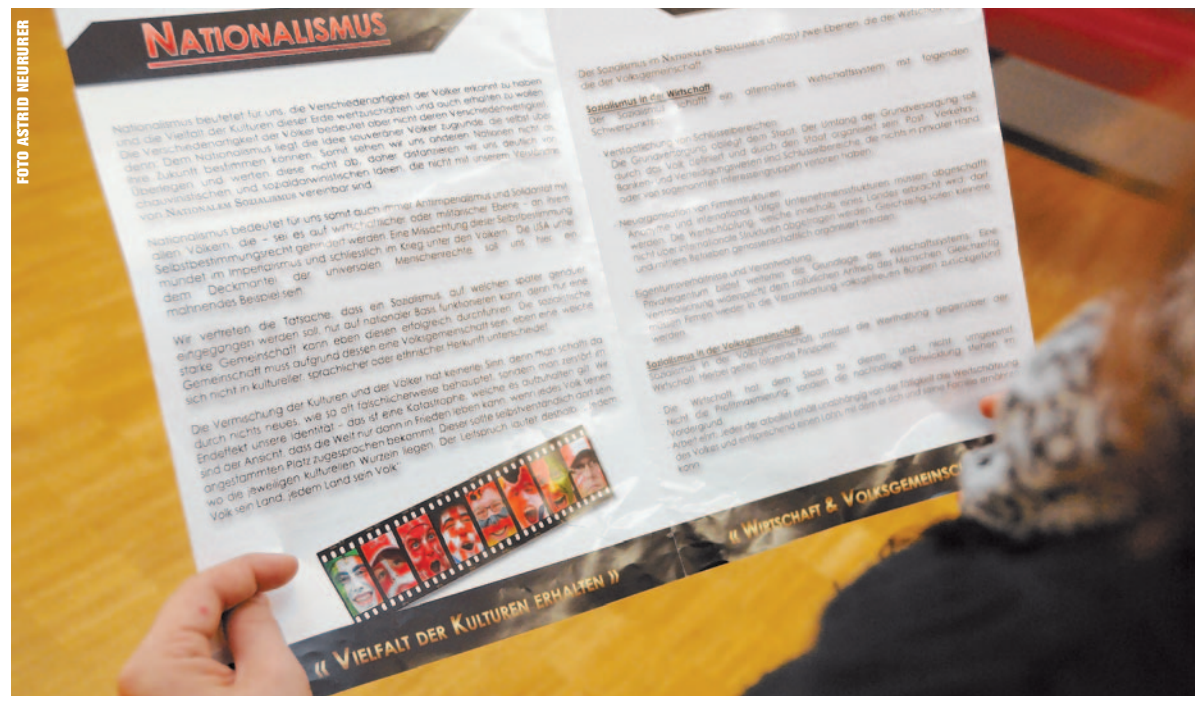


FOTO ASTRID NEURURER

«Infoblatt 1» auf der Titelseite lässt darauf schliessen, dass das Flugblatt erst ein Anfang gewesen sein könnte.

«Zukunft in natürlichen Verhältnissen», «Vielfalt der Kulturen erhalten», «Friedliches Zusammenleben» – nur einige der Schlagworte aus dem neuen Flugblatt, das seit dem Wochenende im Umlauf ist. Damit erreicht der Rechtsextremismus in Liechtenstein eine neue Dimension – auf perfide Art und Weise. Denn die «kurze und sachliche Einführung» kann innerhalb des demokratischen Spektrums durchaus als normal angesehen werden. Kritik an der Globalisierung und am Kapitalismus fallen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf fruchtbaren Boden. Ähnlich war es bei der Machtergreifung Adolf Hitlers – und auch heute gehen vor allem in Deutschland rechtsextreme Parteien und Kameradschaften mit sozialen Themen auf Stimmenfang. Spätestens seit Sonntag aber auch hier in Liechtenstein.

Durchsichtiges Farbenspiel

Der rechtsextreme Hintergrund des neuen Flugblatts offenbart sich erst auf den zweiten Blick – auffallend ist die Farbgebung: Im Gegensatz zum Vorgängermachwerk, das in «Schwarz-Weiss-Rot» – also in den Farben der Hakenkreuzfahne der Nationalsozialisten – gehalten war, dominiert nun «Schwarz-Rot-Gold». Dies entspricht der Farbgebung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der Weimarer Republik, die sich nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland etabliert hatte. In der Weimarer Republik erreichte die Idee des «Nationalen Sozialismus» ihren Höhepunkt und mündete letztlich in den Nationalsozialismus des Adolf Hitler und in den Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Reichskriegsflagge war übrigens wieder in «Schwarz-Weiss-Rot» gehalten – wie auch die Rückseite des neuen Flugblatts. Die Behauptung im Flugblatt, eben nicht alte Verhältnisse wiederherstellen zu wollen, wird also schon allein durch die historischen Tatsachen widerlegt.

Doch die Verfasser des Flugblattes, die nicht einmal den Mut haben, mit ihren Namen für ihre Ziele einzustehen, wissen was sie tun. Offensichtlich rechtsextremes Gedankengut wird vermieden, um sich strafrechtlich nicht der Rassendiskriminierung schuldig zu machen: «Das scheint – nach einer ersten Sichtung des Textes des neuen Flugblattes – nicht der Fall zu sein. Eine abschliessende Beurteilung nehmen wir aber erst nach Vorliegen der Anzeige der Polizei vor», erklärt der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner gegenüber dem «Volksblatt». Neu ist die Taktik der braunen Demagogen übrigens nicht: Seit einigen Jahren dienen den Rechtsextremen in Deutschland Antikapitalismus und soziale Fragen als Transportmittel ihrer braunen Ideologie. Ziel der neonazistischen Agitatoren ist es, mit kapitalismuskritischen Parolen viele Protestwähler mit sozial schwachem Hintergrund oder auch aus der unteren Mittelschicht zu gewinnen, um letztlich ihre menschenverachtende völkische Ideologie eines «National-Sozialismus» zu verbreiten.

Kopiert vom Ausland, oder etwa auch gesteuert?

Insbesondere Jugendliche sollen dabei für die Neonazis gewonnen werden. CDs mit rechtsextremistischer Musik sowie antikapitalistische und sozialpopulistische Themen sollen die Jugendkultur unterwandern – auch in Liechtenstein werden immer häufiger Jugendliche mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Doch sind sie auch wirklich die Verfasser des aktuellen Flugblatts? Zweifel sind durchaus angebracht: Druck und Versand dürften einiges Geld gekostet haben – die obligatorische Busse könnte auch einkalkuliert sein: «Vonseiten der Landespolizei wird eine Anzeige wegen Verstosses gegen das Mediengesetz aufgrund des fehlenden Impressums unternommen», so Sprecherin Tina Enz zu den aktuellen Ermittlungen der Landespolizei. Laut Mediengesetz kann die Regierung in solchen Fällen Bussen bis zu 10 000 Franken verhängen. Dies dürfte das Budget eines üblichen Jugendlichen bei Weitem sprengen. Es sei denn, braune Finanziers, ob im In- oder im Ausland, öffnen die Kriegskasse. Interessant ist, dass sich einige Textpassagen des Flugblattes auf Internetseiten deutscher und österreichischer Kameradschaften nahezu wörtlich wiederfinden. Sitzen die wahren Hintermänner also möglicherweise im Ausland? Oder hat man sich hierzulande dort ganz einfach bedient? Fragen, auf die die liechtensteinischen Behörden hoffentlich Antworten finden werden.

Eines haben die Verfasser allerdings mal wieder erreicht: Aufmerksamkeit. Wie sagte doch der Politologe Wilfried Marxer im April gegenüber dem «Volksblatt» im Hinblick auf das erste Flugblatt: «Beim Flugblatt stellt sich die Frage, inwieweit das mediale Echo nicht genau diesen Leuten hilft. Damit will ich nicht sagen, dass die Medien aufhören sollten zu berichten. Aber wenn jemand ein Flugblatt verschickt, und am nächsten Tag gibt es eine Staatskrisensitzung – dann ist es für diese Kreise doch super gelaufen.»

Ein Italiener für Triesenberg

Serie: Das «Volksblatt» stellt die «Triesenberger Wochen» vor

TRIESENBERG – Diesen Freitag beginnen die «Triesenberger Wochen», die bereits zum 35. Mal veranstaltet werden. Das «Volksblatt» stellt in loser Folge teilnehmende Restaurants vor. Heute: Das Hotel Martha Bühler.

«Schon seit vielen Jahren nimmt das Hotel an diesen Wochen teil», sagt Geschäftsführer und Chefkoch Giovanni Pennarelli. Er selbst mache die Spezialitätenwoche bereits zum vierten Mal mit: «Ich kann zwar das Wort ‹Chääs-Chnöpfli› nicht richtig aussprechen, aber kochen kann ich sie dafür ausgezeichnet», scherzt Pennarelli, der von sich behauptet: «Ich bin der einzige Italiener, der für seine Gäste lieber ‹bärgerisch› als italienisch kocht.»

Die «Triesenberger Wochen» sind für die Gastronomen eine gute Sache, «da sie die Zeit bis zu den Weihnachtsessen überbrücken», erklärt der Geschäftsführer. Daher freue er sich auch in diesem Jahr auf viele Gäste aus dem In- und nahen Ausland. Für unentschlossene Gäste hat Pennarelli eigens ein Degustations-Menü zusammengestellt. Darauf finden sich schmackhafte Häppchen wie «Gäärschtasuppa», «Puurawurscht mid Suurchruud», «Chääs-Chnöpfli», «Sulzbrata» und «Öpfelchüachli» als Dessert. Der Klassiker schlechthin seien jedoch die «Chääs-Chnöpfli». Eigentlich logisch: Das Hotel Martha Bühler – vor allem wegen der ehemaligen Chefin Martha Bühler selbst – ist weit herum bekannt für seine einzigartige Käsespeise. Penarelli verwendet noch heute, verspricht er, Bühlers Originalrezept. Auch während des Jahres: «Käsespätzli und Gerstensuppe habe ich das ganze Jahr über auf der Speisekarte, da dies sehr oft gewünscht wird», sagt Pennarelli.



«Auftakt immer lau»

Während der «Triesenberger Wochen» sind Kundenwünsche rar, jedenfalls zu Beginn, erklärt Pennarelli: «Der Auftakt ist immer ein bisschen lau, aber ab der zweiten Woche steigt die Gästezahl kontinuierlich. Und natürlich sind auch die letzten Tage, bevor die traditionsreichen und kulinarischen Wochen am Bärg wieder zu Ende gehen, sehr stark besucht.» Lars Beck

«Chääs-Chnöpfli» für 4 Personen

- **Zutaten für Teig**: 600 Gramm Mehl, 4 Eier, ½ dl Milch mit Wasser, Prise Salz.
- **Zubereitung**: Mehl, Salz und Eier in einer Schüssel gut vermischen. Milch zufügen, bis Spätzleteig entsteht. Mit Spätzlereibe in kochendes Wasser reiben, bis die Chnöpfli an der Wasseroberfläche schwimmen (fertig). Danach in eine Pfanne geben.
- **Zutaten der Käsemischung**: 100 Gramm Bergkäse, 100 Gramm Schwarzappenzeller, 50 Gramm Sauerkäse.
- **Zubereitung der Käsemischung**: Käse zusammenreiben und mit den Chnöpfli zusammenmischen.
- **Weitere Zutaten**: 180 Gramm Butter, 1 mittelgrosse Zwiebel, Sonnenblumenöl.
- **Zubereitung**: Zwiebel schälen und in dünne Ringe schneiden. Ringe dann im Mehl wälzen und danach im heissen Öl frittieren, bis sie goldbraun sind. Chnöpfli in einen Tiefteller geben und mit den knusprig frittierten Zwiebelringen garnieren.

REGION

Seit 14 Jahren Ausweisentzug

RAPPERSWIL-JONA – Die Polizei hat am Montagmittag in Rapperswil-Jona einen Autofahrer erwischt, der ohne Führerschein unterwegs war. Es stellte sich heraus, dass der Mann seit 14 Jahren Ausweisentzug auf unbestimmte Zeit hatte. Der illegale Lenker gab laut Polizei an, er könne sich nicht erinnern, wie oft er ohne Führerschein gefahren sei. Er wurde beim Untersuchungsamt Uznach angezeigt. (sda)

LESERMEINUNG

Sonntagspost

Sehr geehrte Damen und Herren Nationalsozialisten. Mit Freude entnahm ich am vergangenen Wochenende aus diversen Briefkästen Ihr Rundschreiben. Politische Aufklärung umsonst frei Haus geliefert zu bekommen, ist, zweifelsohne, eine tolle Sache. Der ewiggestrige Jargon, mit dem die abstrakten Animositäten vorgetragen wurden, erheiterte unser rein liechtensteinisches Frühstück aufs Äusserste. Blut und Boden entgegen jeglicher ökonomischer Realität, aber geil. Innert kürzester Zeit wurde unsere Bananenmilch zum Schlauchapfelkräftigungsgetränk. Ein kleiner Fehler ist Ihnen aber unterlaufen: Sie haben vergessen, Ihr Schreiben mit einem Impressum zu versehen, was ein allfälliges Schulterklopfen oder eine medikamentöse Behandlung erschwert. Lorenz Wohlwend, Vaduz

Einstieg in das Dienstleistungsmarketing

SCHAAN – Dienstleistungen müssen anders vermarktet werden als Produkte. Weshalb das so ist und welche «Stolpersteine» der Dienstleistungsprozess beinhaltet, erfahren Sie in diesem Seminar. Das Tagesseminar (Kurs 556) gibt einen kompakten Überblick über das Marketing für Dienstleistungen und zeigt, wie unsichtbare Leistungen vermarktet werden können. Sie lernen eine Vielzahl von Instrumenten des internen und externen Marketings kennen, die es ermöglichen, kundenorientierte Dienstleistungen erfolgreich zu verkaufen. Referent ist Leone Ming, Inhaber einer Marketing- und Werbeagentur. Beginn ist am Dienstag, den 16. November, um 8.30 Uhr im Seminarzentrum Stein Egerta, Schaan. Die Stein Egerta führt dieses Seminar zusammen mit dem Beruflichen Weiterbildungsinstitut durch. Infos und Anmeldungen: Telefonnummer 232 48 22 oder per E-Mail an info@steinegerta.li. (pd)

MUSIKSCHULE

Mundharmonikakurse 2010

TRIESEN – Von Montag, den 22. November, bis Donnerstag, den 25. November, finden Mundharmonikakurse für Anfänger, leicht Fortgeschrittene und Fortgeschrittene mit bekannten Weisen aus dem deutschen Sprachraum und internationalen Weisen statt. Der Kurs, der im Musikschulzentrum Oberland in Triesen durchgeführt wird, steht unter der kompetenten Leitung von Mundharmonikavirtouse Walter Buchinger aus Laakirchen (Oberösterreich). Voraussetzung sind grundlegende Fähigkeiten des Mundharmonikaspiels bzw. Teilnahme an einem Mundharmonika-Anfängerkurs (Instrument: Chromatische Mundharmonika in der Grundstimmung C – z.B. Hohner Chromonica 270/48 oder das Anfängerinstrument Melody Star).

Anfängerkurs 1 (ohne Vorkenntnisse)

- Montag, 22. November, sowie Mittwoch, 24. November: Gruppe A jeweils von 17 bis 19 Uhr; Gruppe B jeweils von 19.30 bis 21.30 Uhr.

Anfängerkurs 2 (Fortsetzungskurs)

- Dieser Kurs ist für die Teilnehmer des Anfängerkurses vom März 2010 und findet am Dienstag, den 23. November, von 17.45 bis 19.45 Uhr statt.

Kurs für leicht Fortgeschrittene

- Am Dienstag, den 23. November, von 20 bis 22 Uhr.

Kurs für Fortgeschrittene

- Donnerstag, 25. November, 19 bis 21 Uhr.

Anmeldungen/Informationen zu den Kursgebühren: Sekretariat der Musikschule, Postfach 435, St. Florinsgasse 1, 9490 Vaduz. Telefon: 235 03 30; Fax: 235 03 31; E-Mail: info@musikschule.li. (pd)



FOTO ZVG

Die Balzner Jungbürger (Jahrgang 1992) sowie die sie begleitenden Gemeinderäte mit Vorsteher Anton Eberle erlebten eine unvergessliche Feier.

«Das git's no z'Balzers»

Gesungen, gemostet, geschossen: Jungbürgerfeier mit vielseitigem Programm

BALZERS – Der Jahrgang 1992 feierte am vergangenen Samstag in Balzers seine Volljährigkeit. Auch in diesem Jahr bot die Gemeinde ihren Jungbürgern ein tolles Programm.

Nicht mehr neu ist, dass die Gemeinde Balzers ihren Jungbürgern seit Jahren eine besondere Feier bietet: In verschiedenen Workshops verbringen sie den ganzen Tag gemeinsam und haben viel Spass.

Inneres der Burg besichtigt

Ein Novum war in diesem Jahr allerdings, dass der Tag mit einer Führung durch Burg Gutenberg begann. Besonders reizvoll: Die 30 Jungbürger durften ins Innere der Burg und die alten Räumlichkeiten bestaunen. Diese Gelegenheit bietet sich nicht vielen.

Vier Workshops

Bereits kurz nach 13 Uhr starteten Gemeinderäte, Vorsteher und Jungbürger auf ihren Weg in einen unvergesslichen Tag. Denn schon gleich nach der Führung durch die Burg erfolgte die Einteilung in die vier verschiedenen Workshops, in denen die jungen Erwachsenen ihren Nachmittag verbrachten. So durften fünf Jungbürger gemeinsam mit der über die Landesgrenzen hinaus bekannten Band Rääs einige Stunden im Probelokal verbringen, wo gemeinsam ein Song komponiert wurde. Zur Melodie von «Greenday – Time of my life» wurde passend zum Jahrgang 1992 getextet. Grosses Interesse erfuhr – wie bereits im vergangenen Jahr – der Workshop «Moschta». Gemeinsam mit Erich Vogt und Walter Brunhart sammelten 14 Jungbürger Äpfel zusammen und stellten bis zum Abend unter fachkundiger Leitung einen feinen Most her. Beim dritten Workshop durften fünf Jungbürger die Kunst des Bogenschiessens erlernen. Unter der Leitung von Johann Bürzle und Corinne Bänziger begab sich die Gruppe samt einigen Gemeinderäten und Vorsteher Anton Eberle zum Kirchenspielplatz, wo zu Beginn auf zwei grosse Scheiben und anschliessend auf «Wild» gezielt wurde.

Sechs weitere Jungbürger entschieden sich für den Workshop «Paparazzi» und wurden mit Kameras, Stift und Notizblock ausgestattet. Sie beobachteten ihre Kollegen, fühlten ihnen auf den Zahn und schossen witzige Bilder. Anschliessend begaben sie sich ins «Vaduzer Medienhaus» und gestalteten gemeinsam eine Jungbürger-Zeitung. Diese ging anschliessend zum Druck in die BVD Druck+Verlag AG in Schaan und wurde am Abend persönlich durch Philipp Vogt geliefert und verteilt.

Bis spät in die Nacht gefeiert

Das feine Abendessen und gemütliche Beisammensein im Kleinen Saal in Balzers hatten sich die Jungbürger redlich verdient. Gemeinsam mit den Gemeinderäten, den Workshopleitern und dem Vorsteher wurde noch bis spät in die Nacht gefeiert, gesungen und gelacht. (pd)

Wenn meine Kräfte mich verlassen,
die Hände ruhen, die stets geschafft,
tragt still das Leid, ihr meine Lieben,
gönnt mir die Ruh, es ist vollbracht.

DANKE

Für die vielen liebevollen Zeichen der Anteilnahme, die wir beim Abschied unserer lieben Mama, Schwiegermutter, Ahna und Urahna

Regina Frick-Frick

15. Januar 1911 – 3. September 2010

erfahren durften.

Herzlichen Dank für die gestifteten heiligen Messen, die Geld- und Blumenspenden sowie die vielen Beileidsbezeugungen.

Besonders danken wir Pfarrer Christian Schlindwein und Kaplan Pirmin Zinsli für die Begleitung und tröstenden Worte.

Wir danken Dr. Anton Wille für die ärztliche Betreuung und dem Pflegepersonal des APH Schlossgarten für die liebevolle Zuwendung und fürsorgliche Pflege.

Ein herzliches Vergelts Gott allen, die der lieben Verstorbenen im Leben Gutes erwiesen und sie auf dem letzten Weg begleitet haben.

Balzers, im Oktober 2010 Die Trauerfamilien



FOTO ZVG

Rom-Wallfahrt Vom 10. bis 15. Oktober haben sich die grossen Ministranten aus Triesen mit ihrem Kaplan Marius Simiganovschi und Yvonne Lochner auf eine Wallfahrt nach Rom begeben. Höhepunkt dieser Reise war die Papstaudienz auf dem Petersplatz, bei der die Triesner Minis dem Heiligen Vater vorgestellt wurden. Neben den zahlreichen Sehenswürdigkeiten der ewigen Stadt boten auch die spezielle Führung bei der Schweizer Garde und die exklusive Besichtigung des Vatikans unvergessliche Augenblicke. (pd)

Flugsicherung in Abkommen verankert

Bern. – Die Schweiz und Liechtenstein haben ihre bisherige Praxis für die Flugsicherung im Luftraum über Liechtenstein in einem Abkommen verankert. Der Bundesrat stimmte am Mittwoch dem Notenaustausch zwischen Bern und Vaduz zu.

Hintergrund ist das Projekt für den Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky). Die Regelung der Flugsicherung und deren Aufsicht müssen deshalb ausdrücklich geregelt sein. Ein Notenaustausch von 2003 regelt allgemein, dass die Schweizer Behörden für Luftfahrt-Belange in Liechtenstein zuständig sind.

Mit der Ergänzung des bestehenden Abkommens kann das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) formell die Skyguide mit der Flugsicherung über Liechtenstein beauftragen und MeteoSchweiz mit dem Flugwetterdienst. *(sda)*

Gesprächsgruppe der Hospizbewegung

Gams. – Die Hospizbewegung Liechtenstein lädt Eltern, die ein Kind verloren haben, zum jährlichen Ritual am Montag, 29. November, um 19 Uhr beim Parkplatz der Post in Gams ein. Es werden warme Kleider empfohlen, da das Ritual im Freien stattfindet. *(pd)*

VU. Vaterländische Union

Nominationsversammlungen der VU zu den Gemeinderatswahlen

Triesen: Montag, 29. November, 19 Uhr, Guido Feger Saal Triesen
Mauren: Dienstag, 30. November, 18.30 Uhr, Zuschg Schaanwald
Schellenberg: Sonntag, 5. Dezember, 10.30 Uhr, Gemeindesaal Schellenberg

Wir sind da
GEMEINDEWAHLEN 2011

IMPRESSUM

Liechtensteiner Vaterland

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Quaderer
Redaktionsleitung: Günther Fritz (Chefredaktor), Janine Köpfli (Stv. Chefredaktorin, Ressortleiterin Inland), Valeska Beck (Ressortleiterin Wirtschaft), Isabell Rüdt (Ressortleiterin Magazine/Specials), Piero Sprenger (Ressortleiter Sport).

Redaktion: Heribert Beck (Inland), Richard Brunhart (Inland), Bettina Stahl-Frick (Inland), Christoph Ghiggi (Neue Medien), Tamara Beck (Magazine/Specials), Ernst Hasler (Sport), Elisabeth Huppmann (Kultur), Philipp Kolb (Sport), Stefan Lenherr (Magazine/Specials), Shusha Maier (Inland), Bianca Cortese (Inland), Hans Peter Putzi (Sport), Manuela Schädler (Inland), Patrick Stahl (Wirtschaft) Desirée Vogt (Inland).

Foto-Journalisten:
Daniel Ospelt, Daniel Schwendener, Elma Korac.

Redaktions-Sekretariat: Anita Oehri.

Marketing/Verkauf: Patrick Flammer (Leiter), German Beck (Stv.), Marina Beck, Patrick Greuter, Thomas Hoop, Melanie Joos, Simona Koller, Sandro Mathis, Elke Tschütscher, Walter Weissenbach.

Abonnenten-Dienst: Sonja Wolfinger
Zustell-Hotline (Post): +423 399 44 44
Agenturen: SDA, AP, SI, AWP/dpa AFX
Auflage: 10'373 Expl. (Grossauflage 20'145 Expl.)

Adressen
Verlag: Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17
Redaktion: Tel. +423 236 16 23
Fax +423 236 16 17,
E-Mail: redaktion@vaterland.li, sport@vaterland.li
Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax
+423 236 16 69, E-Mail: inserate@vaterland.li
Abonnenten-Dienst: Tel. +423 236 16 61,
E-Mail: abo@vaterland.li
Druck: SOPAG, 9469 Haag
Internet: www.vaterland.li

Arbeitstreffen mit Dave Hartnett



Höflichkeitsbesuch: Regierungschef Klaus Tschütscher und Dave Hartnett. Bild pafl

Vaduz. – Liechtenstein führte gestern Gespräche mit einer Delegation der britischen Steuerbehörde HMRC unter der Leitung von Dave Hartnett, Permanent Secretary for Tax. Vertreter der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung und des Bankenverbandes nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil, um die Sichtweise des Finanzplatzes darzustellen. Gegenstand der Gespräche war das Funktionieren des im August 2009 abgeschlossenen Steuerabkommens im Lichte der jüngsten Entwicklungen. Beide Seiten stellten fest, dass sie sich dem weiteren Erfolg des Abkommens verpflichtet fühlen und die dafür notwendigen Massnahmen treffen werden. Regierungschef Klaus Tschütscher empfing Dave Hartnett zu einem kurzen Höflichkeitsbesuch am Rande des Treffens. *(pafl)*

Elternabend: «Das Versteckspiel»

Das Schulzentrum Eschen veranstaltet einen Elternabend mit Kurzreferaten und einer Diskussion rund um das Thema «Rechte Gesinnung».

Eschen. – Ausländerfeindlichkeit, rechtsextremes Gedankengut, Zugehörigkeit zu neonazistischen Gruppierungen, rechte Gewalt – Schlagworte, die in der jüngsten Vergangenheit in Liechtenstein häufig genannt wurden. Ein Elternabend unter dem Titel «Das Versteckspiel» soll dazu beitragen, sich ein Bild über die Situation in Liechtenstein zu machen und Eltern in ihrem Umgang mit den Jungendlichen zu stärken.

Welche Symbole, welche Kleidermarken werden von rechtsgesinnten Jugendlichen getragen? Welche Musik hören sie? Was wird in Liechtenstein unternommen, um rechtsradikalen Strömungen entgegenzuwirken? Wie sieht ein sinnvoller Umgang mit rechten Jugendlichen aus? Was können und sollen Eltern tun? In vier Kurzreferaten werden interessierte Eltern Antworten auf diese Fragen bekommen. In einer anschliessenden Diskussion wird es Gelegenheit geben, Fragen an die Referenten zu stellen.

Der Elternabend findet am Montag, 29. November, von 20 bis ca. 21.45 Uhr, mit anschliessendem Apéro in der Aula des SZU (Schulzentrum Unterland) in Eschen statt. Referenten sind Harald Kreuzer, Schulsozialarbeit Schulzentrum Unterland, Marcel Lampert, Offene Kinder- und Jugendarbeit Eschen, Ludwig Frommelt, Gewaltschutzkommission, Amt für Soziale Dienste, und Arno Dalpra, Psychotherapeut, Leitung von IfS-Mühletor/Streetwork Vorarlberg. *(pd)*

Verordnung zum Luftreinhaltegesetz

Vaduz. – Die Regierung hat die abgeänderte Verordnung zum Luftreinhaltegesetz genehmigt. Die Abänderung der Verordnung wurde notwendig, da nun auch die Schweiz die EU-Abgasvorschriften übernimmt und deshalb in Liechtenstein nur noch dem EU-Standard entsprechende Arbeitsgeräte in Verkehr gebracht werden dürfen.

Die EU-Richtlinie mit Abgasvorschriften für benzinbetriebene Arbeitsgeräte wie z. B. Rasenmäher, Motorsägen oder Laubbläser wurde im Jahr 2004 ins EWR-Abkommen übernommen. Da die Schweiz diese EU-Abgasvorschriften nicht in ihr Recht übernahm, konnten in Liechtenstein aufgrund des Zollvertrages mit der Schweiz weiterhin Arbeitsgeräte in Verkehr gebracht werden, die nicht dem EU-Standard entsprachen. Der schweizerische Bundesrat hat nun im Juni die Luftreinhalteverordnung abgeändert und die EU-Abgasvorschriften für Arbeitsgeräte, gültig ab dem 1. Januar 2011, übernommen. Aus diesem Grund können auch in Liechtenstein nur noch dem EU-Standard entsprechende Arbeitsgeräte in Verkehr gebracht werden. Mit der Anpassung der liechtensteinischen Luftreinhalteverordnung sollen zudem weitere Änderungen der schweizerischen Luftreinhalteverordnung übernommen werden. Diese betreffen im Wesentlichen Bestimmungen zu den Anforderungen an Brenn- und Treibstoffe sowie den Grenzwert für den Dampfdruck von Benzin-Bioethanolgemischen.

Die Änderungen der Luftreinhalteverordnung führen wieder zu einer weitgehenden Rechtsharmonisierung mit den schweizerischen Rezeptionsvorlagen. *(pafl)*

REGION

B-Casinos dürfen mehr Spielautomaten aufstellen

Bern. – Casinos mit einer B-Lizenz dürfen ab Anfang 2011 neu maximal 250 Spielautomaten betreiben statt wie bisher 150. Heraufgesetzt wird auch die Gewinnlimite: Fortan soll ein Jackpot maximal 200 000 Franken betragen, doppelt so viel wie heute.

Die B-Casinos sollen zudem mehrere Jackpot-Systeme betreiben dürfen. Zurzeit ist nur der Betrieb eines Jackpot-Systems erlaubt. Möglich werden diese Neuerungen durch eine Teilrevision der Spielbankenverordnung, welche der Bundesrat gestern beschlossen hat. Mit der Lockerung der bisherigen Bedingungen will der Bundesrat den Betreibern von B-Casinos wirtschaftlich entgegenkommen. Der Bundesrat hatte es im Frühjahr zwar abgelehnt, die Unterscheidung zwischen A- und B-Spielbankenkonzessionen aufzuheben.

Gleichzeitig hielt die Regierung damals aber fest, dass es rechtlich unproblematisch sei, aus praktischen, steuerlichen und ökonomischen Gründen diverse Schranken für B-Spielbanken abzubauen. *(sda)*

1500 ECDL-Zertifikate an den Schulen erlangt

Seit dem Jahr 2001 haben Schüler der Sekundarstufe I und II die Möglichkeit, mit einem ECDL-Zertifikat abzuschliessen. Am 23. November konnte während einer kleinen Feier Andreas Bühler vom Liechtensteinischen Gymnasium das 1500. Zertifikat überreicht werden.

Vaduz. – Die European Computer Driving Licence (ECDL) ist eine Initiative des Dachverbandes der Europäischen Computergesellschaften Cepis. Die ECDL Foundation, eine Non-Profit-Organisation mit Sitz in Dublin, garantiert die Einhaltung des einheitlichen internationalen Standards. In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein wird das Zertifikat von der Schweizer Informatik Gesellschaft (SI) getragen und von der ECDL Switzerland AG umgesetzt.

Der Europäische Computerführerschein ECDL (European Computer Driving Licence) bescheinigt die praktischen Fertigkeiten in den gebräuchlichsten Computeranwendungen. Das international anerkannte Zertifikat entspricht den Anforderungen und Standards der modernen Arbeitswelt. Es dient nicht nur als aussagekräftiger Fähigkeitsnachweis für die Schule, sondern auch als Grundlage für weiterführende Ausbildungen.

Der ECDL Core ist international anerkannt: Er wird derzeit in 146 Ländern und in 38 Sprachen umgesetzt. Weltweit befinden sich über sieben Millionen Informatik-Anwendende auf dem Weg zum ECDL. Der ECDL ist konsequent modularisiert und kommt deswegen modernen und flexiblen Ausbildungsformen entgegen. Die Modulprüfungen können in beliebiger Reihenfolge an den autorisierten Test-Zentren an den weiterführenden Schulen in Liechtenstein abgelegt werden.

Mit dem ECDL Core weisen die Schülerinnen und Schüler nach, dass sie die weltweit gebräuchlichen Anwendungen beherrschen, das «Werkzeug Computer» effizient nutzen können, mit der Weiterentwicklung in der Informationstechnologie mühelos Schritt halten können und über die erforderliche Grundlage für weiterführende IT-Ausbildungen verfügen. Organisiert werden die Prüfungen durch das Zentrum für Mediendidaktik und Mediensupport, Schulamt, und durchgeführt durch zertifizierte Testexperten (Lehrpersonen) der einzelnen weiterführenden Schulen. *(pafl)*



Zertifikat überreicht: Max Lüthi, Geschäftsführer ECDL Switzerland AG, Andreas Bühler, Liechtensteinisches Gymnasium Vaduz, Guido Wolfinger, Schulamtsleiter, Andreas Oesch, Leiter des Zentrums für Mediendidaktik und Mediensupport ZeMM (v. l.). Bild pafl

†



Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist es kein Sterben,
sondern Erlösung.

Mit vielen schönen Erinnerungen nehmen wir Abschied von

Anna (Anneli) Büchel

17. Dezember 1919 – 23. November 2010

Nach einem reich erfüllten Leben durfte sie heute friedlich einschlafen.
Wir danken dem Pflegepersonal des Hauses St. Martin in Eschen
für die liebevolle Betreuung.

Gamprin, 23. November 2010

Wir trauern:
Cornelia und Hanspeter Märki-Büchel
Verwandte, Freunde und Bekannte

Wir gedenken der lieben Verstorbenen am Freitag, 26. November, um 19 Uhr, in der heiligen Messe in der Pfarrkirche Ruggell.

Der Trauergottesdienst mit anschliessender Urnenbeisetzung findet am Samstag, 27. November, um 9 Uhr in Ruggell statt.

Den Siebten halten wir am Samstag, 4. Dezember, um 19 Uhr.

Traueradresse: Cornelia und Hanspeter Märki-Büchel, Badäl 214, 9487 Gamprin

PERSÖNLICH

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag und wünschen weiterhin alles Gute und Gottes Segen.

Heute Mittwoch

Verena **GEHRIG**, Rätierstrasse 9, Nendeln, zum 83. Geburtstag

Erna **ESTERMANN**, Zöllnersteig 6, Mauren, zum 82. Geburtstag

Karl Heinz **THORMANN**, Widumweg 7, Schellenberg, zum 82. Geburtstag

Kurt **KRANZ**, Wiesenstrasse 88, Nendeln, zum 80. Geburtstag

Hermann **MÜLLER**, im Loch 19, Schaan, zum 85. Geburtstag

Herzlichen Dank

Für die vielen telefonischen und schriftlichen Glückwünsche, die Besuche, Aufmerksamkeiten und vielen Blumen anlässlich meines 85. Geburtstages danke ich euch allen. Ich habe mich sehr darüber gefreut! Von Herzen wünsche ich euch eine frohe, gesegnete Advents- und Weihnachtszeit. Erika Meier, Weiherring 116, Mauren

Dienstjubiläen in der Industrie

Folgende Personen feiern heute ihr Dienstjubiläum in der Industrie:

Martin **THOMAS**, wohnhaft in Heerbrugg, feiert heute sein stolzes 30-jähriges Dienstjubiläum bei der Firma ThyssenKrupp Presta AG. Der Jubilar arbeitet als Teamleiter Einkauf.

Klaus **KONZETT**, wohnhaft in Satteins, feiert heute ebenfalls sein beachtliches 30-jähriges Dienstjubiläum bei der ThyssenKrupp Presta AG. Herr Konzett ist als Verfahrenstechniker im Bereich Division Massivumformung beschäftigt.

Beatrix **BÄTTIG-STAUD**, Vaduz, feiert heute ihr ansehnliches 25-jähriges Dienstjubiläum bei der Hilti AG. Die Jubilarin ist Mitarbeiterin in der Abteilung Corporate Service Desk in der Konzernzentrale in Schaan.

Josefine **LANDTWING**, Schaan, feiert heute ihr stattliches 25-jähriges Dienstjubiläum bei der Hilti AG. Die Jubilarin arbeitet als Assistentin Insurance/Risk Management in der Konzernzentrale in Schaan.

Den Gratulationen der Firmenleitungen schliesst sich die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer gerne an.

Dienstjubiläen bei der Landesverwaltung

Im Dezember 2010 feiern die folgenden Mitarbeiter ihr Dienstjubiläum in der Landesverwaltung:

30 Jahre

- Paul **VOGT**, Landesarchiv

25 Jahre

- Josef **SCHÄDLER**, Amt für Wald, Natur und Landschaft

20 Jahre

- Ulrich **GASSNER,** Tiefbauamt

Das Amt für Personal und Organisation dankt für die langjährige Mitarbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute. Diesen Wünschen schliesst sich das «Volksblatt» gerne an.

ÄRZTE IM DIENST

Notfallnummer Liechtenstein	230 30 30
Spital Vaduz	235 44 11
Spital Grabs	081 / 772 51 11
Spital Walenstadt	081 / 736 11 11



FOTO PAUL TRUMMER

Informierten im Eschner Schulzentrum am Elternabend «Das Versteckspiel» über die rechte Szene, von links: Arno Dalpra, Ludwig Frommelt, Harald Kreuzer und Marcel Lampert.

Rechtsextremismus enttarnen

Elternabend in Eschen – Expertentipps für Eltern gefährdeter Jugendlicher

ESCHEN – Eltern, Lehrer und Erzieher brauchen ein ziemlich geschultes Auge und müssen noch aufmerksamer auf Kinder und Jugendliche achten, um «rechte» Tendenzen zu erkennen. Im Schulzentrum Eschen gab es dafür Tipps.

• Reinhard Peter

«Das Versteckspiel» war der Titel des Elternabends in der Aula des Schulzentrums Unterland, bei dem Harald Kreuzer von der Schulsozialarbeit, Marcel Lampert von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Ludwig Frommelt von der Gewaltschutzkommission im Amt für Soziale Dienste und der Vorarlberger Psychotherapeut und Leiter des IfS-Mühletor, Arno Dalpra, einen Einblick in die «Szene» gaben.

Musik und Kleidung

«Es sind nicht nur Hakenkreuz und Eisernes Kreuz, die als verdeckte Erkennungssymbole dienen, sondern auch Hammer und Schwert, die Schwarze Sonne oder der Reichsadler. Auf Mützen gibt es oft Zahlencodes wie 88–H-H (‹Heil Hitler›)», sagte Harald Kreuzer. «Pit Bull» und «Thor Steinar» sind die bekanntesten Kleidermarken der rechten Szene, die über neonazistische Versandfirmen erhältlich sind. Dazu gehören auch «Lonsdale» und «Consdapel», in dem sich nichts anderes als der Schriftzug «NSDAP» verbirgt. Per Gesetz ist in Liechtenstein das Tragen solcher Symbole nicht verboten, wohl aber macht sich strafbar, wer solche Symbole preist oder sich rassistisch äussert. «Rechte Musik» und Rechtsrock stellte Marcel Lampert an Hand von Hörproben vor. Hardrock, Heavy Metal und Volksmusik wettern da mit extrem rechten Botschaften gegen Ausländer, Homosexuelle oder «korrupte Demokraten». Nicht jeder, der solche Musik hört, gehört zur Neonaziszene, es kann auch nur Protest gegen das Establishment sein. 1200 CDs, von 400 Bands produziert, zeugen von einem enormen Markt. Ludwig Frommelt erinnerte an rechtsradikale Tendenzen und nannte die Hitlergeburtstagsfeier 1997 in Schaan, die Flugblätter «Liecht. Arier» 1998, die Schlägerei 2009 beim Oktoberfest oder den Brandanschlag auf das Kebab-Bistro 2010. Aktuell auffallend seien Kleber und Abziehbilder wie «Volkstod» an Bushaltestellen. Wie Eltern auf ihre Kinder einwirken können, erläuterte Arno Dalpra aus Sicht eines Jugend- und Gewalttherapeuten. Viele Verhaltensmuster Jugendlicher seien aus der Erwachsenenwelt übernommen und er erinnerte an die Verantwortung von Erwachsenen, ihre Vorbildfunktion zu überprüfen.

Menschen im Rheintal



Bruno Canal aus Vilters.

Mit dem Skisport verbunden bleiben

VILTERS – Bruno Canal ist zwar als Präsident des Ski- und Snowboardclubs Vilters zurückgetreten. Dem Skisport bleibt der Vilterser aber verbunden. Beruflich tritt er heute eine neue Stelle an.

• Markus Roth

Was beschäftigt Sie im Moment?

Bruno Canal: Im Moment beschäftigen mich verschiedene Themenbereiche, zum einen die Lehrstellensituation, die Arbeitsstelle und der Skisport.



Warum beschäftigen Sie sich mit diesen Gedanken?

Dies hat verschiedene Gründe, zum Lehrstellenmarkt: Roger, mein ältester Sohn, hat im Sommer die Lehre als Kaufmann Profil E an der SSTH Chur in Angriff genommen. Und Fabian befasst sich intensiv mit dem Gedanken, aus der zweiten Realklasse den Maurerberuf zu erlernen. Auf der anderen Seite habe ich mich mit 45 nochmals dazu entschlossen, eine berufliche Veränderung vorzunehmen. Ich freue mich auf die neue Herausforderung und werde mit viel Freude und Motivation am neuen Arbeitsort starten. Nicht vergessen möchte ich den Skisport. Am Pizol werde ich wieder viele Stunden das Skifahren geniessen.

Was tun Sie in diesem Zusammenhang?

Ich versuche meinen Burschen Tipps und Anregungen zu geben, wie man sich den kommenden Aufgaben erfolgreich stellt. Jeder ist aber seines eigenen Glückes Schmied. Beim alten Arbeitgeber war es mir stets wichtig, mich bis zuletzt zu 100 Prozent einzusetzen und meine Projekte und angefangenen Arbeiten zu beenden. Nach neunjähriger Amtszeit als Präsident eines Ski- und Snowboardclubs aus der Region bin ich zurückgetreten. Die Versammlung hat mir, und darauf bin ich natürlich stolz, die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Ich werde aber dem Skisport verbunden bleiben.

Was freut und ärgert Sie am Rheintal?

Es freut mich, dass diese Region zusehends an Beachtung und Zuwendung gewinnt. Wir haben in den letzten Jahren einiges erreicht und uns wirtschaftlich wie auch im Bereich Tourismus stets gesteigert. Um sich in Zukunft noch mehr zu entwickeln, müssen wir noch offener werden und uns positiv den sich uns stellenden Anforderungen gegenüber stellen.

Wie sieht der perfekte Tag von Ihnen aus?

Meine Familie und ich lieben die Natur. Sich morgens mit Freunden und Kollegen zum Skifahren zu begeben und die noch unbenützten Pisten zu befahren, das gibt mir Frohsinn und ein Gefühl der Freiheit. Oder im Sommer die Bergwelt zu bewandern, ein Feuer zu entfachen und sich in der Natur zu erholen sind Momente, die mich zufrieden am Abend einschlafen lassen.

Ihr Lebensmotto in einem Satz?

Träume nicht dein Leben – sondern lebe deinen Traum.

Wo sehen Sie das Rheintal in zehn Jahren?

Die Region Rheintal wird sich zu einem qualifizierten, produktiven und aufstrebenden Gebiet der Schweiz entwickeln. Im diesem Wirtschaftsraum werden Produkte und Dienstleistungen erbracht, die gefragt und geschätzt sind. Die Region Rheintal ist ein Gebiet mit wirtschaftlicher Zukunft, das viel Raum und gute Voraussetzungen für innovative Ideen, leistungsfähige Unternehmen und hochstehende Produkte bietet. Neben der vorzüglichen geografischen Lage und den gut ausgebildeten Arbeitskräften geniesst das Rheintal auch Potenzial, sich im touristischen Bereich entsprechend in Szene zu setzen.

ZUR PERSON

Name: Bruno Canal
Geburtstag: 8. Februar1965
Beruf: Projektleiter Elektroplaner / dipl. TK
Da bin ich daheim: Vilters
Das ist nicht mein Ding: «Pöschtele», Shoppen
Am Rheintal schätze ich: Kurze Wege, Natur- und Naherholungsgebiete
Ein Ziel in meinem Leben: Auch trotz der Hindernisse meinen Weg gehen

Der rechten Szene entgegenwirken

Wenn sich Jugendliche Gruppierungen anschliessen, sind Eltern meist besorgt. Oft wissen sie gar nicht recht, was mit dem Kind passiert ist. Um dieser Ungewissheit vorzubeugen, fand am Donnerstag eine Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus statt.

Von Ramona Banzer

Eschen. – Manchmal ist es schwer, sein eigenes Kind einzuschätzen. Diese Schwierigkeit erreicht meist ihren Höhepunkt mit der Pubertät. Bereits Jahre bevor es zum Jugendlichen wird, machen sich Eltern Gedanken, wie man sein Kind von schlechten Einflüssen, schlimmen Erfahrungen und einem falschen Freundeskreis abhalten kann. Doch trotz aller Bemühungen kommt für viele die Zeit, in der sie folgende Beobachtungen machen: Das Kind fängt an, andere Kleidung zu tragen, sie bewusster zu tragen, interessiert sich sehr für Musik und hat Freunde und Bekannte, die es öfters treffen möchte und die wahrscheinlich ähnlich gekleidet sind und ähnliche Musik hören.

Obwohl sich diese Beschreibung wie ein Krimi liest, heisst das noch nicht, dass man sich wegen jeder Veränderung Sorgen machen muss. Doch stellt sich die Frage, wann es gefährlich wird. Das heisst, wann könnte sich der Jugendliche auf der falschen Spur befinden? Heute gibt es unzählige Gruppierungen, von Hiphoppern über Skater bis hin zu Gothics und Skinheads. Diese Vielfalt macht die Unterscheidung schwer, was davon unbedenklich ist und was nicht. Am Donnerstag wurde die im Allgemeinen als gefährlich angesehene rechte Szene im Rahmen der Informationsveranstaltung «Das Versteckspiel» behandelt.

Keine blossen Schmuckstücke

Als Erwachsener hat man zumeist nicht mehr viel zu tun mit Jugendströmungen. Deshalb erkennen manche Eltern Symbole oder Dresscodes nicht, die auf eine solche Strömung hinweisen. Konsequenz daraus ist beispielsweise die Fehleinschätzung, dass gewisse Anhänger blosse Schmuckstücke seien, obwohl in Wirklichkeit eine Aussage dahintersteckt. Schulsozialarbeiter Harald Kreuzer stellte zunächst einige Kleidermarken und Symbole vor, die oftmals von Angehörigen von rechtsextremen Gruppen verwendet werden. «Hakenkreuze, der Reichsadler oder das White-Power-Symbol sind den meisten Menschen geläufig. Allerdings sind auch Zahlencodes, die für Buchstaben stehen, sehr beliebt», weist er auf diese «szeneninternen» Zeichen hin, die auf den ersten Blick für Aussenstehende nicht erkennbar sind. Als bevorzugte Kleidermarken wurden u.a. «Lonsdale», «Pit Bull», «Fred Perry» oder «Consdaple» aufgezählt, zudem seien Stahlkappenschuhe und Bomberjacken beliebt.

Bevorzugte Musik

Da Musik bei Jugendgruppierungen ebenfalls eine grosse Rolle spielt, stellte Marcel Lampert, Mitarbeiter der offenen Kinder- und Jugendarbeit, beliebte Rechtsrock-Interpreten vor. Hierbei verwies er unter anderem auf Landser, Skrewdriver und Frank Rennicke. Die bekannte Band Böhse Onkelz behandelte er besonders ausführlich: «Anfang der 80er-Jahre galten die Böhsen Onkelz als Pioniere des Rechtsrocks. 1988 haben sie sich aber vom Neonazismus abgewendet. Deshalb sollte man sich als Elternteil nicht sofort sorgen, wenn der Junior einen Pullover der Band anzieht. Doch konnten sie sich von ihrem rechtsextremen Ruf nie ganz befreiten. Wachsamkeit wäre also optimal.»

Ideologie oder Zufluchtsmöglichkeit?

Der Jugendarbeiter und Vorsitzende der Fachgruppe Rechtsextremismus, Ludwid Frommelt, erklärte, was der Rechtsextremismus beinhaltet und wie er sich in Liechtenstein äussert: «Seit 1991 wurden immer mehr rechtsextreme Personen beobachtet und registriert. Gewaltanwendungen, Auftreten an öffentlichen Veranstaltungen, Flugblätter und Kleber gibt es bis heute immer wieder», hielt er fest.

Laut seiner Erfahrung handelt es sich bei Rechtsextremen grösstenteils um männliche Personen. «Vielfach werden Jüngere von den älteren Jugendlichen in die Szene gelockt, z. B. mit Geschenken wie CDs oder indem sie für die Jüngeren Alkohol einkaufen. Oftmals geht es bei den Jugendlichen gar nicht so sehr um die Ideologie, sondern eher um Anerkennung.» Gerade Jugendliche, welche sich unscheinbar, unwichtig oder alleine fühlen, meinten, innerhalb solcher Gruppen Freunde und Zugehörigkeit zu finden. «Wenn man auf einen Jahrmarkt in einer grossen Gruppe auftritt, wirkt das imposant auf andere», hält er beispielhaft eine Situation aus der Perspektive eines Jugendlichen fest.

Auf die Frage, wie sich Jugendliche verhalten bzw. sich wehren können, wenn sie angepöbelt werden, rät er: «Sie sollten sich Hilfe von Erwachsenen suchen. Dies können die Eltern, Lehrer, Veranstalter oder auch die Polizei sein.»

«Es braucht immer zwei»

Im Publikum wurde der Fall geschildert, dass Kinder und Jugendliche Angst hätten, sich an der Schaaner Post oder beim Bahnhof in Buchs aufzuhalten, weil dort viele Gruppierungen von Ausländern vertreten seien. Ludwig Frommelt zeigte in seiner Antwort einen Lösungsansatz auf: «Konfrontationen und Probleme werden beobachtet, das ist unbestreitbar. Es braucht immer zwei. Hierbei ist es wichtig, sich nicht davor zu verschliessen, denn eine Ignoranz vor der realen Situation bringt nur neue Probleme mit sich.»

Gesetzeslage in Liechtenstein

Auf Anfrage des «Liechtensteiner Vaterlands» erklärt Polizist Peter Elkuch die Gesetzeslage in Liechtenstein: «Der Polizei sind in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden. Allerding schöpfen wir das Potenzial, das wir haben, voll aus. So machen wir Gebrauch von der Möglichkeit, Propagandamaterial sicherzustellen, einzuziehen und zu beschlagnahmen. Darüber hinaus registrieren wir rechtsradikale Personen.»

Er rät Eltern, strenger zu sein und nicht über das Fehlverhalten von Sohn oder Tochter hinwegzusehen: «Wir beobachten oft, dass Eltern sich die Situation nicht eingestehen, Jugendliche sogar in Schutz nehmen oder ihnen ein Alibi geben.»



Die Referenten der Informationsveranstaltung «Das Versteckspiel», die sich dem Thema Rechtsextremismus widmeten: Marcel Lampert, Arno Dalpra, Harald Kreuzer und Ludwig Frommelt (v. l.). Bild sdb

«Tchr, schl & hmwrk»



Lernen, wie man lernt: Die Schüler der Realschule Vaduz wurden von Tony Stockwell in die unterschiedlichsten Lernmethoden eingeführt. Bild pd

Was soll das heissen? Die Auflösung dieser Geheimschrift erfuhren die Schüler der Realschule Vaduz am vergangenen Donnerstag während einer ganz besonderen Veranstaltung. Unter der Anleitung von Tony Stockwell aus Triesen sollten sie lernen, wie man lernt.

Vaduz. – Der neu aufgestellte Elternrat der Schule lud auch die Elternschaft zu dieser Veranstaltung ein. Zur grossen Freude der Lehrerinnen und Lehrer nahmen trotz des Werktags zahlreiche Eltern die Gelegenheit wahr und folgten der Einladung. Sie durften zusammen mit den Schülern zwei spannende Vortragsstunden erleben und viele Lerntechniken selbst einüben. Die Veranstaltung mit dem Titel «Lernen lernen» beinhaltete verschiedene Strategien zum Erlernen von Vokabeln, Fremdsprachen, Prozessen und Abläufen sowie für komplexe Stoffinhalte. Die Schüler und Eltern übten verschiedenste Lerntechniken, die zum grössten Teil auf den Lehrstoff der Realschule zugeschnitten waren. Eingeübt wurden zum Beispiel die Technik des «Learnflow» am Beispiel der Zytologie (Zellenkunde) oder das Schreiben englischer Vokabeln ohne Vokale. Dabei sorgte die humorvolle und frische Art des Referenten dafür, dass die Zeit wie im Flug verging. Am Ende der Veranstaltung war Tony Stockwell mit der Leistung der Schüler sehr zufrieden und er zeigte sich begeistert vom Interesse und dem Einsatz des Lehrerteams und vor allem der Eltern. *(pd)*

Helga Konrad besucht Liechtenstein

Vaduz. – Am Montag traf Helga Konrad aus Anlass ihres Arbeitsbesuchs in Liechtenstein zu einem Gedankenaustausch mit Regierungsrat Hugo Quaderer zusammen. Die ehemalige österreichische Bundesministerin und OSZE-Menschenhandelsbeauftragte leitet im Auftrag der österreichischen Regierung eine regionale Initiative, die vor dem Hintergrund des Lissabon-Vertrags, der Schweden-Initiative und des Action Oriented Papers der EU die Bekämpfung des Frauenhandels unter Einbindung der direkten Nachbarstaaten vorantreiben soll. Die liechtensteinische Regierung hat entschieden, diese Initiative zu unterstützen. Anlässlich des Arbeitstreffens in Vaduz erörterte Helga Konrad mit Behörden- und NGO-Vertretern die Menschenhandelssituation in Liechtenstein sowie verbesserte Kooperationsmöglichkeiten bei der Prävention und Bekämpfung dieses Phänomens. *(pafl)*



Besprachen weitere Kooperationsmöglichkeiten: Regierungsrat Hugo Quaderer und Helga Konrad. Bild pafl

REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

Wirtschaft Im Dialog

Einladung zur Informationsveranstaltung:

«Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz»

Welche Neuerungen kommen ab 1. Januar 2011 auf die Arbeitgeber zu?

Montag, 6. Dezember 2010 I 12:00 – 13:30 Uhr

mit anschliessendem Apéro
Foyer, Vaduzer Saal

Moderation:
Dr. Petra Matt

Impulsreferate:
Dr. Martin Meyer, Regierungschef-Stellvertreter
Walter Kaufmann, Direktor AHV

Um Anmeldung wird gebeten: veranstaltungen@regierung.li | Tel.: 00423 236 60 19

FORUMSBEITRÄGE

Bahn-Szenarien 1 und 2

Die prognostizierte Verknappung und Verteuerung von fossilen Treibstoffen, eine nachhaltige Entwicklung der Region und der sich abzeichnende Klimawandel verlangen Verhaltensänderungen auch im Verkehrswesen. Um die Erreichbarkeit unserer Arbeitsplätze zu sichern, erarbeitet der VCL Bahn-Szenarien.

Als Szenario 1 hat der VCL 2003 die Studie «Tram-Bahn für Liechtenstein und die Region» vorgestellt. Eine Normalspur-Tram-Bahn kann sowohl auf den Geleisen der ÖBB und SBB fahren, wie auch als Tram im Mischverkehr der Hauptstrassen oder auf eigenem Trasse neben der Strasse.

Als Szenario 2 arbeitet der VCL an der Studie «Regionalbahn Liechtensteiner Oberland». Die eingleisige Normalspurbahn soll nur wo vom Fahrplan erforderlich eine Kreuzungsstelle aufweisen. Angedacht sind sieben Haltestellen im Oberland. Via Trübbach soll die Bahn nach Sargans fahren und die relevanten Anschlüsse sicherstellen.

Der VCL hat die Linienführung im Juni 2010 mit den relevanten Ämtern besprochen und ihnen die Dateien überlassen. Weitere Kreise wurden schon oder werden noch informiert, die Öffentlichkeit im Frühjahr 2011. Entgegen anders lautenden Behauptungen will der VCL keine Insellösungen. Eine Einbindung in das regionale Normalspur-Bahnnetz von ÖBB und SBB ist wesentlich für die attraktive Abwicklung der regionalen Einpendlerströme nach Liechtenstein und der Verbindung nach aussen. Für beide Szenarien ist die S-Bahn FL.A.CH zwischen Feldkirch und Buchs im Halbstundentakt die Voraussetzung.

VCL Verkehrs-Club Liechtenstein

Forschungsnetzwerk Rheintal

Das «Volksblatt» berichtet: «Forschung: Liechtenstein und St. Gallen spannen zusammen.» Die St. Galler Staatskanzlei hat die Technische Hochschule Aachen beauftragt, Szenarien für ein Forschungsnetzwerk im Rheintal zu erarbeiten mit zwei geplanten Forschungsinstituten, eines am NTB und ein zusätzliches unter der Mitwirkung anderer schweizerischer Institute sowie der Universität Liechtenstein. Dieses Vorhaben ist sinnvoll, aber in dieser Konstruktion ist es für Liechtenstein so gut wie nutzlos. Es fehlen auf unserer staatlichen Seite die naturwissenschaftlichen Kompetenzen, um überhaupt mitreden zu können. Wir überlassen der Schweiz fundamentale Interessen unseres Landes und haben weniger Einfluss als ein Kanton! Das ist keine Spitze gegen die St. Galler Staatskanzlei, das sagt uns die Lebenserfahrung. Ein von obigen Instituten erarbeitetes Wissen fliesst sicher zuerst in die Schweiz.

Liechtenstein hat geniale Unternehmer hervorgebracht, wie Martin Hilti, Gustav Ospelt, Toni Hilti, Herbert Ospelt und Max Auwärter, um nur diese zu nennen; sie sagen uns, dass man zuerst selbst etwas aufbauen muss, bevor man sich irgendwo beteiligen kann. Gegenwärtig schliesst die Hilti AG ein Werk in Mauren. Ein Hinweis darauf, dass Liechtenstein als Produktionsstandort zu teuer geworden ist? Jetzt, wo die Steuereinnahmen drastisch zurückgehen, müssen wir besonders überlegen, welche hochwertigen Produkte wir in Zukunft entwickeln und produzieren müssen, um unseren Lebensstandard zu erhalten. Wer sich allein auf den Finanzplatz verlässt, ist ein Träumer.

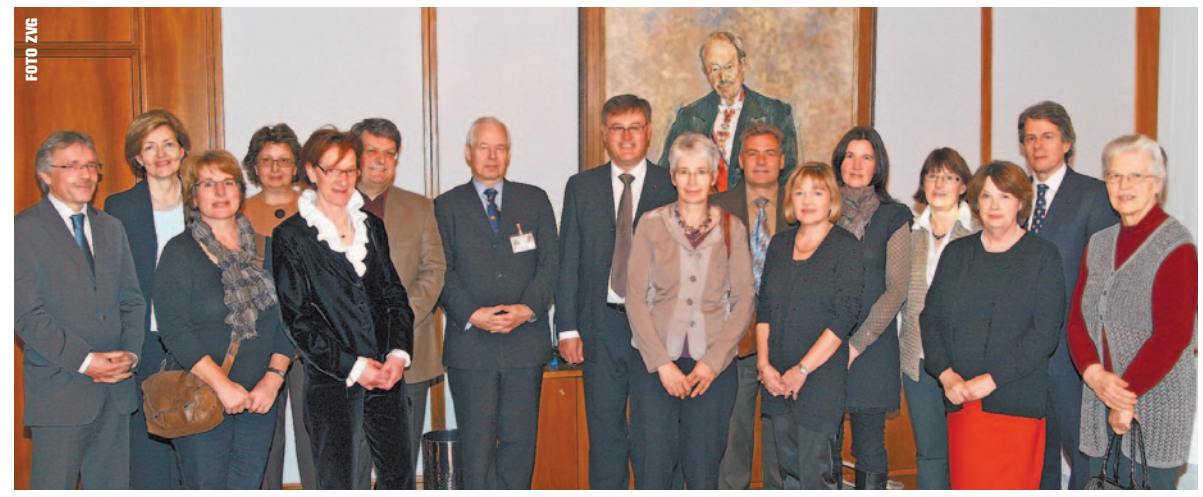
Liechtenstein braucht lebensnotwendig ein eigenes naturwissenschaftlich-technisches Zentrum, vorzugsweise in Form einer Technischen Universität. Auch wenn es nur eine kleine spezialisierte Universität ist. Unsere Voraussetzungen sind (noch) gut. Wenn das Geld knapp wird, muss man Prioritäten setzen und Pläne aufgeben, die man in Zeiten des Überflusses geschmiedet hat. Neben den Klima-, Verkehrs- und Sozialproblemen wird das Wirtschaftsproblem an Bedeutung gewinnen.

Dr. Wolfgang J. Bayer für die GPL

Soziales Engagement unterstützt

LGT Bank in Liechtenstein überreicht Weihnachtsspenden an 15 Organisationen

VADUZ – Die LGT Bank in Liechtenstein nimmt ihre gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen wahr. Daher fördert sie unter anderem soziale Projekte, aber auch Kultur und Sport.



S. D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, Stiftungsratspräsident LGT Group Foundation, überreicht die Weihnachtsspenden der LGT an gemeinnützige Organisationen im Fürstentum.

Die LGT Bank in Liechtenstein unterstützt auch in diesem Jahr gemeinnützige Organisationen im Fürstentum, die sich mit grossem Engagement für andere Menschen einsetzen, mit einer Weihnachtsspende. Am 29. November überreichte S. D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, Verwaltungsratspräsident der LGT Group, im Rahmen eines Apéros den Vertretern der 15 ausgewählten Organisationen einen Scheck in Höhe von 3000 Franken. Die Spenden erhielten die Caritas Liechtenstein, der Verein für Familienhilfe (Sektion Unterland), der Verband Liechtensteiner Familienhilfe (Sektion Oberland), das Liechtensteinische Rote Kreuz, die Special Olympics Liechtenstein, die Stiftung Liachtbleck, die Gemeinnützige Stiftung Strassenkinder Rumänien, der Verein für Betreutes Wohnen, die Flüchtlingshilfe Liechtenstein, die Hospizbewegung Liechtenstein, der Liechtensteiner Behinderten-Verband, der Verein für Heilpädagogische Hilfe, das Hilfswerk Liechtenstein, die Krisenintervention und die Krebshilfe Liechtenstein. «Es ist schwierig, in unserem anspruchsvollen Alltag für soziales Engagement Zeit zu finden, aber es kann für den Einzelnen und die Gesellschaft viel bewegen. Daher möchte ich mich im Namen der LGT bei den Organisationen und ihren Mitarbeitenden für ihren unermüdlichen Einsatz besonders herzlich bedanken», betonte S. D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein. Für eine aussergewöhnliche musikalische Untermalung der Spendenübergabe sorgte mit Manuel Marxer ein junges Talent aus Ruggell. Im Anschluss an den offiziellen Teil nutzten die Teilnehmer gern die Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch in angenehmem Rahmen. (pd)

LESERMEINUNGEN

Der Mensch und andere Tiere

Zur Einstimmung auf das diese Woche in Schaan und Triesen stattfindende Symposium zum Thema Tiere veröffentlichte die «Liewo» am vergangenen Sonntag ein Interview mit Peter Gilgen und Pio Schurti, den Veranstaltern der Tagung. Darin sagt Peter Gilgen, aus biologischer Sicht lasse sich die als selbstverständlich angenommene Sonderstellung des Menschen nicht begründen. Diese Aussage ist richtig und genau so logisch, wie wenn ein Literaturkritiker sagen würde, aus der chemischen Analyse des bedruckten Papiers lasse sich der Unterschied zwischen einem Werk Goethes und der Betriebsanleitung für einen Rasenmäher nicht erkennen. Den biologischen Ansatz nimmt Gilgen dann ausserdem auf zur Erklärung der angeblich unzähligen Versuche, ein besonderes Merkmal zu finden, das nur den Menschen auszeichnet und ihn «von den anderen Tieren» unterscheidet. «Diese Grenzziehung», so Gilgen, «ist heute aber fraglicher denn je.» Die Einöde solchen Denkens, auch wenn sie wissenschaftlich verkleidet daherkommt, verschliesst vollständig den Blick und das Interesse für die grosse Welt hinter der Oberfläche. Stattdessen das ewig gestrige Bild von der Degradierung des Menschen zum sprachbegabten Tier; irgendwie ist das eine geistige Verirrung und dahinter steht eine Logik, die besagt, wir sollten das Denken den Pferden überlassen, weil diese die grösseren Köpfe haben. Georg Kieber, Mauren

«Tun wirs doch!

Ein Nachtrag zum Kulturforum «Was ist Kultur für Liechtenstein», meine Gedanken dazu:

Ja, was ist Kultur für Liechtenstein? Wir haben eine grosse «Kulturlandschaft»: Theater-, Kunst-, Konzertkultur, Ess-, Trink-, Rauch-, Wohn-, Schlaf-, Sprachkultur usw. Jede und jeder Einzelne von uns hat aber auch eine Herzenskultur (Liebe, Verständnis, Geduld, Freundlichkeit ...). Ich denke, wenn jeder, er und sie, seine/ihre Herzenskultur einmal überdenken und danach handeln würde, hätten wir weniger Streit, Hass, Neid, Kriminalität, Integrationsprobleme, Mobbing am Arbeitsplatz usw. In der Welt gäbe es weniger Kriege, Hungersnöte, Kindersterben und vieles mehr. Ich wünsche mir, dass wir alle, jede und jeder, besonders auch Menschen in Verantwortung (Politik und Wirtschaft) unsere/ihre Herzenskultur jeden Tag neu überdenken und in unsere/ihre private und Arbeitswelt einfliessen lassen. Ich bin überzeugt: Unser Liechtenstein, jede und jeder Einzelne von uns, würde dadurch zufriedener, reicher (nicht materiell oder vielleicht auch?) und wärmer! ... und dies nicht nur in der Advents- und Weihnachtszeit, sondern das ganze Jahr. Tun wirs doch!

Gabi Büchel Meier,
Neudorfstrasse 13, Mauren

Ausländerkriminalität ein Thema?

Wie schön. Wir wollen die kulturelle Vielfalt positiv nutzen, Chancengleichheit ermöglichen, Vorurteile und Fremdenangst abbauen. Über allem thront stets Menschlichkeit und die Achtung der Würde des Menschen, wie es in einer Hochglanz-Broschüre einer schweizerische Integrationsstelle heisst. Allein die Realität ist eine andere. Oder ist es nur die aktuelle Wahrnehmung, die unseren Realitätssinn trübt? Auslöser sind die in letzter Zeit sich häufenden Übergriffe auch bei uns (Taxifahrer wird brutal zusammengeschlagen, Radprofi auf offener Strasse zusammengeschlagen etc.).

Wer der Fremdenfeindlichkeit Vorschub leisten will, muss Stimmungen ernst nehmen und die Tatsachen erkennen und benennen – auch wenn sie unangenehm sind. Da hilft keine Sozialromantik, keine Kuscheljustiz, kein Ausblenden, kein Schönreden, kein Geradebiegen – auch nicht im Ländle. Unbestritten ist: Der weitaus grösste Teil der Ausländerinnen und Ausländer lebt gut integriert und gut akzeptiert in unserem Lande. Klar ist jedoch auch: Das kriminelle Verhalten eines kleinen, aber beachtlichen Teils der ausländischen Bevölkerung ist ein echtes Problem – auch hierzulande. Gemäss polizeilichen Erhebungen werden fast 60 Prozent aller Straftaten in Liechtenstein wie auch in der Schweiz von Ausländern begangen. Vor allem Serben, Kosovo-Albaner und Türken neigen überdurchschnittlich zur Straffälligkeit.

Was sagen die Politiker? Sie schweigen. Was meinen die vermeintlichen Fachleute? Sie beschwichtigen und relativieren (ausser den Heisssporen in der SVP in der Schweiz). Die Schweiz hat anlässlich der Volksabstimmung bei der Ausschaffungsinitiative klar abgestimmt. Genug der Schönrederei. In der Schweiz ist das Abstimmungsresultat die klare Antwort auf eine über Jahre hinweg verfolgte falsche Integrationspolitik. Man hat billige Arbeitskräfte ins Land geholt und dabei auf rasche und nachhaltige Integration verzichtet. Man hat Leute ins Land geholt, die aufgrund ihrer kulturellen und religiösen Ausrichtung nur sehr schwer zu integrieren sind.

Es ist spekulativ anzunehmen, bei uns hätte eine Ausschaffungsinitiative keine Chance. Sollte es uns nicht gelingen, klare Zeichen und Antworten auf die Problematik zu finden, werden wir in den nächsten Jahren ebenfalls über eine Ausschaffungsinitiative abzustimmen haben. Nur wer die Probleme nicht schönredet und verdrängt, kann auch die Chance glaubwürdig vermitteln. Schweigen und Schönreden schafft hingegen rechtspopulistische und fremdenfeindliche Parolen. Die wollen wir aber nicht in Liechtenstein!

Auch unser Land lebt von der Migration, aber leidet und wächst auch an ihr! Ulrich Hoch, Triesenberg

Es ist schwer, einen lieben
Menschen zu verlieren.
Aber es tut gut zu erfahren,
wie viele Mama geschätzt haben.

HERZLICHEN DANK

Beim Abschied unserer geliebten Mama und Nana

Helma Vogt-Kaufmann

23. September 1917 – 3. Oktober 2010

durften wir so viel Anteilnahme und Verbundenheit erfahren. Wir danken allen von Herzen für die schönen zahlreichen, gesprochenen und geschriebenen Worte, die uns so gut getan haben.

Wir danken auch für die Geldspenden, für hl. Messen, späteren Grabschmuck und Spenden an wohltätige Institutionen sowie die Teilnahme am Weg zu ihrer letzten Ruhe.

Ein spezielles Dankeschön richten wir auch gern an das Pflegepersonal des APH Schlossgarten, welches sie in ihren letzten Jahren täglich liebevoll gepflegt hat.

Schönen Dank auch an Herrn Dr. Anton Wille, für seinen ärztlichen Beistand über all die Jahre.

Besonders danken wir auch Herrn Pfarrer Christian Schlindwein und Herrn Kaplan Pirmin Zinsli für die einfühlsamen Worte und die schöne Gestaltung des Totengedenkens, des Trauergottesdienstes und ihrer Verabschiedung.

Unser Dank gilt auch all jenen, welche unserer Mama in ihrem Leben mit Freundschaft und Liebe begegnet sind.

Balzers, im November 2010 Die Trauerfamilien

Grösste spanische Verlagsgruppe verlegt Fürsten-Buch

VADUZ/BARCELONA – Die GrupoPlaneta mit Hauptsitz in Barcelona besteht aus weltweit über 100 Verlagimprints und verlegt Bücher in Spanisch, Französisch, Portugiesisch, Brasilianisch und Katalanisch. «Die Zürcher Agentur Books & Rights hat Planeta auf das Buch des Fürsten aufmerksam gemacht, und GrupoPlaneta hat ‹dieses bemerkenswerte und wichtige Werk› sofort in ihr Programm aufgenommen», teilte der van Eck Verlag in einer Pressemitteilung vom Donnerstag mit. Geplant sei, dass die spanische Version von «Der Staat im dritten Jahrtausend» am Welttag des Buches, am 23. April 2011, erscheint. «Dieses Datum bezieht sich auch auf die katalanische Tradition, zum Namenstag des Volksheiligen St. Georg Rosen und Bücher zu verschenken», heisst es im Verlagsschreiben. Neben Spanien beliefert Planeta die latein-amerikanischen Märkte sowie die spanischsprechenden Einwohner in den Vereinigten Staaten. Die spanische eBook-Ausgabe soll gleichzeitig erscheinen. (red/pd)



Unser Foto von der Vertragsunterzeichnung am 3. Dezember in Barcelona zeigt von rechts: Francisco Martinez Soria (Editorial Director), Paz Gaspar Pinillos (Cultural Director) und Frank P. van Eck.

Ex mit dem Tod bedroht

Bedingte Haft und Geldstrafe für 23-Jährigen

VADUZ – Ein 23-jähriger Liechtensteiner hatte offenbar das Ende seiner Beziehung zu einer 37-jährigen Frau nicht verkraftet. Es mündete in wüsten SMS und anderen Attacken.

• Johannes Mattivi

Es war ein ewiges Hin und Her in ihrer Beziehung gewesen, sagte der Beschuldigte vor Gericht. Immer wieder waren er und die 37-jährige Freundin zusammengewesen, dann wieder getrennt. Die letzte Trennung war im Frühjahr dieses Jahres erfolgt, aber offenbar wollte der Beschuldigte das einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Er besuchte sie ab und zu noch, und bei einem dieser Besuche stahl er aus einer Schublade seiner Exfreundin ihren Autoersatzschlüssel und fuhr mit ihrem Pkw davon. Natürlich ohne ihre Einwilligung.

Wildere Attacken

Kurz darauf verfiel der Beschuldigte in seinem Ärger in noch wildere Attacken. Er schrieb seiner Exfreundin eine wüste SMS, in der er ihr mitteilte, dass es jetzt erst so richtig losgehe. «Wir werden dich finden und auseinandernehmen», drohte er, gefolgt von schlimmen Schimpfwörtern. Am nächsten Tag bekam auch die Mutter des Opfers eine SMS, die noch deutlicher war: Er habe ein paar Leute auf die Tochter angesetzt, die sie töten sollen, auch wenn es viel gekostet habe, aber sie müsse sterben. Um seine Warnung zu bekräftigen, schnitt er dann auch noch ein Stofftier auf, übergoss es mit Benzin und warf es auf den Tiefgaragenparkplatz seiner Exfreundin. In einem Nebenanklagepunkt wurde dem 23-Jährigen vorgeworfen, im Ausland illegale Waffen gekauft und besessen zu haben, u. a. einen Kleinkaliberrevolver, einen Wurfstern, einen Dolch, eine Teleskopschlagrute und einen Morgenstern.

Bei Freundin untergetaucht

«Natürlich fühlte ich mich bedroht, für mich war es absolut glaubwürdig, dass ich umgebracht werde», sagte die Exfreundin, die in einem separaten Raum im Beisein ihrer Mutter befragt und deren Aussagen per Video-Konferenz in den Gerichtssaal übertragen wurden. Nach den Drohungen sei sie auf Anraten der Polizei ein paar Tage bei einer Freundin untergetaucht.

Der Verteidiger hielt dem Opfer vor, dass sie ebenfalls SMS an Freundinnen geschrieben habe, in denen sie in ihrer Wortwahl nicht zimperlich gewesen sei. Darin habe sie ihren Exfreund als Psycho und Vollidiot bezeichnet und auch gesagt, sie hasse alle Männer. Einmal sei die 37-Jährige sogar mit ihrem Auto auf ihren Exfreund losgefahren.

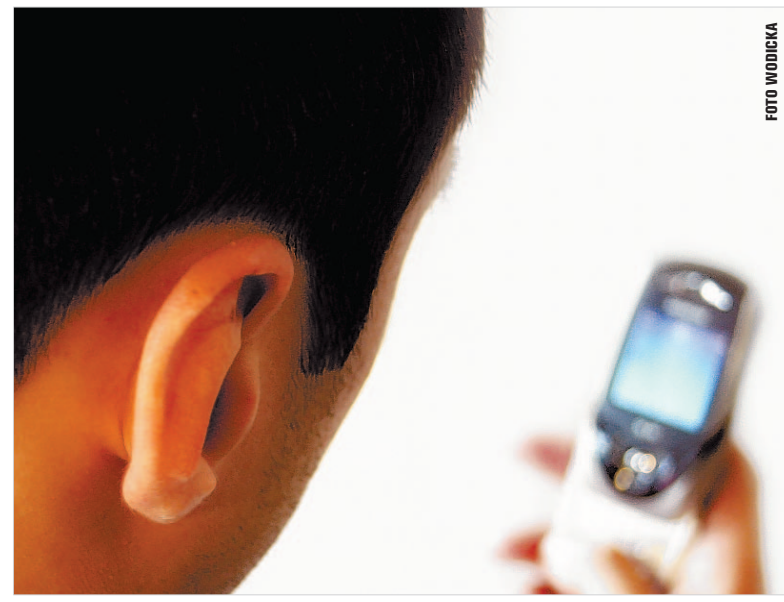


FOTO WODICKA

Was für eine Beziehung: Der Angeklagte schrieb seiner Exfreundin Droh-SMS – und sie schrieb schlechte SMS über ihn.

Laut Aussage des Opfers gehört der Beschuldigte, der schon mehrfach mit dem Gericht – zuletzt im Juni dieses Jahres – wegen verschiedener Delikte zu tun hatte, der rechten Szene an. Die Exfreundin gab an, dass sie ein paar Mal mit dem 23-Jährigen auf Konzerten der rechten Szene gewesen sei. Dazu würden dann auch die Waffen passen, die sich der Beschuldigte besorgt hatte. Der Kleinkaliberrevolver sei allerdings verschwunden, sagte der Beschuldigte, und von manchen anderen Waffen habe er nicht gewusst, dass sie illegal waren. Den Morgenstern habe er beispielsweise auf einem Mittelaltermarkt in Deutschland gekauft und beim Grenzübertritt auf dem Rücksitz offen liegen gehabt: «Wäre diese Waffe illegal, so hätten doch die Zöllner reagieren müssen.»

Schluss mit lustig

Der Staatsanwalt sah die Angelegenheit ziemlich ernst. Im Juni hatte der Beschuldigte in einer Strafverhandlung neun Monate bedingte Haft ausgefasst und nur zwei Wochen später begann er dann seine Exfreundin zu bedrohen: «Irgendwann ist Schluss mit lustig – das waren gravierende heftige Todesdrohungen.» Vom Gericht gab es dann auch eine saftige Strafe: Sechs Monate Haft bedingt auf drei Jahre, dazu eine unbedingte Geldstrafe von 4000 Franken sowie eine Busse von 1000 Franken. An sein Opfer muss der 23-Jährige zudem 100 Franken Teilschmerzensgeld zahlen. Vier Tage Bedenkzeit nach Urteilsverkündigung.

REGION

Dem Kanton St. Gallen gehen die Hausärzte aus

ST. GALLEN – Im Kanton St. Gallen praktizieren immer weniger Hausärzte, und der Mangel wird sich in den nächsten zehn Jahren noch verstärken. Die kantonale Ärztegesellschaft will deshalb verstärkt politisch aktiv werden. Hausarzt zu werden, soll sich wieder lohnen. «Wir brauchen dringend mehr Ärztinnen und Ärzte», sagte Peter Wiedersheim, Präsident der kantonalen Ärztegesellschaft, am Donnerstag in St. Gallen. Die zweite Forderung: Die praktizierenden Ärzte brauchen bessere Rahmenbedingungen. Wiedersheim und sein Vizepräsident Wilfried Oesch erwähnten die langen Arbeitszeiten der Hausärzte und die schlecht bezahlten Notfalldienste ohne Pikett-Entschädigung. Tarifkürzungen bei Laborleistungen, kleinere Margen auf Medikamenten und ein fehlender Teuerungsausgleich lassen das Einkommen der Hausärzte schrumpfen.

In einer Umfrage der Ärztegesellschaft gaben vier von fünf praktizierenden Ärzten an, die Suche nach einem Nachfolger bei Pensionierung oder die Erweiterung der Praxis durch zusätzliche Ärzte sei schwierig bis aussichtslos. Diese prekäre Situation werde sich noch verschlimmern, warnte Wiedersheim. Mehr als die Hälfte der Allgemeinmediziner seien nämlich heute über 55 Jahre alt. Weil in der Schweiz nur halb so viele Grundversorger ausgebildet würden, wie es brauche, fehlten von Jahr zu Jahr 150 Hausärzte mehr. (sda)

Krankenkassen-Wechsel bedeuten Kapitalvernichtung

ST. GALLEN – Die Versicherten, die zu einer Krankenkasse mit günstigeren Prämien wechseln, verursachen in der Schweiz jedes Jahr Kosten von rund einer Milliarde Franken. Für Peter Wiedersheimer, Präsident der Ärztegesellschaft des Kantons St. Gallen, bedeuten die Kassenwechsel und die damit verbundenen administrativen Kosten «eine Kapitalvernichtung». Dies sei mit ein Grund für die steigenden Krankenkassenprämien. Jeder Wechsel koste die Versicherer 300 bis 500 Franken, sagte Wiedersheimer. (sda)

Drei Jugendliche verprügelt

36-jähriger Mann muss Geldstrafe und Schmerzensgeld zahlen

VADUZ – Offensichtlich hatte schon länger ein Konflikt zwischen einem 36-jährigen türkischstämmigen Mann und drei 14- und 15-jährigen Jugendlichen geschwelt. Einer von den Dreien ist sogar sein eigener Neffe. «Ich wurde immer wieder angerufen und dabei wurde meine Familie beschimpft», sagte der Beschuldigte über einen der Jugendlichen. Aber die Polizei habe nicht auf seine Anzeige reagiert. Mehrfach habe er dann versucht, mit den Familien der Jugendlichen klärende Gespräche zu führen. Offenbar ohne Erfolg.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli dieses Jahres eskalierte dann die Situation. Die drei Jugendlichen waren gegen 1.30 Uhr auf dem Heimweg von der Vaduzer WM-Meile und kamen am Haus des 36-Jährigen vorbei. Sie kannten dessen Sohn als Kollegen und riefen zum Balkon hinauf, er solle doch herunterkommen. Als keine Reaktion kam, gingen die drei Jugendlichen weiter. Kurz darauf verfolgte sie jedoch plötzlich ein Auto. Der Beschuldigte sprang heraus und verpasste den Jugendlichen Ohrfeigen für die nächtliche Störung. Einen der Jugendlichen soll der Beschuldigte sogar besonders heftig geschlagen und in sein Auto gezerrt haben, um anschliessend die beiden anderen Jugendlichen, die geflohen waren, zu verfolgen. Ob er dabei auch die Drohung ausgestossen habe, er werde die beiden «aufschlitzen», wenn er sie erwische, konnte das Gericht nicht mit Sicherheit klären. Der Beschuldigte behauptete jedenfalls, die drei Jugendlichen hätten nicht nur zum Balkon hinaufgerufen, sondern auch wüste Beschimpfungen ausgestossen. Nach langem Hin und Her vor Gericht wurde dann vom Staatsanwalt ein aussergerichtlicher Tatausgleich vorgeschlagen. Die Mutter eines der Jugendlichen lehnte eine solche Lösung allerdings kategorisch ab. Das Urteil: 1500 Franken Geldstrafe für den 36-jährigen Mann, davon zwei Drittel bedingt, und 100 Franken Schmerzensgeld an den Jugendlichen, den er am heftigsten geschlagen hatte. Der Beschuldigte nahm das Urteil an. (jm)



Biometrischer Pass ist Pflicht

Visumpflicht für Albaner und Bosnier wird aufgehoben



Reisewillige Albaner brauchen kein Visum mehr für Liechtenstein.

VADUZ – Liechtenstein befreit Staatsangehörige von Albanien sowie Bosnien-Herzegowina von der Visumpflicht. Jedenfalls unter gewissen Bedingungen.

Die von der Visumspflicht befreiten Reisewilligen müssen – laut einer Presseaussendung des APA vom Donnerstag – im Besitz eines biometrischen Reisepasses sein und dürfen längstens 90 Tagen ohne Erwerbstätigkeit in Liechtenstein sein. Das hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 7. Dezember beschlossen, indem sie die Verordnung über das Einreise- und Visumverfahren entsprechend abgeändert hat. Die Regierung folgt damit dem Beschluss des Rates der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union, der am 8. November 2010 beschlossen hat, die Verordnung und die Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige für den kurzfristigen Aufenthalt im Schengenraum von der Visumpflicht befreit sind, anzupassen.

Liechtenstein schliesst sich – wie bereits im November 2009 bei der Visumbefreiung von Mazedonien, Montenegro und Serbien – dem Vorhaben der Schengen-Mitgliedstaaten, insbesondere im Gleichschritt mit der Schweiz, an. «So ist gewährleistet, dass durch die schweizerische Grenzwache an der liechtensteinisch-österreichischen Grenze dieselben Bestimmungen zur Anwendung gelangen wie an der weiteren Aussengrenze der Schweiz», heisst es in der Mitteilung. Gleichzeitig hat die Regierung Albanien sowie Bosnien-Herzegowina als Staaten bezeichnet, in denen Sicherheit vor Verfolgung im Sinne des Flüchtlingsgesetzes besteht. Dies bedeutet, dass in der Regel auf das Gesuch einer Asyl suchenden Person aus diesen Staaten nicht eingetreten wird. (red/pafl)

ANZEIGE





Liechtensteiner
VOLKSBLATT
DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN

ROLEX
HUBER UHREN SCHMUCK
T +423 237 1414

Mit amtlichen Publikationen | 00423 237 51 51 | AZ 9494 SCHAAN | Mittwoch, 15. Dezember 2010



Posse um Präsidialgebäude geht weiter
Inland / 3


Partnerschaft: Landtag vor hitziger Debatte
Inland / 7


Schwimmerin Julia Hassler im WM-Einsatz
Sport / 23

NEWSMIX

Liechtensteiner erhalten eine Chance für eine Organspende

BERN – Bewohner von Liechtenstein sollen künftig die gleichen Chancen auf eine Organtransplantation haben wie Personen in der Schweiz. Der Nationalrat hiess am Dienstag mit 159 Stimmen ohne Gegenstimme eine Vereinbarung mit dem Fürstentum gut. Seit 2007 gilt in der Schweiz für eine Organtransplantation das Wohnsitzprinzip. Personen aus dem Ausland erhalten erst ein Organ, wenn es nicht für jemand Einheimischen gebraucht wird. Damit sank die Chance für Personen aus Liechtenstein auf eine Organtransplantation. Zugleich ist das Organaufkommen in Liechtenstein zu klein, sodass es sich einem grösseren Land anschliessen muss, um passende Organe zu finden. Mit dem seit April provisorisch angewendeten Abkommen beteiligt sich Liechtenstein am schweizerischen Transplantationssystem und an den Kosten dafür. (sda)

Gamprin: Steuerzuschlag bleibt bei 150 Prozent

GAMPRIN – Der Gemeindesteuerzuschlag in Gamprin-Bendern bleibt 2010 weiterhin bei 150 Prozent. Dies beschloss der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 1. Dezember trotz eines geplanten Verlustes von fast sechs Millionen Franken in diesem Jahr. Für das nächste Jahr sagt der Finanzplan einen Gewinn von 6,4 Millionen voraus. (mh)

INHALT

Nachrichten	2–8	Kultur	25+27
Ausland	12	Kino/Wetter	34
Wirtschaft	13–18	TV	35
Sport	19–23	International	36

www.volksblatt.li

30050
9 771812 601006

Fr. 2.00 | Tel. +423/237 51 51
133. JAHRGANG, NR. 285 | Verbund Südostschweiz

Die Würfel sind gefallen

Marco Büchel und Steffi Vogt Sportler des Jahres – FC Vaduz Mannschaftssieger



FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

Die frisch gebackenen Titelträger Steffi Vogt, Marco Büchel und der FC Vaduz mit den weiteren Geehrten des Sportlertreffs 2010.

SCHAAN – Marco Büchel triumphierte bei der «Sportler des Jahres»-Wahl im SAL in Schaan bei den Herren, seine achte Auszeichnung. Tennisass Steffi Vogt holte zum zweiten Mal die Krone bei den Frauen. Beste Mannschaft wurde der FC Vaduz.

• Robert Brüstle

Marco Büchel heimste auch nach seinem Karriereende noch einen grossen Titel ein. Der Balzner setzte sich bei der Wahl zum Sportler des Jahres gegen Stefan Kaiser (Motorkunstflug), Daniel Rinner (Rad Strasse), Horst Saiger (Motorrad) und Fidel Vogt (Reiten) durch. Für Büxi war es insgesamt die achte Auszeichnung. Damit nimmt er in der ewigen Bestenliste hinter Hanni Weirather-Wenzel (9) den zweiten Rang ein. «Vielleicht hat es damit zu tun, dass ich so gut reden kann», meinte Büchel scherzhaft und fügte hinzu: «Spass beiseite, diese Auszeichnung macht mich sehr stolz und rundet mein super Abschlussjahr als aktiver Sportler ab. Danke an alle.»

Bei den Frauen durfte sich Tennisass Steffi Vogt nach 2007 über ihren zweiten Titelgewinn freuen. Die Balznerin, die nach ihrer langen Verletzungspause ein starkes Jahr mit Topresultaten hinter sich hat, erhielt bei der Wahl zur Sportlerin des Jahres gegenüber Nicole Klingler (Triathlon), Julia Hassler (Schwimmen), Marina Nigg (Ski alpin) und Tina Weirather (Ski alpin) den Vorzug. Und Vogt gestand, dass sie vor der Verkündung schon «etwas nervös» gewesen sei, sich jetzt aber unheimlich freue. «Ich habe ein sehr erfolgreiches Comeback-Jahr hinter mir.»

Der Titel «Mannschaft des Jahres» ging an den FC Vaduz, der sich gegen das Bobteam Liechtenstein durchsetzte. «Das ist eine schöne Anerkennung für die geleistete Arbeit», so FCV-Trainer Eric Orie.

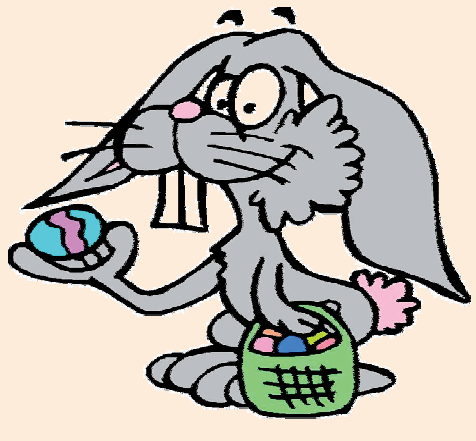
Krönender Abschluss

Ein weiterer Höhepunkt des Sportlertreffs 2010 war die Verabschiedung der Olympiasportler Marco Büchel (Ski alpin) und Markus Hasler (Langlauf) sowie des Paralympic-Teilnehmers Peter Frommelt (Tischtennis).

Musikalisch «geigte» beim Jahresabschluss des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes, der natürlich auch im Zeichen der im nächsten Jahr stattfindenden LieGames stand, die Beatles-Coverband «Liverpuddlians» auf. Andy Konrad sorgte mit seinem Comedy-Part für Lachsalven und viel Applaus. Fehlen durften auch nicht die Highlights des Jahres in Bildern und die Ehrungen «Spezial» für WM- und EM-Erfolge. Hier wurden Motorradrennfahrer Horst Saiger für seinen Vizeweltmeistertitel im Bereich Langstrecke und Shortcarver Michael Bühler, der EM-Bronze bei den Junioren holte, geehrt. Durch das Programm führte in gewohnt souveräner Manier Georges Lüchinger. **Seiten 19/20**

ANZEIGE

Frohe Ostern



Weihnachtsgeschenk für alle, die noch am Suchen sind. Kaffeegeschenkbox mit frisch gerösteten Kaffee aus dem Hause DEMMEL KAFFEE in Schaan.

DEMMEL KAFFEE

Landstrasse 85, Schaan, www.demmel.li

Flexibler einkaufen

Geschäfte dürfen eine Stunde früher öffnen

VADUZ – Der Einkauf kann hierzulande in Zukunft eine Stunde früher beginnen. Die Ladenöffnungszeit für Geschäfte und Kioske wird von 7 auf 6 Uhr vorverlegt.

• Holger Franke

Ladengeschäfte und Kioske können laut der von der Regierung abgeänderten Verordnung neu von Montag bis Freitag von 6 bis 21 Uhr und an Samstagen von 6 bis 17 Uhr offen halten. Kioske an Tankstellen können die Kundschaft werktags von 6 bis 22 Uhr bedienen, wie die Regierung gestern mitteilte.

Zustimmung nötig

Nach dem Arbeitsgesetz darf die betriebliche Tagesarbeit grundsätzlich nicht vor 6 Uhr beginnen und nicht länger als bis 23 Uhr dauern. Möchten Geschäfte aufgrund der neuen Regelung bereits um 6 Uhr öffnen, und ist es deshalb notwendig, dass Arbeitnehmende schon vor 6 Uhr ihre Arbeit aufnehmen, kann der Beginn der betrieblichen Tagesarbeit nach dem Arbeitsgesetz bis 5 Uhr vorverlegt werden. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Arbeitnehmervertretung im Betrieb oder, wo eine solche nicht besteht, die Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmer dem zustimmt.

Die betriebliche Tagesarbeit beträgt auch in diesem Falle höchstens 17 Stunden. Die Tagesarbeit des einzelnen Arbeitnehmers muss mit Einschluss der Pausen und der Überzeit innerhalb von 13 Stunden liegen.

Obergericht stützt Urteil

Brandstifter von Nendeln: Strafe bestätigt

VADUZ – Zweieinhalb Jahre Haft für den Brandstifter von Nendeln: Dieses Urteil bestätigte das Obergericht gestern.

Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen, aus rassistischen Motiven mindestens zwei Brandanschläge begangen zu haben. Das Kriminalgericht hatte ihn deshalb im Oktober zu zweieinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt; sowohl die Verteidigung des Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft legten gegen dieses Urteil jedoch Berufung ein.

Wie Radio Liechtenstein gestern meldete, hat das Obergericht das Urteil der ersten Instanz bestätigt. Die Staatsanwaltschaft habe angekündigt, das Strafmass zu akzeptieren. Dennoch sei nicht sicher, ob sich der Oberste Gerichtshof mit dieser Sache beschäftigen muss: Die Verteidigung des Beschuldigten habe sich Bedenkzeit erbeten.

Im Februar dieses Jahres hatte der Anschlag auf ein Kebab-Bistro in Nendeln für Aufsehen gesorgt, für welchen der Angeklagte verurteilt wurde. Ausserdem befand ihn das Gericht eines weiteren Brandanschlags vom November 2009 auf ein von Ausländern bewohntes Haus schuldig. (mh)


VOLKSBLATT
DIE TAGESZEITUNG FÜR LIECHTENSTEIN
NEWSMIX
Brandanschlag auf Kebap-Bistro in Nendeln

Das «Volksblatt» vom 26. 2. 2010.

WWW.VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

WWW.VATERLAND.LI
MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16
MITTWOCH, 15. DEZEMBER 2010 | NR. 285 | CHF 1.80



INLAND

Spenderorgane: Gleiche Chancen für Liechtensteiner und Schweizer. SEITE 3



SPORT

Die Skicrosserin Sarah Schädler muss sich schonen und sich weiter gedulden. SEITE 19

Caminos
RESTAURANT & TAPAS BAR
Städtle 29 9490 Vaduz Liechtenstein
Phone +423 231 21 20 info@caminos.li
www.caminos.li

Urteil gegen Brandstifter bestätigt

Vaduz. – Das Liechtensteiner Obergericht belässt gemäss Radio Liechtenstein das Urteil gegen den Brandstifter von Nendeln. Der 22-jährige Liechtensteiner soll Anfang Jahr mehrere Brandanschläge begangen haben. Er wurde im Oktober erstinstanzlich zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Sowohl der Staatsanwalt als auch die Verteidigung hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Obergericht hat nun weder dem einen noch dem anderen Antrag Folge geleistet, sondern das Urteil des Kriminalgerichts bestätigt. Ob sich nun der oberste Gerichtshof mit dem Fall befassen muss, steht noch nicht fest. Der Staatsanwalt jedenfalls verzichtet auf einen Weiterzug. *(bfs)*

Krawalle nach Berlusconi-Sieg

Rom. – Nach dem knappen Sieg des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi bei einem Misstrauensvotum ist es am Dienstag in verschiedenen Städten zu heftigen Protesten gekommen. Einige hundert Demonstranten lieferten sich im Zentrum von Rom Strassenschlachten mit der Polizei. Wie italienische Medien berichteten, setzten die Randalierer Fahrzeuge der Müllabfuhr und ein Auto der Finanzpolizei in Brand. Mindestens 90 Menschen wurden verletzt, mehrere davon ernsthaft. Unter den Verletzten befinden sich sowohl Demonstranten als auch Polizeibeamte. Ein von Demonstranten attackierter Polizist griff zur Dienstwaffe, um sich zu verteidigen.

SEITE 12

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3–9
Marktplatz	10
Blickpunkt	11
Ausland	12
TV-Programme	13
Boulevard	14
Sport	15–19
Kinderland	21
Senioren	22
Kultur	23, 24
Wirtschaft	25–27
Die Letzte	28

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li

9 771818 920002 30050

Sieben neue Steuerabkommen

Liechtenstein hat sieben neue OECD-konforme Steuerabkommen unter Dach und Fach. Die Abkommen mit Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Island, den Färöer-Inseln und Grönland sollen am Freitag unterzeichnet werden.

Von Günther Fritz

Vaduz. – Die Regierung hat am Dienstag die Steuerinformationsaustauschabkommen – Tax Information Exchange Agreements (TIEA) – mit den sieben nordischen Staaten und Jurisdiktionen genehmigt. «Wir sehen uns durch die Steuerabkommen in dem von uns eingeschlagenen Weg bestätigt. Liechtenstein schafft damit die nötige Basis für den künftigen Informationsaustausch», betonte Regierungschef Klaus Tschütscher gestern in Vaduz.



Hier kann von sogenannten TIEA-Plus gesprochen werden.

Clemens Laternser
Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung

Ohne Rückwirkung

Als Stolperstein bei den Verhandlungen mit den nordischen Staaten galt lange Zeit deren Forderung, die Steuerabkommen mit rückwirkender Anwendung auszugestalten. Das bestätigte gestern Katja Gey, Koordinatorin der Regierung für internationale Finanzplatz- und Steuerverhandlungen, auf Anfrage des «Liechtensteiner Vaterlands: «Die Frage der rückwirkenden Anwendung war einer der zentralen und kritischen Punkte in den Verhandlungen. Wir konnten unsere Verhandlungspartner von unserer Position überzeugen. Die Abkommen gelten mit Bezug auf künftige Steuerjahre, das heisst ab dem Steuerjahr 2011.»

Keine steuerliche Diskriminierung

Der Abschluss dieser Informationsaustauschabkommen (TIEA) sei im Einklang mit der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 sowie mit der von der Regierung beschlossenen Abkommensstrategie erfolgt, heisst es in einer Presseaussendung der Regierung. In einer Gemeinsamen Erklärung mit den EWR-Mitgliedsstaaten Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen und Island werde die Geltung und Anwendung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung bestätigt und explizit verankert. Damit dürfen liechtensteinische Personen und Unternehmen in Übereinstimmung mit dem europäischen Recht künftig nicht mehr diskriminiert werden. «Es ist für uns sehr wichtig, dass der Finanzplatz Liechtenstein im Vergleich mit anderen Finanzzentren keine nicht zu rechtfertigenden Wettbewerbsnachteile erfährt und damit steuerliche Diskriminierungen in Zukunft ausgeschlossen werden», erklärte Regierungschef Klaus Tschütscher gestern in Vaduz. «Damit schaffen wir zukunftsfähige Rahmenbedingungen für unseren Finanzplatz und Rechtssicherheit für Kunden und auch für unsere Abkommenspartner», so der Regierungschef weiter.



Regierungschef Klaus Tschütscher: «Es ist für uns sehr wichtig, dass steuerliche Diskriminierungen in Zukunft ausgeschlossen werden.» Bild Archiv

Als TIEA-Plus zu begrüssen

Die liechtensteinischen Treuhänder finden es grundsätzlich nicht ideal, wenn reine Steuerinformationsabkommen abgeschlossen werden. «Hier kann aber von sogenannten TIEA-Plus gesprochen werden, da darin offenbar geregelt wird, dass Liechtenstein von diesen Staaten aus steuerlichen Gründen nicht mehr diskriminiert wird. In Anbetracht dieses Umstandes befürworten wir den Abschluss dieser TIEA», sagte Clemens Laternser, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung, gestern auf Anfrage des «Liechtensteiner Vaterlands». Auch der Liechtensteinische Bankenverband begrüsst diese neuen Abkommen mit den nordischen Staaten. «Dies im Lichte dessen, dass das internationale Netzwerk weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit weiter vertieft wird», sagte Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbandes.

Förderlich für die Reputation

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) bewertet die OECD-konformen Steuerabkommen mit sieben nordischen Ländern «als positiven Schritt für Liechtensteins Wirtschaft». Dazu LIHK-Geschäftsführer Josef Beck: «Die neuen Abkommen werden die Beziehungen zu den Abkommens-Staaten vertiefen und die Rechtssicherheit im Geschäftsverkehr erhöhen.»

Für Matthias Voigt, den Präsidenten des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes, ist das «im Grundsatz die Fortsetzung der eingeschlagenen Politik der Regierung seit der Liechtenstein-Erklärung». «Wir sehen diese Entwicklung als durchaus positiv an, zumal hier nunmehr eine gewisse europäische Kontinuität gegeben ist, was hinsichtlich der internationalen Reputation Liechtensteins förderlich sein sollte», betonte Matthias Voigt im «Vaterland»-Gespräch.

SEITE 5

Büchel und Vogt sind Sportler des Jahres

Die Würfel sind gefallen. Skirennläufer Marco Büchel, Tennishoffnung Stephanie Vogt und das Fussballteam des FC Vaduz holten die Titel als Sportler des Jahres 2010.

Von Ernst Hasler

Allgemein. – Im gut besuchten SAL in Schaan zog sich die Entscheidung, wer die diesjährigen Sport-Asse sind, bis nach 22 Uhr hin. Während des abwechslungsreichen Programms sind zudem die abgetretenen Sportler Marco Büchel und Markus Hasler (Langlauf) verabschiedet worden. Schauspieler Andy Konrad gab als Sportfan einen Einblick in die Sportszene. Marco Büchel holte den Titel als Sportler des Jahres zum achten Mal. Stephanie Vogt holte sich die Auszeichnung nach 2007 zum zweiten Mal. Der FC Vaduz ist ebenfalls zum zweiten Mal als Mannschaft des Jahres ausgezeichnet worden. SEITEN 15 UND 16



Der Favorit setzte sich durch: LSV-Präsident Andy Wenzel (l.) und Sportminister Hugo Quaderer (r.) gratulierten Marco Büchel gestern zu seinem achten Titel als Sportler des Jahres. Bild Eddy Risch

DEUTSCHKURSE

Kostenlose Kursberatung

VADUZ – Zu Beginn eines jeden Semesters bietet die Erwachsenenbildung eine kostenlose Kursberatung an, um bei der Auswahl des richtigen Deutschkurses und der richtigen Kursstufe behilflich zu sein. Es besteht die Möglichkeit, Einstufungstests zu schreiben und mit der Deutschlehrerin Andrea Borer persönlich zu sprechen. Die kostenlose Kursberatung für Deutschkurse findet am Montag, den 10. Januar, von 19 bis 20.30 Uhr im Schulzentrum Mühleholz 2 in Vaduz statt. (pd)

Deutsch Mittelstufe – Niveau B1

VADUZ – In diesem Deutschkurs festigen und erweitern die Teilnehmenden in angenehmer, positiver Lernatmosphäre ihr Wissen. Dabei werden wichtige Redewendungen für Beruf und Alltag in vielfältigen Lernaktivitäten mündlich und schriftlich trainiert, der Wortschatz wird themenspezifisch erweitert und neue Grammatikstrukturen werden praktisch eingesetzt. Der Kurs 357 unter der Leitung von Andrea Borer beginnt am Dienstag, den 11. Januar, um 18 Uhr und findet an 22 Abenden zu je eineinhalb Stunden jeweils dienstags und donnerstags im Schulzentrum Mühleholz 2 in Vaduz statt. Mit Voranmeldung. Anmeldung und Auskunft: Telefon 232 48 22 oder per E-Mail info@steinegerta.li. (pd)

Deutschprüfung B2

VADUZ – Am Freitag, den 25. Februar, findet ab 15 Uhr die Deutschprüfung B2 im Vereinshaus in Vaduz statt. Anmeldeschluss zu dieser Prüfung ist der 14. Januar 2011. Anmeldung und Auskunft: Tel. 232 48 22 oder per E-Mail info@steinegerta.li. (pd)


FOTO PAUL TRUMMER

Einladung Die Regierung lud gestern liechtensteinische Medienvertreter zum Jahresabschluss ein. Auf dem Programm stand ein Mittagessen im Restaurant Löwen in Vaduz. Für die Regierung waren Regierungschef Klaus Tschütscher und Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer anwesend.

In einer kleinen Ansprache dankte Klaus Tschütscher den Anwesenden für ihre Arbeit und die konstruktive genauso wie die kritische Berichterstattung über die Arbeit der Regierung. Er verwies darauf, dass Liechtenstein mit 2011 ein historisches Jahr bevorstehe. (mh)

«Zuflucht auf Raten» besucht

RUGGELL – Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt waren in diesem Jahr zentrale Arbeitsschwerpunkte der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung. Ein Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) wurde erarbeitet, Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt und die Kampagne «Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt» lanciert. Am Dienstagabend besuchte zum Jahresabschluss Regierungsrat Hugo Quaderer mit den Mitgliedern der Gewaltschutzkommission die Ausstellung «Zuflucht auf Raten. Liechtenstein und die Juden» im Küefer-Martys-Huus in Ruggell. Die Ausstellung verdeutlicht eindrücklich das menschliche Leid und die gesellschaftliche Zerreissprobe, die Antisemitismus, Fremdenhass und Intoleranz in der jüngeren Geschichte unseres Landes zeitigten. (lpfl)


FOTO ZVG

Regierungsrat Hugo Quaderer und die Mitglieder der Gewaltschutzkommission (GSK) haben die Ausstellung «Zuflucht auf Raten» besucht.

ANZEIGE

ERWACHSENENBILDUNG

Computer-Kennenlernkurs für Hausfrauen, Hausmänner und Senioren
«Jetzt will ich auch mitreden können!» Praxisorientiertes Lernen und ein Einstieg in die Welt des Computers, sodass man Freude daran hat. Kein technischer Schnickschnack, sondern bedürfnisnah. Nach diesem Kurs können die Teilnehmenden den Computer bedienen, Briefe schreiben, drucken und einfache Probleme beheben. Kurs 341 unter der Leitung von Claudio Jäger beginnt am Montag, 17. Januar, um 13.30 Uhr und findet an drei Montagnachmittagen zu je zweieinhalb Stunden in der Kunstschule Liechtenstein in Nendeln statt. Mit Voranmeldung.

Adobe Photoshop CS4/CS5 – Aufbaukurs
Professionelles Arbeiten und maximale Ausreizung von Photoshop stehen im Mittelpunkt dieser Schulung. Die Teilnehmenden sind nach dem Kurs in der Lage, nicht nur die Werkzeuge und die wichtigsten Funktionen von Photoshop in alltäglichen Arbeiten anwenden zu können, sondern erhalten auch Tipps und Tricks für aufwendigere oder schwierigere Aufgaben der Bildbearbeitung sowie des Composings. Kurs 504 unter der Leitung von Manuela Gritsch beginnt am Donnerstag, 20. Januar, um 19 Uhr und findet an vier Donnerstagabenden zu je zweieinhalb Stunden in der Kunstschule Liechtenstein in Nendeln statt. Mit Voranmeldung.

Archivierung von Vereinsunterlagen
In diesem Kurs wird interessierten Vertretern von Vereinen gezeigt, welche Möglichkeiten es gibt, ein Archiv aufzubauen, wie es erschlossen und gepflegt werden soll und nicht zuletzt auch, wo Vereinsarchive sicher verwahrt werden können. Die Teilnehmenden lernen praktische Tipps, wie Dokumente (auch elektronische) zur Geschichte ihres Vereins erhalten und geordnet werden können. Kurs 212 unter der Leitung des Staatsarchivars Paul Vogt beginnt am Montag, 10. Januar, um 18 Uhr und findet an zwei Montagabenden zu je eineinhalb Stunden im Seminarraum des Landesarchivs in Vaduz statt. Mit Voranmeldung.

Deutsch für Fremdsprachige
Ab dem 11. Januar beginnen die Deutschkurse für Fremdsprachige: Mittelstufe, Niveau B1 (Kurs 356), Dienstag, 11. Januar, 9 Uhr; Deutsch Mittestufe, Niveau B1 (Kurs 357), Dienstag, 11. Januar, 18 Uhr; Deutsch Grundstufe, Niveau A1+ (Kurs 358), Dienstag, 11. Januar, 19.45 Uhr; Deutsch Mittelstufe, Niveau B2 (Kurs 359), Mittwoch, 12. Januar, 8.30 Uhr; Deutsch Mittelstufe, Niveau B2+ (Kurs 360), Mittwoch, 12. Januar, 18 Uhr; Deutsch Grundstufe, Niveau A2+ (Kurs 361), Mittwoch, 12. Januar, 19.45 Uhr; Deutsch Grundstufe, Niveau A2 (Kurs 362), Donnerstag, 13. Januar, 8.30 Uhr. Bis auf die Kurse 358, 359 und 362 (Vereinshaus, Vaduz) finden alle Kurse im Schulzentrum Mühleholz 2 in Vaduz statt, jeweils mit Andrea Borer. Mit Voranmeldung. Weitere Informationen und Anmeldungen beim Seminarzentrum Stein Egerta. *(pd)*

Anmeldung/Auskunft: Erwachsenenbildung Stein Egerta, Schaan, Tel. +423 232 48 22, E-Mail: info@steinegerta.li

WORLD SKILLS

Hochmotivierte Polymechaniker

Ende November erfolgte die Ausscheidung im Beruf Polymechaniker. Die drei hochmotivierten Teilnehmer Ilir Ajgeraj, David Alpiger und Richard Vogt stellten sich der Herausforderung.



Bewiesen in der Vorausscheidung ihr Können: Die Polymechaniker Ilir Ajgeraj, David Alpiger und Richard Vogt (v. l.). Bild pd

Die Wettbewerbsaufgabe der Polymechaniker dauerte insgesamt 22 Stunden und war aufgeteilt in zwei Bereiche. 16 Stunden konnten für die Herstellung von Einzelteilen durch Drehen, Fräsen und Bohren aufgewendet werden, weitere sechs Stunden für die Automation des gesamten Projekts. Arnold Keller und Marco Frick (beide OC Oerlikon) ermittelten Ilir Ajgeraj als Sieger. Somit ist er für die bevorstehende intensive Trainingsphase nominiert. David Alpiger erreichte den zweiten und Richard Vogt den dritten Rang. Alle Kandidaten verfügen über ein hohes Fachwissen, welches sie bei der Erstellung der anspruchsvollen Wettbewerbsaufgabe bewiesen haben. Der Weg zum Weltmeister ist herausfordernd, und es gibt noch Optimierungspotenzial. Die Organisation und Durchführung der Vorausscheidung übernahm der langjährige Experte Arnold Keller von der Firma OC Oerlikon in Balzers.

Vorausscheidungen in drei Berufen
In den vergangenen Monaten haben Vorausscheidungen in den Berufen Polymechaniker, Möbelschreiner und CNC-Fräser stattgefunden. «worldskills Liechtenstein» gratuliert Sandro Ospelt (Hilti AG), Ilir Ajgeraj (OC Oerlikon) und Benjamin Vetsch (Müller AG, Mauren) zur Aufnahme ins Team für die Berufsweltmeisterschaften 2011 in London. Der grossartige Wettkampfgeist der Herausforderer Claudio Beck, Mike Looser, Richard Vogt und David Alpiger ist ein Gewinn für alle Teilnehmenden und «worldskills Liechtenstein». Die Organisation wünscht allen viel Erfolg für ihre weitere Berufslaufbahn. *(pd)*

worldskills Liechtenstein, Postplatz 2, Postfach 22, 9494 Schaan, www.worldskills.li

HAUS GUTENBERG

Kraft-Voll Mann sein in bewegten Zeiten
Zen-Meditation und Vital-Training für Männer mit Zen-Lehrer und Coach Patrick R. Afchain. Sechs Abende für Männer, um mit sich selber in Kontakt treten, Kraft zu schöpfen und Ausgeglichenheit zu finden.
Jeweils mittwochs 12. Januar, 9. Februar, 9. März, 13. April, 11. Mai und 15. Juni 2011, jeweils von 19 bis 22 Uhr

Ein Buch mit 7 Siegeln
Dreieinhalb-tausend Jahres alt und aktuell wie damals: die Texte der Bibel. Wir lesen in der Bibel, vertiefen unsere Kenntnisse und versuchen aus der Bibel zu leben. An der Eröffnungsrunde werden weitere Termine abgemacht. Leitung: Salettinerpater Walter Sieber.
Ab Mittwoch, 19. Januar 2011, 19.30 Uhr

Der Koran – auch eine heilige Schrift
Auch sie glauben an einen Gott. – Das tun wir Christen auch. Auch sie beten zu Gott. – Das tun wir auch. Auch sie leben nach Gottes Gebot. – Was unterscheidet uns? Ein gemeinsamer Austausch in ihrer Moschee. Leitung: Salettinerpater Walter Sieber.
Donnerstag, 27. Januar 2011, 19 Uhr, Besammlung in der Industriestrasse 32, Triesen, vor der «Grünen Moschee»

Dem Geheimnis auf der Spur
Geniessen Sie mit ihrem Erstkommunion-Kind einen wohltuenden Tag zum Verweilen, für Kreatives, Besinnliches, draussen in der Natur, für Geschichten, für Gespräche, Lieder, Bilder und Gebete. Schenken sie ihrem Erstkommunion-Kind (und sich selber) diese spezielle Zeit zum Zusammensein mit Ihnen als Papa, Mama, als Grosi oder Neni, als Götti oder Gotta. Leitung: Katechetin Christel Kaufmann.
Samstag, 29. Januar 2011, 9 bis 16 Uhr

«Wort des lebendigen Gottes» – Lektorenkurs
Neben der Grundkenntnis der Sprachtechnik vermitteln Prof. Markus Studhalter und Salettinerpater Walter Sieber im Kurs für Lektorinnen und Lektoren auch einen Zugang zur heiligen Schrift der Bibel.
Samstag, 5. Februar, 14 Uhr bis Sonntag, 6. Februar, 16 Uhr

Das heitere Enneagramm
Das Enneagramm ist eine Typenlehre, die sowohl in der Psychologie wie in der Spiritualität in den letzten Jahrzehnten Anerkennung und Verbreitung gefunden hat. Diese Sichtweise bringt eine überraschende Orientierung für den Alltag, zugleich weist sie Wege auf, wie wir einfühlsamer auf Mitmenschen eingehen und zugleich unsere eigene Position klarer darstellen können. Leitung: Salettinerpater Ludwig Zink
Freitag, 11. Februar 2011, 10 bis 16 Uhr

Hochsensibilität – Sensible Partnerschaften
Hochsensible Menschen haben oft einen hohen Anspruch an ihre Partnerschaften. Ziel des Seminars ist es, die Selbstkompetenz zu steigern und Wege aufzuzeigen, zu einer erfüllenden Partnerschaft zu finden. Leitung: Brigitte Schorr
Freitag, 18. Februar, 19 bis 21 Uhr und Samstag, 19. Februar 2011, von 9 bis 16 Uhr

Anmeldungen und Auskünfte:
Haus Gutenberg, 9496 Balzers
Tel. +423 388 11 33
gutenberg@haus-gutenberg.li
www.haus-gutenberg.li

Unterstützen – Fördern – Helfen
Verein Freunde des Hauses Gutenberg
Informationen erhalten Sie beim Verein Freunde des Hauses Gutenberg
Taleze 15, 9496 Balzers, Telefon +423 384 23 01



Gemeinsamer Ausstellungsbesuch

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt waren in diesem Jahr zentrale Arbeitsschwerpunkte der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung. Ein Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) wurde erarbeitet, Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt und die Kampagne «Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt» lanciert. Am Dienstagabend besuchte zum Jahresabschluss Regierungsrat Hugo Quaderer mit den Mitgliedern der Gewaltschutzkommission die Ausstellung «Zuflucht auf Raten. Liechtenstein und die Juden» im Küefer-Martis-Huus in Ruggell. Die Ausstellung verdeutlicht eindrücklich das menschliche Leid und die gesellschaftliche Zerreissprobe, die Antisemitismus, Fremdenhass und Intoleranz in der jüngeren Geschichte des Landes zeitigten. Text/Bild lpfl



Jahresabschlussturnier

Die Schüler verbrachten den letzten Schultag des Jahres beim schon zur Tradition gewordenen Jahresabschlussturnier in der Reschhalle Schaan. Dabei spielten sie in kleinen Gruppen und versuchten sich in Unihockey, Volleyball sowie Fuss- oder Handball. Beim Turnier während des Vormittags wurde Wert auf Spass und Fairplay gelegt. Neben den vielen aktiven Schülern mischten sich auch Ehemalige unter das Publikum und unterstützten teilweise ihre Nachfolger in sportlicher Hinsicht. In den Spielpausen konnten sich die Jugendlichen im Foyer der Reschhalle verpflegen oder ihre Kollegen lautstark anfeuern. Am Ende des Turniers fand zum ersten Mal erfolgreich ein Schüler-Lehrer-Match im Handball statt, welches auf allen Seiten auf Anklang stiess. Nach der Siegerehrung mit «schokoladigen» Preisen begannen für Schüler sowie Lehrpersonen die Weihnachtsferien. Text/Bild pd

ANHANG 2

zu

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Dokumente von Online-Diensten

Berichte

Meldungen

Foren

Liechtensteiner Volksblatt Online

5.3.2009

RUGGELL - Im Jugendtreff «No Limit» in Ruggell bietet sich Jugendlichen heute (19.30 Uhr) die Möglichkeit, mit dem deutschen Rechtsextremismus-Experten Jan Raabe über Rechtsrock zu diskutieren.

Über Rechtsrock aufklären

Die Diskussionsrunde wird von der Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Ruggell und Schellenberg in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz organisiert. «In der Jugendarbeit sind wir immer wieder mit Jugendlichen konfrontiert, die rechte Musik auf dem Handy haben», sagt Jugendarbeiter Herbert Wilscher, «mit dem Diskussionsabend wollen wir die Jungen nicht mit Fakten erschlagen, sondern in einer lockeren Runde über Rechtsrock und Rechtsradikalismus aufklären.» Die Problematik, die im letzten Jahr nach den Ausschreitungen beim Oktoberfest in Mauren in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist, solle nicht wieder aus dem Bewusstsein verschwinden. «Auch wenn jetzt vielleicht länger nichts passiert, sind rechtsradikale Tendenzen in Liechtenstein da. Das soll den Menschen weiter bewusst sein», sagt Wilscher. Er sieht den Diskussionsabend als Beitrag zu einer Erziehungsarbeit, die das Ziel verfolgen soll, die Heranwachsenden vom Weg in den Rechtsradikalismus abzubringen.

Experte steht Rede und Antwort

Jan Raabe, der Gast in der Runde, ist Experte auf dem Gebiet des Rechtsextremismus und Coautor des vielbeachteten Buchs «RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategie». Der Diskussionsabend findet heute von 19.30 bis 21.30 Uhr im Jugendtreff «No Limit» in Ruggell statt. (leni)

SCHAAN - Der Deutsche Jan Raabe, Experte auf dem Gebiet des Rechtsextremismus, ist heute in Ruggell zu Gast. Mit dem «Volksblatt» sprach er vorab über den Boom des Rechtsrock.



«Volksblatt»: Geht es beim Rechtsrock überhaupt um die Musik?

Jan Raabe:

Also wenn die Musik gar nicht zum Musikgeschmack passt hört man sie nicht, das ist auch bei Rechten nicht anders. Allerdings kann man den Rechtsrock von heute nicht mehr allein auf den aus dem Punk entstandenen Rock reduzieren, heute gibt es auch Metal, Black-Metal, Hardcore, Liedermacher, SKA, teilweise sogar poppige oder gerappte Lieder im Rechtsrock.

Welchen Stellenwert haben die Liedtexte?

Die Texte sind natürlich wichtig, denn es ist der Inhalt, der gerade Hörer abseits des Mainstream dazu
bringt, genau diese Bands und diese
Lieder zu hören. Dabei muss nicht immer der konkrete Text des Liedes wichtig sein, teilweise reicht es, dass die Hörer wissen, dass es ein rechter Text ist. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen identifizieren sich oftmals mit den Texten und bringen damit ihre Meinung und Einstellung zum Ausdruck.

Inwiefern ist Jugendlichen, die diese Musik hören, bewusst, was sie eigentlich hören?

Den Jugendlichen ist fast immer klar, dass sie Musik mit rechten Texten hören, die ideologische Dimension überblicken sie nicht immer, das ist aber auch nicht wichtig. Für die

Funktion des Rechtsrock reicht es teilweise, auch nur die Parolen oder Fragmente mitzubekommen beziehungsweise aufzunehmen.

Besteht ein Zusammenhang mit Rechtsrock und rechter Politik?

Der Rechtsrock setzt an einer anderen Stelle an, als normale Politik, die sich in Gremien und Parteien abspielt. Rechtsrock wird auch von seinen Hörern nicht direkt als Politik wahrgenommen, sondern ist Teil des Alltags, der Strasse. Wer, vor allem unter Jugendlichen, liest schon ein Parteiprogramm? Musik hören sie alle. Wer in der Lage ist seine politischen Forderungen auf diesem Weg auszudrücken, der erreicht die Jugend und ihre Gefühle und Einstellungen leichter. Die extreme Rechte hat das teilweise viel Besser erkannt als andere Parteien. Es sind aber nicht nur der organisierte Bereich, der betrachtet werden muss, sondern auch die vielen Cliquen, die zwischen «wir raufen und saufen» und dem Selbstverständnis als Neonazis einzuordnen sind. Also das entstehen einer jugendkulturell geprägten Szene, die sich vor allem rund um den Rechtsrock konstituiert hat, und welche den Nachwuchs der extremen Rechten darstellt. Wenn ich mir die extreme Rechte bzw. den Neonazismus in der BRD betrachte, so war er bis Ende der 1980er ein Problem alter Leute, vor allem alter Männer. Heute sind es vor allem junge Menschen, die einen Grossteil der Aktivisten ausmacht. Diese Entwicklung hängt meines Erachtens direkt mit dem Boom des Rechtsrock zusammen.

Wie gesellschaftsfähig ist Rechtsrock?

Rechtsrock ist nicht zu betrach
ten, ohne einen Blick in die Gesamtgesellschaft
zu werfen. Nur wo Rassismus in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet ist, werden auch Jugendliche damit infiziert.

Was wollen Sie den Jugendlichen am Diskussionsabend in Sachen Rechtsrock vermitteln?

Es geht mir erst mal darum, ein Bewusstsein für die Wirkung und Bedeutung von Musik im Allgemeinen zu erzeugen. Musik hat gerade für junge Menschen eine hohe Bedeutung, sie drückt Gefühle und Stimmungen aus, bestärkt und tröstet. Musik vermittelt aber auch Wertvorstellungen und Ideologie. Mittels Rechtsrock hat die extreme Rechte einen Anschluss an die moderne Jugendkultur gefunden, darauf will ich aufmerksam machen. Ich will das Wechselspiel zwischen Jugendkultur und extrem rechter Politik aufzeigen und problematisieren.

[Zugriff: 26.8.2010]

Blick.ch

Bumm – und da lag ein Schafskopf vor dem Haus!

TRIESEN FL – Eine nächtliche Explosion erschüttert das liechtensteinische Triesen. Ein Briefkasten explodiert, und die Täter legen einen Schafskopf davor.

Gestern Abend, 22.30 Uhr an der Landstrasse in Triesen FL. Im der Santana-Bar sitzen noch eine Handvoll Gäste. Plötzlich gibts draussen einen lauten Knall.

Während die Gäste noch rätseln, ruft eine Serviceangestellte auf der BLICK-Redaktion an: «Bei uns ist eine Bombe hochgegangen», sagt die Frau. Sie dürfe das Lokal (siehe Karte) aber nicht verlassen.

Das hat die Polizei angeordnet, die der Explosion auf den Grund geht. Dazu werden auch die Ohrenzeugen im Santana befragt. Und der Tatort gefunden: ein Briefkasten vor dem benachbarten Einfamilienhaus.

Die Einzelteile des Briefkastens liegen in einem Radius von 20 Metern verstreut am Boden. Dazwischen liegt noch etwas: der abgeschnittene Kopf eines Schafs.

Laut der Santana-Angestellten wohnt im betroffenen Haus ein älteres Ehepaar. Die Landespolizei ermittelt. (dip)

10.9.2009

[Letzter Zugriff: 20.9.2010]

Liechtensteiner Vaterland online

11.9.2009

Briefkasten in Triesen explodiert und Tierkopf deponiert



Unbekannte sprengen in Triesen einen Briefkasten und hinterlegen einen Schafskopf. Die Polizei sucht Zeugen. Ein hinterleger Schafskopf ist in der Mafiasprache als eine ernste Warnung zu verstehen. (Symbolbild).
Eine gefährliche Explosion ereignete sich in der Nacht auf Donnerstag in Triesen. Es wurden keine Personen verletzt.

Durch eine unbekannte Täterschaft wurde gegen 22.30 Uhr an der Landstrasse in der Nähe der Bushaltestelle ‚Maschlina' ein Briefkasten gesprengt. Durch die starke Detonation wurden Metallteile des Briefkastens in einem Radius von 20 Meter verstreut, Personen wurden keine verletzt. Des Weiteren deponierte eine unbekannte Täterschaft den abgeschnittenen Kopf eines Schafes direkt vor den Briefkasten. Die Herkunft des Tierkopfes ist derzeit noch unbekannt.

Personen, welche Hinweise zu einer möglichen Täterschaft bzw. dem Schafskopf machen können oder welche in der letzten Nacht verdächtige Feststellungen im Bereich der Landstrasse/Aeulestrasse in Triesen gemacht haben, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter +423/ 236 71 11 in Verbindung zu setzen.

[Zugriff: 20.9.2010]

Liechtensteiner Volksblatt online

10.9.2009

Briefkasten explodiert - Tierkopf deponiert



TRIESEN - Eine gefährliche Explosion ereignete sich in der Nacht auf Donnerstag in Triesen. Durch eine unbekannte Täterschaft wurde gegen 22.30 Uhr an der Landstrasse in der Nähe der Bushaltestelle "Maschlina" ein Briefkasten gesprengt.

Keine verletzten Personen - Schafkopf niedergelegt

Durch die starke Detonation wurden Metallteile des Briefkastens in einem Radius von 20 Meter verstreut, Personen wurden keine verletzt. Des Weiteren deponierte eine unbekannte Täterschaft den abgeschnittenen Kopf eines Schafes direkt vor den Briefkasten. Die Herkunft des Tierkopfes ist derzeit noch unbekannt.

Polizei sucht Zeugen

Personen, welche Hinweise zu einer möglichen Täterschaft bzw. dem Schafskopf machen können oder welche in der letzten Nacht verdächtige Feststellungen im Bereich der Landstrasse/Aeulestrasse in Triesen gemacht haben, werden gebeten, sich mit der Landespolizei unter der Telefonnummer +423/ 236 71 11 in Verbindung zu setzen.
10.9.2009

[Letzter Zugriff: 20.9.2010]

Liechtensteiner Vaterland online

20.10.2009

Eschen: Rechtsradikale Symbole angebracht



In Eschen wurde ein Zaun mit rechtsradikalen Symbolen bemalt.

Eschen – Eine unbekannte Täterschaft beschädigte in Eschen einen Zaun und bemalte ihn mit rechtsradikalen Symbolen.

Mit Gewalt wurde der Holzzaun auf einer Länge von über 20 Metern beschädigt und mit einem Hakenkreuz versehen. Weitere Symbole wurden an einer Holztüre des in der Nähe liegenden Jugendtreffs angebracht.

20.10.2009 / 12:09 / lv

[Zugriff: 30.8.2010]

polit:zeit (www.sportzeit.li)

Rechtsextremismus in FL: Studie liegt vor

(02.11.2009 18:50)

(pafl) - **In den letzten Jahren ist es auch in Liechtenstein verschiedentlich zu Gewaltvorfällen gekommen, in die Angehörige der rechten Szene involviert waren. Die Vorfälle am Monsterkonzert 2004 in Schaan oder die Auseinandersetzungen am Oktoberfest 2008 in Mauren sind in schlechter Erinnerung geblieben.**

Darüber hinaus war in den letzten Jahren die Tendenz eines Erstarkens der Szene festzustellen, das sich in einem selbstbewussteren Auftreten von Szenenangehörigen in der Öffentlichkeit (z.B. Feste, Jahrmärkte usw.) äusserte. Die Regierung hat entsprechend reagiert und die Gewaltschutzkommission beauftragt, einen Massnahmenkatalog gegen rechte Gewalt zu erarbeiten. "Eine Monopolisierung des öffentlichen Raums durch die rechte Szene kann und darf nicht toleriert werden. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Regierung sind gefordert, gegen ideologisch motivierte Gewalt von rechts offensiv vorzugehen", betont der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer.

Beleuchtung des Phänomens "Rechtsextremismus"

Die Anregung des UN-Ausschusses zur Verhinderung von Rassendiskriminierung (CERD), sich mit den Hintergründe des Rechtsextremismus in Liechtenstein zu befassen, und der Wunsch nach konkreten Handlungskonzepten gegen rechts veranlasste die Regierung, eine Studie mit dem Titel "Rechtsextremismus in Liechtenstein" in Auftrag zu geben.

Ziel der soziologischen Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz war es, das soziale Phänomen "Rechtsextremismus" im liechtensteinischen Kontext zu beleuchten und die Motive und Beweggründe von rechts orientierten jungen Menschen zu eruieren.

Die Studie wurde in den Jahren 2008/09 durch das Forscherteam Professor Matthias Drilling und Myriam Eser Davolio von der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel durchgeführt und von der Gewaltschutzkommission fachlich begleitet.

Beruflich und sozial meist gut integriert

In einem Methoden-Mix führte das Forscherteam zur Datenerhebung Interviews mit Fachpersonen und Angehörigen der rechten Szene durch.
Im Sinne einer Kontextstudie untersuchten die Experten zwei Liechtensteiner Gemeinden. Als wesentliche Motive rechtsextremistischer Haltungen konnten ein starkes "Heimatgefühl", verbunden mit der Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren, festgestellt werden. "Die Mitglieder der rechten Szene sind im Unterschied zum Ausland beruflich und sozial meist gut integriert und haben nicht zwingend konkrete Erfahrungen sozialer Benachteiligung gemacht", so Kripo-Chef Jules Hoch, der Vorsitzende der Gewaltschutzkommission.

Empfehlungen und konkrete Massnahmen

Die Verfasser der Studie schlagen nunmehr aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse

konkrete Massnahmen vor. "Präventionsangebote sowie Aussteigehilfen sollen unabhängig vom Anlass und mit Einbezug der Eltern institutionalisiert angeboten werden. Die Experten von der Fachhochschule Nordwestschweiz schlagen unter anderem auch vor, die ämterübergreifende und interinstitutionelle Zusammenarbeit zu verstärken. Damit können Personen in der Verwaltung, Fachpersonen wie auch die ganze Zivilgesellschaft stärker für die Problematik sensibilisiert werden. Zudem wird die Melde- und Anzeigebereitschaft im Allgemeinen entsprechend erhöht", erläutert Jules Hoch.

"**Massnahmenkatalog" folgt**

Die Regierung hat die Gewaltschutzkommission beauftragt, die Empfehlungen des Forscherteams hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit in Liechtenstein zu evaluieren. Bis Ende März 2010 soll die Gewaltschutzkommission der Regierung einen auf der Studie basierenden geeigneten "Massnahmenkatalog" unterbreiten.

Die Studie "Rechtsextremismus in Liechtenstein" steht unter folgenden Internet-Adressen zum Herunterladen zur Verfügung:

- www.liechtenstein.li

- www.respect-bitte.li

- www.landespolizei.li

- www.llv.li (Ressort Inneres)

Kontakt: Landespolizei
Jules Hoch, Leiter Abteilung Kriminalpolizei T +423 236 78 70



Der Rechtsextremismus nimmt auch in Liechtenstein zu.

[Zugriff 23.8.2010]

Tagblatt.ch

Ostschweiz: 03. November 2009, 01:03

Liechtensteiner Neonazis sind gut integrierte Leute

Die rechtsextreme Szene Liechtensteins ist klein, aber selbstbewusst. Eine Studie versucht die Hintergründe des Rechtsextremismus zu beleuchten.

Günther Meier

Vaduz. Gewaltvorfälle wie beim Oktoberfest 2008 in Mauren, als sich Rechtsextreme eine Schlacht mit türkischen Jugendlichen lieferten, haben Liechtenstein zu verstehen gegeben, dass unverändert eine rechtsextreme Szene besteht. Die Polizei stellt gar eine Tendenz zur Erstarkung der rechten Szene fest. Anzeichen dafür sind nach Auskunft von Jules Hoch, Chef der Kriminalpolizei, das selbstbewusstere Auftreten bei Dorffesten und Jahrmärkten.

Die Polizei geht von einem harten Kern der rechtsextremen Szene von 30 bis 40 Mitgliedern aus, die namentlich bekannt sind. Der Kreis der Sympathisanten ist laut Jules Hoch schwer einzuschätzen, dürfte aber ein Mehrfaches der Kerngruppe betragen.

Starkes Heimatgefühl

Die Vorfälle mit Rechtsextremen sowie die Anregung des UNO-Ausschusses zur Verhinderung von Rassendiskriminierung (CERD), sich mit den Hintergründen des Rechtsextremismus zu befassen, bildeten den Anlass für die Regierung, eine Studie bei der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag zu geben. Die Studie gibt einen Einblick in die Beweggründe der jungen Menschen, sich der rechtsextremen Szene anzuschliessen. Als wesentliche Motive für die rechtsextremistischen Haltungen eruierte die Studie ein starkes Heimatgefühl, verbunden mit der Angst, dass die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung verloren gehen könnte. Im Unterschied zu Rechtsextremen im Ausland, stellt Kripochef Jules Hoch fest, hätten die liechtensteinischen Mitglieder der rechten Szene keine Erfahrungen mit sozialer Benachteiligung, vielmehr seien sie sozial und beruflich meist gut integriert.

Rechte Szene weiter präsent

Die Studie gelangt zum Schluss, dass Rechtsextremismus in Liechtenstein derzeit weniger massiv und sichtbar als vor einigen Jahren in Erscheinung trete. Weil es aber in unregelmässigen Abständen zu Vorfällen mit Gewaltanwendung komme, könne davon ausgegangen werden, dass die rechte Szene keineswegs verschwinde. Generell wird eine sensible Wahrnehmung in Liechtenstein festgestellt, was den Rechtsextremismus betreffe, doch solange der Rechtsextremismus nicht in Gewalt münde, sehe die Bevölkerung wenig Präventions- und Interventionsbedarf.

Die Gewaltschutzkommission der Regierung, die den Auftrag erhalten hat, einen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung der rechten Szene auszuarbeiten, wird sich auch mit Vorsorgemassnahmen auseinandersetzen müssen. Konkret wurde bereits erwähnt, dass Aussteigehilfen unabhängig von Anlässen angeboten werden könnten.

[Zugriff: 30.8.2010]

VOL online

03. November 2009 07:40; **Akt:** 03.11.2009 07:42

"Rechte Jungs" im Fürstentum



Rechtsextreme sind in der Regel beruflich und sozial gut integrierte Leute - ©AP (Symbolbild)

Vaduz (FL) – 30 bis 40 gewaltbereite Personen sind bekannt. Der Großteil der Bevölkerung lehnt Extremisten ab. 27 Kommentare

Rechtsextreme in Liechtenstein sind in der Regel beruflich und sozial gut integrierte Leute. Dies zeigen die Ergebnisse der neuen, am Montag in Vaduz präsentierten Studie. Die Mitglieder der rechten Szene seien im Fürstentum, im Unterschied zu Neonazis in anderen Ländern, beruflich und sozial meist gut integriert, lautet eine Kernaussage der von der Fachhochschule Nordwestschweiz verfassten Studie.

Heimat und Identität

Zwei wesentliche Motive für rechtsextremistische Handlungen konnten festgestellt werden: Erstens ein starkes Heimatgefühl, zweitens die Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren. Ziel der Studie war es, den Rechtsextremismus im liechtensteinischen Umfeld zu beleuchten und die Motive und Beweggründe von politisch rechts orientierten jungen Menschen zu eruieren. Nicht untersucht wurde die zahlenmäßige Verbreitung der Neonazis.

Selbstbewusster

Die Liechtensteiner Polizei schätzt den harten Kern der rechten Szene im Fürstentum nach wie vor auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen. Die Zahl der Delikte hat zwar abgenommen. Die Szene ist aber laut Liechtensteiner Kripo- Chef Jules Hoch insoweit stärker geworden, als Rechtsradikale selbstbewusster auftreten als früher. Der Großteil der Liechtensteiner Bevölkerung lehnt den Rechtsextremismus ab. Festgestellt wurde jedoch auch eine ungenügende Reaktion seitens der Bevölkerung auf Vorfälle im Zusammenhang mit Rechtsradikalen. Die Regierung berät unter anderem darüber, Präventionsangebote und Aussteigehilfe für Rechtsradikale zu institutionalisieren.

[Zugriff: 27.8.2010]

Kommentare zum VOL Online-Beitrag „‘Rechte Jungs‘ im Fürstentum“ vom 3.11.2009

Es gibt 27 Beiträge zu diesem Thema

Kommentar von:Ivanverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 18:23
melden

Extremisten sind alle dumm....

....alle Extremisten sind zu verurteilen....die rechten, die linken und auch die religiösen....

Kommentar von:noname64verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 15:40
melden

raus mit diesem pack

fascho schweine

Kommentar von:THE_ICEMANverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 17:53
melden

Na Kümmel, schreibt dein Stift

schon BRAUN in Muttis frischgewaschener weisser Türkenfeinripp?

Kommentar von:bayer1verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 15:33
melden

Heute geht IHR aber wieder hart ins

Gericht mit meinen Freunden, haben die Jungs euch was getan? Sie sind es doch die den Alten Omas über die Strasse helfen oder die schweren Einkaufstüten nach hause tragen...zzzzhhhhhh

---

Kommentar von:queendeluxxeverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 12:35
melden

Ich finde,

dass diese Übertreibungen langsam peinlich werden. Gewaltbereit? Nur weil jemand einen Nationalstolz besitzt? Also wenn das nicht mehr erlaubt ist dann frage ich mich langsam wirklich, wo die sogenannte Meinungsfreiheit bleibt!!! Wenn ich im Radio oder im TV irgendwelche Berichte von "Politischen Extremisten" höre, dann großteils von den Linken. Die liefern sich Straßenschlachten ohne Ende und wenn mal eine Hand voll rechtsorientierter Bürger demonstriert, dann wird es gleich als Gefahr abgewertet. Die einzige Gefahr die

heutzutage von irgendwelchen Gruppierungen ausgeht ist eindeutig von den Linken und von den schon nahezu lächerlich-krankhaften "Religiösen".. Also liebe vol-Reporter, schreibt mal über etwas, das nicht schon so abgelutscht ist und zur Abwechslung vl auch mal interessant -.-

---

Kommentar von:skr1899verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 13:14
melden

....

Nur mal so zur Aufklärung....

Leute die mit 88 usw. durch die Gegend rennen und sich dadurch eindeutig zur Gesinnung und den Ideen eines gewissen Herrn aus Braunau bekennen, haben keine Nationalstolz sondern Rassenstolz, dass ist ein grosser Unterschied.

Denn diese Leute glauben an die Idee eines einzigen Grossen Reiches der weissen, arischen Rasse wo die Nationen wie sie heute bestehen keine Rolle spielen, sondern nur eine grosse Nation unter Germanischer Führung.

Und Leute die Stolz auf Oesterreich sind bzw, sich als Patrioten bezeichnen sollten sich eigentlich von dieser Ideologie distanzieren.....

Kommentar von:queendeluxxeverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 13:27
melden

Nationalstolz und Rassenstolz...

hat trotzdem nichts mit gewaltbereit zu tun sondern mit der persönlichen Einstellung, die meiner Meinung nach jedem selbst überlassen ist!

Kommentar von:skr1899verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 14:09
melden

....

Ich denke ich habe auch in keiner Weise jemandem Gewaltbereitschaft unterstellt in meinem Posting, sondern lediglich darauf hingewiesen dass Nationalstolz und das Bekenntnis zur Gesinnung des 3 Reiches nicht zusammenpassen.

Gewaltbereite und radikale sind leider in den meisten Gruppierungen zu finden egal ob Rechts, Links, Schwarz, Weiss usw.

Kommentar von:morgenroeteverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 10:48
melden

selbstbewußt auftreten?

warum, denn nicht? Es geht doch darum, dem medial abgesicherten Meinungsmonopol der Linken durch Argumente selbstsicher auch öffentlich zu begegnen! Gewaltbereit zu jeder Zeit sind die Linken; wer wirft mit Steinen und Molotowcocktails, wenn Rechte gewaltfrei demonstrieren wollen? Ja, wer denn? Die heutige Zeit erfordert einen breiten Meinungsaustausch - auch mit den sogenannten Rechten! Die "Linken Kolonnen" laufen für die Massenverblödung!

Kommentar von:asoanmurxverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 10:41
melden

klar auch zu rechts geht überhaupt nicht...

aber hier müssen sich die verantwortlichen politiker und sonstig möchtegern in der öfffentlichkeit stehender doch mal an der nase ziehen ihren faueln arsch aus den büros nehmen zu den burschen bewegen und bei einem bier auch über deren ängste und verwirrungen reden und auch ernst nehmen...und nicht immer andere aus der dritten reihe selber mit schlagstöcken bewaffnet hinschicken und selber heiße luft quatschen...sie sind es ja die von den rechtsextremen abgelehnt werden...und wir bezahlen die politik dafür dass was dagegen getan wird und ruhe im land herrscht...

aber wie früher in den kriegen ist der arsch in der hose auf dem hügel geblieben und hat jämmerlich zugesehen...wie sich die eigenen abmühen und fallen...

Kommentar von:DER_COOLEverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 09:33
melden

Kann den Jungs nichts negatives

abgewinnen, die gehen arbeiten und treffen sich danach auf ein, zwei Feierabendbierchen, wie wir hier halt auch! Brave rechtsschaffende Bevölkerung eben.

Kommentar von:xiiverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 10:25
melden

dir ist..

hoffentlich klar, dass 88 der neonazicode für heil hitler ist!?

Kommentar von:walter4verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 10:06
melden

ja das sind sicher alles ganz "nette"....

gehen alle arbeiten und trinken gelegentlich ein bier und sind halt für ein bisschen für die heimat.....

rechte sind keine patrioten sondern nationalisten, ich sage jetzt noch nicht faschisten, das wäre dann die nächste stufe.

ein patriot tritt emotional für seine heimat ein, er freut sich beispielsweise wenn ein österreichischer sportler einen bewerb gewinnt, er ist stolz darauf österreicher zu sein.....
im gegensatz dazu braucht ein nationalist um sich selbst definieren zu können immer ein feindbild, sei es von aussen oder von innen. das sind dann immer minderheiten, ethnischer oder anderer art (beispielsweise homosexuelle).
"rechte" mit 88 t-shirts sind keine patrioten und wenn du das gerne so verharmlosend darstellen möchtest bist du entweder uninformiert oder eben sympathisant - im ergebnis kommt es auf das gleiche heraus.....
Kommentar durch Userwertung ausgeblendet

Kommentar von:THE_ICEMANverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 15:29
melden

Muss ich jetzt mein 88 Tshirt,

meine 88ger Jacke und meine 4 Boxershotrs mit 88ger Aufdruck wegschmeissen, weil di mich sonst auch als uninformiert deklarieren könntest, derweil habe ich ja vielleicht mit der Szene gar nichts zu tun....

Kommentar von:walter4verfasste KommentareKommentierte Artikel04.11.2009 08:27
melden

vorschlag.....

die 88er jacke schenk einem 12jährigen, der kommt nicht in den verdacht es zu verstehen und die boxershorts, na ja würde ich halt nicht garade im schwimmbad tragen.....
und jetzt mal spass beiseite, ich glaube nicht dass man grundlos solche artikel gekauft hätte ohne damit etwas aussagen zu wollen. wenn ich einen 15jährigen pubertierenden damit sehe, der seinen vater ägern will, hat das ne andere qualität wie eine 25jährige "glatze" obwohl die intellektuell meist auch auf dem niveau eines 15jährigen sind, leider aber meist viel gefährlicher.....

Kommentar von:udalrichverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 12:39
melden

Moment...

Jetzt mal richtig:
Als rechts einzustufen sind wohl Patrioten, welche sich über ihr Heimatland freuen.
In die selbe Richtung gehen die Nationalisten, die stolz auf ihre Nation sind, aus der sie stammen. Am Beispiel der deutschen genommen, gibt es Deutsche in Rumänien, in Ungarn, in der Schweiz, auch echte Österreicher zählen dazu,...
Als rechtsextrem einzustufen sind die Faschisten.
Patrioten, sprich stolz auf ihre Heimat sind sie alle. Ein gravierender Punkt jedoch ist, daß beide erstgenannten Demokraten sind, die Nazis jedoch nicht.
Der Rassist hingegen möchte nur sein Land vor Fremden schützen. Er ist in allen Sparten zu finden, was nicht bedeutet, daß jeder rechte einer ist!

Daß Nationalisten zur eigenen Definition ein Feindbild brauchen, ist Blödsinn!!!
Eines sei klar, keiner hat seine Widersprecher besonders gern, aber deshalb hat man noch lange nichts gegen sie!

Du hast wohl von politischer Bildung auch keine Ahnung...!

Kommentar von:walter4verfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 14:59
melden

jetzt mal langsam....

wenn ich - in bezug auf den obigen beitrag von "rechten" gesprochen habe dann gab es dazu ein bild mit einen t-shirt 88 dazu. dass ich mit "rechtsstehend" hier keine leute gemeint habe, die mal knapp rechts der mitte wählen, ist wohl klar.
und wenn ich zwischen patriotismus und nationalismus unterschieden habe, so ist das meine meinung. dass ein erklärter nationalist nicht von sich aus zugibt, ein feindbild für seine identität zu benötigen, versteht sich von selbst. ich als linker unterstelle es ihm aber.
es steht dir frei anderer meinung zu sein als ich, dein abschlussatz über meine "politische bildung" halte ich für entbehrlich, ich möchte mich über deinen bildungsstand auch nicht weiter hier verbreiten.....

Kommentar von:Geierwalliverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 09:11
melden

dpool .....dan geh doch

es warten viele andere die in Liechtenstein gerne Arbeiten würden.....Ich bin schon 25Jahre in Liechtenstein und finds Heut noch super..

Kommentar von:dpoolverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 16:29
melden

Du wohnst ja auch in FL

und bist ja selbst schon zu einer Liechtensteinerin mutiert.

Aber wehe man macht in Österreich mal ein Witz über einen Liechtensteiner. Da ist dann der Nationalstolz sehr angegriffen, selbst aber die ganze Zeit über Schweizer, Deutsche und Österreicher maulen.
Das mit dem gehen überlege ich mir grad, man sagt die Schweizer sind da ein bisschen freundlicher.

Kommentar von:Mackarinhoverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 09:06
melden

"Rechte Jungs"

Na toll, wie hier mit diesem Titel die Sache verniedlicht wird. Ach, das sind doch nur "rechte Jungs", die sind doch ganz harmlos...

Und was die künstliche "Angst vor Überfremdung" bedeutet, die von verschiedensten Seiten geschürt wird, haben wir ja auch bei uns gesehen (25 Prozent).

Kommentar von:Katzenfuerstverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 09:21
melden

...

"Künstliche" Angst vor Überfremdung? Geh mal Wochentags zum Allgemeinarzt oder ins Krankenhaus. Geh mal am Samstag Nachmittag in den Messepark ... so viel zum Thema "künstlich" ... aber solange das Problem von den linken und gemäßigten Parteien tabuisiert und totgeschwiegen wird, werden die rechten eben zulegen.

Kommentar von:Mackarinhoverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 12:38
melden

Du hast ja Sorgen...

Und? Bist du von ihnen angepöbelt, überfallen oder bedroht worden? Haben diese "Fremden" dir, deinen Freunden oder Bekannten den Job weggenommen? Fühlst du dich allein schon durch ihre Anwesenheit eingeschränkt?
Ganz unabhängig der historischen Ursache des überdurchschnittlich höheren Anteils von Gästen aus dem Osten, ist es Tatsache, dass die Abwanderung mittlerweile höher als die Zuwanderung ist (es erscheint alle paar Jahre eine Statistik dazu). Einzig die Kollegen aus dem deutschen Nachbarland werden von Jahr zu Jahr mehr.
Wer angesichts unseres Lebens hier in Vorarlberg Angst vor Überfremdung hat, sollte sich auf einer einsamen Insel einbunkern oder sich im Keller verstecken. Wenn es in diesen Zeiten kein miteinder gibt, haben wir in Zukunft wirklich ein Problem.

Kommentar von:THE_ICEMANverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 15:23
melden

Wiso in Zukunft, das haben wir jetzt

schon, brauchst ja nur auf die Strasse rausgehen und dich mal umschauen oder umhören!!!

Kommentar von:phifiverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 13:47
melden

...

mag ja sein dass die abwanderung bereits größer als die zuwanderung ist, das problem sind inzwischen auch nicht mehr die zuwanderer sondern die kinder der zugewanderten die sich in keinster weise integrieren und/oder als österreicher leben wollen.

angepöbelt/ausgeraubt/vergewa ltigt etc. (im allg. "kulturell bereichert") werden immer mehr. dass diese delikte von überdurchschnittlich vielen kulturelle bereicherer passieren hat aber damit bestimmt nichts zu tun oder? verschließ schön weiter die augen vor der realität...

job wegnehmen? wenn sies nur würden... würde bedeuten sie wollen arbeiten. stattdessen leben sie lieber auf kosten eines sozialstaates den sie verachten. aber wenn du gerne für solche leute zahlst.. bitteschön, mach das. ist deine sache was du mit deinem geld anstellst.

ihr gutmenschlichen realitätsverweigerer seit die wahre katastrophe. toleranz gegenüber intoleranz praktiziert ihr tagtäglich und stempelt euch damit als nichts anderes als vaterlandsverräter ab.

Kommentar von:Katzenfuerstverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 13:35
melden

Tja ...

1. so ziemlich jeder der am Wochenende unterwegs ist wurde schon von Kulturbereicherern angepöbelt
2. Job wegnehmen? Die meisten von denen wollen ja keinen Job. Wenn man aus 'nem anatolischen Ziegendorf kommt und geringe Ansprüche hat lässt es sich hier von Sozialleistungen prächtig leben.
3. Bei den Wählern bis 30 ist eine Rechte Partei bereits die unangefochtene Nummer eins. Die Leute haben die Schnauze voll von arroganten, parasitären Migranten ... ob's dir nun passt oder nicht.

Kommentar von:dpoolverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 08:02
melden

Ich arbeite in Liechtenstein

Hier sind sogar die Österreicher Ausländer und werden auch teilweise so behandelt.

Kommentar von:Katzenfuerstverfasste KommentareKommentierte Artikel03.11.2009 08:24
melden

Naja ...

Als Österreicher bist du in Liechtenstein nunmal Ausländer. Was hast' denn erwartet?
Kommentar durch Userwertung ausgeblendet
Antworten

Liechtensteiner Volksblatt Online

3.11.2009

VADUZ - Die Vorfälle beim Oktoberfest vor einem Jahr in Mauren haben sie ins Bewusstsein der Liechtensteiner Bevölkerung gerückt: gewaltbereite Rechtsextremisten. Nun liegt hierzu eine Studie vor.



Sie fallen durch Gewalt und dumpfe Parolen auf. Vor einem Jahr marschierten etwa 20 Rechtsradikale aus Liechtenstein und der Schweiz mit Steinen und Stöcken bewaffneten beim Oktoberfest in Mauren auf und provozierten eine Massenschlägerei. Zwei Menschen, darunter ein Polizist, wurden schwer verletzt.

Derartige Gewaltakte zeigen, dass es wichtig ist, dem Phänomen des Rechtsextremismus in Liechtenstein auf die Schliche zu kommen. Auch der UN-Ausschuss zur Verhinderung von Rassendiskriminierung (CERD) hatte die liechtensteinische Regierung angeregt, sich näher mit den Hintergründen des Rechtsextremismus im Fürstentum zu befassen, weshalb sich die Hochschule für Soziale Arbeit (Fachhochschule Nordwestschweiz) unter der Leitung von Myriam Eser Davolio und Matthias Drilling an die Arbeit machte. Das Ergebnis stellte Innenminister Hugo Quaderer gestern im Rahmen einer Medienkonferenz vor.«Das Thema soll einerseits nicht verharmlost, andererseits aber auch nicht künstlich aufgebauscht werden», betont der Regierungsrat, «Rechtsextremismus ist in keinerlei Form zu tolerieren.»Denn eben diese Toleranz ist eine wichtige Grundlage für das Wirken der Rechten: «Es gibt keinen Rechtsextremismus ohne einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung», stellt Expertin Myriam Eser fest. In der Studie, die unter der Mitarbeit von internationalen Experten erstellt wurde, heisst es dazu: «Einem Grossteil der Bevölkerung wird eine ablehnende Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus attestiert; doch auf bestimmte Vorfälle bezogen wurden eine ungenügende Reaktion oder gar Solidaritätsbekundungen von Einzelpersonen mit rechtsextremistischen Aktivitäten bemängelt.»

Nährboden Bevölkerung

Deshalb sieht es Jules Hoch, Leiter der Kriminalpolizei und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, als wichtig an, die Bevölkerung zu sensibilisieren. Zumal die Rechtsradikalen des Fürstentums inmitten der Gesellschaft stehen. Diesen Schluss ziehen die Macher der Studie aus Gesprächen mit einem ehemaligen Mitglied der Liechtensteiner Neonazi-Szene, zwei Sympathisanten und einem aktiven Rechtsradikalen: «Die von uns befragten Rechtsextremen sind beruflich sowie sozial gut integriert. Und die Befragten gaben uns an, dass die berufliche und soziale Integration die rechtsextreme Szene insgesamt kennzeichne.»Somit unterscheidet sich der Rechtsextremismus fundamental von dem in vielen anderen Staaten, beispielsweise in Deutschland. Dort rekrutieren sich die braunen Horden meist aus Arbeitslosen und sozial Schwachen.

30 bis 40 Gewaltbereite

Die Liechtensteiner Polizei schätzt den harten Kern der rechten Szene im Fürstentum auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen. «Diese Zahl ist gemessen an der Grösse das Landes höher als in den meis-ten anderern Staaten», stellt Myriam Eser fest, «allerdings haben wir auch in Vorarlberg und der Ostschweiz verhältnismässig viele Rechtsradikale - weshalb es sich wohl um ein regionales Phänomen handelt.»Die Studie sieht zwei wesentliche Motive für dieses Verhalten: Erstens ein starkes Heimatgefühl, zweitens die Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren.

Gewaltschutzkommission

Nun ist es an der Gewaltschutzkommission (GSK), die richtigen Schlüsse aus der Studie zu ziehen und Gegenmassnahmen zu ergreifen: «Wir von der GSK haben sehr viel profitieren

können von der Studie. Wir haben nun die Aufgabe, bis Ende März einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten und der Regierung vorzulegen», sagt der Kripo-Chef, der fordert: «Die Politik muss sich klar positionieren.» Schliesslich sind es oftmals politische Debatten - beispielsweise über die Zuwanderung - die für viele Rechtsextreme zur Bestätigung ihrer Betätigung dienen.

[Zugriff: 26.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt online
Dienstag - 3. November 2009 | 13:21

Rund 40 Neonazis leben in Liechtenstein

VADUZ - Rechtsextreme in Liechtenstein sind in der Regel beruflich und sozial gut integrierte Leute. Dies zeigen die Ergebnisse der neuen, am Montag in Vaduz präsentierten Studie.
Die Mitglieder der rechten Szene seien in Liechtenstein im Unterschied zu Neonazis in anderen Ländern beruflich und sozial meist gut integriert und hätten nicht zwingend konkrete Erfahrungen sozialer Benachteiligung gemacht, lautet eine Kernaussage der von der Fachhochschule Nordwestschweiz verfassten Studie.
Zwei wesentliche Motive für rechtsextremistische Handlungen konnten festgestellt werden: Erstens ein starkes Heimatgefühl, zweitens die Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren.
Ziel der Studie war es, den Rechtsextremismus im liechtensteinischen Umfeld zu beleuchten und die Motive und Beweggründe von politisch rechts orientierten jungen Menschen zu eruieren. Nicht untersucht wurde die zahlenmässige Verbreitung der Neonazis.

30 bis 40 Neonazis als harter Kern

Die Liechtensteiner Polizei schätzt den harten Kern der rechten Szene im Fürstentum nach wie vor auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen. Ende der 1990er Jahre machten die Rechtsradikalen mit mehr Gewaltdelikten von sich reden als heute.
Die Zahl der Delikte hat zwar abgenommen. Die Szene ist aber laut dem Liechtensteiner Kripo-Chef Jules Hoch insoweit stärker geworden, als Rechtsradikale selbstbewusster auftreten als früher.
Der letzte grössere Vorfall war die Massenschlägerei letztes Jahr am Oktoberfest in Mauren mit zwei Schwerverletzten. Mehrere Dutzend Personen waren an der Keilerei zwischen Rechtsradikalen und türkischen Festbesuchern beteiligt. Angezettelt wurde sie von einer mit Steinen und Stöcken bewaffneten Gruppe von etwa 20 Rechtsradikalen aus Liechtenstein und der Schweiz.

Versteckte Sympathie

Der Grossteil der Liechtensteiner Bevölkerung lehnt den Rechtsextremismus ab. Festgestellt wurde jedoch auch eine ungenügende Reaktion seitens der Bevölkerung auf Vorfälle im Zusammenhang mit Rechtsradikalen.
Zum Teil gab es gar Solidaritätsbekundungen von Einzelpersonen mit rechtsextremistischen Aktivitäten. Erklärt werden solche Haltungen mit der in einem kleinen Land üblichen sozialen Nähe, die Personen hemmt, beim Vorfällen einzuschreiten oder sie anzuzeigen.
Eine Monopolisierung des öffentlichen Raums durch die rechte Szene will der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer nicht tolerieren. Die Regierung beauftragte die Gewaltschutzkommission, Empfehlungen der Studienverfasser auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen. Vorgeschlagen wurde unter anderem, Präventionsangebote und Aussteigehilfe für Rechtsradikale zu institutionalisieren.
Die Studie "Rechtsextremismus in Liechtenstein" steht unter folgenden Internet-Adressen zum Herunterladen zur Verfügung:
- www.liechtenstein.li
- www.respect-bitte.li
- www.landespolizei.li
- www.llv.li (Ressort Inneres)

Weitere Nachrichten für die Gemeinden: Vaduz, Schaan, Mauren

[Zugriff: 23.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt online
Dienstag - 3. November 2009 | 13:21

VADUZ - Mit dem Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) will die Regierung nun gegen den Rechtsextremismus angehen.
Die Gewaltschutzkommission legte am Donnerstag einen Massnahmenkatalog vor, um das Problem unter Kontrolle zu bringen. Jules Hoch, Kripochef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission Liechtensteins: «Die Illusion der rechten Szene, mit ihrer Ideologie und ihren Taten die Unterstützung der schweigenden Mehrheit in Liechtenstein zu haben und diese zu repräsentieren, soll als Selbsttäuschung entlarvt werden.»

Prominente gegen Rechts

Um das künftig zu verdeutlichen, sollen «Meinungsführer aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik» dafür gewonnen werden, die sich in aller Deutlichkeit vom rechten Gedankengut distanzieren. Der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer hofft auch, dass sich nicht nur Prominente gegen den braunen Sumpf aussprechen. Der Regierungsrat fordert vermehrt Zivilcourage ein: «Es braucht Meinungen aus der Bevölkerung.» Wichtig seien Bekenntnisse zu Toleranz, Meinungsfreiheit und Respekt. Quaderer betont, dass Respekt das Höchste sei, das man einem Menschen entgegenbringen könne. Wobei Quaderer in den vergangenen Monaten eine Veränderung in der Gesellschaft festgestellt haben will: «Ich glaube auch, das Problembewusstsein in der Bevölkerung ist ein anderes geworden.»
Der Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) beinhalten aber nicht nur «Sofortmassnahmen zu Sensibilisierung der Bevölkerung». Neben einer kontinuierlichen Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Vorfälle sowie dem Umgang mit diesem Phänomen sollen auch Angehörige und Bezugspersonen von rechtsextremen Personen ein «konkretes und fundiertes Beratungs- und Unterstützungsnetz» erhalten. Eine weitere MAX-Zielgruppe sind diejenigen, die sich beruflich mit den Neonazis auseinander setzen müssen, also «Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal». Schliesslich soll die konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei beibehalten werden», erklärt Hoch. Grundsätzlich sei es wichtig, Wege aufzuzeigen, um dem braunen Sumpf zu entfliehen: «Es ist sehr, sehr schwer, wenn man tief in der Szene drin ist, da wieder auszusteigen.»
Die Liechtensteiner Polizei schätzt den harten Kern der rechten Szene auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen. Viel Aufsehen erregt hatte im Oktober 2008 eine wilde Massenschlägerei am Oktoberfest in Mauren, bei der sich Rechtsradikale und türkische Festbesucher prügelten. Rassistisch motiviert dürfte der Vorfall vor einem Monat gewesen sein, als ein Kebap-Bistro in Nendeln durch Molotow-Cocktails verwüstet wurde. Es handelte sich um den zweiten Anschlag dieser Art innert dreier Monate. Bereits Ende November hatten Unbekannte Molotow-Cocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen.
Weitere Nachrichten für die Gemeinden: Vaduz, Mauren

[Zugriff 23.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt Online

4.11.2009

VADUZ - Rechtsradikale in Liechtenstein. Zu ihrem harten Kern zählen nach Polizeiangaben 30 bis 40 Personen. Was aber treibt sie um? Wie sind sie organisiert?
Bomberjacke, Springerstiefel, kahlgeschorener Schädel - in Liechtenstein ist dieses Auftreten des «typischen» Neonazis meist nicht mehr als ein Klischee: «Das Outfit ist nicht mehr so wie vor ein paar Jahren», erklärt Ludwig Frommelt vom Amt für Soziale Dienste, «sie wollen nicht mehr auffallen, sind in die Gesellschaft integriert.» Das Bild vom ständig prügelnden Skinhead ist obsolet: «Die Szene ist existent. Aber die Jungs schauen meist, dass sie nicht mehr unangenehm auffallen», beschreibt Frommelt, «es sind nicht mehr die rechten Schläger - das Bild stimmt nicht.» Die meist jugendlichen Rechtsextremen wollen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden: «Sie wollen nicht als Extremisten wahrgenommen werden, was ihnen meist auch sehr gut gelingt», sagt Frommelt. Dennoch warnt er, als Mitglied der Gewaltschutzkommission davor, die Neonazi-Szene zu verniedlichen: «Sie sind insgesamt nicht zu unterschätzen. Ein Teil der Szene ist immer wieder gewaltbereit.» Dafür spricht, dass es laut Polizeiangaben im Liechtenstein des Jahrs 2008 insgesamt «13 gewalttätige Vorkommnisse mit Beteiligung rechtsradikaler Jugendlicher» gab. Aber: «Ob die rechtsgerichteten Jugendlichen dabei immer die Auslöser waren, ist offen. Es geht nur darum, dass sie involviert waren.» Schliesslich sei Gewalt unter Jugendlichen nicht nur ein rechtsradikales Phänomen.Der spektakulärste dieser Vorfälle ereignete sich im September 2008 in Mauren, als etwa 20 Rechtsextremisten mit Stöcken und Steinen bewaffnet beim dortigen Oktoberfest zwei Menschen schwer verletzten. Die angreifenden Neonazis stammten aus Liechtenstein und der Schweiz.
Kontakte ins Umland
Diese Vernetzung über Ländergrenzen hinweg ist in der rechten Szene nicht ungewöhnlich. «Liechtensteiner werden immer wieder bei Veranstaltungen im Ausland von der Polizei erfasst, beispielsweise bei Konzerten.» So pflegt die liechtensteinische Neonazi-Szene vor allem Kontakte in die Schweiz, nach Süddeutschland, Österreich und Südtirol. Speziell mit Blick auf Vorarlberg ist eine Vernetzung der Gruppen feststellbar. Dort bilden nach Angaben der Sicherheitsdirektion etwa 20 bis 25 Personen den harten Kern der rechten Szene.Die Schätzungen des Politologen und Rechtsextremismus-Experten Franz Valandro hingegen liegen höher: «Es gibt die Wahrnehmung der Polizei, die normalerweise im Zusammenhang mit Straftaten steht. Und es gibt die Wahrnehmung von Sozialarbeitern. Wir haben einen harten Kern von 50 bis 60 Personen.»
Valandro hat in den vergangenen Jahren beobachtet, dass die Kontakte von Liechtensteins Rechtsextremen zu ihren Kollegen in Vor- arlberg nachgelassen haben: «Traditionell gab es immer eine enge Verknüpfung der Gruppen aus Liechtenstein und Vorarlberg. Vor allem, als die Vorarlberger Szene in den 1990er-Jahren und noch bis 2001 ihren Mittelpunkt in Feldkirch hatte. Seit sich das in den Raum Bregenz/Dornbirn verlagert hat, haben auch die Kontakte nachgelassen.»
Anknüpfungspunkt zwischen den Neonazis beider Länder sei «Blood and Honour». Über dieses Netzwerk werde von Vorarlberger Seite immer wieder der Versuch unternommen, Mitglieder aus Liechtenstein anzuwerben. An-sonsten sieht Valandro in der Region nur lose Organisationstrukturen: «Es wurde in der Vergangenheit versucht, auch die Liechtensteiner Szene in eine überregionale Organisation einzubinden, was aber nicht funktioniert hat.»
Die Szenen in der Region seien weniger hierarchisch aufgebaut als beispielsweise in Ostdeutschland oder Osteuropa. Auch eine echte Führerfigur existiere in der Region nicht. Valandro sieht obendrein klare Unterschiede in der Radikalität: «Es ist zwar auch in der

Szene der Bodenseeregion eine Gewaltbereitschaft vorhanden. Diese ist aber lange nicht so gross wie in vielen anderen Regionen Europas.»
Christian A. Koutecky
[Zugriff: 26.8.2010]

tagblatt.ch

Ostschweiz: 19. November 2009, 01:00

Unerwünschte Post von rechts

Eine «Völkische Erneuerungsbewegung» hat in Liechtenstein anonym Flugblätter verteilt. Die Urheber werden in rechten oder sogar rechtsextremen Kreisen vermutet.

Günther Meier

vaduz. «Zukunft statt Zerstörung» fordert ein Flugblatt, das in Liechtensteiner Briefkästen landete. Art der Darstellung und Wortlaut lassen vermuten, dass rechte oder rechtsextreme Kreise dafür verantwortlich sind. Angeprangert werden die «heutigen Missstände in unserer Gesellschaft» und zwischen den Zeilen schimmert die Ablehnung von Ausländern durch: «Probleme wie Jugend- und Ausländergewalt, Vandalismus, Respektlosigkeit gegenüber Mensch und Umwelt, aber auch Bevölkerungsrückgang und Integrationsprobleme durch das gescheiterte Ideal der Multikultur sind akuter denn je.»

An dieser Entwicklung seien nicht einzelne fehlgeleitete Individuen schuld, lautet die rechte Botschaft, sondern die Entwicklung der Gesellschaft mit der Abkehr von der natürlichen Identitätskette – Familie, Sippe, Stamm, Volk. Kritisiert wird die «Auslagerung der Kindererziehung an private oder staatliche Institutionen wie Kindertagesstätten und Ganztagsschulen», dafür aber Heimatkunde und Achtung von Vater und Mutter als Grundlagen liechtensteinischer Erziehung gelobt, die Förderung der eigenen Kultur und die Wahrung der Nation gefordert.

Sprayer nie gefasst

Staatsanwaltschaft und Polizei arbeiten daran, die Urheber des Flugblattes dingfest machen zu können. Der Erfolg dürfte wahrscheinlich ausbleiben, denn bisher liegen keine Hinweise vor, woher das Flugblatt stammt.

Mehr Erfolg hatten die Ermittler vor einigen Jahren, als Personen aus der bekannten rechtsradikalen Szene einen Laden betrieben, der Medien aus rechtsextremen Quellen vertrieb und in ausländischen Skinhead-Magazinen Inserate schaltete. 1999 konnte ein junger Liechtensteiner ermittelt werden, der im Internet eine Homepage von «Liechtensteinischen Ariern» aufgeschaltet hatte – mit Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoff, mit Nazi-Symbolen und Holocaust-Lügen. Zumeist aber tappen die Ermittler im dunkeln, weil die Flugblätter anonym erscheinen. Auch bei den verschiedenen Sprayereien der letzten Jahre konnten die Urheber nicht ausfindig gemacht werden.

Rechtsextreme «integriert»

Die anonymen Flugblätter der «Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein» und die jüngsten Schmierereien auf den Plakaten der Gleichstellungskommission, die zu Toleranz gegenüber Mitmenschen mit anderer sexueller Ausrichtung aufrief, bestätigen die Feststellung der Polizei, dass es in Liechtenstein eine rechtsextreme Szene gibt. Allerdings haben spektakuläre Auftritte von Skinheads, die wiederholt durch Schlägereien aufgefallen sind, in den letzten Jahren abgenommen.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie über Rechtsextremismus in Liechtenstein kam zum Schluss, dass es nur in unregelmässigen Abständen zu Vorfällen mit manifester Gewaltanwendung komme, womit sich die rechtsextreme Szene sporadisch in der Öffentlichkeit präsentiere. Das traditionelle Bild vom rechtsextremen Skinhead stimmt laut Studie nicht mehr: Die meisten Rechtsextremen seien beruflich wie sozial gut integriert.

1 Kommentare

Ist dieser Journi ein Anarchist?

von Freidenkender
21.11.2009
16:14 Uhr

Dieser Journi Günther Meier scheint ja ein gemeingefährliches Subjekt zu sein, wenn er Personen anfeindet, die offensichtliche Missstände in der heutigen Gesellschaft anprangern wie Jugend- und Ausländergewalt, Vandalismus, Respektlosigkeit, Integrationsprobleme und das gescheiterte Multi-Kulti-Modell. Was will denn dieser Anarchist namens Günther Meier? Kriminalität zum abwinken, überfüllte Knaste, dass man sich nachts nicht mehr auf die Strassen getraut, Vergewaltigungen en gros? Leben wir eigentlich in einer verkehrten Welt, muss man sich fragen, wenn derart elendigliche Journalisten so einen Dreckmist und Scheissdreck zu Papier bringen? Was soll daran schlecht sein, wenn sich Leute über derartige Missstände Sorgen machen? Dieser Journi Meier gehört unter Beobachtung des Staatsschutzes bzw der Bundeskriminalpolizei.

[Zugriff: 30.8.2010]

Liechtensteiner Vaterland online

24.11.2009

Nur 41 Prozent verurteilen anonyme Flugblätter



Stösst bei vielen Liechtensteinern auf Zustimmung: Flugblatt der «Völkischen Erneuerungsbewegung Liechtenstein».

Die rechtsgerichteten anonymen Flugblätter, die am vergangenen Wochenende in Liechtenstein verteilt wurden, stossen im Land offenbar auf Zustimmung bei vielen Personen.

Vaduz. - Gemäss einer nicht repräsentativen Online-Umfrage von «Vaterland Online» stossen sich 59 Prozent der Abstimmenden nicht an dem in dem Flugblatt verbreiteten rechten Gedankengut, das sich unter anderem gegen Ausländer und die entsprechende Politik der Landesregierung richtet. Das ergab eine Zwischenauswertung der Umfrage per Samstag, 21. November, 17 Uhr.

Lediglich 41 Prozent der Abstimmenden antworteten auf die Frage "Verurteilen Sie die anonyme ausländerkritische Flugblatt-Aktion vom vergangenen Wochenende?" mit "ja".

Die Zahlen basieren auf der Auswertung von 1005 Stimmen. Die Abstimmung auf Vaterland.li (rechte Spalte der Hauptseite unter Umfrage) läuft noch bis zum Montag, 23. November.

Die Landespolizei hatte Anzeige gegen die Urheber des anonymen Flugblatts erstattet. Allfällige Ermittlungsergebnisse wurden noch nicht bekanntgegeben. Das Flugblatt war in der Nacht auf vergangenen Samstag in verschiedenen Gemeinden in Liechtenstein in private Briefkästen geworfen worden. *(ak)*

[Zugriff: 26.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt Online

22.12.2009

Weihnachtsfrieden zwischen Schlägern

INLAND | Seite 3

VADUZ - Man sollte einen Skinhead nicht mit blöden Sprüchen provozieren. Besonders nicht, wenn dieser betrunken ist. Sonst riskiert man eine Faust auf die Nase und muss sich mit ihm vor Gericht wiedertreffen.

Eine Schlägerei bietet sich von vornherein als klassischer Fall für einen aussergerichtlichen Tatausgleich an. Der war vom Staatsanwalt ursprünglich auch angestrebt worden - allerdings ohne Erfolg, weil der Beschuldigte sich bei der dafür eingeschalteten Bewährungshilfe partout nicht melden wollte. Und so wurde gestern vor Gericht ein zweiter Anlauf genommen.

Betrunkene Provokationen

Vor Gericht ein 21-jähriger, gross gewachsener und breitschultrig gebauter Liechtensteiner. Die Frisur auf Stoppellänge rasiert, weisses Polo-Shirt mit schwarz-weiss-roten Streifen an Kragen und Ärmeln, Springerstiefel mit schwarzen Schnürsenkeln. Das klassische Outfit für einen so genannten «Oi»-Skin. Also nicht unbedingt von der rechtsradikalen politischen Sorte. Das sagte er auch zum Richter: «Wir sind nicht rechtsradikal. Wir tragen einfach diese Mode.» Aber provokativ sind das Outfit und die Erscheinung des jungen Mannes allemal. Zumindest für politisch anders Gesinnte.

So auch für jenen 32-jährigen Liechtensteiner, mit dem der Beschuldigte zweimal - im Januar und Februar dieses Jahres - tätlich aneinandergeraten war. Beide Mal frühmorgens in einem Café, das gerade fürs Frühstück geöffnet hatte und in dem die beiden letztlichen Kontrahenten jeweils nach einer durchzechten Nacht aufeinandertrafen. Es seien alle ziemlich betrunken gewesen, sagten der Beschuldigte, der Geschädigte und zwei bei den Vorfällen anwesende Kollegen des Beschuldigten vor Gericht. Und es begann mit einer Provokation seitens des Geschädigten draussen auf der Raucherterrasse des Cafés, als der 32-Jährige im Vorbeigehen zu dem 21-jährigen Skinhead - mit Blick auf sein Äusseres - sagte: «Dir hat deine Mama wohl als Kind zu wenig Liebe gegeben.» Mehr brauchte es nicht für einen handfesten Streit, der dann schliesslich in Tätlichkeiten überging. Beim zweiten Mal, am frühen Morgen des 8. Februar, allerdings heftiger als beim ersten Mal drei Wochen davor. Denn im Februar kassierte der 32-Jährige vom Beschuldigten einen so kräftigen Faustschlag ins Gesicht, dass seine Nase brach und operiert werden musste.

Opfer bietet Ausgleich an

Er wolle dennoch nicht, dass der Beschuldigte in so jungen Jahren einen Strafregistereintrag kassiere, sagte der Geschädigte vor Gericht. Der Richter bot dem 21-jährigen Beschuldigten daraufhin einen neuerlichen Tatausgleich an, den er nach einiger Überlegung annahm. Das Verfahren wurde gestoppt. Den Rest regelt die Bewährungshilfe.

[Zugriff: 30.8.2010]



Liechtenstein: Überdurchschnittlich viele Thor-Steinar-Kunden

Jan 12th, 2010
by eurorex.

Auf dem österreichischen Ableger des internationalen alternativen Medienportals Indymedia wurde am 12. Januar 2010 eine Auswertung der gehackten Kundendatenbank des Onlineshops des in rechtsextremen Kreisen beliebten Klamotten-Labels Thor Steinar für Liechtenstein gepostet. Der anonyme Autor unter dem Kürzel „mk“ schreibt dazu:

Erwähnenswert: im nur 35.000 Einwohner zählenden Liechtenstein gibt es ungefähr gleich viel Thor Steinar Kunden wie im 370.000 großen Vorarlberg…

Der Autor hofft, das Outing der Thor-Steinar-Kunden habe Konsequenzen und vielleicht nehme es sogar jemand zum Anlass, „aus der Szene auszusteigen“. Insgesamt verzeichnet er für Liechtenstein 32 Einträge. Seiner Zählung zufolge sind es für das österreichische Bundesland Vorarlberg nur 26.

Posted in: Liechtenstein.
Tagged: Thor Steinar

[Zugriff 23.08.2010]

Neo-Nazis in Liechtenstein verurteilt

05.02.2010 - 22:37 – APA/sda

In Liechtenstein sind am Freitag acht Rechtsradikale zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, darunter auch ein Österreicher. Ein mehrfach vorbestrafter 28-jähriger Liechtensteiner muss sieben Monate hinter Gitter, die anderen Angeklagten, sechs weitere Liechtensteiner und der Österreicher, wurden zu bedingten Haftstrafen zwischen drei und sechs Monaten verurteilt.

Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Das Gericht war zum Schluss gekommen, dass die von den Angeklagten gegründete Vereinigung "Amalek Liechtenstein" die Rassendiskriminierung fördere. In der Bibel wird Amalek als Enkel Esaus genannt, seine Nachkommen, die Amalekiter, als den Israeliten feindlich gesonnenes Volk.

(APA/sda)

[Zugriff: 30.8.2010]



Liechtenstein: Acht Neonazis zu Haftstrafen verurteilt

Feb 5th, 2010
by eurorex.

Das Schöffengericht Vaduz hat am heutigen Freitag, dem 05.02.2010, acht Neonazis zu Haftstrafen verurteilt. Es erkannte die Männer im Alter von 21 bis 28 Jahren für schuldig, mit der Gründung der Vereinigung „Amalek Liechtenstein“ die Rassendiskriminierung gefördert zu haben. Ein mehrfach vorbestrafter 28-jähriger Liechtensteiner wurde zu sieben Monaten Haft verurteilt. Die anderen sieben Angeklagten, darunter auch ein Österreicher, erhielten Freiheitsstrafen zwischen drei und sechs Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Die Namensgebung der erstmals 2007 in Erscheinung getretenen Gruppe geht auf die Bibel zurück. Die Nachkommen Amaleks, eines Enkels Esaus, werden dort als ein den Israeliten feindlich gesonnenes Volk genannt.

„Amalek Liechtenstein“ hatte im Industriegebiet des 5.000-Einwohner-Ortes Triesen ein Lokal betrieben, das unter anderem mit Bildern von Adolf Hitler, dessen Stellvertreter Rudolf Hess und anderen nazistischen Devotionalien dekoriert war. Aufgrund von Partys und Auftritten rechtsextremer Bands erlangte der Veranstaltungsort zwischenzeitlich überregionale Bedeutung für die Neonazi-Szene, was die Höhe der ausgesprochenen Strafe laut Medienberichten wesentlich beeinflusst haben soll.

[Zugriff: 24.8.2010]
http://www.20min.ch/news/ausland/story/Neonazis-mit-Schafskoepfen-und-Brandbomben-27938252

20minuten online

Liechtenstein sieht braun

03. März 2010 13:03; Akt: 03.03.2010 15:53

Neonazis mit Schafsköpfen und Brandbomben

Neonazis mit Schafsköpfen und Brandbomben

Im Fürstentum Liechtenstein ist die heile Welt aus den Fugen geraten. Rechstextreme Kreise gehen immer offener auf Ausländer los. Regierungsvertreter sehen «rechtsextreme Einstellungen bis tief in die Mitte der Gesellschaft in Liechtenstein».

Am letzten Freitag wurde ein Kebap-Bistro in Nendeln kurz vor der Eröffnung durch Molotow-Cocktails verwüstet. Es handelt sich um den zweiten Anschlag mit einfach herstellbaren Brandsätzen im gleichen Ort innert dreier Monate.


Es brodelt im Ländle(Bild: Keystone)

Ende November 2009 hatten Unbekannte Molotow-Cocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen. Hausbewohner konnten die Flammen löschen, bevor grösserer Schaden entstand.

Ein weiterer Anschlag ereignete sich vergangenen September in Triesen: Unbekannte sprengten den Briefkasten einer liechtensteinischen Familie und deponierten vor den Trümmern einen abgeschnittenen Schafskopf.

In allen Fällen fand die Polizei keine Hinweise auf die Täterschaft, wie Sprecherin Tina Enz der Nachrichtenagentur SDA sagte. Daher könne man weder eine Verbindung zwischen den drei Fällen noch eine zu rechtsextremen Kreisen bestätigen.

Rechtsradikale Straftaten

Der Verdacht auf rechtsradikale Täter ist laut der Tageszeitung «Liechtensteiner Volksblatt» zumindest beim ausgebrannten Kebap- Bistro naheliegend. Die Tendenz zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund und zur Diskriminierung von Minderheiten sei unverkennbar, so die Zeitung.

Erst vor zwei Wochen schlug ein Jugendlicher in einem öffentlichen Bus einem türkischen Schüler ohne ersichtlichen Grund eine Bierflasche auf den Kopf. Auch zirkulieren im «Ländle» Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt. Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, wurden zerstört.

«Man darf es nicht unter den Tisch kehren. Es gibt Rechtsradikale in Liechtenstein», so Polizeisprecherin Enz. Die Landespolizei habe Kenntnis von Angehörigen der rechten Szene, die aus verschiedenen Gemeinden stammten.

Der schwerwiegendste Zwischenfall liegt fast anderthalb Jahre zurück. Am Oktoberfest 2008 in Mauren zettelten Neonazis aus Liechtenstein und der Schweiz eine Massenschlägerei mit türkischen Jugendlichen an. Zurück blieben zwei Schwerverletzte.

Mut und Zivilcourage sind nötig

Trotz der spektakulären Vorfälle der letzten Monate hätten Rechtsradikale 2009 weniger Straftaten begangen, so die Polizei. Bei der Jugendgewalt insgesamt gab es zwar einen Anstieg, der aber vor allem auf die zahlreichen Einbruchdiebstähle einer einzelnen Gruppe zurückzuführen war.

Der jüngste Vorfall mit dem Anschlag auf das Bistro in Nendeln ist auch in der Regierung ein Thema. Regierungsrat Hugo Quaderer sagte am Mittwoch in Vaduz, er verurteile solche Vorfälle aufs Schärfste. Sie seien absolut nicht entschuldbar.

«Wir wissen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft in Liechtenstein verbreitet sind», sagte Quaderer und rief dazu auf, Rechtsextremismus in keiner Form zu tolerieren.

Quaderer appellierte an die Bevölkerung, bei Anschlägen und Gewalttaten hin- statt wegzuschauen: «Wir sind jeden Tag aufs Neue gefordert, Mut und Zivilcourage zu zeigen.»

(sda)

Blick.ch

Braunes Liechtenstein?

Neonazis sind im Ländle auf dem Vormarsch

VADUZ – Gewalt gegen Türken, Brandanschläge und rechtsradikale Gruppierungen: In Liechtenstein ist die heile Welt aus den Fugen geraten. Die Regierung reagiert nur mit Worten.

Aktualisiert um 16:18 | 03.03.2010

Erst letzten Freitag wurde ein Kebap-Bistro in Nendeln kurz vor der Eröffnung durch Molotow-Cocktails verwüstet. Es handelt sich um den zweiten Anschlag mit einfach herstellbaren Brandsätzen im gleichen Ort innert dreier Monate.

Ende November 2009 hatten Unbekannte Molotow-Cocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen. Hausbewohner konnten die Flammen löschen, bevor grösserer Schaden entstand.

Ein weiterer Anschlag ereignete sich vergangenen September in Triesen: Unbekannte sprengten den Briefkasten einer liechtensteinischen Familie und deponierten vor den Trümmern einen abgeschnittenen Schafskopf.

In allen Fällen fand die Polizei keine Hinweise auf die Täterschaft, wie Sprecherin Tina Enz der Nachrichtenagentur SDA sagte. Daher könne sie weder eine Verbindung zwischen den drei Fällen noch eine zu rechtsextremen Kreisen bestätigen.

Rassistische Flugblätter kursieren

Dennoch: Der Verdacht auf rechtsradikale Täter ist laut der Tageszeitung «Liechtensteiner Volksblatt» zumindest beim ausgebrannten Kebap-Bistro naheliegend. Die Tendenz zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund und zur Diskriminierung von Minderheiten sei unverkennbar.

Erst vor zwei Wochen schlug ein Jugendlicher in einem öffentlichen Bus einem türkischen Schüler ohne ersichtlichen Grund eine Bierflasche auf den Kopf. Auch zirkulieren im «Ländle» Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt. Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, wurden zerstört.

«Man darf es nicht unter den Tisch kehren. Es gibt Rechtsradikale in Liechtenstein», so Polizeisprecherin Enz. Die Landespolizei habe Kenntnis von Angehörigen der rechten Szene, die aus verschiedenen Gemeinden stammten.

Der schwerwiegendste Zwischenfall liegt fast anderthalb Jahre zurück. Am Oktoberfest 2008

in Mauren zettelten Neonazis aus Liechtenstein und der Schweiz eine Massenschlägerei mit türkischen Jugendlichen an. Zurück blieben zwei Schwerverletzte.

«Anschläge sind nicht entschuldbar»

Trotz der spektakulären Vorfälle der letzten Monate hätten Rechtsradikale 2009 weniger Straftaten begangen, so die Polizei. Bei der Jugendgewalt insgesamt gab es zwar einen Anstieg, der aber vor allem auf die zahlreichen Einbruchdiebstähle einer einzelnen Gruppe zurückzuführen war.

Der jüngste Vorfall mit dem Anschlag auf das Bistro in Nendeln ist auch in der Regierung ein Thema. Regierungsrat Hugo Quaderer sagte heute in Vaduz, er verurteile solche Vorfälle aufs Schärfste. Sie seien absolut nicht entschuldbar.

«Wir wissen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft in Liechtenstein verbreitet sind», sagte Quaderer und rief dazu auf, Rechtsextremismus in keiner Form zu tolerieren. (SDA/hhs)

Das sagen Blick.ch-Leser

Gerhard Boegli-Canindo, Steffisburg - 15:16 | 04.03.2010

» Es wird noch viel schlimmer kommen. Um das vorauszusehen muss man kein Experte sein. Zu verdanken haben wir das vor allem den Grünen und auch den Migranten welche sich nicht integrieren wollen und durch kriminelle Taten auffallen. Und bevor wieder Leute von Rassismus sprechen mal eine andere Frage; was wäre wenn wir Schweizer uns in Thailand oder irgendwo so aufführen wie ein Grossteil von Leuten aus dem Balkan? Die Antwort ist einfach; eines Tages fehlst du beim Frühstück oder wirst umgehend ausgewiesen. Und wenn solches einem Schweizer im Ausland widerfährt heisst es hier in den Medien und Stammtischen... "der war selbst schuld, hat sich wahrscheinlich den Verhältnissen dort nicht angepasst".

Roland Christen, Gretzenbach - 09:00 | 04.03.2010

» Alles nur die Schuld der Rotgrünen Politik. Ein Land kann nur eine gewisse Menge Ausländer ertragen. In der Schweiz leben zur Zeit mit den Eingebürgerten und den Illegalen rund 40% Ausländer, da ist der Knall programiert.

Marco Pfiffner, flims - 17:18 | 03.03.2010

» Wenn es immer mehr braunes Gesindel gibt ist es den Linken, Grünen und Mulikulti Menschen zu verdanken. Nicht dass ich das gutheisse,aber wer wundert sich, dass immmer mehr Auländerhass aufkommt....

Rolph Mueller, Bern - 17:04 | 03.03.2010

» Diese Entwicklung ist wie in der Schweiz auch auf unfähige Politiker zurückzuführen. Mit einer strengen Ausländerpolitik kann so etwas gar nicht erst Fuss fassen. Und ich sag's Euch es wird noch schlimmer werden.....

[Letzter Zugriff: 30.8.2010]
http://www.oe24.at/welt/Rechtsradikale-erschuettern-Liechtenstein/765721

OE24.at

03. März 2010 13:23

Anschläge nehmen zu

Rechtsradikale erschüttern Liechtenstein

Vergangene Woche flogen Molotow-Cocktails gegen ein Kebab-Bistro.



© AP

Brandanschläge, Gewalt gegen Türken und die Gründung einer rechtsradikalen Gruppierung: Im Fürstentum Liechtenstein ist die heile Welt aus den Fugen geraten. Die Regierung rief die Bevölkerung zur Zivilcourage auf. Erst vergangenen Freitag wurde ein Kebab-Bistro in Nendeln kurz vor der Eröffnung durch Molotow-Cocktails verwüstet. Es handelt sich um den zweiten Anschlag mit einfach herstellbaren Brandsätzen im gleichen Ort innerhalb von drei Monaten.

Ende November 2009 hatten Unbekannte Molotow-Cocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen. Hausbewohner konnten die Flammen löschen, bevor größerer Schaden entstand. Ein weiterer Anschlag ereignete sich vergangenen September in Triesen: Unbekannte sprengten den Briefkasten einer liechtensteinischen Familie und deponierten vor den Trümmern einen abgeschnittenen Schafskopf.

Rechtsradikale Flugblätter
In allen Fällen fand die Polizei keine Hinweise auf die Täterschaft, wie Polizeisprecherin Tina Enz der Nachrichtenagentur SDA sagte. Daher könne man weder eine Verbindung zwischen den drei Fällen, noch eine zu rechtsextremen Kreisen bestätigen. Der Verdacht auf rechtsradikale Täter ist laut der Tageszeitung "Liechtensteiner Volksblatt" zumindest beim ausgebrannten Kebab-Bistro naheliegend. Die Tendenz zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund und zur Diskriminierung von Minderheiten sei unverkennbar, so die Zeitung.

Erst vor zwei Wochen schlug ein Jugendlicher in einem öffentlichen Bus einem türkischen Schüler ohne ersichtlichen Grund eine Bierflasche auf den Kopf. Auch zirkulieren im "Ländle" Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt. Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, wurden zerstört.

Massenschlägerei angezettelt
"Man darf es nicht unter den Tisch kehren. Es gibt Rechtsradikale in Liechtenstein", so Polizeisprecherin Enz. Erst kürzlich habe die Polizei von einer rechtsradikalen Vereinigung in Eschen erfahren. Mitglieder seien regelrecht rekrutiert worden. Der schwerwiegendste Zwischenfall liegt fast eineinhalb Jahre zurück. Am Oktoberfest 2008 in Mauren zettelten Neonazis aus Liechtenstein und der Schweiz eine Massenschlägerei mit türkischen Jugendlichen an. Zurück blieben zwei Schwerverletzte.

Trotz der spektakulären Vorfälle der vergangenen Monate kann die Polizei weder einen "großen Anstieg des Rechtsradikalismus" noch der Gewalt bestätigen. Die Jugendgewalt sei von 2000 bis 2008 in etwa gleichgeblieben. Erst 2009 hätten Jugendliche häufiger zugeschlagen.

"Rechtsextreme Einstellungen verbreitet"
Der jüngste Vorfall mit dem Anschlag auf das Bistro in Nendeln ist auch in der Regierung ein Thema. Regierungsrat Hugo Quaderer sagte am Mittwoch in Vaduz, er verurteile solche Vorfälle aufs Schärfste. Sie seien absolut nicht entschuldbar.

"Wir wissen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft in Liechtenstein verbreitet sind", sagte Quaderer und rief dazu auf, Rechtsextremismus in keiner Form zu tolerieren. Quaderer appellierte an die Bevölkerung, bei Anschlägen und Gewalttaten hin- statt wegzuschauen: "Wir sind jeden Tag aufs Neue gefordert, Mut und Zivilcourage zu zeigen", so Quaderer.

Ostschweiz: 04. März 2010, 01:00

Rechtsradikale Schatten über dem Fürstentum

Mehrere Brandanschläge und die Gründung einer rechtsradikalen Gruppierung: Im Fürstentum Liechtenstein ist die heile Welt aus den Fugen geraten.

jara uhricek/SDA

Vaduz. Erst letzten Freitag wurde ein Kebab-Bistro in Nendeln durch Molotowcocktails verwüstet. Es handelt sich um den zweiten Brandanschlag im gleichen Ort innert dreier Monate. Bereits Ende November 2009 hatten Unbekannte Molotowcocktails gegen zwei Wohnhäuser in Nendeln geworfen. Hausbewohner konnten die Flammen löschen, bevor grösserer Schaden entstand.

Schafskopf vor der Türe

Ein weiterer Anschlag ereignete sich vergangenen September in Triesen: Unbekannte sprengten den Briefkasten einer liechtensteinischen Familie und deponierten vor den Trümmern einen abgeschnittenen Schafskopf. In allen Fällen fand die Polizei keine Hinweise auf die Täterschaft, wie Sprecherin Tina Enz sagt. Daher könne man weder eine Verbindung zwischen den drei Fällen noch eine zu rechtsextremen Kreisen bestätigen. Der Verdacht auf rechtsradikale Täter ist laut der Tageszeitung «Liechtensteiner Volksblatt» zumindest beim ausgebrannten Kebab-Bistro naheliegend. Die Tendenz zu Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund und zur Diskriminierung von Minderheiten sei unverkennbar, so die Zeitung.

Rechtsradikale rekrutieren

So zirkulieren im «Ländle» Flugblätter mit ausländerfeindlichem Inhalt. Plakate, die für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben werben, wurden zerstört. «Man darf es nicht unter den Tisch kehren. Es gibt Rechtsradikale in Liechtenstein», so Polizeisprecherin Enz. Erst kürzlich habe die Polizei von einer rechtsradikalen Vereinigung in Eschen erfahren. Mitglieder seien regelrecht rekrutiert worden. Der jüngste Vorfall mit dem Anschlag auf das Bistro in Nendeln ist auch in der Regierung ein Thema. Regierungsrat Hugo Quaderer sagt: «Wir wissen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft in Liechtenstein verbreitet sind.» Er rief dazu auf, Rechtsextremismus in keiner Form zu tolerieren. «Wir sind jeden Tag aufs neue gefordert, Mut und Zivilcourage zu zeigen», so Quaderer.

[Zugriff: 30.8.2010]

18.03.2010 | 18:42 | (Die Presse)

Liechtenstein: Im Fürstentum wuchert die Naziszene

In der letzten Zeit gerät die heile Welt aus den Fugen: Molotowcocktails gegen Kebabstände, Neonazibanden vor Gericht. Im kleinen, sauberen Finanzidyll jenseits von Vorarlberg eskaliert der Fremdenhass.

Vaduz/Wien (wg/SDA).Da lagen die klugen Leute des „Liechtenstein-Instituts“, eines akademischen Thinktanks im 1400-Einwohner-Nest Bendern in Liechtenstein, wohl nicht so richtig: Vor wenigen Jahren hielt das Institut in einer Studie fest, dass es im Fürstentum trotz seines hohen Ausländeranteils (ca. 33 Prozent) keine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit gebe.

In der letzten Zeit gerät die heile Welt aus den Fugen, und nicht nur wegen des angekratzten Rufs des Landes als Finanz- bzw. Steuerhinterziehungsplatz: Die Gewalt gegen Ausländer, vor allem nichtdeutscher Muttersprache, wächst. Immer öfter gibt es Überfälle und Attentate. Neonazibanden flogen auf. Die Regierung rief auf, bei solchen Vorfällen Zivilcourage zu zeigen und einzugreifen.



Bild vergrößern

Ende Februar etwa wurde ein Kebablokal in Nendeln (nahe Feldkirch) durch Molotowcocktails verwüstet; schon Ende November waren hier Brandsätze gegen zwei von Ausländern bewohnte Häuser geflogen. In einem Bus schlug ein einheimischer Bursch einem Türken jüngst ohne klaren Grund eine Bierflasche auf den Kopf. Einen bizarren Vorfall gab es im Herbst, als jemand den Briefkasten einer Türkenfamilie sprengte – und einen abgeschnittenen Schafskopf davorlegte.

In einem der reichsten Länder der Welt wuchert eine Neonaziszene. Einschlägige Flugblätter zirkulieren, Plakate, die für Respekt gegenüber Homosexuellen werben, wurden zerstört. Man habe keine Hinweise auf die Täter, so Polizeisprecherin Tina Enz. Daher könne man keine Verbindung zu rechten Kreisen bestätigen, der Verdacht liege aber nahe: „Man darf es nicht unter den Tisch kehren. Es gibt Rechtsradikale in Liechtenstein.“

Hitler-Bilder im Geldspeicher

Im Februar standen sieben Burschen aus Liechtenstein und ein Österreicher im Alter von 21 bis 28 wegen Neonazi-Umtriebe vor Gericht. Sie hatten den Verein „Amalek Liechtenstein“

gegründet und in Triesen einen Klub betrieben. Dort fand man Hitler-Bilder, Hakenkreuze und Ähnliches, rechtsextreme Bands spielten auf.

Die Amalekiter waren ein Volk in Kanaan, das mit den Hebräern um Land stritt. Später sollen die Hebräer sie laut Bibel ausgerottet haben; der Begriff wird für Judenfeinde benutzt. Die Angeklagten bekamen bis zu sieben Monate Haft, großteils bedingt. Eine Neonazibande, die aktiv rekrutierte, flog jüngst in Eschen auf. Eine Massenprügelei zwischen Neonazis und Türken gab es beim Oktoberfest 2008 in Mauren.

Die rechte Gesinnung dürfte auch aus Vorarlberg importiert werden: Junge Liechtensteiner gehen nämlich oft dort aus, in Vorarlberg aber eskalieren Konflikte zwischen ausländischstämmigen Jugendlichen und „echten" Alemannen, was sich etwa in Gewalt an Tankstellen und eben in Lokalen entlädt. „Es wird immer schlimmer", so ein Vorarlberger, der anonym bleiben will, zur „Presse". „Die Ausländer glauben, sie könnten sich alles erlauben. Die stänkern einen an, wie's nur geht."

Von gut 36.000 Liechtensteinern sind ein Drittel Ausländer, meist Schweizer und Österreicher. Türken stellen ca. 2,2 Prozent, Serben 1,7 Prozent, Bosnier ein Prozent. Ex-Landtagspräsident Klaus Wanger betonte 2007 die „besondere Problematik" der Integration von Menschen nicht deutscher Muttersprache, speziell Moslems.

„Wir wissen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind", so Liechtensteins Regierungsrat für Inneres, Hugo Quaderer.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 19.03.2010)

[Zugriff: 23.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt online

20.3.2010

Rechter Sturm und braune Horden

- 20.3.2010

INLAND | Seite 9

WIEN/SCHAAN - Als hätten die vielen internationalen Schlagzeilen über Finanzjonglagen, Steueroasen und Steuerrückholklagen nicht schon gereicht - seit gestern ist Liechtenstein nun auch noch ein Hort für braune Horden, Neonazis und Fremdenhasser. Zu lesen in der Tageszeitung «Die Presse». In Wien. Und in ganz Österreich.

Nur zwei Tage, nachdem Regierungs-chef Klaus Tschütscher im Landtag mit der Verabschiedung eines «Mani pulite»-Gesetzes gegen verdächtige und kriminelle Finanzflüsse nach Liechtenstein den Finanzplatz nun endgültig und international vorauseilend für immer für blütenrein und ultraweiss erklärt hat, nur zwei Tage, nachdem die schwarzen Wolken über allen schwarzen und grauen Listen endgültig zugunsten des weissen Persilscheins vertrieben schienen, das Land gesichert, rein, will nun nur zwei Tage später ein neuer Tsunami gegen Liechtenstein aufziehen, der ins Herz der hiesigen Gesellschaft und des politischen Zusammenlebens zielt. Diesmal droht die braune Flut, der Güllekarren. Und die Gülle, die sich über Liechtenstein ergiesst, quillt aus der Tageszeitung «Die Presse», Wien. Am Freitag, den 19. März, auf Seite 7. Auf fast der ganzen Seite 7.

Etwas Besseres oder Schlimmeres hätte Liechtenstein am Vorabend zum Internationalen UNO-Tag gegen Rassismus (21. März) nicht passieren können als diese Schlagzeile («Rechter Sturm im Fürstentum») und dieser Text in der «Presse». So fängt er an: «Molotowcocktails gegen Kebabstände, Neonazibanden vor Gericht: Im kleinen, sauberen Finanzidyll jenseits von Vorarlberg eskaliert der Fremdenhass.» Und fährt dann weiter fort: «Da lagen die klugen Leute des Liechtenstein-Instituts, eines akademischen Thinktanks im 1400-Einwohner-Nest Bendern in Liechtenstein, wohl nicht so richtig: Vor wenigen Jahren hielt das Institut in einer Studie fest, dass es im Fürstentum trotz seines hohen Ausländeranteils (ca. 33 Prozent) keine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit gebe. In der letzten Zeit gerät die heile Welt aus den Fugen, und nicht nur wegen des angekratzten Rufs des Landes als Finanz- bzw. Steuerhinterziehungsplatz: Die Gewalt gegen Ausländer, vor allem nicht deutscher Muttersprache, wächst. Immer öfter gibt es Überfälle und Attentate. Neonazibanden flogen auf. Die Regierung rief auf, bei solchen Vorfällen Zivilcourage zu zeigen und einzugreifen.»

Als hätten wirs nicht schon gewusst `

` und dieser Tage wird es auch gesagt. Zuerst am Montag in einem Leserbrief von Prof. Dr. Winfried J. Huppmann, Eschen (s. «Volksblatt», Montag, 15. März, S. 6): «(`) In Nendeln wurde auf ein Bistro, das kurz darauf eröffnet werden sollte, ein Anschlag mit einem Molotowcocktail verübt: Ein direkter Angriff auf menschliche Grundrechte. (`) Und wie war die Reaktion der Öffentlichkeit nach diesem nicht tolerierbaren Vorfall, der noch dazu nicht als Einzelfall, sondern als Bestandteil einer Serie von Übergriffen angesehen wird? Erst Tage nach dem Vorfall bezieht der Innenminister in der regulären Pressekonferenz der Regierung Stellung. Die Öffentlichkeit schweigt, es gibt keine seitenlangen Leserbriefe, es bildet sich keine Initiativgruppe, es gibt keinen Aufruf mit der Bitte um sachdienliche Hinweise zur Täterschaft, es gibt keine Solidaritätsbeweise für die Betroffenen. Stimmt unser Wertesystem noch, wenn wir uns für Sachentscheide um ein Vielfaches mehr engagieren, als wenn es um die Unantastbarkeit der Würde und Freiheit von Mitmenschen geht?»

Die Reaktion von Schriftsteller Stefan Sprenger, Schaan, im «Volksblatt» vom Donnerstag, den 18. März, S. 8, nach einem Dank an den vorgenannten Schreiber: «Was tun? Lassen Sie die Täter in öffentlicher Form wissen, dass Sie deren Taten nicht als patriotische Auswüchse, sondern als Verbrechen betrachten und in keiner Weise dulden. Lassen Sie unsere ausländischen Mitbürger wissen, dass Sie deren Arbeit und Anwesenheit schätzen und es Ihnen nicht egal ist, wenn ihnen Unrecht und Gewalt geschehen. Und gehen Sie regelmässig einen Döner Kebab essen, zum Beispiel in Nendeln.»
Ja, es schmerzt `
` als Gerichtssaalreporter in einem Prozess um acht junge Neonazis (Gruppierung «Amalek») zwei Tage lang nur Lügen, Verleugnung und unterdrücktes und offenes Gekicher hören zu müssen. Dabei verstehen zu müssen, was die Autoren der Studie «Rechtsextremismus im Fürs-tentum Liechtenstein» (16. September 2009) meinen, wenn sie nach einigen Feldinterviews schreiben: «Die von uns befragten Rechtsextremen sind beruflich sowie sozial gut integriert. Und die Befragten gaben uns an, dass die berufliche und soziale Integration die rechtsextreme Szene insgesamt kennzeichne. Als wesentliches Motiv rechtsextremistischer Haltung wird der starke Heimatbezug angeboten; befürchtet wird, dass durch Einwanderung und fortschreitende
Überfremdung
die nationale Identität und der soziale Zusammenhalt aufgeweicht werden könnte.»` in einem Dutzend Verhandlungen nach der Maurer Oktoberfestschlägerei zwischen jungen Neonazis und jungen Türken ebenfalls nur Lügen, Beschwichtigungen und Abwiegelungen nach der dumpfen Aufwiegelung zu hören. ` rechtsradikale Flugblätter im Briefkasten zu finden.` von Brandanschlägen zu lesen.
Aber es freut dann auch `
` Leserbriefe zu bekommen wie von Prof. Dr. Winfried J. Huppmann oder Stefan Sprenger. Oder erst ges-tern von einer in Österreich lebenden Liechtensteinerin, die schreibt: «Es ist höchste Zeit, dass wir uns offen in Bewegung setzen gegen Rechts, gegen Diskriminierung, gegen Gewalt. Wir müssen uns endlich in Bewegung setzen für Chancengleichheit, für Respekt, für das Zusammenleben in der Vielfalt!» Dem ist nichts hinzuzufügen.

[Letzter Zugriff: 20.9.2010]

tagblatt.ch

Ostschweiz: 03. April 2010, 01:05

Liechtenstein bekämpft Rechtsradikale



Nazi-Sprayereien wie hier in St. Gallen gab es auch im Fürstentum. Bild: Hannes Thalmann

Liechtensteiner Regierung geht gegen Rechtsextremismus vor: Mit einer Kampagne wird die Bevölkerung gegen Gewalt von Seiten Rechtsradikaler sensibilisiert. Und Mitglieder der Szene erhalten Unterstützung für den Ausstieg.

Günther Meier

Vaduz. Kurz vor der Eröffnung eines Kebab-Ladens explodierten Sprengkörper, zerstörten die Einrichtung und machten das Lokal unbrauchbar. Unbekannte hatten Scheiben mit Steinen eingeschlagen und Molotow-Cocktails in das Ladenlokal geworfen. Die Polizei ermittelt seit März, hält sich aber zurück mit Mutmassungen über die Täterschaft.

Ein Anschlag rechtsextremer Kräfte könnte es gewesen sein, lautet die offizielle Version, doch seien andere Tatmotive nicht ausgeschlossen.

Ebenso tappt man noch im dunkeln, wer im November 2009 einen Brandsatz gegen ein Haus schleuderte und damit einen erheblichen Sachschaden verursachte. Ungeklärt blieb bisher auch, wer einen Briefkasten bei einem Wohnhaus gesprengt und vor den Trümmern einen Schafskopf deponiert hatte.

Ungeachtet der noch ungeklärten Fälle hat die Regierung dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt. Innenminister Hugo Quaderer stellte am Donnerstag vor den Medien die Massnahmen vor: Geplant ist eine Sensibilisierungskampagne gegen rechtes Gedankengut und rechte Gewalt mit dem Ziel, Liechtenstein als Land mit weltoffenen Werthaltungen darzustellen.

Die Illusion von der Mehrheit

«Mit der Kampagne soll klargestellt werden», unterstrich Hugo Quaderer, «dass rechtsextreme Positionen wie Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt keine Akzeptanz in unserem Land finden. » Die Illusion der rechtsextremen Szene, mit ihrer Ideologie und ihren Taten die Unterstützung einer schweigenden Mehrheit in Liechtenstein zu haben und diese zu repräsentieren, soll mit der Kampagne als Selbsttäuschung entlarvt werden.

Die von der Regierung vorgestellten Massnahmen stützen sich auf eine Studie, die 2009 zum Thema «Rechtsextremismus in Liechtenstein» erstellt worden ist. Die Studie schlug eine Sensibilisierung der Bevölkerung vor, um die Anzeigenbereitschaft bei rechtsextremen Auftritten und Gewaltakten zu erhöhen. Solange Rechtsextreme das Gefühl hätten, im Auftrag der Bevölkerung zu handeln, legitimierten sie sich als informelle Ordnungshüter und begründeten damit auch den Einsatz von Gewalt. In diesem Zusammenhang erwähnt die Studie, dass bei einer Schlägerei zwischen Rechtsextremen und türkisch-stämmigen Jugendlichen auch Erwachsene in den Raufhandel eingegriffen und die Rechtsextremisten angefeuert hätten.

Repression und Prävention

Ebenso sollten laut Studie rechtsextreme Phänomene und Übergriffe, ob es sich um körperliche Gewalt, um Anlässe, Flugblätter oder Beschmierungen handle, öffentlich verurteilt werden. Gefordert wurde auch eine Mischung aus Repression und Prävention, um dem Rechtsextremismus entgegenzutreten. Der Massnahmenkatalog der Regierung umfasst deshalb neben der Sensibilisierung auch die «konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei».

Zahlenmässig scheint sich der Rechtsextremismus in Liechtenstein in den letzten Jahren kaum verändert haben. Die Landespolizei geht von einem «harten Kern» der rechtsextremen Szene von 30 bis 40 Mitgliedern aus, die namentlich bekannt sind.

Viele Sympathisanten

Der Kreis der Sympathisanten ist nach Polizeiangaben schwer einzuschätzen, dürfte aber ein Mehrfaches der Kerngruppe betragen. Die von der Regierung eingesetzte Gewaltschutzkommission registrierte in den letzten Jahren jeweils ein halbes Dutzend Vorfälle wie tätliche Streitereien, Sachbeschädigungen oder Drohungen, in die Angehörige der bekannten rechten Szene involviert waren. Für diesen Kreis beabsichtigt die Regierung ein Beratungskonzept für Aussteigewillige sowie sozialpädagogische Angebote bereitzustellen, um der Bewährungshilfe ein gezielteres Arbeiten mit straffälligen Rechtsextremen zu ermöglichen.

[Zugriff: 30.8.2010]

tagblatt.ch

Ostschweiz: 03. April 2010, 01:05

Chronik der rechten Szene

Anfang der 90er-Jahre tauchen rechtsradikale Skinheads in Liechtenstein auf. 1996 wird die Polizei auf eine «geschlossene Gesellschaft» von Neonazis in einem Gastlokal aufmerksam. 1998 werden vier Personen beim Jahrmarkt in Schaan von Neonazis verletzt. 2000 treten 20 Rechtsextreme bei einem Fest in Schellenberg auf («Hier marschiert der nationale Widerstand»). 2004 kommt es beim Fasnachts-Monsterkonzert in Schaan zu einer Massenschlägerei mit Skinheads. 2005 erhalten viele Haushalte ein «Merkblatt» mit Nazi-Inhalt.

2006 werden Plakate der Arbeitsgruppe gegen Rassismus mit Hakenkreuzen übersprüht. 2007 werden Wahlplakate der Freien Liste verschmiert. 2008 liefern sich Rechtsextreme und türkische Jugendliche eine Massenschlägerei (Liste nicht vollständig).

[Zugriff: 30.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt online

14.7.2010

Aus der Regierung

INLAND | Seite 3

Gewaltschutzkommission: Alicia Längle nimmt Einsitz

VADUZ - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 13. Juli beschlossen, Alicia Längle als Vertreterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten in die Gewaltschutzkommission zu bestellen. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie zu den Ursachen von Rechtsextremismus in Liechtenstein und der darauf gründende Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) basieren auf einer Empfehlung des Überwachungsausschusses unter dem Antirassismusübereinkommen der UNO. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ist in Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen Fachämtern und -stellen innerhalb der Landesverwaltung zuständig für die regelmässigen Berichterstattungen und die Vorstellungen der liechtensteinischen Berichte an die Überwachungsausschüsse unter den internationalen und regionalen Menschenrechtsübereinkommen. Mit ihrem Einsitz in der Gewaltschutzkommission wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bekämpfung von Gewaltphänomenen eine Massnahme zum Schutz der Menschenrechte darstellt, die in internationalen und regionalen Menschenrechtsübereinkommen verankert sind. (pafl)

BEOBACHTER, Ausgabe: 13/10

Die Neonazis von nebenan

Text: Andrea Haefely
Bild: Dominic Büttner

Ausgerechnet Liechtenstein hat ein massives Problem mit Rechtsextremismus. Auf Spurensuche im kleinen reichen Land, wo jeder jeden kennt.

(4 Kommentare)



Dunkle Wolken über Schloss Vaduz: In Liechtenstein sympathisiert jeder fünfte Jugendliche mit national-sozialistischen Ideen.

Schaut der Fürst von seinem Schloss hinunter in die Ebene zu seiner Rechten, schaut er zu den Rechten. Dort, im Liechtensteiner Unterland, genauer in der Doppelgemeinde Eschen-Nendeln, lebt ein Grossteil der Liechtensteiner Rechtsextremen. Und dort verüben sie meist auch ihre Straftaten.

Zum Beispiel den Brandanschlag auf das Kebab-Bistro «Abra Kebabra» in Nendeln. Am Freitag, dem 26. Februar 2010, gegen fünf Uhr morgens werfen Unbekannte mit Steinen die Scheiben des Lokals ein. Dann folgt ein Molotow-Cocktail. Der Brand wird zum Glück bald entdeckt – in dem Haus wohnen zwei Familien.

Das Haus steht schräg vis-à-vis vom Bahnhof Nendeln, einem winzigen Bahnhof aus den Gründerjahren, wo nur morgens und am späten Nachmittag Pendlerzüge halten. Der Intercity nach Wien bremst nicht. Ennet den Gleisen ist Industrie. Um die Ecke an der Strasse nach Vaduz bietet «Herberts Militärstüble» Militaria und neuzeitliche Waffen vom «2. und 1. Weltkrieg bis zurück in die Kaiserzeit» zum Verkauf an. Ein handgeschriebenes Zettelchen, mit Klebstreifen an der Glasscheibe der Tür befestigt, informiert in verblichener Schrift potentielle Kunden über die Öffnungszeiten. Der Handel mit antiquarischen Nazi-Devotionalien ist legal.

«Wer dieses Feuer legte, hat in Kauf genommen, dass Menschen sterben», sagt Erdal Kilic, der mit seinen beiden Brüdern das «Abra Kebabra», das zum Zeitpunkt des Brandanschlags noch nicht eröffnet war, betreiben wollte. Angst vor weiteren Anschlägen hat Kilic nicht: «Das bringt nichts.» Fassungslos ist der 37-Jährige aber auch noch Monate nach dem Anschlag.



Erst flogen Steine durch die Fenster, dann folgte ein Brandsatz: Erdal Kilic vom Kebab-Bistro «Abra Kebabra» ist fassungslos.

40 Rechtsradikale sind der Polizei bekannt

Mitte Mai wird ein Hauptverdächtiger, ein 22-jähriger, bislang nicht vorbestrafter Liechtensteiner, festgenommen. Ihm werden zwei weitere Brandanschläge zur Last gelegt, bei denen in der Nacht auf den 22. November 2009 Brandsätze gegen zwei Nendler Wohnhäuser geworfen wurden. Noch sucht die Polizei nach Mittätern.

Der junge Mann ist teils geständig. Er bezeichnet sich als Nationalsozialist und Türken als «die Juden der Neuzeit». Mit seinem Fremdenhass, der sich offensichtlich vor allem gegen Liechtensteiner Türken richtet, ist er nicht allein: Rund 40 Personen gehören einer rechtsradikalen Gruppierung an oder orientieren sich an einer solchen und sind deswegen polizeilich registriert. Mitläufer und Sympathisanten nicht mitgerechnet. Das ist jeder 900. Einwohner von Liechtenstein. Zum Vergleich: In der Schweiz gehören laut Schätzungen des Bundesamts für Polizei gegen 1200 Personen zum harten Kern der rechtsextremen Szene, eine auf 6500 Einwohner.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat Rechtsextremismus im Fürstentum hässliche Tradition. 1999 und 2006 kamen Untersuchungen des Liechtensteiner Amtes für Soziale Dienste zum Schluss, dass rund 20 Prozent der Jugendlichen mit nationalsozialistischen Ideen sympathisieren und vier Prozent solche Ideen offen unterstützen. Wieso aber fällt rechtsextremes Gedankengut ausgerechnet im Ländle auf so fruchtbaren Boden? In einem Land, wo praktisch jeder einheimische Jugendliche beste Bildungschancen hat, mit 18 ein Auto fährt und wo so gut wie kein Lehrstellenmangel herrscht? Wieso neigen sozial und beruflich bestens integrierte junge Menschen aus alteingesessenen Familien, teils sogar mit Hochschulabschluss und in Kaderposition, zu Rechtsextremismus?

Auf Anregung des Uno-Überwachungsausschusses gegen Rassendiskriminierung und der Liechtensteiner Regierung gab die Gewaltschutzkommission des Landes vor zwei Jahren eine Studie in Auftrag, die das Phänomen untersuchen sollte. Der Bericht, erschienen im September 2009, zeichnet das Bild einer Gesellschaft, die mit ihren traditionalistischen und konservativen Milieus durchaus rechtsradikale Tendenzen begünstigt.

«Speerspitze der Gesellschaft»

Es ist eine Gesellschaft von 36'000 Einwohnern auf 160 Quadratkilometern, in der jeder jeden kennt und man sich unter Einheimischen grundsätzlich duzt. In der man nicht leichtfertig

gegen den Nachbarn stänkert. Wo die Kirche noch im Dorf steht und der erzkonservative Erzbischof Wolfgang Haas wohlgelitten ist. Wo die soziale Kontrolle allgegenwärtig ist und ortsfremde Autos im Quartier die Menschen an die Fenster locken. Wo man sich als Auswärtiger nicht nur beobachtet fühlt, sondern es ist.

Es ist eine Gesellschaft, in der sich Unterländer und Oberländer voneinander abgrenzen, auch wenn nur zehn Kilometer sie trennen. Eine Gesellschaft, die ihren Nationalstolz aus einem 800 Jahre alten Fürstenhaus, ihre Zukunftsängste hingegen aus ihrer Kleinheit nährt. Die Eigenständigkeit und Identität durch den Druck von Europa, durch die Globalisierung in Frage gestellt sieht.

Und auf eben diese Gesellschaft berufen sich die Rechtsradikalen. Behaupten, dass sie lediglich das sagen und tun, was sich die andern nicht trauen. Verstehen sich als «Speerspitze der Gesellschaft». Ab und an mag das wohl stimmen: «Wir treffen manchmal tatsächlich auf Eltern von rechtsradikalen Jugendlichen, die finden, ihre Kinder müssten sich doch wehren gegen die Türken», sagt Jules Hoch, Chef der Liechtensteiner Kriminalpolizei und Präsident der Gewaltschutzkommission. «Die sehen nichts Falsches am Tun ihrer Kinder.»

«Wir wissen», liess auch Innenminister Hugo Quaderer diesen Frühling verlauten, «dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind.» Seine Erklärung: «Die Tendenzen, die in Europa erkennbar sind, haben auch vor den Grenzen Liechtensteins nicht haltgemacht. Auch unser Land ist betroffen von Zuwanderung und Internationalisierung.» Und das könne durchaus Angst vor Identitätsverlust auslösen.

Tatsächlich hat das Fürstentum in den letzten 30 Jahren einen strukturellen Wandel vollzogen von einer homogenen, bäuerlich geprägten hin zu einer industrialisierten Region. Statt ländlicher Idylle findet der Besucher heute einen Landstrich, der sein Gesicht verloren hat an Fabrikhallen und biedere Einfamilienhäuschen mit Eternitschindeln, Rauverputz und schmiedeeisernen Treppenhandläufen. Die Bevölkerung hat um rund ein Drittel zugenommen, der Ausländeranteil ist auf 33 Prozent angestiegen. Dabei entfällt das Gros auf Deutsche, Österreicher, Schweizer und Italiener. Türkische Staatsangehörige, primäres Ziel der Liechtensteiner Rechtsradikalen, zählte die Bevölkerungsstatistik per Mitte 2009 gerade mal 767.

Neu fürs Ländle ist die zunehmende Gewaltbereitschaft der Rechtsextremen. Die bekam auch Ayhan Gündogdu zu spüren. Seit neun Jahren betreibt der 36-Jährige mit seiner Frau Meryem den «Anatolia Dorf Imbiss». Das Lokal liegt gleich hinter dem Dorfplatz von Eschen, einem kahlen, von der Kirche dominierten Platz mit Bushaltestelle. Ohne das «Anatolia», das nicht nur Kebab und Pizza, sondern auch Bratwurst mit Pommes und Gulaschsuppe serviert, wäre Eschens «Dorfzentrum» selbst an Samstagabenden völlig tot. Das Ehepaar Gündogdu gilt allgemein als ausgesprochen freundlich und zuvorkommend.

«Wir wollen keine Ausländer hier»

Es ist der 16. Mai 2009, gegen zwei Uhr nachts. Ayhan Gündogdu ist noch am Aufräumen, als ein Skinhead an die Scheibe klopft und mit Gesten andeutet, er brauche Zigaretten. Obwohl er schon geschlossen hat, lässt der gastfreundliche Bistrowirt den jungen Mann ein. Kaum drin, fängt der Rechtsextreme an, Gündogdu zu beschimpfen: «Wir bringen dich um. Wir wollen keine Ausländer hier.» Dann greift er zum Handy. «Ich bin jetzt drin», will Gündogdu gehört haben. Sofort tauchen zwei weitere Neonazis auf. Sie werfen mit Gegenständen nach dem Wirt, der vom grossen Abfalleimer am Kopf getroffen wird, den

schweren gläsernen Wirtshaus-Aschenbechern aber ausweichen kann: «Wirst du von so einem getroffen, bist du schnell tot.» Mit dem Kebabmesser versucht Gündogdu, der Todesängste aussteht, die jungen Männer auf Distanz zu halten. Schliesslich hören ein Nachbar und dessen Sohn den Tumult. Sie alarmieren die Polizei, die nach einer Viertelstunde eintrifft.

Gündogdu muss ins Spital und kann zweieinhalb Monate nicht arbeiten. Der Flachbildfernseher, die Kebabmaschine, die Kasse, alles in Trümmern. 12'500 Franken Schaden richten die Angreifer an. Der jugendliche Haupttäter wird erstinstanzlich zur Zahlung von 1000 Franken Schmerzensgeld verurteilt, sein Anwalt hat das Verfahren weitergezogen. Die Mittäter wurden freigesprochen.



Jules Hoch, Chef der Kriminalpolizei: «Wir dürfen nicht tolerieren, dass Neonazis das öffentliche Leben dominieren.»

Als Fremde gelten hier viele

Gündogdu fühlt sich von der Justiz im Stich gelassen und ist schockiert: «Irgendwann gibt es wirklich mal einen Toten.» Er, der schon seit 20 Jahren im Ländle lebt, ist als Einwohner des Fürstentums tief verletzt. Das Wort Ausländer hat für ihn seine ursprüngliche Bedeutung verloren, ist ein Schimpfwort geworden. Ein Mensch sei doch ein Mensch, sagt er, nicht ein Ausländer. Faktisch muss Gündogdu noch weitere zehn Jahre durchhalten, erst dann steht ihm – nach 30 Jahren – die erleichterte Einbürgerung offen. Wer hier geboren ist, darf schon nach 15 Jahren dazugehören. Zumindest auf dem Papier.

Man muss im Ländle nicht Türke sein, um nicht dazuzugehören. Selbst wer hier geboren und aufgewachsen ist, aber keinem der Liechtensteiner Geschlechter angehört, kein Hoch, kein Quaderer, kein Hasler ist, wird immer ein fremder Fötzel bleiben. «Wer nicht von hier stammt, hat es eindeutig schwerer, die Fremdenfeindlichkeit ist unterschwellig immer da», sagt Stefanie von Grünigen, die Einzige im Eschener Gemeinderat, die keinen Namen einer alteingesessenen Familie trägt. Die Ur-Liechtensteinerin, eine geborene Sele, hat durch Heirat ihren Namen gegen den eines Bernbieters eingetauscht. «Und das kriege ich immer wieder zu spüren.» Lokalchauvinismus als Steigbügel für Rechtsradikalismus?

Kripochef Jules Hoch sitzt in seinem Büro im Vaduzer Polizeigebäude, vor sich eine beschlagnahmte Neonazi-Fahne. Kinderzeichnungen hängen an der Wand. FBI-Plaketten, in Acrylharz gegossen, stehen auf der Fensterbank. Dass die Gewalt zugenommen hat, kommt nicht von ungefähr, weiss der Mann mit den ernsten Augen: «Die Rechtsextremen der jüngeren Generation pflegen enge Kontakte zur ‹Blood and Honour›-Bewegung in Österreich,

Deutschland und der Schweiz.» Diese Neonazi-Organisation strebt nach eigenen Angaben einen dritten Weltkrieg an, um «zu beenden, was Hitler begonnen hat», ist hierarchisch organisiert und sehr gewaltbereit.

Trotzdem muss schon sehr genau hinschauen, wer Zeichen von Rechtsradikalismus im Fürstentum finden will. Die Rechtsextremen scheinen gar auf dem Rückzug. «Das liegt daran, dass Schmierereien meist sofort entfernt werden und dass sich die hiesigen Neonazis sehr angepasst geben», erklärt Jules Hoch. «Sie haben gemerkt, dass sie so bessere Chancen haben, wenn sie etwa eine Banklehre machen wollen.» Statt mit gut sichtbaren Insignien wie Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln geben sie sich untereinander durch Kleidermarken und Zahlencodes zu erkennen: Die Zahl 18 beispielsweise steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet, die Initialen Adolf Hitlers, 88 entsprechend für «Heil Hitler». Doch die Codes wechseln ständig. Das Versteckspiel macht es der Polizei schwerer, neue Szene-Angehörige zu identifizieren. «Im Prinzip hinken wir immer ein wenig hinterher», sagt Hoch.

Die Folgen rechtsextremen Tuns beschränken sich nicht nur auf Straftaten. Gerade Jugendliche fühlen sich durch das Auftauchen von Neonazis in ihrer Freiheit eingeschränkt. «Wir wollen und dürfen nicht tolerieren, dass Rechtsradikale das Leben in der Öffentlichkeit dominieren», betont der Kripochef Jules Hoch.



Hugo Quaderer, Innenminister: «Diese Einstellungen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet.»

Das Fürstenhaus schweigt

Doch die Angst vor Vergeltungsschlägen hält manchen Beobachter davon ab, einen Vorfall zu melden oder eine Aussage zu machen. Und auch die Kleinräumigkeit, die Nähe, macht die Polizeiarbeit nicht einfach. Wenn der eigene Sohn beim Vater eines rechtsradikalen Jugendlichen ins Fussballtraining geht, wird man es sich zweimal überlegen, ob man Anzeige erstatten will. «Das erschwert uns die Arbeit, allerdings nicht nur bei rechtsradikal motivierten Taten, sondern generell», sagt Hoch.

Aufgeschreckt durch die Studie der Gewaltschutzkommission, hat die Regierung ein Massnahmenpaket gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Grundpfeiler ist eine Sensibilisierungskampagne mit Inseraten in der Presse. Sie soll vermitteln, dass rechtsextreme Positionen wie Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Liechtenstein keine Akzeptanz hätten. Und Innenminister Hugo Quaderer rief unlängst zu mehr Zivilcourage auf.

Das Fürstenhaus hoch über der Ebene hüllt sich in vornehmes Schweigen. Fürst Hans-Adam II. sah sich nicht bemüssigt, Stellung zu nehmen. Und Erbprinz Alois, der seit 2004 die Regierungsgeschäfte führt, liess über seinen PR-Berater gegenüber dem Beobachter verlauten: «Wir sehen keine zwingende Notwendigkeit, uns zu diesem Thema zu äussern.»

- **05.07.2010 22:06 Uhr**

  A. Nonym

  Als Ex-Liechtensteiner kenne ich die Verhältnisse nur zu gut. Wer nicht zu einer alteingesessenen Familie gehört, wird von der Elite benachteiligt - sei es durch gezieltes Mobbing von Kindern in der Schule, sei es durch Drohbriefe oder sei es die Benachteiligung im Berufsleben: der Lokalchauvinismus ist im Ländle allgegenwärtig. Die Neonazi-Attacke ist nur ein Instrument von vielen, um die unterprivilegierten Mitbürger zu unterdrücken. Wieso vermutet man die Neonazis nicht im Bekanntenkreis der Eliten? Weil es darum geht, den Mittelstand für die Taten zu beschuldigen um im Anschluss auf diesen "einzuprügeln". Das wahre Problem ist die von der Regierung inszenierte Destabilisierung des Landes, um die Herrschaftsverhältnisse noch weiter zu zementieren als sie es ohnehin schon sind.

- **30.06.2010 08:39 Uhr**

  Andreas Hofer

  Heinz Martin: Sie sprechen offensichtlich Deutschland an: Der Verfassungsschutz selbst hat aber etwa im «deutschen Herbst» Leute wie Peter Urban in die linke Szene eingeschleust, um sie zu radikalisieren. «Strategie der Spannung» nennt sich das. Goggeln Sie mal nach diesem Begriff. In Italien wurden Attentate der rechtsextremen Gladio den roten Brigaden untergeschoben. Es wäre gut, wenn sie ein wenig skeptischer werden würden. Unterjochung und Faschismus (die Rechte) steht den Regierungen näher als Freiheit des Individuums, Solidarität und Gleichstellung (die Linke).

- **30.06.2010 07:28 Uhr**

  Heinz Martin

  Wie immer wird der Rechtsextremismus mit Rechtsradikalismus gleichgesetzt. Das ist FALSCH! Ebenso wird wissentlich das Problem des Linksextremismus gerne kleingeredet. Dabei sind Linke doppelt so zahlreich und auch doppelt so gefährlich. Nehmen SIe nicht meine Worte, gehen Sie und schauen Sie sich die Studien und Berichte des BUNDESVERFASSUNGSSCHUTZ an. DA ist das Problem. Hitler und Co. sind heute völlig harmlos, das Problem liegt wo anders.

- **24.06.2010 16:19 Uhr**

  Herbert Meier

  Probleme mit Rechtsradikalität bestehen auch in FL, keine Frage. Doch ist dieser Bericht sehr tendenziös und es fehlt an der Kenntnis der Verhältnisse.

Noch auffallender ist aber, dass dieser Text auch eine (unfreiwillige?) Tendenz aufweist, am Beispiel Liechtenstein eigene Probleme zu beschönigen, insbesondere mit dem Zahlenvergleich. Hier gilt es aber zu bedenken, dass es in einem kleinen, überschaubaren Gemeinwesen wie Liechtenstein ein Leichtes ist, die rechte Szene zu beobachten und relativ vollständig zu erfassen. Demgegenüber ist die schweizerische Dunkelziffer zu berücksichtigen. Ein grundlegender Vergleich mit den regionalen Verhältnissen und der grenzüberschreitenden rechten Szene (Ostschweiz, Vorarlberg) käme den Tatsachen näher - ohne hiermit das Problem schönre...

[Zugriff: 23.8.2010]

http://deaddodo.org/ugugu/Amok
Zugriff: 14.12.2010

Amok

Aus Ugugu

Wechseln zu: Navigation, Suche



2007 Amok CD *Verbotene Wahrheit*

Schweizer Rechtsrockgruppe ; gegründet etwa 2004

Die vierköpfige Rechtsrockgruppe **Amok** wurde etwa 2004 gegründet und galt lange Zeit als Gruppe aus dem Zürcher Oberland.

Am 17. September 2005 traten Amok mit Helvetica und vier anderen Gruppen aus dem Ausland vor 400-500 Naziskinheads an einem durch Schweizer Sektionen von "Blood and Honour" organisierten Konzert auf, das zu Ehren des 1993 verstorbenen "Blood and Honour"-Gründers Ian Stuart stattfand. Die Walliser Kantonspolizei erfuhr erst wenige Stunden vor Konzertbeginn vom Anlass, erachtete die Veranstaltung zwar als illegal, kontrollierte auch rund 60 Personen, schritt aber nicht ein. Zehn Tage später zeigte das Schweizer Fernsehen DRS in der Sendung "Rundschau" versteckt gefilmte Bilder des Konzerts, in denen Amok das alte SA-Lied "Blut muss fliessen" (auch bekannt als "Blutlied") vortragen, in dessen Refrain es heisst: "Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fliessen knüppelhageldick und wir scheissen auf diese Judenrepublik". Zudem zeigte der Film auch, dass an mehreren Verkaufsständen einschlägige Tonträger und Bücher verkauft wurden. Die Walliser Kantonspolizei eröffnete daraufhin Strafverfahren, unter anderem wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm. Mitte November 2005 brachte sie 18 Personen zur Anzeige.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Herkunft von "Blut muss fliessen", das auf dem sogenannten "Heckerlied" basiert und von Friedrich Hecker (1811-1881) gedichtet worden war, einem der populärsten Redner und Agitatoren der Märzrevolution von 1848 in

Nordbaden. Der von ihm angeführte Heckeraufstand scheiterte jedoch am 20. April 1848 bei Kandern kläglich und er floh in die Schweiz, von wo aus er in die USA auswanderte. Als er in New York ankam, erwarteten ihn dort angeblich über 20'000 Menschen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und sangen das einst so berühmte "Heckerlied", in dem es unter anderem heisst:

An den Darm der Pfaffen hängt den Edelmann
Lasst ihn dran erschlaffen, hängt ihn drauf und dran
Ja 33 Jahre währt die Knechtschaft schon
Nieder mit den Hunden von der Reaktion!

Schmiert die Guillotine mit Tyrannenfett
Reisst die Konkubine aus dem Pfaffenbett
Ja 33 Jahre [...]

Fürstenblut muss fliessen, muss fliessen stiefeldick
Und daraus erspriessen die rote Republik
Ja 33 Jahre [...]

Das "Heckerlied" selbst wiederum basierte auf einem älteren Lied namens "Wenn die Fürsten fragen, was macht Absalon?", das bereits 1835 gesungen worden war, und in dem vom Hängen noch in anderem Zusammenhang die Rede war:

Wenn die Fürsten fragen, was macht Absalon?
Lasset ihnen sagen: Ei der hänget schon.
Doch an keinem Baume und an keinem Strick,
Sondern an dem Traume einer Republik.

Jedenfalls wurde das "Heckerlied" dann in der Freikorps-Zeit nach der deutschen Novemberrevolution 1918 unter dem Titel "Blut" umgedichtet und erhielt dort auch folgenden neuen Refrain:

Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig,
Lasst die Messer flutschen in den Judenleib.
Blut muss fliessen knüppelhageldick
Und wir scheissen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.

Das Lied wurde in späteren Jahren vor allem auch bei der SA populär. In einer darauf basierenden Fassung wurde das Lied 1992 unter dem Titel "Blut muss fliessen" von der deutschen Rechtsrockgruppe Tonstörung aus Mannheim vorgetragen, die dafür im Dezember 1993 zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und 21 Monaten verurteilt wurde. Das Lied entwickelte sich seitdem zu einer Art Gassenhauer bei den deutschsprachigen Skinheads.

Betreffend Amok verlautete Ende 2005 lediglich noch, dass in "naher Zukunft" eine Maxi-CD auf White Revolution Records veröffentlicht werden sollte, danach hörte man längere Zeit nichts mehr. Angeblich sollte Amok am 14. April bei einem Skinkonzert in Thüringen aufspielen; das Konzert wurde jedoch von der Polizei aufgelöst.

2007 veröffentlichten sie ihr erstes Album *Verbotene Wahrheit* mit Liedtiteln wie "Nigger", "Ahnenblut", "Hass" oder "Krieg". Auf der Verpackung heisst es: "Diese CD wurde in Skandinavien für den dortigen Vertrieb hergestellt und produziert", was vermutlich vor allem

der Verschleierung des tatsächlichen Herstellungsortes dienen soll. Musikalisch bewegen sich Amok offenbar in den Gefilden von Hardcore und Rock. Die Liedtexte beschäftigen sich wie im Rechtsrock üblich vorzugsweise mit Hass auf Juden, Schwarze, politische Gegner, den Staat und die offizielle Geschichtsschreibung, dazu kommt etwas rechte Kameradschaft und Lagerfeuerromantik. Besonderen Anstoss erregte allerdings das Lied "Hans Stutz", das sich direkt gegen den parteilosen Luzerner Stadtrat und Journalisten Hans Stutz richtet, der sich vor allem gegen Rechtsextremismus und Rassismus stark macht: "Hans Stutz, hier kommt ein kleiner Gruss, von den Feinden aus dem Untergrund, die man besser beachten muss. Hans Stutz, hast du es gecheckt, du musst dich nicht verwundern, wenn einst ein Messer in deinem Rücken steckt. In deinem Rücken steckt." Stutz reichte daraufhin am 6. November 2007 Strafanzeige wegen Drohung ein, und der *Tagesanzeiger* berichtete sogleich.

Nach monatelanger polizeilicher Beobachtung des Proberaums in Siebnen / SZ konnte ein bebildertes Liederbüchlein sichergestellt werden. In der Fernsehsendung *Rundschau* vom 24. September 2008 wurde bekanntgemacht, dass die 21- bis 27-jährigen vier Gruppenmitglieder in Hombrechtikon / ZH, Wolfhausen / ZH, Siebnen / SZ und Zetzwil / AG wohnen. Drei von ihnen sind Handwerker, einer studiert Informatik. Zwei Mitglieder wurden nach einer Schlägerei in Glarus im Sommer 2007 rechtskräftig verurteilt; bei einer Hausdurchsuchung stellte die Polizei illegale Waffen sicher; einer sass wegen einer **Schlägerei in Mauren (Fürstentum Liechtenstein)** gerade in Untersuchungshaft. Offiziell heisst es, die Gruppe habe sich aufgelöst. Letztmals seien Amok allerdings am 6. September 2008 als Überraschungsgast an einem "Blood and Honour"-Anlass in Holland aufgetreten. In der Sendung war auch erstmals öffentlich die Musik von Amok zu hören, die sich erstaunlich kompakt mit gut artikuliertem Gesang präsentierte.

Am 25. September 2008 veröffentlichte der *Tagesanzeiger* ein Interview mit dem jüdischen Rechtsanwalt Valentin Landmann, der offenbar das Pflichtverteidigermandat für Thomas Mächler, den Gitarristen von Amok, betreffend der Strafanzeige von Hans Stutz übernommen hat. Zu den Amok-Texten zum Thema Judenhass befragt sagte Landmann: "Aus meinen Gesprächen mit der Band geht hervor, dass es sich nicht um einen verwurzelten Antisemitismus handelt. Sie haben einfach eine Vorliebe für Soldatenlieder und haben nicht weiter reflektiert, welche Folgen diese Lieder haben können." Ausserdem würden Amok nicht mehr mit diesen Liedtexten auftreten.

Am 2. Juni 2010 teilte das Amtsstatthalteramt Luzern mit, die vier 22- bis 29-jährigen Mitglieder von Amok seien wegen Drohung, öffentlicher Aufforderung zu Verbrechen oder Gewalttätigkeit und Rassendiskriminierung mit unbedingten Geldbussen von 120 bis 125 Tagessätzen bestraft worden. Je nach Höhe der einkommensabhängigen Tagessätze machen die Strafen so zwischen 1'200 und 10'800 Franken aus. Zwei Mitglieder wurden ausserdem schuldig gesprochen, dem Waffengesetz zuwider gehandelt zu haben.

Nicht zu verwchseln ist die Rechtsrockgruppe Amok mit der Death Metal-Gruppe Amok aus der Westschweiz.

Besetzung

- **2004- :** Thomas Mächler (Gitarre), unbekannt (Gesang), unbekannt (Bass), unbekannt (Schlagzeug)

Tagblatt.ch

Ostschweiz: 23. Juni 2010, 01:01

Rechte Aussteiger beraten

Vaduz. Die Liechtensteiner Regierung hat ihren Massnahmenkatalog gegen den Rechtsextremismus ergänzt: Aussteiger aus der rechten Szene sollen die Möglichkeit einer professionellen Beratung erhalten.

Das gestern von der Regierung verabschiedete Konzept bietet Aussteigern aus der rechten Szene, Eltern von Szene-Angehörigen, Arbeitgebern und Lehrpersonen die Möglichkeit einer professionellen Beratung.

Die neue Fachgruppe Rechtsextremismus erhielt den Auftrag, Helfer, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, zu betreuen und ein Beratungsprogramm aufzubauen. Ausserdem genehmigte die Regierung eine fünf Jahre dauernde Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein Institut in Bendern über ein Monitoring der Rechtsextremismus-Situation. Eine jährliche Berichterstattung soll eine Beurteilung über den Rechtsextremismus gewährleisten.

Der harte Kern der rechten Szene im Fürstentum wird auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen geschätzt. Neonazis erregten im Fürstentum in jüngster Vergangenheit immer wieder Aufsehen, sei es mit Schlägereien oder Brandanschlägen. (sda)

[Zugriff: 30.8.2010]

Liechtensteiner Volksblatt Online

23.6.2010

Hilfe für Aussteiger

FRONT | Seite 1

VADUZ - Die Liechtensteiner Regierung hat ihren Massnahmenkatalog gegen den Rechtsextremismus ergänzt: Aussteiger aus der rechten Szene sollen die Möglichkeit einer professionellen Beratung erhalten.

Das am Dienstag von der Regierung verabschiedete Konzept bietet Aussteigern aus der rechten Szene, Eltern von Szeneangehörigen, Arbeitgebern und Lehrpersonen die Möglichkeit einer professionellen Beratung. Die neue Fachgruppe Rechtsextremismus erhielt den Auftrag, Helfer, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, zu betreuen und ein Beratungswissen aufzubauen. Ausserdem genehmigte die Regierung eine fünf Jahre dauernde Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein-Institut in Bendern über ein Monitoring der Rechtsextremismus-Situation.

Neonazis sollen vor allem vermehrt beobachtet und die Bevölkerung soll für die Gefahren der rechten Szene sensibilisiert werden. Der harte Kern der rechten Szene im Fürstentum wird auf 30 bis 40 gewaltbereite Personen geschätzt. Neonazis erregten in Liechtenstein immer wieder Aufsehen, sei es mit Schlägereien oder Brandanschlägen. (sda)

südtirolnews.it

14.12.2010 09:18

Bozen: Ermittlungen gegen vier Mitglieder der Laurin-Stiftung



Zwei der Angezeigten sind ehemalige „Südtirol-Aktivisten“
Foto: ansa

Bozen - Die "Patrioten" des Landes, Heimatbund, Süd-Tiroler Freiheit, die Freiheitlichen aber auch die Schützen könnten von zwei ausländischen Stiftungen finanziell unterstützt worden sein. Die Verbindung zu einer der beiden Stiftungen soll bis heute aktiv sein.

Staatsanwalt Guido Rispoli leitete jetzt Ermittlungen ein (SüdtirolNews berichtete bereits). Vier Personen wurden ins Ermittlungsregister eingetragen: der Präsident der Stiftung, den 92-jährigen Otto Scrinzi, die Wienerin Helga Christian, sowie die zwei ehemaligen Südtirol-Terroristen Peter Kienesberger und Erhard Hartung.

Die Südtiroler Wochenzeitschrift "ff" umreißt in ihrer jüngsten Ausgabe ein bisher unbekanntes Szenario und legt Finanzflüsse frei, die auch heute noch die Aktivitäten Südtiroler Patrioten unterstützen könnten. An die Oberfläche gelangten bei der Recherche die Tätigkeiten der Stiftung Niermann, die bis zum Jahre 1987 in Verbindung zu Südtirol stand, sowie die Stiftung Laurin, die auch heute noch aktiv sein soll. Gegen letzter hat Staatsanwalt Guido Rispoli jetzt eine Untersuchung eingeleitet.

Auch die Tageszeitung "Dolomiten" hat dem Thema gestern eine ganze Seite sowie einen Leitartikel gewidmet, worin es um die Frage nach der politischen Radikalisierung geht.

Zu den Spitzenkandidaten der Stiftung Niermann zählte unter anderem der deutsche Industrielle Hermann Niermann. Der bereits 1985 verstorbene Düsseldorfer war ein Freund von Norbert Burger, der als Aktivist der Attentate der Sechziger Jahre zu lebenlanger

Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Auch Erhard Hartung und Peter Kienesberger, beide lebenslang verurteilt, waren in die Geschäfte der Niermann- Stiftung verwickelt und scheinen ebenso in den Reihe der Stiftung Laurin auf.

Letztere hat ihren Sitz in Liechtenstein. Die Recherche der "ff" kann in diesem Zusammenhang auf beträchtliche Summen verweisen, die nach Südtirol flossen. Mehrere Millionen Euro und Teile der Zinserträge aus dem Stiftungskapital sollen demnach für Südtirol bestimmt gewesen sein, in Not geratene Bauern und Aktionen zur Förderung "kultureller Aktivitäten" in Südtirol sind die Empfänger der Gelder.

Unter die Protagonisten der Laurin-Stiftung reihen sich auch der angeblich rechtsextreme Otto Scrinzi und die Wienerin Helga Christian; Entscheidungen zur finanziellen Unterstützung ausgewählter Vereine und Parteien fällten hier jedoch neuerdings Hartung und Kiesberger.

Unter den Zahlungsempfängern sind dabei die Schützen, traditionelle Vereine und andere patriotische Gruppierungen, die im Jahre 2007 mit einer Million Euro rechnen konnten. Auch Pius Leitner von den Freiheitlichen bekam ein Stück vom großen Kuchen - er konnte sich an einem Bankkredit der Stiftung Laurin erfreuen - das Geld soll alte Schulden der Freiheitlichen beglichen haben.

Eva Klotz von der Süd-Tiroler Freiheit dementierte jetzt jegliche Anschuldigungen gegen ihre Partei: "Unsere Kampagne für die Selbstbestimmung Südtirol wurde nicht vom rechten Lager finanziert, sondern von Sven Knoll und mir sowie von Beiträgen zahlreicher Idealisten, die uns unterstützen."

Von: iri

ANHANG 3

zu

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Kampagnen, Behörden, Statements

Kampagnendokumentation

Behördenmeldungen

Interessenvertretungen

U.S. Department of State: Diplomacy in Action – 2009 Human Rights Report: Liechtenstein

Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, 2009 Country Reports on Human Rights Practices, March 11, 2010

Im Internet: http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/eur/136041.htm
Letzter Zugriff: 29.9.2010

Das U.S. Department of State registriert im Länderbericht Liechtenstein 2009 ein Ereignis mit Bezug zu Rechtsradikalismus.

Auszug aus dem Bericht:

RESPECT FOR HUMAN RIGHTS

Section 1 Respect for the Integrity of the Person, Including Freedom From:

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

Section 2 Respect for Civil Liberties, Including:

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

Section 3 Respect for Political Rights: The Right of Citizens to Change Their Government

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

Section 4 Official Corruption and Government Transparency

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

Section 5 Governmental Attitude Regarding International and Nongovernmental Investigation of Alleged Violations of Human Rights

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

Section 6 Discrimination, Societal Abuses, and Trafficking in Persons

(...)

National/Racial/Ethnic Minorities

In September 2008, at a public festival in the town of Mauren, a group of about 20 Swiss and Liechtenstein skinheads carrying stones and sticks had a violent confrontation with Turkish visitors. The clashes ultimately involved several dozen persons. The local police intervened to stop the violence; a police officer and a festival visitor required emergency medical treatment for injuries sustained in the violence. Ten right-wing extremists were detained, eight of whom were released from custody soon thereafter. On November 19, a court convicted a Swiss skinhead and gave him to a suspended prison sentence of four months and a fine of 1,800 Swiss francs (approximately $1,740). The court reduced the prison sentence of a second Swiss skinhead from 10 months in prison to a suspended sentence of six months and ordered him to pay a fine of 5,400 Swiss francs ($5,210). Three Liechtenstein skinheads also were convicted and had to pay fines.
Police estimated the number of violent right-wing extremists, including skinheads, to be not more than 30 to 40 persons. The government continued to monitor right-wing groups.

Section 7 Worker Rights

(keine Hinweise auf Rechtsradikalismus)

2. November 2009

Aktuelle Studie "Rechtsextremismus in Liechtenstein" liegt vor

Vaduz, 2. November (pafl) - In den letzten Jahren ist es auch in Liechtenstein verschiedentlich zu Gewaltvorfällen gekommen, in die Angehörige der rechten Szene involviert waren. Die Vorfälle am Monsterkonzert 2004 in Schaan oder die Auseinandersetzungen am Oktoberfest 2008 in Mauren sind in schlechter Erinnerung geblieben. Darüber hinaus war in den letzten Jahren die Tendenz eines Erstarkens der Szene festzustellen, das sich in einem selbstbewussteren Auftreten von Szenenangehörigen in der Öffentlichkeit (z.B. Feste, Jahrmärkte usw.) äusserte. Die Regierung hat entsprechend reagiert und die Gewaltschutzkommission beauftragt, einen Massnahmenkatalog gegen rechte Gewalt zu erarbeiten. "Eine Monopolisierung des öffentlichen Raums durch die rechte Szene kann und darf nicht toleriert werden. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Regierung sind gefordert, gegen ideologisch motivierte Gewalt von rechts offensiv vorzugehen", betont der zuständige Regierungsrat Hugo Quaderer.

Beleuchtung des Phänomens "Rechtsextremismus"

Die Anregung des UN-Ausschusses zur Verhinderung von Rassendiskriminierung (CERD), sich mit den Hintergründe des Rechtsextremismus in Liechtenstein zu befassen, und der Wunsch nach konkreten Handlungskonzepten gegen rechts veranlasste die Regierung, eine Studie mit dem Titel "Rechtsextremismus in Liechtenstein" in Auftrag zu geben.

Ziel der soziologischen Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz war es, das soziale Phänomen "Rechtsextremismus" im liechtensteinischen Kontext zu beleuchten und die Motive und Beweggründe von rechts orientierten jungen Menschen zu eruieren.

Die Studie wurde in den Jahren 2008/09 durch das Forscherteam Professor Matthias Drilling und Myriam Eser Davolio von der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel durchgeführt und von der Gewaltschutzkommission fachlich begleitet.

Beruflich und sozial meist gut integriert

In einem Methoden-Mix führte das Forscherteam zur Datenerhebung Interviews mit Fachpersonen und Angehörigen der rechten Szene durch. Im Sinne einer Kontextstudie untersuchten die Experten zwei Liechtensteiner Gemeinden. Als wesentliche Motive rechtsextremistischer Haltungen konnten ein starkes "Heimatgefühl", verbunden mit der Angst, die nationale Identität durch Einwanderung und Überfremdung zu verlieren, festgestellt werden. "Die Mitglieder der rechten Szene sind im Unterschied zum Ausland beruflich und sozial meist gut integriert und haben nicht zwingend konkrete Erfahrungen sozialer Benachteiligung gemacht", so Kripo-Chef Jules Hoch, der Vorsitzende der Gewaltschutzkommission.

Empfehlungen und konkrete Massnahmen

Die Verfasser der Studie schlagen nunmehr aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse

konkrete Massnahmen vor. "Präventionsangebote sowie Aussteigehilfen sollen unabhängig vom Anlass und mit Einbezug der Eltern institutionalisiert angeboten werden. Die Experten von der Fachhochschule Nordwestschweiz schlagen unter anderem auch vor, die ämterübergreifende und interinstitutionelle Zusammenarbeit zu verstärken. Damit können Personen in der Verwaltung, Fachpersonen wie auch die ganze Zivilgesellschaft stärker für die Problematik sensibilisiert werden. Zudem wird die Melde- und Anzeigebereitschaft im Allgemeinen entsprechend erhöht", erläutert Jules Hoch.

"Massnahmenkatalog" folgt

Die Regierung hat die Gewaltschutzkommission beauftragt, die Empfehlungen des Forscherteams hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit in Liechtenstein zu evaluieren. Bis Ende März 2010 soll die Gewaltschutzkommission der Regierung einen auf der Studie basierenden geeigneten "Massnahmenkatalog" unterbreiten.

<media 1708 _blank external-link-new-window>Studie zum Download</media>

Rückfragehinweis:
Stabstelle für Kommunikation
Tel: +423 236 7461
press@liechtenstein.li

zurück zur Übersicht

Ergänzende Medieninformationen zu MAX

Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX)

In den Jahren 2008/09 wurde im Auftrag der Regierung die Studie ‚*Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein*' von der Fachhochschule Nordwestwschweiz durchgeführt. Die Studienverfasser leiteten aus ihren Erkenntnissen mehrere Handlungsempfehlungen ab. Die Regierung beauftragte im Oktober 2009 die Gewaltschutzkommission diese zu prüfen und bis Ende März 2010 einen konkreten Massnahmenkatalog zu erarbeiten. Dieser *Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX)* hat die Regierung in ihrer letzten Sitzung zur Kenntnis genommen und die Gewaltschutzkommission mit den konkreten Umsetzungsarbeiten betraut. Der MAX sieht Massnahmen in unterschiedlichen Bereichen vor. So soll einerseits die Gesamtbevölkerung mittels einer Kampagne für die Gefahren rechtsextremer Ideologien sensibilisiert und anderseits Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal durch gezielte Weiterbildungsangebote für einen professionelleren Umgang mit rechtestremen Tätern befähigt werden. Hiezu gehört auch, die Bereitstellung spezifischer sozialpädagogischer Angebote für straffällige Rechtsextreme, damit die Bewährungshilfe gezielter mit diesen verurteilten Tätern arbeiten kann – auch im Rahmen der Diversion. Ebenfalls sollen für Angehörige und Bezugspersonen von Rechten adäquate Unterstützungs- und Beratungsstrukturen geschaffen werden. Die konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei hat sich bewährt und wird beibehalten.

Als Sofortmassnahme hat die Regierung der Lancierung einer Sensibilisierungskampagne gegen rechtes Gedankengut und rechte Gewalt zugestimmt. Es ist geplant, Meinungsführer aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für kurze Statements zu gewinnen und ihre ‚*testimonies*' gegen rechte Ideologie und Gewalt zu publizieren. Ziel dieser Kampagne ist es, Werthaltungen zentraler Persönlichkeiten der Liechtensteiner Gesellschaft sichtbar zu machen, um klar zu stellen, dass rechtsextreme Positionen wie Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt als Problemlösungsmittel keine Akzeptanz in unserem Land haben. Die Illusion der rechten Szene, mit ihrer Ideologie und ihren Taten die Unterstützung einer schweigenden Mehrheit in Liechtenstein haben und diese zu repräsentieren, soll als Selbsttäuschung entlarvt werden.

Ebenfalls dringlich soll ein Beratungskonzept für Aussteigewillige, Angehörige und Bezugspersonen von Rechtsextremen bis Ende 2010 erarbeitet werden. Auf die Schaffung einer

neuen Beratungsstelle wird verzichtet. Vielmehr sollen bestehende Angebote optimiert und ein *‚Runder Tisch REX'* kreiert werden. Dieses interdisziplinär zusammengesetzte Fachberatergremium soll Fachleute aus dem psychosozialen Bereich bei der Klientenarbeit coachen – ein Modell das sich in anderen Kontexten bereits bewährt hat. Das Amt für soziale Dienste wird in Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzkommission bis Ende Mai ein entsprechendes Beartungskonzept vorlegen.

Die Regierung beauftragt ferner die Gewaltschutzkommission mit der Sicherstellung eines kontinuierlichen Monitorings und der dafür notwendigen Dokumentation des Rechtsextremismus in Liechtenstein. Die Dokumentation von Vorfällen und relevanten Ereignissen soll durch eine unabhängige Einrichtung wie das Liechtenstein Institut gewährleistet werden. Die Sicherstellung eines regelmässigen Lagebildes erlaubt eine frühzeitige politische Reaktion auf sich abzeichnende Entwicklungen in Liechtenstein.
Auf individueller Ebene soll das frühzeitige Erkennen des Abrutschens von Jugendlichen in die rechte Szene (Karrierebildung) mit einer verstärkten Vernetzung von Schule (Lehrerschaft, Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst) einerseits und offener Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugenddienst des Amtes für soziale Dienste anderseits gewährleistet werden.

Die Forscher weisen in ihrer Studie darauf hin, dass ein offener gesellschaftlicher Diskurs über Themen wie Identität, Migration, Heimat, Globalisierung etc. die gesellschaftliche Wahrnehmung rechtsextremer Ideologie und Gewalt direkt beeinflusst und somit ein wichtiger Beitrag für die Verhinderung einer Erstarkung rechtsextremen Gedankenguts in Liechtenstein darstellt. Der MAX benennt diesbezüglich keine konkreten Massnahmen, sondern regt vielmehr an, die bestehenden Strukturen und Programme zu optimieren. Denn mit dem Integrationsbeauftragten, der Kommission für Chancengleichheit und der Stabsstelle für Chancengleichheit bestehen bereits Einrichtungen, die in ihrem Pflichtenheft die Behandlung von Themen wie Integration, Migration und Chancengleichheit stehen haben. Hier wird empfohlen, bestehende Programme umzusetzen (z.B. Integrationsleitbild) und die Strukturen zu reorganisieren.

Press release detail Date and time 01.04.2010 09:45 Title

Regierung beschliesst konkrete Massnahmen gegen Rechtsextremismus

Vaduz, 1. April (pafl) - Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 30. März 2010 einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus verabschiedet und die Gewaltschutzkommission mit den Umsetzungsmassnahmen betraut. Dieser Massnahmenkatalog basiert auf Handlungsempfehlungen eines Forscherteams der Fachhochschule Nordwestschweiz, das im Auftrag der Regierung in den Jahren 2008/09 eine Studie zur Ergründung der Ursachen für Rechtsextremismus in Liechtenstein durchführte.

Der Massnahmenkatalog sieht in unterschiedlichen Bereichen klare Massnahmen vor. Neben einer kontinuierlichen Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Vorfälle sowie dem Umgang mit diesem Phänomen wird eine Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung für die Gefahren von Rechtsextremismus angestrebt. Angehörige und Bezugspersonen von rechtsextremen Personen sollen ein konkretes und fundiertes Beratungs- und Unterstützungsnetz erhalten. Sozialtätige, Pädagogen, Justiz- und Polizeibeamte sowie privates Sicherheitspersonal sollen durch gezielte Weiterbildungsangebote für einen professionelleren Umgang mit rechtsextremen Tätern befähigt werden. Hierzu gehört auch die Bereitstellung spezifischer sozialpädagogischer Angebote für straffällige Rechtsextreme, damit die Bewährungshilfe gezielter mit verurteilten rechtsextremen Tätern arbeiten kann - auch im Rahmen der Diversion. Schliesslich soll die konsequente Verfolgung von rechter Gewalt durch Justiz und Polizei beibehalten werden.

Klare und sofortige Umsetzungsmassnahmen

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Massnahmenkatalogs hat die Regierung drei Umsetzungsmassnahmen aus dem Gesamtkatalog sofort in die Wege geleitet: So soll eine Sensibilisierungskampagne gegen rechtes Gedankengut und rechte Gewalt durchgeführt werden. Ziel dieser Kampagne ist es, weltoffene und tolerante Werthaltungen von Persönlichkeiten der Liechtensteiner Gesellschaft sichtbar zu machen. Damit soll klargestellt werden, dass rechtsextreme Positionen wie Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt keine Akzeptanz in unserem Land finden.

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, bis Ende Mai 2010 ein Beratungskonzept für Aussteigewillige, Angehörige und Bezugspersonen von Rechtsextremen zu erarbeiten. Mit diesem Konzept sollen bestehende Angebote besser vernetzt und fachlich vertieft und ein niederschwelliger Zugang für Betroffene sichergestellt werden.

Gewaltschutzkommission übernimmt Überwachung von rechtsextremen Phänomenen

Mit der kontinuierlichen Überwachung von rechtsextremen Phänomenen in Liechtenstein wird die Gewaltschutzkommission beauftragt. Zu diesem Zweck soll die Gewaltschutzkommission eine Kooperation mit dem Liechtenstein Institut als unabhängige Forschungseinrichtung prüfen, um eine langfristige Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Phänomene durch das Institut sicherzustellen. Dies ermöglicht es der

Gewaltschutzkommission, bedrohliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Gegenmassnahmen in die Wege zu leiten.

[Zugriff: 24.8.2010]

Kampagne „Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt“

Im Mai/Juni 2010 wurde in den liechtensteinischen Zeitungen im Auftrag der Regierung und der Gewaltschutzkommission eine Inseratekampagne gegen rechte Gewalt durchgeführt. Auf den nachfolgenden Seiten sind die Sujets abgebildet.



Publikationen:
LIEWO 30. Mai 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:		
Volksblatt (gross)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*
Vaterland (normal)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Vaterland (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*8. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Volksblatt (gross)	*10. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
FLASH 10. Juni 200 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 30. Mai 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:		
Volksblatt (gross)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*
Vaterland (normal)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Vaterland (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*8. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Volksblatt (gross)	*10. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
FLASH 10. Juni 200 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 30. Mai 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:		
Volksblatt (gross)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*
Vaterland (normal)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Vaterland (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*8. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Volksblatt (gross)	*10. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
FLASH 10. Juni 200 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 30. Mai 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*1. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:		
Volksblatt (gross)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*
Vaterland (normal)	*4. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Vaterland (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*
Volksblatt (normal)	*5. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:
LIEWO 6. Juni 210 x 75 mm



Publikationen:

Vaterland (gross)	*8. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:

Volksblatt (gross)	*10. Juni*	*286 x 100 mm*



Publikationen:
FLASH 10. Juni 200 x 75 mm

PressemitteilungenRegierung verabschiedet weitere Massnahmen gegen Rechtsextremismus22.06.2010

Vaduz, 22. Juni (pafl) - Ende März verabschiedete die Regierung einen Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX). Im Sinne von Sofortmassnahmen beauftragte sie die Gewaltschutzkommission mit der Lancierung einer Sensibilisierungskampagne - sie läuft bereits seit Ende Mai unter dem Slogan "Gemeinsam Gesicht zeigen gegen rechte Gewalt" - und der Erarbeitung eines Beratungskonzepts für Aussteiger, Eltern und Sozialtätige. Zudem sollte eine Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein-Institut über ein Monitoring des Rechtsextremismus in Liechtenstein abgeschlossen werden.

In ihrer Sitzung vom 22. Juni 2010 hat nun die Regierung ein Beratungskonzept verabschiedet, das Aussteigern aus der rechten Szene, Eltern von Szenenangehörigen, Arbeitgebern, Lehrpersonen und Sozialtätigen die Möglichkeit professioneller Beratung bietet. Die neue Fachgruppe Rechtsextremismus, bestehend aus Fachleuten aus dem psychosozialen Bereich und unter dem Vorsitz von Ludwig Frommelt vom Amt für Soziale Dienste, hat den Auftrag, Helfer, die mit der Thematik Rechtsextremismus konfrontiert sind, zu coachen und Beratungswissen aufzubauen. Die Regierung verzichtet zu Gunsten eines niederschwelligen Ansatzes damit bewusst auf die Schaffung einer speziellen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus. Betroffene sollen sich an irgendeinen Berater ihres Vertrauens wenden können, der dann seinerseits von der Fachgruppe bei rechtsextremismusspezifischen Fragestellungen im Beratungsprozess gecoacht wird.

Gleichzeitig hat die Regierung auch die Leistungsvereinbarung mit dem Liechtenstein Institut in Bendern zum Monitoring der Rechtsextremismussituation in Liechtenstein genehmigt. Mit der Leistungsvereinbarung werden die Dokumentation sowie die regelmässige Berichterstattung über relevante Themen und Vorfälle im Zusammenhang mit Rechtsextremismus in Liechtenstein durch eine unabhängige Einrichtung gewährleistet. Die jährliche Berichterstattung soll eine kontinuierliche Beurteilung der Rechtsextremismussituation in Liechtenstein ermöglichen, um rechtszeitig auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Die Leistungsvereinbarung ist für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und kann verlängert werden. [Zugriff 23.8.2010]

Dr. Aurelia Frick, Regierungsrätin



Im Internet: http://www.regierung.li/index.php?id=141&uid=116

[Letzter Zugriff: 23.8.2010]

Amt für Auswärtige Angelegenheiten in der Gewaltschutzkommission vertreten

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 13. Juli 2010 beschlossen, Alicia Längle als Vertreterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten in die Gewaltschutzkommission zu bestellen.

Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie zu den Ursachen von Rechtsextremismus in Liechtenstein und der darauf gründende Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus (MAX) basieren auf einer Empfehlung des Überwachungsausschusses unter dem Antirassismusübereinkommen der UNO. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ist in Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen Fachämtern und –stellen innerhalb der Landesverwaltung zuständig für die regelmässigen Berichterstattungen und die Vorstellungen der liechtensteinischen Berichte an die Überwachungsausschüsse unter den internationalen und regionalen Menschenrechtsübereinkommen. Mit ihrem Einsitz in der Gewaltschutzkommission wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bekämpfung von Gewaltphänomenen eine Massnahme zum Schutz der Menschrechte darstellt, die in internationalen und regionalen Menschenrechtsübereinkommen verankert sind.

Kleine Anfragen

Flugblatt "Nationaler Sozialismus"

Landtagssitzung vom 24./25./26.11.10

Anfrage: Landtagsabgeordneter Peter Lampert
Beantwortung: Regierungsrat Hugo Quaderer

Frage:

Kürzlich wurde ein Flugblatt in Liechtenstein gestreut. Dieses Flugblatt mit dem Titel „Nationaler Sozialismus“ hat laut Zeitungsbericht einen rechtsextremen Inhalt.

1. *Hat sich in dieser Sache die Staatsanwaltschaft eingeschaltet?*
2. *Ermittelt die Polizei, um die Urheber des Schreibens ausfindig zu machen?*
3. *Gibt es Ergebnisse der Ermittlungen?*

Antwort:

Zu Frage 1:

Das Flugblatt „Nationaler Sozialismus Bürgerinformation für Liechtenstein“ wurde in der Nacht zum 17. Oktober 2010 in verschiedenen Gemeinden, insbesondere im Unterland, durch Einwurf in Briefkästen verteilt. Einen dazu von der Polizei am 19. Oktober 2010 der Staatsanwaltschaft übermittelten Bericht hat die Staatsanwaltschaft am 27. Oktober 2010 gemäss § 22 Abs. 1 StPO zurückgelegt, also das Verfahren eingestellt, weil der Tatbestand der Rassendiskriminierung nach § 283 StGB nicht erfüllt ist. Der Inhalt des Flugblattes überschreitet die vom Strafrecht gezogenen Grenzen der freien Meinungsäusserung nicht.

Zu Frage 2:

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachtes der Übertretung nach Artikel 93 Abs. 1 Buchstabe c des Mediengesetzes. Nach dieser Bestimmung ist von der Regierung wegen Übertretung mit einer Busse von bis zu 10 000 Franken zu bestrafen, wer vorsätzlich Medien verbreitet, in denen das nach Art. 11 vorgeschriebene Impressum fehlt. Der oder die Täter konnten bisher nicht ausgeforscht werden.

Zu Frage 3:

Die Ermittlungen gestalten sich schwierig, da auch Zeugenaufrufe bisher keine konkreten Hinweise auf die Täterschaft gebracht haben. Die Ermittlungen dauern noch an.

Im Internet: http://www.llv.li/rss/llv-rfl-kleineanfragen-aktuell?reference=146022&nav=teaser&viewpos=33159&imainpos=33158. Zugriff: 27.12.2010.

ANHANG 4

zu

Rechtsextremismus in Liechtenstein
Monitoringbericht 2010

Dokumente aus der Szene

Flugblätter

Internetplattformen

Ausländerkriminalität und Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein!

17.08.2010

Auf der Internetplattform Fakt – Fiktionen (fact-.fiction.net)findet sich eine Polemik gegen die Rechtsradikalismus-Studie von Eser Davolio, Miryam/Drilling, Matthias (2009).

Im Internet: http://fact-fiction.net/?p=4829, zudem noch 103 Antworten zu "Ausländerkriminalität und Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein!"
Auch zu finden unter:
http://rocknord.net/forum/topic.php?t=4494http://rocknord.net/forum/topic.php?t=4494
(Letzter Zugriff: 27.9.2010)



Es ist zum Totlachen! Liechtenstein hat 35.789 Einwohner, ein Drittel sind Ausländer. Die Ausländerkriminalität im Fürstentum liegt doppelt so hoch bei 66%. Das heißt, exakt zwei Drittel aller ermittelten Tatverdächtigen sind Ausländer, wobei das wohl auch Pendler sein können, aber was ließ die Regierung von Seiner Durchlaucht, Fürst Adam II., deshalb politkorrekt untersuchen? Den Rechtsextremismus im Fürstentum!

Hier ist die Kriminalstatistik 2009! Wobei die Kriminalität natürlich niedrig ist, null Morde, zwei Vergewaltigungen und so was! Dafür 216 Einbruchsdiebstähle, 156 Tatverdächtige wurden ermittelt, darunter 114 Ausländer, oder 90 Raufhändel, 77 Täter ermittelt, 39 davon Ausländer. Aber es gab leider auch vier Fälle von Rassendiskriminierung, wovon nur zwei Fälle aufgeklärt wurden, je ein Täter In- und Ausländer. Deshalb mußte dringend eine Studie über Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein erstellt werden, und dazu berief man Miryam Eser Davolio und Matthias Drilling, eine Flachhochschul-Doktorin und einen Flachhochschul-Professor aus der Schweiz, denen es gelang, tief in den rechstextremen Sumpf des Fürstentums einzudringen:

Dazu wurde ein Methoden-Mix angewendet, wie es bei eher explorativ-investigativen Studien üblich ist: Interviews mit Fachpersonen, von Rechtsextremismus Betroffenen sowie

und erschliessen den Kontext, in dem Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein seinen Ausdruck findet; zwei Gemeindestudien vertiefen die Kontextanalyse und zeigen konkrete Handlungsspielräume bei der Formulierung von Antworten auf Rechtsextremismus auf. Zur Validierung der vorläufigen Ergebnisse wurden Diskussionen mit der Gewaltschutzkommission und im Rahmen von zwei thematischen Diskussionsabenden in Jugendtreffs geführt. Schliesslich diente ein Workshop mit internationalen Experten zu Rechtsextremismus und Gewalt der Einordnung der Ergebnisse in einen länderübergreifenden Kontext.

Einer der genannten internationalen Experten, Prof. Franz-Josef Krafeld, kam gerne 1000 Kilometer aus Bremen angereist, ein anderer Flachkopf aus Halle! Wie das Foto zeigt, entgeht dem kritischen Blick Krafelds kein irgendwie nach rechts hängender Grashalm! Nein, es ist

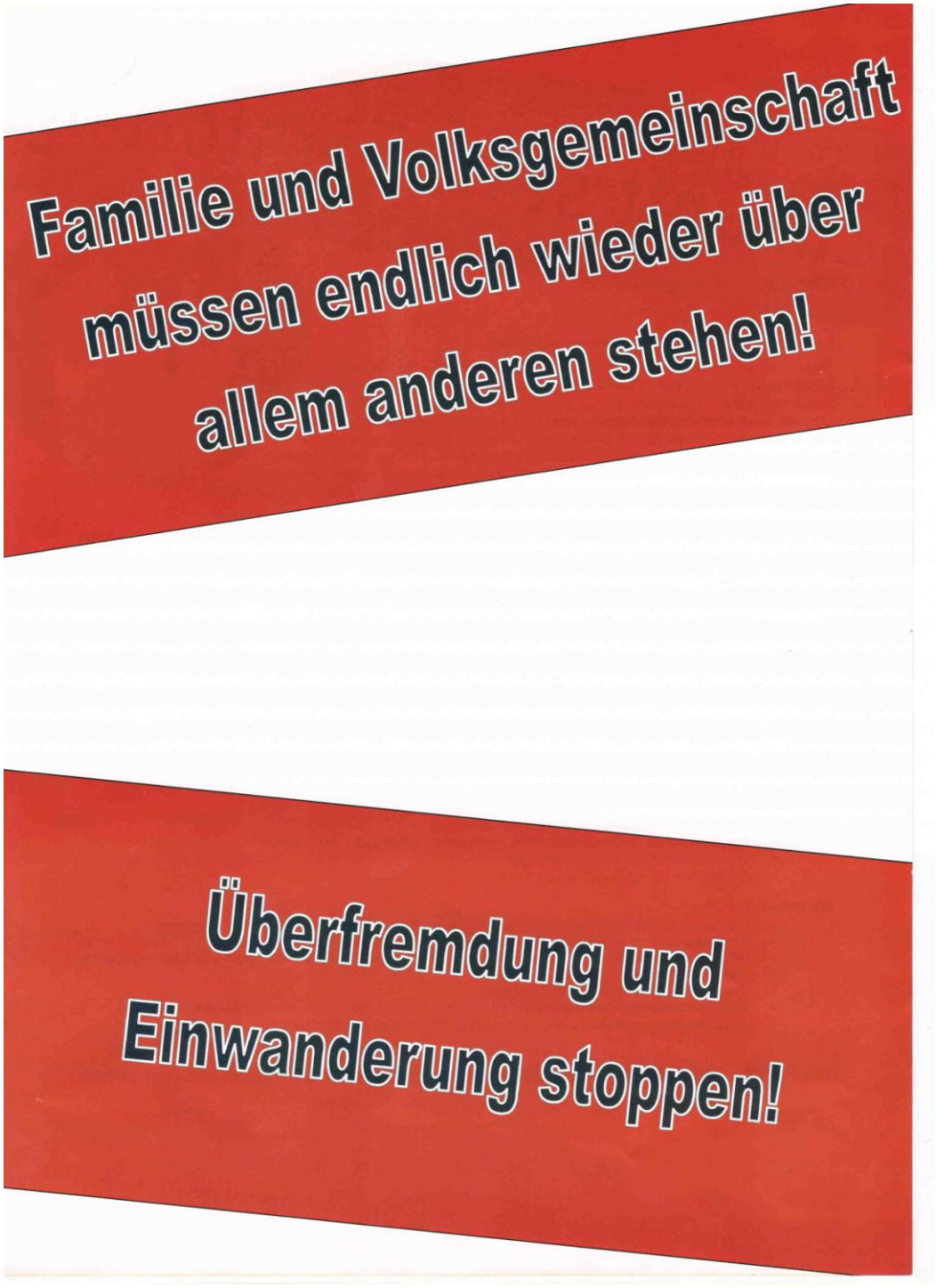
nicht zum Totlachen! Hier hat zwar das reiche Liechtenstein sein Geld für eine Studie roter Ideologen zum Fenster rausgeworfen, aber in der BRD gehen inzwischen die Summen im

Milliarden. Wieviel tausend Personen an Unis, Fachhochschulen, Bildungseinrichtungen, NGOs und Ämtern ernähren sich parasitär, ohne erkennbaren Nutzen, seit Jahren nur von derartig gequirlter Schifferscheiße und kriegen dafür Staatsknete, also unser aller Steuergeld? Lesen Sie den Dreck, wenn Sie es nicht glauben! (Dank für Tipp an Faber!)

Dieser Eintrag wurde am 17.08.2010 um 12:49 Uhr geschrieben. Kategorie: Idioten, Kampf gegen Rechts, Politkorrekt.

Flugblatt (Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein) vom 14./15. November 2009

Verteilt in Briefkästen verschiedenen Gemeinden Liechtensteins. Gegen die Urheber wurde wegen Verletzung der presserechtlichen Bestimmungen ermittelt, da ein Impressum fehlte. Strafrechtliche Vorschriften (Anti-Rassismus-Artikel) waren nicht verletzt. Zehn rechtsradikale Personen wurden nach einem Ermittlungserfolg der Landespolizei angezeigt, in den Jahren 2006, 2007 und 2009 anonyme Flugblätter verteilt zu haben. (Bericht im Liechtensteiner Vaterland vom 8. Juli 2010: Flugblätter stammen aus der rechten Szene)



Zukunft statt Zerstörung



Liebe Liechtensteinerinnen, Liebe Liechtensteiner

Viele Fragen stellen sich nach den Ursachen für die heutigen Missstände in unserer Gesellschaft. Probleme wie Jugend- und Ausländergewalt, Vandalismus, Respektlosigkeit gegenüber Mensch und Umwelt, aber auch Bevölkerungsrückgang und Integrationsprobleme durch das gescheiterte Ideal der Multikultur sind akuter denn je. Schnell stehen dann Politiker und Medien mit den „passenden" Antworten bereit. Im Getümmel von Parteipropaganda und Schuldzuweisung wird dabei immer wieder behauptet, dass einzelne, fehlgeleitete Individuen schuld an dieser Entwicklung seien. Doch gerade in dieser Argumentation liegt ein gefährlicher Trugschluss.

Unsere Gemeinschaft wird durch die natürliche **Identitätskette Familie, Sippe, Stamm, Volk** begründet, welche sich schliesslich als gemeinsamen Willensausdruck zur Nation formt. Nur unter Bewahrung der natürlichen Kette kann innerhalb der Nation eine nach innen solidarische und nach aussen souveräne Gemeinschaft gedeihen. Wenn sich allerdings auf der letzten Stufe, der Volksgemeinschaft und Nation, Probleme offenbaren, muss an der Wurzel gehandelt werden. **Die Familie bildet die Keimzelle des Volkes**. Der heutige Zustand sowie der Stellenwert der Familie bestimmen deshalb massgeblich die zukünftige Entwicklung unserer Nation und unseres Landes.

Dieser Einsicht folgend ist es an der Zeit, liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, sich die momentanen Missstände endlich einzugestehen. Anschliessend können wir aus der Vergangenheit lernend und unter Rückbesinnung auf die traditionellen Werte und Strukturen eine bessere Zukunft für unsere Kinder, unser Volk und schliesslich unsere Nation gestalten. Entsprechend müssen folgende Tendenzen, welche die Lage der Nation schon verschlimmert haben und/oder noch verschlimmern werden, auf das Schärfste bekämpft und korrigiert werden.

Tendenzen wie:

- Fehlende Förderung der liechtensteinischen Kultur
- Fehlende Heimatkunde und Traditionsbewusstsein
- Auslagerung der gesamten Erziehung an staatliche und private Institutionen
- Umerziehung durch Politik und Medien
- Einwanderung

Wir fordern deshalb:

- Heimatkunde und Achtung von Vater und Mutter als Grundlagen liechtensteinischer Erziehung.
- Förderung unserer eigenen Art, Erhaltung unserer Kultur, Wahrung unserer Nation.
- Keine Auslagerungen der Kindererziehung an private oder staatliche Institutionen wie Kindertagesstätten und Ganztagsschulen.
- Anhalten der Medien zu Anstand und Sitte.
- Einwanderungsstopp sowie sofortige Rückführung hier lebender krimineller Fremder in ihre Heimat.
- Anschliessend genereller Einwanderungsstopp. Das Gastrecht gilt weiterhin.

Die Familie und Volksgemeinschaft muss endlich wieder über allem anderen stehen.

Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein

Thor Steinar und Thor Steinar Kundendatenbank

Zusammengefasste Informationen über Thor Steinar aus: Wikipedia.
Im Internet: http://de.wikipedia.org/wiki/Thor_Steinar
(Letzter Zugriff: 27.9.2010)

Thor Steinar ist eine Bekleidungsmarke der MediaTex GmbH, deren Artikel als ein Erkennungsmerkmal der neonazistischen Szene gelten. In der Öffentlichkeit wird Thor Steinar meist in diesem Zusammenhang thematisiert.
Die Marke wurde im Oktober 2002 von Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen bei Berlin registriert, im November 2008 wurde die MediaTex GmbH
an die Al Zarooni Tureva mit Sitz in Dubai verkauft und wird seitdem von mehreren Neonazi-Gruppen boykottiert.



Das alte Logo mit Runenzeichen (links) wurde von mehreren Gerichten und Staatsanwaltschaften als Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen identifiziert. Das neue Logo (rechts) gilt als unbedenklich.

Die meisten Textilien tragen den Schriftzug Thor Steinar und das neue oder alte Logo der Firma, teilweise auch in Kombination mit der norwegischen Flagge, wogegen sich der norwegische Staat mit einer Anzeige wehrte. Typisch für einen Teil der Textilien ist die martialische Aufmachung, auch durch die Verwendung von Fleckentarnung. Stilistisch lehnt sich die Marke sehr stark an bestehende Streetwearstyles an. Thor Steinar bietet zudem insbesondere eine Reihe von Kleidungsstücken an, die Klassikern oder den jeweils aktuellen Moden etablierter Marken sehr nahe kommen.

Im Zusammenhang mit Thor-Steinar-Läden kommt es immer wieder zu Protesten, Kündigungen und Räumungsklagen. Nach Protesten hat Amazon Thor-Steinar-Produkte entfernt und den ausschliess

Thor Steinar Kundendatenbank

Die Kundendatenbank des Online-Thor-Steinar-Versandes für Vorarlberg und Liechtenstein wurde gehackt. Kunden/innen aus Liechtenstein waren überproportional vertreten: 27 Besteller/innen aus Vorarlberg wurden registriert (Gesamtbevölkerung: ca. 3), 33 aus L)

Im Internet: [redacted]
(Letzter Zugriff: 27.9.2010

Dieses System bringt uns den Volkstod

Am Vormittag des 6. September 2010 wurden beim Schulzentrum Unterland Aufkleber an einer Strassenlaterne und einem Abfalleimer festgestellt und zur Anzeige gebracht. Ein Internet-Link auf dem Aufkleber führt zur Website der Jungen Nationaldemokraten (JN). Diese versteht sich gemäss Selbstdeklaration als Kaderorganisation der Nationalen Bewegung und formaljuristisch als Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).







Rechtsradikale Schmiererei auf einer Sitzbank

Foto: 9. September 2010, Bushaltestelle Bendern-Post

Anmerkung: das Hakenkreuz wurde am nächsten Tag übermalt



„Hitler 2.0“ bei Bushaltestelle

Foto: Mitte September in Gamprin („Hitler 2.0“-Schriftzug mit Konterfei von Tilo Sarrazin). Die ideologische Stossrichtung 9 ist unklar.



Folgeseiten:

Infoblatt 1/2010

Nationaler Sozialismus – Bürgerinformation für Liechtenstein

Verteilt in einer Nachtaktion in Briefkästen in Liechtenstein am 14./15. November 2010.

Infoblatt 1 | 2010

Nationaler Sozialismus

Bürgerinformation für Liechtenstein

Eine kurze & sachliche Einführung

Wenn wir heute vom **Nationalen Sozialismus** hören, ist uns vermeintlich klar, um was es geht. Ewiggestrige, welche Ausländer und andere Minderheiten hassen und sich nichts mehr wünschen, als die Wiederauferstehung des Dritten Reiches. Der **Nationale Sozialismus** hat jedoch nicht die Wiederherstellung vergangener Zustände zum Ziel, sondern die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft in natürlichen Verhältnissen.

Dieses über Jahrzehnte durch Medien und Politiker konstruierte und gebetsmühlenartig wiederholte Bild des „Feindes der Demokratie" hat eine Mauer des Schweigens aufgebaut, die jegliche sachliche Auseinandersetzung verhindert.

Der **Nationale Sozialismus** ist sowohl Weltanschauung als auch Lebenshaltung. Als Weltanschauung ist er eine moderne, gesunde und aufgeschlossene Erkenntnislehre. Als Lebenshaltung bildet er für den Einzelnen einen Orientierungsrahmen für Recht und Moral, für das Volk als Ganzes den Ordnungsrahmen für das Zusammenleben.

Wir bitten Sie nun, sich von dem Dogma und der Unmündigkeit zu befreien und sich anhand dieser kurzen Broschüre selbst ein Bild davon zu machen. Danach können und dürfen Sie ein Urteil fällen. In der Broschüre werden die zwei Bausteine - Nationalismus und Sozialismus - einzeln erörtert und schliesslich die Bedeutung des **Nationalen Sozialismus** als Alternative zum liberalen Kapitalismus und marxistischen Kommunismus verdeutlicht.Angesichts der scheinbar unlösbaren Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung, Kriegen u.v.m. ist eine ernsthafte und grundlegende Auseinandersetzung mit Alternativen notwendiger und zwingender denn je.

Nationalismus

Nationalismus beutetet für uns, die Verschiedenartigkeit der Völker erkannt zu haben und die Vielfalt der Kulturen dieser Erde wertzuschätzen und auch erhalten zu wollen. Die Verschiedenartigkeit der Völker bedeutet aber nicht deren Verschiedenwertigkeit, denn: Dem Nationalismus liegt die Idee souveräner Völker zugrunde, die selbst über ihre Zukunft bestimmen können. Somit sehen wir uns anderen Nationen nicht als Überlegen und werten diese nicht ab, daher distanzieren wir uns deutlich von chauvinistischen und sozialdarwinistischen Ideen, die nicht mit unserem Verständnis von Nationalem Sozialismus vereinbar sind.

Nationalismus bedeutet für uns somit auch immer Antiimperialismus und Solidarität mit allen Völkern, die – sei es auf wirtschaftlicher oder militärischer Ebene – an ihrem Selbstbestimmungsrecht gehindert werden. Eine Missachtung dieser Selbstbestimmung mündet im Imperialismus und schliesslich im Krieg unter den Völkern. Die USA unter dem Deckmantel der universalen Menschenrechte soll uns hier ein mahnendes Beispiel sein.

Wir vertreten die Tatsache, dass ein Sozialismus, auf welchen später genauer eingegangen werden soll, nur auf nationaler Basis funktionieren kann, denn nur eine starke Gemeinschaft kann eben diesen erfolgreich durchführen. Die sozialistische Gemeinschaft muss aufgrund dessen eine Volksgemeinschaft sein, eben eine, welche sich nicht in kultureller, sprachlicher oder ethnischer Herkunft unterscheidet.

Die Vermischung der Kulturen und der Völker hat keinerlei Sinn, denn man schafft da durch nichts neues, wie so oft fälschlicherweise behauptet, sondern man zerstört im Endeffekt unsere Identität – das ist eine Katastrophe, welche es aufzuhalten gilt. Wir sind der Ansicht, dass die Welt nur dann in Frieden leben kann, wenn jedes Volk seinen angestammten Platz zugesprochen bekommt. Dieser sollte selbstverständlich dort sein, wo die jeweiligen kulturellen Wurzeln liegen. Der Leitspruch lautet deshalb: „Jedem Volk sein Land, jedem Land sein Volk“



« Vielfalt der Kulturen erhalten »

Sozialismus

Der Sozialismus im Nationalen Sozialismus umfasst zwei Ebenen, die der Wirtschaft und die der Volksgemeinschaft.

Sozialismus in der Wirtschaft

Der Sozialismus schafft ein alternatives Wirtschaftssystem mit folgenden Schwerpunkten:

- Verstaatlichung von Schlüsselbereichen
  Die Grundversorgung obliegt dem Staat. Der Umfang der Grundversorgung soll durch das Volk definiert und durch den Staat organisiert sein. Post-, Verkehrs-, Banken- und Verteidigungswesen sind Schlüsselbereiche, die nichts in privater Hand oder von sogenannten Interessengruppen verloren haben.

- Neuorganisation von Firmenstrukturen
  Anonyme und international tätige Unternehmensstrukturen müssen abgeschafft werden. Die Wertschöpfung, welche innerhalb eines Landes erbracht wird, darf nicht über internationale Strukturen abgetragen werden. Gleichzeitig sollen kleinere und mittlere Betrieben genossenschaftlich organisiert werden.

- Eigentumsverhältnisse und Verantwortung
  Privateigentum bildet weiterhin die Grundlage des Wirtschaftssystems. Eine Verstaatlichung widerspricht dem natürlichen Antrieb des Menschen. Gleichzeitig müssen Firmen wieder in die Verantwortung volksgetreuen Bürgern zurückgeführt werden.

Sozialismus in der Volksgemeinschaft

Sozialismus in der Volksgemeinschaft umfasst die Werthaltung gegenüber der Wirtschaft. Hierbei gelten folgende Prinzipien:

- Die Wirtschaft hat dem Staat zu dienen und nicht umgekehrt
- Nicht die Profitmaximierung, sondern die nachhaltige Entwicklung stehen im Vordergrund
- Arbeit ehrt: Jeder der arbeitet erhält unabhängig von der Tätigkeit die Wertschätzung des Volkes und entsprechend einen Lohn, mit dem er sich und seine Familie ernähren kann

Nationaler Sozialismus
Der 3. Weg

Der **Nationale Sozialismus** zeigt einen Dritten Weg jenseits der verstaubten Ideologien auf. Sie mögen sich fragen, warum wir vom altbekannten und anscheinend altbewährten Pfad abweichen sollen und einen neuen Weg einschlagen müssen?

Nachdem sich der Kapitalismus gegenüber dem Kommunismus durchgesetzt und über Jahrzehnte seinen Siegeszug angetreten hat, zeigt sich nun, dass auch er ein Verfallsdatum hat. Wir unterscheiden nicht zwischen einem „raffenden" und einem „schaffenden" Kapitalismus, da wir erkannt haben, dass es der untrennbar mit ihm verbundene Wachstumszwang ist, der auf dem Weg zur Profitmaximierung skrupellos so viel vernichtet, was uns am Herzen liegt. Seine Folgen sind die Auflösung von Grenzen und Völkern, das Degradieren von Menschen zu Lohnsklaven der kapitalistischen Verwertungslogik, Armut, Umweltzerstörung und Krieg – in so einer Welt wollen wir nicht leben.

Der **Nationale Sozialismus** hingegen bricht mit dem Wachstumsdogma. Er schafft mit dem Nationalismus ein Ordnungsmodell für das friedliche Zusammenleben und Nebeneinander der Völker. Mit dem Sozialismus begründet er ein Wirtschafts- und Gemeinschaftsmodell, das eine natürliche und nachhaltige Entwicklung der einzelnen Nationen ermöglicht. Dieser ganzheitliche Ansatz mit der Symbiose von Nationalismus und Sozialismus bildet die einzige Alternative für unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Folglich lautet unsere Antwort auf die bestehenden Missstände in diesem System, den Kapitalismus (mit seinen wenigen Gewinnern) und den weltweiten Globalisierungswahn – **Nationaler Sozialismus**!





« Friedliches Zusammenleben »

Nationaler Sozialismus ist Zukunft

Foto: 25.. November 2010. Eine unbekannte Täterschaft sprayte mit schwarzer und roter Farbe mittels einer Schablone rechts gerichtete Parolen an Glasscheiben bei drei Buswartehäuschen an der Landstrasse zwischen Vaduz und Schaan.

